

Monographien  
Herausgegeben vom Deutschen Institut für Japanstudien  
Band 32, 2002



Gerhard Krebs (Hg.)

# Japan und Preußen



Monographien aus dem  
Deutschen Institut für Japanstudien

Band 32  
2002

Monographien Band 32  
Herausgegeben vom Deutschen Institut für Japanstudien

*Direktorin:* Prof. Dr. Irmela Hijji-Kirschner

*Anschrift:*  
Kudan-Minami 3-3-6  
Chiyoda-ku  
Tōkyō 102-0074, Japan  
Tel.: (03) 3222-5077  
Fax: (03) 3222-5420  
e-mail: dijtokyo@dijtokyo.org

Umschlagbild: „Auf der Culturreise“.  
„Die Japanesen, getreu ihrer Mission, die europäische Civilisation kennen zu lernen, gewinnen in Essen einen Einblick in dieselbe.“  
Karikatur aus *Berliner Wespen*. *Illustrirtes humoristisches Wochenblatt*, Berlin, 6. Jg., Nr. 12, 21. März 1873.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Japan und Preußen / Gerhard Krebs (Hg.). –  
München : Iudicium-Verl., 2002  
(Monographien aus dem Deutschen Institut für Japanstudien ; Bd. 32)  
ISBN 3-89129-843-9

© IUDICIUM Verlag GmbH München 2002  
Alle Rechte vorbehalten  
Druck: Offsetdruck Schoder, Gersthofen  
Printed in Germany  
ISBN 3-89129-843-9

# INHALTSVERZEICHNIS

<i>Irmela HIJYA-KIRSCHNEREIT</i>	
Vorwort. . . . .	7
<i>Gerhard KREBS</i>	
Japan und Preußen. Zur Einführung. . . . .	11
<i>NAKAI Akio</i>	
Das japanische Preußen-Bild in historischer Perspektive. . . . .	17
<i>LEE Eun-Jeung</i>	
„Konfuzianischer Idealstaat“. Konfuzianismusrezeption in der deutschen Frühaufklärung . . . . .	31
<i>Reinhard ZÖLLNER</i>	
Die preußische Japan-Rezeption bis Mitte des 19. Jahrhunderts. . . . .	53
<i>Bernd MARTIN</i>	
Die preußische Ostasien-Expedition und der Vertrag über Freundschaft, Handel und Schiffahrt mit Japan (24. Januar 1861) . . . . .	77
<i>Ulrich WATTENBERG</i>	
Die Iwakura-Mission in Preußen . . . . .	103
<i>Gerhard KREBS</i>	
Japan und die preußische Armee. . . . .	125
<i>Astrid BROCHLOS</i>	
Das Seminar für Orientalische Sprachen an der Berliner Universität und die japanbezogene Lehre . . . . .	145
<i>ANDŌ Junko</i>	
Japan und die Preußische Verfassung . . . . .	163
<i>Wilhelm RÖHL</i>	
Die Einflüsse des deutschen Rechts auf Japan. . . . .	185

*Bert BECKER*

Der preußische Jurist Georg Michaelis in Japan (1885–1889) . . . . . 209

*Margaret MEHL*

Japan und die preußisch-deutsche Geschichtswissenschaft . . . . . 233

*Hartmut WALRAVENS*

Kunstbeziehungen zwischen Preußen und Japan . . . . . 249

*Rolf-Harald WIPPICH*

Die deutsche Missionstätigkeit in Meiji-Japan . . . . . 267

*Michael RAUCK*

Preußisch-japanische Beziehungen auf wirtschaftlich-industriellem  
Gebiet . . . . . 287

*Jörg MÖLLER*

Japan und das preußische Erziehungswesen . . . . . 305

*HORIUCHI Masaaki*

Die Beziehungen der Berliner Baufirma Ende & Böckmann  
zu Japan . . . . . 219

Autorenverzeichnis . . . . . 343

English Summaries . . . . . 347

## VORWORT

Wenn von Japans Kontakten mit dem „Westen“ seit der Landesöffnung gesprochen wird, kommt den Beziehungen zu Preußen und dem Wilhelminischen Deutschland zweifellos eine besondere Bedeutung zu. Damit wird nämlich nicht nur auf das reziproke Verhältnis hingewiesen. Vielmehr sind beide in dem Wort von den Japanern als „Preußen Asiens“ auch eine gewissermaßen syntagmatische Beziehung eingegangen. Dabei wird das preußische Element, wie der Herausgeber in seiner Einleitung treffend vermerkt, durchaus unter zwiespältigen Vorzeichen angeführt, jedenfalls, wenn man diese Charakterisierung in späteren Zeiten und in bezug auf Deutschland und Deutsches anwendet. Um so befreiender erschien uns da die hübsche preußische Selbstironie, die uns mit der Umschlagabbildung entgegentritt – wenn schon die „Japanesen“ die „europäische Civilisation“ durch die Inspizierung einer damaligen Wunderwaffe im Rahmen einer „Culturreise“ kennenlernen, so sprüht der Witz dieser zeitgenössischen Karikatur keinesfalls nur – und vielleicht nicht einmal hauptsächlich – in Richtung der lerneifrigen Fremden.

Das Deutsche Institut für Japanstudien in Tōkyō hat den in seiner Satzung formulierten Auftrag, das moderne Japan in den Bereichen Geistes-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften sowie die japanisch-deutschen Beziehungen zu erforschen. Im Mittelpunkt stehen dabei Fragen grundlegender Art, die aus europäischer Perspektive für ein Verständnis Japans einen besonderen Erkenntniswert versprechen. Hierzu zählen etwa die zeitliche Dimension der Modernisierung Japans ebenso wie dessen in vielfältigen Formen geführte Auseinandersetzung mit dem Westen, sei es die Aneignung oder die Zurückweisung des Fremden als Prozeß kollektiven Lernens, den es als Fallbeispiel für Möglichkeiten und Probleme interkulturellen Austauschs auch im Hinblick auf Zukunftsperspektiven der eigenen Gesellschaft zu erforschen gilt. Keine Frage also, daß eine Beschäftigung mit den japanisch-preußischen Kontakten und ihren Auswirkungen unter all den genannten Gesichtspunkten von besonderem Interesse sein dürfte.

Im September 2000 veranstaltete das Deutsche Institut für Japanstudien (DIJ) in Zusammenarbeit mit dem Japanisch-Deutschen Zentrum Berlin (JDZB), der Deutsch-Japanischen Gesellschaft Potsdam (DJG) und der Konrad-Adenauer-Stiftung Potsdam e.V. (KAS) ein zweitägiges internationales Symposium zu den historischen Beziehungen zwischen Japan und Preußen. Der vorliegende Band beruht auf den damals vorgetragenen

Referaten, ergänzt durch weitere Beiträge, die das breite Spektrum der bilateralen Beziehungen in Bereichen wie Industrie und Wirtschaft, Kunst und Kultur, Politik und Verwaltung, Rechtswesen und Religion, Militär und Wissenschaft erschließen. Allen beteiligten Institutionen sei an dieser Stelle noch einmal herzlich gedankt. Dr. Thilo Graf Brockdorff, der Präsident der DJG Potsdam, hat sich von Anfang an besonders für diese Unternehmung eingesetzt. Ihm sind wir ebenso zu Dank verpflichtet wie Prof. Dr. Peter Pantzer von der Universität Bonn, der uns freundlicherweise die Karikatur für die Umschlagabbildung zur Verfügung stellte.

PD Dr. Gerhard Krebs hat nicht nur die Tagung umsichtig und kompetent vorbereitet und geleitet, sondern auch die Buchpublikation – übrigens seine dritte im Rahmen der DIJ-Monographienreihe – mit Energie vorangetrieben, so daß der Band nun ein in der Arbeit des DIJ vielfach verankertes Thema dokumentiert. Der dauerhafte Dank des DIJ, und hoffentlich auch vieler Leser, sei ihm gewiß!

Um die Einbettung der hier thematisierten Fragen in die Forschungen des Instituts sichtbar zu machen, seien hier nur die jüngsten DIJ-Publikationen aus diesem Kontext genannt: Die Rezeption und Assimilation deutscher Rechtsideen bei der Gestaltung und später bei der Auslegung der ersten japanischen Verfassung analysiert Junko Ando in Band 27 der Monographienreihe unter dem Titel *Die Entstehung der Meiji-Verfassung. Zur Rolle des deutschen Konstitutionalismus im modernen japanischen Staatswesen* (erschienen 2000). Im selben Jahr erschien in der DIJ-Miscellanea-Reihe auch ein Band mit Beiträgen, die Fragen nach der „Erfindung der Traditionen“ und die Herausbildung neuer Institutionen als Respons auf die Konfrontation mit dem Okzident in der Meiji-Zeit thematisieren: *Canon and Identity – Japanese Modernization Reconsidered: Trans-Cultural Perspectives* lautet die von Irmela Hijiya-Kirschnerit herausgegebene Publikation. Mit einem annotierten Katalog von Forschungsarbeiten zu den Kulturkontakten legte das DIJ 1999 als Band 6 im Rahmen seiner Bibliographischen Arbeiten, herausgegeben von Irmela Hijiya-Kirschnerit, eine systematische Übersicht über *Kulturbeziehungen zwischen Japan und dem Westen seit 1853* vor. Und schließlich hat das DIJ im Jahre 2002 eine neue Schriftenreihe mit dem Titel *Japan und Europa. Historische Beziehungen und vergleichende Studien* ins Leben gerufen, die alle am DIJ repräsentierten Disziplinen, dazu die Natur-, die Ingenieurwissenschaften und die Medizin einbezieht und die neben der Erforschung der deutsch-japanischen bzw. der europäisch-japanischen Beziehungen in Geschichte und Gegenwart der vergleichenden Analyse ein Diskussionsforum geben soll. So wird mit dieser von Matthias Koch redaktionell betreuten Reihe neben dem Satzungsauftrag auch der in der Forschung theoretisch und praktisch immer wichtiger werdende Beziehungs-Aspekt unterstrichen.

Der vorliegende Band dürfte nicht zuletzt auch dazu geeignet sein, den nach wie vor aktuellen Komplex „Preußen“ aus der Außen- wie aus interrelationaler Perspektive neu zu beleuchten.

Tōkyō, den 19. Mai 2002

Irmela Hijjya-Kirschnereit



# JAPAN UND PREUSSEN ZUR EINFÜHRUNG

*Gerhard KREBS*

Seit der deutschen Wiedervereinigung und der Neugründung des Landes Brandenburg hat die Beschäftigung mit der Geschichte Preußens eine Ausweitung erfahren und stieß auch in der Öffentlichkeit auf ein verstärktes Interesse. Das „Preußenjahr“ 2001 hatte dann vor diesem Hintergrund nicht nur in wissenschaftlichen Veranstaltungen, sondern auch in den Medien zu grundsätzlichen Debatten über den Charakter Preußens und dem von ihm geprägten zweiten deutschen Kaiserreich geführt. Lange Zeit hatten sich bei der Beurteilung dieses Landes, in dem einem gern zitierten Wort zufolge nicht der Staat über eine Armee, sondern eine Armee über einen Staat verfügte, die Geister geschieden. In einer selten überwundenen Polarisierung standen sich meist unversöhnliche Preußen-Feinde und begeisterte Preußen-Freunde gegenüber. Zwei angezettelte und verlorene Weltkriege, für die oftmals der preußische Geist verantwortlich gemacht worden war, erschwerten eine objektive Analyse des einst so mächtigen Landes, seiner Monarchen, seiner Politik und seiner Gesellschaft. „Preußen“ stand nun vor allem für Größenwahn, der noch durch den systematisch herangezuchteten Gehorsam seiner Bevölkerung verschlimmert worden war. Es war nicht nur durch den alten Militarismus diskreditiert, sondern auch durch den Nationalsozialismus, der dem Volk vorgegaukelt hatte – gipfelnd in dem „Tag von Potsdam“ –, preußische Tugenden und Traditionen zu pflegen und damit Deutschland zu neuer Größe führen zu können. Für viele „Volksgenossen“ glaubhaft, hatte Hitler sich Friedrich den Großen zu seinem Vorbild erkoren und sich als Vollender von dessen Herrschaftsidee präsentiert. Dabei war das alte Preußen durch den „Preußenschlag“ von 1932 in Wirklichkeit bereits untergegangen, und viele Deutsche hatten zu spät bemerkt, was dieser Verlust bedeutete und welchen verhängnisvollen Weg sie nun zu beschreiten im Begriff standen.

Bei der großen Preußen-Ausstellung im Berliner Gropius-Bau war bereits im Jahre 1981 eine „Entdämonisierung“ des lange verfeimten Staates beabsichtigt worden, wenn auch mit eher durchwachsenem Erfolg, und sogar die DDR-Regierung ließ das Standbild Friedrichs des Großen auf der Straße Unter den Linden wieder aufstellen. Der inzwischen noch gewachsene zeitliche Abstand und die vollzogene Wiedervereinigung

machten dann um die Jahrtausendwende eine nüchternere Betrachtungsweise noch eher möglich. Preußen stand nicht mehr einseitig als „Raubstaat“ da, der immer wieder seine Nachbarn willkürlich überfallen und seinen Untertanen einen menschenverachtenden Kadavergehorsam eingebleut hatte, um sich das dafür notwendige Werkzeug zu verschaffen, sondern auch als Vorbild an Toleranz, Pflichterfüllung, Rechtssicherheit, Genügsamkeit, Prinzipientreue, Fleiß, Rationalität, wirtschaftlich-industrieller Effizienz und wissenschaftlichem Streben. So konnte es sich kürzlich der damalige brandenburgische Sozialminister Alwin Ziel erlauben, laut über die Möglichkeit nachzudenken, dem nach einem eventuellen Zusammenschluß seines Bundeslandes mit Berlin zu bildenden Land den Namen „Preußen“ zu verleihen. Er löste damit eine große Diskussion aus, in der sich durchaus ernsthafte Politiker für seine Idee aussprachen, die Front heftigster Gegner aber noch viel breiter war, bis hin zu dem Vorwurf, einen Zombie heraufzubeschwören.<sup>1</sup>

Der hier versammelten Autorengruppe schien es angebracht, angesichts der vielfach zu beobachtenden Versuche, ein „Preußen ohne Legende“ zu zeichnen, auch den einst als „Preußen Ostasiens“ angesehenen Japanern eine eigene Untersuchung zu widmen und die Einflüsse aufzuzeigen, viele davon mit Langzeitwirkung, die aus Preußen bzw. dem Wilhelminischen Deutschland auf diese eingewirkt hatten. Andererseits sollte auch dargestellt werden, welche Rezeption Japan damals in Deutschland fand, so z.B. seine Kunst, seine Sprache und seine Kultur. Natürlich konnte das wirtschaftlich so rückständige Land nicht zum Modell Deutschlands werden, und so blieb die Beeinflussung meist sehr einseitig. Die aus Korea stammende Autorin Lee Eun-Jeung aber weist nach, daß der Konfuzianismus Chinas, der ja auch Japan seinen Stempel aufgedrückt hat, in Deutschland Bewunderung hervorgerufen und Nachahmer gefunden hat, bis hin zum preußischen König. Der Slogan „Von Japan lernen!“ aber tauchte erst ein Jahrhundert nach der Modernisierung auf und wird nach dem Ausbruch der schweren Wirtschaftskrise in dem fernöstlichen Land auch kaum noch gehört, macht sich in Japan selbst doch ebenfalls eher eine neue Bescheidenheit bemerkbar.

Das Ende einer geradezu panischen Angst der Europäer vor einer wirtschaftlich-technischen Überlegenheit Japans und anderer asiatischer Länder bietet die Chance zu einer vorurteilsfreien Behandlung auch der Vergangenheit. Die Ursprünge für den inzwischen gefürchteten Konkurrenten auf dem Weltmarkt bildete ja die Modernisierung Japans nach der Meiji-Restauration im Jahre 1868. Wie in dem Beitrag von Bernd Martin nachgewiesen wird, hatten schon – vielleicht bedingt durch die auch in

---

<sup>1</sup> Siehe z.B. die Stimmen im Berliner „Tagesspiegel“ vom 16. und 17.2.2002.

Deutschland vollzogene und von Lee betonte Rezeption des Konfuzianismus – die Teilnehmer der preußischen Ostasienexpedition zu Anfang des Jahrzehnts unter den Japanern eine ganze Reihe von vertrauten Eigenschaften entdeckt und in ihrem Gastlande zum Teil ähnliche Bedingungen festgestellt, wie sie in der eigenen Heimat geherrscht hatten.

So war es kein Wunder, daß sich Japan in seiner Modernisierungsphase auf einer Vielzahl von Gebieten Preußen bzw. das preußisch dominierte Deutsche Reich zum Vorbild nahm und von dort viele Ausbilder und Berater ins Land rief. Außerdem gingen viele Japaner zum Studium nach Deutschland. Der ihnen schnell verliehene Beiname „Preußen Ostasiens“, der tiefe Bewunderung ausdrückte, beruhte nicht nur auf beeindruckendem Fleiß, Disziplin und Lernbegierde, sondern auch auf ihren militärischen Tugenden, Mut, Prinzipientreue und bedingungslosem Gehorsam.

Der Inhalt der einzelnen Beiträge soll an dieser Stelle nicht vorweggenommen werden, doch sei vermerkt, daß es den Autoren nicht schwergefallen ist, die langfristig wirkenden Einflüsse des Vorbildes auf Japan nachzuweisen, wo es auch aus der zeitlichen Distanz möglich geworden ist, das eigene „Preußenbild“ vorurteilsfrei zu untersuchen. Hier tritt Nakai Akio als Emeritus für deutsche Geschichte und als Sohn eines Generals mit doppelter Kompetenz auf. Sein Beitrag mit einem stark narrativen Charakter unterscheidet sich bewußt von den anderen, streng wissenschaftlichen Abhandlungen, da der Autor seine persönlichen Eindrücke und Erfahrungen mit einfließen lassen wollte. Andererseits bemühen sich deutsche Wissenschaftler, das in ihrem Lande entstandene Japanbild herauszuarbeiten. Das wachsende Interesse an Ostasien hatte dazu geführt, daß sich nicht nur Künstler mit diesem Kulturraum befaßten, sondern allmählich eine Ostasien- und damit eine Japanwissenschaft entstand.

Viele Fachgelehrte hatten den Einfluß Preußens auf Japan jahrzehntelang weitgehend als verhängnisvoll eingestuft. Dazu waren nicht nur der Militarismus gezählt worden, sondern auch die Modellfunktion beim Aufbau einer autoritären Staatsstruktur, z.B. durch die Übernahme zahlreicher Elemente aus der preußischen Verfassung mit ihrer starken Stellung von Monarchie und Militär und damit eine grundlegende Orientierung an dem deutschen Obrigkeitsstaat. Es wird aber durch die Beiträge klar, daß auch viel Positives aus der Verbindung hervorging, z.B. eine größere Rechtssicherheit durch die Übernahme deutschen Rechts und des im Vergleich zu Japan fortschrittlichen Erziehungssystems sowie durch die Beschäftigung mit der deutschen Wissenschaft. Der deutsche Einfluß bleibt jedoch ein Konglomerat, in dem sich autoritäre Strukturen und wirtschaftlicher Nutzen mit Romantik paaren und sich nützliche

Lerninhalte mit irrationalen Strömungen verbinden. Mit Sicherheit aber sind das bilaterale Verhältnis und die festzustellenden Einflüsse ein Teil der gemeinsamen Geschichte und verdienen schon deshalb große Beachtung, wie besonders Bert Becker betont.

Nicht alle Autoren kommen zu einvernehmlichen Überzeugungen, und auch auf dem Symposium, auf dem die meisten der abgedruckten Beiträge beruhen, war dies nicht der Fall. Während Lee Eun-Jeung die starke Ausstrahlung des Konfuzianismus auf Friedrich den Großen betont, bezeichnet Reinhard Zöllner den Preußenkönig als frühen Zeugen für den beginnenden Siegeszug des Eurozentrismus. So wurde auch die von Bernd Martin vertretene Ansicht, die Übernahme preußischer Strukturen sei für Japans Weg in den Zweiten Weltkrieg verantwortlich, nicht von allen Teilnehmern akzeptiert, und zumindest einige vertraten die Überzeugung, daß noch alle Optionen offen gewesen seien. Ebenso kann man anderer Ansicht sein als Reinhard Zöllner, ob Okinawa (Ryū Kyū) in der späten Tokugawa-Zeit als japanisches Territorium zu bezeichnen sei.

Man bedenke auch, daß nicht etwa das autoritäre Preußen-Deutschland Japans politisch-militärischer Wunschpartner war, sondern das demokratische Musterland Großbritannien. Daß es Tōkyō gelang, mit London 1902 ein Bündnis zu schließen, wertete das fernöstliche Kaiserreich enorm auf, war es doch dadurch zum gleichberechtigten Partner der damals einzigen Supermacht geworden. Die Militärallianz hielt zwanzig Jahre und wurde zum größten Bedauern Japans einseitig von Großbritannien aufgegeben. Die Verbindung mit Deutschland über ein Jahrzehnt später ist nicht durch Sympathie zu erklären, sondern war eine Notlösung, stand doch der eigene Wunschpartner England – das auch Hitlers Wunschpartner war und für den Japan eben auch nur eine Notlösung bildete – nicht mehr zur Verfügung. Auch Japans Expansionspolitik war ursprünglich nicht auf das deutsche Modell zurückzuführen, sondern das britische Weltreich hatte Pate gestanden. Großbritannien hatte aber gerade den Beweis geliefert, daß ein Staat keiner autoritärer Strukturen bedurfte, um eine imperialistische Politik zu betreiben.

Ebenso wurden Zweifel angemeldet, daß in Japan das Gesetz zur Generalmobilmachung 1938 und die Selbstauflösung der – konstitutionell gar nicht vorgesehenen und erst später gegründeteten – Parteien zwei Jahre später mit einer Außerkraftsetzung der Verfassung von 1889 gleichbedeutend war (so Andō Junko). Auch Beobachter in der angelsächsischen Welt hatten im 19. Jahrhundert die Ansicht vertreten, daß Japan nicht reif für eine liberalere Verfassung sei und hatten daher das preußische Vorbild als das geeignetere bezeichnet. Fraglich ist auch, ob ein Staatswesen wie das japanische des preußischen Vorbildes bedurfte, um sich in militaristischen und autoritären Bahnen zu entwickeln, denn die

Kriegerkaste hatte ja das Land jahrhundertlang beherrscht, den Umsturz von 1868 durchgeführt und auch die Führung der Regierung übernommen, die sich dann der Modernisierung verschrieb.

Auf jeden Fall aber war das neue konstitutionelle System im innerjapanischen Zusammenhang als Fortschritt anzusehen. Wilhelm Röhl, der ursprünglich nicht zu dem Kreis der hier versammelten Autoren gehört hatte, hat dankenswerterweise einen zusätzlichen Beitrag über die Einflüsse des deutschen Rechts auf Japan beigesteuert. Die sich dadurch ergebenden leichten Überschneidungen mit der Untersuchung von Ando Junko sind angesichts der dadurch neu gewonnenen Informationen sicher hinzunehmen.

Die Diskussion über die preußisch-japanischen Kontakte und Einflüsse kann durch dieses Gemeinschaftswerk mitnichten als beendet angesehen werden, zumal gar nicht alle relevanten Themen – so z. B. das Polizeisystem – abgedeckt werden konnten. Daher hoffen Herausgeber und Autoren, daß ihre Beiträge einen Anstoß zu weiterführenden Studien geben und dabei zu objektiven Urteilen führen werden. Schon jetzt aber kann als sicher gelten, daß der über die Jahrzehnte entstandene Mythos von der „Völkerfreundschaft“ nicht aufrechtzuerhalten ist, sondern die Beziehungen auf beiden Seiten von Nützlichkeitsdenken bestimmt waren.



# DAS JAPANISCHE PREUSSEN- BILD IN HISTORISCHER PERSPEKTIVE

*NAKAI Akio*

## 1. EINLEITUNG

In den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland vertrat unser Klassenlehrer in der Volksschule noch die Ansicht, Japan sei das Großbritannien Asiens. Beide Staaten bestünden aus Inseln, nicht weit vom Festland entfernt. Außerdem habe sich Japan im 19. Jahrhundert, zwar etwas später als England, aber doch als erstes unter den asiatischen Ländern, zu einem modernen Industriestaat entwickelt.

Ähnlich hatte sich schon 1764 Immanuel Kant in seinen Betrachtungen über die „Nationalcharaktere, insofern sie auf dem unterschiedlichen Gefühl des Erhabenen und Schönen beruhen“, bezüglich Japans geäußert:

Die Japonese(n) können gleichsam als die Engländer des Welttheils angesehen werden, aber kaum in einer anderen Eigenschaft, als ihrer Standhaftigkeit, die bis zur äußersten Halsstarrigkeit ausartet, ihrer Tapferkeit und Verachtung des Todes (KANT 1968: 252).

Oftmals aber wurden die Japaner auch mit den Preußen verglichen, da sie angeblich genauso standhaft und tapfer seien. Noch in den 1960er Jahren hörte ich in Deutschland die Beurteilung der Japaner als „Preußen Ostasiens“, und die „Waffenbrüderschaft“ im Zweiten Weltkrieg verklärte so manches Mal den Blick für den gemeinsamen Weg in die Katastrophe.

Ähnlich positiv war die Haltung Japans gegenüber dem Verbündeten während der gemeinsamen Kriegführung von Hochachtung geprägt, die aber auch propagandistisch mißbraucht wurde. Die Streitkräfte der Achsenmächte waren schon zwei Jahre nach dem Beginn des Pazifischen Krieges in eine aussichtslose Lage geraten, und für Japan war das Mutterland selbst der Gefahr amerikanischer Luftangriffe ausgesetzt, nachdem die Amerikaner die Marianen-Inseln im Juni 1944 erobert hatten. Es ist mir noch deutlich in Erinnerung, daß ich damals als Siebzehnjähriger im japanischen Rundfunk folgenden Kommentar hörte: Der König von Preußen, Friedrich II., habe sich im Siebenjährigen Krieg trotz mehrerer schwerer Niederlagen gegen die Österreicher und Russen hartnäckig verteidigt und mit letzten Kräften weitergekämpft. Dann sei eine für

Preußen günstige wundersame Wendung eingetreten. Es sei daher nicht besiegt worden, sondern habe sich als Großmacht in Europa neu etablieren können. Auch die Japaner dürften auf den endgültigen Sieg nie verzichten. Ähnlich äußerte sich die Presse im Dezember 1944 zum dritten Jahrestag des Kriegsausbruchs (*Yomiuri Hōchi* 8.12.1944). So wurde das Preußen des 18. Jahrhunderts – ähnlich wie im nationalsozialistischen Deutschland – für die Durchhaltepropaganda mißbraucht. Mit historischen Bezügen versuchte der japanische Rundfunk – und auch das ist mir deutlich in Erinnerung geblieben – auch den Untergang des „Dritten Reiches“ im Mai 1945 herunterzuspielen: Deutschland habe in seiner Geschichte schon viele Niederlagen erlitten, sei aber immer wieder auferstanden. Auch dieses Mal werde es sich wieder wie ein Phönix aus der Asche erheben.

Drei Monate später mußte Japan selbst auch die bedingungslose Kapitulation hinnehmen, und das ganze Land wurde durch alliierte Truppen besetzt. Die Maßnahmen des Generalhauptquartiers führten zu grundlegenden Veränderungen der gesellschaftlichen Struktur Japans, die ganz offensichtlich nur durch den Druck der Siegermächte möglich waren.

## 2. DIE AUFNAHME DER PREUSSISCH-JAPANISCHEN BEZIEHUNGEN

Im Unterschied zu Deutschland aber konzentriert sich die Auffassung von einer Verbundenheit beider Völker in Japan nicht nur auf den Zweiten Weltkrieg, sondern reicht bis in die eigene Modernisierungsphase im 19. Jahrhundert zurück, als Preußen-Deutschland auf vielen Gebieten zum Lehrmeister geworden war. Dazu sollen nachfolgend einige Beispiele angeführt werden, die aber nicht erschöpfend behandelt sind, da sie von anderen Autoren eingehend erörtert werden.

In der Geschichte findet man häufig Beispiele dafür, daß sich der politische, soziale und wirtschaftliche Umbruch eines Landes unter massivem Druck überlegener fremder Mächte vollzogen hat. Japan hatte schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts eine solche Entwicklung erfahren, ausgelöst durch den westlichen Einfluß. Es war 1854 durch die „Kanonenboot-Politik“ der fünf Mächte USA, Großbritannien, Frankreich, Rußland und Holland gezwungen worden, seine Häfen zu öffnen, und mußte vier Jahre später außerdem Handelsverträge abschließen.

Im November 1867 übergab der Shogun, der die Stellung eines Majordomus gegenüber dem Tenno innehatte, freiwillig die Regierungsgewalt an den sechzehnjährigen Kaiser Mutsuhito. Die Meiji-Ära (1868–1912), wie die Periode seiner Herrschaft genannt wurde, stand im Zeichen eines

Modernisierungsprozesses, der eine totale Wende in der durch Selbstisolierung geprägten politischen Tradition Japans bedeutete. Der junge Kaiser erklärte 1868, daß „Wissen in der ganzen Welt gesucht werden solle“. Die Japaner nahmen sich in der Folge die westlichen Mächte, die eben noch als feindliche Barbaren gegolten hatten, zum Vorbild ihrer Modernisierung. Die Reformparole hieß nun: „Macht das Land reich und stärkt die Armee“. Der Feudalismus wurde abgeschafft und die Verwaltung zentralisiert. Dann leitete die Regierung den allmählichen Übergang zu einem konstitutionellen Regierungssystem ein.

Zu dieser Zeit bestanden bereits Beziehungen zu Preußen, das 1860–62 eine Expedition nach Ostasien entsandt hatte. Dabei war es dem Gesandten Graf zu Eulenburg gelungen, am 24. Januar 1861 mit der damaligen Shogunatsregierung einen Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag abzuschließen.

Zwei Jahre nach seiner Gründung unter der Führung Preußens schloß dann der Norddeutsche Bund am 20. Februar 1869 mit Japan einen Vertrag ab, durch den das Abkommen von 1861 auf ein größeres Gebiet ausgedehnt wurde. Am 1. Mai 1871 teilte der Geschäftsträger Max von Brandt dem Kaiser mit, der König von Preußen sei zum deutschen Kaiser erhoben worden. Diese Entwicklung dürften die Japaner als ganz natürlich empfunden haben, war doch Preußen die dominierende Macht in Deutschland und assimilierte die anderen Länder nach und nach, so daß man von einer „Verpreußung“ sprechen konnte.

### 3. DIE MODERNISIERUNGSVERSUCHE

Schon vor 1868 war eine Anzahl ausländischer Techniker durch die Shogunatsregierung und durch einige *daimyō* [Lehnsherrn] angestellt worden. Mit dem Beginn der Meiji-Zeit aber hatte die neue Regierung sehr viel mehr Ausländer als Berater, darunter auch Militärs, sowie Universitäts- und Schullehrer neben Angehörigen anderer Berufe nach Japan eingeladen.

Die Beiträge der Deutschen sind neben Gebieten wie Medizin, Naturwissenschaften, Forstwirtschaft, Musik und Schulwesen besonders in der Armee und im Staatsrecht zu finden. Zur selben Zeit wurden Japaner nach Europa und Nordamerika geschickt, um vom „Westen“ zu lernen. Auch eine japanische Regierungsdelegation besuchte das Ausland, die 1872 unter Iwakura Tomomi eine Studienreise nach Amerika und Europa antrat. Dieser Mission gehörten neben Iwakura selbst so prominente Politiker wie Ōkubo Toshimichi, Kido Takayoshi, Itō Hirobumi und mehrere Beamte sowie Studenten an. Die Japaner hielten sich im März 1873

drei Wochen lang in Berlin auf. Ihr Besuch gab den Japanern die Gelegenheit, Preußen bzw. Deutschland gründlicher kennenzulernen. Sie erkannten, daß erst in den vorausgegangenen Jahren in Preußen ein Wandel der inneren Struktur vom Agrar- zum Industriestaat stattgefunden hatte und daß der König, der inzwischen zum deutschen Kaiser ernannt war, die Einheit des Landes hergestellt und einen autoritären Obrigkeitsstaat geschaffen hatte. In dem Bericht der Gesandtschaft heißt es: „Mit seiner Regierungsmaxime scheint Preußen für uns bei weitem nützlicher zu sein als Großbritannien und Frankreich“ (KUME 1979: 298).

Am 11. März 1873 wurden die Japaner von Kaiser Wilhelm I. in Audienz empfangen. Vier Tage später lud Reichskanzler Otto von Bismarck die prominenten Staatsmänner Iwakura und Itō sowie andere führende Mitglieder der Sondergesandtschaft ein, wobei er folgende Rede hielt:

Alle Staaten der Erde verkehren höflich und freundschaftlich, aber das ist alles nur rein äußerlich. In Wahrheit denken die Regierungen ganz anders: von dem stärkeren Staat wird immer ein Druck auf den schwächeren ausgeübt, der kleine wird vom großen verachtet. Wie Sie wissen, war unser Preußen, als ich noch jung war, arm und schwach; von Jugend auf war es mein beständiger Gedanke: wir müssen emporkommen und groß werden. Das Völkerrecht bezweckt, die rechtliche Ordnung der einzelnen Staaten zueinander aufrecht zu erhalten; wenn aber ein großes Reich Differenzen mit einem anderen Staate hat, dann wird es alles dem Völkerrecht entsprechend machen, vorausgesetzt, daß dies für es vorteilhaft ist; wenn dies aber nicht der Fall ist, dann will es vom Völkerrecht nichts wissen und vertritt seine Ansprüche mit Gewalt. Das kleine Land kann aber mit Gewalt gar nichts ausrichten und muß immer nach den Bestimmungen des Völkerrechts handeln. Das kleine Reich befindet sich deshalb immer im Nachteil und in einem traurigen Zustande und kann sich nicht mit eigener Macht schützen. Unser Preußen war als kleiner, schwacher Staat lange Zeit in solch bedauernswertem Zustand, deshalb haben wir uns alle erdenkliche Mühe gegeben, mit den anderen Staaten auf die gleiche Stufe zu kommen. Dazu haben wir die Vaterlandsliebe auf jede erdenkliche Art gefördert und dadurch haben wir unser Ziel bis zum heutigen Zustande erreicht, aber wir streben noch weiter. [...] England und Frankreich haben im Auslande immer Eroberungen gemacht und ihren Kolonialbesitz vergrößert, worüber sich andere Staaten sehr ärgern. Aller Freundlichkeit der europäischen Mächte kann man kein Vertrauen entgegenbringen. Die Zustände in Ihrem Lande, meine Herren, sind

so, wie sie vor Jahren hier in Preußen waren. Ich kann mich in die Verhältnisse ganz gut hineindenken, weil ich in einem kleinen und schwachen Lande, das sich langsam auf den heutigen Standpunkt emporgeschwungen hat, geboren bin. Wir schützen unsere Rechte und unsere Selbsterhaltung. Japan befindet sich in derselben Lage, und wegen dieser Verhältnisse müssen wir besonders freundschaftlich verkehren (BISMARCK 1926: 64f).

Die Delegation versuchte auf ihrer Reise, wenn auch vergeblich, die Zusage der westlichen Länder für eine Revision der sogenannten „ungleichen Verträge“ zu erreichen, die Japan exterritoriale Rechtssprechung und niedrige Zölle auferlegt hatten. Dieser Mißerfolg spornte die japanische Regierung an, die Modernisierung des Landes zu beschleunigen. Vor allem bemühte sie sich während der ersten Jahrzehnte der Meiji-Zeit, die Stärke der Nation auf einer pragmatischen Grundlage aufzubauen. Um dieses Ziel zu erreichen, war Ōkubo, einer der einflußreichsten Männer in der Regierung, der Ansicht, daß Japan gerade zu jener Zeit autoritär regiert werden sollte. Man war allgemein der Überzeugung, daß nur eine starke patriarchalische Regierung das Land mit seinem rückständigen Volk auf den Weg zur Großmacht führen könnte.

#### 4. HEERESREFORM

Vorrangige Aufgabe war es, ein modernes Heer zu schaffen. Schon von der ausgehenden Shogunatszeit bis zur frühen Meiji-Ära, d.h. bis in die 1870er Jahre hinein, beriet die französische Regierung, zunächst unter Napoleon III., das japanische Militär. Selbst der deutsche Sieg über Frankreich 1871 änderte daran noch nichts. Im Jahre 1873 wurde die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Der Übergang der Militärwissenschaft von der französischen auf die preußische Armee ist dem Heeresoffizier Katsura Tarō zuzuschreiben (General 1898, Premierminister während des Russisch-Japanischen Krieges 1904/05, 1911 zum Fürsten ernannt). Er sorgte auch dafür, daß in Japan ein Generalstab aufgebaut wurde und diesen nach preußischem Muster die Unabhängigkeit von der Regierung gesichert wurde, eine Kriegsakademie gegründet und ein deutscher Offizier als Lehrer angeworben wurde, Major Klemens Wilhelm Jakob Meckel.

## 5. DAS MODERNE RECHTS- UND VERFASSUNGSWESEN

Um durch effektive Modernisierungsbestrebungen einen gleichberechtigten Platz in der internationalen Staatenwelt zu erringen, war auch die grundlegende Reform des Rechts- und Verfassungswesens unbedingt nötig. Itagaki Taisuke, der 1873 aus der Regierung austrat, reichte im folgenden Jahr beim Kaiser ein Gesuch um die Errichtung repräsentativer Institutionen ein. Er gründete 1881 Japans erste politische Partei, die Jiyūtō [Liberale Partei]. Ōkuma Shigenobu, der nach seiner Tätigkeit als Regierungsmitglied im gleichen Jahr ebenfalls eine politische Gruppe namens Kaishintō [Reformpartei] gründete, schlug dem Tenno vor, zwei Jahre später eine gesetzgebende Versammlung zu eröffnen. Das Jahr 1883 wurde jedoch von den meisten anderen Staatsmännern als verfrüht angesehen. Der 12. Oktober 1881 brachte dann aber den kaiserlichen Erlaß, 1890 das erste Parlament zu eröffnen.

Auch die Rechtskunde hatte ursprünglich unter französischem Einfluß gestanden. Strafgesetz, Polizei- oder Gefängniswesen waren von Franzosen nach dem Modell ihres eigenen Landes eingerichtet worden. Dann aber gelang es einigen japanischen Juristen, die in Deutschland studiert hatten, auch deutsche Rechtslehrer nach Tōkyō zu berufen. In den Bestrebungen, aus verschiedenen Staatssystemen der westlichen Länder die für Japan passende Verfassung zu suchen, fand Itō Hirobumi (erster Premierminister Japans 1885–88, 1906 zum Fürsten ernannt) sie in Preußen-Deutschland, das er wegen seiner konservativen – um nicht zu sagen: reaktionären – Struktur bewunderte. Der von ihm verehrte Bismarck gewährte ihm mehrere Unterredungen, und schließlich sollte Itō sogar von Kaiser Wilhelm I. empfangen werden.

In einem Brief Itōs an Iwakura vom 11. August 1882 lesen wir:

Ich habe den beiden berühmten Wissenschaftlern Prof. von Gneist und Prof. von Stein aufmerksam Gehör geschenkt, um das für die Stärkung der kaiserlichen Souveränität in Japan geeignete Staatssystem kennenzulernen. Heutzutage gibt es in Japan eine gefährliche Neigung, einseitig den radikal-liberalen Büchern der englischen, amerikanischen und französischen Autoren zu vertrauen, und damit unser Land an den Rand eines tödlichen Abgrundes zu führen. Ich glaube aber, daß wir jetzt die Theorie und die Mittel gegen diese gefährliche Tendenz in die Hand bekommen (ŌTSUKA 1977: 60).

Am Reichsgründungstag Japans, dem 11. Februar 1889, fand die feierliche Verkündung der ersten geschriebenen Verfassung statt, die Kaiser Meiji dem Premierminister Kuroda Kiyotaka übergab. Es ist sicher, daß sie unter dem Einfluß von Graf Itō aus dem preußisch-deutschen Staats-

recht viele Elemente entnommen hatte. Der als „heilig und unverletzlich“ bezeichnete Kaiser oktroyierte die Verfassung. Deswegen scheinen die Japaner seinerzeit generell der Ansicht gewesen zu sein, ihr eigener schöpferischer Geist habe dieses Produkt herbeigeführt, auch wenn der Preis die Trennung der Ideale gewesen sei, gleichzeitig den Staat zu stärken und die Freiheit des Volkes zu sichern.

## 6. DAS „GOLDENE ZEITALTER“ DER BEZIEHUNG ZWISCHEN DEUTSCHLAND UND JAPAN

Die zwanzig Jahre zwischen 1870 und 1890 wurden oft als das „Goldene Zeitalter“ der deutsch-japanischen Beziehungen bezeichnet. In dieser Zeit hegten die Japaner eine starke Sympathie für alles „Deutsche“. Der Aufschwung des Deutschen Reiches, der Sieg über Frankreich, die erstaunlichen Fortschritte in Industrie, Technologie und Wissenschaft und nicht zuletzt Persönlichkeiten wie Wilhelm I. und Bismarck machten einen starken Eindruck.

Georg Michaelis, der später, im Jahre 1917, zum Reichskanzler ernannt werden sollte, wirkte von 1885 bis 1889 als Dozent an der deutschen Rechtsschule in Tōkyō. Er selbst förderte die japanischen Sympathien für Deutschland durch Vorträge im Verein für deutsche Wissenschaften in Tōkyō, z.B. über „Die Vorzüge des deutschen Systems im Rechtsstudium“, „Die Vorzüge des deutschen Richterstandes in Deutschland im Vergleich mit England und Frankreich“, und „Die Erfüllung der Militärflicht, ein Mittel der Volkserziehung“ (BECKER 2001: 368, 414).

Die Interessen Deutschlands wurden durch den Gesandten Theodor von Holleben vertreten (Amtszeit 1886–91), der es in ausgezeichneter Weise verstand, den Aufgaben seines Amtes gerecht zu werden. Japanische Staatsmänner wie Yamagata Aritomo und Itō Hirobumi, Heeresminister wie Ōyama Iwao und Katsura Tarō sowie Spitzendiplomaten wie Aoki Shūzō (Außenminister 1898–1900) waren in der deutschen Gesandtschaft gerngesehene Gäste. Itō, der 1885 sein erstes Kabinett bildete und bei der Verkündung der Verfassung als Vorsitzender des Geheimen Staatsrates (*sūmitsuin*) fungierte, des kaiserlichen Beratungsorgans, wurde von den seinerzeit im Lande ansässigen Deutschen der „Bismarck von Japan“ genannt (BECKER 2001: 153).

Im Chinesisch-Japanischen Krieg von 1894/95 errang die japanische Armee große Erfolge, die von den Deutschen mitgefeiert wurden. Michaelis bemerkte nach diesem Krieg:

In fieberhaft übertriebener Tätigkeit hat es [Japan] im Zeitraum eines Menschenalters nachzuholen versucht, wozu andere Staaten Jahrhunderte gebrauchten. Die Erfolge sind erstaunlich. In seinem überraschend schnellen und siegreichen Kriege gegen China hat es aller Welt bewiesen, daß man auf dies Staatswesen, als auf einen modernen Kulturstaat, Rücksicht nehmen muß. Der Ehrgeiz Japans kennt nun keine Grenzen, sie wollen es dem starken monarchischen Preußen-Deutschland gleich tun in Heer und Marine und wollen in internationaler Politik den Erfolgen Englands nachstreben und von ihrem kleinen Inselreich aus die Hegemonie über die Staaten am Stillen Ozean erlangen (MICHAELIS 1898: 10).

Der deutschen Regierung aber wurde Japan langsam unheimlich. Der am 17. April 1895 in Shimonoseki mit China abgeschlossene Friedensvertrag sah unter anderem vor, daß Japan die Liaotung-Halbinsel in Besitz nahm. Eine Woche nach der Unterzeichnung aber fand die sogenannte „Tripelintervention“ statt. Rußland, Frankreich und Deutschland zwangen die Japaner, auf die Halbinsel zu verzichten, da sonst der „Friede des Fernen Ostens“ gestört würde. Der deutsche Gesandte Felix Freiherr von Gutschmid (Amtszeit 1892–97), der im Gegensatz zu seinem Vorgänger von Holleben eine tiefe Abneigung gegen Japan hegte, übergab die ins Japanische übertragene Note an Vizeaußenminister Hayashi Tadasu. Darin heißt es, Japan müsse nachgeben, da der Kampf gegen drei Großmächte aussichtslos sei (GAIMUSHŌ 1969: 170).

Die für die Japaner unerwartete Teilnahme Deutschlands an der Dreimächte-Intervention veränderte die Favoriten-Stellung Deutschlands. Von nun an kühlte sich das amtliche Verhältnis spürbar ab. Michaelis schrieb in seinen Erinnerungen:

Dieser Eingriff hat als ein Stachel im Herzen Japans gesessen, und in der dem japanischen Volkscharakter eigenen Weise haben sie still und zielbewußt auf die Gelegenheit zur Rache gewartet (MICHAELIS 1922: 103).

## 7. DIE „GELBE GEFAHR“

Im Russisch-Japanischen Kriege brachen in der deutschen Öffentlichkeit wieder Sympathie und Bewunderung für Japan durch, das nach seinem Sieg tatsächlich die allgemeine Anerkennung als Großmacht erreichte. Damit aber war die Frage der Sicherung deutscher Interessen in Ostasien ernsthaft berührt.

Zwischen 1894 und 1905 verwandelte sich die Überheblichkeit vieler Europäer und Amerikaner in Angst vor der „Gelben Gefahr“, eine Entwicklung, die unglücklicherweise mit dazu beitrug, Mißtrauen und Antipathie gegen die Japaner zu verstärken. Der ehemalige langjährige Gesandte in Tōkyō, Max von Brandt (Amtszeit 1863–74), wies mit Argwohn auf die Expansionstendenzen Japans hin und mahnte die Europäer zum Zusammenhalt. Nach Brandt könnte China ein vielversprechendes Absatzgebiet für die deutsche Industrie werden, aber als gefährlicher Konkurrent trete dort Japan auf. Nach seinem Rücktritt aus dem aktiven Dienst beeinflusste Brandt, der sich wiederholt in aggressiver Form gegen Japan äußerte, als Ratgeber des Auswärtigen Amtes die deutsche Ostasienpolitik zwischen 1894–1900 mit. Seine provokative Tonart konnte bei Kaiser Wilhelm II. Widerhall finden, der dem „Neuen Kurs“ sein Gepräge aufdrückte. Ausschlaggebend für dieses Verhalten Deutschlands war die Absicht, sich stärker als bisher an Weltpolitik und Welthandel auch in Ostasien zu beteiligen (GOLLWITZER 1962: 77).

Bis dahin hegte man in Japan durchaus Sympathie für das Deutsche Reich. Auf der diplomatisch-politischen Ebene aber waren die japanischen Staatsmänner machtgierig und rachsüchtig. Im Jahre 1907 äußerte der japanische Außenminister Hayashi dem deutschen Botschafter – die Gesandtschaft war im Vorjahre zur Botschaft erhoben worden – Alfons Freiherr Mumm v. Schwarzenstein (Amtszeit 1906–11) gegenüber:

Die hiesige Stimmung gegen Deutschland stamme noch immer aus der Zeit der Beteiligung Deutschlands an der Intervention der drei Mächte im Jahre 1895. Ein Unglück sei es gewesen, daß damals gerade der sehr heftige Baron Gutschmid deutscher Vertreter gewesen sei, der mit Freuden die Gelegenheit ergriffen habe, Japan zu demütigen. Er, Hayashi, sei damals Vizeminister des Äußern gewesen und habe als solcher in Vertretung des erkrankten Grafen Mutsu die Erklärungen der drei Gesandten entgegengenommen. Die Form der Erklärungen sei wohl dieselbe gewesen, aber der französische Gesandte Harmand und selbst der russische, Hitrowo, hätten sich bei Abgabe ihrer Erklärungen einer durchaus versöhnlichen Sprache befleißigt, während Baron Gutschmid seiner eigentlichen Erklärung eine längere *schriftliche* Ausführung hinzugefügt habe, in der er – und er allein – unverblümt mit Krieg gedroht habe (*Große Politik*, Nr. 2307: 330–333).

Der Tag der „Rache“ sollte im Jahre 1914 kommen, selbst wenn Japan auch aus reinem Großmachtstreben, so wie es dieses verstand, ohnehin nicht anders gehandelt hätte. Es beteiligte sich zwei Wochen nach Kriegsbeginn am Ersten Weltkrieg, nachdem die Regierung in Tōkyō Deutsch-

land ein Ultimatum gestellt hatte. Admiral Alfred von Tirpitz schreibt in seinen Erinnerungen:

Am 15. August 1914 traf das japanische Ultimatum ein, dessen schroffer Wortlaut sehr ähnlich demjenigen unserer Shimonoseki-Note von 1895 gewesen sein soll (TIRPITZ 1919: 77).

Im November 1914 nahm Japan die deutsche Festung Tsingtau ein. Die deutsche Presse verdammte in mehreren Artikeln die Undankbarkeit der Japaner:

Es gibt kein Gebiet der Wissenschaft und Technik, der Kriegskunst und des Handels, auf dem Japan nicht ein Schüler Deutschlands ist. [...] Diese frechen Knirpse haben nichts allein geleistet, alles von uns abgelascht, mit der Verschlagenheit des echten Asiaten. Ihr ganzer Staat ist unser Werk (MATHIAS-PAUER 1984: 131).

## 8. IN DER WEIMARER ZEIT

Gut ein Jahr nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, Anfang 1920, nahm Japan wieder diplomatische Beziehungen zu Deutschland auf, und im Februar überreichte der neue deutsche Botschafter Wilhelm Solf in Tōkyō sein Beglaubigungsschreiben. Bald sah man, wie sich zwischen beiden Ländern lebendige kulturelle Aktivitäten entwickelten, darunter die Gründung des Deutschen Japaninstituts in Berlin 1920 und des Deutsch-Japanischen Kulturinstituts in Tōkyō 1927.

Schon kurz nach dem Ende des Weltkrieges schien Japan vor einer neuen Krise zu stehen. Georg Michaelis, dem es 1922 vergönnt war, das Land wieder zu besuchen, schrieb über die schädlichen Folgen der japanischen Kriegsgewinne:

Meine japanischen Freunde sahen sorgenvoll in die Zukunft. Eine unnatürlich vermehrte Industrie, geringe Möglichkeit der Umstellung überflüssig gewordener Betriebe, künstliche Hochschraubung der Lebenshaltung, eine unzufriedene Arbeiterbevölkerung, staatliche Steuer- und Finanzverhältnisse, die durch Kriegswirtschaft gesunde Maße verloren haben, das sind die Folgen des gewonnenen Krieges! (MICHAELIS 1923: 149)

Bisher, so meinte Michaelis, habe Japan die britische Politik als Modell angesehen. Doch er fragte sich nun, „ob (wohl) die Zeit kommt, daß Japan einsieht, daß eine Umstellung seiner Politik vom englischen Freundschaftsverhältnis auf eine andere Konstellation, bei der um Deutschland nicht herumzukommen ist, in ihrem Interesse liegt, ja von diesem Inter-

esse gefordert wird. Dieser Zeitpunkt wird nach meiner Überzeugung kommen“ (MICHAELIS 1922: 131). Menschen späterer Generationen können darin wohl eher eine dunkle Vorahnung sehen.

Der Erste Weltkrieg wurde unter dem Einsatz neuer Waffen wie Flugzeuge, U-Boote, Panzer oder Maschinengewehre vier Jahre und vier Monate geführt. Die Länge dieses Konfliktes erschreckte das japanische Militär, denn es hatte im Russisch-Japanischen Kriege unter Einsatz aller Kräfte höchstens ein Jahr und drei Monate kämpfen können.

Durch den Pariser Friedensvertrag begann auch für Japan eine Zeit der Abrüstung, und Demokratisierungstendenzen erhielten starken Auftrieb. Das Offizierskorps verlor sein früheres Prestige, aber Japan fühlte sich durch die bolschewistische Gefahr bedroht. In dieser Situation kamen einige Armeeeoffiziere auf den Gedanken, für den „totalen Krieg“ zu rüsten, wie ihn im Ersten Weltkrieg Erich von Ludendorff als Generalquartiermeister der Obersten Heeresleitung organisiert hatte. Während der Weimarer Zeit glaubten sie noch, daß in der sogenannten „sozialistenreinen“ Reichswehr, wie von General von Seeckt oder Ludendorff verkörpert, die Tradition des preußischen Soldatentums weiterlebe.

Nach der Wiederherstellung der Beziehungen zwischen Deutschland und Japan propagierte Karl Haushofer eine Verstärkung der Annäherung zwischen beiden Ländern. Dieser ehemalige Major der Bayerischen Armee war von 1908 bis 1910 als militärischer Beobachter bei dem japanischen Heer gewesen und hatte 1913 seine Eindrücke in einem Buch mit dem Titel *Dai Nihon* [Groß-Japan] veröffentlicht. Er wurde später bekannt als „Geopolitiker“, und seine Werke fanden in Japan viele Leser, wo er auch mit Militärs, Politikern und Akademikern in Kontakt stand. Haushofer pries wie Michaelis Japans Werdegang zur Großmacht als „einen einzigartigen Vorgang in der Staatengeschichte der Menschheit“ (HAUSHOFER 1938: 5). Er wies auch auf die auffallenden Ähnlichkeiten zwischen Deutschland und Japan hin:

Wer den Problemen der vergleichenden Kultur-, Macht-(politischen) und Wirtschaftsgeographie und -geschichte noch so ablehnend gegenübersteht, kann es doch nicht leugnen, daß das alte deutsche wie das altjapanische Reich [...] nach mancher seltsamen Gleichläufigkeit ihres Lebensganges um die Mitte des 19. Jahrhunderts eine letzte Periode etwa gleichzeitiger Erniedrigung und Auflösung uralter und feudaler Reichsform erlebten. Zugleich trafen beide Reiche Demütigungen von außen her, die beide anspornten, mit aller Kraft eine Erneuerung anzustreben, die sie, das eine 1869, das andere 1870, [...] mit monarchischer Spitze und einem klug abgewogenen Gleich-

gewicht monarchischer wie aristokratischer und demokratischer Motive in ihren Verfassungen erlangten (HAUSHOFER 1930: 8).

Von Haushofer übernahmen die Japaner den Begriff „Lebensraum“. Schon seit der Mitte der Meiji-Zeit begannen sie, unter der Überbevölkerung zu leiden, so daß viele von ihnen nach Nord- und Südamerika oder auf die Hawaii-Inseln auswanderten. Diese als fleißig geltenden Immigranten aber wurden, besonders in Nordamerika, als eine Beunruhigung des Wirtschaftslebens empfunden. Für die Japaner war deswegen der Gedanke verführerisch, daß ihre Probleme durch die Expansion über Korea bis tief in das chinesische Festland, wie man damals die „japanische Lebenslinie“ definierte, gelöst werden könnten. Ihre Überzeugung ähnelte stark den Zielen Hitlers, der den neuen Lebensraum im Osten Europas, also relativ nahe am eigenen Mutterland, und nicht etwa in fernen überseeischen Besitzungen sah.

## 9. DIE ZEIT DES „DRITTEN REICHES“

Bei der Machtergreifung Hitlers glaubten viele Japaner, das Dritte Reich werde an den Traditionen Preußen-Deutschlands festhalten. In dem Staatsakt in der Potsdamer Garnisonkirche am 21. März 1933 glaubte man die Synthese von Preußentum und den neudeutschen Idealen der Nationalsozialisten verwirklicht.

Am 7. Juli 1937 wurde der Chinesisch-Japanische Krieg mit einem Feuerwechsel zwischen japanischen und chinesischen Truppen in Nordchina eingeleitet. In der japanischen Armee herrschte die Überzeugung, daß der Konflikt nach kurzer Dauer für sie siegreich beendet würde. Durch den kampfentschlossenen Geist der Chinesen aber, die den Japanern keineswegs Zugeständnisse zu machen bereit waren, zog sich der Krieg bis zur japanischen Katastrophe im August 1945 hin.

Nach der „Entfesselung“ des Zweiten Weltkrieges 1939 und der Niederlage Frankreichs durch den „Blitzkrieg“ Hitlers bemühte sich Japan um die Expansion nach Südostasien, soweit es unter niederländischer und französischer Herrschaft stand. 1940 wurde der Dreimächtepakt zwischen Japan, Deutschland und Italien abgeschlossen, dessen Ziel die Herstellung einer „Neuen Ordnung in Asien und Europa“ und die Erzwingung der amerikanischen Neutralität waren. Ein halbes Jahr nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion eröffnete Japan den Pazifischen Krieg mit dem Überraschungsangriff auf Pearl Harbor vom 7. Dezember 1941. Bis Ende Dezember besetzte es Hongkong und den größten Teil der Philippinen. Im Februar des nächsten Jahres kapitulierte

Singapur. Dieser siegreiche Zug sah beinahe so aus, als ob die Japaner auch aufeinanderfolgende Blitzkriege geführt hätten. Die Regierung in Tōkyō hoffte, daß die Sowjetunion im Winter 1941 zusammenbrechen würde, damit die Alliierten die Achsenmächte um Frieden bitten müßten. Zwei Tage vor dem Beginn des Pazifischen Krieges aber begannen die erfolgreichen sowjetischen Gegenoffensiven im Raum um Moskau, wodurch das „Unternehmen Barbarossa“ zu scheitern drohte.

Im Jahre 1943 rückten die Siegeshoffnungen, sowohl in Deutschland als auch in Japan, in immer weitere Ferne. Am 2. Februar endete der Kampf um Stalingrad mit der Kapitulation der 6. Armee. Erst jetzt rief der Reichsminister für Propaganda, Joseph Goebbels, zum „totalen Krieg“ auf. Am 8. Februar zwangen die US-Truppen nach viermonatigen Kämpfen die Japaner zur Räumung der Salomonen-Insel Guadalcanal. Ein halbes Jahr später wurden alle Hochschulstudenten in Japan mit Ausnahme von denen der medizinischen und technischen Fakultäten größtenteils als Reserveoffiziere einberufen und damit die japanischen Maßnahmen zur Führung des totalen Krieges verwirklicht. Es war aber schon zu spät, denn das Deutsche Reich und Japan befanden sich längst auf dem Weg in die Katastrophe.

## 10. DIE NACHKRIEGSZEIT

In der Nachkriegszeit wurden Japan wie Westdeutschland einem Demokratisierungsprozeß unterzogen. Für beide wurden die USA zum wichtigsten Partner. Dabei verblaßte zwar die Erinnerung an ihre alten Bindungen, aber schnell entwickelten sich freundschaftliche Beziehungen zwischen beiden Ländern. Immer mehr japanische Touristen fahren nach Deutschland. Die Hauptsehenswürdigkeiten dort finden sie aber weniger in Brandenburg-Preußen, sondern vielmehr in Bayern, in Baden-Württemberg und am Rhein: Neuschwanstein, München, die Romantische Straße, Heidelberg oder auf Dampferfahrten auf dem Rhein, vorbei an Burgruinen und der Loreley. Von Preußen ist nicht mehr die Rede. Nur die populären Brandenburgischen Konzerte von Johann Sebastian Bach erinnern noch daran.

Nun ist Berlin die Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland geworden. Sie könnte vielleicht in zehn Jahren die wichtigste Stadt Europas werden, wie die Stadt an der Spree in der Weimarer Zeit die aufregendste Metropole der Welt gewesen ist. Dann wird Berlin sicher zum Hauptziel der Japaner in Deutschland werden.

LITERATURVERZEICHNIS

- BECKER, Bert (Hg.) (2001): *Georg Michaelis. Ein preußischer Jurist im Japan der Meiji-Zeit. Briefe, Tagebuchnotizen, Dokumente 1885–1889*. München: iudicium verlag.
- BISMARCK, Otto von (1926): *Die gesammelten Werke*, Bd. 8, hg. von Willy Andreas. Berlin: Stollberg.
- GAIMUSHŌ (Hg.) (1969): *Nihon gaikō nenpyō narabini shuyō bunsho* [Japanisches Außenministerium (Hg.): Chronologie und Hauptdokumente der japanischen Diplomatie], Bd. 1, Tōkyō: Hara shobō.
- GOLLWITZER, Heinz (1962): *Die gelbe Gefahr*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Die Große Politik der europäischen Kabinette von 1871–1914* (Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes, Bd. 9 (1924)). Berlin: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte.
- HAUSHOFER, Karl (1930): *Japans Reichserneuerung*. Berlin: de Gruyter.
- Ders. (1938): *Alt-Japan. Werdegang von der Urzeit bis zur Großmacht-Schwel- le*. Berlin: de Gruyter.
- KANT, Immanuel (1968): *Kants Werke*. Bd. 2, Akademie-Textausgabe. Berlin: de Gruyter.
- KUME, Kunitake (Hg.) (1979): *Tokumei zenkentaishi, Bei-Ō kairan jikki* [Die Berichte der Rundreise des bevollmächtigten Botschafters nach Amerika und Europa]. Bd. 3, Tōkyō: Iwanami bunko.
- MATHIAS-PAUER, Regine (1984): Deutsche Meinungen zu Japan – Von der Reichsgründung bis zum Dritten Reich. In: KREINER, Josef (Hg.): *Deutschland und Japan, Historische Kontakte*. Bonn: Bouvier.
- MICHAELIS, Georg (1898): *Was ist Kiautschou wert?* Berlin: D. Reimer.
- Ders. (1922): *Für Volk und Staat. Eine Lebensgeschichte*. Berlin: Furche-Verlag.
- Ders. (1923): *Weltreisegedanken*. Berlin: Furche-Verlag.
- ŌTSUKA, Minao (1977): *Meiji ishin to Doitsu shisō* [Meiji-Restauration und deutsches Denken]. Tōkyō: Nagasaki shuppan.
- Die Preußische Expedition nach Ost-Asien nach amtlichen Quellen* (1866). Bd. 2, Berlin: Verlag der Königlich Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei.
- TIRPITZ, Alfred (1919): *Erinnerungen*. Leipzig: Koehler.
- Yomiuri Hōchi* 8.12.1944.

# „KONFUZIANISCHER IDEALSTAAT“

## KONFUZIANISMUSREZEPTION IN DER DEUTSCHEN FRÜHAUFKLÄRUNG

LEE Eun-Jeung

Im ausgehenden 17. und in den beiden ersten Dritteln des 18. Jahrhunderts schlug in Europa allgemein und in Deutschland im besonderen die Begeisterung für den Fernen Osten, vor allem für China, hohe Wellen. Viele Zeugnisse dafür haben sich in der Kunst als „Chinoiserien“ der verschiedensten Art erhalten. Dieser Ausdruck bezeichnet allerdings das Modische und das bewußt oder unbewußt Unehliche, das sich mit dieser Begeisterung verband. In der Literatur, und noch mehr in der Philosophie, ging das Interesse für das Chinesische jedoch weit über das Modisch-Unehliche der „Chinoiserien“ hinaus. Man wußte zwar noch nicht sehr viel über China, dafür aber um so mehr über Konfuzius und seine Philosophie. Mit dieser setzten sich die Gelehrten dieser Zeit mit großer Ernsthaftigkeit auseinander. So schreibt Paul Hazard in seiner Untersuchung der Ideenwelt um die Wende zum 18. Jahrhundert: „[...] in dieser Geographie der Ideen bedeutet kein Land so viel wie China“ (HAZARD 1939: 47).

Es war ein vom Konfuzianismus geprägtes Chinabild entstanden, das für viele den „Idealstaat“ schlechthin darstellte. Davon ist heute kaum noch etwas bekannt. Daß man sich bereits in der frühen Aufklärung für Konfuzius und seine Philosophie begeisterte, wird von unseren Zeitgenossen meist mit ungläubigem Staunen bedacht. Im folgenden soll gezeigt werden, welcher Stellenwert dem Konfuzianismus im damaligen deutschen Geistesleben zukam.

### 1. VERMITTLER DES KONFUZIANISMUS NACH EUROPA

Die Bekanntschaft mit dem Konfuzianismus verdankte Europa den jesuitischen Missionaren in China, die im Zuge ihrer Missionsstrategie die chinesische Sprache erlernt und die philosophischen Texte des Konfuzianismus eingehend studiert hatten. Die erste umfassende Darstellung der konfuzianischen Philosophie und ihrer Rolle im Staatsleben Chinas lieferte Matteo Ricci in den *Commentari della Cina*, die von Trigault in ge-

kürzter Form unter dem Titel *De Christiana expeditione apud Sinas suscepta ab Societate Jesu* 1615 in Augsburg herausgegeben wurden.<sup>1</sup> Darin erklärte Ricci seinen europäischen Lesern die konfuzianische Lehre und erläuterte die große Bedeutung, die ihr im Staatswesen und in der Gesellschaft Chinas damals zukam.

Ricci schrieb über Konfuzius:

This great and learned man [...] spurred on his people to the pursuit of virtue not less by his own example than by his writings and conferences. His self-mastery and abstemious ways of life have led his countrymen to assert that he surpassed in holiness all those who in times past, in the various part of the world, were considered to have excelled in virtue (RICCI 1953: 30).

Er stellte Konfuzius in eine Reihe mit den großen Philosophen, angefangen mit Platon und Aristoteles. Ricci nannte die Konfuzianer, vielleicht etwas mißverständlich, eine „Secte der Gelehrten“, so wie er die Buddhisten als „Secte Sciequia“ oder „Omitose“ und die Taoisten als „Secte des Lauzu“ bezeichnete. Die „Secte der Gelehrten“ war für Ricci jedoch „kein Religion, sonder nur ein Schul zu anstellung gutten Regiments“ (zit. nach T̄SCHARNER 1934: 62).

1687 erschien in Paris *Confucius Sinarum Philosophus sive scientia Sinensis latine exposita*, das wirkungsvollste Werk der jesuitischen Missionspublizistik.<sup>2</sup> Es enthielt eine Biographie von Konfuzius und Übersetzungen von *Lunyu*, *Daxue* und *Zhongyong*, also von Schriften, die auf seiner Lehre basieren. In der langen Einleitung finden sich ausführliche Erläuterungen zu diesen chinesischen Schriften, zu ihren chinesischen Interpreten, zu den religiösen „Sekten“ und zur chinesischen Philosophie.

In der kurzen Biographie von Konfuzius betonten die Autoren dessen Rolle als Lehrer der Chinesen und ließen zugleich all die jesuitischen Auffassungen vom wohlgeordneten und mächtigen chinesischen Staat, seinen kulturellen Errungenschaften und dem Maß der in ihm verwirklichten zivilisierten Gesittung und praktischen Philosophie mit dem

---

<sup>1</sup> Die deutsche Übersetzung dieses Buchs erschien 1617 unter dem Titel „*Historia von Einfuehrung der Christlichen Religion, in das grosse Königreich China durch die Societet Jesu* [...] Aus dem Lateinischen R.P. Nicolai Trigault“ in Augsburg (weitere bibliographische Angaben bei CORDIER 1905: 809–811).

<sup>2</sup> Es handelte sich um ein Gemeinschaftswerk von mehreren Missionaren: dem Prokurator Prospero Intorcetta, Christian Herdrich, François Rougemont und Philippe Couplet. Letzterer, der sich zwischen 1682 und 1692 in Europa aufhielt, um zusätzliche Missionare und größere Unterstützung für die Chinamission zu gewinnen, besorgte die Ausgabe auch für diesen Zweck (MUNGELLO 1985: 251f).

überschwenglichen Lob für Konfuzius als den Stifter dieses idealen Gemeinwesens zu einem geradezu propagandistischen Chinabild zusammenfließen. Mit diesem Werk besaß man in Europa eine systematische und verständliche Vorlage vom Konfuzianismus als Eckstein der chinesischen Zivilisation (LUNDBAEK 1983: 19).

Seit Ricci stützte sich das Konfuzianismusverständnis der Jesuiten auf diesen Kern der klassischen chinesischen Philosophie. Dabei stehen die ältesten Texte und Konfuzius selbst im Mittelpunkt. Ein weiteres wichtiges Werk stellte die 1711 in Prag erschienene Übersetzung der konfuzianischen Bücher von François Noël *Sinensis imperii libri classici sex* dar, der das Werk *Confucius Sinarum Philosophus* mit großer Wahrscheinlichkeit als Grundlage gedient hatte (MUNGELLO 1985: 258). Darin fanden sich neben den drei in *Confucius Sinarum Philosophus* enthaltenen Büchern die Übersetzungen von Menzies und von zwei weiteren Klassikern des Konfuzianismus, nämlich des *Xiaojing* und des *Xiaoxue*.

Damit hatte man in Europa bereits zu Anfang des 18. Jahrhunderts einen unmittelbaren Zugang zu den zentralen Schriften des konfuzianischen Denkens. Ohne das Engagement der Jesuiten wären Übersetzungen der vier wichtigsten Klassiker der konfuzianischen Philosophie und anderer Schriften, noch dazu in solcher Präzision und Einfühlsamkeit, niemals zustande gekommen.

## 2. DAS KONFUZIANISMUSBILD IM POLITISCHEN DENKEN DER FRÜHEN AUFKLÄRUNG

Bis die Berichte und Schriften der Jesuitenmissionare bekannt wurden, hatte man in Europa von Konfuzius und seiner Lehre keine Kenntnis gehabt. Die verspätete Entdeckung machte jedoch einen tiefen Eindruck auf die intellektuelle Welt Europas. Die geistige und kulturelle Herausforderung, die von China auf die europäische Intelligenz ausging, rief auch in Deutschland große Begeisterung und zugleich auch kritische Stimmen auf den Plan (ZEDLER 1743: 1628f).

In welcher Breite sich die Gelehrten in Deutschland mit der konfuzianischen Philosophie beschäftigten und dabei Stellung für oder gegen sie bezogen, zeigt der Artikel über „Sinesische Philosophie“ in Zedlers *Universal Lexicon* von 1743, in dem sowohl die Namen der Befürworter als auch die der Kritiker aufgeführt sind. Der Autor des Artikels schrieb: „Man wird nicht verlangen, ihre Verehrer alle nahmhaft zu machen, sondern sich damit begnügen, wenn derjenigen nur Erwehnung geschieht, die in der gelehrten Welt für Sterne erster Größe erkannt zu werden billig verdienen.“ Dazu zählten vor allem Gottlieb Spizel, Gottfried Wil-

helm Leibniz, Christian Wolff, Georg Bernhard Bilfinger und Isaac Voß. Weiter heißt es: „Wie aber eine Wissenschaft nicht bey allen, auch nicht zu allen Zeiten gleiche Hochachtung gewinnt, sondern bloß auf den unterschiedenen Geschmack der Leute und dem Lauff der Zeit ankommt; eben so gehet es auch mit der Chinesischen Philosophie.“ So finden sich eben auch Kritiker, zu denen Franz Budde, Christian Thomasius, Christoph August Heumann und Joachim Lange gehören (ZEDLER 1743: 1625f).

Die Tatsache, daß Christian Thomasius bereits 1689, zwei Jahre nach dem Erscheinen von *Confucius Sinarum Philosophus* in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift *Freymütiger, jedoch Vernunft- und Gesetzmäßiger Gedanken*, der ersten deutschen Monatsschrift, diesem Werk eine ausführliche Besprechung widmete, macht deutlich, daß Konfuzius und seine Philosophie in der Tat ein Zeitproblem geworden waren, auch wenn die Kritik an den Befürwortern der konfuzianischen Philosophie übertrieben, ja geradezu satirisch ausfiel. Thomasius hielt die Konfuziusbewunderung für ein „*praejudicium autoritatis*“, einen blinden Autoritätsglauben.

Ich glaube wohl, daß Confucius ein sehr gelehrter Philosophus gewesen, daß er aber seines gleichen nicht sollte gehabt haben, und daß diese Scientia Sinensis so incomparabel sein sollte, wollte mir nicht in meinen Kopff (THOMASIVS 1689: 602).

Denn

[...] ein Mann mag so sehr in Wissenschaften und Tugenden excellieren, als er will, so ist er doch ein Mensch und hat viel mit geringer Leuten gemein; ist auch denen menschlichen Schwachheiten unterworfen (THOMASIVS 1689: 606).

Ungeachtet der Kritik von Thomasius herrschte in Deutschland bis in die Mitte des 18. Jahrhunderts ein positives Bild vom Konfuzianismus. Schlüsselfiguren der positiven Rezeption waren Leibniz, Wolff und Justi. Sie prägten mit ihren Interpretationen das Bild vom Konfuzianismus ihrer Zeit maßgeblich. Sie waren allerdings keine Sinologen, sondern politische Denker. Deshalb richtete sich ihr Hauptaugenmerk auf die konfuzianische Herrschaftslehre.

Leibniz schaltete sich 1697 auf dem Höhepunkt des Ritenstreits<sup>3</sup> mit seinem Werk *Novissima Sinica* in die Auseinandersetzung über den Konfuzianismus ein. Er war sehr besorgt, daß Europa durch den Ritenstreit

---

<sup>3</sup> Im 17. Jahrhundert fand ein heftiger Streit zwischen Jesuiten und Mendikanten (Bettelorden) um die konfuzianischen Riten Chinas statt. Das entscheidende Problem war, ob die konfuzianischen Riten, wie der Konfuziuskult, die Verehrung des Kaisers und der Ahnen mit dem Christentum zu vereinbaren seien oder nicht. Während die Jesuiten keinerlei Problem hatten, diese zu tolerieren,

den Kontakt zu China verlieren könnte. Es sei doch eine „Fügung“ gewesen, „daß die höchste Kultur und die höchste technische Zivilisation der Menschheit heute gleichsam gesammelt sind an zwei äußersten Enden unseres Kontinents, in Europa und in Tschina [...], das gleichsam wie ein Europa des Ostens das entgegengesetzte Ende der Erde ziert“ (LEIBNIZ 1979: 9; dazu auch Li 2000). Demnach bestand die Gesamtheit der Weltkultur aus zwei großen Kulturen, die in sich geschlossen und vollendet waren und ihr Kultursystem in schöpferischer Einheitlichkeit selbst ausgebildet hatten. Europa und China gehörten insofern zu ein- und derselben Welt, auch wenn beide räumlich weit voneinander entfernt waren. In diesem Sinne war die konfuzianische Kultur Chinas für Leibniz eine Ausprägung der einen großen Weltkultur im östlichen Raum. Als solche verglich er diese mit der europäisch-christlichen Kultur.

So betrachtete Leibniz den Konfuzianismus in erster Linie aus der Perspektive der Erschließung einer neuen kulturellen Dimension. Dies beruht auf der Besonderheit seiner Philosophie. Er glaubte nämlich, aus dem Bewußtsein einer einheitlichen Menschheitsaufgabe, die fort- und aufwärtsschreitend und durch wachsende Erkenntnis zu lösen sei, an den Fortschritt der ganzen Menschheit zu höherer Vollkommenheit. Dies war aber für ihn ein dynamischer, im Sinne einer unendlichen Bewegung gedachter, offener Prozeß, an dem sich auch die konfuzianische Zivilisation beteiligen sollte. So versuchte er, die Konvergenz zwischen der christlichen und der konfuzianischen Philosophie aufzuzeigen und somit eine Möglichkeiten zum gegenseitigen Austausch zwischen beiden Kulturen zu erschließen.

Was Leibniz in *Novissima Sinica* darlegte, war ein Hymnus auf die *practica philosophia* der Chinesen. Mit großer Bewunderung sprach der Autor vom konfuzianischen Herrscher Chinas. Er, der

in seiner Bedeutung den einem Menschen möglichen Gipfelpunkt beinahe überschritten hat und gleichsam als ein sterblicher Gott angesehen wird, so daß auf einen Wink von ihm alles geschieht,

---

hielten die Mendikanten die Konfuzius- und Ahnenverehrung von vornherein für einen religiösen Akt, also für Götzendienst und Aberglaube. So gab es zwischen den beiden Orden seit dem Eintreffen der Mendikanten in China 1631 einen steten Konflikt. Dahinter verbarg sich ein altes theologisches Problem, das auch schon in Japan zu Konflikten zwischen ihnen geführt hatte: Soll man mit der Anpassung an die fremde Kultur deren Elite und damit das ganze Land zu gewinnen versuchen, wie die Jesuiten forderten, oder ist das Evangelium ohne jede Akkulturationsstrategie zu verkünden (vgl. REINHARD 1976: 559; MUNGELLO 1977: 137). An diesem Streit beteiligten sich auch die katholische Priesterschaft und viele Theologen in Europa (siehe dazu FÜLÖP-MILLER 1929: 331).

pflegt dennoch solchermaßen zu Tugend und Weisheit erzogen zu werden, daß er es gerade seiner höchsten Stellung unter den Menschen für würdig zu erachten scheint, seine Untertanen in einer ungläublichen Achtung vor den Gesetzen und in Ehrfurcht gegenüber weisen Männern noch zu übertreffen (LEIBNIZ 1979: 13).

Es wäre zu wünschen, so schrieb Leibniz weiter, daß die Europäer von den Chinesen die Anwendung einer praktischen Philosophie und vernunftmäßige Lebensweise lernten. „Angesichts des ins Unermeßliche wachsenden moralischen Verfalls“ in Europa scheine es beinahe notwendig, „daß man Missionare der Chinesen zu uns schickt, die uns Anwendung und Praxis einer natürlichen Theologie lehren könnten, in gleicher Weise, wie wir ihnen Leute senden, die sie die geoffenbarte Theologie lehren sollen“ (LEIBNIZ 1979: 17–19).

Die Bewunderung für den Konfuzianismus als praktische Philosophie setzte sich bei Christian Wolff fort, der allgemein als Popularisator von Leibniz' Philosophie gilt.<sup>4</sup> Seine Rede über die praktische Philosophie der Chinesen von 1721 *Oratio de Sinarum philosophia practica*, in der er das konfuzianische Herrschaftssystem Chinas als das ideale Modell hervorhob, markierte den Höhepunkt der positiven Rezeption des Konfuzianismus in Deutschland überhaupt.

In dieser Rede suchte Wolff die Verständigung nach zwei Seiten. Einerseits bekannte er sich zur konfuzianischen Lehre, andererseits zum Christentum, wenn er sagt, daß beide im Grunde doch dasselbe wollten. Er wollte beweisen, daß die Moral des Konfuzius der christlichen in nichts zuwiderlaufe, und daß sie trotzdem vollkommen mit der natürlichen Moral übereinstimme.

Wolff forderte, die Ansprüche und Taten von Konfuzius auf ihre allgemeinen Bestimmungsgründe zu bringen, dann würde man erkennen können, wie tief die Lehre von Konfuzius selbst sei. Denn seine Ansprüche seien auf allgemeine Regeln ausgerichtet, da er durch sie das ausdrücken wollte, was er lehrte. Was durch Belohnung oder Furcht von einem Herrn erpreßt wird, sei eben keine Tugend. Selbst die Kaiser würden die Untertanen lieber durch ihr Beispiel für sich gewinnen, als sie durch die Furcht vor Strafen verpflichtet zu wollen. Konfuzius habe die Chinesen gelehrt, daß man im Streben nach der Tugend so weit fortschreiten müsse, bis das sinnliche mit dem vernünftigen Streben wie von

---

<sup>4</sup> Es wird oft behauptet, daß Wolff durch Leibniz zur Beschäftigung mit dem Konfuzianismus angeregt wurde (z. B. REICHWEIN 1923: 92; ETIEMBLE 1961: 520). Diese Auffassung läßt sich aber nicht eindeutig belegen, zumal Wolff selbst aussagt, sein Interesse daran sei erst durch die Bücher von Pater Noël geweckt worden (CHING und OXTOBY 1992: 15).

selbst übereinstimme, und daß man darüber hinaus darauf hinarbeiten solle, daß sich der Mikrokosmos dem Makrokosmos angleiche und daß ihr Reich in die Ordnung des Himmels und der Erde gebracht werde. Daraus schließt Wolff, Konfuzius hege dieselbe Überzeugung wie er, nämlich daß „der erste Grundsatz nicht nur des Naturrechts, sondern auch der Anständigkeit selbst die Ausrichtung der menschlichen Handlungen auf die Vollkommenheit des Mikrokosmos, folglich auch auf die des Makrokosmos selbst ist“ (WOLFF 1985: 7).

Für Wolff stand insofern fest: Konfuzius konnte sich ohne jede Kenntnisse vom Schöpfer der Welt und seiner Offenbarung lediglich der Kräfte der Natur bedienen. Dennoch sei er vom Weg der Wahrheit nicht abgekommen, da er sich unermüdlich um die Tugend bemüht und Laster vermieden habe. So gelte Konfuzius für die Chinesen als der „unfehlbare, allen gemeinsame Lehrer“, der ihnen die wahren Lehren der Sitten und der Verwaltung des Reichs vermittelt und ihnen dabei durch sein Beispiel vorangegangen sei.<sup>5</sup>

Dank dieser konfuzianischen Lehre überträfen die Chinesen „in der Kunst zu regieren alle“ (WOLFF 1975: 10). Es gebe keinen Geburtsadel, sondern man bekäme lediglich aufgrund persönlicher Verdienste den Adelstitel (WOLFF 1972: § 212). Das Schulwesen sei mustergültig aufgebaut (WOLFF 1985: 39–41). Die Könige stünden nicht außerhalb des Gesetzes und würden vom Kollegium der Gelehrten beraten (WOLFF 1985: 95). So präsentierte Wolff mit seinen Schriften über China und den Konfuzianismus in der Tat ein Hymne auf die Staatsklugheit der Chinesen. In dem konfuzianischen Staat Chinas sah er den Idealstaat im Sinne Platons verwirklicht (WOLFF 1981: § 5).

Die am systematischsten aufgearbeitete Lobeshymne auf das konfuzianische Herrschaftssystem Chinas stammt aus der Feder von Johann Heinrich Gottlob von Justi, einem „der bekanntesten und am meisten gedruckten deutschen Schriftsteller und Gelehrten der Mitte des 18. Jahrhunderts“,

---

<sup>5</sup> In diesem Zusammenhang schrieb Wolff, Konfuzius gelte den Chinesen „genauso viel wie Moses den Juden, Mohammed den Türken, ja sogar genauso viel wie Christus uns [...] sofern wir ihn als Propheten oder Lehrer, der uns von Gott gegeben worden ist, verehren“ (WOLFF 1985: 19). Diese Feststellung sollte in den folgenden Jahren den Streit zwischen Wolff und Pietisten in Halle auslösen. 1723 reichten die Pietisten bei König Friedrich Wilhelm I. von Preußen Anklage gegen Wolff ein, wobei sie ihn als Atheisten denunzierten. Der König erließ am 8. November 1723 eine Kabinettsorder, in der er Wolff befahl, das Land binnen 48 Stunden unter Androhung des Stranges zu verlassen. Daraufhin reiste Wolff nach Marburg. Von dort hatte er bereits im Sommer 1723 eine Berufung für die Professio Matheseos et Physices erhalten (FRAUENDIENST 1927: 32).

den man als den „Prophet(en) des preußischen Regierungssystems“ bezeichnete (SCHMIDT 1961: 274). Sein Buch *Vergleichungen der europäischen mit den asiatischen und andern vermeintlich barbarischen Regierungen* von 1762 war eine umfassende und systematische Abhandlung u.a. der politischen Philosophie und der Regierungseinrichtungen Chinas.

Im konfuzianischen Herrschaftssystem Chinas verfüge der Monarch zwar über „alle unumschränkte Gewalt, die zur Thätigkeit und wahren Stärke der Staaten so nöthig ist“, aber ihm seien auch „Bewegungsgründe und Triebfedern an die Hand“ gegeben worden, „diese Gewalt nicht zu mißbrauchen, sondern sich gütig, gerecht, weise und als ein wahrer Vater seines Volkes zu bezeugen“. Dadurch habe man in China eine vorteilhaftere Regierungsform eingerichtet als in Europa, wo man sich überhaupt nicht um solche Triebfedern der Monarchie kümmere (JUSTI 1762: 40).<sup>6</sup> Es sei jedem Mandarin erlaubt, den Kaiser auf Fehler und Gebrechen seiner Regierung hinzuweisen (JUSTI 1762: 20). Ein Kollegium von Gelehrten

---

<sup>6</sup> Mit seiner positiven Beurteilung des chinesischen Reiches mußte Justi mit der von Montesquieu, der China als Despotie an den Pranger stellte und dessen These auch in Deutschland rezipiert zu werden begann, in Konflikt geraten. Justi, der damals in Deutschland als einer der besten Kenner von Montesquieu galt, kritisierte dessen Auffassung von der Despotie in China in sehr direkter Form: „Ich halte Sina nicht allein vor eine Monarchie, sondern auch vor eine sehr weislich eingerichtete Monarchie, worinnen so gar die bürgerlichen Gesetze und die Sitten als Grundlage des Staates angesehen, alle Angelegenheiten mit der größten Vorsicht abgehandelt werden“. „Diese oder jene übereilte und grausame That“ der chinesischen Kaiser, auf die sich Montesquieu beruft, mache noch keine Despotie aus. „Auf diese Art würden alle Monarchien despotisch seyn; denn in allen sind zuweilen unter dem Schein der Justizverwaltung ungerechte und grausame Thaten geschehen.“ Auch in Europa gebe es kein Reich, „worinnen nicht zuweilen Tyranneyen und die Grausamkeiten vorgegangen sind“. Es sei überhaupt falsch, allein nach einzelnen Taten die ganze Regierung zu beurteilen. Man müsse doch ihrer Natur nach zwischen der „unumschränkten Gewalt“ der wahren und guten Monarchie und der „Despoterey“ unterscheiden. „Die wahren und guten Monarchien sind von dem Muster der Regierung eines Vaters über seine Kinder und Familie hergenommen [...] die Despoterey, ist das Bild von der Herrschaft eines Herrn über seine Sklaven“ (JUSTI 1762: 1). Es gebe doch keinen Grund, warum „man Sina eine despotische Regierungsart beylegen“ soll. „Der Herr von Montesquieu behauptet selbst in vielen Stellen seines Werkes, daß es hauptsächlich die Natur der Despoterey sey, daß der Wille des Despoten über alle Gesetze sey, und daß seine vornehmsten Staatsbedienten eben so frey und willkürlich herrschten, als der Despot selbst, weil sie an seiner statt den unumschränkten Willen ausüben müßten. Allein dieses hauptsächlichliche Kennzeichen der Despoterey findet man nicht in Sina, wo die vornehmsten Staatsbedienten genau an die Gesetze gebunden sind“ (JUSTI 1762: 52).

schreibe alle guten und bösen Handlungen des Monarchen genau auf und hinterlasse diese der Nachwelt: Dies sei ein sehr wirksames Mittel zur Mäßigung der Monarchie, denn

wenn ein Monarch versichert ist, daß seine unüberlegten und bösen Handlungen der Nachwelt ohne Schmeicheley und Bekleisterung erzählt werden, so müsste er einen sehr unedelen und niederträglichen Geist haben, wenn er nicht dadurch aufgemuntert werden wollte, sich als löblicher und guter Regent zu bezeigen (JUSTI 1762: 37).

Die konfuzianische Staatsverfassung Chinas zeichnet sich nach Justi vor allem dadurch aus, daß sie die Staatsbediensteten bzw. Mandarine durch ein weise eingerichtetes Straf- und Belohnungssystem, das nicht auf Willkür, sondern auf festen und unverbrüchlichen Gesetzen beruht, und durch eine vortreffliche Ordnung und genaue Aufsicht in allen Angelegenheiten dazu bewegt, „daß sie sich in allen ihren Handlungen als Väter des Volkes betrachten, und sich auf diese Art bezeigen“ (JUSTI 1762: 416). Zur vortrefflichen Praxis dieses Systems zählte Justi z. B., daß sich der Kaiser alle drei Jahre ein Verzeichnis geben ließ, in dem die Namen sowie die guten und bösen Eigenschaften aller Mandarine enthalten waren, um diese dann zu belohnen oder zu bestrafen (JUSTI 1762: 49); oder auch, daß in Peking eine besondere Zeitung regelmäßig erschien, die alle inneren Landesangelegenheiten zum Gegenstand hatte, damit „gutes oder schlechtes Verhalten, die Lobsprüche oder Verweise, die Belohnungen oder Strafen, die sie (die Staatsbedienten – d.V.) erlangen, öffentlich aller Welt bekannt gemacht werden“ (JUSTI 1762: 60). Dazu gehörten auch Gesetze, wonach kein Mandarin in seinen Heimatort oder in dieselben Bereiche der Verwaltung, in denen bereits einer seiner Verwandten arbeitete, versetzt oder geschickt werden durfte (JUSTI 1762: 445f); oder der Umstand, daß sowohl am Hofe als auch in den Provinzen „alle Staatsbedienten und Unterkönige Collegia zur Seiten (haben) [...], mit deren Beyrath und Bestimmung sie die Angelegenheiten besorgen müssen“ (JUSTI 1762: 53). Jedes Collegium hat aber seinerseits einen Aufseher, „der ohne Theilnahme an den Geschäften [...] auf alle Handlungen des Collegii eine genaue Aufmerksamkeit hat“ (JUSTI 1762: 59).

Die Garantie für das Funktionieren dieser Einrichtungen sah Justi in dem strengen Staatsprüfungssystem. Die Tatsache, daß bei dieser Prüfung niemand ausgeschlossen werden konnte und Stand und Geburt keine Rolle mehr spielten, rief bei Justi ebenso wie bei Wolff regelrechte Begeisterung für das konfuzianische Herrschaftssystem hervor (JUSTI 1762: 463–467).

Charakteristisch für die positive Rezeption des Konfuzianismus in der frühen Aufklärung Deutschlands war, daß die einflußreichsten Gelehrten wie Leibniz, Wolff und Justi im Konfuzianismus Verbindungen mit dem eigenen rationalen Denken sahen und dadurch ihre eigene Philosophie sozusagen providentiell bestätigt fanden. Ihr Wissensstand von der konfuzianischen Philosophie mag dürftig gewesen sein, dennoch war sie „kein beliebiger, mehr oder weniger zufälliger Untersuchungsgegenstand, sondern Verbündeter in einer gemeinsamen Sache: dem Sieg der Vernunft“ (ROETZ 1992: 22). Ihr Interesse am Konfuzianismus war von einem weit tieferen Ernst getragen als so manche spätere kenntnisreichere Forschung.

Dies alles geschah vor dem Hintergrund ihrer tiefen Enttäuschung über die religiösen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in Europa selbst. Das Dasein einer verknöcherten Religion und Theologie, die gesellschaftlichen Vorrechte, deren sich der Klerus und die aristokratischen Klassen erfreuten, und die beständigen Zwistigkeiten und Kriege zwischen den europäischen Staaten standen für sie in scharfem Gegensatz zu dem, was man durch die Berichte der Jesuiten über China erfuhr: eine Philosophie, die rationalistisch und ethisch war; gesellschaftliche Anerkennung, die auf der durch ein gerechtes Prüfungssystem bestätigten Leistung beruhte; und vor allem ein einheitliches politisches System, das im chinesischen Reich Gesetz, Ordnung und Frieden aufrechterhielt. China mit seinem Konfuzianismus, das war für viele Philosophen der frühen Aufklärung ein real existierender Idealstaat am anderen Ende des gemeinsamen Erdteils.

### 3. DIE ROLLE DER KONFUZIANISMUSREZEPTION

Die positive Konfuzianismusrezeption der frühen Aufklärung – sowohl Wolffs als auch Justis – wird auch heute noch häufig auf eine diesen Autoren gemeinsame politische Neigung zur autoritären, absolutistischen Herrschaft zurückgeführt. Derartige Auffassungen werden auch von bekannten Sinologen mit getragen. So behauptet Tilmann Grimm:

[...] es ist den Menschen jener Zeit selbstverständlich gewesen, alle Staats- und Gesellschaftsordnung von der monarchischen Spitze her zu sehen. Das Bild, das man von China gewann, entsprach der eigenen Vorstellung daher durchaus, auch China schien in diesem Sinn absolutistisch regiert zu sein (GRIMM 1969: 59).

Eine solche Interpretation verfehlt jedoch den Kern der Konfuzianismusrezeption jener Zeit. Diese pauschale Vorstellung bedarf einer grundsätz-

lichen Korrektur. Denn Sinophilie und Absolutismus sind keineswegs als synonym zu verstehen. Die tiefgreifenden Gründe der Sinophilie der im letzten Abschnitt genannten Gelehrten sind nur durch eine differenzierte Analyse, die ihre Konfuzianismusrezeption im gesamten Kontext ihres Denkens untersucht, zu erfassen.

#### A. VERNUNFTIDEE UND KONFUZIANISMUS

Der Grundzug der frühen Aufklärung in Europa bestand in der Prüfung des Althergebrachten durch die Vernunft, in der Weigerung, etwas auf bloße Autorität hin anzunehmen. Die Philosophen suchten deshalb nach einer neuen Moralphilosophie, die nicht auf Gottes Gebot, sondern auf der Natur des Menschen basierte. Sie gingen davon aus, daß die Vernunft für alle Menschen ein und dieselbe sei. Durch die Vernunft würden sich die Menschen von den Tieren abheben, durch sie werde ein Leben in Gesellschaft erst möglich, allein durch sie sei die Einsicht in eine rationalen Gesetzmäßigkeiten folgende Schöpfung zu gewinnen. Dabei fanden die Philosophen der Aufklärung in der Stoaphilosophie der klassischen Antike ein Modell, das mit ihnen geistesverwandt war.<sup>7</sup> Denn das Vorbild der Naturordnung, in das sich für die Aufklärung der ethische Mensch einfügt, war im Grunde der stoische Kosmos, „die All-Natur, die in sich vernünftige einheitliche Ordnung des ganzen, Mensch und Gesellschaft in sich schließenden Universums, die ein naturgemäßes Leben zugleich zum sittlichen macht“ (ROETZ 1984: 13). Es war insofern nicht verwunderlich, daß die Vorstellung einer Einheit des moralischen Menschen mit der als normativ gedachten Ordnung der Natur, die man aus dem bekannt gewordenen chinesischen Schrifttum beispielhaft herauslesen konnte, die der Stoa verpflichteten Philosophen der frühen Aufklärung so faszinierte, daß sie in der politischen und moralischen Verfassung dieses konfuzianischen Reiches quasi die authentische Umsetzung des „natürlichen Gesetzes“ sahen.

Es waren zuerst die Jesuiten in China, die, dem Beispiel von Matteo Ricci folgend, in der chinesischen Philosophie eine enge Verbindung mit den Lehren der Stoa sahen. Sie hielten sogar die chinesische Philosophie in ihrer praktischen Ausführung für konsequenter als die griechische. So schrieben die Verfasser des *Confucius Sinarum Philosophus* in der Einleitung:

---

<sup>7</sup> Cicero und Epiktet wurden im 17. Jahrhundert viel gelesen (Vgl. CHING und OXTOBY 1991: xxv).

Das alte Geschlecht der Chinesen, das die Weisheit, die Klugheit und die übrigen Tugenden aufrichtig verehrte und lehrte, hat sowohl die wunderbare Ordnung und Beständigkeit des Himmels und der Erde immer bewundert als auch versucht, sie überaus sorgfältig und eifrig nachzuahmen. Daher hat es sich seine monarchische Regierung gegeben, die schon 4000 Jahre geherrscht hat; daher die so taugliche wie leichte Art und Weise, die Untersten durch die Mittleren und die Mittleren durch die Höchsten zu regieren, so daß die Könige und Weisen dieser alten Völkerschaft mit aller Anstrengung des Geistes und des Körpers geradezu auf dies eine hinzuarbeiten schienen; mit den feineren und weiter von den Sinnen entfernten Freuden des philosophierenden Griechenland befaßten sie sich nicht einmal oberflächlich; vielleicht hätten sie es sogar verabscheut und ihm nicht nur nicht zugehört, sondern ihn sogar von ihren Grenzen ferngehalten, wenn von dort ein Aristoteles oder ein scharfsinniger Gelehrter aus den Schulen der Stoiker oder Peripatiker nach China gezogen wäre (zit. nach WOLFF 1985: 203).

Freilich hatten die Jesuiten damit – wie es in der späteren Konfuzianismus- und China-Rezeption üblich werden sollte – ein gutes Motiv zur Verachtung „der“ Chinesen wegen ihrer angeblichen Unfähigkeit zu metaphysischer Differenzierung geliefert. Für den stoischen Geist dieser Epoche aber war die in China so offensichtlich verfochtene Einheit des Mikrokosmos mit dem Makrokosmos im Gegensatz zu späteren Epochen keineswegs Merkmal eines zurückgebliebenen Denkens, sondern vielmehr eine dem neuesten Trend der Zeit entsprechende hochaktuelle Idee (ROETZ 1984: 13).

Es war im Grunde nur folgerichtig, daß bei denjenigen, welche die Berichte der Jesuiten über China sorgfältig studiert hatten, die Verehrung der klassischen Antike auch zur Bewunderung der konfuzianischen Philosophie führte. Konfuzius repräsentierte eine Tradition, die über zweitausend Jahre existierte, und damit ein würdiges Pendant zu Griechenland und Rom darstellte. Seine Philosophie, so wie sie die Jesuiten dargelegt hatten, war eine Philosophie der Vernunft und des Gemeinsinns, der Toleranz und der Tugend.

Vor allem die Nachricht, daß man in China keine Offenbarung kenne, aber dennoch mit der konfuzianischen Lehre und durch vernünftige Reflexion ein hohes moralisches Niveau erreicht habe, fand bei Philosophen wie Leibniz und Wolff, die den Menschen vor allem als handelndes Wesen sahen und die praktische Vernunft in den Mittelpunkt ihres Denkens gestellt hatten (DREITZEL 1991: 602), besonderes Gehör. Hatten sie Pufendorfs Betonung einer gegenüber dem Gottesbegriff der Offenba-

rung und Moralthologie unabhängigen Erkennbarkeit des natürlichen Gesetzes aus der menschlichen Natur in ihre Philosophie aufgenommen (ARNDT 1975: XV), so fanden sie im konfuzianischen China geradezu einen empirischen Beweis für die Fähigkeiten der menschlichen Vernunft und zugleich für die Unabhängigkeit der Moral von der Theologie. Die Lektüre der damals bekannt gewordenen konfuzianischen Texte, des *Lunyu* (auch: *Lunyü*) und vor allem des häufig zitierten *Zhongyong* ergab genau diese Kombination von Ratio und Naturordnung:

Während LUNYÜ auf eine kosmisch-metaphysische Abstützung der Ethik im Grunde verzichtet und wegen seiner rein auf Vernunft gegründeten Moral faszinierte, entsprach das ZHONGYONG mit seinem Kosmos und seiner Menschenwelt als einen einzigen sittlichen Zusammenhang begreifenden Panmoralismus dem optimistischen Glauben an eine vernünftigen-moralische Weltordnung im ganzen (ROETZ 1984: 12).

Freilich wurde das Verhältnis von Natur und Sittlichkeit im Konfuzianismus nicht einheitlich behandelt. Man kann wohl sagen, daß Konfuzius kein unbegrenztes Vertrauen in die menschliche Natur setzte, denn er betrachtete die „Überwindung des Selbst“ als Voraussetzung für „Humanität“ (*Lunyu* 12.1). Für *Zhongyong* und Menzius war die angeborene Natur des Menschen gut, während Xun Zi diese in scharfen Kontrast zur allein moralischen Vernunft setzte (ROETZ 1984: 13). Die Gelehrten der frühen Aufklärung in Europa machten aber diese Unterschiede nicht. Sie folgten vor allem dem *Zhongyong*<sup>8</sup>, denn dort sahen sie gerade das, was mit ihrer philosophischen Denkweise konvergierte. Insofern kann man sagen, daß die Überzeugung von der Einheit von Natur und Vernunft die eigentliche Basis der Begeisterung für die konfuzianische Philosophie dieser Epoche bildete.<sup>9</sup>

#### B. REFORMGEDANKE UND KONFUZIANISCHES HERRSCHAFTSSYSTEM

Die Suche nach der natürlichen Moral und der Glaube an die menschliche Vervollkommnung der Naturrechtslehre der frühen Aufklärung entsprachen ihrem Verlangen nach einer perfekten und gerechten Gesellschaft. Auch diese Entwicklung fand ihre Inspiration zunächst in der Antike –

---

<sup>8</sup> In der Tat hielten die Gelehrten dieses Buch für eine authentische Wiedergabe der Lehre des Konfuzius. Über die tatsächliche Geschichte dieses Werkes siehe TU 1976: 13f, 21f.

<sup>9</sup> Der Topos dieser Einheit zieht sich seither wie ein roter Faden durch die westliche Deutung Ostasiens. Vgl. ROETZ 1992: 22.

insbesondere bei Platon. Im 17. Jahrhundert griff Grotius dieses alte Problem wieder auf und versuchte es an eine neue intellektuelle und soziale Umgebung anzupassen:

He sought especially to correlate law with mathematics, seeing in this science the universal medium for the revival of Platonic ‚Ideas‘. This theory of natural law requires the liberation of law from theological dogma as well as state absolutism, and Grotius affirmed that the propositions of natural law would retain their validity even if one were to assume that there was no God, or that he was not concerned with human beings (CHING und OXTOBY 1992: 32).

Bemerkenswert ist hier, daß bereits Grotius China als das Land betrachtete, in dem das Prinzip der Gerechtigkeit herrschte.

Den Philosophen, die auf der Suche nach einer alternativen politischen und sozialen Ordnung waren, boten sich um die Mitte des 18. Jahrhunderts drei unterschiedliche Möglichkeiten. Die erste war die in dieser Zeit blühende Mode der politischen Utopie. Mehr als zwei Jahrhunderte wurden die humanistischen Träume von einer „wunderbaren neuen Welt“ in den utopischen Literaturen zum Ausdruck gebracht.<sup>10</sup> Die zweite zeigte Einzelpersonlichkeiten wie Christian Thomasius auf. Sie drängten mutig auf die Beseitigung der größten Mißstände. Zwar verwendeten sie dabei auch philosophische Argumente, aber ohne ein allgemeines, systematisches Konzept, das sich über dasjenige des Fürstenstaates hinausgewagt hätte. Die dritte Möglichkeit bestand in parlamentarischen Lösungen und, nach englischem Vorbild, der Gewaltenteilung, wie sie Montesquieu in seinem Werk *Esprit des Lois* dargestellt hatte.

Darüber hinaus gab es einen realistischen und reformerischen Ansatz, den vor allem Wolff und seine Anhänger vorzogen. Für diese waren die drei ersten Alternativen entweder politisch harmlos oder hatten in den christlichen Kirchen oder den absolutistischen Dynastien entschiedene Gegner. Ohne gewaltsame Revolution war eine grundlegende Änderung kaum zu erhoffen (THOMANN 1983: 189f). Dagegen setzten Wolff und seine Anhänger auf die Möglichkeit, eventuell sogar mit Hilfe der Fürsten und der Kirchen, friedliche Reformen auf den Weg zu bringen.

---

<sup>10</sup> So z.B. Thomas More (*Utopia*, 1516), Tommaso Campanella (*Civitas solis*, 1633), Francis Bacon (*The New Atlantis*, 1627), James Harrington (*Oceana*, 1656), Cyrano de Bergerac (*Voyage dans la lune*, 1657), François de Salignac de la Mothe Fénelon (*Télémaque*, 1699), Jean-Jacques Rousseau (*La Nouvelle Héloïse*, 1761), Denis Diderot (*Supplément au Voyage de Bougainville*, 1772), Louis Sébastien Mercier (*L'an deux mille quatre cent quarante*, 1770). Über die politische Utopie der Neuzeit siehe SAAGE 1991.

Es überrascht deshalb nicht, daß sich Wolff ebenso wie Justi mit dem Herrschaftsprinzip der Monarchie ausführlich auseinandergesetzt hatte und selbst darin Möglichkeiten für die Verwirklichung eines idealen Staates sahen (WOLFF 1975: § 233; WOLFF 1968: § 131–137; JUSTI 1759: 20 und passim, 177–263; JUSTI 1762: 8f). Dies setzte nur voraus, daß dieser Staat einige Bedingungen erfüllte (WOLFF 1975: § 247). Die idealste Voraussetzung dafür war, wie Platon bereits festgestellt hatte, ein Regent, der selbst Philosoph ist, oder zumindest von philosophischen Ideen geleitet wird. Wolff und Justi waren der Ansicht, daß dies keine reine Idee sei, sondern vielmehr auf der Wirklichkeit beruhe, und daß das Beispiel des konfuzianischen Chinas dafür den Beweis lieferte (WOLFF 1981: § 5; JUSTI 1762: 10).

Zweifellos hatten die Berichte der Jesuiten, welche die vorzüglichen Eigenschaften der sozialen und politischen Institutionen Chinas und seines Herrschers priesen, entscheidend zur Entstehung eines solchen idealen Bildes von China beigetragen. Aber die positive Darstellung der Jesuiten allein hätte keine solche Wirkung erzielen können, wäre nicht eine entsprechende Aufnahmebereitschaft seitens der Gelehrten vorhanden gewesen. Und diese Bereitschaft lag vor allem in ihren jeweiligen philosophischen und politischen Anliegen begründet. Diejenigen Philosophen, die realistische Möglichkeiten einer politischen Reform suchten, hatten im konfuzianischen China ein Musterbeispiel gefunden, das die Realisierbarkeit ihrer politisch-reformerischen Vorstellung unter der monarchischen Herrschaft bestätigte. In diesem Sinne war China für sie ein Äquivalent zur „wunderbaren neuen Welt“ der Utopisten. Anders aber als im Falle von Utopien war das konfuzianische China weder eine Projektion in eine ferne Zukunft noch eine Phantasie, die in exotischer Umgebung errichtet werden sollte, sondern ein real existierender Idealstaat (vgl. DAVIS 1983: 531).

Wenn Wolff seine Bewunderung dafür zum Ausdruck brachte, daß die Philosophen am kaiserlichen Hof in China dem Regenten als Geheime Räte dienten, war dies gleichzeitig ein Plädoyer für kollegiale Einrichtungen im monarchischen Staat, denn nach seiner Auffassung konnte das Zufallselement der jeweiligen Persönlichkeit des Monarchen durch die Kontinuität und Rationalität der Kollegien ausgeglichen werden (WOLFF 1975: § 247). Mithin lobte Wolff die Rechtspraxis der ersten Kaiser Chinas. Dabei betonte er, daß diese nur etwas verordneten, das sich in mehrfachen Versuchen bewährt hatte, und daß sie selbst nicht außerhalb des Gesetzes standen, denn sie hatten selbst das Gesetz zur Richtschnur ihrer Handlungen gemacht (WOLFF 1985: 95). Darin lag sein Postulat der Widerspruchlosigkeit von natürlicher Rechtsvorgabe und positiver Rechtsfixierung sowie der Trennung des Souveräns als Staatsorgan von der Privatperson des Regenten begründet. Darauf basierte schließlich seine Leh-

re vom aktiven und passiven Widerstandsrecht, das den Untertanen ein Selbsthilferecht im Falle der obrigkeitlichen Verletzung der Staatsgrundsätze und Staatszwecke zusicherte.

Welches reformerische Potential der China- und Konfuzianismusrezeption dieser Zeit innewohnte, wird vor allem bei Justi, dessen Beschäftigung mit China stets von scharfer Kritik an den europäischen Zuständen seiner Zeit begleitet war (JUSTI 1762: 40, 205, 459–488), richtig deutlich. Seine Schrift *Vergleichungen* war im wesentlichen ein Katalog von Reformvorschlägen für Europa. Der Umfang seiner Reformforderungen, die sich auf die chinesischen Vorbilder stützten, reichte vom egalitären Beamtenauswahl- und -beförderungssystem über die kollegiale Verfassung, die Erziehung der Regenten und aller Bürger bis hin zum gerechten Abgabensystem.<sup>11</sup> Darüber hinaus zeigte Justi am chinesischen Beispiel, inwieweit eine Mäßigung der Macht der Monarchie möglich war (JUSTI 1762).

Die Durchsetzung solcher Reformvorstellungen hätte sicherlich große Veränderungen des damaligen politischen und sozialen Lebens hervorrufen können, auch wenn sie nicht von parlamentarischen Regierungsformen nach englischem Muster begleitet gewesen wären. Deshalb ist es erforderlich, die im Bezug auf die positive Konfuziusrezeption Wolffs und Justis allgemein verbreiteten Vorurteile zu revidieren. Es war nicht die Konvergenz zwischen den absolutistischen Herrschaften in China und Europa, die das Interesse von Gelehrten wie Leibniz, Wolff und Justi an dem konfuzianischen Herrschaftssystem Chinas erklärt, sondern vielmehr die von ihnen wahrgenommenen Unterschiede zwischen diesen Herrschaften. Sie hielten daher den eigenen Herrschern das konfuzianische Herrschaftssystem als Vorbild entgegen.

---

<sup>11</sup> In diesem Zusammenhang hat Johanna Menzel eine interessante These aufgestellt. Sie behauptet, Justis Schriften über das staatliche Verwaltungssystem seien ganz überwiegend durch die damaligen Berichte über den konfuzianischen Staat Chinas inspiriert worden. „It is here, in the field of administrative techniques, that China exerted a direct influence on Justi. The expansion and systematisation of cameralistic studies which played such an important part in the preparation of civil servants, especially in Prussia, may thus be traced to Justi's admiration for Chinese civil service examinations“ (MENZEL 1956: 310). Die Einschätzung Menzels scheint sehr plausibel. Nicht zuletzt deshalb wäre es sinnvoll, die Beziehungen zwischen dem chinesischen und dem Aufbau des preußischen Verwaltungssystems in der Mitte des 18. Jahrhunderts und die vermittelnde Rolle Justis näher zu untersuchen. Das gleiche gilt für die Frage, inwieweit das chinesische Vorbild einen unmittelbaren Einfluß auf die Herausbildung des modernen Beamtentums in Europa hatte. Zumindest bei der Einführung des öffentlichen Wettbewerbs zur Rekrutierung des englischen Civil Service (1855) ist dieser Einfluß nachweisbar. Siehe dazu TENG 1942/43.

#### 4. POLITISCHER EINFLUSS

Die politische Philosophie der Aufklärung in Deutschland hatte versucht, durch die Popularisierung von Philosophie und die Verbreitung von Bildung politische Wirkungen zu erzielen. In diesem Sinne war die deutsche Aufklärung als solche politisch. Der Versuch einer politischen Einflußnahme über das Medium der Bildung dürfte unter den vorhandenen Verhältnissen wohl der einzig realistische Weg gewesen sein. Er wurde von Philosophen wie Wolff und Justi – sei es in Form der Lehre oder der Publizistik – konsequent beschritten (MEYRING 1965: 150). Damit floß die konfuzianische Lehre in das politische Denken und in die politische Praxis ein.

Tatsächlich waren Herrscher wie Friedrich II. und Joseph II. von der aufklärerischen Philosophie beeinflusst. Es ist bekannt, daß die Idee der Reformen von Joseph II. zum großen Teil auf Wolffs praktischer Philosophie fußten und von Wolffs Schülern wie Martini oder Heinke durchgesetzt wurden (vgl. THOMANN 1983: 190). Darüber hinaus ist bekannt, daß Friedrich II. die Werke Wolffs studiert hatte und seine Idee vom Fürsten als erstem Diener des Staates von Wolffs Plädoyer für die gütige Herrschaft im Stil der chinesischen Kaiser beeinflusst war (FRAUENDIENST 1927: 34; DAVIS 1983: 537). Diese geschickt publizierte Idee Friedrichs II., die mit der Absage an die seiner Ansicht nach unklugen, unzweckmäßigen und von falschen Voraussetzungen ausgehenden Ratschläge Machiavellis für Fürsten einer barbarischen Epoche, die zu ihrer eigenen Befriedigung herrschen wollten, verbunden war, trug wesentlich dazu bei, daß er schon zu seinen Lebzeiten als Prototyp des aufgeklärten Monarchen galt.<sup>12</sup>

Allerdings wurde die Philosophie Wolffs von den „aufgeklärten Herrschern“ nur selektiv aufgenommen.<sup>13</sup> Sie sahen in Wolffs Konzeption in

---

<sup>12</sup> Es war eine der ersten Regierungshandlungen Friedrichs II., Wolff 1740 nach Halle zurückzuholen. Für den König war diese Rehabilitierung „ein Symbol für den Sieg der Denkfreiheit und der Vernunft auch in seinem Staat über Barbarei, Unwissenheit und Aberglauben“. Voltaire, mit dem Friedrich II. enge persönliche Kontakte pflegte, griff in seinem zweiten Huldigungsgedicht für den König diese Tat auf und feierte sie poetisch. Voltaire glaubte nunmehr, in Friedrich II. den Philosophenkönig gefunden zu haben (FRAUENDIENST 1927: 54).

<sup>13</sup> Von der Staatstheorie Wolffs fand lediglich seine Darstellung der väterlichen Hausherrschaft als Idealbild für das Amt jeder Regierung zu jener Zeit großen Anklang. Insbesondere sein Bild des Regenten als Hausvater wurde zur philosophischen Untermauerung der absoluten Monarchie – sowohl hinsichtlich des Umfangs der Fürsorge wie hinsichtlich des Machtverhältnisses zu den

erster Linie eine Ermunterung, den Absolutismus als Erziehungsstaat zu konzipieren, und betrachteten die chinesisch-konfuzianische Herrschaft als das dazugehörige real existierende Stereotyp. Gerade gegen solche Wahrnehmungen wandten sich später die Kritik Kants an der „väterlichen Herrschaft“ und der Protest des Natur- und Völkerkundlers Georg Forster gegen die Anmaßung der „pädagogischen Despotie“; für sie hatte der „Vater“ die Aufgabe, die mündig gewordenen Kinder zu emanzipieren (DREITZEL 1991: 733).

Sicher kann man auch nicht behaupten, daß die sinophile Staatsphilosophie Wolffs einen Beitrag zur Bildung der Volkssouveränität in dem Sinne geleistet hätte, die Lehre vom Herrschaftsvertrag aufzuheben und grundsätzlich die Kontinuität der Volksversammlungen zu fordern. Ausgehend von Wolff aber hatte Justi um die Mitte des Jahrhunderts immerhin versucht, die Theorie der unveräußerlichen „Grundgewalt“ des Volkes, also seiner verfassunggebenden Gewalt, schärfer auszubilden und jede Änderung der Regierungsform an sie zu binden. Doch Justi wie Wolff zogen unter den politischen Alternativen die der friedlichen Reform vor. Sie instrumentalisierten dabei das konfuzianische Herrschaftssystem Chinas (DAVIS 1983: 544).

Die Bemühungen von Wolff und Justi, das konfuzianische China, vor allem Kaiser Kangxi, gegenüber den eigenen Herrschern als Verkörperung idealer Herrschaft darzustellen, schlug sich gerade auch im Toleranzgedanken nieder<sup>14</sup>, den die absolutistischen Herrscher aufgriffen.<sup>15</sup>

---

Kindern bzw. Untertanen – eingesetzt. Dagegen fand die naturrechtliche Grundlage seiner Staatsphilosophie, wie z.B. seine Überzeugung von den angeborenen Menschenrechten und der moralischen Autonomie des Einzelnen, deren Plausibilität er mit Hilfe der konfuzianischen Philosophie gezeigt zu haben glaubte, kaum Beachtung. Zudem geriet in Vergessenheit, daß Wolff der Republik als möglicher idealer Herrschaftsform den Vorrang eingeräumt hatte.

<sup>14</sup> Der chinesische Kaiser Kangxi (1662–1722) erließ im Jahre 1692 das sog. Toleranzedikt, worin das Christentum rechtlich dem Taoismus und Buddhismus gleichgestellt und damit den Christen überall im Lande die freie Verkündigung des Evangeliums zugesichert wurde. Siehe dazu COLLANI 1989: 11.

<sup>15</sup> So schreibt Müller: „Wie immer man die Herrschaftsintensität des Absolutismus bewerten mag, fest steht, daß dieses Politiksystem im Horizonte der modernen Erfahrungen kaum als totalitär betrachtet werden darf. Von der Warte desjenigen aus gesehen, der die menschenverachtenden Greuel des Totalitarismus kennt, erscheint dieses Herrschaftssystem in einem weniger schrecklichen Licht als den kritischen Zeitgenossen. Die Herrschaftspraxis des Absolutismus war im Gegensatz zum Totalitarismus späterer Zeit in gar keiner Weise ideologisch-eschatologisch eingefärbt. Der Herrscher agierte nicht als Sinnstifter; verstand sich nicht als diejenige Instanz, die dem privaten und

Im Jahre 1781 erließ Joseph II. ein Toleranzedikt, und auch Friedrich II. verordnete religiöse Toleranz. Zwar waren weder in Preußen noch in Österreich die Minderheiten in der Ausübung ihrer Gottesdienste so frei, wie sie sich es gewünscht hätten, dennoch ist am Verhalten dieser beiden Herrscher zu erkennen, daß die religiöse Toleranz, die Kangxi gegenüber den Jesuiten walten ließ, in Europa Schule gemacht hatte.

Auch hier zeigt sich, wie wenig berechtigt die Kritik an den Staatslehren von Wolff und Justi als autoritär-absolutistisch ist. Noch weniger begründet ist die Behauptung, die Konzeption Wolffs würde zu einem totalitären Moralstaat führen (SCHRÖDER 1988: 14). Man sollte nicht vergessen, daß wir von einem Zeitalter in Deutschland sprechen, in dem die Herrschaft des Feudalismus noch nicht erschüttert war und die absolute Monarchie, wenn auch in ihrer halb-patriarchalischen Form, nach Belieben schaltete und waltete, während das Bürgertum ökonomisch schwach war und politisch noch keinen Einfluß gewonnen hatte (vgl. KRÜGER 1980: 11). Unter diesen Bedingungen konnten jene Denker noch der Meinung sein, mit Hilfe der vorbildhaften chinesisch-konfuzianischen Herrschaft die Fürsten zur Reform bewegen zu können.

Mit der zunehmenden Erfahrung der Unwilligkeit und Unfähigkeit der fürstlichen Gewalt aber, ihre durch Wolffs und Justis Theorien postulierten Funktionen im Reformprozeß der Gesellschaft tatsächlich zu übernehmen, wuchs in den folgenden Jahrzehnten der Unmut gegen den Absolutismus. So geriet nicht nur die fürstliche Gewalt, sondern auch die politische Theorie, die den Absolutismus reformieren wollte, unter Beschuß (RÜDIGER 1994: 7). Die konfuzianische Herrschaftslehre als Bestandteil dieser Theorie fiel unter das gleiche Verdikt. Danach sollte die auf moderate, endogene Reformen des Absolutismus abzielende aufklärerische Konfuzianismusrezeption dieser Zeit zunehmend in Vergessenheit geraten.

---

sozialen Leben der Bürger den Weg wies. Das paternalistische Fürsorgedenken speist sich wohl aus geistesgeschichtlichen Quellen, die von altersher den Machthaber verpflichteten, für seine Untertanen zu sorgen. Diesem Sorgegedanken eignete aber keineswegs der Erlöser und Kampfgedanke, der den totalitären Regenten des 20. Jahrhunderts bestimmt. Das augenfälligste Symbol für diese weltanschaulich wenig aufgeladene Position war der Toleranzgedanke, dem sich die meisten absolutistischen Herrscher verbunden fühlten“ (MÜLLER 1986: 29).

LITERATURVERZEICHNIS

- ARNDT, Werner (1975): Einleitung in Christian Wolffs *Vernünfftige Gedanken von dem gesellschaftlichen Leben der Menschen und Insonderheit dem gemeinen Wesen*. In: WOLFF, Christian: *Gesammelte Werke*, I. Abt., Bd. 5. Hildesheim, New York: Georg Olms, S. V–LI.
- CHING, Julia und Willard G. OXTOBY (Hg.) (1991): *Discovering China. European Interpretations in the Enlightenment*. Rochester: University of Rochester Press.
- CHING, Julia und Willard G. OXTOBY (1992): *Moral Enlightenment: Leibniz and Wolff on China*. Monumenta Serica Monograph Series XXVI. Nettetal: Steyler Verlag.
- COLLANI, Claudia von (1989): Eine wissenschaftliche Akademie für China. Brief des Chinamissionars Joachim Bouvet S.J. an Gottfried Wilhelm Leibniz und Jean Paul Bignon über die Erforschung der chinesischen Kultur, Sprache und Geschichte. Stuttgart: Franz Steiner-Verlag.
- CORDIER, Henri (1905): *Bibliotheca Sinica: Dictionnaire bibliographique des ouvrages relatifs à l'Empire Chinois*. Paris: Librairie Orientaliste Paul Geuthner.
- DAVIS, Walter W. (1983): China, the Confucian Ideal, and the European Age of Enlightenment, in: *Journal of the History of Ideas* 44, S. 523–548.
- DREITZEL, Horst (1991): *Monarchiebegriff in der Fürstengesellschaft. Semantik und Theorie der Einherrschaft in Deutschland von der Reformation bis zum Vormärz*. Köln, Weimar, Wien: Böhlau Verlag.
- ETIEMBLE, René (1961): China und das Europa der Aufklärung. In: *Sinn und Form* 13, 4, S. 509–529.
- FRAUENDIENST, Werner (1927): *Christian Wolff als Staatsdenker*. Berlin: Verlag von Emil Eberling (Historische Studien, Vol. 171).
- FÜLÖP-MILLER, Rene (1929): *Macht und Geheimnis der Jesuiten*. Wiesbaden: Fourier (Neudruck 1996).
- GRIMM, Tilemann (1969): China und das Chinabild von Leibniz. In: *Studia Leibnitiana*, Sonderheft 1, S. 38–61.
- HAZARD, Paul (1939): *Die Krise des europäischen Geistes*. Hamburg: Hoffmann und Campe Verlag.
- JUSTI, Johann H.G. (1759): *Der Grundriß einer Guten Regierung in fünf Büchern*. Frankfurt, Leipzig: Johann Gottlieb Garbe.
- JUSTI, Johann H.G. von (1762): *Vergleichungen der europäischen mit den asiatischen und andern vermeintlich barbarischen Regierungen*. Berlin, Stettin, Leipzig. Reprint hg. v. Jörn Garber, Scriptor Verlag 1978.
- KRÜGER, Joachim (1980): *Christian Wolff und die Ästhetik*. Berlin: Humboldt-Universität zu Berlin.

- LEIBNIZ, Gottfried Wilhelm (1979): *Novissima Sinica, Das Neueste von China*. Hg. u. übers. v. H.G. Nesselrath u. H. Reinbothe, Köln: Köln Druck & Verlag GmbH.
- LI, Wenchao (Hg.) (2000): *Das Neueste über China: G.W. Leibnizens Novissima Sinica von 1697; internationales Symposium, Belin 4. bis 7. Oktober 1997*. Stuttgart: Steiner.
- LUNDBAEK, Knud (1983): The Image of Neo-Confucianism in Confucius Sinarum Philosophus. In: *Journal of the History of the Ideas* 44, S. 19–30.
- MENZEL, Johanna M. (1956): The Sinophilism of J.H.G. Justi. In: *Journal of History of the Ideas* 17, S. 300–310.
- MEYRING, Diethild Maria (1965): *Politische Weltweisheit. Studien zur deutschen politischen Philosophie des 18. Jahrhunderts*. Münster: Diss. Univ. Münster.
- MÜLLER, Johann Baptist (1986): *Herrschaftsintensität und politische Ordnung*. Berlin: Duncker & Humblot (Beiträge zur Politischen Wissenschaft, Bd. 48).
- MUNGELLO, David E. (1977): *Leibniz and Confucianism: The Search for Accord*. Honolulu: The University Press of Hawaii.
- MUNGELLO, David E. (1985): *Curious Land: Jesuit Accomodation and the Origins of Sinology*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag (Studia Leibnitiana Supplementa Vol. XXV).
- REICHWEIN, Adolf (1923): *China und Europa, geistige und künstlerische Beziehungen im 18. Jahrhundert*. Berlin: Oesterheld & Co. Verlag.
- REINHARD, Wolfgang (1976): Gelenkter Kulturwandel im siebzehnten Jahrhundert. Akkulturation in den Jesuitenmissionen als universalhistorisches Problem. In: *Historische Zeitschrift* 223, S. 529–590.
- RICCI, Matteo, S.J. (1953): *China in the Sixteenth Century: The Journal of Mathew Ricci, 1583–1610*. Hg. v. Nicolas Trigault, S.J., übers. v. Louis J. Gallagher, S.J. New York: Random House.
- ROETZ, Heiner (1984): *Mensch und Natur im alten China. Zum Subjekt-Objekt-Gegensatz in der klassischen chinesischen Philosophie. Zugleich eine Kritik des Klischees vom chinesischen Universalismus*. Frankfurt/M.: Verlag Peter Lang.
- ROETZ, Heiner (1992): *Die chinesische Ethik der Achsenzeit. Eine Rekonstruktion unter dem Aspekt des Durchbruchs zum postkonventionellen Denken*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- RÜDIGER, Axel (1994): Der Staat als Maschine. Zur politischen Systemtheorie von Johann Heinrich Gottlob von Justi (1717–1771). In: *Johann Beckmann-Journal. Mitteilungen der Johann Beckmann-Gesellschaft e.V.* 8. Jg., S. 3–40.
- SAAGE, Richard (1991): *Politische Utopie der Neuzeit*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

- SCHMIDT, Horst (1961): Johann Heinrich Gottlob von Justi, ein vergessener Vertreter der deutschen Aufklärung des XVIII. Jahrhunderts, und Rußland. In: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg* X, 1, S. 273–280.
- SCHRÖDER, Christian (1988): *Naturbegriff und Moralbegründung. Die Grundlegung der Ethik bei Christian Wolff und deren Kritik durch Immanuel Kant*. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz: W. Kohlhammer.
- TENG, Szu-yü (1942/43): Chinese Influence on the Western Examination System. In: *Havard Journal of Asiatic Studies* 7, S. 267–312.
- THOMANN, Marcel (1983): Ideologische Aspekte der praktischen Philosophie Wolffs. In: SCHNEIDERS, Werner (Hg.): *Christian Wolff 1679–1754. Interpretation zu seiner Philosophie und deren Wirkung*. Hamburg: Felix Meiner, S. 193–202.
- THOMASIIUS, Christian (1689): *Freymütigen, jedoch Vernunft- und Gesetzmäßiger Gedancken über allerhand fürnehmlich aber neue Bücher*, August des 1689. Jahrs. Halle: Christoph Salfelden.
- TSCHARNER, Horst von (1934): Die Erschließung Chinas im 16. und 17. Jahrhundert. In: *Sinica* 9, S. 50–77.
- TU, Wei-ming (1976): *Centrality and Commonality*. Honolulu: The University Press of Hawaii.
- WOLFF, Christian (1968): *Jus Naturae* (Gesammelte Werke, II. Abt., Bd. 24). Hildesheim, New York: Georg Olms.
- WOLFF, Christian (1972): *Oeconomica Methodo Scientifica Pertractata* (Gesammelte Werke, II. Abt., Bd. 27). Hildesheim, New York: Georg Olms.
- WOLFF, Christian (1975): *Vernünfftige Gedanken von dem gesellschaftlichen Leben der Menschen und insonderheit dem gemeinen Wesen* (Gesammelte Werke, I. Abt., Bd. 5 (Deutsche Politik)). Hildesheim, New York: Georg Olms.
- WOLFF, Christian (1981): Von den Regenten, die sich der Weltweisheit befehligen, und von den Weltweisen, die das Regiment führen. In: Ders.: *Gesammelte Werke*, I. Abt., Bd. 21.6. Hildesheim, New York: Georg Olms, S. 529–662.
- WOLFF, Christian (1985): *Oratio de Sinarum philosophia practica. Rede über die praktische Philosophie der Chinesen*, hg. u. übers. v. M. Albrecht, Hamburg: Felix Meiner.
- ZEDLER, Johann Heinrich (1743): *Universal Lexicon*, Bd. 30, Leipzig, Halle: Johann Heinrich Zedler.

# DIE PREUSSISCHE JAPAN-REZEPTION BIS MITTE DES 19. JAHRHUNDERTS

*Reinhard ZÖLLNER*

## EINLEITUNG

Jürgen Osterhammel hat im Zusammenhang mit der europäischen Expansion auf folgenden Umstand hingewiesen: „Allein Japan kann als wirkliche Entdeckung der Neuzeit gelten“ (OSTERHAMMEL 2000: 429).

Tatsächlich haben wir die besondere Situation, daß alle europäischen Kulturen, die sich seit der Mitte des 16. Jahrhunderts mit Japan beschäftigten, von demselben Niveau, nämlich dem Null-Level, ausgehen mußten. Alles über Japan war neu, mußte neu zusammengetragen, erfaßt und verarbeitet werden. Deshalb ist eine Analyse der Rezeptionsgeschichte, wie der Autor sie hier für Preußen versuchen möchte, zugleich auch eine Analyse der Leistungsfähigkeit und der Offenheit der preußischen Gesellschaft.

Zur Einleitung sollen Zahlen sprechen. Obwohl es problematisch ist, Rezeptionsgeschichte statistisch zu betreiben, wäre es sicher aufschlußreich, einmal zu überprüfen, wie stark sich der preußische Buchhandel in der Zeit bis 1850 mit Japan beschäftigt hat. Die Zählung der bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts auf preußischem Staatsgebiet veröffentlichten Sachbücher, die sich mit Japan beschäftigen,<sup>1</sup> zeitigt ein ernüchterndes Ergebnis: Insgesamt lassen sich 33 für das Thema relevante Titel belegen. Davon wurden 16 Werke in Berlin verlegt, fünf in Halle, drei in Breslau, zwei in Stendal und jeweils eines in Bonn, Brandenburg, Erfurt, Halberstadt, Köln und Magdeburg. 18 dieser Bücher sind im Original auf deutsch verfaßt gewesen, sechs auf französisch, vier auf schwedisch, zwei auf englisch und jeweils eines auf holländisch, lateinisch und russisch. Fast die Hälfte der preußischen Buchproduktion über Japan war also Importware.

Im Vergleich zum benachbarten Sachsen schneidet Preußen dabei keineswegs beeindruckend ab. In Leipzig, Weimar und Dresden wurden in derselben Zeit 34 Titel verlegt, also einer mehr als in Preußen. Japan stellte demnach kein bevorzugtes Thema der preußischen Verleger dar.

---

<sup>1</sup> Grundlage dieser Erhebung war HADAMITZKY und KOCKS 1990, ergänzt durch KAPITZA 1990: II. Bei der Sammlung der Daten half stud. phil. Andreas Schuck.

Schaut man sich die zeitliche Verteilung der Publikationen an, so wird – vor allem im Vergleich zu Sachsen – zudem deutlich, daß die preußische Beschäftigung mit Japan diskontinuierlich verlief. Die Fieberkurve der preußischen Japan-Rezeption, insofern sie sich in Buchform niederschlug, läßt sich grob in drei Zeitabschnitte unterteilen:

1. In der Zeit vor 1750 (vier Titel) beschäftigt man sich in Preußen fast gar nicht mit Japan (ganz im Gegensatz zu Sachsen, wo 16 Titel, also fast die Hälfte der japanbezogenen Gesamtproduktion, erschienen). Das verlegerische Hauptgeschäft mit Japan fand zu dieser Zeit im katholischen Süddeutschland statt, wo vor allem die Schriften der Jesuiten und kirchenhistorische Betrachtungen publiziert wurden, oder im protestantischen Nürnberg, wo man sich vorwiegend für den Welthandel begeisterte. Das bodenständige Preußen befindet sich, was Japan angeht, damals weitgehend im *Zustand literarischer Ignoranz*.

2. Zwischen 1751 und 1800 liegt der Höhepunkt der Rezeption (22 von 33 Titeln, also exakt zwei Drittel). Es ist dies auch die Zeit revolutionärer Gärungen. In der Japan-Rezeption übertrifft Preußen nun den sächsischen, aber auch den süddeutschen Raum deutlich. Grund hierfür ist das besondere Augenmerk, welches die europäischen Moral- und Staatsphilosophen wie auch Naturwissenschaftler damals auf Japan richten. Dieser Abschnitt soll als *Zeitalter der Kuriosität* bezeichnet werden.

3. Es folgen die fünfzig Jahre zwischen 1801 und 1850. Bei preußischen Buchhändlern nimmt die Begeisterung für „Things Japanese“ spürbar ab, die Produktion fällt wieder hinter die sächsische zurück. Nichts deutet darauf hin, daß Preußen auf dem Weg zu maritimer Expansion wäre. Man braucht nicht zu betonen, daß diese Entwicklung im krassen Gegensatz zu England, Frankreich, Holland und Rußland steht. Tatsächlich erscheinen die spannendsten japanbezogenen Veröffentlichungen deutscher Sprache in dieser Epoche entweder in Sankt Petersburg oder in Leyden. In Preußen herrscht demgegenüber *das Zeitalter der scheinbaren Stagnation*; scheinbar deshalb, weil, wie zu zeigen sein wird, sich auf wenigstens einem Feld durchaus Neues abzuzeichnen begann.

Dies ist der nüchterne statistische Befund. Wie aber paßt er zu den Details der politischen und geistigen Entwicklungen der Zeit?

## 1. DIE PHASE DER LITERARISCHEN IGNORANZ (BIS 1750)

Brandenburg-Preußen war anfangs durchaus auch maritim engagiert. Sichtbarster Ausdruck dafür war, daß am 7. März 1682 Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg mit seinem „Edikt wegen Octroyirung der aufzurichtende Handels-Compagnie auf denen Küsten von Guinea“ die

Brandenburgisch-Afrikanische Kompagnie als die wohl älteste deutsche Aktiengesellschaft gründete. Es war die Hoffnung des Kurfürsten, daß nicht nur das nach dem Dreißigjährigem Krieg verarmte Brandenburg-Preußen, sondern „ein groß Theil von Deutschland durch Stiftung dieses Handels und Anrichtung einer solchen Compagnie merklich würde beneficiret werden“. Sein Vorbild war dabei die Vereinigte Ostindische Kompanie (VOC) der Niederlande von 1602. Doch trotz Gründung der Feste Großfriedrichsburg an der afrikanischen Goldküste blieb der Gesellschaft größerer wirtschaftlicher Erfolg versagt, und Friedrich Wilhelm I. verkaufte Großfriedrichsburg 1717 an die Holländisch-Westindische Kompanie. Die brandenburgischen Welthandelsträume blieben also Episode.

Interesse an Ostasiatica bestand am preußischen Hof allerdings durchaus. Entsprechend der Japan-Mode des späten 17. Jahrhunderts war der Große Kurfürst Liebhaber japanischer Lackwaren und erwarb zahlreiche Stücke über die Niederlande. Unter seinem Nachfolger kamen 1690 zwei lackierte Schilde aus Japan nach Berlin, auf die das preußische Wappen gemalt war (DIJ 1990: 124). Auch japanisches Imari-Porzellan war beliebt und wurde schließlich als Exportgut wichtiger als Lackwaren. Im benachbarten Sachsen führte diese Mode zur Einrichtung des Japanischen Palais in Dresden, und das Imari-Porzellan wurde zum Vorbild für Meißen.

An der wissenschaftlichen Erschließung Japans, wie sie bis zum ersten Drittel des 17. Jahrhunderts durch die katholischen Missionare, danach aber durch die Holländer und deren ausländische Angestellte auf Dejima geschah, war Preußen allerdings nicht direkt beteiligt. Einiges an Information drang dennoch nach Berlin. Der aus Kassel gebürtige Arzt Andreas Cleyer (1634–1698) war 1682–1683 und 1685–1686 Japanresident der Niederländischen Ostindischen Kompagnie in Dejima. Dort sammelte er auf Anregung von Christian Mentzel, dem Leibarzt des Großen Kurfürsten, botanische Zeichnungen und kommentierte sie. 1695 ließ er sie Kurfürst Friedrich III. zukommen. Mentzel stellte aus den rund 1.300 botanischen Zeichnungen eine mehrbändige „Flora Japonica“ zusammen, deren japanische Handschrift sich noch heute in der Staatsbibliothek Berlin befindet (DIJ 1990: 68–71, 153; KAPITZA 1990: II. 27).

Während diese erste große Sammlung zur japanischen Botanik unveröffentlicht blieb, streifte Christian Burckhardt in seinen 1693 in Halle erschienenen „Ost-Indianischen Reise-Beschreibungen“ auch Japan kurz, aber heftig. Er bot seinen Lesern bereits die meisten Klischees dar, welche das preußische Japan-Bild künftig beherrschen sollten, nämlich:

1. Die „Allein-Herrschaft des Käysers“ (zit. in KAPITZA 1990: I. 955), d. h. Despotismus<sup>2</sup>

---

<sup>2</sup> Mit „Kaiser“ ist der Shogun in Edo gemeint.

2. Kindstötung
3. Selbsttötung durch Bauchaufschneiden
4. Grausame Todesstrafen
5. Geschicktheit im Krieg und mit ihren Waffen, und zwar „die schönsten Seebel von gantz Indien“<sup>3</sup> sowie „nebst denen Musqveten und Piquen auch Pfeil und Bögen“ (ebd. 956)
6. Teufflicher Götzendienst
7. Grausame Verfolgung der Christen.

Es fehlen bei Burckhardt nur zwei große Standardthemen, nämlich Kunsthistorisches sowie die Erörterung der Landesabschließung.

Die erste museale Präsentation von Japonalia in Preußen geschah in Halberstadt. Zu Beginn des 18. Jahrhunderts hatte dort der Apotheker Johann Konrad Rätzel eine Kunst- und Naturalienkammer eingerichtet, die er mit Tieren, Pflanzen und Artefakten aus seiner Zeit im Dienst der VOC in Ostindien und Japan bestückte (MICHEL 1993). Aus Japan waren u. a. Lackarbeiten, Münzen, Möbel und Porzellan vertreten. Rätzel klassifizierte seinen ungeheuren Bestand eigenhändig und druckte auch einen Katalog, in welchem er einleitend schreibt:

Alle in diesem Catalogo specificirte Raritäten können dem curieusen und geneigten Leser / nebst einer eigenhändigen / und ausführlichen Beschreibung eines jeden Stücks / auf meiner Kunst und Naturalien=Kammer / in meiner Wohnung auff dem breiten Wege zu Halberstadt / denen Durchreisenden zu allen Zeiten / denen Ein= und auff der Nachbarschafft wohnenden aber / in einer Woche zweymahl / als Dienstags und Freytags / Nachmittags von 2. bis 4. Uhr zu betrachten vorgeleget werden (RÄTZEL o.J., Avertissement).

Solcher Sammel- und Klassifizierungsleidenschaft ist, bei aller Skepsis an ihrem wissenschaftlichen Ertrag, wenigstens zu verdanken, daß das preußische Publikum exotische Exponate in Augenschein nehmen konnte. Was aus der Sammlung später geworden ist, ist übrigens unbekannt.

Die einflußreichste Veröffentlichung über Japan in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts enthält Johann Heinrich Zedlers in Leipzig und Halle verlegtes „Großes vollständiges Universal-Lexicon aller Wissenschaften und Künste, mit Hoher Potentaten allergnädigsten Privilegiis“.<sup>4</sup>

---

<sup>3</sup> Indien wird zu dieser Zeit als Bezeichnung pars pro toto für Asien verstanden.

<sup>4</sup> ZEDLER 1739, Sp. 224–234 s.v. „Japan oder Japon“. Als Quellen nennt der Artikel u. a. „Kämpfers Hist. von Japan“ (gemeint ist die englische Ausgabe von 1727) und van Goch, „Der Heutigen Historie oder des Gegenwärtigen Staats aller Nationen, Ersten Theils anderes Stück, enthaltend eine umständliche Beschrei-

Wie es sich gehört, ist die 1739 im Band 14 veröffentlichte Darstellung Japans im *Zedler* enzyklopädisch. Sie umfaßt eine geographische Beschreibung, Angaben über das Klima, die Pflanzen- und Tierwelt, Tischsitten, Körperpflege, Eheleben, Kleidung und Medizin. Es folgt eine kurze allgemeine Charakterisierung:

Die Japaner sind ungemein ehrgeitzig und über den geringsten Schimpf sehr empfindlich, dabey aber höflich u. aufrichtig, meisten Theils von gutem Verstande und tiefer Einsicht, auch Feinde derjenigen, die andern übel nachreden (ZEDLER 1739: Sp. 226).

Ferner folgen Angaben über die Erziehung, Umgangsformen, Sprache, Schrift, Wissenschaften, Waffen, Regierungsart und Geschichte mit zugegebenermaßen wirren Angaben, denn:

Gleichwie aber kein Reich in der Welt ist, welches so grossen und schweren Veränderungen unterworfen, als Iapan, also fällt es auch sehr schwer, die Regierungs=Art desselben zu beschreiben (ZEDLER 1739: Sp. 228).

Die Religion der Japaner wird mit der üblichen Portion Verachtung für den Buddhismus beschrieben, dessen teuflischem Einfluß die Schwierigkeiten bei der Verbreitung des Christentums zu verdanken seien. Die Tätigkeit der Missionare und die Christenverfolgungen werden recht knapp und gebührend antikatholisch behandelt; den Schluß bilden nochmals einige allgemeine Worte über den Charakter der Japaner.

Den Einfluß des *Zedler* auf die gebildete Welt muß man hoch veranschlagen, so daß dieser Japan-Artikel zweifellos die allgemeinen Vorstellungen von Japan nicht nur im preußisch-sächsischen Raume mitbestimmte. Allerdings will der Artikel im Zusammenhang gesehen sein. Der *Zedler* berichtete ja auch über die übrigen Kulturen Ostasiens. Für China reservierte er 41 Druckspalten (20 für das Land an sich, weitere 21 für die chinesische Philosophie); für Japan elf und für Korea eine. Dies mag uns als ein grobes Maß dafür dienen, welche Priorität Japan zuerkannt wurde: Gegenüber China war es eindeutig nachrangig und Korea gegenüber eindeutig übergeordnet. An dieser Rangliste hat sich aus deutscher Perspektive bis heute nichts geändert.

---

bung des Grossen Kaiserthums Japan“, Altona 1733; es handelt sich dabei um die deutsche Ausgabe von der 1729 in Amsterdam veröffentlichten Adaption eines englischsprachigen Werkes von Thomas Salmon.

## 2. DIE PHASE DER KURIOSITÄT

Am 24. Mai 1751 gewährte König Friedrich II. von Preußen der im – erst seit sechs Jahren preußischen – Freihafen Emden gegründeten Königlich Preußischen Asiatischen Compagnie (KPAC) das Monopol für die Handelsschifffahrt zwischen China und Preußen sowie das Recht, mit asiatischen Potentaten Verträge abzuschließen. Die KPAC firmierte förmlich unter dem Siegel „K[öniglich] pr[eußische] octroyirte assiatische Compagnie z[u] Emden“ und agierte „sub ombra alarum“ [unter dem Schatten der Flügel (des preußischen Adlers)]. Ihr Aktienkapital betrug 1752 bereits 861.000 Taler. Friedrich der Große behielt dem preußischen Staat gegenüber diesem Privatunternehmen ein Einspruchsrecht vor und offenbarte damit neue Ambitionen auf preußische Teilnahme am Welthandel (RING 1890). Das erste von der KPAC im Februar 1752 nach China ausgesandte Schiff trug folgerichtig den Namen „König von Preußen“; ihr folgte im September die „Burg von Emden“, die im Mai 1753 Kanton anlief.<sup>5</sup> So führte auch „der unbedeutende Ostasienverkehr“ (TREUE 1980: 171) zwar zum Import von Tee, Zink, Seide und Porzellan aus China, aber nicht zu direkten Beziehungen mit Japan. Die KPAC mußte ihren Handel bereits 1757 im Siebenjährigen Krieg einstellen. Im gleichen Jahr gründeten preußische Kaufleute zwar eine neue Asiatische Gesellschaft, doch war ihr wenig Erfolg beschieden. Höhepunkt des erneuten Engagements war die Beteiligung Emdener Bürger an den Ostasien-Fahrten des Bremer Kaufmannes Karl Philipp von Cassel ab 1782. Dennoch finden wir hier ein Indiz dafür, daß wichtige Teile der preußischen Gesellschaft für das folgende halbe Jahrhundert Anlaß für eine verstärkte und durchaus kontroverse Beschäftigung mit Ostasien sahen. Jürgen Osterhammel hat diesen Prozeß „die Entzauberung Asiens“ genannt und wie folgt charakterisiert:

Für eine kurze Zeit wurden Araber, Inder, Perser oder Chinesen zu entfernten Nachbarn, mit denen sich trotz offensichtlicher Kommunikationsschwierigkeiten ein durch ethnologische Rücksichten kaum verzerrter Dialog führen ließ (OSTERHAMMEL 1998: 378).

Es ist die Zeit, in der sich Friedrichs des Großen Geistesfreund Voltaire verschiedentlich mit China und Japan auseinandersetzte und auch den

---

<sup>5</sup> Dennis de GRAAF berichtet unter <http://members.tripod.de/Graaf/China.html> über die Kanton-Reise des flämischen Kaufmannes Jean François Michel (1697–1772) mit der „Burg von Emden“ unter Bezugnahme auf dessen 1755 verfaßten und nie veröffentlichten Reisebericht „Journal de voyage à la Chine et courte description de la ville d’Emden“.

Monarchen dadurch inspirierte. Voltaires „Essay sur l’histoire générale et sur les mœurs et l’esprit des nations“, den er 1753 in Den Haag veröffentlicht hatte, war als „Versuch einer Schilderung der Sitten und des Geistes der Nationen“ bereits ein Jahr später in Leipzig und Dresden, 1787 dann auch in Voltaires in Berlin verlegten *Sämtlichen Schriften* auf deutsch zu lesen. Darin heißt es über Japan anerkennend:

Japan ist der Aufmerksamkeit eines Philosophen nicht minder würdig, als alle übrige Indische Länder ... Besonders wollen wir bemerken, daß dieses das einzige Volk von Asien ist, welches niemals überwunden worden. Man vergleicht die Japaner mit den Engländern, wegen des ihnen gemeinschaftlich eignen Insulanerstolzes, und wegen des Selbstmordes ... Aber die Japanischen Inseln sind niemals, die Grosbrittanischen aber mehr, als Einmal, unterjocht worden. Die Japaner scheinen kein Gemisch von verschiedenen Völkern zu sein, wie die Engländer, und fast alle unsre Nationen, sondern ihren Ursprung aus sich selbst zu haben [...] (zit. nach KAPITZA 1990: II. 465–467).

Voltaire griff mit dem bis heute gern gebrauchten Vergleich Japans mit Großbritannien eine Phrase auf, die Pierre-François-Xavier de Charlevoix 1736 erstmals benutzt hatte („l’Anglois de l’Asie“, zit. ebd. 339).

Der Staatsrechtler und spätere preußische Berghauptmann Johann Heinrich Gottlob von Justi veröffentlichte 1762 in Berlin, Stettin und Leipzig seine „Vergleichungen der Europäischen mit der Asiatischen und andern vermeintlich Barbarischen Regierungen“, in denen er seine Kritik am völker- und naturrechtswidrigen, rein profitorientierten Verhalten der europäischen Kaufleute in Übersee mit der Pointe würzte:

Und wenn man in allen Asiatischen Reichen die Europäischen Kaufleute Zeit ihres Aufenthalts im Lande in Gefängnisse einschloße, wie den Holländern in Japan geschiehet; so würde das ungerechte und grausame Betragen der Europäer gegen so viele Völker des Erdbodens diese Vorsicht nicht anders als gerecht machen (zit. in KAPITZA 1990: II. 524).

Auch Immanuel Kant sah die Japaner in seinen 1764 in Königsberg erschienenen „Beobachtungen über das Gefühl des Schönen und Erhabenen“ [...] „gleichsam als die Engländer dieses Welttheils“ an (zit. in KAPITZA 1990: II. 555; vgl. ebd. 509). In seinen zwischen 1756 und 1796 gehaltenen Königsberger Vorlesungen über physische Geographie hat er auch über Japan vorgetragen, doch sind die Japan betreffenden Einzelheiten nur Vorlesungsmitschriften zu entnehmen. Solche Mitschriften sind, wie jeder Hochschullehrer, der dies an seinen eigenen Studenten einmal

nachgeprüft hat, aus eigener Erfahrung weiß, oft ziemlich problematisch. Dennoch sind sie im Zusammenhang dieses Beitrages höchst aufschlußreich, weil sie wiedergeben, was „hängengeblieben“ ist, wie also die akademische Japan-Rezeption in der Praxis ausgesehen haben mag. Eine besonders kuriose Kollegnachschrift von 1772 ist lapidar genug, um sie hier in toto mitzuteilen:

Japan ist nicht so groß wie Britanien, heißt Nippon, ist jetzt für die Europäer beinahe unzugänglich. Sie sind kleinerer Statur wie die Chineser. Sie sind standhaft, tapfer, politisch. Sie haben mehr das Naturell der Tartaren als der Chineser. Es ist in diesem Lande alles noch ordentlicher als in China. Wegen ihrer Hartnäckigkeit sind ihre Gesetze sehr grausam. Die Sprache ist mit den Chinesern ähnlich, die Charaktere gleich. Ihre Wissenschaften sind etwas Astronomie und eine elende Kenntnis des menschlichen Körpers. Die Häuser sind lackiert. Sie sind schwer zu zähmen.<sup>6</sup>

Religionen: Die Deisten, die Sekten des Juto<sup>7</sup> existiert nicht mehr und war vordem die Religion der Gelehrten. Die Cami der abgechiedenen Seelen des Dairi in Miaco.<sup>8</sup> In Iddo<sup>9</sup> der Cubo oder Kaiser.<sup>10</sup> Alle Religionen versetzen die tugendhaften Seelen im Himmel. Busdu<sup>11</sup> ist die Religion des Fo,<sup>12</sup> ein Abstamm von der indischen Religion. Sie scheint einige 100 Jahre vor Christi Geburt gewesen zu sein.

Wie sie jetzt sein mögen, ist völlig unbekannt und wir kennen sie nicht mehr (zit. nach KAPITZA 1990: II. 508).

In derselben Periode werden teils umfangreiche Verweise auf Japan feste Bestandteile der in Mode geratenen Weltgeschichten, wie in der von dem Theologieprofessor Johann Salomon Semler 1763 in Halle publizierten „Uebersetzung der Allgemeinen Welthistorie, die in England durch eine Gesellschaft von Gelehrten ausgefertigt worden“. Semler übersetzte ein Jahr später auch eine „Allgemeine Geschichte der Ost- und westindischen Handlungsgesellschaften in Europa“ aus dem Englischen, in der er eben-

---

<sup>6</sup> Im Rahmen der Kant'schen Philosophie ist dies als Lob zu verstehen, nämlich als Ausdruck des unbedingten Freiheitswillens der Japaner.

<sup>7</sup> Wohl richtig *jukyō*, d.h. Konfuzianismus. Gemeint ist möglicherweise, daß der Konfuzianismus als Religion in Japan keine Rolle gespielt hat.

<sup>8</sup> Dies verweist auf den shintoistischen Ahnenkult, dessen oberster Priester der Kaiser (*dairi*) in *Miyako* (Kyōto) war.

<sup>9</sup> Richtig Edo oder Yedo.

<sup>10</sup> Gemeint ist der Shogun (*kubō*).

<sup>11</sup> Buddhismus (*butsudō*).

<sup>12</sup> Chinesische Aussprache des Schriftzeichens für Buddha (jap. *butsu* / *hotoke*).

falls ausführlich auf Japan einging. Darin fällt sein Gesamturteil durchaus zweideutig aus: „Man findet wol kein Land in der Welt, darin man sich öfters auf die Staatsraison beziehet, und sie auch besser verstehet, als in Japan [...]“ (zit. nach KAPITZA 1990: II. 557). In Breslau erschien 1765 die deutsche Übersetzung der neun Jahre zuvor in Paris verlegten „Histoire des conjurations, conspirations et révolutions célèbres“ des François Joachim Duport du Tertre, deren 6. Band sich auch mit dem Bauernaufstand von Shimabara 1637 auseinandersetzte und unter Hinweis auf Kämpfer einige Erörterungen über die Selbstisolation Japans anstellte. Auf Kämpfers berühmte Apologie der Landesabschließung entgegnet der Verfasser, „daß er zwar als ein guter Politiker, aber als ein schlechter Christ, seine Meynung sage“ (zit. nach KAPITZA 1990: II. 506).

Die von dem Privatgelehrten Johann Christoph Adelung 1768 in Halle herausgegebene „Geschichte der Schiffahrten und Versuche zur Entdeckung des Nordöstlichen Weges nach Japan und China“ stellt eine Kompilation von Reisebeschreibungen dar und ist eine Fleißarbeit ohne große eigene Erkenntnisse. 1769 wurde in Berlin eine Teilausgabe der „Beschreibung des Japonischen Reichs“ von Engelbert Kämpfer (die auf deutsch zuerst 1749 in Rostock publiziert worden war) verlegt. Das ungebrochen hohe Interesse an Kämpfer manifestiert sich vor allem an den mehrjährigen Bemühungen des Theologen und Geographen Anton Friedrich Büsching, des Verfassers der elfbändigen „Neuen Erdbeschreibung“ (1754–1792), um die Edition des 1773 im Nachlaß von Kämpfers Nichte entdeckten deutschsprachigen Manuskriptes der „Historie von Japan“. Büsching forderte in seinen in Berlin verfaßten „Wöchentlichen Nachrichten von neuen Landcharten, geographischen, statistischen und historischen Büchern“ damals, eine möglichst originalgetreue Ausgabe „in großem Format, auf schönem Papier und mit schöner Schrift“ drucken zu lassen und „dieses wichtige und berühmte Werk, dessen engländische und französische Uebersetzungen prächtig gedruckt sind, zur Ehre des deutschen Vaterlandes nicht weniger schön, und doch wohlfeil zu liefern“ (zit. nach KAPITZA 1990: II. 609). Herausgeber wurde auf Büschings Anregung bekanntlich der aus Lemgo gebürtige Christian Wilhelm Dohm, der zunächst Pagenhofmeister am Hofe des preußischen Prinzen Ferdinand und später Politiker und Historiker in Preußen war.

Im selben Jahr jedoch kippte die politische Stimmung in Berlin und Potsdam. Zwanzig Jahre nach Voltaires „Versuch einer Schilderung der Sitten und des Geistes der Nationen“ äußerte sich auch der französische Philosoph Cornelius de Pauw in seinen in Berlin veröffentlichten „Recherches philosophiques sur les Egyptiens et les Chinois“, die ein Jahr später daselbst auf deutsch erschienen, über die Ostasiaten und ließ dabei einerseits eine Vorliebe für Japan erkennen, da „das [japanische] Volk in

allen Künsten und Handwerken keine einzige, und vornehmlich die Buchdruckerei nicht, ausgenommen, die Chineser weit übertrifft“ (ebd. 611). Andererseits war ihm im Falle Japans „der strenge Despotismus der jetzigen Regierungsart“ zuwider, „weil die Ehre und der Despotismus so wenig, wie das Laster und die Tugend, bei einander bestehen können“ (ebd.).

De Pauw gehörte seit 1775 zum Hofe Friedrichs des Großen, und offenbar unter seinem Einfluß verlor der Monarch sein einstiges Interesse an Ostasien. In einem Brief an Voltaire von 1776 schrieb Friedrich II.:

Ich gesteh [...] meine äußerste Unkenntnis über die Sitten der Völker des Mogul, Japans oder Chinas; ich habe meine Aufmerksamkeit auf Europa beschränkt, dessen Kenntnis von täglichem und notwendigem Gebrauch ist. Was ich an Gelehrsamkeit über den Mogul, Arabien und Japan anhäufen könnte, wäre der Gegenstand einer unnützen Neugier.<sup>13</sup>

„J’ai borné mon attention en Europe“: wortwörtlich ein Programm des bornierten Europazentrismus. Wohl gemerkt, wir schreiben das Jahr 1776: das Jahr der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung – und der König von Preußen beschränkt sein Interesse auf Europa. Asien zählt nicht. Und das, obwohl im selben Jahr 1776 das französische Außenministerium von Plänen für ein britisch-russisches Zusammengehen zur gewaltsamen Öffnung Japans erfuhr. Im Gegenzug sollte Rußland England bei der Unterwerfung der aufständischen amerikanischen Kolonien helfen. Die Frage nach der japanischen Selbstisolation war damit erstmals Bestandteil weltpolitischer Überlegungen geworden, aber den preußischen Monarchen ging dies alles nichts an. Friedrich der Große wird hier zum frühen Zeugen für den beginnenden Siegeszug des Eurozentrismus.

Daß Christian Wilhelm Dohm in den „Nacherinnerungen“ seiner Kämpfer-Ausgabe 1779 vehement Kämpfers Apologie der Landesabschließung widersprach, weil die „ewige Gefangenschaft“ Japan geistig und materiell immer ärmer machen werde, paßt trotzdem gut ins Bild:

Es wäre also für die Japaner und Fremden sehr wichtig, wenn Japan wieder geöffnet und sein niederdrückendes System umgestürzt würde. Durch innere Revolutionen ist dieses wohl nicht zu erwarten [...]; und von außen wird wohl keine Macht das unnatürlich ver-

---

<sup>13</sup> „J’avoue [...] mon extrême ignorance sur les mœurs des peuples du Mogol, du Japon et de la Chine; j’ai borné mon attention en Europe, cette connaissance est d’un usage journalier et nécessaire. Ce que je pourrais ramasser d’érudition sur le Mogol, l’Arabie et le Japon, serait l’objet d’une vaine curiosité“ (zitiert nach KAPITZA 1990: II. 642).

schloßne Reich zwingen, sich zu öffnen, bis einmal Rußland sich mit seiner politischen Stärke Japan eben so nähern wird, als es ihm jezt nur noch geographisch nahe ist (zit. nach KAPITZA 1990: II. 656).

Dohm setzte also auf Rußland; von Preußen erwartete er in dieser Hinsicht zu Recht nichts. Doch in echt orientalistischer Manier glaubt er zu wissen, was für Japan gut sei und was nicht. Sprach Dohm in Nachfolge der einschlägigen Äußerungen Montesquieus<sup>14</sup> vom „Despotismus“ und der „Tyrannei“ als Grundzügen des japanischen Herrschaftssystems (ebd. 653f), so stieß Pierre-Claude Le Jeune in seinen „Observations critiques et philosophiques sur le Japon et sur les Japonais“ 1780 in dasselbe Horn, die bereits 1782 auf deutsch in Breslau herauskamen:

Man weis, daß die Asiatischen Völker mit dem Despotismus vertraut sind: man möchte sagen, daß die Sklaverey eine natürliche Disposition ihrer Seele sey ... Die Japaner, die nur die unumschränkte Gewalt kennen, verstehen nichts von den Wörtern, Aristokratie, Demokratie (ebd. 687).

Allerdings war dieser Zustand seiner Ansicht nach durchaus erträglich:

Uebrigens beschwert der Despotismus [...] die Unterthanen nicht; sie bezahlen leichte Abgaben, welche weder grausam noch drückend eingehoben werden ... Die Gassen, die öffentlichen Oerter ertönen nie von bitterm Klagen gegen die Regierung. Man verbreitet keine satirische Schriften, in welchen unter dem scheinbaren Vorwand, die Rechte des Volkes zu rächen, Fürst und Minister unbarmherziger Weise durchgezogen werden (ebd. 688f).

Le Jeunes Äußerungen lassen natürlich vor allem auf den Zustand des vorrevolutionären Frankreich schließen. Der Indienexperte Abraham Hyacinthe Anquetil-Duperron entlarvte jedoch damals schon die Despotietheorie als die Ideologie von Eroberern und Plünderern: Sie biete den billigen Vorwand für die Ausplünderung und Unterjochung Asiens.

Auch die gängige abwertende Betrachtung Japans blieb nicht unwidersprochen. Die 1792 und 1794 in Berlin erschienenen deutschen Ausgaben der Thunbergschen Reiseberichte, die erste herausgegeben von Kurt Sprengel, die zweite von Christian Heinrich Groskurd, warfen ein günstigeres Licht auf Japan. Die Groskurdsche Fassung zeichnete, was die im damaligen Europa höchst aktuelle Frage der Freiheit angeht, ein idealisierendes Gegenbild:

---

<sup>14</sup> *De l'esprit des lois*, Genf 1748; dt. „Des Herrn von Montesquieu Werk vom Geist der Gesetze“, Altenburg 1782, Bd. 1, 13. Kap., zit. in KAPITZA 1990: II. 449.

Freyheit ist das Leben der Japaner; keine solche, die in Ungebundenheit, Muthwillen und Eigengewalt übergeht, sondern die durch Gesetze auf die gehörige Art eingeschränkt ist. Viele glauben zwar, der gemeine Mann in Japan sey nichts anders, als Sklave einer despotischen Regierung, weil die Gesetze sehr streng sind [...] Die Japaner hassen und verabscheuen den unmenschlichen Sklavenhandel der Holländer und die unbillige Behandlung ihrer Sklaven. Die Freyheit und Rechte nicht nur der Vornehmen, sondern auch der Niedern werden durch die Gesetze geschützt [...] In Rücksicht auf Ausländer ist keine Nation in ganz Indien, die so eifersüchtig über ihre Freyheit wacht, als diese (ebd. 744).

Dieses Argument machte Eindruck. In seiner Schrift „Zum Ewigen Frieden“, erstmals verlegt in Königsberg 1795, schloß sich Immanuel Kant offenbar der bereits zitierten, dreißig Jahre alten Auffassung Justis an, indem er kritisierte, wie die „gesitteten, vornehmlich handelstreibenden Staaten“ Europas Indien mit „der Litanei aller Übel, die das menschliche Geschlecht drücken“, überzogen hatte, und Verständnis für die ostasiatische Selbstisolation zeigte:

China und Japan [...] haben daher weislich, jenes zwar den Zugang, aber nicht den Eingang, dieses auch den ersteren nur einem einzigen europäischen Volk, den Holländern, erlaubt, die sie aber doch dabei wie Gefangene von der Gemeinschaft mit den Eingebornen ausschließen (zit. in KAPITZA 1990: II. 814).

Solche Ausführungen über Freiheit und Sklaverei führen nahtlos in die Abolitionismus-Bewegung über, die, von den angelsächsischen Ländern ausgehend, seit dem Ende des 18. Jahrhunderts einerseits für die Abschaffung der Sklaverei in aller Welt kämpfte, andererseits mit neuen missionarischen Bestrebungen Hand in Hand gingen.

### 3. DIE PHASE DER SCHEINBAREN STAGNATION

Zum Schluß soll daher das Phänomen behandelt werden, das geeignet war, die ostasiatische Frage größeren Bevölkerungsteilen ins Bewußtsein zu rufen, obwohl ansonsten in Preußen seit Beginn des 19. Jahrhunderts wieder publizistisches und politisches Desinteresse an Japan vorherrschten. Der Zusammenhang zwischen europäischer Expansion und Mission in der Neuzeit ist bekannt. Über die älteste evangelische Auslandsmission überhaupt, die 1705 vom dänischen König gestiftete Dänisch-Halleische Mission, war von Anfang an auch Preußen involviert. In den Fran-

cke'schen Stiftungen in Halle finden sich heute noch neben zahlreichen ethnologischen Kuriosa aus den Missionsgebieten ein reicher Schatz an Reiseliteratur sowie als unverzichtbares Hilfsmittel Bibelausgaben in den Sprachen der zu bekehrenden Völker.

Eng verbunden mit den Missionsgesellschaften waren die sich vielerorts verbreitenden Bibelgesellschaften. So wurde am 2. August 1814 in Berlin von dem preußischen König die Preußische Haupt-Bibelgesellschaft gestiftet, die sich durch allerhöchst bewilligte Landeskollekte und Zuwendungen des Herrscherhauses finanzierte und zahlreiche Tochtergesellschaften in Preußen besaß. Ihre Aufgabe war selbstredend die Verbreitung von Bibeln, vor allem Ausgaben des Neuen Testaments, und zwar sowohl im Inland wie auch im Ausland, also notwendigerweise in Abstimmung mit den Missionen. Zum Direktorium der Preußischen Haupt-Bibelgesellschaft gehörte 1832 u. a. der Prediger Goßner, der 1836 seine eigene Missionsgesellschaft gründen sollte.

Auch Ostasien geriet rasch ins Blickfeld der Missionare. Der erste Missionar in China war Robert Morrison, der 1807 im Auftrag der zwölf Jahre zuvor begründeten Londoner Missionsgesellschaft in Macao eintraf. Seit 1847 betrieb auch die 1815 entstandene Basler Mission von Hongkong aus Missionsarbeit in China.<sup>15</sup> Von preußischer Seite aus stießen später noch die in Barmen ansässige Rheinische Mission (gegründet 1828) und die Berliner Mission (gegründet 1824) hinzu. Bis 1850 wuchs die Zahl der europäischen Missionare im Reich der Mitte auf 19 an.<sup>16</sup>

Der berühmteste Preuße unter ihnen war Karl Friedrich August Gützlaff (1803–1851),<sup>17</sup> Sohn eines Schneiders aus Pyritz bei Stettin. Statt das väterliche Handwerk zu erlernen, wurde er seit 1821 nach Bittstellung bei dem preußischen König „mittels Allerhöchster Kabinetts-Ordre“ im 1800 gegründeten Missions-Seminar des Pastors Jänicke in Berlin kostenfrei ausgebildet. 1822 schrieb er über seine Sendung:

Unter den Völkern scheint sich der Durst nach einem göttlich tröstenden Evangelio und einem Erlöser immer stärker zu regen, und eben deswegen wächst auch bei Vielen unter uns das Verlangen, das Evangelium des Erlösers jenen zu verkündigen. Wer wollte auch ein Christ sein, ohne jenen tief im Aberglauben Versunkenen nicht das göttliche Licht und Leben zuzuführen! Sechs Sprachen habe ich zu

---

<sup>15</sup> Zur Arbeit der Basler Mission hat Thoralf Klein 1999 eine Dissertation unter dem Titel „Basler Missionare, chinesische Christen und lokale Gesellschaft in Guangdong (Südchina), 1859–1931“ in Freiburg i. Br. vorgelegt.

<sup>16</sup> Bericht der London Mission Society (LMS) von 1850, S. 298–302.

<sup>17</sup> Zum Lebenslauf s. „Neueste Nachrichten aus dem Reiche Gottes“, Juli 1850.

dem Ende zu erlernen angefangen und muß fleißig fortfahren, mich auszubilden, um unter allen Himmelsgegenden für Christi Reich ein Evangelist zu werden (*Neueste Nachrichten aus dem Reiche Gottes*, Juli 1850: 320).

Ab 1823 im Dienst der Holländischen Missions-Gesellschaft, sollte Gützlaff 1824 an Morrisons Chinesisches Missions-Institut in Malakka gehen, was sich aber zunächst nicht verwirklichen ließ. Statt dessen lernte er in Paris Türkisch und Arabisch und ging nach London zur weiteren Ausbildung. Doch 1826 wurde er nach Sumatra entsandt. Vor seiner Abreise äußerte er in einem Brief:

Europa hat eine große Schuld abzutragen. Wir haben das Evangelium erhalten und sind so nachlässig in Mittheilung dieses großen Gnadengeschenktes Gottes an andere Völker. Möchte doch Deutschland, welches doch sonst in allem Guten seinen Nachbarn gleich zu kommen sucht, auch in dieser hochwichtigen und heiligen Sache mehr Eifer beweisen! Und sollte wohl ein Land, welches so viel zur Befreiung Europas von den Ketten der Knechtschaft beitrug, seine Hand zur Befreiung der heidnischen Nationen von den Ketten der Finsterniß, des Aberglaubens und des abscheulichen Götzendienstes zurückziehen wollen? (Ebd. 321f)

Im Jahre 1827 erreichte Gützlaff das holländische Batavia (heute: Djakarta), führte 1828 eine Missionsreise nach „Hinterindien“ durch, ging 1829 vorübergehend nach Singapur und wieder zurück nach Malakka. Er heiratete dort eine Engländerin. 1830 bis 1831 missionierte er in Siam unter den dort lebenden Chinesen. Danach siedelte er nach Macao über, wo er wegen guter Chinesischkenntnisse von der britischen Faktorei als Dolmetscher eingestellt wurde.

Schon zu Lebzeiten wurde Gützlaff als Apostel der Chinesen gefeiert und entfaltete starke, durchaus nicht nur publizistische Wirkung (vgl. SCHLYTER 1976). Die Lektüre seiner Schriften weckte beispielsweise im jungen David Livingstone den Wunsch, als Missionar und Arzt nach Afrika zu gehen. Mindestens so wichtig wie seine Tätigkeit vor Ort war die Missionspropaganda, die er in seinen zahlreichen, weitverbreiteten Werken über China und dessen Nachbarländer entfaltete.

Nach langen Jahren im Missionsgebiet kehrte Gützlaff 1850 zu einer Deutschlandtournee in die Heimat zurück. Zweck dieser Reise war die persönliche Werbung für die weitere Mission in Ostasien. Gützlaff besuchte vom 29. Mai 1850 an Potsdam, wo er am 1. Juni in der Bethlehemskirche im Ortsteil Nowawes, der Gemeinde seines einstigen Lehrers Janicke, einen Vortrag hielt. Darüber heißt es wörtlich:

Er theilte nun viel Wichtiges von seinen Erfahrungen mit, welche er seit den 27 Jahren, da er zum letzten Mal in diesem Gotteshaus gewesen, gemacht habe – und wie nun über das Reich China eine Gnaden-Heimsuchung Gottes dadurch gekommen, daß ein freies Bekenntniß der christlichen Religion gestattet sei in dem Lande, welches mehr als den dritten Theil der Bevölkerung der ganzen Erde, nämlich 367 Millionen Bewohner umschließt. Dies offenbar früher von Niemanden für möglich gehaltene Wunder der göttlichen Liebe und Erbarmung hat nun unsern theuren Gützlaff veranlaßt, nach Europa und besonders zu seinen Landsleuten zu kommen, um die frohe Kunde zu bringen, was der Herr im Morgenlande für ein großes Werk begonnen hat, und dieselben aufzufordern, an dem großen Netz ziehen zu helfen, welches der Herr selbst mit Millionen theuer erkauften Seelen erfüllt hat (*Neueste Nachrichten aus dem Reiche Gottes*, Juli 1850: 323).

Gützlaff erzählte von den Schwierigkeiten seiner Tätigkeit in China, aber auch der fortwährenden Hilfe Gottes. Im Vortrag heißt es:

Unterdessen war mir der Herr gnädig und ich konnte Chorea besuchen, ertrank beinahe, allein hatte dennoch Gelegenheit nachher, um dem Könige des Landes das Wort der Wahrheit bekannt zu machen. Ich hatte Gelegenheit, von Christo da zu sprechen unter einer Nation, die noch nie davon gehört und obgleich die Leute dort menschen-scheu waren und davon liefen, so war dennoch der Herr immer unser Schutz und unsere Hoffnung, und wir können mit Freudigkeit sagen, daß, wenn wir wieder in diesen entfernten Gegenden zu predigen anfangen, auch der Name des Herrn wieder Lob und Preis empfangen wird. Nachher erlaubte es auch der Herr, nach Japan zu gehen, nach dem ich schon die Sprache erlernt und mit Hülfe von Japanesern das Neue Testament übersetzt, war es Sein heiliger Wille, daß ich in jenes Land kommen sollte. Freilich empfangen wurden wir nicht wie erwartet, denn Alles, was wir für unsere Mühe erhielten, waren Kanonenkugeln und nichts anders. Allein während man suchte uns zu vernichten, hatte der Herr Seinen Schild über uns gehalten, und keine dieser Kugeln traf uns, so daß wir Seinem Namen lobsingen konnten, Ihn preisen und verherrlichen und von Seiner Güte sprechen (ebd. 331f).

Hier präsentiert sich Gützlaff als Apostel Ostasiens, und tatsächlich ist er der erste Preuße (um nicht zu sagen: der erste Deutsche), welcher China, Korea und Japan aus eigener Anschauung kannte. Für das Publikum müssen seine knappen Nachrichten über Korea und Japan sensationell

gewesen sein. Gützlaff hatte darüber erstmals 1834 in seinem in London veröffentlichten „Journal Of Three Voyages Along The Coast Of China“ berichtet, das noch im selben Jahr im preußischen Elberfeld auf deutsch erschien (GÜTZLAFF 1997). In dem eigentlich ebenso wie Japan für Ausländer verschlossenen Korea hielt er sich genau einen Monat auf, vom 17. Juli bis 17. August 1832. Bei der Abreise bemerkte er über die am südlichsten gelegene Insel Cheju,<sup>18</sup> sie sei

so conveniently situated, that if a factory was established there, we might trade with the greatest ease to Japan, Corea, Mantchou Tartary, and China. But if this is not done, could not such an island become a missionary station? Would it not be giving a fatal blow to those hateful systems of exclusion, by establishing a mission in so important a situation? (GÜTZLAFF 1834: 288)

Gützlaff trat also für die Einrichtung entweder eines Handels- oder eines Missionsstützpunktes an dieser strategisch günstig gelegenen Stelle ein, um Zugang nach Japan, Korea und China zu gewinnen. Handel und Mission waren für ihn also Werkzeuge im Dienste der Ausbreitung Europas. In seiner eigenen Person verkörperte sich dieser Zusammenhang – Gützlaff war ja nicht nur Missionar, sondern als Dolmetscher der britischen Faktorei in Kanton durchaus auch in den Opium-Handel mit China involviert.

Auch auf japanischen Boden setzte der preußische Missionar seinen Fuß, wenn auch unwissentlich. Am 22. August 1832 ankerte sein Schiff in Naha auf Okinawa. Den Europäern, welche seit Ende des 18. Jahrhunderts immer wieder einmal hier landeten,<sup>19</sup> war die faktische Zugehörigkeit der Ryūkyū-Inseln zu Japan nicht nur unbekannt, sie wurde von den okinawanischen Behörden offenbar auch bewußt verschleiert. Die von Gützlaff als „Mandarine“ bezeichneten einheimischen Beamten „disclaimed all intercourse with Japan, and said that those three junks from Satsuma, which lay in the harbour, had been driven hither by stress of weather“ (ebd. 292).

---

<sup>18</sup> Bei Gützlaff „Ouelpoert“ (sic! Verschieden für: Quelpoert), bei La Pérouse, der die Insel 1787 erblickte, „Quelpart“. Möglicherweise hat Gützlaff sein Lob dieser Insel („a charming spot“) von La Pérouse übernommen („Kaum ist es möglich, eine Insel zu finden, welche einen schöneren Anblick gewährte“; zit. in KAPITZA 1990: II. 818 nach der Leipziger Ausgabe 1799), der daran gleichfalls Kritik an der Abschließung Koreas anschloß.

<sup>19</sup> Der Reisebericht Broughtons von seiner Fahrt zu den Ryūkyū-Inseln 1797, London 1804, wird in KLAPROTHS „Archiv für Asiatische Litteratur, Geschichte und Sprachkunde“ I, S. 151–158, ausgewertet.

Diese platte Lüge diente möglicherweise dem Selbstschutz; immerhin bemerkten die Fremden, daß die Sprache und Schrift der Einwohner „seemed greatly to resemble the Japanese“ (ebd. 291). Am 24. August nahm Gützlaff Kontakt mit einem im Hafen liegenden japanischen Dschunke auf und verteilte christliche Traktate in chinesischer Schrift an die Besatzung, obwohl die Beamten ihn daran zu hindern versuchten. Am folgenden Tag versorgte er die Japaner medizinisch – die europäische Medizin hatte er richtig als ein weiteres Werkzeug der europäischen Hegemonie erkannt – und natürlich erneut mit missionarischen Schriften. „Whilst giving those books I honestly prayed that they might reach Japan, to which none of our missionaries have yet had access. It is the precious word of God, which in that country also will be known ere long“ (ebd. 293). Am 26. August verließ Gützlaff Okinawa, mit der Überzeugung, dort „the most friendly and hospitable people“ der ganzen Reise getroffen zu haben (ebd. 296). Er hat diese Ansicht 1850 in Potsdam mit folgenden Worten wiederholt:

Nie aber empfand ich größere Freude als einst zu Napakiang [Naha] auf der großen Lutschu-Insel. Ja, Ihr wißt ja wohl, daß die Eingeborenen dieser Insel die liebenswürdigsten Menschen sind. Da befand ich mich in ihrer Mitte und hielt eine heilige Betstunde, den Herrn der Herren anrufend, daß Er Seinen heiligen Geist senden möge und dem Volk Sein Evangelium mittheilen. Dieses Gebet im Glauben ausgesprochen, ist gegenwärtig in Bezug auf diese Insulaner erhört, und jetzt ist noch ein Bote des Herrn wieder hingesandt worden, um den Namen des Heilandes weiter bekannt zu machen (*Neueste Nachrichten aus dem Reiche Gottes*, Juli 1850: 332f).

Gützlaffs gescheiterter Versuch wiederum, in das eigentliche Japan einzureisen, war natürlich nichts anderes als seine Teilnahme an der Fahrt der „Morrison“ von 1837. Trotz preußischer Beteiligung ist dieses Unternehmen in Deutschland nicht gut dokumentiert worden. Sehr viel größer war das Interesse dagegen in Großbritannien und den USA, von wo aus die Fahrt schließlich auch finanziert wurde.

Zum offiziellen Vorwand für die Fahrt wurde die Rückführung von sieben schiffbrüchigen japanischen Seeleuten in ihre Heimat. Drei von ihnen, Iwakichi, Hisakichi und Otokichi aus Owari, waren Ende 1832 mit ihrem (zu ihrem Glück mit Reis beladenen) Küstenschiff auf dem Weg nach Edo in einen Sturm geraten, hatten dabei ihren Mast verloren und als einzige der 14köpfigen Besatzung eine angeblich 14 Monate lange Odyssee überlebt, bis sie an der Nordwestküste Kanadas strandeten, Indianern in die Hände fielen und 1834 von diesen der Hudson Bay Company übergeben wurden. Die Gesellschaft reichte sie nach England

weiter, um der britischen Regierung die Möglichkeit zu geben, ihretwegen mit Japan offiziellen Kontakt aufzunehmen. 1836 überführte man sie nach Kanton, wo der britische Vize-Superintendent dieselbe Idee erfolglos nochmals Lord Palmerston nahezubringen versuchte. Statt dessen sollte ein Weg gefunden werden, um sie inoffiziell nach Japan zu bringen.

Es traf sich, daß zur selben Zeit vier weitere japanische Schiffbrüchige namens Shōzō, Jusaburō, Kumatarō und Rikimatsu aus Hizen über Manila nach Macao gebracht worden waren, wo sie in die Obhut Gützlaffs und seiner Mitmissionare gerieten. Mit ihrer Hilfe also fertigte Gützlaff eine japanische Übersetzung des Johannesevangeliums an, die er 1837 in Singapur beim American Board of Mission in Katakana-Silbenschrift drucken ließ. Es handelte sich hierbei nicht nur um die erste Übersetzung eines Bibelteiles seit den jesuitischen Versuchen des 16. Jahrhunderts, sondern zugleich auch um die älteste heute bekannte, da die Jesuitenübersetzungen verschollen sind. Diese Bibelübersetzung war natürlich Teil des Plans, den Gützlaff und seine Mitstreiter inzwischen entwickelt hatten. Denn die Übergabe der Schiffbrüchigen sollte mit dem Versuch verbunden werden, in Japan zu missionieren – und „auch ein bißchen [zu] handeln“, wie der ebenfalls teilnehmende Missionar Samuel Wells Williams schrieb (Brief vom 2.7.1837, zitiert in SCHWEBELL 1981: 79). Ein britischer Forscher bemerkte 1903 über den Doppelcharakter dieses Unternehmens, das er als „most important“ für die Versuche zur Öffnung Japans vor 1853 bezeichnete:

It is not clear from the published accounts whether the ship was a missionary vessel or an ordinary trader, but it is probable that [...] both objects had their due proportion (CREWDSON 1906: 181).

Der amerikanische Kaufmann Charles Nicoll Talbot, dessen Firmen Talbot, Olyphant, & Co. in New York sowie Olyphant & Co. und Gordon & Talbot in Kanton im China-Handel tätig waren und der sich zugleich für die christliche Mission einsetzte, stellte dafür mit seinem Geschäftsfreund Charles William King ein 564 t schweres Schiff zur Verfügung, das sicher nicht nur zufällig den Namen des 1834 verstorbenen großen China-Missionars Robert Morrison trug. Als das Schiff im Juli 1837 Macao verließ, befanden sich neben der Besatzung nicht nur die sieben japanischen Schiffbrüchigen an Bord, sondern auch King und seine Frau, die beiden Missionare Peter Parker und Samuel Wells Williams, ein ins Chinesische übersetzter Brief an den Shogun nebst Geschenken und natürlich die von Gützlaff produzierten japanischen Johannesevangelien. Erste Station war Naha auf Okinawa, wo der mit einem britischen Kriegsschiff angereiste Karl Gützlaff selbst an Bord ging. Am 30. Juli 1837 ankerte die „Morrison“ in der Bucht von Uraga nahe Edo, und man stellte sich auf Verhandlun-

gen mit den Japanern ein. Die japanische Seite hatte allerdings nicht die geringste Vorstellung von dem Vorhaben der „Morrison“ und bemühte sich auch gar nicht erst darum, sondern vertrieb die ungebetenen Besucher am folgenden Tag mit Kanonenschüssen in getreuem Verfolg der seit 1825 geltenden offiziellen Linie zur Unterbindung aller Kontakte. Ein Versuch, bei Kagoshima an Land zu gehen, wurde gleichfalls mit Waffengewalt vereitelt. Das Schiff legte am 27. August unverrichteter Dinge in Macao an; nur zwei der sieben Japaner an Bord konnten Jahre später als Übersetzer wenigstens kurzzeitig in ihre Heimat zurückkehren. Erst 1838 erfuhren die japanischen Behörden von den Holländern, worum es der „Morrison“ eigentlich gegangen war. Dies löste eine Diskussion darüber aus, wie man mit Schiffbrüchigen zukünftig verfahren sollte, und veranlaßte den Arzt Takano Chōei zu seiner „Geschichte, geträumt im Jahre Bojutsu (*Bojutsu yumemonogatari*)“ (RICHTER 1994: 253–260), in welcher er scharfe Kritik an der Haltung der Behörden übte. Die missionarische Ambition der Reise blieb in Japan allerdings verborgen, während die Beteiligten sich im Ausland dazu freimütig bekannten. Insbesondere King sah wegen der angeblichen Beleidigung der amerikanischen Flagge, unter welcher die „Morrison“ gesegelt war, die Zeit für eine offizielle amerikanische Mission zur Öffnung Japans gekommen.<sup>20</sup>

In seinem Werk über „Die preußische Expedition nach Ost-Asien“ von 1864 verweist Friedrich zu Eulenburg in der Vorgeschichte natürlich auch auf die Fahrt der „Morrison“, wenngleich er darüber auch ziemlich schlecht informiert war. Von der Teilnahme des preußischen Staatsbürgers Gützlaff,<sup>21</sup> aber auch von dem missionarischen Anliegen des Unternehmens scheint Eulenburg nichts gewußt zu haben. Was ihn als Realpolitiker einzig zu interessieren schien, war die Lehre, daß die Japaner ein unbewaffnetes Handelsschiff – die „Morrison“ fuhr bewußt ohne Geschütze – offenbar nicht ernstnahmen.

Man wird dennoch feststellen müssen, daß Karl Gützlaffs Anstrengungen, mit Japan ins Gespräch zu kommen – „open a free communication with that people“, wie er 1832 auf Okinawa formuliert hatte (GÜTZLAFF 1834: 293) – in Preußen nicht unbemerkt geblieben sein können. Wie viele Zuhörer er in der Potsdamer Bethlehemskirche gehabt haben

---

<sup>20</sup> Vgl. den Jahresbericht der British and Foreign Bible Society 1839 mit Auszügen aus dem Bericht von S. W. Williams sowie Charles W. King, „The claims of Japan and Malaysia upon Christendom: exhibited in notes of voyages made in 1837, from Canton, in the ship Morrison and brig Himmaleh, under direction of the owners“, New York: E. French, 1839.

<sup>21</sup> Gützlaff wird von CREWDSON (1906: 202) 1903 neben dem Kapitän der „Morrison“ als einziger Teilnehmer überhaupt erwähnt.

mag, ist unbekannt. Anders steht es mit seiner letzten Potsdamer Rede am 5.6.1850, dem Jahresfest des Potsdamer Missions-Hilfsvereins. Sie fand nirgendwo anders statt als in der Garnisonkirche – vor 3.000 Teilnehmern. In einem Bericht darüber heißt es:

Gützlaff begann von der Kanzel herab [...] eine Fürbitte für die Ausbreitung des heilbringenden Wortes in den einzelnen Theilen des großen himmlischen Reichs und in den Umgebungen desselben, welche er, nach allen Weltgegenden vertheilt, namentlich anführte; im Verfolg der eigentlichen Missionspredigt gab er sich als einen naturalisirten Bürger des chinesischen Reichs zu erkennen, und sprach von demselben mit warmer Vorliebe, mit warmem Mitgefühl für die daselbst noch nicht besiegte heidnische Finsterniß, als von seinem Vaterlande (*Neueste Nachrichten aus dem Reiche Gottes*, Juli 1850: 334).

Aus dem, was aus der vorangegangenen Rede in der Bethlehemskirche bekannt ist, ist wohl zu schließen, daß Gützlaff mit hoher Wahrscheinlichkeit unter „den Umgebungen“ Chinas auch Japan und die Ryūkyū-Inseln aufgeführt haben wird. So beiläufig auch immer dies gewesen sein mag: Es bleibt die Tatsache, daß Gützlaff von Japan gesprochen hat, und dies nicht irgendwo, sondern im Herzen Preußens; und daß er dies mit seinem Wunsch verbunden hat, daß auch im Rahmen einer „free communication with that people“ dort missioniert werden könne. Die Öffnung Japans war in seinem Verständnis allerdings nur eine Dreingabe für die Öffnung Chinas.

Gützlaff legte ferner dar, „wie vor einigen Jahren, unter Begünstigung der von den Engländern erfochtenen Siege, die Christenverfolgungen [in China] eingestellt, die Ausbreitung des Evangeliums aber frei gegeben wurde“ (ebd. 335). Auf die moralische Seite des Opiumhandels, um den es den Engländern bei diesem Krieg ja im wesentlichen gegangen war, ging er dabei nicht ein – zu nahe hätte es wohl gelegen, seine persönliche Verwicklung in diese Frage anzusprechen.

Von der angelsächsischen Forschung wird Gützlaff, wohl weil er seine wesentlichen Publikationen auf englisch verfaßte und weil er sehr eng mit Briten und Amerikanern zusammenarbeitete und vielleicht auch wegen seiner englischen Familienbande, häufig unausgesprochen als halber Angelsachse betrachtet. Hier in der Garnisonkirche bot er, der sich als naturalisierten Chinesen bezeichnete und seine japanische Bibelübersetzung als Herausgeber mit dem Namen „Zentoku“ (ein guter Deutscher) zeichnete, allerdings ein sehr preußisch-patriotisches Bild:

Im Schlußgebet machte es einen mächtigen Eindruck, wie er die [sc. Fürbitte] für den König von Preußen und seinen eigenen weltlichen

Oberherrn, den Kaiser von China, und ihre Völker dicht zusammenstellte (ebd.).

Nach dem Vortrag begegnete Gützlaff in der Sakristei noch einem Chinesen, „welcher, längst zum Christentum bekehrt, als königlicher Hausdiener im Schloß Sans-souci lebt“ (ebd.). Von den anwesenden Geistlichen und Freunden der Mission wurde er anschließend „mit Erkundigungen über alle das Evangelium näher oder entfernter angehenden Verhältnisse China’s“ bestürmt. Dies zeigt zumindest, daß es Gützlaff verstanden hatte, Interesse für sein Anliegen, die Öffnung Ostasiens für Europa, zu wecken. Gützlaff redete als Missionar. Doch wie gesehen, waren ihm die Formen, in denen diese Öffnung geschah – ob durch den Handel, durch die Wissenschaft oder durch die Mission – gleichviel wert. Der Ruf nach freien Betätigungsmöglichkeiten für die christliche Mission war letztlich nur ein weiteres Argument für die Forderung nach Öffnung der verschlossenen Teile Ostasiens für die abendländische Kultur. Ohne daß die preußische Politik hier lenkend eingegriffen hätte, ja vielmehr trotz ihres augenscheinlichen Desinteresses am sehr Fernen Osten waren Handel, Mission und Wissenschaft daran beteiligt, Japans Abschottung gegen Europa aufzubrechen. Ein interessantes, wenn auch nicht preußisches Indiz für die neue Aufbruchstimmung war, daß im selben Jahr 1850 Kämpfers Reisebericht in Nürnberg erstmals als Jugendbuch herausgegeben wurde (KÖRBER 1850).

Am 12. Juli 1851 erschien die erste Meldung über amerikanische Vorbereitungen zur gewaltsamen Öffnung Japans in der Kölnischen Zeitung (KERST 1953: 15). Japan war damit endlich im preußischen Tagesgeschehen angekommen. Während deutsche Kaufleute die Chancen, welche sich nach dem Abschluß des Vertrages von Kanagawa ergaben, rasch nutzten, brauchte die preußische Staatsführung noch fast zehn Jahre, um sich selbst zum Handeln aufzuraffen. Erst nachdem Österreich und selbst die maritim im allgemeinen nicht sonderlich ambitionierte Schweiz ihre ersten Missionen nach Ostasien geschickt hatten, reagierte auch Berlin: Am 15. August 1859 wurde die Entsendung einer preußischen Ostasienexpedition nach Japan, China und Siam unter Friedrich zu Eulenburg beschlossen. Die Zeit der Stagnation war damit vorüber. Aber erneut drängte sich, wie schon in den Jahrhunderten zuvor, der Eindruck auf, daß das offizielle Preußen, was Ostasien anging, erst zur Jagd getragen werden mußte.

LITERATURVERZEICHNIS

- CREWDSON, W. (1906): *The Dawn of Western Influence in Japan*. In: *The Japan Society, London: Transactions and Proceedings* 6, S. 168–204.
- DIJ (1990) anstelle von: DEUTSCHES INSTITUT FÜR JAPANSTUDIEN (Hg.) (1990): *Kemperu-ten: Doitsu-jin no mita Genroku jidai* [Kämpfer-Ausstellung. Die Genroku-Ära aus der Sicht eines Deutschen]. Tōkyō: Deutsches Institut für Japanstudien.
- GRAAF, Dennis de: *Von Emden nach China*. <http://members.tripod.de/Graaf/China.html>
- GÜTZLAFF, Carl F. (1834): *Journal Of Three Voyages Along The Coast Of China*. London: Westley u. a.
- Ders. (1997): *Ausführlicher Bericht von seinem dreijährigen Aufenthalt in Siam und seiner Reise längs der Küste von China bis nach Mantschu-Tartarei*. Elberfeld 1834. Gekürzte Neuausgabe als: *Gützlauffs Bericht über drei Reisen in den Seeprovinzen Chinas: 1831–1833, mit einem biogr. Essay und einem Vorw. von Winfried Scharlau*. Hamburg: Abera-Verlag Meyer.
- HADAMITZKY, Wolfgang und Marianne KOCKS (1990): *Japan-Bibliografie. Verzeichnis deutschsprachiger japanbezogener Veröffentlichungen. Reihe A: Monografien, Zeitschriften, Karten*. Band 1: 1477–1920. München, London, New York, Paris: Saur.
- KAPITZA, Peter (Hg.) (1990): *Japan in Europa. Texte und Bilddokumente zur europäischen Japankenntnis von Marco Polo bis Wilhelm von Humboldt*. 2 Bde. München: iudicium verlag.
- KERST, Georg (1953): *Die Anfänge der Erschließung Japans im Spiegel der zeitgenössischen Publizistik: Untersucht auf Grund der Veröffentlichungen der Kölnischen Zeitung*. Hamburg: Übersee-Verlag.
- KLAPROTH, Julius von (1810): Sprachproben von Lieu-Kieu. In: *Archiv für Asiatische Litteratur, Geschichte und Sprachkunde*, Bd. 1, St. Petersburg, S. 151–158.
- KÖRBER, Philipp (1850): *Engelbert Kämpfers Reise nach Japan*. Für die Jugend bearb. Nürnberg: Lotzbeck.
- MICHEL, Wolfgang (1993): Johann Konrad Rätzel (1672–1754) – Erste Spuren eines Ostindienfahrers und Raritätensammlers. In: *Genbun Ronkyū (Studies in Language and Literature)*, No. 4 (Fukuoka, February 1993), S. 1–14. Zit. nach der HTML-Version des Verfassers (<http://www.rc.kyushu-u.ac.jp/~michel/publ/aufs/37/37.html>).
- Neueste Nachrichten aus dem Reiche Gottes*, Juli 1850.
- OSTERHAMMEL, Jürgen (1998): *Die Entzauberung Asiens. Europa und die asiatischen Reiche im 18. Jahrhundert*. München: Beck.

- OSTERHAMMEL, Jürgen (2000): Geschichte im eurasischen Zusammenhang.  
In: VÖLKER-RASOR, Anette (Hg.): *Oldenbourg Geschichte Lehrbuch. Frühe Neuzeit*. München: Oldenbourg, S. 429–444.
- RÄTZEL, Johann Konrad (o.J.): *Catalogus Oder Eine in ordentlichen Classen abgetheilte Specification Vieler aus dem Regno Animalis, Vegetabili und Minerali, raren Colligirten Natural- Auch einiger Artificial-Cabinet=Stücke Alle Mit grosser Mühe und Kosten von Japonia, China, Ceram, Amboina, Banda, Timor, Macassar, Java majore & minore Und vielen andern alda herumliegenden Inseln in einer 12. Jährigen Zeit in Asien mit allen Fleiß colligiret und nun zum andernmahl / wegen gänzlichen Abgang der Exemplarien / auf Verlangen guter Gönner und Freunde aufgelegt Von Johann Conrad Rätzeln. Halberstadt / Gedruckt bey der verwittbeten Bergmännin König. Preuß. Buchar. Als HTML-Dokument publiziert von Wolfgang Michel-Zaitsu (<http://www.rc.kyushu-u.ac.jp/~michel/serv/eujap/18thc/raetzel/catalogus-text.html>).*
- RICHTER, Steffi (1994): *Ent-Zweiung. Wissenschaftliches Denken in Japan zwischen Tradition und Moderne*. Berlin: Akademie Verlag.
- RING, Viktor (1890): *Asiatische Handlungscompagnien Friedrichs des Großen: Ein Beitrag zur Geschichte des preußischen Seehandels und Aktientwesens*. Berlin: Heymann.
- SCHLYTER, Hermann (1976): *Der China-Missionar Karl Gützlaff und seine Heimatbasis. Studien über das Interesse des Abendlandes an der Mission des China-Pioniers Karl Gützlaff und über seinen Einsatz als Missionswecker*. Lund: Gleerup (Studia missionalia upsaliensis, Bd. 30).
- SCHWEBELL, Gertrude C. (Hg.) (1981, zuerst 1970): *Die Geburt des modernen Japan in Augenzeugenberichten*. München: Deutscher Taschenbuchverlag.
- TREUE, Wilhelm (1980): *Wirtschaft, Gesellschaft und Technik in Deutschland vom 16. bis zum 18. Jahrhundert (Gebhardts Handbuch der deutschen Geschichte, Taschenbuchausg. d. 9. Aufl., Bd. 12)*. München: dtv, 3. Aufl.
- ZEDLER, Johann Heinrich (1739): *Großes vollständiges Universal-Lexicon aller Wissenschaften und Künste, mit Hoher Potentaten allergnädigsten Privilegiis*. Bd. 14. Leipzig und Halle: Johann Heinrich Zedler.



# DIE PREUSSISCHE OSTASIENEXPEDITION UND DER VERTRAG ÜBER FREUNDSCHAFT, HANDEL UND SCHIFFFAHRT MIT JAPAN (24. JANUAR 1861)

*Bernd MARTIN*

Die Expedition der preußischen Marine in die ostasiatischen Gewässer, die sich einschließlich der unmittelbaren Vorbereitungen über vier Jahre hinzog, war nicht nur ein risikoreiches seemännisches Unternehmen, sondern vor allem auch ein Politikum ersten Ranges. Der neue König, Wilhelm I., bezeichnete die Reise und die unterwegs im Jahre 1861/2 mit Japan, China und Siam abgeschlossenen Verträge in seiner Thronrede 1882 sogar als größten Erfolg seiner bisherigen Regierungspolitik. Unter den Augen der deutschen Öffentlichkeit war der kleine Flottenverband im Dezember 1859 aus Danzig ausgelaufen. Im Oktober 1862 kehrte das Flaggschiff, die „Arcona“, in ihren Heimathafen zurück. Preußen hatte als Vorreiter der deutschen Einigung einen „Akt nationaler Mündigkeit“ vollzogen. Im Vorgriff auf die ersehnte Einheit des Reiches war Deutschland fortan durch die preußische Fahne auf den Weltmeeren präsent. Preußen als Anwalt aller Staaten des Zollvereins und sogar der Hansestädte hatte mit China und Siam eine gesamtdeutsche Abmachung getroffen und war von nun an in diesen beiden Ländern für den Schutz deutscher Kaufleute zuständig. Nur in Japan war das nationale Anliegen am hartnäckigen Widerstand der Shogunatsregierung gescheitert, für die, getreu den japanischen staatspolitischen Vorstellungen, ein Vertrag nur von Herrscher zu Herrscher denkbar war.

Der Vorrang wirtschaftspolitischer Motive bei der Expedition vor militärisch-machtpolitischen Zielsetzungen wurde von der altliberalen preußischen Regierung der „Neuen Ära“ in der Vorbereitungsphase vehement verfochten und auch noch in der Zeit der Durchführung propagiert. Doch als im Februar 1860 im preußischen Abgeordnetenhaus eine Heeresvorlage eingebracht war, begann ein Verfassungskonflikt in Preußen zu schwelen. Dieser warf bald seine Schatten auf das so erfolgreich verlaufende weltpolitische Engagement Preußens, ähnlich wie England über die Ausweitung des Handels zu einer imperialen Macht zu avancieren und auf diesem wirtschaftspolitischen Wege die Einheit der Nation zu erreichen. Spätestens mit der Berufung Otto von Bismarcks zum preußischen Ministerpräsidenten (22. September 1862) hatte sich der Primat der Krone und damit des militärischen Oberbefehls durchgesetzt. Das

liberale Zwischenspiel der „Neuen Ära“ war nach vier Jahren beendet. Der Weg zur nationalen Einigung wurde fortan nicht länger als gesamtdeutsches Anliegen vom Wirtschaftsbürgertum geebnet, sondern der Marsch preußischer Militärstiefel zeichnete den Weg in das neue, autoritär geführte Reich vor.

Die Abkehr Preußens von weltweiter Handels- und Hinwendung zu nationaler Machtpolitik sollte der Leiter der Expedition, Friedrich Albert Graf zu Eulenburg, gewissermaßen symbolhaft an seiner eigenen politischen Karriere verdeutlichen. Der ehemalige Generalkonsul und Verfechter einer liberalkapitalistischen Expansionspolitik wurde nach seiner Rückkehr von Bismarck 1862 zum preußischen Innenminister ernannt. Fortan beschäftigte sich der Graf mit den Gegnern der neuen Ordnung Bismarcks, die ehemals in der „Neuen Ära“ seine Förderer gewesen waren.

Die preußische Ostasienexpedition geriet daher bereits ab 1862 allmählich in Vergessenheit. Das monumentale, auf amtlichen Quellen beruhende Erinnerungswerk BERG (1 und 2, 1864/1866) liest sich folglich wie ein akademischer Reisebericht, in welchem die ursprünglichen politischen Intentionen hinter Beschreibungen von Land und Leuten zurücktreten. Wunschbilder von der exotischen Welt Japans wurden festgeschrieben, gewissermaßen amtlich autorisiert, und sollten das deutsche Bild von Ostasien noch über Generationen bestimmen. Die Expedition wurde zum exotischen Abenteuer stilisiert, ihr ursprünglich hochbrisanter politischer Stellenwert vergessen. Die deutsche Geschichtswissenschaft hat die Zeit der „Neuen Ära“ und das Überseeunternehmen ebenfalls weitgehend ausgeklammert, paßt doch beides nicht in die Kontinuität eines vermeintlich preußisch-deutschen Sonderweges. Eine Monographie über die Expedition fehlt bislang, obwohl das Material darüber komplett in den Archiven überliefert ist. Die entsprechende Gegenüberlieferung allerdings fehlt in Japan vollständig, in China und Thailand nahezu.

Das deutsche Material, im wesentlichen Tagebuchaufzeichnungen der mitreisenden Attachés und die Berichte des Gesandten nach Berlin, bildet folglich das einzige Quellencorpus. Dieses vermittelt gute Einsichten in die Motive der politischen und militärischen Handlungsträger auf preußischer Seite, gibt aber ein verzerrtes Bild von den asiatischen Verhandlungspartnern und den ihnen zur Verfügung stehenden politischen Spielräumen. Die innenpolitischen Verhältnisse in Japan blieben den preußischen Besuchern ebenso mysteriös wie die ihrer Ansicht nach unverständlichen politischen Systeme in China oder Siam, dem heutigen Thailand. Das Selbstwertgefühl zivilisatorisch-westlicher Überlegenheit schimmert auch schon in der preußischen Berichterstattung über die

asiatischen Völker durch, obgleich die Preußen als neugierige und leicht verunsicherte Neulinge an Ort und Stelle doch etwas zurückhaltender auftraten als die Vertreter der etablierten Kolonialmächte.

Auf dem Wiener Kongreß (1815) war Preußen zwar als fünfte europäische Großmacht wiederhergestellt worden, konnte aber den Machtanspruch nur auf eine starke Landarmee gründen. Im Gegensatz zu den anderen vier Großmächten besaß das Land, obgleich an der Nord- wie der Ostsee gelegen, keine Kriegsflotte und betrieb auch keine kolonial expansive Außenpolitik. Selbst die in der deutschen Frage mit den Hohenzollern rivalisierenden Habsburger verfügten im Mittelmeer über eine beachtliche Flotte und schickten sich 1858 mit der Weltumsegelung der Fregatte „Novara“ (PETTER 1975: 55) an, maritime Weltpolitik betreiben und dabei Preußen zuvorkommen zu wollen.

\*

Expansionistisches Gedankengut, durchsetzt mit kolonialen Schwärmerien und handelspolitischen Erwägungen, läßt sich in den Staaten des Deutschen Bundes bereits im Vormärz festmachen und sollte 1848 in der Paulskirche in chauvinistischen Parolen kulminieren (FENSKE 1978). Die überspannten Erwartungen der Deutschen in ihrem Sehnen nach dem Reich wurden auf die internationale Politik übertragen. Deutschland sollte von Anfang an eine Weltmacht sein, oder aber gar nicht erst entstehen. Schon der badische liberale Politiker Karl Theodor Welcker verlangte Kolonien für einen blühenden deutschen Außenhandel; ähnlich argumentierte der Nationalökonom Friedrich List, für den Gebietserwerbungen in Europa und Übersee zu den „wesentlichen Bedürfnissen der Nation“ zählten. Auch der beredte Anwalt einer sozialen Monarchie im Rahmen einer großdeutschen Lösung, Lorenz von Stein, propagierte die natürliche Mission Österreichs, die unermesslichen Schätze Asiens von Triest aus zu bergen (FENSKE 1977).

Alle Befürworter einer weltumspannenden deutschen Großmacht politik teilten selbstverständlich die Auffassung, daß eine mächtige deutsche Flotte Grundvoraussetzung einer solchen Handels-, Kolonial- und – was schließlich als weiteres Argument hinzukam – Auswanderungspolitik sei. Die Paulskirche (1848/9) erlebte einen vorläufigen Höhepunkt dieser Flottenbegeisterung und ungezügelter chauvinistischer Reden, fast ausschließlich linker Liberaler und Demokraten, von einem großdeutschen Reich. Für die drohende militärische Auseinandersetzung mit Dänemark wurde aus Spenden eine kleine Bundesflotte zusammengestellt und Preußen, wollte es die Führungsrolle in der nationalen Frage

nicht verspielen, gezwungen, eine Seemacht wider Willen zu werden. Prinz Adalbert von Preußen wurde Oberbefehlshaber dieser weitgehend fiktiven gesamtdeutschen Flotte. In seiner grundlegenden Denkschrift von 1848 forderte er einen Ausbau der deutschen Seemacht in drei Schritten: vom Küstenschutz über den Schutz des Handels zur selbständigen weltweiten Flottenpräsenz (PETER 1975: 1; BOELCKE 1981). Nach dem Scheitern der Revolution wurde der Prinz als „Admiral der preußischen Küsten“ Oberbefehlshaber der kleinen preußischen Flotte<sup>1</sup> und nahm aus dieser Position heraus gewichtigen Einfluß auf die Vorbereitung und Durchführung der See-Expedition nach Ostasien. Als preußischer Militär und königlicher Cousin<sup>2</sup> verfocht der Prinz stets den Vorrang des militärischen Oberbefehls und kriegerischen Einsatzes der Flotte vor handelspolitischen Erwägungen. Die preußische Kriegsflagge sollte den Schutz von Stützpunkten und Kolonien gewährleisten, die Adalbert schon in seiner Denkschrift gefordert hatte, um den Ruhm der Monarchie zu mehren, nicht aber, um die Gewinne der Kaufleute zu steigern.

Das „Reich der Mitte“ war infolge seiner Niederlage im ersten Opiumkrieg durch einen ungleichen Vertrag (1842) dem westlichen Handel gewaltsam geöffnet worden. Da die beiden Siegermächte, England und Frankreich, die erzwungenen Konzessionen wie z.B. niedrige Zollsätze und Konsulargerichtsbarkeit großzügig in der Meistbegünstigungsklausel auch anderen Überseehandel treibenden Nationen offerierten, hatte auch Preußen an der Ausweitung des Chinahandels teil. Wurde der Schiffsverkehr meist von den Hansestädten und hier wiederum vorrangig von Hamburger Handelshäusern abgewickelt, so stammte ein Großteil der Waren, wie Tuche und Industrieprodukte, aus dem sich zur kontinentalen Wirtschaftsmacht entwickelnden Preußen. Bereits 1847 wurde daher in Kanton, dem damals größten chinesischen Überseehafen, der Inhaber des ältesten deutschen Chinahandelshauses Richard von Carlowitz zum preußischen und sächsischen Konsul ernannt (RATENHOF 1985: 30). Dem neuen Konsul jedoch fehlte ein wesentliches Machtmittel, über das seine Kantoneser Kollegen wie selbstverständlich verfügen

---

<sup>1</sup> Bundesarchiv/Militärarchiv Freiburg im Breisgau (fortan: BA/MA) RM1/26, Handakten Prinz Adalbert 1848–1861; RM1/1465, Vortragsjournal Prinz Adalbert 1855–1860.

<sup>2</sup> Adalbert Heinrich Wilhelm, Prinz von Preußen, 29.10.1811 Berlin–6.6.1873 Karlsbad, Sohn des jüngsten Bruders von König Friedrich Wilhelm III. (1797–1840), des Prinzen Wilhelm von Preußen, 1854–1871 Oberbefehlshaber der preußischen Marine, ab 1866 der Marine des Norddeutschen Bundes. Der Prinz war in morganatischer Ehe mit der Tänzerin Therese Ellsler verheiratet und folglich gesellschaftlich nicht hoffähig. Womöglich hat Adalbert diese Diskriminierung durch energisches politisches Auftreten zu kompensieren versucht.

konnten, nämlich Kriegsschiffe, um nationale Interessen gewaltsam durchzusetzen und nötigenfalls den eigenen Leuten militärischen Schutz zu gewähren. Aus der Sicht der Großmächte war Preußen in Ostasien ein geduldeter, da unbedeutender Rivale, der noch dazu in Krisenzeiten auf fremde Militärhilfe angewiesen war.

Während der Taiping-Rebellion bat Konsul Carlowitz die preussische Regierung im Jahre 1853 erstmals um die Entsendung eines Kriegsschiffes, zumal durch die nun ebenfalls – von den Amerikanern – vollzogene gewaltsame Öffnung Japans eine völlig neue Situation in Ostasien entstanden sei. Im Schatten des Krimkrieges, der England und Frankreich gegen Rußland einte und alle drei Mächte vorübergehend in ihrer Ostasienpolitik beeinträchtigte, hatten es die amerikanischen Geschwader unter Gewaltandrohung geschafft, daß die Shogunatsregierung nunmehr in Verhandlungen über die Öffnung des Landes treten mußte. Die Deutschen – so der Konsul – sollten daher „bei den bevorstehenden Veränderungen möglichst kräftig repräsentiert scheinen.“<sup>3</sup> Obwohl der preussische Handelsminister von der Heydt das Ersuchen des Konsuls vehement unterstützte und sogar den reaktionären Ministerpräsidenten Manteuffel für ein solches Unternehmen gewinnen konnte,<sup>4</sup> mußte die Admiralität bedauern. Die wenigen kleinen Schiffe der preussischen Marine seien zu einer solchen Fahrt nach Fernost ungeeignet<sup>5</sup> und würden ohnehin nicht einmal zum Schutz der Ostseeküste ausreichen.

Da Preußen als neutrale Macht ähnlich den Amerikanern von der kriegerischen Verwicklung der übrigen Großmächte nur profitieren konnte, drängten nunmehr auch preussisch-sächsische Handelskreise im Verbund mit den Hansestädten, endlich in Ostasien Flagge zu zeigen. Doch die preussische Marine wies alle Anliegen unter Hinweis auf ihren Zustand als Küstenwache zurück. Selbst als Ministerpräsident Manteuffel die Gunst der Stunde genutzt hatte, um Preußen auf der Pariser Friedenskonferenz als heimliche Siegermacht in den Kreis der Großmächte einzubringen, mußte sich die Marine allen Großunternehmen verschließen.<sup>6</sup> Es fehlten die technischen, aber auch die politischen Voraussetzungen. Das Kabinett der Reaktion schien zu sehr altpreussisch-konservativen Maximen verhaftet und eher den ökonomischen Interessen der Junker als denen des aufstrebenden Wirtschaftsbürgertums zugehört zu haben.

---

<sup>3</sup> BA/MA RM1/2772: Schreiben Carlowitz (Leipzig) – Außenminister vom 7. November 1853.

<sup>4</sup> BA/MA RM1/2880: Schreiben Manteuffel–Admiralität vom 25. September 1854.

<sup>5</sup> BA/MA RM1/2336: Schreiben Admiralität–Manteuffel vom 2. November 1854.

<sup>6</sup> BA/MA RM1/2880: Schreiben Manteuffel–Admiralität vom 26. März 1856.

Erst im Jahre 1858 sollten innen- und außenpolitische Veränderungen einen günstigen Rahmen für preußische Seepolitik schaffen. In China hatten die Engländer und Franzosen in einem neuen Krieg dem „Reich der Mitte“ die Öffnung weiterer Häfen abgetrotzt und zur Sicherung ihres Handelsmonopols die Meistbegünstigungsklausel fallenlassen. Wenige Wochen später, am 29. Juli 1858, hatten sich die Amerikaner in einem ungleichen Vertrag mit Japan einseitig Handelsprivilegien gesichert.<sup>7</sup> Wiewohl der Vertrag als Freundschaftsdienst und Schutz Amerikas gegen die Aspirationen der europäischen Kolonialmächte den weltpolitisch unerfahrenen Japanern schmackhaft gemacht wurde, entsprach er dem egoistischen amerikanischen Verlangen, die einschneidende Wirtschaftskrise im eigenen Land, die weltweite Weiterungen zeitigen sollte, zu überwinden. Obwohl die Tage der alten Regierung Manteuffel gezählt waren, trat sie nun ebenfalls dafür ein, „daß auch Preußen von der dort eingetretenen Wendung der Dinge so schnell wie möglich Nutzen zu ziehen suche und nicht erst abwarte, bis der Handelsstand anderer Nationen den Markt in seinen Besitz genommen hat“<sup>8</sup>. Das konservative Ministerium versuchte ein letztes Mal, durch demonstratives Einschwenken auf eine liberale Außenhandelspolitik den neuen Herrscher für sich einzunehmen.

Wilhelm I. konnte mit der Übernahme der Regentschaft (8. Oktober 1858) für seinen geistig unnachteten Bruder Friedrich Wilhelm IV. eine Wende in der Politik Preußens einleiten. Prinz Wilhelm hatte sich als Generalgouverneur der Rheinlande den Vorstellungen des rheinischen Wirtschaftsbürgertums, der „Wochenblattpartei“, gegenüber aufgeschlossen gezeigt, das englische liberalkapitalistische System zu übernehmen, um Preußen auf diesem Wege zur unangefochtenen Führungsmacht in Deutschland zu erheben. In einer programmatischen Rede vor dem neu berufenen Kabinett Hohenzollern/Auersbach, dem einzigen (alt)liberalen in der Geschichte Preußens, verdeutlichte der Regent am 8. November 1858 seine Ziele, im Inneren und in der auswärtigen Handelspolitik eine „Neue Ära“ einzuleiten: „In Deutschland muß Preußen moralische Eroberungen machen, durch eine weise Gesetzgebung bei sich, durch Hebung der sittlichen Elemente und durch Ergreifen von Einigungselementen, wie der Zollverband es ist [...] Die Welt muß wissen,

---

<sup>7</sup> BA/MA RM1/2386: Übersendung des Textes des Vertrages vom 29. Juli 1858 vom preußischen Außenministerium an das Handelsministerium und die Admiralität am 7. Aug. 1858. Text gedruckt in David Lu (Hg.): *Sources of Japanese History*. Vol. II. New York 1974, S. 16–19.

<sup>8</sup> BA/MA RM1/2880: Schreiben Manteuffel–Admiralität vom 8. Oktober 1858.

daß Preußen überall das Recht zu schützen bereit ist.“ (HUBER 1963: 31; HAUPTS 1987)

Die Einigung Deutschlands sollte durch das Modell Preußen gewissermaßen von selbst erreicht werden. Preußen schickte sich an, eine gesamtdeutsche Mission anzutreten und die deutsche Einheit – unter Ausschluß Österreichs – auf friedlichem Wege zu erreichen. Im Rahmen dieser neuen liberalen Politik kam einer Expedition nach Ostasien ein besonderes nationales Gewicht zu. Hatte die preußische Marine schon vor dem Regierungswechsel erstmals verhaltene Zustimmung zu dem Seeunternehmen signalisiert,<sup>9</sup> so wurde die geplante Ostasienfahrt nun zum Anliegen der Krone schlechthin. Mit einer Expedition in den Fernen Osten ließen sich auf eindrucksvolle Weise militärisch-machtpolitische Zielsetzungen und handelspolitische Vorteile miteinander verbinden, und Preußen würde in beiden Bereichen die angestrebte Führungsrolle zukommen. Doch das Militärische und das Handelspolitische sollten bald miteinander kollidieren.

Der in seinem Amt bestätigte Handelsminister von der Heydt und der neue Außenminister Schweinitz drängten<sup>10</sup>, wie der Regent, auf eine Beschleunigung der Vorbereitungen, mußten sich jedoch militärischen Sicherheitserwägungen fügen. Solange der militärische Konflikt in Oberitalien zwischen Österreich und Frankreich eine mögliche Gefährdung Preußens darstellte, konnte sich das Land die Entsendung einer Flotteneinheit bei der Gefahr weiterer internationaler Verwicklungen nicht erlauben. Den Befürwortern preußischer Seegelung wurde schmerzhaft vor Augen geführt, daß Preußen schon wegen seiner geographischen Lage Landmacht sei und seine militärischen Kräfte nicht in Abenteuern zur See verzetteln könne. Die Vorbereitungen ruhten daher bis zum Vorfriedensschluß von Villafranca (8./11. Juli 1859). Nur auf der preußischen Marinewerft in Danzig (Schichau) wurden die Abschlußarbeiten an dem zukünftigen Flaggschiff der Marine, der Dampfkorvette „Arcona“, beschleunigt, um dieses mit 3200 Bruttoregistertonnen damals größte Kriegsschiff Preußens zum Jahresende einsatzbereit zu haben.<sup>11</sup>

---

<sup>9</sup> BA/MA RM1/2336: Schreiben Admiralität–Manteuffel vom 1. Nov. 1858.

<sup>10</sup> Ebenda: Schreiben Heydt vom 17. Dez. und Schleinitz vom 30. Dezember 1858 an die Admiralität.

<sup>11</sup> BA/MA RM31/292: Die „Arcona“ wurde am 15. April 1859 in Dienst gestellt, die Besatzung bestand aus 15 Seeoffizieren (bzw. Kadetten) und 335 Matrosen.

\*

Die von dem oberitalienischen Einigungskrieg nach Deutschland überschwappende Begeisterung für den südlich wie nördlich der Alpen noch zu gründenden Nationalstaat konnte für die gesamtdeutsche Mission Preußens in Übersee nutzbar gemacht werden. Eine interministerielle Konferenz in Berlin entschied nunmehr (9. August 1859) endgültig über Durchführung und Zielsetzungen der Expedition. Neben den angestrebten Verträgen mit China, Japan und Siam, d. h. der Aufnahme diplomatischer und handelsmäßiger Beziehungen zu diesen Ländern, die Preußen im Namen aller deutschen Länder – Österreich ausgenommen – abschließen wollte, sollte eine Musterschau deutscher Industrieprodukte geboten werden. Handelssachverständige sollten die Expedition begleiten und großzügig Geschenke, gewissermaßen zur Werbung für die deutsche Industrie, gemacht werden. Ferner sollte der Charakter einer Expedition durch Mitnahme von einigen Wissenschaftlern, Botanikern, Zoologen und Geographen, unterstrichen werden. Auf der Konferenz wurden schließlich koloniale Pläne vage erörtert und dabei mögliche Zonen benannt, die Ostküste Südamerikas sowie Westafrika. In Asien sollten offensichtlich keine Kolonien oder Stützpunkte erworben werden. Die ganze Expedition sollte, so die Ministerien, in erster Linie handelspolitischen Zielen dienen.<sup>12</sup>

Die ursprünglich für Oktober vorgesehene Abfahrt des Verbandes sollte sich wegen interner Differenzen zwischen der politischen und militärischen Führung jedoch um zwei Monate verschieben. Obwohl eine allerhöchste Kabinettsorder sogleich die Vereinbarungen bestätigt hatte, entspann sich zwischen dem Marineoberbefehlshaber Prinz Adalbert und dem Chef der Admiralität, Vizeadmiral Jan Schroeder, ein Streit über Kompetenzen und Befehlsstrukturen.<sup>13</sup> Pochte der königliche Prinz auf die monarchische Prerogative des Oberbefehls und bestand auf einer kriegsmäßigen Ausrüstung bzw. Überfahrt der Schiffe, so war für die Marineverwaltung die militärische Schlagkraft des Verbandes – die ohnehin bei nur zwei Kriegsschiffen und zwei Transportschiffen ihre natürlichen Grenzen haben mußte – völlig zweitrangig. Nach Auffassung des Prinzen Adalbert hatten Zivilisten an Bord von Kriegsschiffen nichts zu

---

<sup>12</sup> BA/MA RM1/2337: Konferenzprotokoll.

<sup>13</sup> BA/MA RM1/2337 bzw. RM1/2879: Schreiben Prinz Adalbert – Marineverwaltung vom 4. Nov. 1859, Antwortschreiben Schroeder 21. Nov. 1859 an den Prinzregenten; Adalbert verweigerte am 9. November die Segelorder. Anfrage des Prinzregenten vom 14. Dez. über Stand der Expedition, Antwortschreiben Adalbert vom 14. Dezember und Schroeder vom 14. Dezember über Differenzen.

suchen, während die Marineverwaltung gerade den zivilen, handelspolitischen Charakter der Mission unterstrich. Offensichtlich ließen sich liberale Außenhandelspolitik und tradiertes preußisches Militärreglement nicht miteinander verbinden.

Der Konflikt vor dem Konflikt, dem erst 1862 in voller Schärfe ausbrechenden Verfassungskonflikt (HAUPTS 1987; BÖRNER 1962) in Preußen, war da und endete mit einem Sieg des Militärs. Des permanenten Haders mit dem Oberbefehlshaber Prinz Adalbert überdrüssig, redete dieser doch unter dem Vorwand militärischen Belangs in alle Entscheidungen über Ausrüstung, Route der Schiffe und schließlich auch die Zielsetzungen der Expedition hinein, demissionierte Vizeadmiral Schroeder im Februar 1861.<sup>14</sup> Neuer Marineminister wurde zusätzlich zu seinem Amt als Kriegs(=Heeres)Minister General Albrecht von Roon. Das gesamte preußische Militär befand sich folglich in der Hand eines Mannes, der als engster Parteigänger Bismarcks das liberale Experiment in der preußischen Politik schnellstmöglich zu beenden gedachte.

Die Expedition in die asiatischen Gewässer nahm daher, mehr und mehr, einen militärischen Charakter an. Dementsprechend rückte auch der Erwerb von Kolonien, notfalls mit Gewalt, immer stärker in das Zentrum der Überlegungen. Da indes ohne Hilfe der etablierten Großmächte, vor allem Englands, weder die Expedition durchführbar noch an den Erwerb von Kolonien zu denken war, wurden die Mächte in gleichlautenden Notizen um Unterstützung der Mission gebeten.<sup>15</sup> Verhielten sich die englische und amerikanische Regierung zurückhaltend<sup>16</sup>, wohl aus Furcht vor einem weiteren Konkurrenten in Ostasien, so zeigte die französische Seite gerade aus diesem Grund größtes Entgegenkommen. Frankreich gedachte Preußen als kolonialen Juniorpartner zu gewinnen, um gemeinsam mit ihm Position gegen die weltweiten britischen Kolonialaspirationen zu beziehen. Der neu ernannte Leiter der Expedition, Friedrich Graf zu Eulenburg, reiste, mit dem Rang eines bevollmächtigten Sondergesandten der preußischen Krone versehen, im März 1860 nach Paris, um sich dort gute Ratschläge zu holen. Die beiden Kommandeure des vereinigten britisch-französischen Geschwaders, das im Lorcha-Krieg (1858/9) die Chinesen bezwungen hatte, gaben jeder auf seine Weise Auskunft. Der Engländer übermittelte konkrete Informationen und stellte Hilfeleistungen für die Schiffe in Aussicht, der Franzose

---

<sup>14</sup> BA/MA RM1/2345: Schroeder zeichnete letztmals am 9.2.1861 ein Dokument ab.

<sup>15</sup> BA/MA RM1/2339: Rundschreiben Schleinitz vom 27. Oktober 1859.

<sup>16</sup> BA/MA RM1/2377: Mitteilungen des Außenministeriums an die Admiralität vom 28. November und 21. Dezember 1859.

wiederum versuchte, die kolonialen Aspirationen der Preußen weiter zu wecken und auf Formosa (chinesisch: Taiwan) zu lenken. Während Frankreich sich in Vietnam (Tongking und Annam) und Cochinchina festsetzen würde, sollten die Preußen mit einem kleinen Landungsgeschwader von 2000 Mann Formosa nehmen (PETTER 1975: 70; SIEMERS 1937). Auf diese Weise, das blieb allerdings unausgesprochen, sollte dem britischen und russischen Einfluß in Ostasien Einhalt geboten werden.

Die französische Anregung fiel in Berlin auf fruchtbaren Boden und wurde, stärker unter militärisch-machtpolitischen Gesichtspunkten, von der Krone aufgegriffen. Wollten Handelsminister Heydt und die Marineverwaltung die handelspolitische Expedition nicht durch risikoreiche Kolonialabenteuer gefährden, so wurde Prinz Adalbert zum wortgewaltigen Anwalt preußischer Kolonialpolitik um jeden Preis. Auf sein Geheiß hin verfaßte das Marineoberkommando eine Denkschrift über die Notwendigkeit, eine Verbrecher- und Auswandererkolonie in klimatisch gemäßigten Breiten für Preußen zu erwerben. Diese Gedanken fanden schließlich allerhöchsten Orts Gehör. Kurz vor seiner Abreise, Eulenburg sollte mit englischen Linienschiffen auf dem kürzesten Weg nach Singapur fahren, erhielt der Gesandte eine Order (11. Mai 1860) seines Monarchen, „einen Punkt zu finden, an welchem sich mit Aussicht auf Erfolg eine preußische Ansiedlung gründen ließe“ (SIEMERS 1937: 22). Patagonien und die Salomonen-Inseln wurden als solche möglichen Plätze genannt. Außerdem wurde Eulenburg ausdrücklich ermächtigt, sich den Kampfhandlungen der europäischen Mächte in China anzuschließen, sollte er auf eine feindliche Gesinnung gegenüber der preußischen Regierung stoßen. Die ursprünglich als friedliche Handelsmission gedachte Ostasienexpedition geriet mehr und mehr unter dem Einfluß der Militärs zu einem machtpolitisch-imperialistischen Unternehmen.

Daß Preußen schließlich doch in keine kriegerrische Aktion verwickelt wurde, keine Gewalt in Ostasien anwandte und von Kolonien abließ, war einzig und allein dem Gesandten zu verdanken. Angesichts der ihm zur Verfügung stehenden Machtmittel und der Seefahrkünste des kleinen Geschwaders hielt Eulenburg – ein Bonvivant und allen Anstrengungen abholder Diplomat – solche Kolonialunternehmen für viel zu strapaziös und risikoreich. Über entsprechende Weisungen aus Berlin setzte sich der Gesandte daher einfach hinweg.<sup>17</sup> Auch mied er bewußt die in China

---

<sup>17</sup> Es gab noch keine Kabelverbindung Europa-Ostasien. Nachrichtensendungen benötigten per Schiff etwa drei Monate, per Überlandpost (via Sibirien) etwa zwei Monate. So lag der erste Bericht Eulenburgs vom 19. September über seine Ankunft in Japan dem Prinzregenten am 18. Dezember 1859 vor (BA/MA RM1/2338).

noch anhaltenden Auseinandersetzungen und lief, entgegen dem ursprünglichen Plan, als erstes Ziel das vermeintlich friedliche Japan an.

Es grenzte aus der Sicht Eulenburgs ohnehin an ein Wunder, daß der Verband von vier Schiffen überhaupt Singapur erreicht hatte. Nach der Jungfernfahrt durch die Ostsee und Nordsee hatte der neue Stolz der preußischen Flotte, die „Arcona“, in Südengland für drei Monate docken müssen. Der Geschwaderchef, ein naturalisierter schwedischer Marineoffizier<sup>18</sup>, sandte einen sechsseitigen Mängelbericht an seine vorgesetzte Berliner Behörde.<sup>19</sup> Die beiden Kriegsschiffe waren zudem hoffnungslos überladen und keinesfalls hochseetüchtig. Oberbefehlshaber Prinz Adalbert hatte mit vielen seiner Befürchtungen recht behalten und konnte diese Situation nutzen, um den Primat des Militärischen weiter zu festigen.

Auch warf die Besatzung der beiden Kriegsschiffe mit insgesamt 652 Seesoldaten größte Schwierigkeiten auf. Fast die Hälfte des zur Verfügung stehenden Seeoffizierscorps mußte auf die Schiffe abkommandiert werden.<sup>20</sup> Erfahrungen auf hoher See hatten die wenigsten von ihnen. Die einfachen Matrosen waren größtenteils zwangsrekrutierte, wehrpflichtige ostpreußische Bauernsöhne<sup>21</sup>, die noch nie ein Schiff betreten hatten und jede Möglichkeit nutzen sollten, dem ungewohnten Naß durch Desertion zu entkommen.<sup>22</sup> Für die spurlos in England während der Reparaturarbeiten verschwundenen Matrosen mußte dann auch Ersatz in Berlin angefordert werden. Dort begann man allmählich am Erfolg des ganzen Unternehmens zu zweifeln, während sich Marineführung, Oberkommando und Verwaltung die Schuld für den miserablen Zustand des Schiffes gegenseitig zuschoben. Selbst Eulenburg konnte sich einiger süffisan-

---

<sup>18</sup> BA/MA RM31v614: Personallisten „Arcona“, Kapitän Henric Ludwig Sunderwall war 1814 in Hägestad/Schweden geboren, 1832 in die preußische Marine eingetreten, sein Kapitänspatent erhielt er 1856.

<sup>19</sup> RM1/2343: Bericht vom 11. Jan. 1860.

<sup>20</sup> RM1/26: Pro Memoria betreffend Expedition nach Japan vom August 1859. Die preußische Marine verfüge, einschließlich der Offiziere beim Oberbefehlshaber und in der Admiralität, nur über 55 Seeoffiziere; für die Expedition würden 18–20 von ihnen gebraucht.

<sup>21</sup> BA/MA RM1/2341: Abschlußbericht über die Reise der „Arcona“ vom 26. Februar 1863: „Die Gesamtzahl der Todten S.M.S. Arcona beläuft sich auf 31“. Sieben Standgerichtsverfahren hatten stattgefunden.

<sup>22</sup> BA/MA RM1/2338: Während der Reparaturarbeiten in England desertierten ein Heizer und 5 Matrosen (Schreiben Oberkommando–Marineverwaltung vom 3. März 1860), in Shanghai desertierten drei Soldaten der „Thetis“ und fünf vom Transportbegleitschiff „Elbe“ (Bericht des Geschwaderchefs vom 5. April 1861).

ter Bemerkungen nicht enthalten, als er den trostlosen Zustand der „Arcona“ in Japan sah, wo das preußische Flaggschiff erneut, zum dritten Mal, repariert werden mußte.<sup>23</sup> Die Landmacht Preußen zahlte offensichtlich Lehrgeld zur See. Der Untergang des kleinen 95 Tonnen schweren Schoners „Frauenlob“, einst aus einer Spende der Frauen für die Bundesmarine angeschafft, im Taifun vor Japan war der härteste Verlust. Das Schiff, das einen Teil der Warenmuster transportierte und für eine solche Fernreise völlig ungeeignet war, ging am 2. September 1860 mit der gesamten Besatzung von 41 Mann verloren.<sup>24</sup> Mit zerfetzten Segeln und der Hilfe ihrer neuen Dampfkesselanlagen erreichten die drei restlichen Schiffe mit dem Gesandten an Bord der „Arcona“ Japan (4. September 1859) und gingen in der Bucht von Edo, dem heutigen Tōkyō, vor Anker.

Die Reise hatte das kleine Geschwader notgedrungen um die halbe Welt geführt, war doch der Suezkanal noch nicht fertiggestellt und der Isthmus nur zu Lande, wie es Eulenburg auf seinem direkten Weg getan hatte, zu durchqueren. An der südamerikanischen Küste hatte das zweite Kriegsschiff, die „Thetis“, lediglich in Montevideo und Buenos Aires festgemacht. Die geplante Suche nach kolonialen Landen unterblieb. Die „Arcona“ und das sie begleitende Transportschiff „Elbe“ wurden sogar auf dem direkten Weg nach Singapur beordert. Der Verband lief um das Kap der Guten Hoffnung und quer durch den Indischen Ozean in den britischen Hafen ein.<sup>25</sup> Das Transportschiff „Elbe“ war auf der Weiterreise an der Südspitze Formosas vor Anker gegangen, um sich mit Frischwasser und Gemüse zu verproviantieren. Doch die Landgänger gerieten in einen Pfeilhagel der Ureinwohner<sup>26</sup> und waren zum Rückzug auf das

---

<sup>23</sup> Ebenda: Bericht Eulenburg vom 22. November 1860: Das Leck in der Arcona sei „durch falsche Metallverbindungen zustande gekommen“. Er habe in Amsterdam in 14 Tagen gelernt, daß man Eisen und Kupfer nicht zusammenbringen dürfe. „Unsere Schiffsbaumeister in Danzig scheinen zur Erkennung dieses Grundsatzes längerer Zeit zu bedürfen.“

<sup>24</sup> Ebenda: Bericht des Geschwaderchefs vom 7. September 1859 nach Berlin. Prompt forderte Prinz Adalbert am 5. Januar 1860 eine Auskunft, warum keine Suchaktion gestartet worden sei. Der Geschwaderchef wies in seiner Antwort auf den Charakter eines Taifuns hin, der jedes Suchen als einen unnützen Zeitverlust habe erscheinen lassen.

<sup>25</sup> BA/MA RM1/2343: Mängelbericht eines britischen Schiffsachverständigen aus Singapur über den schlechten Zustand des Transportschiffes „Elbe“ vom 18. August 1860.

<sup>26</sup> Vermutlich im heutigen Kenting, das damals von Ureinwohnern (Aborigines) bewohnt war, deren Nachfahren noch heute auf den dem Festland vorgelagerten Inseln wohnen. Diese Stämme waren in der Regel Kannibalen.

Schiff gezwungen. Aus sicherer Distanz hatte dann die Schiffsartillerie den „hinterhältigen Angriff“ gerächt und das gesamte Dorf samt einem Teil der Einwohner vernichtet.<sup>27</sup> Dieser selbstherrliche Racheakt vom 22. November 1860 kann als Beginn preußisch-deutscher Kolonialkriegführung gelten, bei der das Leben der Eingeborenen, auch von Frauen und Kindern, nichts zählte. Preußen adaptierte die Methoden der westlichen Großmächte schnell und gründlich.

Die Unerfahrenheit preußischer Seeleute und die Mängel preußischer Schiffsbaukunst waren eklatant – der Nachholbedarf Preußens, wollte es in seiner deutschen Führungsrolle auch Seemacht sein, war enorm und nur mit englischer Hilfe zu schaffen. Das Flaggschiff „Arcona“ schleppte sich von Havarie zu Havarie und hatte im ersten Jahr der Fahrt durch Fahnenflucht und Tod über 20 Leute verloren.<sup>28</sup> Die in England gekaufte „Thetis“ hingegen trotzte allen Naturgewalten erfolgreich, mußte keine Reparaturen über sich ergehen lassen und hatte keinen einzigen Mann auf der Überfahrt verloren. Für die Seeoffiziere und -mannschaften waren mit der geglückten Hinfahrt die größten Schwierigkeiten überwunden, für die Diplomaten begannen sie aber erst mit dem anstehenden Aushandeln der Verträge.

Obwohl das Geschwader angekündigt und der politische Gehalt der Mission der Shogunatsregierung bekannt waren, wurden die Preußen von staatlicher Seite nicht gerade herzlich empfangen, sondern wohl bewußt der damals sehr fremdenfeindlichen Atmosphäre der Hauptstadt ausgesetzt.<sup>29</sup> Der Gesandte und seine Entourage residierten in dem Ortsteil Akabane (heute: Tōkyō, Minato-ku), wo das Shogunat Unterkünfte für Ausländer eingerichtet hatte, bewacht von einem Detachement von *yakunin* [Samurai in Beamtenfunktion]. In dieser fremdartigen Umgebung mit ungewohnten Lebens- und Eßgewohnheiten paarte sich ein schleichendes Gefühl der Angst mit westlich-weißer Überlegenheitsattitüde (EULENBURG-HERTEFELD 1900: 69). Überfälle auf die „fremden Teufel“, meist von herrenlosen Samurai (*rōnin*) begangen, ließen sich auch von der zunehmend unter den Druck gesellschaftspolitischer Veränderungen geratenen Regierung des Shogun kaum verhindern. Noch war die seit der gewaltsamen Öffnung des Landes anstehende Frage nicht entschieden, ob der Gewaltakt nicht rückgängig gemacht und die „Langnasen“ not-

---

<sup>27</sup> BA/MA RM1/2339: Bericht des Kommandanten der „Elbe“ vom 9. Dezember 1860.

<sup>28</sup> BA/MA RM1/2345: Jahresabschlußbericht Geschwaderchef 1860. RM 1/2339: Bericht Eulenburgs vom 7. Nov. 1860.

<sup>29</sup> Über die Situation in Japan siehe den Aufsatz des Vf. über die Öffnung Japans (1992) und SCHWENTKER (1999) sowie STAHNCKE (1987): 120–2.

falls auch mit Gewalt wieder aus dem Lande geworfen werden sollten. Die noch wenigen Fremden im Raum Yokohama-Edo wurden daher von den Einheimischen nicht nur neugierig bestaunt, sondern auch rüde nachgeäfft, so daß es schnell zu Schlägereien zwischen dem gemeinen Volk und den ausländischen Matrosen kam. Weit gefährlicher waren indes gewaltsame Zusammenstöße, die sich aus Unkenntnis um Etikettenfragen ergaben und bei denen beide Seiten gern provozierten, indem sie bewußt ihre Eigenarten und ihre gesellschaftliche Position zur Schau stellten.

So berichtete der preußische Gesandte voller Entrüstung nach Berlin und natürlich an die Shogunatsregierung über einen Zwischenfall, der sich am 22. September 1860 ereignet hatte, „als der Kapitän der *Thetis* und zwei Offiziere beim Spazierritt von einem Individuum, welches zwei Säbel trug und ebenfalls zu Pferde war, angegriffen wurden.“<sup>30</sup> Offensichtlich hatten die Preußen es an der üblichen Ehrerbietung gegenüber einem Samurai fehlen lassen, indem sie nicht aus dem Wege gegangen waren, sondern vielmehr ein solches Ausweichen von dem „japanischen Individuum“ erwartet hatten. Ähnliche mentale, völlig unterschiedliche Dispositionen beeinträchtigten auch die Verhandlungsführung. Die Japaner verstanden das preußische Anliegen, für über 30 Staaten einen Vertrag abschließen zu wollen, nicht und setzten auf Zeit. Eulenburg wiederum war ein solcher Verhandlungsstil, bei dem nichtige Gespräche geführt wurden, völlig unverständlich. Die deutschen Unterhändler blieben jedoch geduldig, liebenswürdig und verloren keinesfalls die Fassung, wie es Eulenburg ein halbes Jahr später in China tun sollte.

Gewissermaßen zur Begrüßung war dem Gesandten ein Schreiben des japanischen „Außenministers“ übermittelt worden, des Inhalts, daß mit Rücksicht auf die allgemeine Fremdenfeindlichkeit keine weiteren Verträge mit ausländischen Mächten abgeschlossen werden könnten. Auch die von amerikanischer und französischer Seite angebotene Hilfe nutzte in dieser Situation wenig. Die englische Gesandtschaft übte ohnehin den Preußen gegenüber diplomatische Zurückhaltung. Die ersten Berichte Eulenburgs und seiner Attachés nach Berlin waren daher im Tenor eher pessimistisch (EULENBURG-HERTEFELD 1900: 80–2). Die Schwierigkeiten wurden oftmals noch aufgebauscht, um auf diese Weise die eigenen Leistungen hervorzuheben. Ohnehin dauerte, in Ermangelung eines Überseekabels, der Postweg nach Berlin zwei bis drei Monate. Der Gesandte hätte daher auf die Beantwortung einer Anfrage fast ein halbes

---

<sup>30</sup> BA/MA RM1/2339: Wiedergabe des Schreibens Eulenburg–Andō vom 24. September 1860.

Jahr warten müssen, so daß er zum eigenständigen Handeln geradezu gezwungen war.

Als beim ersten angesetzten Treffen der japanische Minister untergeordnete Chargen schickte, erschien Eulenburg erst gar nicht, um das Prestige Preußens als Großmacht zu wahren (STAHNCKE 1987: 135). Lieber ritten die Diplomaten zusammen mit den Offizieren aus, um Land und Leute zu erkunden. Offensichtlich herrschte in ihren Köpfen ein derart positives Japanbild vor, daß sie diese japanischen Demütigungen freundlichst akzeptierten und mit guten Eigenarten ihres Gastlandes konnotierten. In China, dessen Bild zumindest ambivalent war, sollten sich die Preußen ganz anders verhalten und diplomatische Kränkungen automatisch mit der vermeintlichen chinesischen Hinterlist gleichsetzen. Auch die Klischees von unvorstellbarem Schmutz und Dreck sowie grauenhafter Unordnung in China dürften derartige Reaktionen geradezu geschürt haben, während peinlichste Sauberkeit und Ordnung in Japan die Preußen eher zur Zurückhaltung mahnten, sahen sie doch in diesen japanischen Tugenden die größte Verwandtschaft mit preußischen Sitten. Die Sorgfalt der Japaner in der Landwirtschaft und bei den Gartenkulturen hatte es den Preußen ebenfalls angetan. Bei einem Dreitages-Ritt der jungen Diplomaten von Edo über Kanagawa nach Yokohama fanden sie dann auch alle exotischen Stereotypen in der Wirklichkeit bestätigt.<sup>31</sup>

Der ausführliche Bericht über diesen Reitausflug liest sich wie eine einzige Huldigung an Japan. Selbst Ähnlichkeiten im Landschaftsbild mit demjenigen ihrer Heimat wurden konstatiert (obgleich die Umgebung Berlins absolut nichts mit der von Tōkyō gemein hat). Die Fiktion von Gemeinsamkeiten herrschte vor. Größte Attraktion waren die Teehäuser, als kleine Raststätten an den Überlandwegen gelegen. Auch sie wurden gleich wieder mit entsprechenden Berliner Teehäusern verglichen. Auch die „falschen“ Teehäuser, in denen die Kinderprostitution blühte, wurden als exotische Erscheinung wohlmeinend kommentiert und nicht an preußisch-bürgerlichen Moralvorstellungen gemessen. Prostitution sei in Japan ehrenhaft, und entsprechende Dienste für die Ausländer in den von der Regierung installierten öffentlichen Häusern in Yokohama seien ein Ehrendienst für die Nation. Die Preußen priesen zudem den Geschäftssinn der japanischen Kaufleute, obgleich sie vermutlich de facto bei Einkäufen in der Hafenstadt über die Ladentheke gezogen worden waren. Selbst im Gerichtswesen, bei der Vollstreckung eines Todesurteils, erkannten sie heimatliche Verhältnisse wieder. Allge-

---

<sup>31</sup> BA/MA RM1/2877: Ritt nach Kanagawa und Yokohama vom 22. bis 24. September 1860.

mein bestimmte das Wunschdenken von einer preußisch-japanischen Wahlverwandtschaft die deutsche Wahrnehmung der japanischen Umwelt. Bei so viel rezipierten Ähnlichkeiten, erfahrenen Liebenswürdigkeiten und geschauter Anmut konnten die preußischen Unterhändler bei den Verhandlungen – trotz aller Demütigungen – kaum grob werden.

Bei der ersten Zusammenkunft, zu der sich Minister Andō schließlich bequeme, scheint Eulenburg, seinem Bericht zufolge (STAHNCKE 1987: 135f. und Eulenburg an Schleinitz vom 19. September 1860, BA/MA RM1/2344), all seine diplomatische Redekunst angewandt zu haben, um den skeptischen Japaner von der Größe und Bedeutung Preußens zu überzeugen. Preußen sei „an der Spitze Norddeutschlands ebenso mächtig als Rußland, England, Frankreich und Nordamerika [...] die Deutschen seien nicht so handelstreibend wie manche andere Nation. Sie seien ein wesentlich militärisches und wissenschaftliches Volk“, betonte der Gesandte und fügte als seine persönliche Meinung das Wunschbild von der besonderen deutsch-japanischen Partnerschaft hinzu („ich sei überzeugt, daß sich zwischen Japan und Deutschland innigere Beziehungen entwickeln würden, als zwischen Japan und irgendeiner anderen Nation“). Solche respektvollen Worte sollte der Gesandte chinesischen Unterhändlern gegenüber nie gebrauchen. Doch trotz aller Höflichkeit auf beiden Seiten blieb der japanische Minister skeptisch. Er erkundigte sich nach dem Begriff „Regent“ (was offensichtlich in japanischen Vorstellungen eher ein Usurpator war, zumal der preußische König noch lebte) und wollte die genaue Lage Preußens wissen. Die Grenzen Preußens und der vielfache Streubesitz der Hohenzollern wiesen tatsächlich einige Gemeinsamkeiten mit der Tokugawa-Herrschaft (der inneren Familien) auf.

Verhandlungen über einen Vertrag, in dem sich Preußens Führungsanspruch manifestierte, waren ohne jede Aussicht auf Erfolg. Selbst ein normaler Vertrag im Namen der beiden Herrscher stand in den Sternen. Die Japaner weigerten sich, ernsthaft in Verhandlungen zu treten, und tauschten mit den Preußen nur Liebenswürdigkeiten und kleine Geschenke aus. Offen gestand der Gesandte ein, keine Instruktionen für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen zu haben und daß er deswegen auch nichts weiter tun könne als abzuwarten. Eulenburg beteiligte sich an den Ausritten, natürlich von einer preußischen Eskorte begleitet, und besuchte die kleine deutsche Kaufmannskolonie in Yokohama. Offensichtlich war bei den dortigen Deutschen die angestrebte Führungsrolle Preußens ebenfalls umstritten. Von insgesamt neun ansässigen deutschen Kaufleuten erschienen nur sieben zu dem offiziellen Empfang (EULENBURG-HERTEFELD 1900).

Doch von einem Tag auf den anderen änderte sich diese unbefriedigende Verhandlungssituation. Um die Mittagszeit des 13. Dezember 1860

erschieden plötzlich neue Unterhändler, stellten sich vor und eröffneten den erstaunten Preußen, in ernsthafte Gespräche eintreten zu wollen.<sup>32</sup> Als Grund gaben sie an, daß der Gesandte doch einen so weiten Weg zurückgelegt und schon so lange gewartet habe. Offensichtlich verließ es gegen die japanische Etikette, einen so liebenswürdigen Verhandlungspartner nach drei Monaten des Ausharrens mit leeren Händen in seine Heimat zurückzuschicken. Die Regierung, so die Gesandten, habe diesen Beschluß nach reiflichen Überlegungen getroffen, obgleich die herrschende Fremdenfeindlichkeit noch immer anhalte und vor allem aus diesem Grund ein Vertragsabschluß nicht garantiert werden könne.

Die wahren Gründe für den plötzlichen Sinneswandel der Japaner lassen sich nur mutmaßen, da japanische Quellen zu den Verhandlungen fehlen. Möglicherweise spielte das Abwarten der Preußen und ihre immer wieder vorgebrachten Hinweise auf die Ähnlichkeiten zwischen beiden Ländern eine Rolle bei der Entschlußbildung der Japaner, dieses bislang unbekannte europäische Land doch etwas näher kennenlernen zu wollen. Womöglich war es aber auch politisches Kalkül der Shogunatsregierung, das hinter dieser Entscheidung stand, ließ sich doch durch Verträge mit potentiellen Rivalen der allmächtigen Engländer und Amerikaner deren Vorrangstellung schmälern. Es könnten sich hier schon die Anfänge einer außenpolitischen Strategie der beiden ostasiatischen Mächte abgezeichnet haben, die in der Zwischenkriegszeit zum Tragen kommen sollte, nämlich Deutschland als Gegengewicht zu den beiden angelsächsischen Mächten einzusetzen. Auch liegt eine recht einfache Deutung nahe, derzufolge die Japaner den preußischen Gesandten durch dieses überraschende vermeintliche Einlenken von seinen Maximalforderungen abbringen wollten.

Eulenburg, ganz überrascht, bedankte sich ausführlich und betonte, die Regierung könne doch auf alle preußischen Forderungen eingehen, da diese nicht unbillig seien. Der korrekte preußische Unterhändler bestand daraufhin auf dem Austausch der Vollmachten, während die Japaner dies für überflüssig erachteten und lieber in vertraulicher Atmosphäre verhandeln wollten. Beim neugierigen Betrachten des Eulenburgschen Papiers kritisierten sie, daß die Unterschrift des preußischen Königs fehle

---

<sup>32</sup> BA/MA RMI/2877: Aufzeichnungen der Attachés über den Gesprächsverlauf am 13. Dez. 1860. Einer der Unterhändler, Hori, beging anschließend Seppuku (Harakiri), da er sich hintergangen fühlte, weil Eulenburg erneut auf einem Abschluß mit dem Zollverein bestanden und einen entsprechenden Entwurf vorgelegt hatte. Die beiden neuen Unterhändler Muragaki und Takemoto hatten an den Verhandlungen mit den USA teilgenommen und waren gerade von dort zurückgekehrt (STAHNCKE 1987: 144).

und statt dessen der Regent und ein einfacher Minister gezeichnet hätten. Offensichtlich jedoch sahen sie großzügig über diesen, ihrer Ansicht nach formalen, Fehler hinweg. Ob der Zollverein, so die nächste Frage, etwa so etwas sei wie die nordamerikanische Union. Eulenburg mußte verneinen und schlug vor, für alle Staaten einen Einheitsvertrag aufzusetzen. Um seinen Worten den notwendigen Nachdruck zu verleihen, überreichte er einen entsprechenden Vertragsentwurf. Der Handelsvertrag sollte am folgenden Tag ebenfalls im Entwurf folgen.

Eulenburg wünschte Vertraulichkeit der Verhandlungen und bat die Japaner, fortan nicht in so großer Zahl zu erscheinen. Die westliche Hierarchie, nach welcher der Gesandte die alleinige Vollmacht hatte und folglich alles allein entscheiden konnte, übertrug Eulenburg wie selbstverständlich auf die japanische Delegation, die jedoch nur in kollektiver Harmonie beraten und entscheiden konnte. Die Japaner gingen höflich über diesen Wunsch hinweg und ließen sich auch durch einen Fauxpas Eulenburgs nicht aus der Fassung bringen. Der Gesandte erkundigte sich nämlich unverblümt nach dem Verbleib der wertvollen Geschenke für den Shogun, u. a. eine Stempelpresse. Der japanische Delegationsleiter entschuldigte sich wortreich, da für die Präsentation solcher Geschenke an den hohen Herrn die Palastdiener zuständig seien, stellte jedoch Gegengeschenke in Aussicht.

Nun wurde es, die politischen Fragen waren behandelt, familiär: Eulenburg zeigte Fotos seiner Familie und demonstrierte damit auch die technische Überlegenheit des Westens. Die japanische Seite zog nach: Die Deutschen sollten doch mit der Bewirtung nicht so viele Umstände machen, wenn sie, die Japaner, jetzt öfter kämen. Lieber wolle man am Schluß ein Festessen veranstalten. Den Hinweis auf das Abschiedsdinner dürfte Eulenburg kaum, wie von den Japanern intendiert, als Zusage erfolgreicher Verhandlungen verstanden haben. Des weiteren berührte die familiäre Unterredung solche Themen wie die Wettervorhersage durch die Fischer, die Wirkung von Ginseng bei älteren Männern und den Impfschutz gegen Pocken.

Schließlich fanden beide Seiten ihr gemeinsames Thema, das Militär und den Militärdienst. Eulenburg erklärte die allgemeine Wehrpflicht in Preußen. Die japanischen Unterhändler, allesamt Samurai, fanden den Gedanken unerträglich, mit dem gemeinen Mann gemeinsam an Waffen ausgebildet zu werden. Noch besaß die Kriegerkaste der Samurai (im Protokoll steht „samleis“) ihr Waffenmonopol. Eulenburg trug dann etwas dick auf: Preußen könne in wenigen Tagen eine halbe Million ausgebildeter Soldaten für einen Krieg mobilisieren. Daraufhin wollten die Japaner, so das Protokoll, lieber das Thema wechseln und fragten, ob man in Preußen auch Drachen steigen lasse. Doch Eulenburg blieb bei der

Materie: „daß die preußische Jugend hauptsächlich gern Soldaten spiele und schon die kleinsten Kinder gern mit Säbel und Gewehr exerzierten“. Daraufhin kamen die Japaner erneut auf Kinderspiele zu sprechen – offensichtlich war ihnen ein total militarisiertes Land wie Preußen unvorstellbar. Als rangbewußter adeliger Diplomat wollte Eulenburg schließlich noch die entsprechenden japanischen Ränge und Ordensstufen erläutern. Die Auskunft, statt solcher Orden bekomme man in Japan für Verdienste vom „Taikuhn“ (Shogun) Säbel oder Schriftrollen zum Geschenk, scheint die Preußen doch sehr verwundert zu haben.

Das Verhandlungsklima war günstig und offen – wie es später in China nie der Fall sein sollte. Eulenburg scheint dann auch der Verzicht auf einen Gesamtvertrag für den Zollverein nicht schmerzlich zu sein. Der Vertrag sollte nunmehr nur im Namen der beiden Herrscher, des preußischen und des japanischen, abgeschlossen werden. Die Verhandlungen über Detailfragen wurden schließlich überhastet beendet, als am 15. Januar 1861 der in US-Diensten stehende holländische Gesandtschaftsdolmetscher Heusken einem Attentat zum Opfer fiel.<sup>33</sup> Da die Preußen ebenfalls seine Dienste in Anspruch genommen hatten – sämtliche Unterredungen fanden auf Holländisch statt –, konnte dieser Anschlag auch der preußischen Delegation gelten, zumal einige Preußen Zeugen des Vorfalls gewesen waren. In dieser kritischen Situation erneut auffälliger Fremdenfeindlichkeit und möglicher Gegenmaßnahmen der westlichen Mächte scheint den Japanern sehr daran gelegen gewesen zu sein, die Preußen samt ihren beiden Kriegsschiffen so schnell wie möglich außer Landes zu haben.

Am 24. Januar 1861 wurde ein Handels- und Schiffsverkehrsvertrag zwischen beiden Ländern unterzeichnet und mit dem Austausch weiterer Geschenke sowie einem Festessen gekrönt. In diesem „ungleichen Vertrag“ wurden Preußen dieselben Sondervorrechte zugestanden wie den anderen Mächten, die bereits Verträge mit Japan geschlossen hatten. Japan begab sich seiner Zollhoheit, da die Einfuhrzölle für westliche Industriewaren limitiert wurden. Die Exterritorialität und damit verbunden die Konsulargerichtsbarkeit galten nun auch für Preußen in Japan, nicht aber für Angehörige anderer Länder. Preußen hatte sich, trotz aller Wahlverwandtschaft mit Japan, in den Kreis der imperialistischen Mächte eingereiht.<sup>34</sup>

Die Mission verließ Japan umgehend in Richtung China, wo das Flaggschiff „Arcona“ beim Einlaufen in Shanghai Grundberührung hatte und erst mit fremder Schlepperhilfe wieder flottgemacht werden konnte.

---

<sup>33</sup> BA/MA RM1/2877: Tagebücher 15. Jan. 1861, auch EULENBURG-HERTEFELD (1900); BRANDT (1901): Bd. 1, 130.

<sup>34</sup> Text im Anhang I des zweiten Bandes von BERG (1866).

te.<sup>35</sup> Die preußische Mission in China schien unter einem unguten Stern zu stehen, der geplante Jubelempfang für das erste preußische Kriegsschiff in Shanghai mußte abgesagt werden, und der Gesandte stahl sich unbemerkt mit Hilfe eines französischen Schiffes an Land. Sieben Monate zermürbender Verhandlungen sollten vor ihm liegen. Doch am Ende erreichte Eulenburg am 2. September 1861 einen Gesamtvertrag für alle Staaten des Zollvereins mit China.<sup>36</sup>

Der erfolgreiche Abschluß des Vertrages mit Japan scheint in Berlin erneut koloniale Begehrlichkeiten geweckt zu haben, die sich nach Unterzeichnung des Abkommens mit China eindeutig auf das geschwächte Reich der Mitte konzentrierten. Von China hatten die Berliner Dienststellen ohnehin, ganz im Gegensatz zu Japan, keine hohe Meinung und wurden durch die abfälligen Berichte Eulenburgs in ihren Vorurteilen weiter bestärkt. Bereits am 23. April 1861 war an Eulenburg die Weisung ergangen, Formosa zu besetzen (SIEMERS 1937: 22f). Offensichtlich konnte der Gesandte diesen Auftrag dilatorisch behandeln, so lange die Verhandlungen in China noch nicht abgeschlossen waren. Als Eulenburg schließlich am 28. Oktober unter Verweis auf das mörderische Klima der Insel und die topographischen Schwierigkeiten ablehnte, entfachte er einen erneuten Streit in Berlin. Der neue Außenminister Bernstorff wollte das Geschwader zurückbeordern<sup>37</sup> und die soeben abgeschlossenen Verträge nicht durch koloniale Aggressionsakte gefährden. Prinz Adalbert hingegen kämpfte für einen Kriegseinsatz der beiden Schiffe – die Zivilisten wollte er schnellstmöglich auf Liniendampfern heimschicken –, um eine Kolonie zu erwerben.<sup>38</sup> Selbst als der König anders entschied, ließ der Prinz, ein Cousin des regierenden Monarchen, nicht locker und bestellte ein neues Gutachten über Formosa. In diesem wurden, wie erwünscht, Klima und Bodenschätze der Insel gepriesen.<sup>39</sup> Die Entscheidung über einen kolonialen Stützpunkt in Ostasien war daher nach Auffassung des Oberbefehlshabers nur vertagt – im Jahre 1897 wurde sie mit

---

<sup>35</sup> BA/MA RM1/2340: Bericht des Geschwaderchefs vom 6. Aug. 1861. Die Havarie hatte sich am 28. Februar 1861 ereignet.

<sup>36</sup> Text im Anhang I des zweiten Bandes von BERG (1866).

<sup>37</sup> BA/MA RM1/2349: Schreiben Bernstorff – Prinz Adalbert vom 4. Januar 1862.

<sup>38</sup> Ebenda: Ausdruck der Enttäuschung im Schreiben Adalbert–Außenministerium 5. Jan. 1862: Adalbert erwirkte beim König, daß die „Thetis“ auf der Rückkehr wenigstens die Gewässer Patagoniens erkunden und im La Plata Flagge zeigen solle (14. und 19. Februar 1862).

<sup>39</sup> BA/MA RM1/26: Der Kommandeur der „Gazelle“, die zur Ratifizierung der Verträge nach Japan gesandt wurde, entsprach dem Anliegen des Oberkommandierenden. Brief vom 11. Juli 1863 aus Hongkong: „Formosa ist ein herrliches Land“.

dem Handstreich gegen Tsingtau umgesetzt. Bei diesem Marineunternehmen waren viele Seeoffiziere dabei, die einst als Kadetten auf der „Arcona“ oder „Thetis“ bei der ersten Ostasienfahrt Dienst getan hatten.

In der Tat war der Grundstein für eine Reichsmarine mit der gelungenen preußischen Ostasienexpedition gelegt worden. Von den insgesamt 64 Marineoffizieren und Seekadetten der Expedition erreichten 23 Personen einen Admirals- oder Generalsrang, zwei wurden Staatssekretäre (Minister) der Marine und der Rest, sofern er nicht aus dem Dienst geschieden oder frühzeitig gestorben war, avancierte zu hohen Offiziersrängen (SUFFA-FRIEDEL 1987: 76).

Die wissenschaftliche Ausbeute der Expedition, im wesentlichen das Resultat einer gesonderten Reise der „Thetis“ in südostasiatische Gewässer, brachten der deutschen Zoologie und Botanik einen enormen Aufschwung. Exotische Tiere, in den Berliner Zoologischen Garten mitgenommen, wurden ebenso studiert wie die vielen exotischen Pflanzen, welche die Heimreise überlebt hatten.<sup>40</sup> Aus der schwimmenden Mustermesse auf der Hinfahrt war auf der Rückreise eine solche südostasiatische Fauna und Flora geworden. Der Geograph Ferdinand Freiherr von Richthofen verabschiedete sich in China von der Expedition, um auf dem Landweg über Sibirien zurück nach Preußen zu gelangen. Er erkundete als erster Westler schon damals wesentliche Teile Chinas und vermaß sie. Richthofen sollte mit seinen späteren geographischen Expertisen, etwa über die Bucht von Kiautschou, den Kolonial-Befürwortern die Fachargumente liefern.<sup>41</sup>

Das wichtigste Resultat der über zweijährigen Expedition war ein Politikum, das ursprünglich hinter den handelspolitischen Erwartungen hatte zurücktreten müssen. Preußen war weltweit als Großmacht aufgetreten und akzeptiert worden: „Es war ein Stück glücklicher, aktiver Politik, welches Preußen als gleichberechtigt mit den Seemächten und als den Träger der realen Interessen Deutschlands im Fernen Osten erkennen ließ“ (DELBRÜCK 1905: Bd. 2, 184). Doch als die beiden Kriegsschiffe wieder in ihren Heimathafen Danzig einliefen, die „Arcona“ am 6. Oktober und die „Thetis“ am 6. November 1862, war Bismarck preußischer Minister-

---

<sup>40</sup> BA/MA RM1/2340: Bericht des Kapitäns der „Elbe“ über die Heimreise und die Ladung lebender Tiere: 1 Elefant, 20 Affen, 2 Hirsche, 1 Antilope und sogar eine *Boa constrictor* von 14 ½ Fuß waren für den Berliner Zoo bestimmt. Vgl. auch HSIEH (2002). In dieser Arbeit werden erstmals die vollständig im BA/MA erhaltenen Tagebücher und Berichte dieser Reise vom 11.4. bis 29.9.1861 ausgewertet.

<sup>41</sup> Siehe RICHTHOFEN (1877–1912; 1907) sowie ZÖGNER (1997). Richthofen (1833–1905) reiste damals nicht nach Europa zurück, sondern nach Kalifornien und von dort, mit viel Geld versehen, erneut nach China.

präsident. Die Prioritäten für eine deutsche Einigung wurden nunmehr anders gesetzt: Statt liberalkapitalistischem Außenhandel und globaler Präsenz Preußens war Innen- und Militärpolitik angesagt.

## QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

Die Ausführungen berühren sich mit drei vorausgegangenen Publikationen des Verfassers zur preußischen Ostasienexpedition:

- The Prussian Expedition to the Far East. In: *Journal of the Siam Society*, Vol. 78, Part 1, 1990, S. 35–43.
- Die preußische Ostasienexpedition in China. Zur Vorgeschichte des Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrages vom 2. September 1861. In: KUO, Heng-yü und Mechthild LEUTNER (Hg.): *Deutsch-chinesische Beziehungen vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart*. Berlin, Minerva-Publ. 1991, S. 209–240.
- Die Öffnung Japans durch den Westen: Annahme und Abwehr der westlichen Herausforderung (1853–1890). In: EVERT, Jürgen und Michael SALEWSKI (Hg.): *Staatenbildung in Übersee*, Stuttgart: Steiner 1992, S. 197–220.

### A. DOKUMENTE

#### 1. Bundesrepublik Deutschland: Bundesarchiv/Militärarchiv (BA/MA), Freiburg im Breisgau:

BA/MA RM 1: Kaiserliche Admiralität.

BA/MA RM 1/26: Handakten des Oberbefehlshabers der Marine, Admiral Prinz Adalbert von Preußen, Mai 1849 bis Mai 1863.

BA/MA RM 1/1465: Vortrags-Journal des Oberbefehlshabers der Marine, Apr. 1855 bis Dez. 1860.

BA/MA RM 1/2336–2341: Die Expedition nach Japan bzw. die Expedition nach den Chinesischen Gewässern. Marineministerium, 6 Bde.

BA/MA RM 1/2342–2348: Dito, Marine-Oberkommando, 7 Bde.

BA/MA RM 1/2349: Die Ostasiatische Expedition.

BA/MA RM 1/2350: Die von den Attachés der ostasiatischen Gesandtschaft pp. geführten Tagebücher.

BA/MA RM 1/2377: Entsendung von Kriegsfahrzeugen nach den ostasiatischen Gewässern, Bd. 1: Mai 1867 – Sept. 1869.

BA/MA RM 1/2386: Entsendung von Kriegsschiffen nach Westindien, Bd. 1: Juli 1867 bis Dez. 1868.

- BA/MA RM 1/2772: Die Benutzung der Kriegsmarine zu politischen und merkantilistischen Zwecken, Bd. 2: Nov. 1853 – Sept. 1865.
- BA/MA RM 1/2870: Tagebücher und Berichte der Ostasiatischen Expedition 1861/62.
- BA/MA RM 1/2877: Berichte und Tagebücher des Missionschefs, der Attachés und des Geschwaderchefs der Ostasiatischen Expedition aus Japan über den Zeitraum vom 4.9.1860 bis 4.4.1861.
- BA/MA RM 1/2879–80: Betr. Mit Japan anzuknüpfende Handelsverbindung, 1854–1858.
- BA/MA RM 31: Marinestation der Ostsee.
- BA/MA RM 31/292: Indienstellung der Schraubenkorvette Arcona, Bd. 1: 1859–1863.
- BA/MA RM 31/614: Kommando des ostasiatischen Geschwaders, betr. Personalien der Offiziere des Geschwaders, 1859–1862.

## 2. JAPAN

Tōkyō, Universität Tōkyō, Abteilung für Geschichte, Mikrofilm-Sammlung: Historische Dokumente bezüglich Japan im Ausland. Mikrofilme:

- 6951–37–1–1
- 6951–37–1–2
- 6951–37–1–3
- 6951–37–1–4
- 6951–37–2–1
- 6951–37–5–1

(Fotokopien der Dokumente in bezug auf die preußische Ostasienexpedition, ehemaliges Zentralarchiv der DDR, Merseburg, heute Bundesarchiv Berlin)

## 3. CHINA

a. Volksrepublik China:

Peking, Erstes Archiv (Palastarchiv) Dokumente zu Preußen, 1861, 1 Bd.

b. Taiwan (Republik China):

Nankang, Taipei, Academia Sinica, Institut für Moderne Geschichte, Korrespondenz des Chinesischen Außenministeriums über die Verhandlungen mit der preußischen Delegation, 1861, 3 Bde.

B. LITERATUR

- BERG, Albert (1864, 1866, 1873a, 1873b): *Die preussische Expedition nach Ost-Asien nach amtlichen Quellen*.  
Vol. I: Einleitendes zum Verständnis der Japanischen Zustände. Reisebericht. Berlin: Decker.  
Vol. II: Reisebericht. Anhang I (Der Vertrag mit Japan), Anhang II (Die Ereignisse der letzten Jahre). Berlin: Decker.  
Vol. III: Chinas Beziehungen zum Westen bis 1860. Reisebericht. Berlin: Decker.  
Vol. IV: Reisebericht. Anhang I–IV, Berlin: Decker.
- BOELCKE, Willi A. (1981): *So kam das Meer zu uns. Die preussisch-deutsche Kriegsmarine in Übersee 1822–1914*. Frankfurt a.M., Berlin u. Wien: Ullstein.
- BÖRNER, Karl Heinz (1962): *Die Krise der preußischen Monarchie von 1858 bis 1862*. Berlin (Ost): Akademie-Verlag.
- BRANDT, Max von (1901): *Dreiunddreissig Jahre in Ost-Asien. Erinnerungen eines deutschen Diplomaten*. Vol. 1 und 2, Leipzig: Wigand.
- DELBRÜCK, Rudolph von (1905): *Lebenserinnerungen 1817–1867*. 2 Bde., Leipzig: Duncker & Humblot.
- EULENBURG-HERTEFELD, Graf Philipp zu (Hg.) (1900): *Ost-Asien 1860–1862 in Briefen des Grafen Fritz zu Eulenburg*. Berlin: Mittler.
- FENSKE, Hans (1977): Lorenz von Stein über Weltpolitik und Kolonien. In: *Der Staat* 16, S. 539–556.
- FENSKE, Hans (1978): Imperialistische Tendenzen in Deutschland vor 1866. Auswanderung, überseeische Bestrebungen, Weltmachtträume. In: *Historisches Jahrbuch der Görres-Gesellschaft* 97–98, S. 336–383.
- HAUPTS, Leo (1987): Die liberale Regierung in Preußen in der Zeit der „Neuen Ära“. Zur Geschichte des preußischen Konstitutionalismus. In: *Historische Zeitschrift* 227, S. 45–85.
- HSIEH, Chi-Ni (2002): *Die Expedition der „Thetis“ in die südostasiatischen Gewässer*. Magisterarbeit Freiburg i.Br.
- HUBER, Ernst Rudolf (Hg.) (1963): *Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte*. Bd. 2. Stuttgart: Kohlhammer.
- PETER, Wolfgang (1975): *Die überseeische Stützpunktpolitik der preussisch-deutschen Kriegsmarine 1859–1883*. Diss. phil. Freiburg im Breisgau.
- RATENHOF, Udo (1985): *Die Chinapolitik des Deutschen Reiches 1871–1945. Wirtschaft – Rüstung – Militär*. Boppard: Boldt.
- RICHTHOFEN, Ferdinand Freiherr von (1877–1912): *China-Ergebnisse eigener Reisen und darauf gegründeter Studien*. 5 Bde. Berlin: D. Reimer.
- Ders. (1907): *Tagebücher aus China*. Ausgewählt und herausgegeben von Ernst Tiessen. 2 Bde. Berlin: D. Reimer.

- SALEWSKI, Michael (1988): Die Preussische Expedition nach Japan (1859–1861). In: *Revue Internationale d'Histoire Militaire* 70, S. 39–57.
- SCHWENTKER, Wolfgang (1999): Die „lange Restauration“. Japans Übergang vom Shogunat zur Meiji-Ära. In: LINHART, Sepp und Erich PILZ (Hg.): *Ostasien: Geschichte und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert*. Wien: Promedia, S. 47–66.
- SIEMERS, Bruno (1937): Preußische Kolonialpolitik 1861–62. In: *Nippon. Zeitschrift für Japanologie* 3, 1937, S. 20–26.
- SPIESS, Gustav (1864): *Die preussische Expedition nach Ostasien während der Jahre 1860–1862. Reiseskizzen aus Japan, China, Siam und der indischen Inselwelt*. 2 Bde., Berlin, Leipzig: Spamer.
- STAHNCKE, Holmer (1987): *Die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Japan 1854–1868*. Stuttgart: Steiner.
- STOECKER, Helmut (1958): *Deutschland und China im 19. Jahrhundert. Das Eindringen des deutschen Kapitalismus*. Berlin (Ost): Ruetten und Loening.
- SUFFA-FRIEDEL, Frank (1987): Die preussische Expedition nach Ostasien. Verhandlungen, Verzögerungen und Vertragsabschluß. In: KUO, Heng-yü (Hg.): *Berlin und China. Dreihundert Jahre wechselvolle Beziehungen*. (Wissenschaft und Stadt. Publikationen der Freien Universität Berlin aus Anlaß der 750-Jahr-Feier Berlins, Bd. 3). Berlin: Colloquium Verlag, S. 57–70.
- YÜ, Wen-tang (1981): *Die deutsch-chinesischen Beziehungen von 1860–1880*. Bochum: Studienverlag Brockmeyer.
- WULF, Matthias (2000): *Preußen treffen Japaner – das Japanbild der preußischen Ostasienexpedition*. Magisterarbeit, Freiburg i. Br.
- ZÖGNER, Lothar (1997): Ferdinand von Richthofen – Neue Sicht auf ein altes Land. In: HINZ, Hans-Martin und Christoph LIND (Hg.): *Tsingtau. Ein Kapitel deutscher Kolonialgeschichte in China 1897–1914*. Berlin: Deutsches Historisches Museum, S. 72–76.



# DIE IWAKURA-MISSION IN PREUSSEN

*Ulrich WATTENBERG*

## 1. EINLEITUNG

Als Anfang 1873 die Iwakura-Mission in Berlin eintraf, bestanden seit 12 Jahren offizielle Beziehungen zwischen Preußen und Japan. Auf beiden Seiten war es während dieser Zeit zu weitreichenden politischen Veränderungen gekommen. Preußen war Teil des neuen deutschen Reiches geworden, das vom preußischen König als Kaiser geführt wurde. In Japan hatte der Shogun auf sein Amt verzichtet, das daraufhin abgeschafft wurde. Dort hatte eine neue Regierung 1868 im Namen des noch jungen Kaisers ihre Arbeit aufgenommen, deren wichtigstes außenpolitisches Ziel es war, eine Revision der in den fünfziger und sechziger Jahren abgeschlossenen ungleichen Verträge mit dem Westen zu erreichen. Unter diesem Aspekt waren 1870 Vorbereitungen für eine Auslandsmission getroffen worden, die von führenden Vertretern der neuen Regierung geleitet werden sollte, um der Gesandtschaft Gewicht zu geben und sich selbst ein Bild vom Westen, seinen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen sowie seinen technischen Errungenschaften zu machen.

Die Iwakura-Mission, benannt nach ihrem Leiter, dem Fürsten Iwakura Tomomi, bereiste von Dezember 1871 bis September 1873 die wichtigsten Länder der westlichen Welt. Die Teilnahme hoher Regierungsvertreter war dabei nicht ohne Risiko, war man doch für fast zwei Jahre abwesend, während in Japan selbst viele wichtige Entscheidungen getroffen werden mußten. Tatsächlich kehrten zwei der vier Stellvertreter Iwakuras vorzeitig zurück, aber doch erst, nachdem sie im Frühjahr 1873 Deutschland gesehen hatten.

Die gemeinsamen Erfahrungen der Reise beeinflussten die japanische Politik der folgenden Jahre. Deutschland – d.h. Preußen – wurde zu einem Leitbild, zunächst für das Militär und für staatsrechtliche Fragen, später auch für die Naturwissenschaften. Heute, nach 120 Jahren und den Veränderungen durch zwei Weltkriege, ist es nicht verwunderlich, daß der Einfluß Deutschlands nicht mehr so offensichtlich ist. Aber Japan erinnert sich an seine deutschen Lehrmeister, wie die von japanischer Seite organisierte Ausstellung zur Iwakura-Mission im September 2000 im Schöneberger Rathaus zeigte, an der auch ein Urenkel Iwakuras, Prof. Iwakura Tadatomo, teilnahm. Rückblicke auf die Vergangenheit sind in Japan oft durch eine

Suche nach Referenzen für das heutige Handeln motiviert. Dabei blickt man gerne auf die erstaunlichen Leistungen der Meiji-Restauration zurück. Daß dabei auch die Iwakura-Mission nicht vergessen wird, liegt ganz wesentlich daran, daß diese über einen ausgezeichneten Berichtersteller verfügte hatte, nämlich Kume Kunitake, der uns ein fünfbandiges Werk, *Bei-Ô kairan jikki* [Wahrheitsgetreuer Bericht über eine Besichtigungsreise durch Amerika und Europa] (KUME 1878) hinterlassen hat. Es ist trotz einer Auflage von 3500 Stück (sechs Exemplare schickte Kume nach Deutschland) wohl kaum noch in Antiquariaten zu finden, aber seit der Historiker Tanaka Akira (Hokkaidô Universität) es in einer preiswerten Taschenausgabe im Verlag Iwanami als Nachdruck (TANAKA 1978) herausbrachte, erreicht es auch ein breites Publikum, das sich an dem vor 130 Jahren durchgeführten Unternehmen interessiert zeigt. Die neue Ausgabe ist inzwischen in der 9. oder 10. Auflage erschienen, und der japanische Fernsehsender NHK brachte 1991 eine 12-teilige Serie im Fernsehen, gestaltet von Prof. Haga Tôru, von der ein Begleitheft (HAGA 1991) greifbar ist. Das wissenschaftliche Interesse an der Iwakura-Mission hat seinen Niederschlag in zahlreichen Publikationen gefunden, die sich auf Kumes Werk beziehen, darunter breit angelegte Darstellungen wie die von ÔKUBÔ (1976) und in jüngerer Zeit die von TANAKA und TAKADA (1993). Auch der Westen lieferte Beiträge zu dieser Reise. So gab in jüngster Zeit NISH (1998) einen Sammelband heraus, in dem die Besuche in den einzelnen Ländern bewertet werden.

Es existieren daneben aber noch weitere Quellen in Verbindung mit der Iwakura-Mission. Während Kumes Buch für die breite Öffentlichkeit bestimmt war, verfaßten die Teilnehmer der Mission interne Berichte an ihre jeweiligen Ministerien. Diese *riji kôtei*, aufbewahrt im National-Archiv (*Kokuritsu Kôbunshokan*), sind vor einigen Jahren als Mikroverfilmung publiziert worden. Bereits früher sind die Tagebücher von Kido Takayoshi, einem wichtigen Politiker und einem der Stellvertreter Iwakuras auf der Reise, veröffentlicht worden. Von ihnen liegt auch eine englische Übersetzung (BROWN und HIROTA 1985) vor. Bemerkungen zu der Reise finden sich ebenso in den Erinnerungen anderer Teilnehmer der Mission. Und schließlich berichteten Zeitungen und Zeitschriften der besuchten Länder über die Reise.

Im folgenden sollen zunächst die wichtigsten Fakten zum Aufenthalt der Mission in Preußen erläutert werden. Dann soll Kume mit seinen Ansichten zu Preußen zu Wort kommen. Er ist sich durchaus dessen bewußt, daß Aussagen zu Preußen von denen zu Deutschland nicht immer zu trennen sind, und macht seine Leser entsprechend darauf aufmerksam. Der damaligen Bewertung Preußens soll schließlich die heutige Rezeption der Iwakura-Mission in Japan gegenübergestellt werden, so wie sie sich auf der eher journalistischen Ebene zeigt.

## 2. DIE WELTREISE

Die Mission schiffte sich am 23. Dezember in Yokohama auf dem Dampfer „America“ ein, nachdem sie von Premier Sanjō Sanetomi mit einem Bankett verabschiedet worden war. Sanjō gab der Mission ein Geleitwort mit auf den Weg, dessen dramatischer Stil in Sätzen wie „Ihr werdet auf Feuerrädern Ozeane überqueren und mit Dampfzügen Kontinente“ zum Ausdruck kommt. Die Mission bestand bei der Abreise aus 46 Vertretern der verschiedenen Ministerien, außerdem Studenten und Bediensteten, insgesamt 107 Personen. Unter der Leitung des Botschafters Fürst Iwakura Tomomi (1825–1883) fungierten Ōkubo Toshimichi (1830–1878), Kido Takayoshi (1833–1877), Itō Hirobumi (1841–1909) und Yamaguchi Naoyoshi (1843–1894) als Stellvertreter; Kume Kunitake (1839–1931) nahm als persönlicher Sekretär des Fürsten daran teil.

Die Mission landete im Januar 1872 in San Francisco und reiste weiter nach Washington, um mit der amerikanischen Regierung Verhandlungen zur Vertrags-Revision aufzunehmen. Diese bestand jedoch auf einer Legitimation der Gesandtschaft für Verhandlungen durch den Tenno. Zwei der Stellvertreter Iwakuras, Ōkubo und Itō, reisten zurück nach Japan, um ein entsprechendes Schreiben einzuholen. Dieses Unternehmen, das vier Monate dauerte, half aber letztlich auch nicht: Die Verhandlungen scheiterten. Die Mission reiste weiter und begab sich nach England, wo sie sich ab Mitte August ein halbes Jahr aufhielt. Von dort ging es Mitte Dezember über den Ärmelkanal nach Frankreich. Am 1. Januar 1873 stellte die Mission, durch Telegramme informiert, ihren Kalender auf den westlichen um. Im Februar reiste sie weiter nach Belgien, Holland und dann nach Deutschland.

Dort schenkte man der Mission große Aufmerksamkeit. Das Deutsche Reich übernahm die Kosten des Aufenthaltes und stellte Salonwagen für die Bahnreise (s. Abb. 1) zur Verfügung. Ein Vertreter der Regierung nahm bereits in Den Haag Kontakt mit der Mission auf und geleitete sie von dort nach Deutschland. Gleich hinter der Grenze, auf dem Bahnhof Bentheim, wurde die Mission am 7. März 1873 feierlich begrüßt. Von dort fuhr man aber nicht nach Berlin weiter, sondern über Münster nach Essen. Anscheinend war erst in letzter Minute ein Besuch bei der Firma Krupp in das Programm aufgenommen worden, denn Essen hätte bequemer direkt von Den Haag aus erreicht werden können. Von Essen fuhr die Mission mit dem Nachtzug nach Berlin, wo sie morgens um 7 Uhr auf dem Lehrter Bahnhof eintraf. Nach drei Wochen Aufenthalt in Berlin reiste die Gesandtschaft weiter nach St. Petersburg, von dort zurück über Deutschland – mit Übernachtung in Hamburg – nach Dänemark und Schweden. Dann kam die Mission ein drittes Mal nach Deutschland und

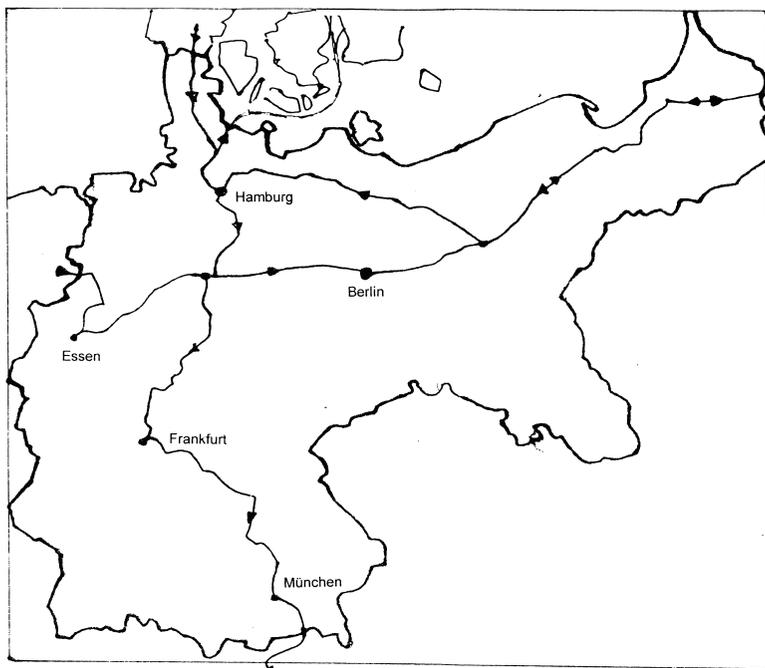


Abb. 1: Die Reise der Iwakura-Mission durch Deutschland (Entwurf des Verfassers).

übernachtete noch einmal in Hamburg. Kurze Aufenthalte in Frankfurt, wo man die Druckerei Naumann besuchte, welche die ersten modernen Banknoten (s. Abb. 2) für Japan druckte, und München folgten. Am 7. Mai verließ die Mission Deutschland und reiste weiter nach Italien. Anschließend war Wien mit seiner Weltausstellung, auf der auch Japan gut vertreten war, das nächste Reiseziel. Daran schloß sich ein Aufenthalt in der Schweiz an, der Erholungscharakter hatte. Von dort reiste man zum zweiten Mal in Frankreich ein und bestieg am 8. Juli 1873 in Marseille ein Schiff für die Rückreise. Nach 20 Monaten erreichte die Iwakura-Mission am 13. September 1873 Yokohama.

### 3. KUME UND SEIN BUCH

Kume Kunitake arbeitete nach der Rückkehr einige Jahre an einem Bericht zu der Reise, dem erwähnten Werk *Bei-Ō kairan jikki*, das 1878 erschien. In den Vorfassungen hatte Kume sein Werk zunächst als *nikki*



Abb. 2: Die ersten modernen Banknoten Japans, gedruckt in Frankfurt am Main.  
Hier: 10-Yen-Note.

[Tagebuch] bezeichnet, wählte dann aber die Bezeichnung *jikki*, um deutlich zu machen, daß die Publikation mehr als nur persönliche Notizen zu den Reisetagen enthält. Kume arbeitete soviel Hintergrundinformationen zu spezifischen Problemkreisen ein, daß sein Werk enzyklopädischen Charakter erhielt. Das wird auch bei dem Umfang deutlich: Die Publikation umfaßt 2110 Seiten und enthält 304 Abbildungen sowie 14 Karten. Wie sorgfältig Kume sein Werk konzipierte und ausführte, wird bereits in der Einleitung zum Gesamtwerk deutlich. Dort legt er nicht nur dar, wie Ortsnamen umgeschrieben werden, welche Maße, Gewichte, Währungen usw. den Leser erwarten, sondern er geht auch ausführlich auf Fehler ein, die sein Werk enthalten könnte.

Neben den tagebuchartigen Einträgen und den weiterführenden Betrachtungen enthält das Werk auch skizzenhafte Beobachtungen zu Land und Leuten, die literarische Qualität haben. Zahlreiche chinesisch formulierte Zitate geben dem Werk eine weitere, besondere Färbung. Die Studie, die Kume als Staatsbeamter verfaßte, ist ein in erstaunlicher Weise persönliches Buch. Es erhält dadurch nicht nur eine innere Geschlossenheit, sondern es ist auch gewissermaßen an der Persönlichkeit geeicht und dadurch dem Gehalt nach besser einschätzbar, als es eine quasi-neutrale Gemeinschaftsstudie wäre.

In einem solch umfangreichen Werk sind kleine Ungenauigkeiten unvermeidlich. So fand z. B. in Berlin der Besuch eines Gymnasiums nicht am 23. März statt, einem Sonntag, wie KUME (1878: III, 348) schreibt, sondern am 24., wie die Voss'sche Zeitung am 26. März berichtete. Oder

eine Ansicht von Frankfurt am Main gibt in Wirklichkeit einen Blick auf Zürich wieder. Keiner der Flüchtigkeitsfehler aber ist schwerwiegend, und man muß vielmehr die Energie bewundern, mit der Kume an dem umfangreichen Werk gearbeitet hat. So zeigen z.B. die Abbildungen – eine Auswahl samt Korrekturbeispielen ist vom KUME MUSEUM OF ART (1985a) nachgedruckt worden –, wie sorgfältig Kume seine Graphiker kontrollierte, die nach mitgebrachten Vorlagen Kupferstiche anfertigten. Die graphischen Fähigkeiten seiner Mitarbeiter werden deutlich, wenn man die Abbildungen mit denen des zur selben Zeit erschienenen Geographie-Werkes (UCHIDA 1876) (s. Abb. 3) vergleicht.



伯林ノ  
コー  
ミン  
グス  
宮



Abb. 3: links: Das Berliner Schloß (KUME 1878: III, nach S. 345)  
rechts: Das Berliner Schloß (UCHIDA 1876: 165)

Kume Kunitake wurde als Sohn eines Samurai in Saga auf der Insel Kyūshū geboren. Er zeigte von klein auf große Begabung und erhielt nach seinem Studium an der Hochschule in Edo, dem heutigen Tōkyō, eine gehobene Stellung beim Fürsten des Landes, Nabeshima Naomasa. Nach der Meiji-Restauration von 1868 lehrte er zunächst an der heimischen Hochschule und trat dann in die Regierung ein. Von der Neigung her Geisteswissenschaftler, hat er sich doch eingehend auch mit den Naturwissenschaften befaßt, wie es z.B. TAKADA (2000) zeigt. Nach der Rückkehr von der Weltreise und Fertigstellung seines Buches blieb Kume noch eine Weile im Dienst der Regierung, bis er dann 1888 eine Professur für Geschichte an der Kaiserlichen Universität in Tōkyō erhielt. Schon vier Jahre später aber rief ein Aufsatz, in dem Kume den Shintoismus einer kritischen Analyse unterzog, eine so scharfe Kritik bei Shintoisten und Nationalisten hervor, daß er sich gezwungen sah, seine Entlassung einzureichen. Erst nach Jahren, 1899, erhielt er wieder eine Stelle, jetzt an der privaten Hochschule, die der Staatsmann und Freund Ōkuma Shigenobu

gegründet hatte. Dort, an der Vorgängereinrichtung der heutigen Waseda-Universität, war er bis 1921 lehrend und publizierend aktiv. Kume war einer der ersten Geschichtswissenschaftler in Japan, als diese Disziplin in ihrer neuzeitlichen Form entstand. Kume starb 93jährig im Jahre 1931, und sein Nachlaß wird vom Kume Museum of Art in Tōkyō verwaltet, das auch die Gemälde seines Sohnes betreut, des in Paris ausgebildeten Malers Kume Keiichirō (1866–1934).

#### 4. DER BESUCH IN DEUTSCHLAND

Welchen Stellenwert besaß nun der Besuch Deutschlands innerhalb der Weltreise? Für eine Bewertung kann der folgende Vergleich von Aufenthaltsdauer in den besuchten Ländern und Anzahl der Kapitel dienen, die Kume der jeweiligen Zeit innerhalb seines Gesamtwerkes widmet.

Land	Monate	Kapitel	Bemerkungen
USA	7	20	4 Monate Verzögerung der Verhandlungen
England	3,5	20	London und Reisen durchs Land
Frankreich	2	9	Aufenthalt hauptsächlich in Paris
Deutschland	1	10	Deutschland bei Kume vor Frankreich
Italien	<1	7	Italien als Wiege der europäischen Zivilisation
Rußland	<1	5	Rußland als Nachbar Japans
A, NL, BE	<1	3x3	Österreich als Weltmacht verblassend
Schweiz	<1	2x2	Erholung in der Schweiz
Dänemark	<1	1	
Spanien, Portugal	0	1	Spanien und Portugal wurden nicht besucht
Europa	(9)	5	Europa wird als Einheit gesehen
Weltausstellung Wien		2	Japan war gut vertreten
Asien	2,5	7	Es wurden nur Häfen angelaufen

Wie ersichtlich, widmet Kume Deutschland einen deutlich höheren Anteil als der Aufenthaltsdauer entspricht, ein Zeichen für die Bedeutung, die er dem Land zumißt. Der Besuch war im wesentlichen der Hauptstadt Berlin und damit Preußen gewidmet. Außer in Berlin übernachtete die Mission in Essen und Frankfurt, also in Städten, die zu Preußen gehörten, daneben nur noch in Hamburg und München. Von den zehn Kapiteln zu Deutschland widmet Kume sechs Preußen, drei dem restlichen Norddeutschland und eins Süddeutschland (Bayern, Baden und Württemberg). Kume stellt den Lesern dabei nicht nur Preußen und die großen Länder vor, sondern geht auch auf alle anderen deutschen Staaten und die drei freien Reichsstädte ein.

Der Auftakt in Berlin verlief für die Mission sehr zufriedenstellend. KUME (1878: III, 335f) schreibt:

**9. [März 1873], heiter.** An diesem Morgen fuhren wir mit dem Zuge schon durch das Gebiet der Provinz Brandenburg. Das ist eine weite ausgedehnte Ebene, in der es gelegentlich sumpfige Gegenden gibt. Dieses Gebiet im Westen Berlins, das zum Regierungsbezirk Potsdam gehört, zeichnet sich durch eine das Auge fesselnde Seenlandschaft aus. An diesem Morgen waren die Felder mit weißem Reif bedeckt, und man konnte die kalte Luft im Gesicht spüren. Als wir um sieben Uhr den Bahnhof in Berlin erreichten, hatten sich alle zur Begrüßung eingefunden: unser diplomatischer Vertreter, die Botschaftssekretäre und unsere Studenten hier. Die Bewohner des Deutschen Reiches verehren den Kaiser und folgen den Regierungsangelegenheiten mit Anteilnahme. Als man vom Kommen unserer Delegation hörte, wurde daher den Studenten von ihren Lehrern ein besonderer Urlaub gewährt, um unserer Gesandtschaft aufwarten zu können. Auch diejenigen, die außerhalb wohnten, kamen aus der Ferne und versammelten sich in der Stadt. Und wer sich uninteressiert zeigte, da er meinte, in keiner besonderen Beziehung zu unserem Studienprogramm zu stehen, der wurde wegen seines schlechten Benehmens kritisiert. In England und Amerika hat man dagegen über den Eifer gelacht, mit dem Studenten sich um Begrüßungen kümmerten. So verschieden geht es in den jeweiligen Ländern zu.

Das Hotel war vom Hofamt bereitgestellt worden, man hatte das „Hôtel de Rome“ an der Straße „Unter den Linden“ ausgewählt. Das Amt hatte von den Zimmern bis zu den Speisesälen für alles gesorgt. Für die Botschafter und die Sekretäre waren verschiedene Speisesäle vorhanden. Am Eingang des Hotels sowie auf den Fluren befand sich zahlreiches Personal, das Wache hielt und zu Diensten stand. Der Aufwand und die Wärme dieser Betreuung übertrafen das, was wir in den anderen Ländern erfahren hatten.

Die preußischen Professoren erfahren bei Kume vielleicht etwas zuviel Lob für die Beurlaubung der Studenten: Die Mission kam in Berlin an einem Sonntagmorgen an.

Nach den bereits in den USA gescheiterten Verhandlungen gab es auch in Berlin nichts mit der deutschen Regierung zu verhandeln, doch kam es bis zur Abreise am 28. März zu folgenden Kontakten mit der deutschen Seite, wobei die Ereignisse, die Kume nicht erwähnt, durch Notizen in den Zeitungen belegt sind:

06. März: Begrüßung der Mission in Den Haag durch einen Entsandten des Deutschen Reiches  
07. März: Offizielle Begrüßung in Bentheim  
09. März: Ankunft in Berlin  
11. März: Audienz beim Kaiser, der Kaiserin und beim Kronprinzen  
12. März: Teilnahme an der Eröffnung des Reichstages, Diner für die Mission beim Kaiser  
13. März: Besuch bei den Brüdern des Kaisers, abends mit den Prinzen zum Pferderennen  
14. März: Bismarck sucht die Mission im Hotel auf (*Voss'sche Ztg.* 16.3.1873)  
15. März: Bismarck gibt ein Diner für die Mission  
19. März: Die Evangelische Allianz besucht die Japaner (*Neue Preußische Ztg.* 25.3.1873)  
22. März: Einladung zum Geburtstag des Kaisers  
24. März: Iwakura lädt deutsche Offizielle ein, u. a. Moltke  
26. März: Deutsche Gelehrte (v. Holtzendorff u. a.) besuchen die Mission (*Neue Preußische Ztg.* 28.3.1873)  
26. März: Graf Eulenburg gibt ein Diner für die Mission (*Spencersche Ztg.* 27.3.1873)

Neben diesen Kontakten absolvierte die Mission ein umfangreiches Besichtigungsprogramm, auf das bereits an anderer Stelle (WATTENBERG 1997) eingegangen wurde. Im Hintergrund liefen Gespräche mit den in Berlin lebenden Japanern, dem umsichtigen Aoki Shūzō (1844–1914), dem von BÄLZ (1931: 96) als auf der Seite des Shogun stehenden „Gegenkaiser“ charakterisierten Prinzen Kitashirakawa Yoshihisa (1847–1895), dem Gesandten Samejima Naonobu (1844–1880) und Shinagawa Yajirō (1843–1900), der ursprünglich als militärischer Beobachter des Frankreichfeldzuges nach Europa gekommen war. Insbesondere Aoki, später Botschafter und sogar Außenminister, verstand es, die japanische Führungsspitze der Mission für Preußen und seine Verfassung zu interessieren. Die Gesandtschaft hatte, wie erwähnt, junge Japaner zum Auslandsstudium mitgenommen. In Berlin blieben die Söhne des Hofadels, die sich dort vor allem beim Militär weiterbildeten. Unter ihnen befand sich Mushanokōji Saneyo (1851–1887), dessen Söhne in den deutsch-japanischen Beziehungen später eine Rolle spielen sollten, der eine, Kintomo (1882–1962), u. a. als Botschafter in Berlin (1936–37), der andere, Saneatsu (1885–1976), als Kunstverständiger, der in Japan nicht nur Rodin populär machte, sondern auch die Worpsweder Maler mit Heinrich Vogeler (1872–1942) an der Spitze vorstellte.

Während die japanische Regierung mit vielen Studenten der ersten Stunde nicht zufrieden war und einen Teil von ihnen sogar zurückrief, zollte die deutsche Seite diesen durchaus Lob. So sagte Professor Dr. v. Holtzendorff, der mit Berliner Gelehrten und Künstlern der Mission einen Besuch abstattete, unter anderem:

Die Mitglieder Ihres Volkes, die hier studiren, haben eine so rasche Auffassung und so regen Fleiß bewiesen, daß wir nicht zweifeln, Ihre Anstrengungen werden mit Erfolg gekrönt sein, und die Zeit wird kommen, da auch wir von Ihnen werden lernen können. Das deutsche Volk beansprucht kein Monopol der Cultur; es will seine eigenen Kenntnisse allen Völkern mittheilen, will von allen lernen und in Gemeinschaft mit der ganzen Menschheit die großen Zwecke der Civilisation fördern (*Neue Preußische Ztg.* 28.3.1873).

## 5. KUMES PREUSSENBIELD

Für Kume, wie für die anderen Mitglieder der Mission, war Preußen kein unbekanntes Land. Es lag ja nicht nur der Freundschafts- und Handelsvertrag vor, sondern Preußens Erfolge gegen Dänemark sowie Österreich und erst recht der Sieg gegenüber Frankreich hatten das Interesse an dieser aufstrebenden Nation geweckt. Kume dürfte sich auf das Land vorbereitet haben, und mit Sicherheit hat er viel Mühe auf die Nachbereitung aufgewandt, wie die vielen Details belegen, die er nicht während des Berlin-Aufenthaltes erfragt haben konnte. Welche Sekundärliteratur er benutzte und wie sie sein Preußenbild beeinflusste, läßt sich leider nicht mehr feststellen. Im Kume Museum of Art findet sich nur sein Reiseführer, den er in Amerika kaufte und aus dem er für den Deutschlandteil zwei Abbildungen entnahm, eine Ansicht von Köln und eine zweite der von Schinkel erbauten Burg Stolzenfels am Rhein. KUME (1878: III, nach S. 324) führt Preußen mit einem Ausspruch Friedrich II. ein (Hervorhebungen von Kume):

Die Form Preußens gleicht *einem aus Flickern mit Gewalt zusammenge-nähten breiten Band*. Das hat vor 90 Jahren der preußische König Friedrich II. so wertend gesagt, und bis heute ist es bei dieser Form geblieben. Im Jahre 1873 erstreckte sich das preußische Gebiet von 49 Grad 13 Minuten bis 55 Grad 53 Minuten nördlicher Breite, und von Greenwich gerechnet von 5 Grad 52 Minuten bis 23 Grad östlicher Länge. Die Gesamtfläche beträgt 6.311 deutsche Quadratmeilen (bzw. 137.066 englische Quadratmeilen). Die Bevölkerung beträgt 24.693.066. Wenn man einen Vergleich der Flächen macht, so ent-

spricht das gerade unserem Japan, aber die Bevölkerung ist um etwa 10 Millionen kleiner.

Preußen wird, wie weiter unten im Anhang skizziert, umfassend vorgestellt. Zur Bevölkerung Preußens führt KUME (1878: III, 315f) aus, 7/9 gehörten zur deutschen Rasse, die grundanständig sei, wenn auch gelegentlich schlicht und rauh. Es seien tüchtige Arbeiter, die an das Klima gewöhnt seien, und die auch unter schwierigen Umständen den Gleichmut nicht verlören. Von allen Deutschen hätten die Preußen die meiste Erfahrung mit sumpfigen Gebieten und mit schlechter Bodenqualität. Das Volk habe sich so mit viel Mühe einen guten Platz innerhalb Deutschlands geschaffen. Die zivile und militärische Seite würden gleichermaßen gefördert, so daß militärische Tüchtigkeit und Bemühen um Wissenschaft gleichermaßen vorhanden seien. Neben den Preußen gebe es noch die Polen, die sich vom Nordosten der Provinz Posen bis Schlesien und auf der anderen Seite bis Ostpreußen verteilen und mehr als 2.300.000 Köpfe zählen würden. Im Norden gebe es 140.000 Dänen, und schließlich noch Tschechen, Wenden usw., insgesamt sechs verschiedene Volksgruppen. Da sie aber alle zahlenmäßig klein seien, könne man die Situation nicht mit Österreich vergleichen, wo in den verschiedenen Provinzen diverse Volksstämme leben und für die dortige Regierungspolitik große Probleme mit sich bringen würden.

Kume schließt die allgemeine Beschreibung mit Angaben zum Bildungswesen und zu den Religionsverhältnissen ab (Protestanten, Katholiken, Juden). Er weist weiter den Leser darauf hin, daß in Deutschland jedes Land seine eigene Währung habe, was die Abrechnung der Reise sehr erschwere. In Preußen benutze man „Taler“ und „Groschen“, sei aber nun dabei, in ganz Deutschland die „Mark“ einzuführen. Kumes Feststellung erinnert uns daran, daß die Mark vor gar nicht so langer Zeit eingeführt und zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Ähnlich dürfte es demnächst dem Euro ergehen.

## 6. WAS INTERESSIERTE?

Die Kontakte zwischen Japan und Preußen beginnen für Kume schon vor dem erwähnten Handelsvertrag. Er führt dazu aus (Hervorhebungen von Kume):

Vor jetzt fernem 19 Jahren, im Herbst des Jahres Ansei 2 unserer Zeitrechnung [1855], lief zum ersten Mal ein Kriegsschiff aus Preußen in den Hafen von Nagasaki ein, womit der Name dieses Landes bei uns erst bekannt wurde. Danach verstrichen sieben Jahre, bis

dann im Januar 1861 ein bilateraler Freundschafts- und Handelsvertrag abgeschlossen wurde. Damals wußte man nur, daß dieses Land in Europa einen starken Namen hat. Im Jahre 1866, als Österreich besiegt wurde, stand in den Zeitungen, daß Preußen in Europa wie die aufgehende Sonne zu einer großen Macht geworden sei. Daß dieses Land eine England und Frankreich vergleichbare Großmacht ist, wurde erst allgemein bekannt, als es vor drei Jahren hervortrat und Frankreich, das sich einen großen Namen gemacht hatte, besiegte. Bei uns in Japan aber wurde dieses Land hauptsächlich durch die Stärke seiner Politik, durch das Gedeihen der Literatur und durch sein überragendes Militärwesen bekannt; es gibt nichts als Bewunderung. *Im Zusammenhang mit dem Handel, der das Hauptanliegen dieses Freundschaftsvertrages ausmacht*, ist noch vieles sehr vage. Der Handel Japans mit Preußen dürfte dem bereits blühenden Warenaustausch mit den USA, England, Frankreich und Holland im Vergleich nicht nachstehen. Wenn man z.B. einen Vergleich für das Jahr 1871 anstellt, so belief sich die Zahl der deutschen Schiffe, die unsere freigegebenen Häfen einliefen, auf 83 mit einer Tonnage von 27.000t, und entsprechen etwa denen Frankreichs. Chinesische Häfen wurden von 1304 Schiffen mit einer Tonnage von mehr als 370.000t angelaufen; das ist mehr als das Fünffache verglichen mit Frankreich. *Der Fernosthandel dieses Landes ist also im vollen Schwung. Er liegt nach den Vereinigten Staaten und vor Frankreich an zweiter Stelle.* Direktverbindungen gehen von den Nordseehäfen Hamburg und Bremen aus. Die Schifffahrtslinien sind etwas länger als nach Holland, aber doch ziemlich gleich (KUME 1878: III, 342f).

Mit dem Schiff, das 1855 Japan erreichte, kann nur die „Greta“ gemeint sein, die allerdings ein Handelsschiff war und mit welcher der Kaufmann Friedrich August Lühdorf (1834–1891) seine von STAHNCKE (1988) beschriebene Handelsexpedition unternommen hatte. Er kam unter amerikanischer Flagge fahrend nach Japan und hat sich, wenn auch vergeblich, um einen Handelsvertrag für Deutschland bemüht. In den Materialien, die Kume zur Verfügungen standen, wurde Lühdorf anscheinend als für Preußen agierend geführt.

Das zeitgenössische Preußen knüpfte nach Kume an seine Erfolge unter Friedrich dem Großen an. Nun sei es Bismarck, der in harmonischer Zusammenarbeit mit dem Kaiser und mit Gottvertrauen, zusammen mit Moltke, die Geschicke des Landes lenke (KUME 1878: III, 330). Daß Bismarck die Japaner mit seiner Rede auf dem Bankett, das er für seine Gäste gab, für sich eingenommen hatte, steht außer Frage. Er hatte dabei auf die Entwicklung Preußens seit der napoleonischen Zeit hingewiesen und den

Japanern zu militärischer Stärke geraten, damit sie ihre Rechte international durchsetzen könnten. Ein Völkerrecht, das man im Westen diskutiere, würde ihnen nicht helfen. Außerdem hatte er bekräftigt, im Gegensatz zu anderen Ländern strebe Deutschland keine Kolonien an.

Neben Bismarck war Graf Moltke die zweite Persönlichkeit, die übertragenden Eindruck auf die Japaner gemacht hatte, und zwar nicht nur als militärischer Führer, sondern auch als Militärpolitiker. So fügt KUME (1878: III, 385) in sein Buch eine Reichstagsrede Moltkes ein, die dieser ein Jahr nach der Reise, im Februar 1874, gehalten und in der er eine Aufrüstung des Heeres auf wenigstens 401.000 Mann gefordert hatte, da nur diese Maßnahme den Frieden sichern könne.

Nicht nur das Militär und die Kruppsche Waffentechnik aber beeindruckten, sondern auch das preußische Erziehungswesen erhielt gute Noten. KUME (1878: III, 316f) führt dazu aus:

Das Erziehungswesen steht mit an erster Stelle in Europa und ist ein Gebiet, dem die Regierung besondere Aufmerksamkeit widmet. Die Bürger der verschiedenen Städte und Dörfer erhalten alle aus Steuern Unterstützung und haben Volksschulen errichtet. Die Beamten in den Regionen haben neben ihren anderen Pflichten zugleich die Aufgabe, mit allen Kräften das Schulwesen voranzutreiben und dafür zu sorgen, daß die Väter und Mütter auf jeden Fall ihre Kinder zur Schule schicken. 2/100 der Staatseinnahmen werden ausgegeben, damit die Kinder armer Leute mit öffentlichen Mitteln zur Schule gehen und damit eine Ausbildung erhalten können. Die Dankgelder der kommunalen Schulen betragen pro Woche einen „Groschen“, in den Großstädten zehn „Groschen“. 1/6 eines Schuljahrganges ist ununterbrochen in der Schule, so daß im ganzen Land mangelnde Schreibfähigkeit ganz selten ist. Im Jahre 1870 betrug die Zahl der Volksschulen landesweit 25.480, und es gab 31.053 Lehrer, die 2.985.870 Jungen und Mädchen unterrichteten. In die höheren Schulen zu gehen werden sie nicht gezwungen. Dort herrscht – wie bereits erwähnt – ein strenges Reglement. Die Zahl der Mittelschulen betrug 508 im Jahre 1864, die des Lehrpersonals 1797, die Zahl der Schüler 90.899. Daneben gibt es technische Schulen, Lateinschulen usw. Das sind noch einmal 302 Schulen mit einem Lehrpersonal von 2.812 und 55.700 Schülern. An Universitäten gibt es im ganzen Lande zehn, und zwar in Berlin, Bonn, Breslau, Greifswald, Königsberg, Münster, Kiel, Göttingen, Marburg usw.<sup>1</sup> An Promovierten gibt es 1.154 Personen, an Studenten 13.928 (im Jahre 1870).

---

<sup>1</sup> Halle fehlt in der Aufzählung.

Kumes Darstellung des Bildungswesens unterscheidet sich von den bereits erwähnten ministeriellen Berichten, da er konkrete Zahlen zum aktuellen Preußen gibt, während die entsprechenden *riji kōtei*, also die für das Kultusministerium angefertigten Berichte (*Monbushō riji kōtei 1873–1875*)<sup>2</sup>, eine vom Ende des 18. Jahrhunderts ausgehende Beschreibung des deutschen Erziehungswesens aus rechtlicher und administrativer Sicht geben. Dort wird die Franckesche Stiftung in Halle als Beispiel einer berühmten Lehranstalt genannt, und auch Fröbel wird erwähnt. Die Berichte beziehen sich nicht nur auf das preußische Bildungswesen, wenn auch auf dieses besonders ausführlich eingegangen wird. Sie enthalten sich einer Wertung, wenn man davon absieht, daß z. B. der Bericht zum Erziehungswesen in Frankreich bedeutend länger ausgefallen ist.

Kume nutzt die langen Eisenbahnfahrten dazu, aus dem Fenster schauend dem Leser eine Vorstellung von der Landschaft zu geben und gleichzeitig etwas zur Geschichte des durchfahrenen Landes zu sagen. Zur Fahrt von Kreuz an der Ostbahn (wo man Kido verabschiedet hatte, der früher nach Japan zurückreisen mußte) nach Stettin führt er aus:

Die Provinzen Preußen und Pommern waren beide vor 150 Jahren kein eigenes Land. Preußen stand unter dem polnischen König, Pommern gehörte zu Schweden. Die Hauptstädte Königsberg und Stettin sind heute sogar mit München (Hauptstadt von Bayern), Dresden (Hauptstadt von Sachsen) vergleichbar. Der preußische König fügte diese Länder seinem Besitz zu, änderte die Bezeichnungen und machte sie zu Provinzen. Er setzte Provinz-Gouverneure ein, löste die alten Landesherrn ab und richtete unterhalb der Provinzen Regierungsbezirke ein. Für jeden davon gibt es einen Bezirkskanzler, der die Bezirksversammlung einberuft. Die Regierungsbezirke sind in „Kantone“ geteilt, darunter gibt es die „Kommunen“. Die Bezirkskanzler werden alle lokal gewählt. Mit der Erlaubnis der Regierung (des Königs bzw. des Provinzgouverneurs) wurde im Jahre 1791 das „Landrecht für die preußischen Staaten“<sup>3</sup> genannte Gesetz festgelegt. In den Ostgebieten (d. h. in diesen Provinzen und Bezirken) wurde es bereits eingeführt, aber polnische, schwedische und deutsche Gesetze werden an verschiedenen Stellen gelegentlich noch wie vordem benutzt, hieß es (KUME 1878: IV, 117f).

Kume war aber nicht nur durch die militärischen Erfolge, das gute Bildungswesen, die effektive Verwaltung und durch Persönlichkeiten wie

---

<sup>2</sup> Ich danke Prof. Sugawara Morikuni (Chūō Universität, Tōkyō) für die Gelegenheit zu einer Einsicht.

<sup>3</sup> Kume notiert in japanischer Silbenschrift: *randorekuto buruinsuchen sutāten*.

Bismarck und Moltke stark von Preußen beeindruckt, sondern er sah es als vernünftig an, sich an dem Land oder an Rußland zu orientieren, und nicht an England oder Frankreich. Preußen z.B. habe eine Japan vergleichbare Größe und sei überwiegend noch ein Agrarland, während in England, Frankreich, der Schweiz, aber auch in Sachsen bereits 60–70% der Bevölkerung in der Industrie arbeiteten. In Preußen seien es weniger als die Hälfte, von Japan gar nicht zu reden, dort seien es nur 5 oder 6 auf 100 Einwohner. Preußen verkaufe seine Agrarprodukte und investiere damit in die Industrie. England und Frankreich würden Rohstoffe einführen und als Produkte wieder ausführen, das liege noch in weiter Ferne (KUME 1878: III, 332).

TANAKA (1977b: 136–142) weist darauf hin, daß diese Einschätzung Preußens nicht nur Kumes Meinung war, sondern auch von Kido und Ōkubo geteilt wurde. Das zu England und Frankreich aufschließende Preußen wurde als Modell gesehen, um selbst Anschluß an die westliche Welt zu finden. Diese Einschätzung und die durch Aoki vermittelte Orientierung an der Preußischen Verfassung waren die unmittelbarsten Auswirkungen des Berlin-Aufenthaltes der Mission. Für die Übernahme der deutschen Hochschulausbildung in der Medizin hatte man sich bereits vor der Reise entschieden, und auf anderen Gebieten wirkte sich der preußische Einfluß erst später aus.

## 7. WAS VERWUNDERTE?

Kume, der ja aus dem Samurai-Stande kam, sah anscheinend große Unterschiede zwischen dem deutschen Feudalismus und den eigenen gesellschaftlichen Verhältnissen. Er schreibt:

Als in Deutschland die Zentralgewalt verfiel, erlebten zunächst alle Länder das Übel des Feudalismus. Der Adel blühte, der Klerus plünderte. Die gesamte Oberschicht des Volkes besaß für die Unterstützung der Wissenschaft und Künste kein Verständnis. Die unteren Schichten mit gering ausgeprägtem Selbstverständnis blieben einige hundert Jahre unterentwickelt. Im 18. Jahrhundert ging der Adel nach Paris, um sich die Stadt anzusehen. Man sah dort die Werke der Kultur und entwickelte erst einmal Neid darauf. Seitdem kopierte man die französische Kunst, und das gesamte Kunsthandwerk wurde von dort eingeführt. Zwar gab es ursprünglich in Deutschland eigene Fertigkeiten, wodurch eine eigene Art des Stolzes existierte, aber zu jener Zeit wandte sich das Interesse mit großer Begeisterung der französischen Kunst zu. Man vergaß, die eigene

Kunst zu bewahren, diese Werke verschwanden immer mehr. Es gab nur Imitationen aus Frankreich, und es gab keine Anzeichen, daß man sich dessen schämte. Aus diesem Grunde floß der gesamte Gewinn aus Handwerk und Industrie Frankreich zu. Der Reichtum wurde vollständig dorthin exportiert, und das ganze eigene Land wurde von Armut befallen. Für lange Zeit hat sich die Lage nicht verbessert (KUME 1878: III, 340f).

Und zum Besuch des Babelsberger Schlosses, das Kume nicht besonders schön findet, heißt es:

Die Wohn- und Schlafgemächer des Kronprinzen sind bis oben hin mit Kriegskarten und Kriegsgeräten gefüllt. Kanonenkugeln, die man im Kriege 1866 gegen Österreich benutzte, bilden die Basis für einen Kamin, und man hört, daß er das Militärische liebt. Es gibt einen Ballsaal, daneben einen Speisesaal, und für beide wurde Holz verwandt. In diesem Schlosse gab es auch Krüge, aus denen man Bier trinkt. Die großen davon waren mannshoch. Die Berliner sind groß im Biertrinken. Wenn die Debatten heftig werden, ziehen sie vor dem Kaiser die Säbel und fechten so die Diskussion aus, heißt es. Ob dies wirklich wahr ist, muß dahingestellt bleiben (KUME 1878: III, 409).

Auch was die kriegerischen Auseinandersetzungen in Europa angeht, so kann Kume seine Verwunderung nicht unterdrücken. Wie an anderer Stelle (WATTENBERG 1998) dargelegt, zieht er aus den Geschichten, die er über den großen Bronzelöwen im Zeughaus, die Quadriga auf dem Brandenburger Tor und den Löwen auf dem Waterloo-Denkmal hört, den ironischen Schluß, in Europa ginge es bei Kriegen anscheinend um das gegenseitige Wegnehmen von Löwen.

Einige weitere Bemerkungen sind im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Reise interessant. Damals hatte der einflußreiche Berater der japanischen Regierung, der amerikanische Missionar Guido H. F. Verbeck (1830–1898), geraten, man solle sich zum Wohl des japanischen Volkes auf jeden Fall mit der christlichen Religion befassen. KUME (1878: III, 342) schreibt nun, daß der preußische Staat dabei sei, den Einfluß der katholischen Kirche zurückzudrängen. Die 1868 eingeführte Zivilehe sei ein Beispiel dafür. Überhaupt sei eine Abwendung von der Religion zu vermerken, wie KUME (1878: III, 317) an anderer Stelle ausführt: Man beschäftige sich nun mit der „Moralphilosophie“ (Kume benutzt dieses Wort). Kume geht in seinem Buch nicht auf den Besuch der Evangelischen Allianz bei der Gesandtschaft ein, die auf Religionsfreiheit drängte. Diese war im übrigen gerade gewährt worden. Daß die Religionsverhältnisse

im Westen immer noch eine Rolle spielten, verkennt er nicht, und notiert für Preußen, es sei im wesentlichen ein Land protestantischen Glaubens, und zwei Drittel der Bevölkerung seien Lutheraner. Ein Zehntel seien römisch-katholisch, und es gebe 315.000 Juden und weitere Glaubensrichtungen, wie die griechisch-orthodoxe, die aber nicht alle aufgezählt werden könnten.

Es gibt noch mehr Beispiele dafür, daß Kume zwar die technischen Errungenschaften, die militärischen und administrativen Leistungen Preußens bzw. des Westens würdigt, aber in den gesellschaftlichen Verhältnissen des Westens, wie sie sich in der Rechtsprechung, im Streben nach Luxus und in der Verschwendung manifestieren, wenig Vorbildliches sieht. Es sind also eher Organisation und Ordnung, die Kume als übernehmenswert ansieht, weniger spezifisch preußische Tugenden.

## 8. EINE LANGZEITWIRKUNG DER IWAKURA-MISSION

Seit Tanaka Akira mit seiner Taschenbuchausgabe des Kume-Buches den Text der Gegenwart zugänglich gemacht hat, haben nicht nur Wissenschaftler der Iwakura-Mission Beachtung geschenkt, sondern auch allgemein interessierte Japaner. Sie haben die Route der Gesandtschaft in Etappen einzeln oder auch in ganzen Reisegruppen noch einmal bereist. Dazu hat sicher beigetragen, daß Kumes tagebuchartige Einträge so genau sind, daß alle Stationen der Reise identifiziert werden können. Neben der von ITO (1996) publizierten Gegenüberstellung der besuchten Orte von damals und heute sind auf journalistischer Ebene eine ganze Reihe von Büchern (FURUKAWA 1993; IZUMI 1984, 1987, 1993a, 1993b; MIYANAGA 1992) erschienen. Besonders hervorgetan hat sich eine Gruppe um Izumi Saburō, die sich zu einer „Iwakura Mission Society of Japan“ (*Bei-Ō kairan no kai*) zusammengeschlossen hat. Sie versucht mit Vorträgen, Video- bzw. Dia-Präsentationen Eindrücke von den USA und Europa nach dem Motto „Damals und 120 Jahre später“ zu vermitteln.

Diese Bücher, die sich an ein breites Publikum wenden, weisen zu Recht auf die Leistung der Mission hin, Wissen über den Westen sorgfältig erfaßt, vermittelt und umgesetzt zu haben. Während Japan damals um Informationen nachsuchend nach Amerika und Europa kam, wo seit einer Generation Eisenbahnen fuhren, Telegraphensysteme in Betrieb waren und die Industrie einen beachtlichen Stand erreicht hatte, um das eigene Land, in dem sich seit dem 17. Jahrhundert nicht viel verändert hatte, zu modernisieren, hat sich heute nach 130 Jahren die Lage verändert. Japan ist zu einer technischen und wirtschaftlichen Weltmacht geworden, ist nicht erst im Hochtechnologiebereich, sondern auch in den

klassischen Technologien (z.B. Stahlerzeugung) zum Exporteur von Patenten geworden.

Besuchen heute Japaner Deutschland, sehen sie, wie dramatisch sich hier die Dinge in dem Zeitraum von 130 Jahren verändert haben. Während Japan noch dieselben Grenzen hat wie 1873, finden die Besucher ein flächenmäßig deutlich geschrumpftes Deutschland, und Preußen entdecken sie überhaupt nicht mehr auf der Landkarte. Und während die nach Berliner Vorbild gebaute Ringbahn in Tōkyō, die Yamanote-Linie, im 2-Minuten-Takt kreist, ist die Berliner Ringbahn nach zehn Jahren Reparaturen noch immer nicht auf dem Vorkriegsstand, von dem Problem, wenigstens das Aussehen der Wagen in Ordnung zu halten, ganz zu schweigen.

Die japanischen Besucher mit Kumes Buch in der Hand sehen das, wie jeder weiß, der ihre Bemerkungen – die sachlich sind – beim Spaziergang durch die Stadt verfolgen kann. Wir müssen uns daran gewöhnen, daß die durch Kumes Buch angeregten Vergleiche zwischen gestern und heute nicht immer zu unserem Vorteil ausfallen, daß der Vorbildcharakter Deutschlands sich bei der breiten Bevölkerung abgeschwächt hat.

## 9. SCHLUSS

Die Iwakura-Mission war die letzte, größte und zugleich die bedeutendste der Missionen, die Japan seit der Öffnung des Landes 1854 ins Ausland entsandt hatte. Sie hat die westliche Welt sorgfältig beobachtet und gründliche Berichte verfaßt. Insbesondere Kume Kunitakes Buch zur Reise bewahrt die Sichtweise eines Gebildeten, der aus einem noch völlig getrennten Kulturkreis den Westen einschließlich Preußen und Deutschland beschreibt.

Als die Mission Deutschland besuchte, war Preußen bereits im Deutschen Reich aufgegangen. Aber es war doch Preußen, das mit Bismarck und Moltke die Mission beeindruckte. Militärisch erfolgreich und auf dem Wege, zu Frankreich und England aufzuschließen, war es für Japan der ideale Partner. Hinzu kam, daß Deutschland laut Bismarck im Gegensatz zu England und Frankreich keine Kolonien anstrebte, also Asien den Asiaten zu überlassen gedachte.

Neben diesen persönlichen Eindrücken führender japanischer Politiker war ein weiteres unmittelbares Ergebnis das durch den Berlin-Besuch vermittelte Interesse an der preußischen Verfassung, an der Verwaltung usw., wobei Preußen in Aoki einen fähigen Vermittler hatte. Die westliche, preußische Gesellschaft übte in dieser Phase der Beziehungen einen Einfluß auf Japan aus.

Deutschland kam damals Japan anerkennend entgegen, und Japan seinerseits achtete seine deutschen Lehrmeister hoch, deren Lebensdaten in vielen Fällen bis heute in den für die Allgemeinheit bestimmten Konversationslexika zu finden sind. Die deutsch-japanischen Beziehungen, begonnen als preußisch-japanische, hatten einen guten Start.

Bekanntlich haben sich die Beziehungen sehr wechselhaft entwickelt. Nimmt man die 120 Jahre nach der Iwakura-Mission durch Kumes Buch angeregte journalistisch formulierte Sicht auf das heutige Deutschland, so wird deutlich, daß wir uns heute an ein selbstbewußtes Japan gewöhnen müssen, welches das entschwundene Preußen vielleicht am ehesten noch in Potsdam entdeckt.

#### ANHANG:

#### INHALT DER KAPITEL BEI KUME MIT PREUSSEN-BEZUG

##### *Kapitel 55 „Preußen, allgemeine Übersicht“*

Geographische Lage, Geschichte, Aufzählung der einzelnen Provinzen (Hauptstadt, Fläche, Bevölkerung), Flüsse, Wasserwege, Eisenbahn, Klima, Bodennutzung, Landwirtschaft, Forst- und Weidewirtschaft, Bergbau, produzierendes Gewerbe, Import/Export, Militärtechnik, Handel, Bevölkerung, Erziehung, Universitäten, Währung, Maße, Glaube.

##### *Kapitel 56 „Eisenbahnfahrt durch den Westteil Preußens“*

Abreise in Den Haag, Bemerkungen zu Forstwirtschaft, Landwirtschaft, Münster i. W., Krupp in Essen, Preußens Volkswirtschaft.

##### *Kapitel 57 „Berlin, allgemeine Übersicht“*

Ankunft in Berlin, Berlins geographische Lage, über die Bezirke, Vergnügungen, Bier, Pornographie, Produktion, Kunstgewerbe aus Frankreich, Kirchenkampf, Zivilehe, Beginn der deutsch-japanischen Beziehungen 1855/1861, Handel, geopolitische Lage, Vergleich mit London und Paris, Genußsucht, Brandenburger Tor, Tiergarten, Zoo, Charlottenburg, Aquarium, Oper.

##### *Kapitel 58 „Berlin, 1. Teil“*

Schloß, Emser Depesche, Reichsverfassung, Wahlrecht, Besuch beim Kronprinzen, Bankett, Friedrich, Hippodrom, Siemens, Charité, Luft als Heilmittel, Augusta Hospital, Museum, KPM, Akademie der Künste, Einladung Bismarcks, Bismarcks Rede.

*Kapitel 59 „Berlin, 2. Teil“*

Zeughaus, allgemeine Betrachtungen zu Arsenalen, Monbijou, Soltmann, Reichsdruckerei (Briefmarken, Banknoten), Sternwarte, Franz-Kaserne, Dragoner Kaserne, Moltkes Rede, Telegrafenamts, Münze.

*Kapitel 60 „Berlin, 3. Teil und Potsdam“*

Gefängnis Moabit, allgemeine Betrachtungen zu Gefängnissen, Kaisers Geburtstag, Universität, Feuerwehr, Rathaus, Fischereiausstellung, Borsig, Potsdam.

*Kapitel 61*

Fahrt durch Ostpreußen, Landwirtschaft, Marienburg, Königsberg, Eydtkuhnen.

LITERATURVERZEICHNIS

- BÄLZ, Toku (1931) (Hg.): *Erwin Bälz. Ein deutscher Arzt im erwachenden Japan*. Stuttgart: J. Engelhorns Nachfolger.
- BROWN, Sydney Dever und HIROTA, Akiko (Übers.) (1985): *The Diary of Kido Takayoshi*. Vol. 2, Tōkyō, University of Tokyo Press.
- FURUKAWA, Kaoru (1993): *Shin Bei-Ō kairan* [Neue Besichtigungsreise durch Amerika und Europa]. Tōkyō: Mainichi shinbunsha.
- HAGA, Tōru (1990): *NHK Shimin daigaku. Iwakura shisetsudan no seiyō kenji* [NHK Volkshochschule. Was die Iwakura-Mission im Westen sah und hörte]. Tōkyō: Nihon hōso shuppan kyōkai.
- ITŌ, Fumiko (1996) (Hg.): *Iwakura shisetsudan ga mita Ō-Bei – sōshūhen. 120-nengo no tsuitaiken. Amerika, Ijirisu, Furansu, Doitsu, Itari, Suisu* [Europa und Amerika, wie es die Iwakura-Mission gesehen hat. Allgemeiner Teil. Wiedersehen nach 120 Jahren. Amerika, England, Frankreich, Deutschland, Italien, Schweiz]. Tōkyō: Kume Museum of Art.
- IZUMI, Saburō (1984): *Meiji 4-nen no Ambasadōru. Iwakura shisetsudan bunmei kaika no tabi* [Botschafter des Jahres Meiji 4. Die Reise der Iwakura-Mission in die Zivilisation]. Tōkyō: Nikkei.
- IZUMI, Saburō (1987): *Shin Bei-Ō kairan no ki* [Bericht zu einer neuen Besichtigungsreise durch Amerika und Europa]. Tōkyō: Daiyamondo-sha.
- IZUMI, Saburō (1993a): *Bei-Ō kairan 120-nen no tabi, Bei-Ei hen* [Eine Besichtigungsreise durch Amerika und Europa nach 120 Jahren. Band USA/UK]. Tōkyō: Tosho shuppansha.

- IZUMI, Saburō (1993b): *Bei-Ō kairan 120-nen no tabi, Ō-A hen* [Eine Besichtigungsreise durch Amerika und Europa nach 120 Jahren. Band Europa/Asien]. Tōkyō: Tosho shuppansha.
- KUME, Kunitake (1878): *Tokumei zenken taishi Bei-Ō kairan jikki* [Wahrhafter Bericht über eine Besichtigungsreise durch Amerika und Europa der Außerordentlichen Bevollmächtigten Gesandtschaft]. Bd. 3, Tōkyō: Hakusensha.  
Faksimile-Nachdruck 1986. Tōkyō: Munetaka shobō.
- KUME MUSEUM OF ART (Hg.) (1985a): *Tokumei zenken taishi Bei-Ō kairan jikki. Dōhan gashū* [Wahrhafter Bericht über eine Besichtigungsreise der Außerordentlichen Bevollmächtigten Gesandtschaft durch Amerika und Europa. Eine Sammlung von Kupferstich-Abbildungen]. Tōkyō: Kume Museum of Art.
- KUME MUSEUM OF ART (Hg.) (1985b): *Kume Kunitake to „Tokumei zenken taishi Bei-Ō kairan jikki“ ten* [Ausstellung „Kumi Kunitake und sein ‚Wahrhafter Bericht über eine Besichtigungsreise der Außerordentlichen Bevollmächtigten Gesandtschaft durch Amerika und Europa‘“] Tōkyō: Kume Museum of Art.
- MİYANAGA, Takashi (1992): *Amerika no Iwakura shisetsudan* [Das Amerika-Bild der Iwakura-Mission]. (Chikuma Raiburari 70). Tōkyō: Chikuma shobō.
- NISH, Ian (1998) (Hg.): *The Iwakura-Mission in America & Europe*. (Meiji Japan Series 6). Richmond, Surrey: Curzon Press.
- ŌKUBŌ, Toshiaki (Hg.) (1976): *Iwakura shisetsu no kenkyū* [Studien zur Iwakura-Mission]. Tōkyō: Munetaka shobō.
- STAHNCKE, Holmer (1988): *Friedrich August Lühdorfs Handelsexpedition nach Japan*. (OAG aktuell Nr. 39). Tōkyō: OAG.
- TAKADA, Seiji (2000): *Kume Kunitake bunsho II: Kagaku gijutsu-shi kankei* [Kume Kunitakes Schriften. II. Naturwissenschaftliches]. Tōkyō: Yoshikawa kōbunkan.
- TANAKA, Akira (Hg.) (1977a): *Kume Kunitake. Tokumei zenken taishi Bei-Ō kairan jikki* [Kume Kunitake. Wahrhafter Bericht über eine Besichtigungsreise durch Amerika und Europa der Außerordentlichen Bevollmächtigten Gesandtschaft]. Tōkyō: Iwanami shoten.
- TANAKA, Akira (1977b): *Iwakura shisetsudan* [Die Iwakura-Mission]. (Kōdansha gendai shinsho Nr. 487). Tōkyō: Kōdansha.
- TANAKA, Akira (1978) (Hg.): *Kume, Kunitake: Tokumei zenken taishi Bei-Ō kairan jikki* [Wahrhafter Bericht über eine Besichtigungsreise durch Amerika und Europa der Außerordentlichen Bevollmächtigten Gesandtschaft]. Tōkyō: Iwanami shoten.

- TANAKA, Akira und TAKADA, Seiji (Hg.) (1993): *Bei-Ō kairan jikki gakusaiteki-na kenkyū* [Interdisciplinary studies on Bei-Ō Kairan Jikki]. Sapporo: Hokkaidō Daigaku tosho kankōkai.
- UCHIDA, Masao (Hg.) (1876): *Yōchi shiryaku* [Kurzgefaßter Weltatlas]. Tōkyō: Monbushō.
- WATTENBERG, Ulrich (1990): Germany in Kume's Bei-Ō Kairan Jikki. A fresh view on an emerging country. In: *Transactions of the International Conference of Orientalists in Japan*, 35. Tōkyō: Tōhō gakkai, S. 150.
- WATTENBERG, Ulrich (1997): Die Iwakura-Mission in Berlin. In: *Berlin-Tōkyō im 19. und 20. Jahrhundert*. Berlin: Japanisch-Deutsches Zentrum Berlin/Springer, S. 61–70.
- WATTENBERG, Ulrich (1998): Germany. In: NISH, Ian (Hg.): *The Iwakura-Mission in America & Europe*. Richmond, Surrey: Curzon Press, S. 109–122, 213.

# JAPAN UND DIE PREUSSISCHE ARMEE

Gerhard KREBS

## 1. AUS DER FRANZOSENZEIT

In Japan besaß der Militärstand, ähnlich wie in Preußen, besonderes Ansehen und großen Einfluß, und zwar schon bevor man in dem fernöstlichen Kaiserreich auf die Suche nach fremden Modellen ging. Das Modernisierungsprogramm der Meiji-Zeit stand dann unter dem Slogan *fukoku kyōhei* [reiches Land, starkes Militär]. Japan verfügte zwar über eine lange kriegerische Tradition, doch hatte es im Laufe der langen Isolationspolitik den Anschluß an moderne Waffenentwicklung und zeitgemäße Strategie verloren. Es holte den Vorsprung aber mit so großem Erfolg auf, daß man die Japaner bald auch deshalb als die „Preußen Ostasiens“ bezeichnete. Dieser Beiname bezog sich allerdings nicht nur auf militärische „Tugenden“.

In den ersten Jahrzehnten hatte es jedoch eher den Anschein gehabt, als würde man die Japaner „Franzosen des Fernen Ostens“ nennen müssen, denn zunächst bildete Frankreich das Modell bei der Modernisierung der Armee, ebenso wie auf vielen anderen Gebieten (dazu SIMS 1998; TOBE 1998: 83–96). Schon vor der Meiji-Restauration hatte das Shogunat (*bakufu*) französische Militärberater und -ausbilder, da sie nach gängiger Auffassung als kompetente Vertreter der stärksten Landmacht galten, in seine Dienste genommen.

Die Zerschlagung der Tokugawa-Herrschaft und die Begründung des Meiji-Staates war von Mitgliedern des Samurai-Standes durchgeführt worden, hauptsächlich aus den Daimyaten Chōshū und Satsuma, die bei der nun einsetzenden Modernisierung dominierend wurden, so auch bei dem Aufbau von Streitkräften. Die Zentralregierung verfügte zunächst über keinerlei eigene Truppen, sondern mußte sich bei Bedarf Kontingente von den Daimyo ausleihen, deren Loyalität aber höchst zweifelhaft war. Im Oktober 1870 gab die Regierung daher Anweisung, sich zum Aufbau einer Marine des englischen Systems zu bedienen und die Landtruppen der Daimyate nach französischem Muster zu reorganisieren (MATSUSHITA 1963: 51). Diese Doppelentscheidung, die lediglich die schon seit Ende der Tokugawa-Zeit verfolgte Linie fortsetzte, fiel trotz der einen Monat zuvor erlebten spektakulären Niederlage Frankreichs gegen Preußen bei Sedan, offenbar, weil man kaum andere Militärberater als Franzo-

sen für die Armee zur Verfügung hatte und sich bereits an deren System orientiert und deren Sprache erlernt hatte. Außerdem sah man den Grund für Frankreichs Niederlage weniger in der militärischen Unterlegenheit als in dem mangelnden Patriotismus in der Bevölkerung. Schließlich wollte Japan auch nicht als allzu opportunistisch erscheinen, indem es mit fliegenden Fahnen zu den Preußen „überlief“ (PRESSEISEN 1965: 39). Allein 1872 nahmen sechzehn neu eingetroffene französische Militärberater ihre Tätigkeit in Japan auf.

Als Grundstein für den Aufbau nationaler Streitkräfte wurde 1871 die „Kaiserliche Garde“ (*goshinpei*) gebildet und damit auch die Voraussetzung für die Abschaffung der Lehen (*han*) im gleichen Jahr geschaffen. Die Zentralisierung der Streitkräfte sollte u. a. dazu dienen, die Verselbständigung der Daimyate durch einen unkontrollierten Zufluß von Waffen nach der Öffnung für den Welthandel zu verhindern. Die Regierung behielt einige der ausländischen Fachleute und vergrößerte ihre Zahl noch, weiterhin Engländer für die Marine und Franzosen für die Armee. Japanische Marinekadetten gingen zum Studium nach Großbritannien und Offiziersanwärter des Heeres nach Frankreich.

## 2. BEGINNENDES INTERESSE AN DEUTSCHLAND

Zum eigentlichen Begründer der modernen japanischen Armee wurde Yamagata Aritomo (1838–1922) aus Chōshū, der zu den führenden Gestaltern des Meiji-Staates gehörte und bis in die Regierungszeit des Taishō-Tenno (1912–1926) politisch aktiv blieb. Die dominierende Stellung, die das Heer und in ihm der Chōshū-Clan bald darauf über Jahrzehnte spielen sollte, war zum großen Teil auf die von ihm durchgeführten Maßnahmen und sein persönliches Prestige zurückzuführen. Seine Stellung wurde dadurch weiter gestärkt, daß er gute und enge Beziehungen zu Kaiser Meiji unterhielt, eine Parallele zu dem engen Verhältnis zwischen Wilhelm I. und Moltke. Yamagata übernahm nacheinander eine Fülle militärischer und politischer Spitzenstellungen, darunter die des Heeresministers, Generalstabschefs und Premiers. Außerdem stieg er zum wichtigsten Berater des Tenno auf. Von 1869–70 war Yamagata zu Studien nach Europa entsandt worden, hauptsächlich zu solchen auf militärischem Gebiet. Dabei hatte er vor allem Frankreich, England, Preußen und Rußland seine Aufmerksamkeit geschenkt und war vor allem von dem militaristischen Geist der Deutschen beeindruckt worden. Der Sieg über Frankreich stärkte in ihm die Bewunderung für Preußen und ließ ihn dessen militärisches System für vorteilhafter halten. Noch aber sah er den Boden für die Übernahme des preußischen Systems nicht

bereitet, und obwohl der Gesandte Max v. Brandt in Tōkyō eine enge Kooperation befürwortete, bat die preußische Regierung um Verständnis, daß eine Unterstützung für Japan aufgeschoben werden müßte, war man doch noch in den Konflikt mit Frankreich verstrickt und mit der großen Aufgabe der Reichseinigung mehr als beschäftigt.

Die allmählich eingeleiteten Reformen im Militär waren zum großen Teil das Ergebnis einer eineinhalbjährigen Mission (*Iwakura kengai shisetsu*), die 1871–1873 unter Leitung des einflußreichen Hauptministers Iwakura Tomomi einen großen Teil der Meiji-Elite nach Amerika und Europa führte. Die Mitglieder waren dabei sehr von dem – ganz im Gegensatz zu den liberaleren westlichen Nationen – patriarchalisch geprägten Deutschland angetan, in dem das Bürgertum sich stark mit der Monarchie und dem Militär identifizierte. Der Heeresoffizier Yamada Akiyoshi aus Chōshū, der zu der Mission gehörte, kam mit der festen Überzeugung zurück, daß die allgemeine Wehrpflicht äußerst große Vorteile bieten würde, aber erst nachdem sich die allgemeine Schulpflicht ausgewirkt hätte (zum Aufenthalt der Mission in Deutschland s. WATTENBERG 1998 und WATTENBERGS Beitrag in diesem Werk).

Der Besuch in Deutschland fiel in das Frühjahr 1873. Gleich in der Anfangsphase fand ein Besuch in der Essener Firma Krupp statt – diese hatte sich bereits 1862, wenn auch erfolglos, um Kontakte mit Japan bemüht (WIPPICH 1986) –, wo die Gäste mit großen Ehren empfangen wurden. Bei der Besichtigung der Werke schenkten sie besonders der Herstellung von Geschützen, Lafetten und Geschossen ihre Aufmerksamkeit. Beeindruckt waren sie auch von einem riesigen Dampfhammer, gegen den vergleichbare Anlagen in England geradezu kindlich gewirkt haben sollen. Die Besucher wurden schließlich noch zu einem Probeschießen mitgenommen (KUME 1979, 3: 292–6; KIDO 1983, 2: 296f).

Beeindruckt von dem hohen Standard der deutschen Industrie und voller Bewunderung für die militärisch geprägte Politik Preußens hoben die Japaner in ihren Schlüssen hervor, wie beide Bereiche Hand in Hand arbeiteten. Die langjährigen militärischen Erfolge sahen sie nicht nur als Ergebnis, das die Fortsetzung der Politik Friedrichs II. und der Einsatz von Persönlichkeiten wie Bismarck und Moltke hervorgebracht hätten, sondern auch als Frucht der Aktivitäten des Fabrikanten Krupp und seiner herausragenden Technik, die es ermöglicht hätten, daß Infanterie, Kavallerie und Artillerie gut ausgebildet und mit unvergleichlich robusten und präzisen Waffen ausgerüstet seien. Ihm, Krupp, werde zusammen mit der militärischen Gloria Preußens ein Platz in der deutschen Geschichte sicher sein (KUME 1979, 3: 296f).

Den Japanern war klar, daß Preußens Sieg über Österreich 1866 dem überlegenen Zündnadelgewehr zu verdanken war, doch erkannten sie

ebenso, daß sich dieses im Krieg gegen Frankreich dem Chassepot-Gewehr unterlegen gezeigt hatte. Trotzdem hatte Preußen den Krieg gewonnen und anschließend noch bessere Gewehre entwickelt (KUME 1979, 3: 296). Offenbar machte der preußisch-deutsche Sieg, basierend auf überlegener Truppenführung und Strategie sowie dem Einsatz wirkungsvoller Artillerie, großen Eindruck auf die Japaner.

In Berlin wurde die Iwakura-Mission von Kaiser Wilhelm I. und von Bismarck empfangen. Außerdem besichtigte sie u. a. die Waffensammlung im Zeughaus, das von der Armee geleitete Telegrafenamts- und Kasernen, wo sie „eine peinliche Ordnung“ bemerkte und verschiedenen Übungen beiwohnen konnte (KUME 1979, 3: 332f, 338f, 342f; KIDO 1983, 2: 300f). Große Anerkennung fand auch die von Preußen 1814 eingeführte allgemeine Wehrpflicht und die dadurch bewirkte Möglichkeit schnellster Kriegsmobilisierung. Generalfeldmarschall Helmuth von Moltke erfuhr so viel Bewunderung, daß der Chronist Kume eine Rede von ihm ausführlich wiedergab (KUME 1979, 3: 339–42). Wie in den Schlüssen dieser Reisebeschreibung nachzulesen ist, waren die Preußen durch das Leben in den rauen und kalten Gebieten des Nordens in ihrer Durchhaltekraft zusätzlich gestärkt worden. Die Unterwerfung ihrer Nachbarn sei aber anscheinend dafür verantwortlich, daß die Atmosphäre in Berlin Arroganz und Aggressivität ausstrahle. Die Österreicher dagegen seien mit fruchtbaren Böden und einem milden Klima gesegnet und hätten wohl deshalb ein sanfteres Naturell, und in ihrem Leben würden Kunst und Kultur eine große Rolle spielen, begleitet von Pracht und Verschwendung. In militärischer Hinsicht falle Österreich gegen Preußen deshalb stark ab (KUME 1980, 4: 389).

### 3. DER SCHWENK ZU DEUTSCHLAND HIN

Der Aufenthalt der Iwakura-Mission fiel in eine Umbruchphase Europas. Trotz des noch zu beobachtenden Festhaltens an einer einmal eingeschlagenen Linie spielte diese Entwicklung längerfristig eine entscheidende Rolle für den Aufbau von Japans moderner Armee. Der preußisch-deutsche Sieg von 1871 führte zu beträchtlichem Druck auf die japanische Führung, und schließlich setzte sich die Überzeugung durch, daß nicht Frankreich, sondern Preußen über das führende Armeesystem der Welt verfügte. Im Jahre 1873 führte Yamagata als Heeresminister die allgemeine dreijährige Wehrpflicht mit weiteren vier Jahren in der Reserve als Grundlage einer modernen Armee ein, hatte doch Preußen seine jüngsten Kriege mit umfangreichen Reservestreitkräften gewonnen. Ausnahmeregelungen für eine Einberufung folgten aber eher dem französischen Mo-

dell: Familienoberhäupter, Erben von Bauernhöfen oder Familienunternehmen sowie der jeweils älteste Sohn brauchten nicht zu dienen. Außerdem übernahm Japan nach französischem Vorbild die Möglichkeit, sich von der Wehrpflicht freizukaufen oder an einem Losverfahren teilzunehmen. Für Längerdienende bot der Soldatenberuf soziale Aufstiegschancen, und die Armee wurde zum wichtigsten Instrument bei der inneren Einigung Japans. Die Marine sah hingegen nur sehr wenige Wehrpflichtige in ihren Reihen. Die französische Mission wurde nicht von einem Tag auf den anderen nach Hause geschickt, sondern bis 1888 schrittweise abgebaut und durch deutsche Berater ersetzt. Deutsch wurde bis Ende der 1880er Jahre die von den Heeresoffizieren am meisten erlernte Sprache (TOBE 1998: 97–102).

Obwohl noch Jahrzehnte lang nur ein Teil der wehrfähigen Männer diente, wurde schon bald die durch die Wehrpflicht verbreiterte Basis der Waffentragenden von Angehörigen des Samurai-Standes manchmal mit Widerwillen beantwortet, war doch das Kriegshandwerk bis dahin das eigene Privileg gewesen. Verschiedene Gründe führten schließlich zu einem Aufstand von Samuraiverbänden auf Kyūshū: Dazu gehörte die Rivalität um die Kontrolle der Waffenarsenale zwischen der Zentralgewalt und den Samurai mit ihrer alten Verwurzelung in den Daimyaten. Hinzu kamen Ehrgeiz und die Furcht vor sozialem Abstieg, die in der Forderung nach territorialer Expansion gipfelten, z.B. bezüglich des chinesischen Taiwan oder Koreas, einer Aufgabe, der sich die Regierung aber kräftemäßig noch nicht gewachsen sah. Führer der Aufständischen war Saigō Takamori aus Satsuma, der eine bedeutende Rolle bei der Meiji-Restauration gespielt hatte. Im Jahre 1877 wurde die Insurgentenarmee vernichtend geschlagen, und Saigō beging rituellen Selbstmord. Die geläufige Interpretation, basierend auf japanischer Regierungspropaganda, Samurai seien durch ein Wehrpflichtigenheer geschlagen worden, das damit seine Feuerprobe bestanden habe, ist mit diesem Absolutheitsanspruch sicher nicht richtig. Auf Regierungsseite hatten auch die gut trainierten und weitgehend aus Samurai bestehenden Einheiten der Tokyoter Polizeieinheiten gekämpft, ebenso wie Samurai-Einheiten aus Nord- und Zentraljapan, die auf der Basis eines nationalen Notstandes rekrutiert worden waren.

Viele Offiziere der Regierungstruppen erkannten trotz des Sieges, daß der Feldzug inadäquat vorbereitet worden war und ernsthafte organisatorische Probleme offengelegt hatte: Ein schwaches logistisches System, eine unklare Kommandostruktur sowie schlechte Koordination und Kommunikation. Die Unabhängigkeit des äußerst effektiven preußischen Generalstabs von dem mit Armeepolitik und -verwaltung zuständigen Kriegsministerium erschien in dieser Situation als rettendes Modell

(MATSUSHITA 1963: 49–51). Außerdem hatten sich, wie von den Franzosen gelernt, Infanteriekolonnen beim Auftreffen auf den Gegner zerstreut, so daß sich die Front enorm ausgedehnt hatte und die Linie äußerst dünn geworden war. Für künftige große Operationen waren daher katastrophale Ergebnisse zu erwarten. Der Lehrmeister Frankreich selbst hatte ähnliche Probleme mit Versorgung, Kommando und Koordination während des Krieges gegen Preußen erkennen lassen (PRESSEISEN 1965: 50–56). Teilweise waren die Probleme des Satsuma-Krieges auch auf die Orientierung an der französischen Ausbildung zurückzuführen, die in ihren Instruktionen 1867 sowie in der Militärmission der 1870er Jahre den Nachdruck auf Drill und Befehlsgewalt in kleinen Einheiten gelegt hatte, aus der Überzeugung heraus, daß die Japaner noch nicht fähig wären und auch noch über Jahrzehnte hinaus nicht vor der Notwendigkeit stehen würden, große Operationen durchzuführen. Die Probleme waren aber auch der Tatsache zuzuschreiben, daß die japanischen Offiziere noch dem älteren System verhaftet waren, sich auf ihren Mut zu verlassen statt ihr Augenmerk auf moderne Kriegstechnik zu konzentrieren.

Die Unzufriedenheit, wie sie die Architekten von Japans moderner Armee erkennen ließen, wurde noch dadurch vergrößert, daß die Disziplin zu wünschen übrig ließ. Im Jahre 1878 meuterte die Kaiserliche Garde – *horribile dictu* für jeden echten Preußen –, die sich um den Lohn aus dem Sieg der Zentralregierung im Vorjahr geprellt sah. Der Beschuß von Regierungsgebäuden fand vor aller Augen statt, auch vor denen der Ausländer, und demonstrierte, daß der Meiji-Staat noch nicht über die Grundlagen für eine moderne und zuverlässige Armee verfügte.

Die Franzosen hatten den Japanern beigebracht, Militär von der Kompanie bis zur Brigade zu organisieren, zu trainieren und zu kommandieren. Sie hatten den Einsatz der Artillerie demonstriert, die Truppen gedrillt, die Offiziere ausgebildet und sich dafür engagiert, daß nach dem Muster von St. Cyr im Jahre 1874 eine Offiziersschule (*rikugun shikangak-kō*) gegründet wurde, die als Schlüssel für eine moderne Armee dienen sollte und aus der alle Heeresoffiziere hervorgingen. Außerdem hatten die Franzosen beim Aufbau von Manufakturen für die Bedürfnisse des Militärs mitgewirkt. Sie hatten grundlegende Taktik unterrichtet, aber die Strategie vernachlässigt. Damit befriedigten sie auf Dauer den Ehrgeiz ihrer begierigen Schüler mitnichten. Yamagata ging dagegen Reformen an, die eine neue Ära einläuten sollten. Er und der noch zu erwähnende Katsura Tarō waren auch davon angetan, daß in Deutschland die Armee frei von Eingriffen ziviler Autoritäten war. Militärisch galt der preußische Generalstab als „Instrument des Sieges“, hatte er doch im Krieg gegen Frankreich die ganze Welt beeindruckt. Er hatte detaillierte Mobilisierungs- und Strategiepläne ausgearbeitet und mit größter Effizienz ver-

wirklicht. Ein Generalstab aber erforderte ausgebildete Stabsoffiziere, für die Stabsschulen nach Art der deutschen Kriegsakademie notwendig waren und über die Japan noch nicht verfügte.

#### 4. DIE UNABHÄNGIGKEIT DES GENERALSTABS

Im Jahre 1878, nach der Niederschlagung der Satsuma-Rebellion und der Meuterei der Garde, stärkte die Armee ihre Stellung im Staate, indem sie einen Generalstab (*sanbō honbu*) gründete, der von der Regierung unabhängig war und personell einen starken Umfang annahm. Im Gegensatz dazu hatten die französischen Berater nach dem Muster ihres eigenen Landes die Fortführung einer einheitlichen Kontrolle von militärischem Kommando und Militärverwaltung durch das Heeresministerium befürwortet. Auf der Schaffung des Generalstabes hatte ein junger Heeresoffizier namens Katsura Tarō insistiert, der bei einem insgesamt sechsjährigen Aufenthalt in Deutschland, davon drei als Militärattaché, Erfahrungen gesammelt hatte und in Japans Militär und Politik noch eine große Rolle spielen sollte. Noch aber wurden die durchgeführten Reformen unter der Oberaufsicht der älteren Generation durchgeführt, besonders von Yamagata. Die Unterstützung jedoch, die dieser von dem dynamischen Katsura erhielt, war für den Erfolg entscheidend gewesen. Die Order zur Einrichtung des Generalstabes legte ausdrücklich fest, daß der Chef als hoher Berater des Kaisers in Fragen von Militärpolitik wie Strategie unabhängig vom Heeresminister war, höhergestellt als dieser war und zudem direkten Zugang zum Thron besaß.

Diese Reform hatte weitreichende politische Folgen, da sie die Tendenz zu Verselbständigung und Unkontrollierbarkeit des Militärs stärkte. Erster Generalstabschef wurde Yamagata Aritomo, der sein bisheriges Amt als Heeresminister niederlegte und nun über größere Macht verfügte als zuvor. Der Generalstab übernahm das Kommando über die Armee und war zuständig für strategische Planung, wohingegen dem Heeresministerium nur Verwaltungsaufgaben verblieben. Die Unabhängigkeit des Generalstabes wurde auch 1885 bei der Einführung eines Kabinettsystems nach westlichem Vorbild und in der Verfassung von 1889 festgeschrieben, gleichzeitig aber auch umschrieben. Art. 11 besagte lapidar: Der Kaiser führt den Oberbefehl über das Heer und die Marine. Allgemein wurde dieser Artikel so ausgelegt, daß unter dem Begriff „Unabhängigkeit des Oberkommandos“ (*tōsuiken no dokuritsu*) das Militär nur seinem Oberkommandierenden verantwortlich war, dem Kaiser.

In Japan war diese Entwicklung sogar energischer vollzogen worden als in Preußen bzw. in Deutschland. Zunächst war es nur eine Gewohn-

heit gewesen, daß Generalfeldmarschall von Moltke jederzeit freien Zugang zu seinem Monarchen hatte, aber kein verbrieftes Recht. Der Generalstab hatte lange darum kämpfen müssen, direkt dem Monarchen verantwortlich zu sein, denn die Politiker und viele zivile Bürokraten hatten auf der Unterstellung unter das Kriegsministerium insistiert. Der Streit wurde in Deutschland erst 1883 beigelegt, als der Generalstab förmlich von der Jurisdiktion des Kriegsministers befreit wurde und sein Chef direkten Zugang zum Kaiser erhielt. Katsura war mit dieser Debatte vertraut, und während seiner Jahre in Deutschland hatte er offensichtlich die Ansicht der deutschen Armee übernommen. In Japan war der Weg auch viel leichter gangbar, denn es gab noch kein Parlament, das irgendeine Form von Rechenschaft verlangen konnte, und außerdem bestand das Personal des Heeresministeriums statt aus Bürokraten aus aktiven Offizieren, die im Laufe ihrer Karriere durchaus auch einige Jahre im Generalstab Dienst tun konnten.

Japans Marine blieb stärker dem Vorbild Englands verbunden, wo der Primat der zivilen Führung gegenüber den Streitkräften unangefochten war. Im Jahre 1893 wurde zwar als Pendant zum Generalstab in der Marine eine Admiralität (*kaigun gunreibu*) gegründet, die ebenfalls dem Tenno direkt unterstand, in der Praxis aber nie die völlige Unabhängigkeit von dem höherrangigen Marineministerium erhielt. Da die militärischen Angelegenheiten, die laut Verfassung dem Tenno unterstanden, sehr weit auslegbar waren, fielen zum großen Teil auch die Aufgaben von Heeres- und Marineminister darunter, so daß beide ebenfalls direkten Zugang zum Thron unter Umgehung des Premiers erhielten und damit nur noch Interessenvertreter der Streitkräfte im Kabinett statt Kontrollinstanz der Regierung waren. Als im Jahre 1887 das Amt des Inspektors der Militärischen Ausbildung geschaffen wurde, erhielt auch dessen Inhaber direkten Zugang zum Thron. Da der Generalstab das entscheidende Wort bei der Auswahl eines Kandidaten für das Amt des Heeresministers hatte, konnte er durch dessen Rücktritt ein mißliebiges Kabinett stürzen oder von vornherein seine Bildung verhindern, so daß er damit permanent über ein Druckmittel verfügte. Auch ein Bismarck hatte ja mitunter seine liebe Not mit den „Halbgöttern“ im Generalstab gehabt. Mit der erklärten Unabhängigkeit des Militärs war daher in Japan eine Zeitbombe gelegt, auch wenn diese erst in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts hochgehen sollte. Bis dahin war die Führung von Streitkräften und Politik noch sehr homogen gewesen, so daß weitgehend Interessengleichheit geherrscht hatte (dazu ÖE 1983; SAALER 2000).

Frankreich hatte nicht nur durch die Niederlage gegen Preußen in Japan an Ansehen verloren, sondern auch dadurch, daß nun sein großes stehendes Heer einer Republik verantwortlich war, in der sich zuneh-

mend demokratischer Geist entwickelte. Dagegen waren Deutschland wie Japan Monarchien ohne parlamentarisch verantwortliche Regierung, und man erwartete von dem Militär, daß es eine führende Rolle bei der Konsolidierung des Staates spielte. Auch die Auffassung von der Armee als „Schule der Nation“ war den Intentionen des Meiji-Staates verwandt.

Die Streitkräfte wurden dem Kaiserhaus durch die größere Selbständigkeit von der Regierung noch enger verbunden, ebenso wie in Preußen der Monarch eine besonders enge und persönliche Beziehung zu seiner Armee hatte. In Japan fand diese starke Bindung einen deutlichen Ausdruck in der „Kaiserlichen Weisung für Militärangehörige“ (*gunjin chokuyu*) von 1882, die dem Militär einen besonderen Status in der Gesellschaft zusprach, und die Verfügung des Meiji-Tenno, daß alle seine männlichen Verwandten in das Militär eintreten mußten, ein Bruch mit der japanischen – in Bezug auf das Kaiserhaus unmilitärischen – Tradition und damit eine Anlehnung an europäische Praxis. Die starke Stellung des Militärs im Staate drückte sich auch darin aus, daß bis 1945 im Durchschnitt jeder zweite Premierminister entweder ein General oder Admiral war und viele Kabinettsmitglieder aus den Reihen der Offiziere stammten.

Yamagata sah in dem „deutschen“ System des unabhängigen Generalstabs auch innenpolitische Vorteile, ließ es sich doch auch gegen liberale und demokratische Strömungen anwenden, die er und seinesgleichen als Bedrohung für die Monarchie und den Geist Japans ansahen. Yamagata war zeitweise auch Innen- (1883–89) oder Justizminister (1892–93). Er widmete sich daher auch mit Nachdruck dem Aufbau eines Polizeiapparates, der dabei einen weitgehend militärischen Charakter annahm. Auch hierbei wechselte er vom französischen zum deutschen Modell einschließlich der fremden Berater (WESTNEY 1997: 74–80).

Im Jahre 1882 wurde in Japan nach dem Vorbild der deutschen Kriegsakademie die Heereshochschule (*rikugun daigakkō*) gegründet, in die ca. 10% der Absolventen aus der 1874 eingerichteten Offiziersschule der Armee eintreten konnten und die allein den Weg zu den führenden Positionen im Heer eröffnete. Die Ausbildung kam dem weltweiten Trend nach größerer Autonomie, effektiverer Koordination und Kontrolle, gesicherterem Zugang zu den benötigten Rohstoffen und zu größerer Professionalität entgegen. Mit Erfolg bemühte man sich um Instrukteure aus Deutschland für die neue Hochschule.

## 5. DEUTSCHE MILITÄRBERATER IN JAPAN

Paris war jedoch nicht bereit, seine Position ohne Widerstand aufzugeben, sondern bemühte sich, den eigenen Einfluß in Japan, der sich auf eine Fülle von Gebieten erstreckte, darunter eben besonders auf das Armeewesen, gegen den deutschen Rivalen zu behaupten, konnte dabei aber nur noch hinhaltenden Widerstand leisten. Als Frankreich 1883 Krieg gegen China um den Besitz Indochinas führte, zeigte es großes Interesse an einem Militärbündnis mit Japan, doch gelang es nicht, Tōkyō in den Konflikt zu ziehen. Im Jahre 1888 weigerte sich Japan dann, die Verträge mit den letzten verbliebenen französischen Offizieren zu verlängern (SIMS 1998: 185–196).

Die „preußische Ära“ der japanischen Armee war nicht mehr aufzuhalten. Schon vorher waren vereinzelt deutsche Militärberater im Lande tätig gewesen, darunter vor allem von 1869 an in dem Daimyat Kii der Unteroffizier Karl Köppen aus Bückeburg, der praktisch mit einigen tausend Zündnadelgewehren zusammen „eingekauft“ worden war und auf dessen Rat hin dort schon drei Jahre vor dem übrigen Japan die Wehrpflicht eingeführt wurde. Die Truppen von Kii, deren Aufbau man als Pilotprojekt bezeichnen kann, wurden später in die Streitkräfte der Zentralregierung integriert und galten als vorbildlich (MEHL 1987; YAMADA 1996).

In den Jahren 1885–88 war Major Klemens Wilhelm Jakob Meckel (1842–1906), ein prominenter Schüler des Generalfeldmarschalls von Moltke, als Berater des japanischen Generalstabes und Lehrer an der Heereshochschule tätig. Die Kaiserliche Armee hatte gerade ihn und keinen anderen Offizier in ihre Dienste nehmen wollen, denn Generalleutnant Ōyama Iwao, der sich gemeinsam mit Katsura Tarō und anderen hohen japanischen Offizieren zur Inspektion militärischer Systeme und Installationen in Europa aufhielt, hatte ihn wärmstens an die Heeresspitze, vertreten durch Saigō Tsugumichi und Yamagata Aritomo, empfohlen.<sup>1</sup>

Anfangs entsetzt über den Dilettantismus der vorgefundenen Streitkräfte, machte Meckel sich um so energischer ans Werk. Er hielt Unterricht vor jeweils 45 Generalstabsschülern und brachte ihnen Kenntnisse über die Planung der Mobilmachung und über Truppenbeweglichkeit bei, über Etappenorganisation, Nachschubwesen und Sanitätsdienst. Er sorgte für die Errichtung einer klaren Personal- und Kommandostruktur in Heeresministerium und Generalstab. Vor allem aber schuf er die

---

<sup>1</sup> Bericht Ōyamas aus Berlin an Saigō und Yamagata vom 11.10.1884, RIKUGUNSHO 1966, 1: 667f.

Grundlagen für Gliederung und Strategie eines modernen Heeres. Im Jahre 1888 reorganisierte man unter Meckels Einfluß das existierende Garnisonssystem von Grund auf, das ursprünglich als innerjapanische Polizeitruppe angelegt war. Es wurde dazu ein System von sieben Divisionen aufgebaut, die unabhängig voneinander waren und auch für den Einsatz in Übersee dienen könnten. Die Militärstrategie schwenkte von der Defensive auf die Offensive um. Die Franzosen hatten zwar unterrichtet, wie man sich in Scharmützeln behauptet, aber nicht, wie man Kriege gewinnt. Die künftige Armee würde daher nicht mehr wie bisher eine bessere Polizeitruppe zur Niederschlagung innerjapanischer Unruhen sein, sondern ein modernes Heer, das Kriege führen könnte, und zwar auch auswärtige. Daneben sorgte Meckel für eine Revision des Wehrpflichtsystems. Ausnahmen, nach französischem Vorbild bisher sehr großzügig gehandhabt, wurden nun eingeschränkt, und der verkürzte Dienst von einem Jahr für Rekruten mit höherer Schulbildung und die Institution des Reserveoffiziers wurden nach deutschem Vorbild eingeführt. Äußersten Wert legte Meckel auch auf die Entwicklung einer militärischen Infrastruktur wie die Schaffung eines Eisenbahnnetzes nach militärischen Gesichtspunkten, der Anlage von Küstenfortifikationen und dem Aufbau einer Rüstungsindustrie (HAYASHI 1984; KERST 1970; PRESSEISEN 1965; TAKAHASHI 1968: 209–30; RIKUGUNSHÖ 1966, 1: 668f, 759–761; ŌE 1976: 28–32, 42–46).

Hatten die Franzosen einen mehr auf Theorie basierenden Unterricht gehalten, so orientierte sich Meckel an Beispielen aus der Kriegsgeschichte. Er ergänzte diese Tätigkeit durch häufige Gelände- und Stabsübungen sowie Manöver und führte sogenannte Stabsreisen ein, die auf Moltke zurückzuführen sind. Die Teilnehmer wurden mitten in die japanische Landschaft gestellt, wo sie taktische und strategische Aufgaben zu lösen hatten, um die Selbständigkeit des einzelnen Offiziers zu fördern. Eines der Merkmale des deutschen Systems, die ungewöhnliche Bedeutung der Stabsoffiziere, wurde auch dem japanischen Ausbildungsprogramm zugrundegelegt. Damit ging eine entscheidende Ausweitung der militärischen Verantwortung auf den unteren Befehlsebenen einher, wo selbständig an Ort und Stelle Befehle gegeben wurden, die der oft weit hinter der Front liegende Stab nicht geben konnte. Außerdem erwarben die Schüler Kenntnisse in der hohen Schule der Strategie, die sie eigentlich erst Jahrzehnte später brauchten. Ihr Ehrgeiz und Elitebewußtsein wurden dadurch geweckt, andererseits aber auch der Hang zu unabhängigem Handeln in Militär und Politik gefördert.

Meckel genoß in Japan jahrzehntelang große Verehrung, die auch in Deutschland nicht unbeachtet blieb. Dort hieß es z. B.: „Streng und gütig wie ein rechter Soldat verstand er es, seine Schüler mit militärischem

Geist zu erfüllen“ (PAALZOW 1908: 187). Ein deutscher Berater, der in Japan mit der Einführung westlichen Hofzeremoniells beauftragt war, faßte lapidar zusammen: „Ihm [Meckel] verdankt Japan seine Armee, die allgemeine Wehrpflicht und die Einrichtung des Generalstabs. Seine Nachfolger v. Wildenbruch, v. Blankenburg, Freiherr v. Grutschreiber setzten Meckels Werk fort“ (v. MOHL 1920: 190). Nach seinem Tode im Jahre 1906 wurde in der Kriegsakademie in Tōkyō eine Gedächtnisfeier für ihn abgehalten, und zwar nach shintoistischem Ritus. Marschall Kodama Gentarō, ehemaliger Schüler Meckels und Generalstabschef während des Krieges gegen Rußland, sollte die Gedächtnisrede halten. Er verstarb jedoch wenige Tage vor der Feier, so daß sein Manuskript nur verlesen werden konnte. Darin war die Rede von der in der japanischen Armee vorherrschenden Stimmung: „Wir fühlten uns alle so wehmütig, als ob wir unseren Vater verloren hätten“ (PAALZOW 1908: 187–190).

## 6. DIE BEWÄHRUNGSPROBE: KRIEGE GEGEN CHINA UND RUSSLAND

Als Japan 1894 in den Krieg gegen das sehr viel größere China zog, räumten ihm die meisten Militärexperten in aller Welt kaum eine Chance ein. Die Pikanterie bestand darin, daß auch China seine Streitkräfte mit Hilfe deutscher Berater modernisiert hatte. Es hatte damit sogar früher begonnen und zahlenmäßig sehr viel mehr Offiziere verpflichtet. Bald aber sollte sich rächen, daß es nur partiell den deutschen Vorstellungen entsprochen hatte. Es hatte hauptsächlich moderne Waffen bezogen und dann die Offiziere zur Ausbildung an ihnen eingesetzt. Auf Pläne zur Umstrukturierung der Streitkräfte und der Einführung moderner Strategie aber hatten die chinesischen Militärs empfindlich und ablehnend reagiert, fürchteten sie doch um ihren eigenen Einfluß, litten unter Selbstüberschätzung und argwöhnten, das Ausland könnte in dem seit langem von Fremden bevormundeten Land eigene Interessen verfolgen. Es fehlte aber im Gegensatz zu Japan auch der relativ gebildete gemeine Soldat, und von der Übernahme „preußischer Disziplin“ konnte ebenfalls keine Rede sein. Die Tätigkeit deutscher Berater hatte daher in China auf die Modernisierung der Streitkräfte bei weitem nicht den gleichen Effekt wie in Japan, der Türkei oder einigen Ländern Lateinamerikas.

Obwohl in Deutschland starke Sympathien für Japan herrschten (WIPPICH 1987; WIPPICH 1997; MERKER 1997: 23), lehnte Berlin das von Tōkyō erhaltene Angebot ab, einen Beobachter an die Front zu schicken, und verzichtete damit auf die Möglichkeit, vor Ort auch die Ergebnisse deutscher Kriegskunst zu beobachten (WIPPICH 1987: 97f). Trotzdem wurden mehrfach Lob und Stolz über die Leistungen des gelehrigen Schülers und

den eigenen Anteil daran verkündet, und die sich zur Überraschung der Weltöffentlichkeit bald einstellenden japanischen Siege wurden mitunter wie selbst errungene Triumphe gefeiert. Daß deutsche Militärberater auch in China tätig waren, geriet dabei mitunter in Vergessenheit.

Eine Reihe deutscher Offiziere führte während und nach dem Chinesisch-Japanischen Krieg umfangreiche Untersuchungen über den Verlauf der Kampfhandlungen durch, und fast alle kamen auf den deutschen Beitrag zu sprechen, der den Aufbau der japanischen Streitkräfte ermöglicht hatte. So heißt es z. B.:

Mit Begeisterung und Bewunderung haben wir Deutsche den Siegeszug der kleinen japanischen Armee [...] verfolgt, haben die rüh-  
rige und schneidige Thätigkeit der japanischen Flotte [...] bewun-  
dert. Und in dieses Gefühl der Begeisterung und Bewunderung  
mischte sich auch ein Gefühl des Stolzes. Verdankte doch Japan die  
errungenen Erfolge unsern Einrichtungen, waren es doch deutsche  
Offiziere, welche in Japan in rastloser Arbeit versucht haben, den  
Geist der japanischen Armee einzupflanzen, der die preußische Ar-  
mee getragen hat von Fehrbellin bis Sedan. War es doch deutscher  
Mannesmut, eiserne Disziplin, strenger Gehorsam, welchen japani-  
sche Offiziere in Deutschland nicht ohne Vorteil gelemrt haben. At-  
mete doch die ganze japanische Heerführung Moltke'sche Weisheit  
und Strategie. Freilich hätten die deutschen Offiziere solche Erfolge  
nicht zu verzeichnen gehabt, wenn der Boden nicht schon vorberei-  
tet und der Kaiser Mutsu Hito [Meiji] nicht schon vorher bei Beginn  
der Reorganisation seine Arme (sic!) auf die edelsten Soldatentugen-  
den aufmerksam gemacht und deren Anerziehung befohlen hätte (v.  
MÜLLER 1895, 3: 104).

Auch andere Analysen aus den Reihen deutscher Offiziere feierten nicht nur den japanischen Sieg, sondern vor allem sich selbst:

Und daß gerade der deutsche Soldat eine gewisse Sympathie für die  
japanische Armee hatte, und ihre Operationen und ihre Siege mit  
einer gewissen Genugthuung verfolgte, ist ja doppelt erklärlich. Die  
japanische Armee ist in ihrer inneren Organisation, sowie in äußeren  
Formen und Einrichtungen nach deutschem Muster gebildet wor-  
den. Deutsche Offiziere, deutsche Instruktoren sind es vor allem  
gewesen, die sie zu dem gemacht haben, als was sie sich jetzt be-  
währt hat. Alle militärwissenschaftlichen Schulen sind nach deut-  
schem Muster eingerichtet worden, der japanische Generalstab ist  
im wesentlichen von einem deutschen Generalstabsoffizier gebildet.  
Die japanischen Führer, zum wenigsten die jüngeren unter ihnen,

sind von deutschen Offizieren in der modernen Kriegswissenschaft und in der Kunst der Truppenführung unterrichtet worden. Auch in Deutschland selber haben japanische Offiziere an den Einrichtungen der Armee, und in derselben dienend, sich zu belehren und zu vervollkommen bemüht. Daß es nicht erfolglos geblieben ist, hat der Verlauf des Krieges bewiesen. Den deutschen Offizieren und den deutschen Instruktoren muß es doch wohl gelungen sein, der japanischen Armee nicht nur die äußere Form zu geben, sondern ihnen (sic!) auch ein wenig einzuflößen von dem wahren Soldatengeist, von dem Geiste, auf den die deutsche Armee mit Recht so stolz ist (v. KUNOWSKI / FRETZDORFF 1895, 2: 50f).

Gelegentlich ist sogar behauptet worden, Meckel habe während seiner Tätigkeit in Tōkyō bereits mit seinen Schülern Pläne für Eroberungszüge in Korea und der Mandchurei ausgearbeitet oder japanische Offiziere in Berlin entsprechend beraten (SCHMIEDEL 1920: 151; HARTMANN 1966: 470; TANI 1966: 145; HAYASHI 1984: 153f), doch werden dafür keinerlei Belege geliefert, die auch nur annähernd Beweiskraft besitzen.

Als Japan den Krieg gegen China 1895 für sich entscheiden konnte, hatte es in der westlichen Welt erheblich an Prestige gewonnen und wurde wenig später sogar zum Partner: 1900/01 spielten seine Truppen in Peking während des Boxeraufstandes an der Seite der „weißen“ Mächte eine bedeutende Rolle. Als Tōkyō im Jahre 1902 mit London einen Bündnisvertrag schloß, schien es endgültig ein anerkanntes und integriertes Mitglied im Kreise der imperialistischen Mächte geworden zu sein.

Als größte Überraschung aber besiegte Japan 1904/05 das zaristische Rußland und wurde damit selbst zu einer Großmacht. Mehr noch als im Krieg gegen China hatte jedoch die nach englischem Vorbild aufgebaute Marine entscheidenden Anteil daran, besonders durch den überwältigenden Sieg in der Seeschlacht von Tsushima. Der alternde Meckel, der als fast einziger Deutscher an einen Triumph der Japaner geglaubt hatte, erhielt nach der Schlacht am Yalu und bei Mukden Telegramme seiner dankbaren Schüler, die ihren Sieg auf die von ihrem deutschen Lehrer genossene Ausbildung zurückführten (MEISSNER 1940: 79).

Meckel selbst meldete sich auch zu Wort und lobte die japanische Armee überschwenglich:

Das merkwürdigste Land der Welt ist unstreitig Japan, das Land der aufgehenden Sonne. Mit großem Glanze ist in ihm die Sonne der europäischen Zivilisation aufgegangen, und die mächtigsten Strahlen dieses Gestirns haben auf dem empfänglichen Boden der japanischen Volksseele eine Fruchtbarkeit erzeugt, die die Welt in Erstau-

nen setzt. [...] Dasselbe Land, welches vor 40 Jahren dem Angriff einiger europäischer Kriegsschiffe erlag, erklärt heute dem weltumspannenden Zarenreiche den Krieg. In diesen 40 Jahren ist die Armee, die sich aus den spärlichen Resten der kleinstaatlichen Polizeitruppen zusammensetzte, zu einer Stärke an Zahl und Beschaffenheit herangewachsen, daß sie mit 400.000 Mann ins Feld rücken und daß ihre jugendlichen Feldzeichen mit den alten, lorbeer gekrönten Fahnen der russischen Regimenter den Kampf aufnehmen können. Das ist ein Vorgang ohne gleichen in der Geschichte (Geleitwort Meckels in GOTTBERG 1904: 3).

Dieses Mal hatte Deutschland nicht den Fehler von 1894/95 wiederholt, auf die Entsendung von Beobachtern zu verzichten. Kaiser Wilhelm II. schickte dazu eigens einen Hohenzollernprinzen nach Japan, der, bevor er an die Front in die Mandschurei ging, vom Meiji-Tenno empfangen wurde. Dieser äußerte sich sehr erfreut über die Ehre, daß Wilhelm II. einen Prinzen seines Hauses gesandt hatte, und wies darauf hin, daß Deutschland der Lehrmeister für die japanische Armee gewesen war (CARL PRINZ VON HOHENZOLLERN 1912: 5f).

Auch Analysen von deutschen Militärexperten betonten, wie schon im Krieg Japans gegen China, den eigenen Anteil an dem Sieg:

Es ist keinesfalls zu leugnen, daß Japan durch seine tadellose Militärorganisation, welche nach deutschem Vorbild auf dem festen Grunde einer gesunden soldatischen Schulung des Volkes aufgebaut ist, seine Befähigung als große Militärmacht erwiesen hat (IMMANUEL 1904, 1: 13).

Dabei wurde in Deutschland die Frage kaum gestellt, ob Japan vielleicht auch Fehler von seinem Lehrmeister übernommen hatte. Meckels Nachdruck auf den Ausbau der Infanterie, als „Königin des Schlachtfeldes“ angesehen, und sein Insistieren auf den frontalen Massenangriff, bei dem man ohne Rücksicht auf Verluste immer neue Wellen von Infanterietruppen gegen schier uneinnehmbare Festungsanlagen anrennen ließ, wurde noch jahrzehntelang befolgt, auch als diese Taktik angesichts der modernen Waffenentwicklung nicht mehr zeitgemäß war und in den bald darauf geführten Kriegen, besonders dem gegen Rußland, hohe japanische Verluste zur Folge hatte. Erst im Laufe des Krieges wurde eine Änderung vorgenommen; nun wurden Attacken durch den Einsatz schwerer Belagerungsgeschütze entsprechend vorbereitet. Einzelne Militärkritiker, besonders in Großbritannien, mokierten sich über die archaische Taktik des massenhaften Frontalangriffs und führten diese darauf zurück, daß Deutschland seit über 30 Jahren keinen großen Krieg mehr geführt hatte.

Es sei daher mit seinen Erfahrungen – und seinem „Vertrauen in Säbel und Lanze“ – zurückgeblieben (HAMILTON 1907, 2: 97).<sup>2</sup> Derselbe englische Beobachter, der die kritische Frage stellte, ob die Angriffsformation der japanischen Infanterie nicht allzu geschlossen sei und sich bei einer stärkeren Auflockerung die Zahl der eigenen Toten nicht erheblich verringern ließe, erhielt von einem japanischen Offizier die als „echt deutsch“ empfundene Antwort, man könne ohne Verluste an Menschenleben keine Erfolge erzielen (HAMILTON 1907, 1: 143; HAMILTON 1910: 92). Wie deutsche Kritiker aber feststellen konnten, war die japanische Armee lernfähig und änderte ihre Taktik, so daß in der Schlacht am Yalu „das Verschwinden geschlossener Formationen aus dem Bereiche des feindlichen Infanteriefuehrs“ feststellbar war und „sie (die japanische Armee) meistens die zu zeitraubende Erlangung der infanteristischen Feuerüberlegenheit durch die artilleristische zu ersetzen suchte“ (LÜTTWITZ 1906: 44f).

Andere Strategen in aller Welt wiederum sahen den Kriegsverlauf als Bestätigung an, daß der Angriff um jeden Preis der Schlüssel zum Erfolg und damit auch das geeignete Konzept für künftige Kriege sei. Der Massenangriff der Infanterie und der Einsatz des Bayonetts wurden mitunter frenetisch gefeiert (MACKENZIE 1999: 33–35). Dieses Urteil scheint die Strategie u. a. im Ersten Weltkrieg beeinflußt zu haben. Die Lektion aus dem Russisch-Japanischen Krieg, Verluste angesichts der verheerenden modernen Verteidigungswaffen möglichst niedrig halten zu müssen, blieb eher ungelernt, und zwar weltweit. Man denke z. B. an das deutsche Vorgehen gegen Verdun.

Die „weißen“ Mächte hatten Japan zu Beginn der Modernisierungsperiode noch maßlos unterschätzt und ihm keine große Zukunft zugetraut. Es wurde daher durch „ungleiche“ Verträge in Abhängigkeit gehalten und in seiner Freiheit eingeengt. Die Lage änderte sich erst nach den militärischen Erfolgen. Wenige Jahre nach dem Sieg über China wurden die ungleichen Verträge abgeschafft, und als Japan sich 1905 auch noch Rußland überlegen zeigte, galt es nicht nur als Großmacht, sondern auch als Kulturnation. Der deutsche Kaiser Wilhelm II., dessen Land dem Zarenreich noch kurz zuvor logistische Unterstützung im Krieg gegen Japan hatte zukommen lassen, erklärte am 28. November 1905 in seiner Thronrede zur Eröffnung des Reichstags: „Den Eintritt Japans in die Reihe der Großmächte begleite Ich mit aufrichtigen Glückwünschen für eine friedliche Kulturmission dieses hochbegabten Volkes“ (PAALZOW 1908: 1). Er ließ es sich auch nicht nehmen, sowohl dem russischen Verteidiger als auch dem japanischen Eroberer von Port Arthur den

---

<sup>2</sup> Diese Passage fehlt in der gekürzten deutschsprachigen Ausgabe des Werkes HAMILTON 1910.

höchsten militärischen Orden Preußens zu verleihen, den von Friedrich dem Großen gestifteten „Pour le mérite“ (IMMANUEL 1905, 4: 132).

War man in Deutschland auf die militärischen Erfolge des einstigen Schülers Japan ausgesprochen stolz gewesen, so änderte sich die Haltung durch die Kriegsgegnerschaft im Ersten Weltkrieg drastisch. Der „Verrat“ an dem einstigen Lehrer wurde nicht verziehen, und die Frage, wieweit Berlin selbst daran Schuld trug – z.B. durch die Tripel-Intervention von 1895, die Tōkyō zwang, einen Teil der Beute aus dem Krieg gegen China wieder herauszurücken, oder durch den Konfrontationskurs gegen Japans Verbündeten England und imperialistisches Vorgehen in China wie im Pazifik –, wurde nicht gestellt. Statt dessen wurden die Japaner in der deutschen Presse mitunter als „freche Knirpse“ bezeichnet, die sich „mit der Verschlagenheit des Asiaten“ alles von den Deutschen abgelauscht, sich dann aber undankbar gegenüber ihrem Lehrmeister gezeigt hätten (MATHIAS-PAUER 1984: 131). In der Kriegspropaganda tauchte der „Japs“ als Affe auf, der, einst von England ausgerüstet, nun hinter John Bulls Rücken dessen Positionen in Asien einzunehmen sich anschickte (OLSZEWSKI 1915: 12–14. Ähnlich eine Karikatur in GEISER o.J.: 32).

## 7. DER LERNEFFEKT IN CHINA

Nach dem Sieg von 1895 und noch mehr 1905 zeigte China starkes Interesse an einer modernen Armee nach dem Vorbild Japans und damit Preußens. Allmählich gingen chinesische Offiziere nicht nur verstärkt zu Studien nach Deutschland, sondern auch nach Japan, zu dem die Beziehungen zeitweise gar nicht unfreundlich waren, so daß über diesen „Zwischenwirt“ deutsches Kriegshandwerk zu erlernen war. Zu den Absolventen der japanischen Heeresoffiziersschule gehörte auch Chiang Kai-shek, der später zum nationalen und militärischen Führer Chinas aufsteigen sollte. Außerdem gingen japanische Offiziere als Berater nach China und lösten die dortigen deutschen zumindest teilweise ab. Während des Ersten Weltkrieges und in den darauffolgenden Jahren aber belastete Japans Expansionspolitik die Beziehungen zu China schwer, das sich nun nach neuen Lehrmeistern umsehen mußte. Nach Experimenten mit russischen Beratern warb die Kuomintang ehemalige deutsche Reichswehr-offiziere auf der Basis von Privatverträgen an, doch wurden diese Offiziere im Jahre 1938 nach dem Ausbruch eines weiteren japanisch-chinesischen Krieges auf Druck Tōkyōs von Berlin abgezogen.

LITERATURVERZEICHNIS

- CARL PRINZ VON HOHENZOLLERN (1912): *Meine Erlebnisse während des russisch-japanischen Krieges 1904–1905*. Berlin: Ernst Siegfried Mittler und Sohn.
- GEISER, Alfred (o.J.): *Das perfide Albion*. Bielefeld: Verlag von Velhagen & Klasing (Velhagen und Klasings Volksbücher Nr. 124).
- GOTTBERG, Otto von (1904): *Mit den Japanern über den Jalu. Spezialberichte vom Kriegsschauplatz*. Herausgegeben vom Berliner Lokal-Anzeiger. Berlin: August Scherl.
- HAMILTON, Ian (1907): *A Staff Officer's Scrap-Book during the Russo-Japanese War*. 2 Bde., London: Edward Arnold.
- HAMILTON, Ian (1910): *Tagebuch eines Generalstabsoffiziers während des russisch-japanischen Krieges*. Berlin: Siegismund.
- HARTMANN, RUDOLF (1966): Einige Aspekte des geistig-politischen Einflusses Deutschlands auf Japan vor der Jahrhundertwende. In: *Mitteilungen des Instituts für Orientforschung. Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin* 12, 4, S. 463–481.
- HAYASHI, Saburō (1984): *Sanbō kyōiku. Mekkeru to Nihon rikugun* [Generalstabsausbildung. Meckel und die japanische Armee]. Tōkyō: Fuyō shobō.
- IMMANUEL, [Friedrich] (1904–06): *Der russisch-japanische Krieg. In militärischer und politischer Beziehung dargestellt*. 6 Hefte, Berlin: Schröder.
- KERST, Georg (1970): *Jacob Meckel. Sein Leben, sein Wirken in Deutschland und Japan*. Göttingen: Musterschmidt.
- KIDO, Takayoshi (1983): *The Diary of Kido Takayoshi. Translated by Sidney D. Brown and Akiko Hirota*. Vol. 2, Tōkyō: The University of Tōkyō Press.
- KUME, Kunitake (1979 und 1980): *Tokumei zenken taishi. Bei-Ō kairan jikki* [Außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter. Authentische Dokumentation der Rundreise durch Amerika und Europa]. Bd. 3, 4, Tōkyō: Iwanami shoten.
- V. KUNOWSKI und FRETZDORFF (1895): *Der japanisch-chinesische Krieg. Bearbeitet von von Kunowski und Fretzdorff, Premier-Lieutenants im Inf. Regt. von Courbière. Kommandiert zur Kriegs-Akademie*. 2 Teile, Leipzig. Zuckschwerdt & Möschke.
- LÜTTWITZ, Frhr. v. (1906): *Das Angriffs-Verfahren der Japaner im ostasiatischen Krieg 1904/05*. Berlin: Ernst Siegfried Mittler und Sohn.
- MACKENZIE, S. P. (1999): Willpower or Firepower? The Unlearned Military Lessons of the Russo-Japanese War. In: WELLS, David und Sandra WILSON (Hg.): *The Russo-Japanese War in Cultural Perspective, 1904–05*. New York: St. Martin's Press, S. 30–40.
- MATHIAS-PAUER, Regine (1984): Deutsche Meinungen zu Japan – Von der Reichsgründung bis zum Dritten Reich. In: KREINER, Josef (Hg.):

- Deutschland – Japan. Historische Kontakte.* Bonn: Bouvier Verlag Herbert Grundmann, S. 115–140.
- MATSUSHITA, Yoshio (1963): *Meiji no guntai* [Das Militär der Meiji-Zeit]. Tōkyō: Shibundō.
- MEHL, Margaret (1987): *Carl Köppen und sein Wirken als Militärinstrukteur für das Fürstentum Kii-Wakayama (1869–1872)*. Bonn (Bonner Zeitschrift für Japanologie, Bd. 9).
- MEISSNER, Kurt (1940): *Deutsche in Japan 1639–1939. Dreihundert Jahre Arbeit für Wirtsland und Vaterland*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt (Schriftenreihe des Deutschen Ausland-Instituts, Stuttgart. Neue Reihe, Bd. 8).
- MERKER, Peter (1997): Die deutsche Reaktion auf den chinesisch-japanischen Krieg 1894/95. In: *Berliner China-Hefte*, Nr. 12, (Mai), S. 11–41.
- v. MOHL, Ottmar (1920): *Fünfundzwanzig Jahre Reichsdienst. Lebenserinnerungen von Ottmar von Mohl*. Leipzig: Paul List Verlag.
- v. MÜLLER, [Friedrich] (1895): *Der Krieg zwischen China und Japan 1894/95. Auf Grund authentischer Quellen bearbeitet von v. Müller*. 3 Teile, Berlin: Liebelsche Buchhandlung.
- ŌE, Shinobu (1976): *Nichi-Ro sensō no gunjishi* [Die militärische Geschichte des Russisch-Japanischen Krieges]. Tōkyō: Iwanami shoten.
- ŌE, Shinobu (1983): *Tōsuiken* (Oberkommandogewalt). Tōkyō: Nihon hyōronsha.
- OLSZEWSKI, Karl Ewald (1915): *Der Kriegs-Struwwelpeter*. München: Holbein-Verlag.
- PAALZOW, Professor Dr. Hans (1908): *Das Kaiserreich Japan*. Berlin: Hermann Paetel.
- PRESSEISEN, Ernst L. (1965): *Before Aggression. Europeans Prepare the Japanese Army*. Tucson: University of Arizona Press.
- RIKUGUNSHŌ [Heeresministerium] (Hg.) (1966): *Meiji gunjishi* [Militärgeschichte der Meiji-Zeit]. 2 Bde., Tōkyō: Hara shobō.
- SAALES, Sven (2000): *Zwischen Demokratie und Militarismus. Die Kaiserlich-Japanische Armee in der Politik der Taishō-Zeit (1912–1926)*. Bonn: Bier'sche Verlagsanstalt.
- SCHMIEDEL, Otto (1920): *Die Deutschen in Japan*. München: Kuhn.
- SIMS, Richard (1998): *French Policy Towards the Bakufu and Meiji Japan 1854–1894*. Richmond: Japan Library (Meiji Japan Series, 3).
- TAKAHASHI, Kunitarō (1968): *Oyatoi gaikokujin. Gunji* [Vertrags-Ausländer. Militär]. Tōkyō: Kajima shuppankai (Oyatoi gaikokujin, Bd. 6).
- TANI, Toshio (1966): *Kimitsu Nichi-Ro senshi* [Geheime Geschichte des Russisch-Japanischen Krieges]. Tōkyō: Hara Shobō (Meiji hyakunenshi, Bd. 3).
- TOBE, Ryōichi (1998): *Gyakusetsu no guntai* [Paradoxes Militär]. Tōkyō: Chūō kōronsha (Nihon no kindai, Bd. 9).

- WATTENBERG, Ulrich (1998): Germany. 7–28 March, 15–17 April, 1–8 May 1873. In: NISH, Ian (Hg.): *The Iwakura Mission in America and Europe. A New Assessment*. Richmond: Japan Library, S. 109–122, 213.
- WESTNEY, D. E. (1997): *Imitation and Innovation: The Transfer of Western Organizational Patterns to Meiji Japan*. Cambridge, Mass: Harvard University Press.
- WIPPICH, Rolf-Harald (1986): Alfred Krupp und die japanische Europagesandtschaft. 1862. In: *Scripta Mercaturae, Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialgeschichte* 20, 1–2, S. 1–9.
- WIPPICH, Rolf-Harald (1987): *Japan und die deutsche Fernostpolitik 1894–1898*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag (Beiträge zur Kolonial- und Überseegegeschichte, Bd. 35).
- WIPPICH, Rolf-Harald (1997): „Haut sie, daß die Lappen fliegen!“ Briefe von Deutschen an das japanische Kriegsministerium während des Chinesisch-Japanischen Krieges 1894–95. Tōkyō: Deutsche Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens (OAG Taschenbuch Nr. 67).
- YAMADA Chiaki (1996): *Nihon gunsei no kigen to Doitsu. Kāru Keppen to chōheisei oyobi fu-futsu sensō* [Die Ursprünge von Japans Militärsystem und Deutschland. Karl Köppen, die Wehrpflicht und der Preußisch-Französische Krieg]. Tōkyō: Hara shobō.

# DAS SEMINAR FÜR ORIENTALISCHE SPRACHEN AN DER BERLINER UNIVERSITÄT UND DIE JAPANBEZOGENE LEHRE

*Astrid BROCHLOS*

## 1. DIE ENTWICKLUNG DES SEMINARS FÜR ORIENTALISCHE SPRACHEN AN DER BERLINER UNIVERSITÄT BIS ZUM ZWEITEN WELTKRIEG

Die heutige Humboldt-Universität zu Berlin und die Universität Hamburg können auf die längste japanologische Tradition in Deutschland zurückblicken. Während in Berlin 1887 der erste Unterricht in japanischer Sprache und Landeskunde stattfand, richtete man in Hamburg 1914 für Karl Florenz den ersten japanologischen Lehrstuhl ein. Die Anfänge der Berliner Japanologie sind eng verknüpft mit der Geschichte des Seminars für Orientalische Sprachen an der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität, als dessen Bestandteil sie gegründet wurde.

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts führte die wirtschaftliche Entwicklung der fortgeschrittenen europäischen Staaten zu einer Suche nach neuen Rohstoffquellen und Absatzmärkten in der ganzen Welt. Sie zielte besonders auf den asiatischen und afrikanischen Kontinent, deren unterentwickelte Länder der Expansion der europäischen Mächte kaum Widerstand entgegensetzen konnten. Deutschland zeigte verstärkt seit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts Interesse an diesen Regionen, und die Reichsgründung im Jahre 1871 führte zu einem weiteren spürbaren Aufschwung in den außenpolitischen Aktivitäten.<sup>1</sup> Die überraschend schnelle Entwicklung der politischen und kommerziellen Beziehungen des Deutschen Reiches zu fremden und überseeischen Ländern unter der Regierung Kaiser Wilhelms I. machte es erforderlich, Personen für den Kolonialdienst, für Handelsvertretungen, Gesandtschaften und andere Institutionen auszubilden, und hatte beim Reichskanzler, Fürst Bismarck, den Gedanken geboren, für den auswärtigen Dienst ein Korps linguistisch vorgebildeter Beamter zu schaffen, welche in verantwortlicher Stel-

---

<sup>1</sup> Beispiele für die Eröffnung von deutschen Vertretungen oder Gesandtschaften: Persien 1860, Japan 1861, China 1861, Sansibar 1869, Marokko 1890, Abessinien 1907; Beispiele für deutsche Annexionen in Afrika und Asien: 1884 Südwestafrika, Kamerun und Togo, 1885/90 Ostafrika, 1898 Tsingtau (China).

lung den mündlichen und schriftlichen Verkehr mit den fremden Regierungen vermitteln konnten.

Aus derartigen Erwägungen heraus begann man im Jahre 1884, die Gründung eines „Seminars für Orientalische Sprachen“ oder einer „Orientalistischen und Kolonialakademie“ vorzubereiten. Zwei Jahre später wurde eine Kommission aus Vertretern des Reichskanzleramtes, des Unterrichtsministeriums, des Finanzministeriums und des Reichsschatzamt gebildet, die am 1. März 1886 zu ihrer ersten Beratung zusammentraf und am 3. April 1886 eine Denkschrift zur beabsichtigten Gründung eines solchen Seminars veröffentlichte. Darin heißt es:

Bei der fortschreitenden Entwicklung unserer Beziehungen zu Asien und Afrika hat sich in Deutschland in neuerer Zeit ein vermehrtes Bedürfnis nach Erweiterung der Kenntniß der Sprachen des Orients und Ostasiens, und zwar sowohl im Interesse des Dolmetscherdienstes als auch für andere Berufszweige, dringend fühlbar gemacht. Es ist in Aussicht genommen, dasselbe nach Analogie der in Wien und Paris bestehenden orientalischen Sprachschulen durch eine ähnliche Einrichtung in Deutschland zu befriedigen und zu diesem Zweck bei der hiesigen Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität ein Seminar für Orientalische Sprachen in das Leben zu rufen. [...] Danach soll die Aufgabe des Seminars sich auf theoretische Vorträge und praktische Übungen in den lebenden sechs Hauptsprachen des Orients und Ostasiens (Türkisch, Arabisch, Persisch, Japanisch, Chinesisch und Indische Idiome) erstrecken. Für jede Sprache wird ein mit den Landesverhältnissen und der Landessprache vertrauter deutscher Lehrer bestellt und demselben ein aus den Eingeborenen des Landes entnommener Assistent beigegeben. [...] Die Organisation des Seminars und die Verwaltung desselben soll durch das Königlich Preußische Ministerium der geistlichen Angelegenheiten, jedoch unter ständiger Mitwirkung des Auswärtigen Amtes erfolgen (SACHAU 1912: 1. Beilage).

Zur Finanzierung des Seminars schlug die Kommission eine 50prozentige Kostenbeteiligung des Deutschen Reiches vor. Eine entsprechende Vorlage wurde von der Regierung gebilligt, und so konnte am 23. Mai 1887 die Gründung des Seminars für Orientalische Sprachen gesetzlich fixiert werden.<sup>2</sup> Zielsetzung, organisatorischer Aufbau, Fragen des Lehrkörpers, des Lehrplanes, der Studiengebühren und Stipendien sowie

---

<sup>2</sup> Gesetz, betreffend die Errichtung eines Seminars für Orientalische Sprachen vom 23. Mai 1887, veröffentlicht im Reichsgesetzblatt Nr. 16.

andere Einzelheiten wurden am 5. August 1887 in einer gesonderten Ministerialverfügung festgelegt.

Nachdem auf diese Weise bis zum Herbst 1887 alle entscheidenden Fragen zur Struktur und Arbeitsweise geklärt worden waren, nahm das Seminar für Orientalische Sprachen (SOS) am 27. Oktober 1887 offiziell seine Arbeit auf. Sein Sitz war am Lustgarten 6, im Gebäude der sogenannten „Alten Börse“. Der Eröffnungszeremonie wohnten u. a. der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten, von Goßler, sowie der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Graf Herbert von Bismarck-Schönhausen, bei. Zu seinem ersten Leiter wurde Eduard Sachau berufen. Er hatte das Amt bis 1928 inne, gefolgt von Eugen Mittwoch (1928–1933), Hans Heinrich Schaefer (1933–1935) und Anton Palme (ab 1935).

Der erste Lehrplan umfaßte die Sprachen Chinesisch, Japanisch, Hindustani, Arabisch, Persisch, Türkisch und Suaheli sowie die Realia der betreffenden Sprachgebiete, insbesondere Religion, Sitten und Gebräuche, Geographie, Statistik und neuere Geschichte. Der Sprachunterricht setzte sich zum Ziel, diejenige Grammatik und Lexik zu vermitteln, die im täglichen mündlichen und schriftlichen Verkehr am häufigsten zur Anwendung kam. Er bestand aus mündlichen und schriftlichen Übungen und behandelte oft vorkommende Schriftstücke sowohl öffentlichen als auch privaten Charakters. Mit dem Realienunterricht wollte man das notwendige Verständnis für Land und Leute wecken.

Der Unterricht wurde prinzipiell von einem deutschen Lehrer in Zusammenarbeit mit einem muttersprachlichen Lektor bestritten. Zunächst oblag den Sprachlehrern auch die landeskundliche Ausbildung. Später erfolgte hier eine Trennung. Die Dauer des Studiums wurde anfangs je nach Sprache verschieden festgelegt, bis 1910 jedoch dahingehend vereinheitlicht, daß die durchschnittliche Studienzzeit vier Semester betragen sollte. Im Anschluß daran waren die Diplomprüfungen abzulegen. Das Prüfungssystem im Seminar wurde durch eine Verfügung vom 22. Juni 1889 geregelt. Danach sollten die jährlichen Diplomprüfungen grundsätzlich aus einem mündlichen und einem schriftlichen Teil bestehen; der Prüfungskommission sollten ein Vertreter des Auswärtigen Amtes, ein Lektor des Seminars und sein Direktor als Vorsitzender angehören.

Die Immatrikulation erfolgte jeweils zum Wintersemester, wobei für jeden Kurs maximal zwölf Teilnehmer vorgesehen waren. Die Bewerber mußten eine gründliche Allgemeinbildung, ausreichende Kenntnisse der französischen und englischen Sprache, Brauchbarkeit für den praktischen Dienst und eine geeignete körperliche Konstitution nachweisen. Die Mehrzahl der Studenten wurde für den Dolmetscherdienst ausgebildet. In den ersten Jahren war besonders die chinesische Klasse stark

besucht, was sich auf die seinerzeit starke deutsche Präsenz in China zurückführen läßt.

Bereits kurz nach der Gründung des Seminars begann man mit der Ausbildung in einer europäischen Zweitsprache, da dies für den Einsatz in bestimmten Regionen erforderlich wurde. Im Jahre 1888 führte man den Unterricht in Neugriechisch ein, 1894 folgte Russisch, 1898 Spanisch, 1906 Rumänisch, Englisch und Französisch. Außerdem erweiterte man das Seminar aufgrund der rasanten Expansionsentwicklung in Afrika durch eine kolonialwissenschaftliche Abteilung. Deren Studenten waren v.a. junge Offiziere und Beamte, die in einem sehr kurzen, meist nur einsemestrigen Intensivstudium auf den Kolonialdienst vorbereitet wurden. Neben der bereits laufenden Ausbildung in Suaheli nahm man Haussa, Ewe und Herero – Sprachen, die in Ostafrika, Kamerun, Togo und Südwestafrika verbreitet waren – in das Lehrprogramm auf. Der landeskundliche Unterricht wurde durch Disziplinen wie Tropenhygiene, tropische Nutzpflanzen, Kartographie u. ä. ergänzt.

Die ebenfalls 1887 gegründete Seminarbibliothek umfaßte 1910 zwar bereits 31.000 Bände, in den Anfangsjahren des Seminars fehlte es jedoch noch an Lehrmaterialien aller Art. Daher wurde festgelegt, eine Serie von Lehrbüchern zu verfassen, deren erster Band bereits 1890 erschien: Es handelte sich um das *Lehrbuch der japanischen Umgangssprache* von Rudolf Lange. Bis 1910 folgten weitere 21 Bände. Außerdem kam 1897 erstmals die wissenschaftliche Jahreszeitschrift des Seminars, die *Mitteilungen des Seminars für Orientalische Sprachen* (MSOS) heraus, die – vorrangig linguistische – Beiträge aus den Bereichen ostasiatische, westasiatische und afrikanische Studien enthielt.

Insgesamt betrachtet, erfuhr das SOS in den ersten zwei Jahrzehnten seines Bestehens eine schnelle und erfolgreiche Entwicklung. Aufgrund ständig wachsender Anforderungen seitens der Außenwirtschaft und Außenpolitik schien man aber schon bald an strukturelle und inhaltliche Grenzen zu stoßen. Im Jahre 1913 wurden daher erste Überlegungen laut, das Seminar in eine Auslandshochschule umzuwandeln. Selbst der Reichstag beschloß, die Regierung zu einem derartigen Ausbau des Seminars aufzufordern. Dieser Appell wurde 1914 durch das Preußische Abgeordnetenhaus wiederholt. Der damalige Mitarbeiter und spätere Leiter des SOS, Anton Palme, schrieb dazu im Berliner Tageblatt vom 24. November 1915, daß Deutschland nach dem Krieg unbedingt seine Handelsbeziehungen über die ganze Welt ausdehnen müsse, um seine kriegsgeschädigte Wirtschaft wieder in Gang zu bringen und auszubauen. Zu diesem Zweck sei die Errichtung einer Auslandshochschule erforderlich, da sie allein Personen mit der entsprechenden Ausbildung hervorbringen könne. Die Befürworter solch einer Auslandshochschule verfaßten im

Jahre 1916 den „Entwurf einer Denkschrift zum Ausbau des Orientalischen Seminars zu einer deutschen Auslandshochschule“. Solch eine Institution sollte eine engere Verknüpfung von auslandsbezogener Lehre und Forschung mit praktischen Basisfachgebieten wie Rechts-, Geschichts- oder Wirtschaftswissenschaften ermöglichen. Die Ausbildung an der Auslandshochschule wurde als Ergänzungs- bzw. Zusatzstudium für Personen mit einer allgemein-wissenschaftlichen oder allgemein-praktischen Vorbildung verstanden, die jene entweder bereits mitbrachten oder gleichzeitig an einer anderen Bildungseinrichtung erwerben mußten. Der sprachlichen Ausbildung wurde eine zentrale Bedeutung beigemessen, da sie als das wichtigste Mittel zum Eindringen in die politisch-sozialen Verhältnisse eines fremden Volkes erkannt wurde.

Als Hörerkreis stellte man sich in erster Linie Anwärter des diplomatischen und konsularischen Auslandsdienstes sowie Beamte des auswärtigen Dienstes und Kader für die Außenwirtschaft vor, darüber hinaus aber auch Journalisten oder Vertreter von Organisationen mit internationalen Beziehungen. Da es jedoch auch zahlreiche und einflußreiche Gegner dieser Idee gab, fiel die endgültige Entscheidung erst in den dreißiger Jahren. 1936 wurde das Seminar für Orientalische Sprachen in „Auslandshochschule“ umgewandelt.

Ansprüche und Zielsetzung dieser neuen Einrichtung – Spiegelbild des Zeitgeistes am Vorabend des Zweiten Weltkrieges – finden ihren Niederschlag in einer Vorgabe des Reichsministeriums des Innern für die Aufstellung eines Lehrplanes der Auslandshochschule:

Die deutsche Auslandshochschule soll der Aufgabe dienen, das Studium fremder Länder durch Lehre und Forschung zu fördern. Dieses Studium soll ein nationenwissenschaftliches sein, d.h., es soll, auf genauester Kenntnis und Beherrschung der Sprache beruhend, sich auf die Lebensbedingungen und Lebensäußerungen jeder fremden Nation nach ihrer militärischen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Seite hin erstrecken. Zu behandeln sind folgende Gebiete:

1. Das Studium der Sprachen, und zwar in Bezug auf den Inhalt derselben nach allen Richtungen im Gegensatz zu dem formal-philologischen Sprachstudium der Landesuniversitäten.
2. Geographie des Landes, aufgefaßt als Gesamtheit der äußeren Lebensbedingungen der Nation, auch vom militärischen Gesichtspunkte aus.
3. Politische Organisation des fremden Volkes, seine Verfassung, die Organisation und das Funktionieren seiner Verwaltung, insbesondere seiner Heeresverwaltung, seiner politischen, wirtschaftlichen und

kulturellen Verwaltung, sowohl in der zentralen Leitung wie in der örtlichen Ausübung. Das Studium erfolgt, soweit möglich, an Hand der Originalgesetzgebung in der Sprache des Landes.

4. Wirtschaftsleben des fremden Volkes, seine Staatswirtschaft und Finanzen, Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe und Handel, die Eigenbedingungen der Volkswirtschaft wie ihre Stelle und Gebundenheit in weltwirtschaftlicher Hinsicht an Hand von Originalquellen der Wirtschaftsgesetzgebung des Landes.

5. Das kulturelle Leben nach der militärischen, religiösen, philosophischen und künstlerischen Seite. Als Quellen hierzu: die Kriegsgeschichte, Unterrichtsverfassung und Unterrichtsgesetzgebung, die Literatur, jedoch nicht nur die schöne Literatur, sondern auch die Tagesliteratur, Zeitungen aller Richtungen, besonders unter Berücksichtigung der großen wirtschaftlichen und politischen Fragen.

Für das Studium an der deutschen Auslandshochschule kommt jedes fremde Volk in Frage, das für Deutschland von Belang ist, an erster Stelle sollen dabei die Staaten stehen, die uns als nächste Nachbarn umgeben, demnächst die Staaten, mit denen militärische Beziehungen oder kriegerische Verwickelungen wahrscheinlich sind. Sodann folgen die deutschen und fremden Kolonialgebiete und endlich die uns ferner liegenden Staaten nach ihrer Bedeutung für Deutschland. Besonders muß das Studium des Auslandsdeutschtums vertreten sein.<sup>3</sup>

Parallel zur Auseinandersetzung um die Umwandlung des SOS in eine Auslandshochschule kamen Debatten um eine festere Eingliederung dieser Einrichtung in die Universität in Gang. Das SOS und später auch die Auslandshochschule bestanden als teilweise autarke, angegliederte Institute der Universität. Die Diskussionen zu dieser Frage wurden nach der Gründung der Auslandshochschule in den Jahren 1938/39 besonders intensiv geführt und veranlaßten schließlich das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung per Erlaß vom 13. September 1939 sowie das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda per Erlaß vom 12. Oktober 1939, die Vereinigung der Auslandshochschule mit der Hochschule für Politik zur „Auslandswissenschaftlichen Fakultät der Universität Berlin“ anzuordnen. Als erster Dekan wurde Prof. Dr. Six berufen, der Lehrbetrieb wurde am 8. Januar 1940 aufgenommen und kam erst in den letzten Kriegstagen zum Erliegen.

---

<sup>3</sup> Akten des Reichsministeriums des Innern, Nr. 8979, Bl. 84.

## 2. JAPANBEZOGENE LEHRE INNERHALB DES SEMINARS FÜR ORIENTALISCHE SPRACHEN UND SEINER NACHFOLGEEINRICHTUNGEN BIS ZUM JAHRE 1945

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mehrten sich die Berührungspunkte zwischen Deutschland und Japan zusehends. Dies erklärt sich aus der innen- und außenpolitischen Entwicklung beider Länder, vor allem aber dem Modernisierungsstreben Japans nach der Meiji-Restauration von 1868. Europa und die USA empfangen nicht nur japanische Missionen und Studierende, sie entsandten auch zahlreiche Fachleute nach Japan, um dort vor Ort das Know-how der entwickelten westlichen Länder weiterzugeben. Deutschland spielte dabei durchaus eine hervorragende Rolle: So wurden z.B. sein Handelsrecht, sein Regierungsaufbau, seine Verfassung und seine Heeresstruktur zum Vorbild für Japan. Neben diplomatischen Vertretern reisten viele deutsche Spezialisten nach Japan: der Arzt Bälz, der Handels- und Verfassungsrechtler Roesler, der Generalmajor Meckel sind nur einige Beispiele. Beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges lebten insgesamt ca. 1000 Deutsche in Japan.

Es verwundert daher nicht, daß zu den Gründungsklassen des SOS auch eine Klasse für Japanisch gehörte. Die Ausbildung zielte zunächst nur auf die Vermittlung von sprachlichen und allgemeinen landeskundlichen Kenntnissen und umfaßte pro Woche, d.h. Montag bis Sonnabend, fünfzehn Unterrichtsstunden (Anhang, Tab. 2).

Über die Studentenzahlen der ersten Jahre sind keine Aufzeichnungen erhalten, ebenso fehlen die Vorlesungsverzeichnisse der Jahre 1889–1910. Rekonstruieren lassen sich lediglich das Lehrveranstaltungsangebot ab 1911, die Anzahl der abgelegten Diplomprüfungen zwischen 1896 und 1915 sowie die Studentenzahlen zwischen 1919 und 1929 (Anhang, Tab. 3–6).

Die Mehrzahl der Studenten verließ das Seminar als Dolmetscher – knapp ein Drittel davon für das Militär –, manche standen jedoch auch am Anfang einer diplomatischen Laufbahn. Von 1887 bis 1906 nahmen sechs Absolventen eine Tätigkeit im Auswärtigen Amt auf.

Rudolf Lange und der später als Philosoph berühmt gewordene Inoue Tetsujirō wurden am 15. Oktober 1887 zu den ersten Lektoren für Japanisch ernannt. Lange lehrte bis 1920, Inoue bis 1890 am Seminar. In der Liste der Lehrkräfte (Anhang, Tab. 8) stößt man ferner auf so bekannte Namen wie Clemens Scharschmidt (Japanologe und japanwissenschaftlicher Autor, 1916–1943 am Seminar), Kimura Kinji (Sprachwissenschaftler und Wörterbuch-Verfasser, 1921/22) sowie Martin Ramming (Japanologe und japanwissenschaftlicher Autor, 1929–1945 am Seminar).

Viele der muttersprachlichen Lehrer hielten sich eigentlich zu Studienzwecken an der Berliner Universität auf und nahmen nur nebenbei

eine Lektorentätigkeit am SOS wahr, so wie Inoue, Senga, Tajima, Makita, Ichikawa und Usami (HARTMANN 1997: 80). Während der Zeit des Krieges standen der japanischen Klasse im Durchschnitt drei Lehrkräfte zur Verfügung.

Die Ausbildung am SOS begann für alle Sprachen zunächst ohne systematische deutsche Lehrwerke, aber bereits 1890 stellte Rudolf Lange das erste Lehrbuch für Japanisch, das *Lehrbuch der japanischen Umgangssprache*, fertig; 1891 folgte ein *Japanisches Lesebuch* von Hermann Plaut, 1896 eine *Einführung in die japanische Schrift* sowie 1904 ein *Übungs- und Lesebuch zum Studium der japanischen Schrift*, beide von Rudolf Lange.

In den Jahren 1915 bis 1917 kam der Lehrbetrieb vollkommen zum Erliegen, was – so darf man vermuten – durch das Kriegsgeschehen bedingt war. Im Jahre 1915 wurde vorerst auch die letzte Diplomprüfung abgenommen (Anhang, Tab. 4). Nach dem Krieg normalisierte sich der Lehrbetrieb am SOS jedoch recht schnell wieder. Die Studentenzahl betrug im Wintersemester 1919/20 bereits wieder 20 Hörer, ging in den Folgejahren zwar zurück, pegelte sich aber ab 1926 bei ca. 14 bis 16 Studenten ein. Über die Jahre 1919 bis 1929 liegen genaue Zahlen vor (Anhang, Tab. 3); für die Folgezeit kann man den Mitteilungen des Seminars indirekt entnehmen, daß der japanischen Klasse im Durchschnitt ungefähr 16 Studenten angehört haben müssen.

Zwischen 1918 und 1936 haben insgesamt 28 Studenten die Diplomprüfung in Japanisch abgelegt, darunter 1925 sowie 1926 erstmals zwei Frauen. Stud. jur. Herbert Zachert, nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst Professor für Japanologie an der Humboldt-Universität zu Berlin, ab 1960 dann am neugegründeten SOS in Bonn, bestand im Sommersemester 1929 seine Diplomprüfung am Berliner SOS. An Dissertationen sind im gleichen Zeitraum sieben Arbeiten erfolgreich verteidigt worden, darunter im Jahre 1921 „Stupa in Japan“ von Friedrich Maximilian Trautz (Trautz hatte 1912/13 die Diplomprüfung am SOS abgelegt) und 1930 „Rußlandberichte schiffbrüchiger Japaner aus den Jahren 1793 und 1805 und ihre Bedeutung für die Abschließungspolitik der Tokugawa“ von Martin Ramming (Ramming war an der Universität von St. Petersburg ostasienswissenschaftlich ausgebildet worden und nach gut 10jährigem Japanaufenthalt 1928 nach Berlin – zunächst ans Japaninstitut – gekommen).

Jährlich wurden im Durchschnitt vier bis fünf verschiedene Lehrveranstaltungen gehalten (Anhang, Tab. 5–7), und man kann wohl insgesamt von einem recht ausgewogenen Verhältnis zwischen sprachlichen und nicht-sprachlichen Fächern sprechen. Einen Schwerpunkt bildeten durchgängig Sprache, sprachpraktische Übungen, Geschichte und Literatur. Die beiden letztgenannten Fächer wurden lange Jahre von Clemens Schar Schmidt vertreten, der im Sommersemester 1925 erstmals eine Vorlesung

zur japanischen Literatur in Berlin hielt. Eine eigenständige Veranstaltung zur japanischen Geschichte stand bereits 1912/13 im Lehrprogramm.

Umgestaltungen im Lehrkörper beschränkten sich nicht nur auf den Wechsel der japanischen Gastlektoren. Auch bei den festangestellten deutschen Mitarbeitern gab es – vor allem in den zwanziger Jahren – einige einschneidende Veränderungen. Im Jahre 1920 wurde Rudolf Lange nach 33jähriger Tätigkeit am SOS pensioniert. An seine Stelle als Leiter der japanischen Klasse trat Clemens Scharschmidt, der den durch Krankheit ausgefallenen Lange bereits seit 1916 vertreten hatte. 1927 lehrte kurzzeitig der Leiter des in Berlin ansässigen Japaninstitutes<sup>4</sup>, Friedrich Maximilian Trautz, am SOS, und im Jahre 1929 wechselte der Bibliothekar jenes Japaninstitutes, Martin Ramming, ans Seminar, um sich vielfältigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Problemen Japans zu widmen. 1931 erweiterte er die Geschichtsausbildung durch eine Vorlesung zur japanischen Wirtschaftsgeschichte.

Die Entwicklung der Japanologie zwischen 1936 und 1945, d. h. innerhalb der Auslandshochschule (1936–1940) und der Auslandswissenschaftlichen Fakultät (1940–1945), läßt sich aufgrund mangelnder Quellen nur skizzenhaft darstellen. Für die erste Phase von 1936 bis 1940 liegen ausschließlich die *Mitteilungen der Auslandshochschule* vor, die minimalen Aufschluß über Studentenzahlen, Zusammensetzung des Lehrkörpers und Lehrangebot geben. Ihnen zufolge wurde Clemens Scharschmidt, seinerzeit Honorarprofessor an der Berliner Universität, mit der Wahrnehmung einer ordentlichen Professur für japanische Nationenwissenschaft an der Auslandshochschule beauftragt. Außerdem übernahm er die kommissarische Leitung der Auslandshochschule. Der Unterricht umfaßte sprachliche und landeskundliche Veranstaltungen. Im Sommersemester 1937 legten sechs Studenten die Diplomprüfung in Japanisch ab, 1938 waren es elf, 1939 neun (von insgesamt 14 Studenten). Im ersten

---

<sup>4</sup> Das Japaninstitut, mit vollem Namen „Institut zur Förderung der wechselseitigen Kenntnis des geistigen Lebens und der öffentlichen Einrichtungen in Deutschland und Japan (Japaninstitut) e. V.“, wurde am 04. Dezember 1926 mit Sitz im Schloß zu Berlin gegründet. Als erste Direktoren wurden Uno Tetsuto, Professor der chinesischen Philosophie an der Kaiserlichen Universität Tōkyō, sowie Major a. D. Dr. Friedrich Maximilian Trautz berufen. Trautz war mit der Geschäftsführung beauftragt. Den im Institutsnamen verankerten Zweck der Einrichtung wollte man laut § 2 der Satzung erreichen durch a) Förderung aller Spezialwissenschaften, die sich auf Japan beziehen, b) Veröffentlichungen des Institutes, c) Nachweisung von geeigneter Literatur an Interessenten, d) Übersetzung dieser Literatur und e) persönliche Auskunftserteilung. Jedwede politische und wirtschaftliche Tätigkeit wurde ausdrücklich ausgeschlossen. Das Japaninstitut wurde 1945 aufgelöst.

Trimester 1940 bestanden fünf Studenten die Prüfung. Weitere Angaben über die Studentenzahlen von 1940 bis 1945 liegen nicht vor. Dafür kann ab 1940 wieder auf Vorlesungsverzeichnisse zurückgegriffen werden. Sie zeigen eine rapide Steigerung der Lehrveranstaltungen von 10 im Jahre 1940 auf 19 im Jahre 1945 (Anhang, Tab. 6). Auffällig ist die anscheinend überproportionale Zunahme sprachlicher Veranstaltungen (v.a. in den Jahren 1944/1945). Während im Jahre 1940 das Verhältnis von landeskundlichen und sprachlichen Lehrveranstaltungen noch relativ ausgeglichen war (4:6), überwogen im Jahre 1945 die Sprachveranstaltungen um mehr als das Fünffache (3:16). Ob diese drastische Zunahme auf eine wirkliche Intensivierung des Sprachunterrichts – offensichtlich durch eine Teilung der Gruppen in verschiedene Niveaustufen – zurückzuführen oder lediglich einer genaueren Auflistung der Kurse geschuldet ist, muß leider offen bleiben. Fest steht, daß die Sprachausbildung in diesen Jahren inhaltlich durchaus ausgebaut wurde. Wie ein Blick in die Vorlesungsverzeichnisse im Anhang zeigt, kamen diverse Kurse in speziellen Sprachbereichen wie Fach-, Verfassungs-, Rechts-, Handels-, Wirtschaftssprache u. dgl. hinzu. Von dem Stellenwert, den man der Sprachausbildung beimaß, zeugt auch der Umstand, daß es innerhalb der Auslandswissenschaftlichen Fakultät ein eigenes „Institut für Sprachenkunde und Dolmetscherwesen“ gab (Sitz: Schinkelplatz 6), das für Japanisch „Akademisch geprüfte Dolmetscher / Übersetzer“ ausbildete.

Im Zeitraum 1936 bis 1945 wurden vier japanologische Dissertationen eingereicht: 1937 „Die auswärtige Politik Ryūkyūs seit Anfang des 17. Jahrhunderts und der Einfluß der Fürsten von Satsuma“ von Wolf Hae-nisch; 1940 „Die japanischen Minister als politische Führung“ von Günther Wenck; 1944 „Die Träger der japanischen Wirtschaftspolitik“ von Walter Adler und „Über den Ideengehalt der japanischen Herzenslehre“ von Otto Thonak.

Im Jahre 1945 kam der Ausbildungsbetrieb an der Berliner Universität zum Erliegen. Der Krieg hatte räumlich wie ausstattungs-mäßig tiefe Wunden geschlagen, so daß man den Lehrbetrieb im Januar 1946 zunächst nur in sieben Fakultäten und in teilweise kriegszerstörten Gebäuden wieder aufnehmen konnte. Auch die asienbezogene Lehre und Forschung wurde fortgesetzt, allerdings nicht im institutionellen Rahmen des SOS bzw. der Auslandswissenschaftlichen Fakultät.<sup>5</sup> Unter dem Dach eines Sinologischen Seminars bot Martin Ramming im Sommersemester 1947 mit je einer Vorlesung zur klassischen japanischen Literatur und Sprache erstmals wieder japanologische Lehrveranstaltungen in Berlin an.

---

<sup>5</sup> Erst in Bonn wurde im Jahre 1959 wieder ein „Seminar für Orientalische Sprachen“ (SOS) gegründet.

## QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

- BUNDESARCHIV BERLIN: Reichsgesetzblatt Nr. 16, 1887.  
Ebd.: Akten des Reichsministeriums des Innern, Nr. 8979.  
HARTMANN, Rudolf (1997): *Japanische Studenten an der Berliner Universität 1870–1914*. (= Kleine Reihe 1 der Mori-Ōgai-Gedenkstätte der Humboldt-Universität zu Berlin).  
SACHAU, Eduard (1912): *Denkschrift über das Seminar für Orientalische Sprachen an der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin von 1887–1912*. Berlin: Reichsdruckerei Berlin.

## ANHANG<sup>6</sup>

Tab. 1: **Statistische Angaben zum Seminar für Orientalische Sprachen bis zur Umstrukturierung als Auslandswissenschaftliche Fakultät der Berliner Universität**

	Anzahl der Lehrer	Studentenzahl	Anzahl der gelehrten Sprachen
WS 1887/88	11	98 + 3 Gasthörer	7
WS 1900/01	28	171 + 6 Gasthörer	15
WS 1909/10	46	274 + 24 Gasthörer	23
WS 1918/19	48	99 (männl. 68, wbl. 31)	23
SS 1919	39	234 (männl. 212, wbl. 22)	20
WS 1929/30	43	333 + 6 Gasthörer (männl. 214, wbl. 119)	35
SS 1930	44	278 + 2 Gasthörer (männl. 174, wbl. 104)	35
WS 1938/39	64	420 (männl. 187, wbl. 233)	48
SS 1939	64	303 (männl. 148, wbl. 155)	48
1. Trimester 1940	64	142 (männl. 40, wbl. 102)	48

---

<sup>6</sup> Alle Angaben des Anhangs basieren auf den Vorlesungs- und Personalverzeichnissen der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin im Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin.

Tab. 2: Erster Unterrichtsplan der Japanisch-Klasse (1887)

Unterrichtsfach	Stundenumfang	Lehrkraft
Japanisch	Montag – Freitag je 1 Stunde	Lange
Landeskunde von Japan	Mittwoch und Sonnabend je 1 Stunde	Inoue
Praktische Übungen / Japanisch	Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag je 2 Stunden	Inoue

Tab. 3: Studentenzahlen der japanischen Klasse 1919 bis 1929

Jahr	in Japanisch		über Japan	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
WS 1919/20	18	2	–	–
SS 1920	11	1	–	–
WS 1920/21	14	1	–	–
SS 1921	6	–	–	–
WS 1921/22	8	–	–	–
SS 1922	8	1	–	–
WS 1922/23	14	1	–	–
SS 1923	7	–	–	–
WS 1923/24	8	–	–	–
SS 1924	6	–	–	–
WS 1924/25	9	2	–	–
SS 1925	9	3	–	–
WS 1925/26	12	2	12	–
SS 1926	7	4	9	–
WS 1926/27	13	2	12	–
SS 1927	10	4	6	–
WS 1927/28	13	2	8	–
SS 1928	12	2	10	–
WS 1928/29	15	–	6	–
SS 1929	14	–	8	–

Tab. 4: Japanologische Diplomprüfungen von 1896 bis 1915

Jahr	Prüfungen	Namen der Prüflinge
1896/97	2	Referendar Dr. jur. Paul Brunn; Referendar Georg Luckey
1897/98	1	Referendar Dr. Gustav Specka
1898/99	3	stud. jur. Karl Vogt; stud. jur. Karl Mecklenburg; cand. jur. Alexander Fuehr-Weinert
1899/1900	2	stud. jur. Max Nedden; stud. jur. Rudolf Schott
1900/01	4	Referendar Erich Kloss; stud. jur. Hans Hiller; stud. jur. Rudolf Buttman; stud. jur. Paul Förster
1901/02	1	Walter Knoblauch
1903/04	3	Bernhard Beck; Hans Mahne-Mons; Edmund Simon
1904/05	1	Gustav Heinicke
1905/06	1	Oberleutnant Hugo Kaupisch
1906/07	5	stud. jur. Kurt Berger; stud. jur. Jakob Wolffsohn; stud. jur. Viktor Riesenfeld; stud. jur. Walter Dirks; stud. jur. Ernst Gierlich
1907/08 <sup>a</sup>	8	Regierungsbaumeister Walter Kaempff; stud. jur. Georg Krause; stud. jur. Erich Schmah; stud. jur. Kurt Sell; Oberleutnant Alexander v. Falkenhausen; Oberleutnant Werner Rabe v. Pappenstein; Oberleutnant Fritz Hartog; Oberleutnant Fritz Kämmerling
1908/09	2	stud. jur. Werner Kelm; stud. phil. Reinier Peelen
1909/10	5	Leutnant Kurt Rohde; Oberleutnant Wilhelm Solger; Oberleutnant Friedrich Krause; Fregattenkapitän z.D. Friedrich Blomeyer; stud. jur. Wilhelm Plage
1910/11	1	Oberleutnant Werner v. Zepelin
1911/12	3	stud. phil. Armin Kohlhepp; stud. jur. Hans Kolb; stud. jur. Lothar Siemon
1912/13	8	Hauptmann Friedrich Temme; Oberleutnant Friedrich Trautz; Oberleutnant Walter Kolshorn; Oberleutnant Friedrich Karmann; Leutnant Friedrich Hentschel; stud. jur. Bruno Senger; stud. jur. Theobald Bergmann; Referendar Dr. jur. Walter Röhn
1913/14	3	stud. jur. Oskar Büttner; stud. jur. Heinz Strahlenbrecher; stud. jur. Hans Thomsen
1914/15	1	stud. jur. Karl Benecke

- a. Im Jahre 1907/08 studierte auch der spätere Professor an der Pariser Sorbonne und Mitbegründer der Japanologie in den USA, S. Elisséief, Japanisch am SOS in Berlin.

Tab 5: Japanologisches Lehrverzeichnis des SOS 1887 bis 1936

1 = Sprache	11=Selekta
2 = praktische Übungen	12=Geographie
3 = Schreibübungen	13=Wirtschaft
4 = Lektüre	14=Geographie und Wirtschaft
5 = Schrift	15=Religion, Sitten, Gebräuche
6 = Grammatik	16=Handel, Verkehr
7 = Plakat-/ Reklamelekt.	17=Verfassung und Verwaltung
8 = Landeskunde	18=Handelsgesetzgebung
9 = Geschichte	19=Shintō
10=Literatur	20=Verwaltung und Recht

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	
1887/1888	X	X						X													
1911/1912	X	X									X	X									
1912/1913	X	X	X						X		X				X						
1913/1914	X	X	X								X	X				X					
1914/1915	X	X	X						X		X										
1917/1918	X	X	X						X		X										
1918/1919	X	X	X								X										
1919/1920	X			X							X			X	X						
1920/1921	X	X		X					X						X						
1921/1922	X	X							X					X							
1922/1923	X	X													X		X				
1923/1924	X	X							X					X							
1924/1925	X	X							X	X			X						X		
1925/1926	X	X							X												
1926/1927	X	X								X				X	X						
1927/1928	X	X	X						X	X					X				X		
1928/1929	X	X	X						X	X				X				X			
1930/1931	X	X	X						X	X		X						X			
1931/1932	X	X	X						X	X		X									X
1932/1933	X	X	X		X	X	X			X				X	X						
1933/1934	X	X	X		X				X	X								X			X
1934/1935	X	X	X						X	X					X						
1935/1936	X	X											X								

Tab 6: **Japanologisches Lehrverzeichnis der Auslandswissenschaftlichen Fakultät (1940 bis 1945)**

1940	Geschichte Japans von 1868 bis zur Gegenwart (SCHARSCHMIDT) Kultur und Staat der Tokugawa-Zeit (RAMMING) Übungen zur Biographie bedeutender japanischer Staatsmänner (SCHARSCHMIDT) Übungen zur wirtschaftlichen Lage der Samurai in der Tokugawa-Periode (RAMMING) Japanisch für Anfänger und Fortgeschrittene (THONAK) Zeitungslektüre (SCHARSCHMIDT) Praktische Übungen (MURATA) Schreibübungen (MURATA) Dolmetschübungen (MURATA) Übersetzungsübungen (MURATA)
1941 (Wintersemester)	Aktuelle politische und soziale Probleme in Japan (SCHARSCHMIDT) Verwaltung und Rechtsprechung in Japan (RAMMING) Die neue Struktur Japans (SCHARSCHMIDT) Der japanische Beamte (RAMMING) Japanisch für Anfänger und Fortgeschrittene (THONAK) Lektüre (SCHARSCHMIDT) Praktische Übungen (MURATA) Schreibübungen (MURATA) Übersetzungsübungen (MURATA)
1941 (Sommersemester)	Shintō – die Grundlage des staatspolitischen Denkens in Japan (SCHARSCHMIDT) Das japanische Erziehungswesen (RAMMING) Übungen zur japanischen Außenpolitik (SCHARSCHMIDT) Die neue Struktur auf dem Gebiet des Erziehungswesens (RAMMING) Japanisch für Anfänger und Fortgeschrittene (THONAK) Zeitungslektüre (SCHARSCHMIDT) Praktische Übungen (MURATA) Schreibübungen (MURATA) Dolmetschübungen (MURATA) Übersetzungsübungen (MURATA)
1942	Volkswirtschaft Japans (RAMMING) Landeskunde Ostasiens (SCHEIDL) Übungen zur Landeskunde Ostasiens (SCHEIDL) Praktische Übungen zur Volkskunde Japans (SCHARSCHMIDT) Übungen zur Wirtschaft Japans (SCHARSCHMIDT) Neueste Geschichte Japans mit besonderer Berücksichtigung der auswärtigen Beziehungen (RAMMING) Deutsch-Japanische Beziehungen anhand japanischer Texte (SCHARSCHMIDT) Praktische Übungen zur diplomatischen Terminologie (RAMMING) Übungen zu japanischen Handelsverträgen und Wirtschaftsabkommen (SCHARSCHMIDT) Japanisch für Anfänger und Fortgeschrittene (THONAK) Zeitungslektüre (SCHARSCHMIDT) Praktische Übungen (N.N.) Schreibübungen (N.N.) Dolmetschübungen (N.N.) Übersetzungsübungen (N.N.)

1943 (Wintersemester)	Einführung in die Volks- und Landeskunde (SCHARSCHMIDT) Japanische Rassenprobleme (RAMMING) Politische Anschauungen in der japanischen Geschichtsschreibung (DONAT) Landeskunde Stammjapans (SCHEIDL) Literatur (SCHARSCHMIDT) Sprache (THONAK, HAGA) Zeitungslektüre (SCHARSCHMIDT) Praktische Übungen (HAGA) Schreibübungen (HAGA) Praktische Übungen im Dolmetschen (HAGA)
1943 (Sommersemester)	Geschichte (SCHARSCHMIDT) Wirtschaftsgeschichte (RAMMING) Geschichte Ostasiens (DONAT) Typische Gestalten der politischen Führung in der japanische Geschichte (DONAT) Literatur (SCHARSCHMIDT) Sprache (THONAK, KAMITAKE) Zeitungslektüre (SCHARSCHMIDT) Praktische Übungen (SENZOKU) Schreibübungen (KAMITAKE) Praktische Übungen im Dolmetschen (KAMITAKE)
1944	Neueste Geschichte (SCHARSCHMIDT) Leben und Werk Natsume Sōsekis (SCHARSCHMIDT) Verwaltung und Recht (RAMMING) Staat und Gesellschaft (DONAT) Geistesgeschichte (DONAT) Erziehung und Volksbildung (RAMMING)  Sprache: a) Vorstufe: - Japanisch (THONAK, KAMITAKE) - Praktische Übungen (SENZOKU) - Schreibübungen (KAMITAKE) b) Hauptstufe: - Japanisch (WS: THONAK, KAMITAKE; SS: DONAT, KAMITAKE) - Praktische Übungen (SENZOKU) - Schreibübungen (KAMITAKE) c) Oberstufe: - Japanisch (KAMITAKE) - Praktische Übungen (SENZOKU) - Praktische Übungen im Dolmetschen (KAMITAKE) - Zeitungstexte (SCHARSCHMIDT) - Verfassungssprache (SCHARSCHMIDT) - Stilproben der Fachwissenschaft (DONAT)

1945	<p>Wirtschaftspolitik (DONAT)                  Geistesgeschichte (DONAT)                  Alltagsleben der Japaner (SCHARSCHMIDT)</p> <p>Sprache:</p> <p>a) Vorstufe: - Syntax (SCHARSCHMIDT)                  - Phonetik (JAKOB)                  - Japanisch (KAMITAKE)                  - Schreibübungen (KAMITAKE)                  - Praktische Übungen (SATŌ)                  - Lektüre <i>Tokuhon</i> (JAKOB)                  - Sprachliche Übungen zum Familienrecht (HAN)</p> <p>b) Hauptstufe: - Lektüre von Texten (DONAT)                  - Japanisch (KAMITAKE)                  - Praktische Übungen im Dolmetschen (KAMITAKE)                  - Dolmetschen schwieriger Umgangstexte (JAKOB)                  - Praktische Übungen (SATŌ)                  - Staatsrecht (HAN)                  - Einführung in die Handelssprache (ADLER)                  - Zeitungslesen (ADLER)                  - Wirtschaftliche Zeitungstexte (THONAK)</p>
------	--

Tab 7: Anzahl der japanologischen Lehrveranstaltungen 1940 bis 1945

Jahr	1940	1941	1942	1943	1944	1945
Anzahl der Fächer	10	14	15	14	18	19
davon Realia	4	8	9	8	6	3
davon Sprache	6	6	6	6	12	16

Tab. 8: Lehrkräfte der Japanisch-Klasse 1887 bis 1945

Rudolf LANGE	1887–1920	Sprache, Geschichte, Religion, Sitten und Gebräuche, Geographie, Handel und Verkehr
INOUE Tetsujirō	1887–1890	Sprache und Landeskunde
SENGA Tsurutarō	1890–1899	Sprache
TAJIMA Kinji	1899–1900	Sprache
MAKITA Rin'ichi	Sommersemester 1900	Sprache
IWAYA Sueo	1901–1902	Sprache
TSUJI Takahira	1902–1916	Sprache
ICHIKAWA Daiji	1905–1908	Sprache
Hermann PLAUT	1906–1909	Sprache
KANNO Yosuke	1908–1910	Sprache
USAMI Nōmuri	1914–1915	Sprache

Clemens SCHARSCHMIDT	1916–1943	Sprache, Geschichte, Literatur
KIMURA Kinji	1921–1922	Sprache
NARUSE Kiyoshi	1922/23	Sprache
TSUJI Tenjo	1923/24	?
ARAKI Honsen	1926–1928	Sprache
Friedrich Max. TRAUTZ	1927	?
KANOKOGI Kazunobu	1928	Kultur
SATŌ Kenzō	1928	Sprache
Martin RAMMING	1929–1945	Erziehung u. Volksbildung, Geographie, Kultur u. Staat der Tokugawa-Zeit, Landeskunde, Recht, Wirtschaft, Wirtschaftsgeschichte, Volkswirtschaft, Verfassung, Verfassungsgeschichte, Verwaltung, Zeitungswesen
MURATA Toyofumi	1934–1941	Sprache
Otto THONAK	1940–1945	Sprache
SCHEIDL (Vorname nicht bekannt)	1942–1943	Landeskunde
Walther DONAT	1943–1945	Sprache, ab 1944 Lehrstuhl für Volks- und Landeskunde Japans
KAMITAKE Masaji	1943–1945	Sprache
HAGA Mayumi	1943	Sprache
SENZOKU Tokayasu	1944	Sprache
Walther ADLER	1945	Sprache (Handel)
SATŌ Yutaka	1945	Sprache
Erich JAKOB	1945	Phonetik, Lektüre, Dolmetschen
HAN Chainam	1945	Sprache (Recht)

# JAPAN UND DIE PREUSSISCHE VERFASSUNG

ANDŌ Junko

## 1. EINLEITUNG

Als Vorbild der im Jahre 1889 verkündeten Meiji-Verfassung gilt allgemein die preußische Verfassung von 1850. In der Tat wurde die Meiji-Verfassung mit Hilfe deutscher Rechtsberater ausgearbeitet und weist formal Ähnlichkeit mit der preußischen Verfassung auf. Die Auslegung jedoch, die Japaner hätten, beeindruckt von der Machtpolitik Bismarcks und dem erfolgreichen Aufstieg Deutschlands zur europäischen Großmacht, die preußische Verfassung einfach übernommen, ist ebenso einseitig wie der Versuch, die politische Entwicklung Japans, die zum Militarismus und schließlich zum Zusammenbruch des Systems 1945 führte, auf die Affinität der Meiji-Verfassung zu der preußischen zurückzuführen.

Ein Volk mit einer langen Geschichte und einer kulturell tief verwurzelten Herrschaftstradition gibt nicht ohne weiteres seine überkommene Staats- bzw. Herrschaftsvorstellung auf und stellt sich mit der Verkündung einer neuen Verfassung auf ein vollkommen neues und kulturell fremdes konstitutionelles System um. Die Interaktion von westlichem Einfluß und einheimischer Rezeptionsgrundlage wirkte sich nicht nur auf die Gestaltung der Meiji-Verfassung aus, sondern auch nachhaltig auf die Entwicklung in der Verfassungswirklichkeit. Ausgehend von der anfänglichen Rezeption des westlichen Konstitutionalismus in Japan, gibt die folgende Ausführung einen Überblick über die Wahl der preußischen Verfassung als Vorbild der Meiji-Verfassung und über ihre Rezeption im Zusammenhang mit der japanischen Herrschaftstradition.

## 2. DIE REZEPTION DES WESTLICHEN STAATSWESENS

Die ersten, obgleich ungenauen Kenntnisse über die westlichen Staatsorgane schöpften die japanischen Gelehrten im Dienst des Shogunats bereits während der Isolationszeit aus importierten holländischen und chinesischen Büchern.<sup>1</sup> Doch erst in der *bakumatsu*-Zeit [Endzeit der Shogunats-herrschaft], als der zunehmende Geltungsverlust des Shogunats die Frage

---

<sup>1</sup> Zu den ersten japanischen Schriften mit solchen Wiedergaben gehören bei-

nach einer Regierungsreform zur Überwindung der innenpolitischen Krise aufwarf, wurde man auf das Parlament als eine westliche politische Institution aufmerksam. In dieser letzten Phase der Tokugawa-Herrschaft ging es noch nicht um die Rezeption der westlichen Verfassungsprinzipien als solche, sondern die Reformkonzepte sahen das Parlament als Forum zur Realisierung der Politik der sogenannten öffentlichen Diskussion (*kōgi* bzw. *kōron*) vor. Das Parlament bot somit die institutionelle Möglichkeit, die *tozama daimyō*<sup>2</sup> und ihre Vasallen auch an der politischen Entscheidung zu beteiligen. Dies bedeutete zwar nach über zweihundert Jahren das Ende der Alleinherrschaft des Hauses Tokugawa mit den ihm eng verbundenen *fudai daimyō*, aber als Chef der Exekutive und mit dem Vorsitz im Oberhaus, das als Daimyo-Versammlung konzipiert war, sollte der ehemalige Shogun weiterhin eine politisch exponierte Stellung im Land einnehmen.<sup>3</sup> Aus dem konstitutionellen Zusammenhang gerissen, diente das Parlament nach dem westlichen Vorbild lediglich als politisches Instrument, um den inneren Frieden wiederherzustellen und dadurch die Vormachtstellung des Hauses Tokugawa für die Zukunft zu sichern.

Nach der Meiji-Restauration jedoch war für die neue kaiserliche Regierung die Verfassungsgebung in zweifacher Hinsicht ein dringendes Anliegen geworden. Innenpolitisch bestand nach der Abschaffung des Tokugawa-Shogunats die Notwendigkeit, eine neue einheitliche Staatsorganisation zu schaffen und diese staatsrechtlich festzulegen. Gleichzeitig mußten dabei die westlichen konstitutionellen Kriterien berücksichtigt werden, damit die westlichen Staaten Japan als einen modernen Verfassungsstaat anerkannten. Diese Anerkennung bildete die Voraussetzung für die Revision der Ungleichen Verträge. Die restaurierte kaiserliche Regierung hatte sich von Anfang an die Wiedererlangung der vollen Souveränität, die das Tokugawa-Shogunat durch den Abschluß dieser Verträge verloren hatte, zum vorrangigen außenpolitischen Ziel gesetzt.

Bereits im Jahre 1868 unternahm sie den ersten Versuch, in das neue *dajōkan*-[Großer Staatsrat]System, das in Anknüpfung an den kaiserlichen Verwaltungsapparat der Nara-Zeit wieder eingerichtet wurde, das Prinzip der Gewaltenteilung nach amerikanischem Modell einzuführen.

---

spielsweise Kuchiki Masatsuna, *Taisei yochizu setsu* [Westliche Landeskunde], 1789; Aochi Rinsō, *Yochishi ryaku* [Eine kurze Landeskunde], 1827.

<sup>2</sup> Die *daimyō* waren die Territorialfürsten in der Tokugawa-Zeit. Als *tozama daimyō* wurden diejenigen bezeichnet, die die Hegemonie der Tokugawa erst nach der Schlacht von Sekigahara im Jahre 1600 anerkannten. Die *fudai daimyō* dagegen waren diejenigen, die bereits vorher zur Gefolgschaft gehörten.

<sup>3</sup> Siehe beispielsweise den Reformvorschlag von Nishi Amane, *Gidai sōan* [Besprechungsvorlage] (TANAKA 1991: 306–317).

Die *seitaisho* [Erlaß zur Regierungsform], die 1868 kurz nach der Verkündung der Fünf Kaiserlichen Eide erlassen wurde und die Richtlinie dieser Regierungsreform enthält, ist das erste offizielle Dokument verfassungsrechtlichen Charakters im modernen Japan.

### 3. DIE BEDEUTUNG PREUSSENS VOR 1881

So wie die außenpolitischen Beziehungen war die Rezeption des westlichen politischen Gedankenguts in den sechziger und siebziger Jahren ebenfalls angelsächsisch und französisch geprägt. Obwohl auch Preußen bereits im Jahre 1861 einen Freundschafts- und Handelsvertrag mit Japan geschlossen hatte, spielte Deutschland in Japan außenpolitisch zunächst nur eine geringe Rolle. Erst der Deutsch-Französische Krieg und die darauffolgende Reichsgründung erweckten das Interesse der Japaner an diesem Land. Zwei Jahre später hinterließ Preußen bei den Mitgliedern der Iwakura-Mission einen unerwartet positiven Eindruck:

Durch das Studium der Politik und der Sitten dieses Landes ist mehr zu gewinnen als durch das Studium der Verhältnisse in England oder Frankreich (KUME 1985: 293).

Im Gegensatz zum inzwischen demokratischen Frankreich, wo die Japaner die noch nicht aufgeräumten Barrikadenreste erlebten, schienen in Preußen sowohl politisch als auch sozial geordnetere Verhältnisse zu herrschen. Dieser Staat, der trotz verspäteter Industrialisierung durch einen militärischen Sieg über Frankreich die Bildung eines Nationalstaats herbeigeführt hatte und sich nunmehr unter die Großmächte einreihete, wies nicht nur historische Ähnlichkeit mit Japan auf. Vielmehr sahen die Japaner in ihm ihre politische Zielsetzung bestätigt, das Land erst einmal unter einer autoritären Staatsführung nach der Devise *fukoku kyōhei* [Reiches Land, starke Armee] zu modernisieren und zu stärken.

Während sich die Iwakura-Mission in Berlin aufhielt, ließ sich Kido Takayoshi (1833–1877), der die Verfassungen der besuchten Staaten studierte, von dem Diplomaten Aoki Shūzō (1844–1914) über die preußische Verfassung unterrichten und gab diesem den Auftrag, eine Verfassung für Japan zu entwerfen. Auch führte er ein Gespräch mit Rudolf von Gneist (KIDO 1985: 316).<sup>4</sup> Aoki überreichte Kido im Herbst 1873 seinen Verfassungs-

---

<sup>4</sup> Der Gesprächsinhalt ist zwar nicht bekannt, aber da Aoki ein Schüler Rudolf von Gneists war und Kido vorher in die westlichen Verfassungen und in das deutsche lokale Selbstverwaltungssystem eingeführt hatte, ist anzunehmen, daß der Besuch in diesem Zusammenhang stattfand.

entwurf *Dai Nihon seiki*, der in Anlehnung an die preußische Verfassung ausgearbeitet worden war (SAKANE 1970: 45–51, 57–63). Dieses Konzept jedoch blieb ohne Auswirkung auf die spätere Verfassungsdiskussion.<sup>5</sup>

Von der Erkundungsreise heimgekehrt, zogen es die Politiker aufgrund der im Westen gewonnenen Einsichten vor, von einer voreiligen Anpassung an die westlichen konstitutionellen Vorstellungen abzusehen. Statt dessen sollte ein gradueller Übergang zu einem der eigenen Tradition und dem Zeitgeist entsprechenden Verfassungsstaat vollzogen werden.

#### 4. DIE WAHL DES PREUSSISCHEN VORBILDS

Das Prinzip des Gradualismus ließ sich jedoch nicht lange aufrechterhalten. Nach der Spaltung der Regierung über die Korea-Frage im Herbst 1873 entstanden zwei Oppositionsbewegungen gegen die oligarchisch-autoritäre Führung der Regierung. Angeführt wurden diese von Politikern, die aus der Regierung ausgeschieden waren. Während die militante Richtung zwischen 1874 und 1877 in fünf größeren Aufständen gegen die Regierung rebellierte, forderte die politische Richtung, die sogenannte *jiyū minken undō* [Bewegung für Freiheit und Volksrechte], die Erweiterung des politischen Mitspracherechts durch die sofortige Einrichtung eines Parlaments. Dabei wurden ihre Forderungen mit westlichen Ideen der Freiheit sowie Menschen- und Grundrechten begründet. Verschiedene Gruppierungen innerhalb dieser Bewegung reichten Denkschriften und Petitionen zur Einberufung einer gewählten Volksvertretung und zur Verfassungsgebung ein. Angesichts der Krisensituation kam die Regierung im Jahre 1875 den politischen Forderungen mit einem vagen kaiserlichen Versprechen entgegen, in unbestimmter Zukunft eine Verfassung zu erlassen. Gleichzeitig gelang es ihr, die politische Opposition unter Anwendung von Repressionsmaßnahmen vorerst zurückzudrängen. Die innenpolitische Entwicklung nach der Niederschlagung des letzten bewaffneten Aufstandes 1877 jedoch führte zur Wiederbelebung der politischen Opposition. Betrug die Zahl der eingereichten Petitionen im Jahre 1874 noch 15, belief sie sich für das Jahr 1880, soweit bekannt, auf 88 (EMURA 1989: 455). Durch das Bekanntwerden einer Korruptionsaffäre im Jahre 1881 geriet die Regierung schließlich derart unter Druck, daß sie

---

<sup>5</sup> Dies geschah wohl deshalb, weil zum einen nach der Rückkehr der Iwakura-Mission innenpolitische Krisen (Korea-Krise, Bruch zwischen Ōkubo und Kido) die Verfassungsfrage zunächst verdrängten. Zum anderen verlor Aoki mit dem Tod Kidos 1877 den Auftraggeber seines Entwurfs und zugleich den Förderer in dieser Angelegenheit.

sich gezwungen sah, in einem kaiserlichen Edikt die Einrichtung eines Parlaments konkret für das Jahr 1890 anzukündigen. Darauf begann die Vorbereitung für die Verfassungsgebung.

Aus der Sicht der Meiji-Oligarchie bestand das Ziel der Verfassungsgebung in der Sicherung und Stärkung der politischen Autorität des Kaisers. Zwar wurde die Meiji-Restauration im Namen des Tenno vollzogen, aber nach jahrhundertelanger politischer Bedeutungslosigkeit nahm ihn das Volk kaum als einen politischen Entscheidungsträger zur Kenntnis. Es entsprach auch der Realität, daß sich die Kritik der Opposition nicht gegen den Tenno als einen selbst regierenden Monarchen richtete, sondern gegen die Regierung, die von der Satsuma-und-Chōshū-Oligarchie<sup>6</sup> dominiert wurde. Das Problem, mit dem die Regierung hinsichtlich der Verfassungsgebung konfrontiert wurde, bestand darin, daß die Mehrzahl ihrer Mitglieder aus dem unteren Samurai-Stand stammte. Dadurch konnten sie ihre politische Machtstellung nur als Bürokraten des persönlich regierenden Tenno legitimieren. Da aber in der damals stark englisch bzw. französisch beeinflussten Vorstellung der Japaner die Einrichtung eines Parlaments zwangsläufig den Parlamentarismus zur Folge hatte, trug die Verfassungsgebung nicht zur Stärkung der politischen Autorität des Tenno bei und bedeutete somit für die Oligarchie Machtverlust. Daß diese Befürchtung keineswegs unbegründet war, zeigen die Verfassungsentwürfe, die die Opposition in diesen Jahren veröffentlichte (EMURA 1989: 95–212). Sie stellten die Tenno-Herrschaft als solche zwar nicht in Frage, aber in der Thronfolgeregelung maßten sie der auf immer ununterbrochenen männlichen Linie des Kaiserhauses (*bansei ikkei*), die später in Verbindung mit der *kokutai*-Vorstellung die kaiserliche Herrschaft legitimierte, kaum Bedeutung bei (ANDO 1997). Der Volksvertretung wurde durchweg eine wesentlich stärkere Position als in der Meiji-Verfassung eingeräumt. Während die englisch beeinflussten Entwürfe mit einem Zweikammersystem und einer parlamentarischen Regierung sowie beschränktem Wahl- und Bürgerrecht aus heutiger Sicht eher gemäßigt liberale Züge aufwiesen, postulierten die französisch orientierten Vorschläge aus dem Lager der *jiyūtō* [Liberaler Partei] nicht nur uneingeschränkte Freiheitsrechte, sondern sahen das Recht zum bewaffneten Widerstand gegen eine Willkürherrschaft und das Recht zur Revolution vor. Ein Entwurf enthielt sogar die Möglichkeit einer plebiszitären Absetzung des Kaisers.<sup>7</sup>

---

<sup>6</sup> Die Oligarchie wurde so genannt, weil sie sich überwiegend aus ehemaligen Samurai der beiden Daimyate Satsuma und Chōshū zusammensetzte.

<sup>7</sup> Unter Punkt 8 im Kommentar zum Art. 1 der *Kenpō sōkō hyōrin* [Bemerkungen zum Verfassungsentwurf], der von Oda Tametsuna und anderen verfaßt wurde (EMURA 1989: 121).

Die Meiji-Oligarchie suchte daher eine verfassungsrechtliche Möglichkeit, den Übergang zur parlamentarischen Regierung zu verhindern. Nur so konnte sie ihre Machtstellung aufrechterhalten. In dieser Situation erkannte ein Bürokrat, der zugleich das Vertrauen Iwakura Tomomis (1825–1883) genoß, Inoue Kowashi (1843–1895), im deutschen Konstitutionalismus mit seiner Verbindung von monarchischem und repräsentativem Prinzip die Lösung. Seit seinem Eintritt in das Justizministerium 1871 hatte er sich mit westlichem Justizwesen befaßt. Dabei war er auch auf die preußische Verfassung aufmerksam geworden und hatte bereits 1875 eine von ihm selbst kommentierte Übersetzung davon veröffentlicht. Im Jahre 1881 arbeitete er dann im Auftrag Iwakuras mit Hilfe eines deutschen Rechtsberaters in japanischen Diensten, Hermann Roesler, die Grundausrichtung der künftigen japanischen Verfassung aus. Neben einem Hoheitsrechtskatalog, der inhaltlich weitgehend dem der preußischen Verfassung (Art. 44–51) entsprach, einem Zweikammersystem und den Hinweisen auf weitere unerläßliche Abschnitte wie die Rechte und Pflichten der Untertanen sah dieses Dokument bereits die Thronfolgeregelung in einem von der Verfassung getrennt zu erlassenden kaiserlichen Hausgesetz sowie die Weiterführung des Vorjahresbudgets im Konfliktfall vor.

In seiner Erläuterung kritisierte Inoue keineswegs den englischen Parlamentarismus. In Japan fehlten aber noch die Voraussetzungen dafür, nämlich etablierte politische Parteien. Nach dem monarchischen Prinzip hoffte er dagegen, trotz der Verfassungsgebung das Prinzip des Gradualismus hinsichtlich der Entwicklung der politischen Kultur in Japan aufrechterhalten zu können und weitere Möglichkeiten für später offenzulassen. Das sei besser, als alles auf einmal schnell voranzutreiben und es nachher zu bedauern bzw. das einmal Gegebene später wieder zurücknehmen zu müssen (INADA 1960: 476). Nachdem man sich in der Regierung über diese Verfassungsrichtlinie geeinigt hatte, wurde Itō Hirobumi (1841–1909) im Frühjahr 1882 zu Verfassungsstudien nach Europa entsandt.

## 5. ITŌS VERFASSUNGSSTUDIEN IN BERLIN UND WIEN

Aus heutiger Sicht mag erstaunlich sein, daß die Entsendung Itōs erst nach der Entscheidung für den deutschen Konstitutionalismus stattfand und nicht vorher; denn wenn die Grundausrichtung der künftigen Verfassung bereits feststand, scheint der Zweck einer solchen nachträglichen Studienreise fraglich. Darüber hinaus legt die Wahl der beiden renommierten Gelehrten Rudolf von Gneist in Berlin und Lorenz von Stein in Wien die Vermutung nahe, für die japanische Verfassung sei eine bereits

festgelegte verfassungspolitische Richtung bevorzugt worden. Diese Annahme trifft jedoch nicht zu. Folgende Fakten mögen dazu beitragen, den Sinn der Reise Itōs zu beleuchten.

Noch um 1880 war der Zugang zum Westen aufgrund sprachlicher wie praktischer Schwierigkeiten nur einer kleinen Elitegruppe möglich. Wurde erst einmal die erhebliche sprachliche Barriere überwunden, war damit noch lange nicht das Verständnis für die so andere Kultur gesichert.<sup>8</sup> Von einer allgemeinen systematischen Aufarbeitung der westlichen Wissenschaften war man noch weit entfernt. Gleiches galt auch für die westlichen Staatstheorien. Die Japaner waren damals noch nicht in der Lage, sich über die Kenntnisnahme unterschiedlicher westlicher Verfassungstypen hinaus mit vielfältigen Theorien auseinanderzusetzen.

Mit seinen Kenntnissen im westlichen, vor allem aber französischen Rechtswesen war Inoue Kowashi damals zweifellos eine Ausnahme. So gelang es ihm, die Grundzüge des deutschen Konstitutionalismus zur Sicherung der politischen Autorität des Tenno theoretisch zu erfassen. Um die Planung in die Praxis umzusetzen und die politische Führungsschicht dafür zu gewinnen, bedurfte es jedoch weiterer Studien. Dies war um so dringlicher, als selbst die Regierungsmitglieder nur über eine äußerst dürftige Vorstellung der politischen Systeme des Westens verfügten. Dazu seien zwei Auszüge aus den Briefen Itōs angeführt, der wenige Jahre später als erster Premierminister Japans die Gestaltung der Verfassung leiten sollte:

Ich bin erst drei Monate in Europa. Daher kann ich noch nicht viel gelernt haben. Aber zum Glück begegnete ich guten Lehrern, von denen ich über die Organisation des Staats, die Grundzüge der Politikwissenschaften und die Auslegung der Verfassung sowie des Völkerrechts informiert wurde. Dadurch habe ich immer wieder festgestellt, daß die deutschen Gelehrten die verschiedenen Bürgerrechte anders interpretieren als die englischen und französischen Gelehrten. [...] In England und Frankreich bildet der Führer der Partei, die im Parlament die Mehrheit hat, die Regierung. Man bezeichnet dies als parlamentarische Regierung. Für Deutschland ist das keineswegs der Fall, denn es handelt sich hier um eine reine Monarchie. Durch die Volksvertretung wird die Grundlage der [monarchischen] Regierung nicht erschüttert. Worauf die deutschen

---

<sup>8</sup> Fukuzawa Yukichi (1835–1901), der in den sechziger Jahren als Dolmetscher für die japanischen Gesandtschaften in den Vereinigten Staaten und in Europa gedient hatte, schildert diese Probleme sehr anschaulich in seiner Autobiographie (FUKUZAWA 1966).

Gelehrten Wert legen, ist, daß in einer Monarchie das Herrscherrecht eindeutig und vollständig erhalten bleibt.<sup>9</sup>

Nach der Hauptlehre der beiden Gelehrten läßt sich die Staatsorganisation im großen und ganzen in eine konstitutionelle Monarchie und in eine Republik unterscheiden [...] Handelt es sich um eine konstitutionelle Monarchie, muß der Monarch über der Legislative stehen. [...] Wenn die Herrscherrechte nicht vollständig sind, wird die Regierungsform selbst in einer Monarchie republikanisch. Hängt der Premierminister von der Mehrheit des Parlaments ab, ist sie republikanisch.<sup>10</sup>

Über solche teilweise ungenauen Grundkenntnisse der monarchischen Regierungsform im Unterschied zur parlamentarischen gehen die Feststellungen Itōs in den ersten Monaten in Europa nicht hinaus. Auch die Auswahl der deutschen Gelehrten scheint vor Itōs Abreise nicht getroffen worden zu sein. Obwohl der deutsche Gesandte in Japan das Auswärtige Amt bereits im Januar 1882 von dem geplanten Berlin-Aufenthalt Itōs und dem Zweck seiner Reise in Kenntnis setzte, enthalten seine Berichte nach Berlin keinen Hinweis auf Rudolf von Gneist als den von den Japanern erwünschten Lehrer.<sup>11</sup> Die Tatsache, daß Itō persönlich den Regierungsmitgliedern seine beiden Lehrer erst in seinen Briefen aus Europa als „große Gelehrte in der Gegenwart mit selbstverständlich umfangreichen Veröffentlichungen“<sup>12</sup> vorstellt, spricht ebenfalls dafür, daß die Auswahl vorher nicht feststand. Sowohl nach der Autobiographie von Aoki (SAKANE 1970: 235) als auch nach der Biographie von Itō Hirobumi (SHUNPOKŌ 1969: 270) war es Aoki, der von Gneist als Lehrer empfahl. Lorenz von Stein dagegen vermittelte ein Begleiter und Dolmetscher Itōs, Kawashima Jun, der ihn von seinem früheren Aufenthalt als japanischer Gesandtschaftsattaché in Wien her kannte (SHIMIZU 1971: 34–46).

Die meiste Zeit seines einjährigen Europa-Aufenthalts verbrachte Itō mit umfassenden staatswissenschaftlichen Studien bei Rudolf von Gneist und Lorenz von Stein. Während in Berlin nicht von Gneist persönlich, sondern dessen Schüler Albert Mosse für die Japaner die theoretische Unterweisung im Verwaltungsrecht und in der preußischen Verfassungsgeschichte übernahm, hielt in Wien von Stein persönlich Privatvorlesungen über die Geschichte, Theorie und Praxis der westlichen Staats-

---

<sup>9</sup> Brief an Yamada Akiyoshi von 17.8.1882 (SHUNPOKŌ 1969: 303–305).

<sup>10</sup> Brief an Iwakura vom 11.8.1882 (SHUNPOKŌ 1969: 297–298).

<sup>11</sup> Berichte vom 17.1., 23.2., 5.3., und 14.3.1882, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Japan 1,4, R 18605 (hiernach zit.: PA/AA).

<sup>12</sup> Brief an Iwakura vom 9.8.1882 (SHIMIZU 1971: 38).

Verwaltungslehre sowie über Gesellschaftslehre. Von Gneist dagegen führte Gespräche mit Itō, in denen er konkrete Ratschläge für die japanische Verfassung gab.<sup>13</sup>

Ihre Ausführungen enthielten zweifellos wichtige Anregungen und konkrete Ratschläge wie z.B. die Einrichtung eines Geheimen Staatsrats, die Schaffung einer nationalen geistigen Grundlage sowie die von der Verfassung getrennte Publikation des Wahlrechts, die später in Japan auch umgesetzt wurden. Die wichtigste Erkenntnis, die Itō durch seine Studien bei den beiden Gelehrten gewann, bestand indessen darin, daß er über den Unterschied zwischen dem parlamentarischen Regierungssystem und einem nach dem monarchischen Prinzip konzipierten konstitutionellen System gründlich aufgeklärt wurde. Zum Verständnis des deutschen Staatswesens trug auch das von den beiden deutschen Gelehrten vertretene Gedankengut bei, das im Staat, noch unter Einfluß Hegels, die Ordnungsmacht sah. Ebenso kam die Organismusauffassung des Staats, die Lorenz von Stein betonte, dem japanischen Politiker entgegen. Die darin dem Monarchen zugewiesene zentrale Bedeutung ließ sich auf die shintoistisch wie auch konfuzianisch beeinflusste Vorstellung eines Familienstaats übertragen, dem der Tenno als paternalistischer Herrscher vorstand. Nicht zuletzt hinterließen die Ausführungen Rudolf von Gneists auf Itō den nachhaltigen Eindruck, daß eine im Volk tief verwurzelte Staatsreligion zur Indoktrinierung moralischer Werte eine wichtige Voraussetzung für einen soliden Verfassungsstaat bilde. So berichtete er Iwakura, daß er in Deutschland das Wesentliche über den Aufbau des Staats gelernt habe, um das Hauptanliegen der japanischen Regierung zu erfüllen, nämlich die Grundlage des Kaiserhauses zu festigen. Auch habe er sich Prinzipien und Maßnahmen angeeignet, um gegen die englisch und französisch beeinflussten radikalliberalen Forderungen anzugehen.<sup>14</sup>

Itōs Studienerfolg bedeutete zugleich auch einen Gewinn für Deutschland. Der deutsche Gesandte in Japan, Theodor von Holleben, hebt in seinem Bericht an Bismarck den Aspekt der Bekehrung Itōs hervor:

---

<sup>13</sup> Mitschriften der Vorlesungen von Mosse (SHIMIZU 1971: 447–552) und von Stein (SHIMIZU 1971: 351–445) sind in japanischer Übersetzung erhalten. Von den Gesprächen Itōs mit von Gneist sind keine schriftlichen Aufzeichnungen überliefert. Nach einem Brief von Gneists an Karl von Eisendecker (PA/AA, Nachlaß Eisendecker 3/5 1.10., Bl. 181) kann man davon ausgehen, daß der Gesprächsinhalt im wesentlichen mit der Mitschrift des Gesprächs übereinstimmt, das von Gneist 1885/86 mit Prinz Fushimi führte. Sie wurde später übersetzt und unter dem Titel *Seitetsu Yumemonogatari* [Träumerei eines westlichen Philosophen] 1887 veröffentlicht (1928: 429–496).

<sup>14</sup> Brief an Iwakura vom 11.8.1882 (SHUNPOKŌ 1969: 296).

Graf Itō, ursprünglich in englischen Ideen erzogen und denselben auch noch heute im Stillen geneigt, hat auf seinen letzten Reise in Europa [...] die Vorzüge deutschen Wesens, insbesondere der preußischen Verwaltung, schätzen gelernt. Er ist der Überzeugung, daß die letztere am meisten geeignet ist für einen streng monarchischen Staat, wie es Japan ist und auch nach dem Jahr 1890 [...] bleiben soll, zum Vorbild zu dienen [...] Es ist zu hoffen und zu erwarten, daß es dem Grafen Itō an Geschick und Energie nicht fehlen wird, seine Stellung nach oben und nach unten zu wahren; einer gedeihlichen Entwicklung Japans sowie auch den deutschen Interessen in Japan kann damit nur gedient sein.<sup>15</sup>

## 6. DIE VERFASSUNGSRATSSCHLÄGE UND -GUTACHTEN DER DEUTSCHEN RECHTSBERATER

Nach seiner Rückkehr führte Itō zunächst wichtige Reformen im Hinblick auf die Verfassungsgebung durch. Anstelle des bisherigen *dajōkan* wurde ein modernes Kabinettsystem eingeführt. Außerdem wurde u. a. auch der Adelsstand neu strukturiert und um einen neugeschaffenen Verdienstadel erweitert. Mit dem Abschluß dieser organisatorischen Vorbereitungsarbeiten begann im Jahre 1886 die Ausarbeitung der Verfassung und der dazugehörigen Gesetze unter der Leitung des Premierministers Itō Hirobumi. Dem kleinen Stab von nur drei japanischen Mitarbeitern gehörte auch Inoue Kowashi an, dem der Entwurf der Verfassung oblag. Außer der Hinzuziehung zweier deutscher Rechtsberater im japanischen Dienst, Hermann Roesler und Albert Mosse, bei verfassungsrechtlichen Fragen, fand die Arbeit im geheimen statt.<sup>16</sup>

Hermann Roesler war, bevor er nach Japan kam, Professor der Staatswissenschaften an der Universität Rostock und nahm 1878 die Stelle eines Rechtsberaters für das japanische Außenministerium an. Weshalb damals die japanische Regierung als Nachfolger eines heimgekehrten amerikanischen Rechtsberaters einen Deutschen gesucht hat, ist nicht bekannt. Ebenfalls nicht mehr feststellbar ist, wie sein Kontakt mit Aoki Shūzō zustande kam. Jedenfalls war Roesler der neunte Kandidat, den der japanische Diplomat endlich für Japan verpflichten konnte (ITŌ 1976: 194). In den fünfzehn Jahren seines Japan-Aufenthalts arbeitete er als

---

<sup>15</sup> Bericht von Hollebens an Bismarck vom 14.4.1886, PA/AA Japan 1,6, R 18607.

<sup>16</sup> Die verfassungsrechtlichen Gutachten, die die beiden erstellten, sind in japanischer Übersetzung erhalten: Roesler (KNH 1979–1984: Bde. 1–9), Mosse (KNH 1988: Bd. 10).

einer der einflußreichsten ausländischen Rechtsberater. Bereits Anfang der achtziger Jahre erstellte er den Entwurf des ersten japanischen Handelsgesetzes, das aber erst nach seinem Tode, von den Japanern überarbeitet, im Jahre 1899 in Kraft trat. Bekannt ist Roesler heute vor allem durch seinen Beitrag zur Ausarbeitung der Meiji-Verfassung. Gleichwohl hatte seine Anstellung 1878 mit dieser Aufgabe nichts zu tun. Daß er dann 1881 bei der Festlegung der Verfassungsausrichtung von Inoue als Berater herangezogen wurde, hatte einen einfachen Grund. Roesler war nicht nur der erste, sondern im Jahre 1881 noch der einzige deutsche Rechtsberater im Dienst der japanischen Regierung.

Bei dem Berliner Landrichter Albert Mosse, der 1886 nach Japan kam, handelte es sich dagegen um eine gezielte Wahl. Als Schüler Rudolf von Gneists hatte er bereits in Berlin Kontakte mit Japanern und war seit 1879 Justitiar der japanischen Gesandtschaft. Zusammen mit seinem Lehrer betreute er immer wieder Japaner, darunter auch, wie bereits erwähnt, Itō Hirobumi, die nach Berlin kamen, um das deutsche Staats- und Rechtswesen zu studieren. Der vorrangige Zweck seiner Berufung bestand in der Ausarbeitung eines lokalen Verwaltungssystems nach preußischem Vorbild. Sein Lehrer war schließlich damals in Deutschland die Autorität auf dem Gebiet der Selbstverwaltungslehre. Im Auftrag des Innenministers entwarf Mosse die Gemeinde- und Städteordnung sowie die Kreis- und Präfekturordnung. Daher erinnert man sich in Japan an Mosse als *Vater der Gemeindeordnung*. Daneben wurde auch er als Berater in Verfassungsfragen herangezogen.

Die Ratschläge und Gutachten der deutschen Gelehrten bzw. Juristen für eine Verfassung waren inhaltlich nicht aufeinander abgestimmt. Das hatte zur Folge, daß, abgesehen vom monarchischen Prinzip, das der Beratung generell zugrunde lag, jeder seine eigenen staatstheoretischen Ideen und Auffassungen bzw. verfassungspolitische Ansichten in seine Stellungnahmen einbrachte. Dadurch wiesen sie nicht nur Gemeinsamkeiten, sondern auch erhebliche Differenzen auf.

Nach seiner Rechtsstaatslehre sah Rudolf von Gneist das Hauptübel des Verfassungsstaats in der Abhängigkeit der Bürokratie von den gesellschaftlichen Interessengruppen. Um diesen Mißstand abzustellen, befürwortete er die Einrichtung eines überaus mächtigen Staatsrats, den er dem selbst regierenden Monarchen unterstützend zur Seite stellte. Die Zuständigkeit dieses Verfassungsorgans war jedoch nicht auf die rechtsstaatliche Kontrolle der Exekutive und auf die Beratung der Gesetzesvorlagen beschränkt, sondern er stimmte darüber hinaus die Tätigkeit der Ministerien untereinander ab und förderte die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Oberhaus. Mithin stellte der Staatsrat mit seinen umfassenden Kompetenzen gleichsam eine Koordinierungsstelle für die

Regierungstätigkeit dar, so daß den Ministern mehr oder weniger eine dem Staatsrat untergeordnete und ausführende Funktion zukam.

Lorenz von Stein dagegen lehnte eine Einrichtung wie den Staatsrat in einem modernen Verfassungsstaat ab. Nach seiner Lehre von einem Königtum der sozialen Reformen stand die Exekutive zwar in enger Verbindung mit dem Königtum und somit über den gesellschaftlichen Klassengegensätzen, war aber in seiner Tätigkeit eigenständig. Das Hoheitsrecht der Ernennung und Entlassung der Minister diente dabei zur Wahrung ihrer Unabhängigkeit von den Mehrheitsverhältnissen im Parlament.

Bezüglich der parlamentarischen Rechte, insbesondere des Budgetrechts, vertraten die beiden Gelehrten weitgehend den gleichen Standpunkt, wobei allerdings von Gneist vom rechtsstaatlichen Aspekt her argumentierte, von Stein vom politischen her. Um einen Budgetkonflikt erst gar nicht aufkommen zu lassen, empfahl von Stein den Japanern, die Einnahmen noch vor der Verfassungsgebung gesetzlich festzulegen. Die notwendigen Ausgaben durfte das Parlament nicht ablehnen, dem somit der Haushaltsplan nur bei Änderungen zur Beratung vorgelegt wurde. Dadurch reduzierte sich das Konfliktpotential. Obwohl auch von Gneist die Einschränkung der parlamentarischen Rechte befürwortete, räumte er dem Parlament dennoch außer dem Bewilligungsrecht für neue Steuern und die Aufnahme von Anleihen das Ausgabenbewilligungsrecht ein. Im Konfliktfall war dann die Regierung befugt, gesetzmäßige Ausgaben auch ohne Haushaltsgesetz zu bestreiten. Diese scheinbar regierungsfreundliche Konfliktlösung wurde aber dadurch relativiert, daß sie wiederum den Grundsatz der Regierungstätigkeit nach Gesetzen voraussetzte. Ohne Mitwirkung des Parlaments kam schließlich kein Gesetz zustande.

Nicht nur zwischen dem altliberalen Rudolf von Gneist und dem sozialkonservativen Lorenz von Stein gab es Differenzen. Hermann Roesler und Albert Mosse vertraten sogar verfassungspolitisch gegensätzliche Standpunkte. Roesler, ein ehemals lutherischer Protestant, der zum Katholizismus konvertiert war und eine eigentümliche heilsgeschichtliche Weltanschauung vertrat, legte das monarchische Prinzip stark konservativ aus und sah in seinem Verfassungsentwurf für Japan sogar scheinverfassungspolitische Konstruktionen vor, die der Exekutive größeren Handlungsspielraum sichern sollten (ANDŌ 2000: 125–130, 138–145). Mosse hingegen vertrat gemäßigt linksliberale Anschauungen. Dementsprechend erhielten die Japaner, die den beiden in den wesentlichen Punkten gleiche Fragen stellten, verschiedene, nicht selten einander widersprechende Antworten. Ihre Gegensätze kamen besonders in ihren Stellungnahmen zur Ministerverantwortlichkeit, zum Budget- und zum Notstandsrecht zum Ausdruck.

In seinen Gutachten setzte Roesler einen persönlich regierenden Monarchen auch für Japan voraus. Den Ministern wurde die Eigenständigkeit in ihrer Tätigkeit abgesprochen. In ihnen sah Roesler lediglich vom Monarchen abhängige Fürstendiener, deren Aufgabe es war, dessen Anordnungen auszuführen. Die Ministerverantwortlichkeit bestand deshalb allein dem Monarchen gegenüber. Aufgrund der Unverletzlichkeit des Monarchen übernahmen zwar die Minister durch die Gegenzeichnung die Verantwortung für die Regierungsakte, aber der Ministerverantwortlichkeit maß Roesler nur eine verhältnismäßig geringe Bedeutung bei. Eine Ausnahme bildet die juristische Verantwortung, bei der er theoretisch die Ministeranklage vor dem Obersten Gericht zuläßt (KNH Bd. 1, Nr. 50 und 52; Bd. 6, Nr. 327).

Mosse, der die Auffassung von der Staatssouveränität vertrat, räumte dagegen den Ministern Eigenständigkeit gegenüber dem Monarchen ein, indem sie die Möglichkeit hatten, die Gegenzeichnung zu verweigern und gegebenenfalls das Amt niederzulegen. Daraus resultierte die Ministerverantwortlichkeit, die nicht dem Monarchen gegenüber bestand, sondern dem Staat als Gesamtheit aus Fürst und Volk. In einer konstitutionellen Monarchie war der Monarch, dem das Hoheitsrecht der Ernennung und Entlassung der Minister zustand, verpflichtet, die Minister anstelle des abstrakten Staates zur Verantwortung zu ziehen. Mosses Auffassung vom Verhältnis zwischen Monarch und Minister lag somit die klassische konstitutionelle Konstruktion zugrunde, nach der das Hoheitsrecht zur Ernennung und Entlassung der Minister und die ministerielle Gegenzeichnung den gegenseitigen Kontrollmechanismus innerhalb der Exekutive bildeten (KNH Bd. 1, Nr. 50, 52).

Hinsichtlich des Budgetrechts waren sowohl Roesler als auch Mosse bereit, dem Parlament Einnahmewilligungsrecht zu gewähren, wobei sie es auf die Bewilligung neuer Steuern und Anleihen sowie Veräußerung von Staatsvermögen beschränkten. Ebenfalls einig waren sie darin, daß sie dem japanischen Parlament das Ausgabenbewilligungsrecht vorenthalten wollten, allerdings mit unterschiedlichen Begründungen. Während Mosse diesen Vorschlag mit der allgemein noch ungenügenden politischen Bildung in Japan rechtfertigte und seinen rigorosen Vorschlag halben Zugeständnissen vorzog (KNH Bd. 3, Nr. 145), stand nach Roesler dem Parlament dieses Recht praktisch nicht zu. Gesetzmäßige Ausgaben sowie solche, die zur Ausübung der Hoheitsrechte notwendig waren, bedurften keiner parlamentarischen Bewilligung. In diesem Zusammenhang setzte er sich ausdrücklich für die Aufnahme eines Hoheitskatalogs in die Verfassung ein, was wiederum Mosse in einer Verfassung nach dem monarchischen Prinzip für überflüssig hielt (KNH Bd. 1, Nr. 9). Bezüglich der Lösung im Falle eines Budgetkonflikts gingen ihre Vor-

schläge ebenfalls auseinander. Roesler setzte sich für die kaiserliche Entscheidung ein (KNH Bd. 3, Nr. 139, 141, 144). Obwohl Mosse persönlich, im Gegensatz zu seinem Lehrer Rudolf von Gneist, die Bestreitung selbst der gesetzmäßigen Ausgaben ohne Haushaltsgesetz für verfassungswidrig hielt, schlug er in Anbetracht der politischen Verhältnisse in Japan die Weiterführung des Vorjahreshaushalts als Kompromißlösung vor (KNH Bd. 3, Nr. 145, 150).

Diente schließlich das Notstandsrecht bei Roesler zur Erweiterung des exekutiven Handlungsspielraums, forderte Mosse die konkrete Einschränkung des Anwendungsfalles, um dem Mißbrauch dieses Rechts durch die Exekutive vorzubeugen (KNH Bd. 1, Nr. 12, 17, 18, 20). Roesler legte darüber hinaus den Japanern nahe, die Möglichkeit vorzusehen, das Notverordnungsrecht auch auf Finanzen anzuwenden. Verweigerte dann das Parlament die nachträgliche Genehmigung einer finanziellen Notverordnung mit Gesetzeskraft, lag die Entscheidung wiederum beim Tenno. Eine Notverordnung in Finanzangelegenheiten lehnte Mosse kategorisch ab, so daß für ihn ein Konfliktfall in diesem Zusammenhang erst gar nicht zur Diskussion stand (KNH Bd. 3, Nr. 157).

## 7. DIE REZEPTION UND DIE VERFASSUNGSWIRKLICHKEIT

Aus diesen erheblich voneinander abweichenden verfassungsrechtlichen Ansichten der deutschen Berater lassen sich zwei Schlüsse ziehen. Zum einen bestätigen sie die Annahme, daß es bei der Wahl dieser Juristen seitens der japanischen Regierung tatsächlich keine bevorzugte verfassungspolitische Richtung gab. Vielmehr wurden den Japanern erst durch die Differenzen die Vielfalt der Lehrmeinungen und somit der Auslegungsspielraum des deutschen Konstitutionalismus deutlich. Daraus folgt zum anderen, daß es die japanischen Verfassungsväter waren, die in den strittigen Punkten darüber entschieden, welche Auffassung der künftigen japanischen Verfassung zugrunde gelegt wurden.

Bei der Ausarbeitung diente nicht nur die preußische Verfassung als Vorbild. Es wurden auch die von Bayern (1818), Württemberg (1819), Sachsen (1831), Baden (1818) sowie von Österreich (1867) und nicht zuletzt die Reichsverfassung (1871) herangezogen. Darüber hinaus informierte man sich zum Vergleich über Verfassungen anderer europäischer Staaten wie England, Frankreich, Belgien, der Niederlande, Italien, Spanien, Portugal, Schweden und Dänemark (INADA 1962: 891f).

Die am 11. Februar 1889 verkündete Meiji-Verfassung zeichnet sich durch ihren zwiespältigen Charakter aus, in dem traditionalistisch-monarchische Elemente mit modernen konstitutionellen Ideen verbunden sind.

Die Präambel rechtfertigt die Oktroyierung der Verfassung unter Hinweis auf den Mythos der seit der göttlichen Reichsgründung auf immer ununterbrochenen Erbfolge und auf das seit jeher unveränderte Tenno-Untertan-Verhältnis. Er ist der Souverän und erläßt die Verfassung aus freiem Willen zum Wohl seines Volkes. In diesem Sinne gelobt er für sich und seine Nachkommen, künftig die Verfassung einzuhalten. Die Initiative zur Verfassungsänderung wird ausdrücklich dem Tenno vorbehalten. Durch die Bestätigung im Artikel 73 der Verfassung wird dieses Vorrecht rechtskräftig.

In Art. 1 wird nicht nur die Herrschaft, sondern auch ausdrücklich die Regierung durch den Tenno mit dem Hinweis auf die ununterbrochene Erbfolge verfassungsrechtlich bestätigt. Der Art. 2 beschränkt die Thronfolge auf männliche Nachkommen. Über diesbezügliche weitere Bestimmungen wird auf das kaiserliche Hausgesetz verwiesen. Die Erklärung der Heiligkeit und der Unverletzlichkeit des Monarchen in Art. 3, einem Artikel, der im 19. Jahrhundert auch in europäischen konstitutionellen Monarchien nichts Ungewöhnliches darstellte, wurde im Sinne der *kokutai*-Vorstellung<sup>17</sup> als Bestätigung der Göttlichkeit des Tenno aufgefaßt. Daran schließt sich in Art. 4 die auch damals in deutschen Verfassungen übliche Erklärung des monarchischen Prinzips, nämlich daß der Tenno die Herrschaftsgewalt in sich vereinige.<sup>18</sup>

Eine Eigenart des neuen Verfassungsstaates war auch das sogenannte Prinzip der Autonomie des Kaiserhauses, worauf in Art. 74 Bezug genommen wurde. Das kaiserliche Hausgesetz, das u. a. die Angelegenheiten des kaiserlichen Hauses einschließlich der Thronfolge und der Regentschaft regelte, existierte gleichrangig neben der Verfassung. Diese dualistische Rechtsordnung sicherte dem Tenno eine verfassungsrechtlich nicht gebundene Sphäre und stellte ihn, den Gottkaiser, dadurch außerhalb der Reichweite des Parlaments.

Doch abgesehen von den ersten Artikeln erfüllte die Meiji-Verfassung insgesamt die konstitutionellen Kriterien, auch wenn sie ein vorkonstitutionelles Element wie den Geheimen Staatsrat als ein Verfassungsorgan zuließ. Die später als autoritär bzw. scheinkonstitutionell kritisierten Hoheitsrechte sowie die Gesetzesvorbehalte bei der Gewährung der Grundrechte stellten für die damalige Zeit keine Besonderheit dar. Vergleicht man Roeslers und

---

<sup>17</sup> *Kokutai* bedeutet eigentlich nur „Staatsform“ bzw. „Staatskörper“. Seit dem 19. Jahrhundert bezeichnete man damit zunehmend die als einzigartig verstandene staatliche Verfassung Japans. Sie basiert auf der Vorstellung, daß sich das Herrschaftsverhältnis zwischen dem göttlichen Tenno und dem loyalen Volk seit der mythologischen Reichsgründung auf immer und unverändert fortsetzen würde.

<sup>18</sup> Gerade dieser Artikel fehlte aber in der Preußischen Verfassung, der die belgische als Vorbild gedient hatte.

Mosses Gutachten mit der Meiji-Verfassung, so ist es offensichtlich, daß letzterer mit dazu beitrug, die Exekutive mehr einzuschränken und die japanische Konstitution schließlich liberaler zu gestalten als sie allein unter dem Einfluß Roeslers ausgefallen wäre. Die Ausübung der Verordnungsrechte, vor allem der Notstandsrechte, wurde an konkretere Bedingungen gebunden, als es bei Roesler der Fall war. Auch nahmen die Japaner sowohl im Falle eines Budgetkonfliktes als auch in Verbindung mit dem finanziellen Notstandsrecht von einer kaiserlichen Entscheidung Abstand.

Diese vergleichsweise liberale Gestaltung der Meiji-Verfassung durch die Japaner hing mit der traditionellen Herrschaftsauffassung zusammen, und zwar mit dem konfuzianischen Ideal der „Herrschaft durch Tugend“ (*tokuchi*). Diese Lehre, bekannt auch durch die Idee des Himmelsmandats, beinhaltet Aspekte, die zwar nicht uneingeschränkt, doch durchaus mit den westlichen konstitutionellen Prinzipien vergleichbar sind. Bei der Herrschaftslegitimation durch ein Himmelsmandat geht es um nichts anderes als um die politische Verantwortlichkeit des Herrschers. Dadurch schließt die *tokuchi*-Lehre theoretisch eine Willkürherrschaft aus und fordert die Normativität der Herrschaft. Der grundlegende Unterschied zum westlichen Konstitutionalismus besteht darin, daß es sich dabei nur um eine Selbstbindung des Herrschers an seine von ihm selbst erlassenen Gesetze handelt. Gesetze als Ausdruck des Volkswillens kennt die konfuzianische Lehre nicht.

Die Mitschrift der Verfassungsberatung im Geheimen Staatsrat zeigt, daß die Ministerverantwortlichkeit und die Ministeranklage von nicht wenigen Japanern im konfuzianischen Sinn aufgefaßt wurde und mit dem Hinweis auf die eigene Herrschaftstradition Befürworter fand (SHIMIZU 1940: 295–312).<sup>19</sup> Die *tokuchi*-Lehre barg somit als Rezeptionsgrundlage positive und negative Momente in sich. Wirkte sie vor allem positiv auf die Beschränkung der monarchischen Regierungsgewalt, so waren dagegen dem Verständnis der Menschen- und Bürgerrechte Grenzen gesetzt.

War somit das Verständnis der politischen Machtausübung traditionell konfuzianisch geprägt, wurde die Tenno-Herrschaft als solche shintoistisch-mythologisch legitimiert. Nach der *kokugaku* [Nationale Lehre], einer Mitte der Tokugawa-Zeit entstandenen, national ausgerichteten Schule, verkörperte der Tenno als Abkömmling der Sonnengöttin die absolute Autorität. Im Gegensatz zur *tokuchi*-Lehre setzte die *kokugaku* eine absolutistische Tenno-Herrschaft voraus.

---

<sup>19</sup> Aus dieser Mitschrift *teikoku kenpō seitei kaigi* (SHIMIZU 1940) geht hervor, daß selbst die Mitglieder des Geheimen Staatsrats, der zum Zweck der Verfassungsberatung einberufen wurde, mit wenigen Ausnahmen nur über geringe Kenntnisse der westlichen konstitutionellen Prinzipien verfügten.

Vor der Restauration stimmten diese unterschiedlich definierten Legitimationen der beiden traditionellen Herrschaftsvorstellungen durch die Delegation der politischen Autorität auf die Shogunate einerseits und durch die Existenz des Tenno als geistig-moralische Autorität andererseits in Theorie und Praxis überein. Im neuen Einheitsstaat vereinte jedoch der Tenno wieder beides in sich. Die kaiserliche Unverletzlichkeit aber verlangte, daß er sich weiterhin traditionsgemäß der Politik entzog.

Bei der Gestaltung der Meiji-Verfassung handelte es sich daher um ein äußerst komplexes Unterfangen, wobei man zum einen die aktuellen innen- und außenpolitischen Faktoren einkalkulieren, zum anderen aber auch den einheimischen Herrschaftsvorstellungen Rechnung tragen mußte. Als Ergebnis wurde zwar die Meiji-Verfassung juristisch-technisch weitgehend den westlichen konstitutionellen Kriterien entsprechend gestaltet, aber ihre Umsetzung, d.h. die Verfassungswirklichkeit, wurde stark von den ambivalenten traditionellen Herrschaftsvorstellungen beeinflusst.

Dementsprechend wich die Verfassungswirklichkeit gravierend von der positivrechtlichen Konstruktion der Verfassung ab. Die größte Abweichung lag darin, daß trotz des postulierten monarchischen Prinzips der Tenno traditionsgemäß politisch nicht in Erscheinung trat. Dadurch fehlte in diesem konstitutionellen System die entscheidende politische Macht, deren Aufgabe es gewesen wäre, die Integration und den Ausgleich der divergierenden Interessen herbeizuführen. Ohne den monarchischen Rückhalt war eine überparteiliche Regierung auf Dauer nicht zu halten. Um dennoch die Einflußnahme der politischen Parteien auf die Kabinettsbildung abzuwehren, wurde die Staatsgewalt auf zum Teil vorkonstitutionelle Elemente wie den Geheimen Staatsrat sowie die *genrō*<sup>20</sup> verteilt. Langfristig sollte die in diesem Zusammenhang vorgenommene Gleichberechtigung aller Minister einschließlich des Premierministers fatale Folgen haben. Sie eröffnete den Militärs die Möglichkeit, über die Heeres- und Marineminister nicht nur auf politische Entscheidungen der Regierung einzuwirken, sondern auch die Regierungsbildung selbst zu beeinflussen.

Gelang es den *genrō* in den ersten fünf Jahren noch, das Prinzip der Überparteilichkeit (*chōzenshugi*) aufrechtzuerhalten, begann bereits 1896 die Zusammenarbeit zwischen der Bürokratie und den politischen Partei-

---

<sup>20</sup> Es handelte sich dabei um eine Gruppe von neun Männern, die aufgrund ihrer Verdienste beim Aufbau des Meiji-Staats vom Tenno mit diesem Titel ausgezeichnet wurden. Sie bildeten einen außerverfassungsmäßigen, dennoch allseits anerkannten und dadurch gleichsam institutionalisierten Beirat des Tenno.

en bei der Regierungsbildung. Im Zuge des allgemein in der Taishō-Ära herrschenden liberal-demokratischen Klimas (Taishō-Demokratie) führte sie dann zur Realisierung der ersten parlamentarischen Regierung nach dem Ersten Weltkrieg. Zwischen 1924 und 1932 folgten ausschließlich parlamentarische Regierungen. Als die Militärs aber zu Beginn der Shōwa-Ära – d.h. der 1926 beginnenden Regierungszeit Kaiser Hirohitos – dazu übergingen, sich in der Verfolgung ihrer Expansionspolitik zu verselbständigen, hatte die Regierung keine Handhabe, sie politisch einzubinden. Die politischen Parteien waren dazu nicht in der Lage. Im Jahre 1932 setzten die Militärs schließlich der parlamentarischen Regierung ein Ende. Mit dem Gesetz zur Generalmobilmachung 1938 und der Selbstauflösung der politischen Parteien 1940 wurde die Meiji-Verfassung gleichsam außer Kraft gesetzt.

Ermöglichten gerade die dem Meiji-Staat immanenten Widersprüche in Theorie und Praxis die liberale Entwicklung hin zur Realisierung der parlamentarischen Regierung, scheiterte schließlich das System 1945 am gleichen Umstand.

## 8. DIE REZEPTION DES DEUTSCHEN RECHTS

In den ersten Jahrzehnten der Meiji-Ära dominierte der Einfluß des französischen Rechts in Japan. Entscheidend für die Hinwendung zu Deutschland und die Umorientierung vom französischen zum deutschen Recht bei den Kodifikationen war zweifellos die 1881 beschlossene Ausrichtung der Meiji-Verfassung an dem deutschen Konstitutionalismus. Die Zahl der deutschen Rechtsberater im japanischen Dienst nahm in den achtziger Jahren auffallend zu.<sup>21</sup> Das japanische Justizministerium war aber bis in die neunziger Jahre hinein durchgehend französisch orientiert.

Ende der siebziger Jahre wurde mit Hermann Roesler der erste deutsche Rechtsberater eingestellt. Im März 1881 erhielt er den Auftrag, ein Handelsgesetzbuch (HGB) für Japan zu entwerfen. Obwohl dieser Auftrag in dasselbe Jahr wie die Entscheidung für das deutsche Vorbild für die japanische Verfassung fiel, lautete er, unter Berücksichtigung der Handelsgesetze verschiedener Länder ein normatives Handelsrecht auszuarbeiten (Itō 1976: 202). Von einem Entwurf nach deutschem Modell war nicht die Rede. Dementsprechend konsultierte Roesler rechtsvergleichend nicht nur deutsche, sondern ebenso französische, spanische, holländische und italienische Handelsgesetzbücher, aber auch die entsprechenden englischen und amerikanischen Gesetze. Daraus entstand ein

---

<sup>21</sup> Über die deutschen Rechtsberater im japanischen Dienst siehe SCHENK (1997).

nach dem französischen Muster gegliederter Entwurf, der sich aber aus Gesetzen verschiedener Länder zusammensetzte, wobei die deutsche Gesetzeslage vergleichsweise stärker berücksichtigt wurde (ITO 1976: 202–204).<sup>22</sup> Roeslers Handelsgesetzbuch wurde zwar 1890 zusammen mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) verkündet, aber wegen des Kodifikationsstreits, der um das BGB entbrannt war, wurde auch die Inkraftsetzung des Handelsgesetzbuchs ausgesetzt. Erst nach einer Überarbeitung der Roeslerschen Fassung nach dem Vorbild des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuchs von 1861 wurde das erste japanische Handelsgesetzbuch im Jahre 1899 erneut verkündet und trat im selben Jahr in Kraft (MURAKAMI 1974: 51).

Dem vom Justizministerium präsentierten Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB), das zusammen mit dem Handelsgesetzbuch 1890 zunächst verkündet und dann zurückgenommen wurde, lag der Code civil zugrunde.<sup>23</sup> Während der vermögensrechtliche Teil von einem französischen Rechtsprofessor im japanischen Dienst, Gustave Emile Boissonade de Fontarabie (1825–1910), entworfen wurde, oblag die Ausarbeitung des familien- und erbrechtlichen Teils japanischen Beamten, die in der französisch orientierten juristischen Lehranstalt ausgebildet worden waren. Beim Kodifikationsstreit, der auf die Publikation folgte, ging es vor allem um den letzteren Teil. Die englische Schule warf dem BGB die Vernachlässigung der eigenen Tradition sowie der Gewohnheiten und die einseitige Übernahme der fremden, d.h. naturrechtlichen Rechtsauffassung vor. Dieser Streit verschärfte sich indessen auch dadurch, daß die Veröffentlichung der BGB in eine Zeit fiel, in der seit Ende der achtziger Jahre in Reaktion auf die forcierte Verwestlichung eine fremdenfeindliche Stimmung in Japan herrschte. Die von Hozumi Yatsuka (1860–1920) vertretene nationalistische Auslegung der inzwischen verkündeten Meiji-Verfassung und das im Oktober 1890 erlassene kaiserliche Erziehungsedikt (*kyōiku chokugo*), in dem die konfuzianischen Werte der Loyalität und die Idee des Familienstaats gepriesen wurden, trugen mit zur Kritik an diesem BGB bei. So blieb es beim Kodifikationsstreit nicht bei einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung zwischen der englischen und der französischen Schule, sondern er wurde zum Politikum.

Trotz der Kritik an der Ausrichtung am ausländischen Recht waren die streitenden Parteien sich aber in bezug auf den vermögensrechtlichen

---

<sup>22</sup> Nach NAKAMURA (1971: 82), der mehr den französischen Einfluß auf Roeslers Entwurf betont, hat Roesler sein HGB weitgehend auf das französische Recht abgestimmt, weil parallel dazu ein Bürgerliches Gesetzbuch auf der Grundlage des französischen Rechts ausgearbeitet wurde.

<sup>23</sup> Zur Kodifikation des bürgerlichen Rechts siehe KITAGAWA (1970).

Teil darüber einig, daß er sich im Hinblick auf die Vertragsrevision an westlichen Rechtsgrundsätzen zu orientieren habe. Anstelle des französischen Rechts wurde nun das BGB von drei japanischen Rechtsprofessoren<sup>24</sup> unter Heranziehung der entsprechenden deutschen Kodifikationen überarbeitet.<sup>25</sup> Dennoch wiesen Hozumi und Ume die Annahme zurück, das neue BGB einseitig nach dem deutschen Recht ausgerichtet zu haben. Hozumi charakterisierte das BGB als ein Produkt der Rechtsvergleichung. Nach Ume wurde trotz der äußerlichen Ähnlichkeit zum deutschen im gleichen Maße auch das französische Recht berücksichtigt.<sup>26</sup>

Das Familien- und das Erbrecht dagegen wurden weitgehend nach der überlieferten japanischen Rechtsauffassung neugestaltet, wobei die Haus-Ideologie (*ie-seido*) mit einem rechtlich überaus stark ausgestatteten Hausvorstand eine bestimmende Rolle spielte. Nachdem der vermögensrechtliche Teil im Jahre 1896 und die übrigen Teile 1898 verkündet worden waren, trat das neue BGB im selben Jahr in Kraft.

Obwohl ein Teilentwurf einer Zivilprozeßordnung (ZPO) von Boissonade 1883 bereits vorlag, beauftragte die japanische Regierung Hermann Techow (1838–1909), der 1884 nach Japan kam, mit dem Entwurf einer ZPO nach deutschem Vorbild. Bei dem von Techow 1886 vorgelegten Entwurf handelte es sich nach eigenem Bekunden im wesentlichen um „eine Kompilation aus preußischen, deutschen und österreichischen Gesetzen und Gesetzesentwürfen, in der betreffenden Orts japanische Rechtsanschauungen und altüberlieferte Gewohnheiten Berücksichtigung gefunden haben“.<sup>27</sup> Zwar orientierte sich Techow dabei weitgehend an der deutschen ZPO von 1877, aber er bezog zum Teil auch diesbezügliche französische, amerikanische und englische Elemente in seinen Entwurf mit ein, die inzwischen in Japan rezipiert worden waren (NAKAMURA 1971: 79–80). Nach einer geringen Überarbeitung in der Kommission des Justizministeriums wurde die ZPO 1890 verkündet und trat 1891 in Kraft.

Das Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) wurde von Otto Rudorff (1845–1922) nach der Vorlage des deutschen GVG von 1877 entworfen. Dem im Jahre 1890 publizierten GVG fehlten aber Institutionen wie das Schöffengericht, Schwurgericht und die Kammer für Handelssachen. Dagegen

---

<sup>24</sup> Dies waren Hozumi Nobushige (1856–1926), der zur englischen Schule zählte, sowie Tomii Masaaki (1858–1935) und Ume Kenjirō (1860–1910, die der französischen Schule angehörten.

<sup>25</sup> Diese waren der erste Entwurf des deutschen BGB von 1888, Preußisches Allgemeines Landrecht, sächsisches BGB, österreichisches ABGB und das schweizerische Obligationsrecht (MURAKAMI 1974: 49–50).

<sup>26</sup> KITAGAWA (1970: 43) spricht von einem eklektischen und gemischten Typus der Rezeption fremder Rechte.

<sup>27</sup> Zit. nach SCHENK (1997: 292).

enthielt es Abschnitte, die die Justizverwaltung betrafen und die es nicht im deutschen GVG gab (NAKAMURA 1971: 81). Insofern wich das japanische vom deutschen Vorbild ab.

Ausnahmen in dieser Reihe bildeten das Strafgesetzbuch (StGB) und die Strafprozeßordnung (StPO). Sie waren noch vor dem Orientierungswechsel von Boissonade bearbeitet und bereits im Jahre 1882 in Kraft gesetzt worden. Dieses französisch geprägte StGB wurde 1907 durch ein an das deutsche Recht angelehntes, neues Gesetzbuch abgelöst. Die StPO dagegen blieb bis in die zwanziger Jahre hinein in Kraft. Erst 1924 wurde sie von einer ebenfalls deutsch orientierten neuen Fassung ersetzt.

Mit dem Abschluß der auf das deutsche Recht abgestimmten Kodifikationen in den neunziger Jahren begann in Japan die Blütezeit des deutschen Rechts und der deutschen Rechtswissenschaft.

#### LITERATURVERZEICHNIS

- ANDO, Junko (1997): Ausschluß der weiblichen Thronfolge nach der Meiji-Restauration in Japan. In: APEL, Ulrich *et al.* (Hg.): *Referate des 10. Deutschsprachigen Japanologentages vom 9. bis 12. Oktober 1996 in München*. CD-ROM. München: Japan-Zentrum der Ludwig-Maximilians-Universität, S. 23–32.
- Dies. (2000): *Die Entstehung der Meiji-Verfassung. Zur Rolle des deutschen Konstitutionalismus im modernen japanischen Staatswesen* (Monographien aus dem Deutschen Institut für Japanstudien der Philipp Franz von Siebold Stiftung, Bd. 27). München: iudicium verlag.
- EMURA, Ei'ichi (Red.) (1989): *Nihon kindai shisō taiki*, 9. *Kenpō kōsō* [Systematisch zusammengestellte Quellen zum modernen Denken in Japan. Bd. 9: Verfassungskonzepte], ann. und red. von Emura Ei'ichi. Tōkyō: Iwanami shoten.
- FUKUZAWA, Yukichi (1966): *The Autobiography of Yukichi Fukuzawa*. Revised translation by Eiichi Kiyooka. New York: Columbia University Press.
- INADA, Masatsugu (1960, 1962): *Meiji kenpō seiritsushi* [Geschichte der Entstehung der Meiji-Verfassung], 2 Bde., Tōkyō: Yūhikaku.
- ITŌ, Sumiko (1976): Roesureru shōhō sōan no rippōshiteki igi ni tsuite [Über die rechtsgeschichtliche Bedeutung des Roeslerschen Handelsrechtsentwurfs]. In: SHIGA, Shūzō *et al.* (Hg.): *Ishii Ryōsuke sensei kanreki shukuga hōseishi ronshū* [Studien zur Geschichte des Rechtswesens. FS für Ishii Ryōsuke zum Sechzigsten]. Tōkyō: Sōbunsha, S. 185–254.
- KIDO, Takayoshi (1985): *The Diary of Kido Takayoshi*. Vol. II: 1871–1874. Translated by Sidney Devere Brown and Akiko Hirota. Tōkyō: University of Tōkyō Press.

- Kindai Nihon Hōsei Shiryōshū* (KNH) [Quellensammlung zum modernen japanischen Rechtswesen]. Hg. v. Kokugakuin daigaku bunka kenkyūjo: Inoue Kowashi den, gaihen [Biographie von Inoue Kowashi, Ergänzungsbände]. Tōkyō: Tōkyō daigaku shuppankai: (1979–1984) Bde. 1–7, Roesureru tōgi [Gutachten Roeslers]. (1988) Bd. 10, Boasonādo tōgi 3 / Mosse tōgi [Gutachten Boissonades 3/ Gutachten Mosses].
- KITAGAWA, Zentarō (1970): *Rezeption und Fortbildung des europäischen Zivilrechts in Japan*. Frankfurt/M. Berlin: Metzner.
- KNH s. unter *Kindai Nihon Hōsei Shiryōshū*.
- KUME, Kunitake (Hg.) (1985): *Tokumei Zenken taishi beiō kairan jikki* [Amtlicher Reisebericht der Iwakura-Mission], Bd. 3, annotiert von Tanaka Akira. Tōkyō: Iwanami shoten.
- MURAKAMI, Jun'ichi (1974): *Einführung in die Grundlagen des japanischen Rechts*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- NAKAMURA, Hideo (1971): Die Rezeption des deutschen Rechts in Japan – insbesondere auf dem Gebiete des Zivilprozeßrechts. In: *Zeitschrift für Zivilprozeß*, Bd. 84, Heft 1, S. 74–90.
- SAKANE, Yoshihisa (Hg.) (1970): *Aoki Shūzō jiden* [Autobiographie von Aoki Shūzō] (Tōyō Bunko 168). Tōkyō: Heibonsha.
- SCHENCK, Paul-Christian (1997): *Der deutsche Anteil an der Gestaltung des modernen japanischen Rechts- und Verfassungswesens. Deutsche Rechtsberater in Japan der Meiji-Zeit*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Seitetsu Yumemonogatari* [Träumerei eines westlichen Philosophen] (1928). In: YOSHINO Sakuzō et al. (Hg.): *Meiji bunka zenshū* [Gesammelte Werke der Meiji-Kultur], Bd. 4. Tōkyō: Nihon hyōronsha, S. 429–496.
- SIEMES, Johannes (1975): Die Gründung des modernen japanischen Staats und das deutsche Staatsrecht. Der Beitrag Hermann Roeslers (Schriften zur Verfassungsgeschichte, Bd. 23). Berlin: Duncker & Humblot.
- SHIMIZU, Shin (1940): *Teikoku kenpō seitei kaigi* [Konferenz zur Einsetzung der Reichsverfassung]. Tōkyō: Iwanami shoten.
- SHIMIZU, Shin (1971): *Meiji kenpō seiteishi* [Geschichte der Einsetzung der Meiji-Verfassung], Bd. 1. Tōkyō: Hara shobō.
- SHUNPOKŌ TSUISHŌKAI (Hg.) (1969): *Itō Hirobumi den* [Biographie von Itō Hirobumi], Bd. 2 (ND 1943). Tōkyō: Hara shobō.
- TANAKA, Akira (Red.) (1991): *Nihon kindai shisō taikei*, 1. *Kaikoku* [Systematisch zusammengestellte Quellen zum modernen Denken in Japan. Bd. 1: Die Öffnung des Landes], annotiert und redigiert von Tanaka Akira. Tōkyō: Iwanami shoten.

# DIE EINFLÜSSE DES DEUTSCHEN RECHTS AUF JAPAN

*Wilhelm RÖHL*

## A

Als Japan sich in den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts auf Druck der USA dem Ausland öffnete, hatten trotz der bisherigen Abschließungspolitik kleine Kreise der japanischen Intellektuellen sich schon Kenntnisse über westliche Länder verschafft. Daß sich dies in erwähnenswerter Weise auf das Gebiet des Rechts erstreckt hätte, ist nicht festzustellen. 1858 und in den folgenden Jahren schloß Japan mit den USA, den Niederlanden, Rußland, England, Frankreich und Preußen Handelsverträge ab, die mit Meistbegünstigungsklausel, Exterritorialität und Konsulargerichtsbarkeit für Ausländer in Japan sowie dem Japan auferlegten Zolltarif von 5% die fremden Vertragspartner bevorrechtigten und in die japanische Hoheit über das Land eingriffen; deshalb wurden sie die „ungleichen Verträge“ genannt. Die Regierung des Shogunats (*bakufu*), welche die Verträge abgeschlossen und damit nach allgemeiner Stimmung Schande über Japan gebracht hatte, verlor – neben anderen Gründen – auch hierdurch an Autorität, und es entstand eine Bewegung, die das Ende dieses Regimes, die Rückgabe der Macht an den Tenno und die Vertreibung der Fremden forderte. Der kaiserliche Hof stimmte in diese Forderungen ein, rückte aber nach Erfüllung der ersten beiden (Meiji-Restauration Ende 1867) von der Parole „Vertreibt die Barbaren“ ab und verlangte in einer Proklamation vom April 1868 im Rahmen des Zieles, das nationale Wohl auf eine breite Basis zu gründen sowie eine Verfassung und neue Gesetze zu schaffen, überall in der Welt nach Kenntnissen zu suchen, um das Fundament der kaiserlichen Herrschaft zu kräftigen: „Kaiserlicher Eid in fünf Artikeln“ (DE BARY 1958: 644).

Schon das Shogunat hatte sich nach Abschluß der ungleichen Verträge bemüht, offiziell etwas über die Verhältnisse der Vertragspartner in deren Heimat zu erfahren, und eine Gesandtschaft unter Leitung des Direktors des 1858 errichteten Auslandsamts (*gaikoku bugyō*), Takenouchi Yasunori, 1861/62 nach Europa geschickt, wo sie England, Frankreich, Preußen und Rußland bereiste. Ihre Erkundungen dürften weniger dem Recht gegolten haben; es bestand – anders als nach 1868 – kein akuter Anlaß, Anregungen für das eigene Rechtssystem zu empfangen.

In Japan wurde aber das Wissen um westliches Recht schon vor der Meiji-Restauration einer kleinen Schar von Interessenten vermittelt. In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts begann die Beschäftigung mit der holländischen Sprache und durch diese mit den europäischen Wissenschaften (*rangaku* oder *yōgaku*). Anfangs ging es um Astronomie und Medizin, weitere Bereiche aus den Naturwissenschaften sowie Kriegs- und Waffentechnik schlossen sich an. Amtliche Unterstützung erfuhren diese Bemühungen nicht, vielmehr beobachteten die Behörden solche Tätigkeiten argwöhnisch und unterdrückten vor allem Versuche, etwas über westliche Religion zu lernen. Das Recht gehörte noch nicht zu den Gegenständen dieser frühen Studien, wenn auch Streiflichter auf Politik, Verwaltung und Wirtschaft grobe Begriffe wie „Recht“ und „Freiheit“ beleuchtet haben mögen. Nachdem die USA 1854 offizielle Beziehungen zu Japan erwirkt hatten, erkannte die Shogunatsregierung die Notwendigkeit der Befassung mit der Welt außerhalb Japans und errichtete 1855 das Institut für westliche Studien (*Yōgaskusho*). Zuvor hatte es schon in amtlichem Auftrag Übersetzungen eines französischen Almanachs und einer holländischen Ausgabe der Enzyklopädie des Franzosen Noël Chomel (japanischer Titel: *Kōsei shinpen*), gegeben (TAKAHASHI 1960: 3; ENDŌ und SHIMOMURA 1957: 93). Das Institut ging nach einem Jahr in der Untersuchungsstelle für ausländische Schriften (*Ban-sho [tori]shirabe dokoro*) auf, die im Rahmen des Studiums der europäischen Wissenschaften auch Fremdsprachen lehrte, darunter Deutsch. Sprachkenntnisse als Voraussetzung für das Verständnis ausländischer Bücher wurden nicht nur amtlich durch Einrichtungen des *bakufu* und regionaler Verwaltungsstellen vermittelt, sondern auch von privaten Schulen oder Einzelpersonen, unter denen der universell gebildete Holländer Guido Verbeck, Missionar der Holländischen Reformierten Kirche in Amerika, schon ab 1860 an einer behördlich verwalteten Schule in Nagasaki, dann auch an einer Schule des Saga-Clans über europäische Wissenschaften unterrichtete. Kurz nach der Meiji-Restauration beriet er die Regierung in Tōkyō auch über europäisches Rechtswesen (SHIMONAKA 1956: 714).

Dieses Thema drängte sich in den Vordergrund, als die Berichte der Iwakura-Mission<sup>1</sup> bestätigten, was die politische Führung schon vorhergesehen hatte, daß nämlich das wichtigste außenpolitische, aber auch innenpolitisch bedeutsame Ziel, die Revision der ungleichen Verträge, nur zu erreichen war, wenn die fremden Mächte Japan als nach

---

<sup>1</sup> Eine hochrangige Delegation unter Leitung des Staatsmannes Iwakura Tomomi bereiste 1871/72 Amerika und Europa, um Verhandlungen über die Abänderung der Verträge aufzunehmen.

ihren Maßstäben zivilisiert anerkannten. Die Vertragspartner wollten die Exterritorialität der Ausländer, durch die Japan sich so sehr gedemütigt fühlte, nur dann zur Diskussion stellen, wenn sie in Japan ein westlichen Vorstellungen entsprechendes System vorfänden, das durch Rechtsstaatlichkeit, Transparenz und Unabhängigkeit der Justiz gekennzeichnet wäre.

Der Ausschau nach Mustern in der westlichen Welt boten sich zwei Systeme: mitteleuropäisches Gesetzesrecht und anglo-amerikanisches Fallrecht. Letzteres ist niedergelegt in Tausenden von Bänden mit einer noch viel größeren Zahl von Urteilen in Einzelfällen und für die Übernahme zum Zweck der Schaffung einer neuen Rechtsordnung gänzlich ungeeignet (SCHENCK 1997: 91 Fn. 53). Das modernste Gesetz der damaligen Zeit war der französische Code civil. In ihm wirkte naturrechtliches Gedankengut<sup>2</sup>. Damit konnte er in Japan, wo in konfuzianischer Grundeinstellung traditionell die „natürliche Vernunft“ (*jōri*) bei der Konfliktlösung innerhalb und außerhalb des Rechtswesens eine große Rolle spielte, besondere Aufmerksamkeit finden (RAHN 1990: 89; BÖLICHE 1996: 7; RÖHL 1996: 67). Der Code civil als Ausgangspunkt und Basis einer Erneuerung des Zivilrechts paßte unter anderen europäischen Gesetzen auch aus einem praktischen Grund am besten als Vorbild, weil nämlich in den ersten Meiji-Jahren japanische Juristen am ehesten des Französischen mächtig waren und eben in dieser Sprache ein neuzeitlicher Kodex vorlag (FEINERMAN 1992: 102); schon ein 1869 geschaffenes Büro zur Untersuchung der fremden Verwaltungssysteme hatte sich vornehmlich französischer Rechtsvorschriften angenommen (SCHENCK 1997: 91). Der energische Justizminister Etō Shinpei (2.6.1872–25.10.1873) gab die eilige Übersetzung des Code civil in Auftrag. Er meinte, der Übersetzer solle die Wörter „Frankreich“, „französisch“ usw. durch „Japan“ und „japanisch“ ersetzen, Übersetzungsfehler könnten vernachlässigt werden, und das Resultat werde als japanisches Recht in Kraft zu setzen sein (RAHN 1990: 82f). Zwar entstand kein Gesetz dieser Art, aber das französische Recht blieb im Mittelpunkt der Überlegungen zu einer Reform. Der erste ausländische Rechtsberater der japanischen Regierung war der französische

---

<sup>2</sup> Die Naturrechtslehre, die vor allem das Recht in England und Frankreich beeinflusste, stellte ewige Rechtsideen über das gegebene geltende Recht und bezeichnete die Vernunft als höchste Rechtsquelle. Damit stand sie der Pandektenwissenschaft gegenüber, die sich auf das römische Recht stützte, das dem Aufbau eines geschlossenen lückenlosen Systems dienen sollte, „aus dem sich durch Subsumtion und Konstruktion die Lösung für jeden einzelnen Rechtsfall mit dem Anspruch logischer Notwendigkeit ergeben“ müßte (DULCKEIT 1989: 322). Die Pandektistik entartete schließlich in Begriffsjurisprudenz und Positivismus, a. a. O.

Rechtsanwalt Georges Bousquet, der ab 1874 auch an der Ausbildungsstätte für Justizbeamte (*Meihōryō*) unterrichtete, an der im August 1872 bereits der Franzose Henri de Riverol als Lehrer angestellt worden war (HOSOKAI 1939: 17, 25).<sup>3</sup> In den folgenden Jahren hatte der französische Professor Gustave Emile Boissonade de Fontarabie, von 1873 bis Ende 1894 in Japan, einen hervorragenden Anteil an der Schaffung eines neuen Rechtswesens.

Neben der französischen Linie, die das Justizministerium und einige private Rechtsschulen verfolgten, etablierte sich angelsächsisches Recht ab 1874 in einem Vorläuferinstitut der jetzigen Staatlichen Universität Tōkyō und ebenfalls in privaten Rechtsschulen (TAKAYANAGI 1963: 27–29; RAHN 1990: 98–104). Als Vertreter dieses Rechtskreises in der frühen Meiji-Zeit genoß vor allem der amerikanische Rechtsanwalt Henry T. Terry, der von 1878–1884 (und wieder von 1894–1912) an der Universität in Tōkyō lehrte, hohes Ansehen. Auch die Übernahme der vom Justizministerium favorisierten Lehre des französischen Rechts tat der Rolle des englischen Rechts dort keinen Abbruch.

## B

Der Blick der japanischen Führungskreise auf Preußen-Deutschland galt zunächst dem Militärwesen und der Medizin (SCHENCK 1997: 113–119). Im Verlauf der sich intensivierenden Außenhandelsbeziehungen entwickelte sich aber bald ein Bedarf an Kenntnissen vom Völkerrecht und westlichen Wirtschaftsrecht. Auf Empfehlung des japanischen Gesandten in Berlin, Aoki Shūzō<sup>4</sup>, wurde der Deutsche Hermann Roesler, vordem Professor der Staatswissenschaften an der Universität Rostock, als Rechtsberater des japanischen Außenministeriums 1878 nach Tōkyō berufen. Er wurde später Berater des Kabinetts und blieb 15 Jahre in Japan, wo er das erste Handelsgesetzbuch schuf und ab 1886 in starkem Maße an der Vorberei-

---

<sup>3</sup> *Shihō enkakushi* [Aufzeichnungen zur Geschichte der Justiz], zusammengestellt vom Justizministerium, herausgegeben von der *Hōsōkai* [Juristische Gesellschaft] anlässlich des 50jährigen Bestehens des Gerichtsverfassungsgesetzes. Das – nicht im Handel vertriebene – Buch verzeichnet Ereignisse aus dem Bereich der Justizverwaltung in Tagebuchform vom 10.2.1868 bis zum 31.3.1939 (555 Seiten einschließlich einiger Statistiken) und bringt die Namen und Dienstzeiten der Justizminister, Spitzenbeamten, hohen Richter und Staatsanwälte in diesem Zeitraum (270 Seiten).

<sup>4</sup> 1844–1914. Gesandter in Berlin: 1874–1886 und 1892–1898 (SHIBA 1958: 2100).

tung der Verfassung von 1889 beteiligt wurde (ANDO 2000: 79–145, 227–239).<sup>5</sup>

I. Nicht nur wegen des Außenhandels, sondern auch, weil ab 1871 auf Gewinn zielende Gesellschaften und Geschäftsverbindungen aufblühten, waren gesetzliche Regelungen notwendig geworden (ISHII 1954: 529–38; CHAMBLISS 1958: 592–8; SCHENCK 1997: 102–7). Für die Organisation einiger Geschäftszweige und die Aufsicht über sie wurden Vorschriften erlassen: für die staatlichen Banken (1872), den Wertpapierhandel (1874) und die Getreidehandelsgesellschaften (1875). Ab März 1870 ergingen Regelungen auch für den Seehandel. Die Regierung empfand es aber bald als erforderlich, die Spezialgesetze durch eine allgemeine, umfassende Ordnung des Handelsrechts abzulösen, und beauftragte im April 1881 Hermann Roesler mit dem Entwurf eines Handelsgesetzbuches. Roesler hatte bereits Entwürfe für wirtschaftliche Gesetze nach deutschem Muster geliefert (SCHENCK 1997: 104). Seinem Handelsgesetz war keine geradlinige Zukunft beschieden. Es wurde im März 1890 – gleichzeitig mit der Zivilprozeßordnung – verkündet und sollte am 1. Januar 1891 in Kraft treten (HÖSÖKAI 1939: 115), geriet aber in den Strudel des „Kodifikationsstreits“ (s.u.); das Datum wurde verschoben, und ab 1. Juli 1893 galten nur die Teile „Gesellschaften“, „Wechsel“ und „Konkurs“ (HÖSÖKAI 1939: 151), bei denen der dringendste Regelungsbedarf gesehen wurde. Der Rest aus den drei Büchern, in die Roesler nach französischem Muster das Handelsgesetz eingeteilt hatte (Allgemeine Bestimmungen für den Handel, Seehandel, Konkurs; insgesamt 1064 Paragraphen), machte mehr als die Hälfte des Entwurfs aus und betraf Handelssachen, Kaufleute, Prokuristen, Handlungsgehilfen, Handelsverträge, Agenten, Makler, Kommissionäre, Spediteure und Frachtführer, Kauf, Kredit, Versicherung, Scheck (aus dem 1. Buch) sowie Seehandel (das 2. Buch). Ende März 1893 – zu derselben Zeit kehrte Roesler nach Europa zurück – wurde durch eine Thronverordnung ein Ausschuß für die Untersuchung der Kodifikationen (Zivilgesetz, Handelsgesetz und damit zusammenhängende Gesetze) eingerichtet, dem unter einem Vorsitzenden (Ministerpräsident Itō persönlich) und seinem Ver-

---

<sup>5</sup> Über Roeslers Rechtslehre und seine Beiträge zur Ausarbeitung der Verfassung hat zuletzt Ando Junko in ihrem Buch „Die Entstehung der Meiji-Verfassung“ geschrieben. Dort finden sich zahlreiche Literaturhinweise, auch wird dargestellt, was Itō Hirobumi 1882/83 bei seinen Verfassungsstudien in Europa in Gesprächen mit Rudolf von Gneist und Lorenz von Stein über Verfassungsfragen erfahren hat. – Das Thema „Verfassung“ wird in dem vorliegenden Buch an anderer Stelle behandelt.

treter bis zu dreißig hochrangige Verwaltungs- und Justizbeamte, Universitätsprofessoren und Parlamentarier angehörten. Referenten für das Handelsgesetz waren die Professoren Ume Kenjirō und Okano Keijirō sowie ein Justizrat, denen zwei Assistenten zur Seite standen (HOSOKAWA 1961: 311). Die Aufgabe war, die Vorschriften darauf zu prüfen, ob auf heimische Gewohnheiten und bewährte Praktiken hinreichend Rücksicht genommen würde; Roesler hatte diese Rücksichtnahme bewußt nicht ins Auge gefaßt (SCHENCK 1997: 104f). Der von den Referenten erarbeitete und vom Ausschuß gebilligte Entwurf eines neuen Handelsgesetzes, zu dem auch von den betroffenen Kreisen und Organisationen Stellungnahmen eingeholt waren, wurde nach einigen Verzögerungen im Parlament und kaum gewichtigen Änderungen am 9. März 1899 als Gesetz Nr. 48 nebst Ausführungs- und Nebengesetzen verkündet. Es trat am 16. Juni 1899 in Kraft; zugleich wurde das im März 1890 verkündete Handelsgesetz mit Ausnahme des 3. Buches „Konkurs“ außer Kraft gesetzt – dieses Konkursrecht galt bis Ende 1922, dann nahm das noch heute geltende Konkursgesetz seine Stelle ein. Das neue, in fünf Bücher eingeteilte Handelsgesetz zeigte ebenfalls überwiegend deutschrechtlichen Einfluß, und das galt auch für Novellen bis zum Zweiten Weltkrieg; später machten sich besonders im Aktienrecht amerikanische Regelungen geltend.

II. Anfang der 1880er Jahre begann die japanische Regierung, ihre Aufmerksamkeit auf die Verhältnisse in Preußen/Deutschland zu richten, wenn es sich um die Erneuerung des Rechtswesens und die Grundgedanken für eine Verfassung handelte. Japanische Staatsmänner und Gelehrte hatten Kenntnisse darüber erlangt, und Itō Hirobumis Eindrücke von seiner Europa-Reise 1882/83 trugen dazu bei, daß sich die Hinwendung zum deutschen Recht verfestigte. Aoki Shūzō (s. o.) bemühte sich darum, deutsche Juristen für eine Tätigkeit als Regierungsberater und Lehrer in Japan zu verpflichten (SCHENCK 1997: passim).

1) Im Dienst der Regierung standen (in Klammern: Aufenthalt in Japan):

a) Paul Mayet (1876–1894) war insofern eine Ausnahmeerscheinung unter den Deutschen, die in der frühen Meiji-Zeit an einer neuen Rechtsordnung mitarbeiteten, als er kein Jurist oder Staatswissenschaftler war. Er hatte ohne Abschluß u. a. Philosophie und Nationalökonomie studiert, war aber auf vielen Gebieten kenntnisreich; insbesondere verstand er sich auf Sparkassenwesen und Versicherungsrecht. Die Japaner hatten ihn als Lehrer für Latein und Mathematik angeworben, ihn aber alsbald an der – auch juristischen – Aufgabe beteiligt, die Versorgung und die Renten der Adligen und der Angehörigen des früheren Ritterstandes (*samurai*) sowie

die Verdienstpensionen abzulösen<sup>6</sup>. Das Ergebnis der Bemühungen um eine Regulierung war das Gesetz vom 5. August 1876 über die Ausgabe von vererbaren staatlichen Schuldscheinen (*Kinroku kōsai shōsho hakkō jōrei*) in unterschiedlicher Höhe und Laufzeit, deren Zinserträge aber den Betrag der früheren Versorgung bei weitem nicht erreichten. Mayet wurde dann als Berater in das Finanzministerium berufen. Dort arbeitete er über Gebäudeversicherung, Grundsteuer und Staatsschuld. Seine Vorschläge für eine landwirtschaftliche Notstandskasse fanden Eingang in das Gesetz über die Einrichtung eines Deckungsfonds bei Mißernten (*Bikō chochiku hō*) von 1880. Später hatte er maßgeblichen Einfluß auf die Organisation des Postwesens und insbesondere auf Regelungen für die Postsparkasse. Für den Postminister erstattete er auch Gutachten über Verfassungsfragen (SCHENCK 1997: 295).

b) Nachdem die japanische Regierung sich grundsätzlich und insofern endgültig für das deutsche Muster entschieden hatte, kamen auf Aokis Empfehlung 1883/84 zwei deutsche Praktiker nach Japan, die bis 1887 dort im Staatsdienst blieben und mit ihrer Arbeit unterschiedlichen Erfolg hatten.

– Karl Rudolph, preußischer Landrat und Regierungsrat, sollte die Regierung in Tōkyō „mit den Maximen und Einrichtungen der königlichen (preußischen) Staatsverwaltung bekannt“ machen und den Staatsrat sowie die Minister mit Ratschlägen unterstützen (SCHENCK 1997: 287). Er scheint hinsichtlich der Polizeiorganisation etwas bewegt zu haben, aber im übrigen haben seine vermutlich zahlreichen Gutachten und Vorschläge auf den Gebieten der Verwaltung und Verfassung keine Spuren hinterlassen. Rudolf verstand es nicht, sich auf die Mentalität seiner japanischen Arbeitspartner einzustellen, sondern kehrte den höheren preußischen Beamten heraus und gebärdete sich engstirnig, rechthaberisch und kompromißfeindlich. Der deutsche Gesandte lobte zwar seine Arbeit und bescheinigte ihm Kompetenz, drückte aber sein Mißfallen darüber aus, daß Rudolph seine Entwürfe „in einer so geharnischten Weise vertrat, wie sie für das japanische Naturell (nun) einmal unerträglich ist“; auch war Rudolph in Rang- und Etikettenfragen verstrickt.

– Um dieselbe Zeit wie Rudolph kam Hermann Techow nach Japan. Aoki hatte nach einem höheren Beamten aus der Schulverwaltung gefragt, und das Kultusministerium hatte den Regierungsrat Techow, Justiziar beim Berliner Provinzialschulkollegium, empfohlen. Techows Aufgabe in Japan war die Beratung in schultechnischen Angelegenheiten. Als-

---

<sup>6</sup> Diese größtenteils altbegründeten erblichen Zahlungsansprüche kosteten den Staat nach Umwandlung von Reis in Geld und selbst nach Verkürzung auf 25% noch ein Drittel des Gesamthaushalts und waren nicht mehr tragbar.

bald wurde er aber zum Mitglied eines Ausschusses bestellt, der eine Zivilprozeßordnung ausarbeiten sollte, dafür war die deutsche Zivilprozeßordnung von 1877 als Vorbild ausersehen (ISHII 1954: 416; CHAMBLISS 1958: 493). Techow lieferte einen Entwurf, der auch Gesetze und Entwürfe aus Preußen, Württemberg und Österreich berücksichtigte und im Verlauf der Beratungen passende prozessuale Grundsätze aus französischem, englischem und amerikanischem Recht aufnahm. Auch nach allen Änderungen, die der gründlich diskutierende Ausschuß beschloß und gegen die Techow nichts einzuwenden hatte, blieb das Gesamtbild erhalten: Es war ein Gesetz nach deutschem Modell. Eine andere Kommission prüfte den Entwurf noch einmal, und Techow konnte die endgültige Fassung seines Werks in gedruckter und gebundener Form in japanischer Übersetzung dem Justizminister Yamada Akiyoshi im Juni 1886 überreichen<sup>7</sup>. Diese Fassung war noch nicht Gesetz geworden, dennoch versandte das Justizministerium sie an die Gerichte erster und zweiter Instanz und informierte sie dahingehend, daß die Teile, denen geltende Vorschriften nicht entgegenständen, im Verfahren angewendet werden könnten (ISHII 1954: 418; CHAMBLISS 1958: 494).

Die Fertigstellung des Entwurfs fiel in eine Zeit besonderer politischer Aktivität. Ab 1. Mai 1886 tagte im Außenministerium (Minister: Inoue Kaoru) eine Konferenz für die Vertragsrevision (*jōyaku kaisei gikai*), in der bis April 1887 über einen im Juni 1886 vorgelegten englisch-deutschen diesbezüglichen Entwurf beraten wurde. Dieser Entwurf sah vor, daß Japan auf fast allen Rechtsgebieten Gesetze nach westlichem Muster erlassen würde. Die Vorbereitungen hierfür begannen sogleich, und wegen der außenpolitischen Bedeutung der Angelegenheit übernahm mit Erlaubnis der Regierung das Außenministerium die Ausarbeitung der Gesetze zum Rechtswesen anstelle des an sich zuständigen Justizministeriums. Der Außenminister setzte hierfür am 6. August 1886 eine Kommission ein, in der er selbst den Vorsitz führte. Die Kommission befaßte sich auch mit der Zivilprozeßordnung. Im April 1887 wurden vier deutsche Juristen als Mitglieder der Kommission aufgenommen: Hermann Roes-

---

<sup>7</sup> Die Fassung wurde auch auf Deutsch gedruckt; der Verfasser dieses Beitrags hat das Buch einmal einsehen können. In Techows Vorwort stand, daß die deutsche Zivilprozeßordnung die juristische Grundlage sei und der Entwurf das enthalte, „was wegen inniger Verwachsung mit japanischen Rechtsanschauungen Erhaltung gebieterisch forderte oder wegen praktischer Bewährung derselben würdig schien“, so wurzelte das japanische Prozeßrecht in nationalem Boden. Otto Rudorff bemerkte dazu in einem Vortrag im Juni 1890, er habe in dem Text von altjapanischer Rechtsanschauung nur ganz vereinzelte Beispiele gefunden, zwei oder drei (RUDORFF 1890: 215; SCHENCK 1997: 293). Rudorffs Äußerung kann der Leser des Entwurfs nur bestätigen.

ler, Albert Mosse, Otto Rudorff, Johannes Bergmann (Mosse 1995: 224 und 263). Mosse bearbeitete dort die ZPO, Techows Entwurf sollte überarbeitet und mit anderen neuen Gesetzen westlichen Musters abgestimmt werden. Die Vertragsrevision scheiterte im Juli 1887, Inoue Kaoru trat am 16. September 1887 zurück, und Ende Oktober 1887 wurde die Kommission in die Zuständigkeit des Justizministeriums überführt. Techow hatte inzwischen Japan verlassen. Der Justizminister Yamada stand unter französischem Einfluß und erwartete von Mosse, daß dieser die ZPO dem französischen Strafprozeß (!) anpasse (Mosse 1995: 327), wie er von Boissonade in dem Strafprozeßgesetz (*Chizaihō*) von 1880 eingeführt worden war.<sup>8</sup>

c) Otto Rudorff (1884–1890), preußischer Landrichter, arbeitete als „Kontrakt-Ausländer“ (*oyatoi gaikokujin*, damalige Bezeichnung für alle Ausländer im staatlichen Dienst Japans) zunächst einige Monate als Lehrer für römisches und öffentliches Recht an der Kaiserlichen Universität Tōkyō und ab August 1885 als Rechtsberater im Justizministerium. Er sollte den Gerichten, den Staatsanwälten und den Abteilungen des Ministeriums Fragen beantworten, Gutachten erstellen und die Richter beraten (Röhl 1998: 54–63). Neben beamtenrechtlichen Fragen zur Stellung der Richter, Staatsanwälte und Gerichtsschreiber behandelte er in Gutachten und Entwürfen Themen aus dem Strafrecht, dem Zivilverfahren, dem Bürowesen der Gerichte, der Akten- und Registerführung, dem Polizeisystem, dem Disziplinarrecht für die Justizbeamten. Von nachhaltiger Wirkung war sein Entwurf zum Gerichtsverfassungsgesetz (*Saibansho kōsei hō*), das auch nach ins Einzelne gehender Diskussion und Änderungen in einem ministeriellen Ausschuß, im Kabinett und Geheimen Staatsrat noch sehr deutlich sein Vorbild, das deutsche Gerichtsverfassungsgesetz von 1877, erkennen ließ.<sup>9</sup> Auch mehrere Novellen bis 1945 änderten hieran nichts.

---

<sup>8</sup> Weiteres zu diesem Auftrag s. u. bei Mosse.

<sup>9</sup> Das japanische Gerichtsverfassungsgesetz (*Saibansho kōsei hō*), verkündet am 10. Februar 1890, trat am 1. November 1890 in Kraft. Zur 50-Jahr-Feier gab das Justizministerium 1939 in der Reihe „Materialien zur Justiz“ (*Shihō shiryō*) als Band 259 einen von Rudorff verfaßten Kommentar zum Gesetz in Deutsch und Japanisch sowie auf mehr als 500 Seiten das Wortprotokoll der Beratungen des ministeriellen Ausschusses in der Zeit vom 14.11.1887 (zehn Sitzungen für die erste Lesung, am 30.11.1887 2. Lesung) bis zum 2.12.1887 (3. Lesung) heraus. Bei den Beratungen ging es vielfach um den sprachlichen Ausdruck = die richtige japanische Vokabel für die von Rudorff gebrauchten Wörter. Zu einigen Punkten holte der jeweilige Berichterstatter außer von Rudorff, Roesler und Mosse auch von Boissonade (s.o.) und dem englischen Rechtsberater Kirkwood Auskünfte und Meinungen ein.

d) Albert Mosse (1886–1890), Landrichter in Berlin, war neben Roesler der meistbeschäftigte und einflussreichste Ratgeber der japanischen Regierung, wenn er auch eine erheblich kürzere Zeit in Japan verbrachte. Schon 1882/83 hatte er in Berlin der Gesandtschaft um Itō Hirobumi, die sich bei Rudolf von Gneist zu Fragen der Verfassung unterrichtete, im Auftrag von Gneists Vorträge über Verwaltungsrecht und preußische Verfassungsgeschichte gehalten (ANDO 2000: 60). Aoki und von Gneist empfahlen ihn nach Japan, wo er sich bald als „Mädchen für alles“ (MOSSÉ 1995: 203) sah. Die außerordentlich vielseitigen Rechtsgebiete, auf denen Mosse Ratschläge, Gutachten, Stellungnahmen und Gesetzentwürfe zu liefern hatte<sup>10</sup>, nahmen seine Arbeitskraft in hohem Maße in Anspruch. Die wichtigsten Bereiche für ihn waren:

(i) Die Verwaltungsorganisation (ISHII 1954: 151–74, 340–66; CHAMBLISS 1958: 198–227, 408–38; SCHENCK 1997: 268–73).

Der neuen Zentralregierung ging es darum, die vorgefundene Uneinheitlichkeit der Verwaltungseinrichtungen und -verfahren in eine geordnete Form zu bringen und zu standardisieren; die Regierung hatte für sich selbst nach kurzzeitigen Anfangsstadien schon bald in dem *dajōkan*-System eine stabile Gestalt gefunden, die bis zum Übergang in das Kabinettsystem im Jahre 1885 bestand.

Vorgaben auch für die Regionalverwaltung waren schon in dem Kaiserlichen Eid in fünf Artikeln (s. o.) und in der sogenannten 1. Verfassung, dem „Dokument über das Regierungssystem“ (*seitaisho*) vom 17. Juni 1868 enthalten (MIYAZAWA 1958: 1f; DE BARY 1958: 644–6): weitverbreitete beratende Versammlungen; Entscheidungen auf Grund öffentlicher Diskussion; Normsetzung – im Einklang mit dem Kaiserlichen Eid in fünf Artikeln – durch alle großen Städte, alle Clans und Präfekturen, aber keine überörtliche Geltung lokaler Vorschriften, keine selbständige Verleihung von Titeln und Rängen, kein Münzrecht, keine Allianzen mit benachbarten Clans oder dem Ausland.

Nach einer beträchtlichen Anzahl von Einzelbestimmungen ergingen 1873 drei grundlegende Gesetze:

- Gesetz über die Organisation der Landkreise, Stadtbezirke, Kreisstädte und Dörfer (*Gun-ku-chō-son hensei hō*),
- Vorschriften über die Präfekturversammlung (*Fukenkai kisoku*),
- Vorschriften über lokale Steuern (*Chihōzei kisoku*).

---

<sup>10</sup> In seinen Briefen und denen seiner Frau kommen vor: Verwaltungsorganisation, Wahlgesetz (Parlament), Verfassung, Budgetrecht, Pressegesetz, Schulrecht, Zivilprozeßordnung, Postgesetz, Kirchengesetz, Revision der ungleichen Verträge.

Das erste Gesetz bestimmte die Einteilung in Verwaltungseinheiten und ihre Vorsteher. Daß die Großstädte nicht genannt waren, beruhte darauf, daß drei von ihnen den Status einer Präfektur hatten (Tōkyō, Kyōto, Ōsaka) und die anderen (die fünf offenen Häfen und dicht bevölkerte Orte), wenn sie zu groß waren, in Stadtbezirke aufgeteilt waren, anderenfalls als ein Stadtbezirk galten. Das zweite Gesetz bestimmte als Hauptaufgabe der Präfekturversammlung die Beratung über das Verfahren bei der Erhebung lokaler Steuern und ihre Verwendung. Der Ausgabenbeschluß bedurfte der Genehmigung des Präfekten. Weitere Bestimmungen betrafen die Zusammensetzung der Versammlung, das aktive und passive Wahlrecht, die Sitzungsprozedur und die Rechte des Präfekten dabei.

Das dritte Gesetz enthielt detaillierte Vorschriften über den Haushalt hinsichtlich der von der Präfektur und den örtlichen Einheiten erhobenen Steuern.

Die drei Gesetze erfuhren in den folgenden Jahren mehrere Änderungen; insgesamt brachte das legislative Werk das Präfektursystem zu einer gewissen Vollendung. Es wurde noch ergänzt durch das Gesetz über die Versammlungen der Stadtbezirke, Kreisstädte und Dörfer (*Ku-chō-son-kai hō*) von 1880.

Nachdem der Tenno 1881 angekündigt hatte, daß 1890 das Reichsparlament eröffnet würde, waren Vorbereitungen für eine Verfassung in Angriff genommen worden. Auf seiner Europareise unterrichtete sich Itō Hirobumi bei den Verfassungsfragen auch über die lokale Selbstverwaltung. Zurück in Japan, vertrat er die Ansicht, daß die lokale Selbstverwaltung nicht in die Verfassung gehöre, sondern erst nach deren Erlaß beraten werden sollte. Der einflußreiche Innenminister Yamagata Aritomo bestand dagegen auf Leitlinien für die lokale Selbstverwaltung vor Verkündung der Verfassung. Neue Überlegungen zu diesem Zweig der öffentlichen Verwaltung waren nötig geworden, weil die Entscheidung für den Konstitutionalismus gefallen war und die lokale Selbstverwaltung in den hierdurch gegebenen Rahmen eingepaßt werden mußte.

Yamagata ließ in seinem Ministerium Entwürfe anfertigen, deren endgültige Fassung von 1885 „Organisation der Kreisstädte und Dörfer“ (*Chōsonsei*) hieß und sich auf deutsches und französisches Muster stützte. Diesen Entwurf erhielten Roesler und Mosse in englischer Übersetzung zur Stellungnahme (ISHII 1954: 344; CHAMBLISS 1958: 413). Die Stellungnahme entwickelte sich bei Mosse zur Ausarbeitung einer neuen Gemeindeordnung, mit der er intensiv beschäftigt war (MOSSE 1995: 125, 131, 134, 209f, 229, 240, 275 Fn. 2, 332, 352, 354, 355). Er wollte dabei japanische Vorstellungen berücksichtigen, aber seine Bitte um Materialien über die bisherigen Verhältnisse wurde mit der Begründung „Für Geschichte haben wir jetzt keine Zeit“ nicht erfüllt. Für ihn blieb daher nur die Möglich-

keit, von deutschen Regelungen auszugehen. Darin fand er die Unterstützung des Beamten Ōmori Shōichi, der sich in Berlin mit dem deutschen und preußischen Verwaltungssystem vertraut gemacht hatte und enger Mitarbeiter des Innenministers war. Mosse schlug vor, noch vor der Verfassung Selbstverwaltungskörperschaften einzuführen und ein hochrangiges Organ mit der Aufgabe zu betrauen, zunächst einen Generalplan mit den Hauptpunkten der örtlichen Verwaltung aufzustellen, der nach Billigung durch das Kabinett und den Kaiser die Grundlage für die Reform bilden sollte. Yamagata, der im Gegensatz zu Itō schon vorher für diese Reihenfolge: „erst kommunale Selbstverwaltung, dann Verfassung“ eingetreten war, folgte dem Vorschlag und richtete am 24. Januar 1887 den Ausschuß zur Ausarbeitung der Regionalordnung (*chihō seido hen i'in*) ein: Innenminister Yamagata als Vorsitzender, drei Staatssekretäre und Mosse; dem Ausschuß waren drei Sekretäre zugeordnet. Mosse lieferte binnen einer Woche einen Umriß, der nach Beratung in täglichen Sitzungen des Ausschusses (Mosse 1995: 229) vom Kabinett gebilligt wurde. Mosse entwarf sodann das Gesetz. Der deutsche Entwurf wurde in der japanischen Übersetzung *Jichiburakusei sōan* genannt – *jichiburakusei* stand für Mosses Wort „Gemeindeordnung“<sup>11</sup>; er bestand aus acht Kapiteln mit 162 Paragraphen und wurde ab Juli 1887 im Ausschuß beraten (ISHII 1954: 344f). Der Ausschuß teilte den Stoff in zwei Gesetze: Ordnung für kreisfreie Städte (*shisei*, Städteordnung) und Ordnung für Kreisstädte und Dörfer (*chōsonsei*, Gemeindeordnung) und legte beide im September 1887 dem Kabinett vor, von wo sie im November 1887 an den Senat gingen. Dort waren noch einige Punkte in der Gemeindeordnung umstritten; nach deren Klärung wurden die Gesetze dem Kaiser zur Zustimmung vorgelegt. Die Stellungnahme einer Konferenz der Präfekten, der das Gesetzeswerk zur Kenntnis und Prüfung zugeleitet worden war, ließ keine Begeisterung für Neuerungen erkennen. Die Präfekten erreichten, daß die beiden Ordnungen erst ein Jahr nach ihrer Verkündung durchgeführt werden sollten und dann nur schrittweise in den einzelnen Präfekturen entsprechend einem von jedem Präfekten zu erstattenden Bericht, in dem die örtlichen Verhältnisse darzulegen waren. Die Verkündung erfolgte am 25. April 1888, die Durchführung ab 1. April 1889: Gesetz Nr. 1 mit dem einheitlichen Titel „Städte- und Gemeindeordnung“ (*Shisei chōsonsei*). Die Städteordnung hatte nun sieben Kapitel mit 133 Paragraphen, die Gemeindeordnung acht Kapitel mit 139 Paragraphen.

---

<sup>11</sup> Mit „Gemeinde“ faßte Mosse zusammen: kreisfreie Städte (*shi*, bei gehöriger Größe unterteilt in Stadtbezirke: *ku*), Kreisstädte (*machi* oder *chō*) und Dörfer (*mura* oder *son*).

Mosse sah in der Verkündung den Abschluß seiner schwierigen Arbeit. Allerdings bemerkte er, daß der Inhalt der Gesetze sehr wenig auf seine Rechnung zu setzen sei (MOSSE 1995: 355). Sein erster Entwurf hatte in den ausgiebigen Beratungen viele Änderungen erfahren, die er nicht alle hätte billigen können. Er beobachtete aber die Praxis in der ihm verbleibenden kurzen Zeit und vermerkte im November 1889, daß sich die Gemeindeordnung „so ziemlich“ bewähre, auf dem kommunalen Gebiet aber die im Land entstandenen scharfen politischen Gegensätze Wirkung zeigten (MOSSE 1995: 498). Sein Verdienst sah er darin, daß überhaupt eine Städte- und Gemeindeordnung zustande gekommen sei. Aber der durch Mosse eingebrachte Einfluß des preußischen Verwaltungsrechts war unverkennbar. Mosse schrieb auch zu jedem Artikel des Gesetzes eine Erläuterung, was zur Akzeptanz der Vorschriften in der Öffentlichkeit beitrug. Außerdem war dem publizierten Text eine Präambel mit Angabe der Gründe für diesen legislativen Akt vorangestellt. Beides hatte es bis dahin nicht gegeben, es hob die Bedeutung der Bestimmungen hervor.

Ebenfalls basierend auf Mosses Planungen für die lokale Selbstverwaltung wurde die Präfektur- (oder Provinzial-) und Kreisordnung vorbereitet. Ab Frühjahr 1888 arbeitete Mosse an dem Gesetzestext (MOSSE 1995: 354, 360, 390); für die Präfekturordnung nahm er das Großherzogtum Hessen zum Muster. Der Senat machte Schwierigkeiten, und das Kabinett zog die Vorlage zurück, nachdem Yamagata selbst den Senat vergeblich von den Vorzügen einer (teilweisen) Selbstverwaltung der Präfekturen und Kreise zu überzeugen versucht hatte (ISHII 1954: 355; CHAMBLISS 1958: 425f; MOSSE 1995: 402). Während einer Europareise Yamagatas wurden die Arbeiten von dem Finanzminister Matsukata fortgeführt; Mosse berichtet aber nicht, daß er dabei mitgewirkt habe. Auch nach Yamagatas Rückkehr geschah wegen einer Kabinettskrise offenbar nichts, woran Mosse beteiligt gewesen wäre (MOSSE 1995: 421, 495). Wenn er auch zu den letzten Stadien der Gesetzgebung nicht hinzugezogen wurde, blieben die im Mai 1890 – Mosse hatte Japan schon verlassen – verkündeten Präfektur- und Kreisordnungen (*Fukensei, Gunsei*) im wesentlichen unter dem Einfluß der Vorbilder aus Deutschland. Die Präfekturordnung wurde ebenso wie die Städte- und Gemeindeordnungen erst 1947 vor dem Gesetz über die örtliche Selbstverwaltung (*Chihō jichihō*) abgelöst, die Kreisordnung trat 1921 zwecks Vereinfachung der örtlichen Verwaltung außer Kraft.

(ii) Verfassung und Vertragsrevision.

Über Mosses Beteiligung an der Vorbereitung der Verfassung hat Ando Junko in ihrem Buch (ANDO 2000: 146–180) und in diesem Band berichtet.

Mosse und seine Frau erwähnten in ihren Briefen oft seine Arbeit im Zusammenhang mit der von Japan angestrebten Revision der ungleichen Verträge (MOSSÉ 1995: 190, 201, 209, 224, 227, 288, 291, 312, 329, 444, 488, 490, 492, 497)<sup>12</sup>. Es ging um die Fassung eines Vertrages, der die bisherigen Verträge ersetzen sollte. Mosse rechnete sich einen bedeutenden Anteil an dem Text zu, der *mutatis mutandis* mit den USA, Deutschland und Rußland unterzeichnet wurde – die Verträge erreichten aber nicht die Ratifizierung. Wenn auch ein Deutscher die Formulierungen „hinter den Coullissen“ (MOSSÉ 1995: 209) vorbereitet hatte, kann man bei diesem internationalen Geschäft einen Einfluß deutschen Rechts nicht konkretisieren.

(iii) Zivilprozeßordnung.

Oben ist schon erwähnt worden, daß der für die Justizgesetzgebung seit Oktober 1887 zuständige Justizminister Yamada den zum Mitglied der Justizkommission berufenen Berater Mosse mit der Überarbeitung des Techow'schen Entwurfs der Zivilprozeßordnung beauftragte (MOSSÉ 1995: 327, 331, 336, 339, 345, 349)<sup>13</sup>. Yamada entfernte aber bald die ausländischen Mitglieder aus der Kommission, und Mosse war vertraglich nicht verpflichtet, auch für das Justizministerium zu arbeiten. Dennoch übernahm er auf Zureden des deutschen Gesandten, der den deutschen Einfluß erhalten wollte, die Arbeit, mit der er den Winter 1887/88 hindurch so belastet war, daß er sie im März 1888 niederlegte, um sich den Kommunalgesetzen gründlicher widmen zu können. In seinem Brief vom 6. Januar 1888 hieß es: „Es liegt zwar ein Entwurf (der ZPO) vor; derselbe bedarf indessen an sich und namentlich mit Rücksicht auf die anderen Justizgesetze einer sehr weitgehenden Umarbeitung, so daß von dem ursprünglichen Entwurf nicht viel übrig bleiben wird“. In welcher Weise er es unternahm, Yamadas Erwartungen gerecht zu werden, und welche Einzelheiten er dabei vorschlug, hat er nicht mitgeteilt; erkennbar ist aber, daß die japanische Zivilprozeßordnung auch nach Änderungen in der Justizkommission bei ihrer Verkündung im März 1890 die deutsche ZPO zum Muster hatte (RUDORFF 1890: 224–7).

e) Mit Mosse ging die Reihe der deutschen Juristen, die in Japan maßgeblichen Einfluß auf die Gesetzgebung ausüben konnten, zu Ende. Mosses Nachfolger Heinrich Mosthaf (1891–1894), Regierungsrat in Württemberg, war ebenso wie der Berliner Richter Maximilian Schultzen-

---

<sup>12</sup> Die Anmerkung der Herausgeber der Briefe (S. 190–192) beschreibt die Geschichte der Revisionsverhandlungen.

<sup>13</sup> Lina Mosse schrieb „Civilgesetzordnung“, gemeint war die Zivilprozeßordnung.

stein, der nicht in Japan war, sondern von Deutschland aus Expertisen zur Zivilprozeßordnung zu erstellen hatte (SCHENCK 1997: 297), und der im japanischen Außenministerium ab 1887 beschäftigte Helmut von Jas-mund (SCHENCK 1997: 298; MOSSE 1995: 266) mit der Erstattung juristischer Gutachten zu vielerlei Themen beauftragt. Der Magdeburger Landrichter Johannes Bergmann (1887–1889) war hauptsächlich für Übersetzungen rechtlicher Texte engagiert (SCHENCK 1997: 297, 333), übte aber auch Berater-tätigkeit aus.

## 2. Lehrer des deutschen Rechts

a) Es ist das Verdienst des Historikers Paul-Christian Schenck, die Ge-schichte der Deutschen Vereinsschule in Tōkyō näher erforscht zu haben (SCHENCK 1997: 240–50). Diese 1883 vom „Verein zur Verbreitung deut-scher Wissenschaften“ gegründete Lehranstalt bot einen Spezialkurs für Volkswirtschaft und vor allem Rechtswissenschaft an; dafür wurden deutsche Juristen eingestellt. Unterricht im deutschen Recht war wichtig geworden, weil nach der Entscheidung der Regierung, deutsches Recht als Muster für die neue Gesetzgebung zu nehmen, Beamte und Richter auf die Anwendung dieses Rechts vorzubereiten waren. Zunächst kamen nur private Einrichtungen dafür in Betracht, weil sich in der Bevölkerung ein – noch lange anhaltender – *anti foreign spirit* ausbreitete, der sich auch unter den Ausländern, namentlich den Vertretern der französischen und englischen Orientierung, gegen Deutschland bemerkbar machte (Mosse 1995: 318, 334, 441, auch 34). Die Regierung hielt sich deshalb offiziell zurück, unterstützte die Vereinsschule aber mit Geld.

Außer japanischen Lehrern waren in den 80er Jahren die Assessoren Ernst und Felix Delbrück (Vettern), die Richter Ludwig Lönholm und Otfried Nippold sowie der Staats- und Wirtschaftskundler Johannes Wer-nicke an der Vereinsschule tätig. Den nachhaltigsten Einfluß auf die Ausbildung im deutschen Recht hatte dort der preußische Assessor Ge-örg Michaelis<sup>14</sup>, der von 1885 bis 1889 wissenschaftlicher Leiter der Schu-le war. Er propagierte die preußisch/ deutsche Referendarausbildung, die mit den praktischen Stadien nach der Prüfung gemäß den Vorschriften für die Prüfungen der Zivilbeamten und der Vorbereitungszeit der höhe-ren und unteren Beamten<sup>15</sup> sowie später durch das Gerichtsverfassungsgesetz von 1890 für das Referendariat zwischen der ersten und zweiten juristischen Prüfung eingeführt wurde.

---

<sup>14</sup> Er wurde 1917 für wenige Monate deutscher Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident.

<sup>15</sup> *Bunkan shiken shiho oyobi minarai kisoku* vom 25. Juli 1887. Zu den Zivilbeamten zählten auch die Richter und Staatsanwälte.

b) Michaelis hielt als Lehrbeauftragter auch Vorlesungen an der Kaiserlichen Universität in Tōkyō, an der seit 1887 deutsches Recht gelehrt wurde. Dort waren auch der Rechtsanwalt Heinrich Weipert (1886–1889) (SCHENCK 1997: 260, 342) und der Richter Ludwig Lönholm<sup>16</sup> tätig. Kenntnisse vom deutschen Recht vermittelte ferner Karl Rathgen, der an der Universität bis 1890 hauptsächlich Nationalökonomie lehrte (SCHENCK 1997: 258, 338).

3. Zahlreiche japanische Wissenschaftler, Rechtsanwender und Studenten fuhren in der Folgezeit nach Europa, wo sie auch – und in vielen Fällen vornehmlich – in Deutschland Informationen sammelten oder sogar für Monate eine Universität besuchten. Das Interesse galt hauptsächlich dem deutschen Zivilrecht, das bald eine vorrangige Stellung im Kreise der japanischen Rechtswissenschaftler erlangte. Auch fand das Studium der deutschen Sprache zunehmend Anhänger, so daß deutsche Lehrbücher und Kommentare bei den japanischen Juristen in Gebrauch kamen.

Die mit allen diesen Mitteln erworbenen Kenntnisse und Erfahrungen machten die Berufung deutscher Juristen nach Japan bald überflüssig; man konnte ohne Anwesenheit deutscher Berater darangehen, das neu geschaffene Recht anzuwenden. Mit Ausnahme des nach französischem Vorbild eingeführten Straf- und Strafprozeßrechts (s. u.) waren die wichtigsten Gesetze wesentlich von deutschem Recht beeinflusst.

4. Das Bürgerliche Gesetzbuch – im Schrifttum erscheint es mit verschiedenen Bezeichnungen: jBGB, ZGB (Zivilgesetzbuch), ZG (Zivilgesetz), Meiji-BGB – nahm allerdings in den 90er Jahren einen eigenen Weg (MURAKAMI 1974: 44–51; RAHN 1990: 91–113; KITAGAWA 1970: 30–43; SCHENCK 1997: 302–15; ISHII 1954: 507–29; CHAMBLISS 1958: 577–92). 1880 war Boissonade beauftragt worden, den vermögensrechtlichen Teil eines Zivilgesetzes zu entwerfen. Er nahm das französische Recht, den Code civil, in seiner damaligen Fassung und Auslegung zur Grundlage, berücksichtigte aber auch die Gesetzgebung anderer Länder. Sein Entwurf umfaßte fünf Bücher und wurde am 21. April 1890 als Gesetz verkündet („altes Zivilgesetz“), einige Monate später auch ein von Japanern ausgearbeiteter Teilentwurf des Familienrechts. Diese Gesetze

---

<sup>16</sup> Lönholm lehrte fast 25 Jahre lang deutsches und römisches Privatrecht; in seiner Ära wuchs die Zahl der Studenten in der deutschen Abteilung der juristischen Fakultät zeitweise höher als die in der französischen und englischen Abteilung. Auch arbeitete er als Rechtsanwalt für die deutschen Kaufleute, übersetzte japanische Gesetze ins Englische und Deutsche und wurde von der Regierung als Berater hinzugezogen. Er war der prominenteste deutsche Fachmann (SCHENCK 1997: 260–5, 335).

sollten ursprünglich schon am 1. Januar 1891 in Kraft treten. Dieser Termin wurde aber verschoben, und das Zivilgesetz (*Minpō*) im ganzen erlangte am 16. Juli 1898 Wirksamkeit („neues Zivilgesetz“). Der Grund für die Verschiebung war der „Kodifikationsstreit“, bei dem es darum ging, daß das alte Zivilgesetz in wesentlichen Teilen<sup>17</sup> von dem naturrechtlich orientierten Franzosen Boissonade, das kurz zuvor verkündete Handelsgesetz aber von dem Deutschen Roesler stammte und beide Gesetze nicht zueinander paßten, daß das alte Zivilgesetz mit dem liberalen Personen- und Familienrecht verwurzelte japanische Rechtsüberzeugungen und -gebräuche außer acht lasse und daß die englische Faktion unter den Gelehrten sich gegen die französisch-rechtliche Ausrichtung wehrte und den Aufschub der Gesetzgebung verlangte – diesem Verlangen schlossen sich die reaktionären Kräfte an. Eine zur Überarbeitung der Gesetze gebildete Kommission, die nur aus Japanern bestand, suchte für das Zivilgesetz Anregungen aus den einschlägigen Gesetzen in vielen Ländern (ISHII 1954: 526f; CHAMBLISS 1958: 591), stützte sich aber hauptsächlich auf den ersten Entwurf des deutschen Bürgerlichen Gesetzbuchs; auch das französische Recht spielte jedoch noch eine große Rolle. Das Ergebnis war nicht – wie es in Deutschland häufig angenommen wird – eine Kopie des deutschen Rechts<sup>18</sup>, wenn auch die Einteilung des Zivilgesetzes in fünf Bücher mit geänderter Reihenfolge (Personenrecht, Sachenrecht, Schuldrecht, Familienrecht, Erbrecht) der des deutschen BGB entspricht. KITAGAWA (1970: 34f) hat Übereinstimmungen und Unterschiede anschaulich in drei Gruppen dargestellt: (1) Institutionen, die sowohl im deutschen BGB als auch im japanischen ZG, (2) Institutionen, die im deutschen, aber nicht im japanischen Gesetz<sup>19</sup>, (3) Institutionen, die im japanischen ZG, aber nicht im deutschen BGB enthalten sind. Sie stammen teils aus anderen fremden Rechten, teils aus einheimischer Überlieferung. Auch ergänzende Gesetze aus

---

<sup>17</sup> Der Rechtsgelehrte Tomii Masaaki kritisierte, obwohl er der französisch-rechtlichen Richtung angehörte, das alte Zivilgesetz in sieben Punkten, die ISHII (1954: 521) eine zutreffende Einschätzung der von Boissonade gelieferten Teile nannte (CHAMBLISS 1958: 588; RAHN 1990: 107).

<sup>18</sup> Das Familien- und Erbrecht war ohnehin von hergebrachten japanischen Institutionen beherrscht.

<sup>19</sup> Ein markanter Fall: Das deutsche Abstraktionsprinzip hat Japan nicht übernommen. Zur Erläuterung ein vereinfachtes Beispiel: Wer in Deutschland eine Sache kauft (schuldrechtliches Rechtsgeschäft), wird Eigentümer der Sache erst dann, wenn die Sache ihm übergeben wird (dingliches Rechtsgeschäft). Nach französischem Recht, dem Japan gefolgt ist, geht das Eigentum durch Willenserklärung der Vertragsparteien über – einer körperlichen Übergabe bedarf es nicht (Art. 176 ZG).

dem Bereich des Zivilrechts, die in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg ergingen, enthielten Regelungen, die das deutsche Recht nicht kannte; bei den von RAHN (1990: 114–6) und KITAGAWA (1970: 66f) genannten Vorschriften ist ein Einfluß deutschen Rechts nicht zu erkennen.

5. Das Bild eines gänzlich von deutscher Rechtslehre beherrschten Zivilrechtsverständnisses bot sich in den ersten zwei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts. Die japanischen Juristen, angeführt von den Wissenschaftlern, ließen sich bei der Auslegung der neuen Gesetze von den in Deutschland entstandenen Lehrmeinungen = Theorien leiten und wendeten diese auch dort an, wo das gesetzte Recht keinen deutschen Ursprung hatte. Bei dieser „Theorienrezeption“ handelte es sich darum, daß das bestehende Recht – gleichgültig, woher es stammte – von seinen Normenkomplexen, wenn nicht ganz, so doch in wichtigen Punkten abweichend, umkonstruiert und umgebildet wurde, indem sich der Jurist ausschließlich nach der deutschen Rechtswissenschaft richtete (KITAGAWA 1970: 67–85; MURAKAMI 1974: 66; RAHN 1990: 116f, 128f), die mit präzisen Begriffen und logischen Konstruktionen arbeitete. Dies führte zu einer Begriffsjurisprudenz japanischer Prägung, wie RAHN (1990: 122–9, 382) sie beschrieben hat. Die deutsche Methode konnte ihre Herrschaft in Japan nur zwei Jahrzehnte lang behaupten, weil sie mit ihrer strikten Logik der japanischen Denkart nicht angemessen war<sup>20</sup>. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges wandten sich die Rechtswissenschaftler intensiver der Freien Rechtslehre, der Rechtssoziologie und der *case-method* (Fallstudium) zu und richteten ihre Aufmerksamkeit auf das „lebende Recht“ (Eugen Ehrlich) (RAHN 1990: 139–59), berücksichtigten also die soziale Wirklichkeit und die dort geltenden Normen. Diese Tendenz löste auch in der Rechtsanwendung durch die Gerichte die von der deutschen Rechtsdogmatik übernommene strenge, wenig elastische oder flexible juristische Denkart ab. In den 1930er Jahren bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges gewannen die mit nationalistischer Ideologie belebten herkömmlichen Wertvorstellungen starkes Gewicht – im Recht auf der Grundlage von Generalklauseln; dazu gehörte auch der Grundsatz „Treu und Glauben“, dessen Anwendung schon lange gefordert wurde (RAHN 1990: 168), bevor er 1947 Aufnahme in das Zivilgesetz fand, Art. 1 Abs. 2 *Minpō*. In die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen fällt auch der erweiterte Blick auf das anglo-ameri-

---

<sup>20</sup> Der Philosoph NAKAMURA Hajime (1960: 462–82) hat japanische „Irrationalistic Tendencies“ beschrieben: „tendency to be illogical (to neglect social rules)“, „lack of the ability to think with logical coherence“ und „immaturity of logic“.

kanische Recht, dem Japan u. a. die Bestimmungen des Treuhandgesetzes von 1922 entnahm.

6. Das Straf- und Strafprozeßrecht war hinsichtlich des deutschen Einflusses ein Nachzügler. In der Rezeptionsgeschichte stößt es ohnehin auf geringeres Interesse als das Zivilrecht, bei dem, wie der oben erwähnte Kodifikationsstreit zeigt, die Empfindungen der Juristen und Politiker sich jahrelang erhitzten. Das 1882 in Kraft getretene Strafgesetz von 1880 hatte Boissonade entworfen, es galt bis 1907 und wurde dann nach den Strafgesetzbüchern Deutschlands und anderer Länder reformiert. Die Reformbemühungen hatten bereits 1884/85 eingesetzt. Nach Kommissionsberatungen kam ein Entwurf zustande, der ab 1900 dem Parlament in mehreren Sessionen vorlag, immer wieder geändert und schließlich im April 1907 als Gesetz verkündet wurde (HÖSÖKAI 1939: 237f; ISHII 1954: 491–501; CHAMBLISS 1958: 562–71). Auch die Strafprozeßordnung von 1890 stand unter französischem Einfluß; sie galt bis 1922. Die dann verkündete Reform war jahrelang vorbereitet worden. Schon im Dezember 1895 hatte das Justizministerium eine Kommission zur Überprüfung der Strafprozeßordnung eingesetzt, die eine Änderung in Angriff nahm. Die Überprüfung galt der Praktikabilität des Gesetzes, und so holte die Kommission die Meinung der Gerichte und Staatsanwaltschaften ein, was sich in einer Nachfolgekommission wiederholte. Die Auflösung einer der Kommissionen führte zu einem Stillstand der Arbeiten, die schließlich 1920 wieder aufgenommen wurden und 1921 zu einem endgültigen Entwurf führten, der 1922 Gesetz wurde. Diese neue Strafprozeßordnung hatte deutsches Recht zum Muster.

## C

Der Einfluß deutscher Gesetze und wissenschaftlicher Erkenntnisse auf Gesetzgebung, Theorie und Rechtsanwendung in Japan wird gemeinhin mit der Überschrift „Rezeption“ versehen. KITAGAWA (1970: 16–23) hat sich für seine Darstellung der Vorgänge, beschränkt auf das Zivilrecht, um den Begriff der Rezeption bemüht und dabei Merkmale genannt, die bei der Wertung einer Rechtsübernahme als „Rezeption“ kennzeichnend sind. Die Übernahme kann sein

- zeitlich und/oder räumlich bestimmt,
- vollständig, partiell oder punktuell,
- erzwungen oder freiwillig,
- rein oder aus verschiedenen Rechtsordnungen ausgewählt oder gemischt,
- gesetzlich geregelt oder als Gewohnheitsrecht eingeführt.

Die Assimilation, d. h. die Anpassung des übernommenen Rechts an das einheimische Rechtsleben<sup>21</sup>, sieht Kitagawa als eine von der Rezeption selbst getrennte Erscheinung. Der Trennungsthese steht die Ansicht von E. Hirsch (KITAGAWA 1979: 17, 21f) entgegen, der meint, nicht Rechtsnorm oder Normsystem werde rezipiert, sondern rechtliches Gedankengut, das zwar in der Formulierung des ausländischen Vorbildes als Gesetzesnorm fixiert sei, für den übernehmenden Gesetzgeber aber den Charakter von faktischen Mustern und Modellen habe; dieses Gedankengut sei nur dann rezipiert, wenn es im Sozialleben des Rezeptionslandes seinen Charakter als „Importgut“ verloren habe und als Bestandteil im nationalen Recht aufgegangen sei. Bei diesem Verständnis der Rezeption wäre die Assimilation nicht getrennt zu betrachten, und man könnte spontan an die Meiji-Verfassung denken, mit der die konstitutionelle Monarchie als rechtliches Gedankengut in Japan eingeführt wurde, das seine Geltung nach dem bis 1947 nie geänderten Text der Verfassung behalten und sich im Bewußtsein des Volkes verankert hat, obwohl die gewollte Elastizität der Meiji-Verfassung den Wandel der Regierungsform vom Beamtenstaat über die Taishō-Demokratie zur Militärdiktatur ermöglichte.

Die Rezeption westlichen, hier: deutschen, Rechts in Japan ist ein Vorgang eigener Art. Die von Kitagawa aufgestellten Merkmale lassen sich in einer der Alternativen als gegeben feststellen, das ergibt sich aus dem oben Dargestellten. Zu dem Motiv der Rezeption sei aber noch bemerkt, daß dabei eine Mischung von indirektem Zwang und eigenem Anstoß gewirkt hat. Der Zwang von außen richtete sich nicht darauf, konkrete Vorschriften oder gar eine konkrete ganze Rechtsordnung zu importieren, sondern das Rechtswesen so einzurichten, daß es als dem der Handelspartner gleichwertig und kommensurabel angesehen werden konnte. Das war mit Nachahmungen wie mit eigenen Schöpfungen möglich und wurde auch in dieser Weise praktiziert, indem die Nachahmungen als die schnellste Methode der Reform durch eigenständige Ideen und Anleihen aus dritten Systemen modifiziert oder ersetzt wurden. Indirekt war der Zwang, weil die Rezeption zunächst ein Mittel war für Schritte auf dem Weg zu dem dringend angestrebten Ziel, die Ungleichheit der Staatsverträge aus der Vor-Meiji-Zeit zu beseitigen. Aber mit der Zwangslage ging dann doch ein Stück Eigeninteresse einher, indem die Rechtserneuerung nach dem Muster weitgehend zentralisierter Staaten mit jeweils allgemein gültigem Rechtswesen innenpolitisch der Rechtseinheit und der Festigung der kaiserlichen Herrschaft mit der allerorts einwirkenden Regierung in Tōkyō diente. Daß dabei dem Indi-

---

<sup>21</sup> RAHN (1990: 14 mit Anm. 4) nennt den Anpassungsprozeß „Akkulturation“ und hält nach dem soziologischen Vokabular dieses Wort für zutreffender.

viduum mehr Freiheit und sogar subjektive Rechte zufielen, war Gegenstand der Kritik von Traditionalisten.

Nicht zu verkennen ist, daß der Eindruck entstehen kann, die Japaner wollten mit der neuen Rechtsordnung nur dem Ausland beweisen, daß ihr Staat nunmehr ebenbürtig sei, ohne ernsthaft an die Verwurzelung und Wirksamkeit dieser Ordnung in der Gesellschaft zu glauben; beispielhaft ist das, was Etō Shinpei mit dem Code civil vorhatte (s.o.). Daß die Anwendung geschriebenen Rechts in Japan durch den Zugriff auf den gesunden Menschenverstand des japanischen Volkes anders aussieht als es der kontinental-europäische, insbesondere deutsche Jurist gewohnt ist, weiß jeder, der Vergleiche anstellt. Für die Einwirkung der Sozialstruktur hat Kitagawa eine „Schattenseite“ beschrieben: Sie führt zu dem Ergebnis, daß die Prinzipientreue, die Ordnungsliebe und die wörtliche Beobachtung der Gesetze nicht höchstes Ziel des Lebens sind (KITAGAWA 1970: 160), und die umfangreiche Untersuchung von Rahn handelt ganz von diesem Thema (dem eiligen Leser seien die abschnittswisen Zusammenfassungen und Würdigungen zur Lektüre empfohlen). Wer das in sich aufnimmt und überdenkt, was bedeutende Sachkenner – die beiden Genannten und viele andere – zur Analyse der Rezeption in Japan geschrieben haben, hat Grund sich zu fragen, ob er die Übernahme und teilweise Mischung von Bestandteilen fremder Rechtsinstitute durch die Bezeichnung „Rezeption“ mit dem Vorgang gleichsetzen darf, der dem deutschen Juristen zunächst – oft ausschließlich – in den Sinn kommt, die Rezeption des römischen Rechts in Deutschland, das *in complexu* als geltendes Recht anerkannt wurde, in das gemeine Recht integriert war und über Jahrhunderte herrschend blieb (DULCKEIT 1989: 316–23). Es war nicht durch Gesetz, sondern auf dem Weg der Gewohnheit von Juristen eingeführt worden. Auf dem europäischen Kontinent hatte es tiefere Wurzeln geschlagen als – trotz der Theorienrezeption – das deutsche Recht in Japan, das seinen Charakter als „Importgut“ im Sinne der Definition Ehrlichs (s.o.) nicht verloren hat, sondern vielfach mit seiner deutschen Herkunft identifiziert wird – ebenso wie auch die übernommenen anglo-amerikanischen Rechtsvorstellungen und -praktiken sich zu erkennen geben.

LITERATURVERZEICHNIS

- ANDO, Junko (2000): *Die Entstehung der Meiji-Verfassung* (Monographien aus dem Deutschen Institut für Japanstudien der Philipp Franz von Siebold-Stiftung, Bd. 27). München: iudicium verlag.
- DE BARY, Wm. Theodore (Hg.) (1958): *Sources of Japanese Tradition*. New York: Columbia University Press.
- BÖLICHE, Thoralf (1996): Die Bedeutung des Begriffs *jōri* für die japanische Rechtsquellenlehre. In: *Zeitschrift für japanisches Recht*, Heft 1, S. 7–20.
- CHAMBLISS, William J. (1958): *Japanese Legislation in the Meiji Era* (Übersetzung des Buches von ISHII Ryōsuke (s. u.)). Tōkyō: Pan-Pacific Press.
- DULCKEIT, Gerhard (1989): *Römische Rechtsgeschichte*, bearbeitet von Fritz Schwarz und Wolfgang Waldstein. München: C.H. Beck Verlag.
- ENDŌ, Motoo und SHIMOMURA, Fuji (Hg.) (1957): *Kokushi bunken kaisetsu* [Erläuterungen zur historischen Literatur Japans]. Tōkyō: Asakura shoten.
- FEINERMAN, James V. (1992): The Meiji Reception of Western Law. In: LESER, Hans G. und ISOMURA Tamotsu (Hg.): *Wege zum japanischen Recht*. Berlin: Duncker & Humblot, S. 95–105.
- HŌSŌKAI (Hg.) (1939): *Shihō enkakushi* [Aufzeichnungen zur Geschichte der Justiz]. Tōkyō: Hōsōkai.
- HOSOKAWA, Kame'ichi (1961): *Nihon kindai hōseishi* [Moderne Rechtsgeschichte Japans]. Tōkyō: Yūhikaku.
- ISHII, Ryōsuke (1954): *Meiji bunkashi, daini kan: hōseishi* [Kulturgeschichte der Meiji-Zeit, Bd. 2: Rechtsgeschichte]. Tōkyō: Yōyōsha.
- KITAGAWA, Zentarō (1970): *Rezeption und Fortbildung des europäischen Zivilrechts in Japan*, Frankfurt/M./Berlin: Alfred Metzner Verlag.
- MİYAZAWA, Toshiyoshi (1958): *Nihonkoku kenpō* [Die Verfassung Japans], Ergänzungsband. Tōkyō: Nihon hyōron shinsha.
- MOSSE, Albert und Lina (1995): *Fast wie mein eigen Vaterland. Briefe aus Japan 1886–1889*. München: iudicium verlag.
- MURAKAMI, Jun'ichi (1974): *Einführung in die Grundlagen des japanischen Rechts*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- NAKAMURA, Hajime (1960): *The Ways of Thinking of Eastern Peoples*. Tōkyō: Printing Bureau, Ministry of Finance.
- RAHN, Guntram (1990): *Rechtsdenken und Rechtsauffassung in Japan*. München: C.H. Beck Verlag.
- RÖHL, Wilhelm (1996): Rechtsgeschichtliches zu *jōri*. In: *Zeitschrift für japanisches Recht*, Heft 1, S. 67–73.
- RÖHL, Wilhelm (1998): Deutsche Juristen in Japan: Otto Rudorff. In: *Zeitschrift für japanisches Recht*, Heft 5, S. 54–63.

- RUDORFF, Otto (1890): Die neueste Justizgesetzgebung Japans. In: *Mitteilungen der deutschen Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens*, Bd. V., S. 215–28.
- SCHENCK, Paul-Christian (1997): *Der deutsche Anteil an der Gestaltung des modernen japanischen Rechts- und Verfassungswesens*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- SHIBA, Tōgo (Hg.) (1958): *Japan Biographical Encyclopedia & Who's Who*. Tōkyō: The Rengō Press.
- SHIMONAKA, Yasaburō (Hg.) (1956): Furubekku [Verbeck]. In: *Dai jinmei jiten* [Großes Namenslexikon], Bd. 8. Tōkyō: Heibonsha.
- TAKAHASHI, Shin'ichi (1960): Yōgakusho [Institut für westliche Studien]. In: KAWADE, Takao (Hg.): *Nihon rekishi daijiten*, Bd. 19. Tōkyō: Kawade shobō shinsha.
- TAKAYANAGI, Kenzō (1963): A Century of Innovation: The Development of Japanese Law, 1868–1961. In: VON MEHREN, Arthur Taylor (Hg.): *Law in Japan, the Legal Order in a Changing Society*. Cambridge, Massachusetts: Harvard University Press, S. 5–40.



# DER PREUSSISCHE JURIST GEORG MICHAELIS IN JAPAN (1885–1889)

Bert BECKER

Georg Michaelis (1857–1936) ist heutigen Zeitgenossen noch als der erste bürgerliche Reichskanzler des Deutschen Kaiserreichs in Erinnerung, der im Kriegsjahr 1917 nur 14 Wochen im Amt weilte (Abb. 1). Vor dieser Ernennung war Michaelis für die Brotversorgung des Reiches und die Volksernährung in Preußen während des Ersten Weltkriegs zuständig. Seine Verwaltungskarriere hatte in den 1890er Jahren begonnen, als er bei den preußischen Staatsbehörden der Rheinprovinz, Westfalens und Schlesiens tätig war. 1909 wurde er Unterstaatssekretär im preußischen Finanzministerium, nach der Entlassung als Reichskanzler noch Oberpräsident der Provinz Pommern.<sup>1</sup> Es ist keine Übertreibung zu behaupten, daß für Michaelis' rasche und erfolgreiche Karriere in der preußischen Verwaltung seine vierjährige Lehrtätigkeit an der Schule des Vereins für deutsche Wissenschaften (*Doitsugaku Kyōkai Gakkō*) in Tōkyō von 1885 bis 1889 den entscheidenden Ausschlag gab. Aus den in Japan erworbenen wissenschaftlichen Kenntnissen und den dort gemachten praktischen Erfahrungen schöpfte er sein Leben lang. Auch nach der Rückkehr beschäftigte sich Michaelis weiterhin mit Japan und ostasiatischen Fragen, was ihn schließlich zu einem Propagandisten der Kolonial- und Flottenpolitik des Reiches werden ließ.

Michaelis' Rolle für die deutsch-japanischen Beziehungen in der Meiji-Zeit ist bis heute weitgehend unbekannt geblieben.<sup>2</sup> Anhand der inzwischen veröffentlichten Briefe und Tagebuchnotizen soll im folgenden sein Anteil an den japanischen Justizreformen, der sich auf die

---

<sup>1</sup> Zu Michaelis' Biographie siehe vor allem seine eigenen Lebenserinnerungen: MICHAELIS 1922; MICHAELIS 1923; ausführlichste Zusammenfassung, die allerdings nur den Zeitraum bis 1922/23 umfaßt: MORSEY 1994; neueste und lexikalisch knappe Darstellung: *Deutsche Biographische Enzyklopädie* 1999; detaillierte Kurzchronologie seines Lebens in: BECKER 2001, S. 59–62.

<sup>2</sup> Auf japanischer Seite kommt vor allem dem Tokyoter Historiker Nakai Akio das Verdienst zu, Michaelis in die Forschung zu den deutsch-japanischen Kontakten eingebracht zu haben (NAKAI 1988; NAKAI 1995). Ihm verdankt der Verfasser manche wertvolle Anregung und Hilfestellung. Auf deutscher Seite bietet die Freiburger Dissertation von Paul-Christian SCHENCK den ausführlichsten Überblick zu Michaelis' Tätigkeit an der Vereinsschule (1997: 240–250).

Bereiche Zivilprozeß und Strafjustiz, Wehrpflicht sowie die Jagdgesetzgebung erstreckte, vorgestellt werden. Darüber hinaus enthüllen Michaelis' Berichte gesellschaftliche Strömungen der damaligen Zeit wie Nationalismus und Antisemitismus, die sich in der kleinen deutschen Kolonie in Tōkyō und Yokohama wie in einem Brennglas wiederfanden. Welche Vorstellungen von Japan viele Europäer mitbrachten und wie sich manche Einstellungen gegenüber dem Gastland im Laufe der Zeit veränderten, kann an Michaelis' Japan-Bild beispielhaft gezeigt werden. Mit dieser dreifachen Schwerpunktsetzung werden natürlich nicht alle Facetten seines vierjährigen Japan-Aufenthalts erfaßt. Über Michaelis' frühen Werdegang bis zur Abreise nach Japan, die Entwicklung der Vereinsschule in dieser Zeit, seine Eindrücke von Land und Leuten, die Hintergründe der Forschungsreise nach Hokkaidō und auf die Kurilen-Inseln sowie über seine Aktivitäten nach der Rückkehr ist ausführlich in der Einleitung der Brief- und Tagebuch-Edition (BECKER 2001: 14–62) berichtet worden. So sollen in dem vorliegenden Aufsatz wichtige Ergänzungen und schärfere Akzentuierungen gebracht werden, die abschließend zu der Frage hinleiten, wie das Wirken von Michaelis im Kontext der deutsch-japanischen Beziehungen in der Meiji-Zeit zu bewerten ist.

## 1. MICHAELIS UND DAS DEUTSCHE RECHT IN JAPAN

Als Michaelis am 12. Oktober 1885 in Yokohama eintraf, kam er in ein Land, das sich seit Jahren in einem umwälzenden Modernisierungsprozeß nach westlichen Vorbildern befand. Nachdem in den Jahren 1884 und 1885 die Reorganisation der Regierungs- und Verwaltungsstruktur im Vordergrund gestanden hatte, konzentrierten sich die Reformen in den nächsten zwei Jahren auf die Einführung der Verfassung, den Aufbau der lokalen Selbstverwaltung und die Ausgestaltung der Justizgesetzgebung. Im zuletzt genannten Bereich, nämlich beim Entwurf einer Zivilprozeßordnung (ZPO), konnte auch Michaelis mitwirken. Die Arbeiten dafür hatten bereits 1876 begonnen und wurden schließlich an den deutschen Juristen Techow<sup>3</sup> übergeben, der 1883 nach Japan gekommen war. Dieser wurde zum Wegbereiter der ZPO, die bis 1886 in 160 Sitzungen unter Mitwirkung von zehn

---

<sup>3</sup> Herrmann Techow (1838–1909), Jurist. 1878 Regierungsrat, Justitiar und Verwaltungsrat beim Provinzialschulkollegium in Berlin, 1883–1887 Ratgeber der japanischen Regierung für die Reform des Schulwesens sowie bei der Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen. – Die biographischen Angaben zu den deutschen Juristen stammen überwiegend aus SCHENCK (1997: 333–343).

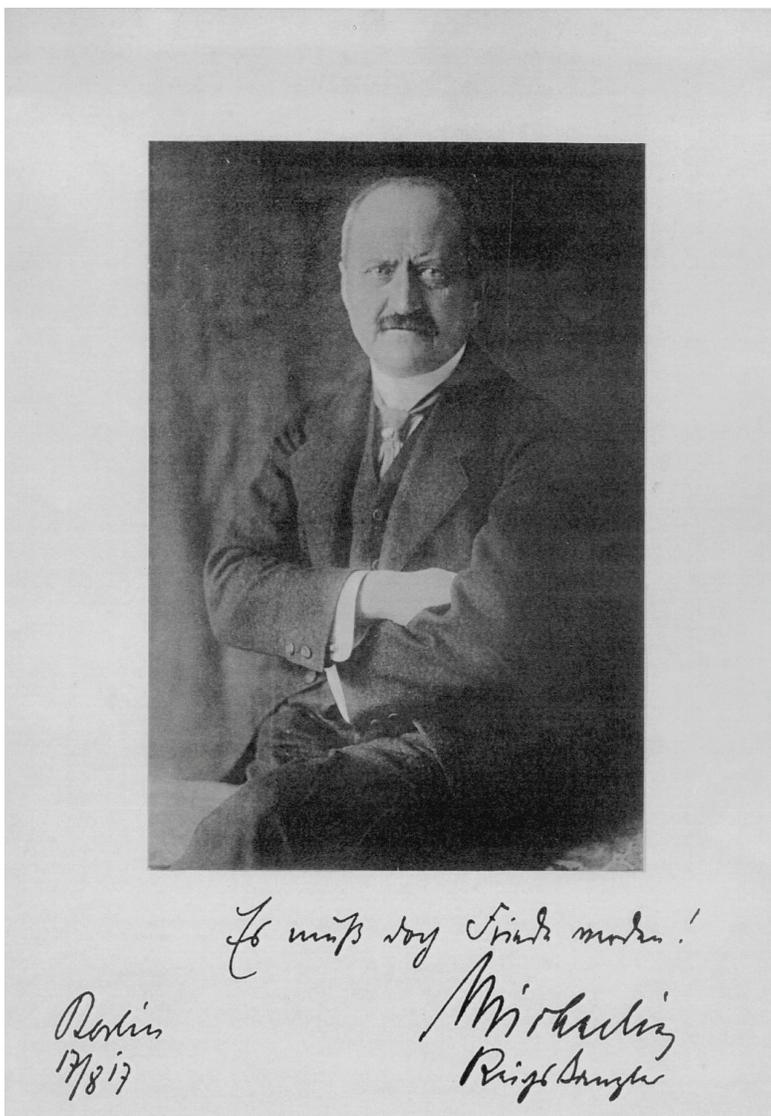


Abb. 1: Reichskanzler Michaelis (1917) (Familienbesitz Michaelis).

japanischen Juristen, dem Justizminister und zeitweise wohl auch Itō<sup>4</sup> entstand. Als Techow Ende 1886 Japan verließ, beauftragte das japanische Außenministerium den sprachbegabten Michaelis mit der Übersetzung der deutschen Version ins Englische, der damit auch das Recht erhielt, den in englischer Sprache geführten Sitzungen der Gesetzgebungskommission beizuwohnen. Als „sehr interessant“ und für das Sprachvermögen „lehrreich“ bezeichnete Michaelis diese Verhandlungen (BECKER 2001: 309). Von Dezember 1886 bis März 1887 arbeitete er wöchentlich mehrmals mit englischsprachigen Bekannten an der Übersetzung. Seine Mitwirkung endete am 10. März, als er die letzten Teile der übersetzten ZPO im Außenministerium ablieferte.<sup>5</sup> Nach der Ernennung von Mosse<sup>6</sup> zum „Referenten für Zivilprozeß“ im Frühjahr 1887, der damit Techow in dieser Funktion nachfolgte, gingen die Beratungen weiter, obwohl die Sitzungen sich häufig sehr mühsam gestalteten (SCHENCK 1997: 274f). 1890 konnte die japanische ZPO schließlich verabschiedet und in Kraft gesetzt werden. Bis heute bildet sie die Grundlage für das Zivilprozeßwesen in Japan.

Michaelis' weiterer Anteil an den laufenden Reformbemühungen in Japan war eher nachrangig und erstreckte sich auf gelegentliche juristische Beratungen, Übersetzungsarbeiten und das Verfassen von Aufsätzen und Vorträgen. Immerhin konzipierte er 1886 im Auftrag Aokis<sup>7</sup> den Entwurf für ein Jagdgesetz und versuchte dabei nach eigener Bekundung, „die preußischen u. japanischen Verhältnisse unter eine Haube zu bringen“. Da er als passionierter Jäger bekannt war und mehrfach von jagdbegeisterten Japanern zu Pirschgängen eingeladen wurde, galt er wohl als der geeignete Experte für eine solche Arbeit. Aoki, der ebenfalls ein eifriger Waidmann war, gründete 1888 einen „Jagdverein vornehmer Japaner, die die japanische Jagd rechtlich u. in der Pflege nach deutschem Muster bilden wollen“ (BECKER 2001: 156, 496).

---

<sup>4</sup> Itō Hirobumi (1841–1909), Politiker. Nach Studienaufenthalten in Europa, vor allem in Deutschland, 1883 Mitarbeit an der japanischen Verfassung. 1885 Ernennung zum Ministerpräsidenten, Minister des Kaiserlichen Haushalts und Vorsitzenden der Verfassungskommission, 1888 Rücktritt als Ministerpräsident und Ernennung zum Vorsitzenden des Staatsrates. Sein Beinamen lautete: „Bismarck von Japan“.

<sup>5</sup> Terminkalender von Michaelis 1886 u. 1887, in: Bundesarchiv N 1283/6 u. 7 (Nachlaß Georg Michaelis).

<sup>6</sup> Albert Mosse (1846–1925), Jurist. 1885 Landrichter, 1886–1890 Rechtsberater des japanischen Kabinetts.

<sup>7</sup> Aoki Shūzō (1844–1914), Diplomat und Politiker. 1874 Gesandter in Berlin, 1885–1889 Vizeaußenminister, 1889–1891 Außenminister. Der mit einer pommerischen Adligen verheiratete und ausgesprochen germanophile Aoki galt als wichtigste Stütze der deutschen Japanpolitik.

Eine größere Wirksamkeit entfaltete Michaelis durch Vorträge und Aufsätze, in denen er sein Rede- und Schreibtalent unter Beweis stellte. Im Dezember 1887 hielt er auf Bitte von Vizekriegsminister Katsura<sup>8</sup> einen Vortrag über „Die Erfüllung der Militärpflicht, ein Mittel zur Bildung des Volkscharakters“.<sup>9</sup> Katsura wollte damit unter den Studenten der Doitsugaku Kyōkai Gakkō für das Einjährig-Freiwilligen-Privileg werben, das nach preußischem Vorbild eingerichtet worden war (BECKER 2001: 414). Zunächst an französischen Vorbildern orientiert, war die japanische Armee seit dem Ende der 1870er Jahre unter dem Einfluß Katsuras zunehmend in Richtung des deutschen militärischen Systems umorganisiert worden. Katsura, der als junger Armeeeoffizier sechs Jahre in Deutschland gewesen war, sorgte auch für die Einführung des Einjährig-Freiwilligen-Privilegs, das in Preußen seit 1822 bestand. Es erlaubte jungen Männern mit höherer Schulbildung, die sich während ihres Dienstes finanziell selbst unterhalten konnten, die aktive Dienstzeit auf ein Jahr zu verkürzen und damit ihre geistige Bildung nicht für ganze drei Jahre zu unterbrechen. Im Anschluß an den einjährigen Dienst bestand auch die Möglichkeit, das begehrte Reserveoffizierspatent zu erwerben und damit am hohen Sozialprestige des Offizierskorps teilzuhaben. Michaelis selbst hatte dieses Privileg genossen, als er 1879/80 im Leib-Grenadier-Regiment in Frankfurt/Oder diente und 1881 zum Leutnant der Reserve ernannt wurde. Mit der Übertragung dieser Einrichtung nach Japan zielte Katsura auf die gebildeten Söhne der ländlichen Grundbesitzer, die sich schon nach einem Jahr zum Offizierskorps zählen durften und damit eine enge Verbindung des Militärs zur wohlhabenden Landbevölkerung herstellten. Auf diese Weise sollten sowohl das Prestige der Streitkräfte erhöht als auch die militärischen und sozialen Grundlagen der japanischen Gesellschaft weiter gefestigt werden (WESTNEY 1988: 185–192). Wegen der zahlreichen Möglichkeiten, der 1873 eingeführten Wehrpflicht zu entgehen, erschien eine Werbung für den Militärdienst notwendig. Gerade das versuchte Michaelis mit seinem Vortrag und erfüllte damit offensichtlich Katsuras Vorstellungen. Er habe einen „ungeträumten Effect erzielt“, berichtete Michaelis nach Hause, da der Vortrag in der regierungsnahen Zeitung „Nichi Nichi Shimbun“ [Tōkyō Nichinichi] in japani-

---

<sup>8</sup> Katsura Tarō (1847–1913), Armeegeneral und Politiker. 1875–1878 Militärattaché der Japanischen Botschaft in Berlin, 1885 Generalmajor und später auch stellvertretender Kriegsminister und Premierminister. Katsura war ein Verfechter der imperialistischen Außenpolitik Japans in Ostasien.

<sup>9</sup> Unter dem Titel „Die Theorie des Militärdienstes“ (*Heieki ni fukusuru no ron*) wurde Michaelis' Vortrag in der 100-Jahre-Jubiläumsschrift der Dokkyō-Universität, also der Rechtsnachfolgerin der Vereinsschule, noch einmal veröffentlicht (MICHAELIS 1979: 628–637).

scher Sprache abgedruckt worden war. Unterrichtsminister Mori<sup>10</sup> ließ Michaelis daraufhin zu sich kommen und kündigte ihm an, daß er den Vortrag, „dessen Inhalt ihm so vorzüglich gefallen“ habe, in mehreren Tausend Exemplaren in Japan verbreiten wolle (BECKER 2001: 436). Da Mori als Anhänger englischer und amerikanischer Reformvorbilder und kaum als Deutschenfreund galt, war der Erfolg für Michaelis und Katsura um so größer.

Zu Michaelis' umfangreichstem wissenschaftlichen Werk in Japan wurde sein „Beitrag zur Kenntniss der Geschichte des Japanischen Strafrechts“, das den Zweck verfolgte, „in Kürze das historische Material zu beleuchten, das die Grundlage bildet für die modernen Reform-Bestrebungen“ (MICHAELIS 1888: 377). Obwohl Michaelis diese Motivation nicht explizit erwähnt, kann doch davon ausgegangen werden, daß es sich um eine Art Auftragsarbeit für die Kommission zur Beratung des japanischen Strafgesetzbuches (*keihō*) handelte. Die notwendigen Übersetzungen aus dem Japanischen fertigten Studenten der Vereinsschule an; den Vergleich der Ergebnisse übernahm Michaelis' Lieblingsstudent Ōuchi. Wegen ihrer damals noch aktuellen Bedeutung behandelte Michaelis die Tokugawa-Strafgesetze besonders ausführlich und veranschaulichte seine detaillierte Darstellung durch mehrere Zeichnungen, die die Bestrafungsarten und ihre Hilfsmittel zeigen. Michaelis leistete damit den ersten Versuch einer wissenschaftlich-systematischen Darstellung des komplexen Themas. Wie er eingangs festhielt, sei dies bisher von keinem Europäer in Angriff genommen worden. Der Aufsatz wurde in den Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens (OAG) abgedruckt, einer Publikationsreihe, die Michaelis als Vorstandsmitglied und Schriftführer selbst redigierte.

## 2. ANTISEMITISMUS UND NATIONALISMUS

Die Zahl der deutschen Gelehrten in Tōkyō erreichte 1887 mit 43 Personen ihren Höhepunkt. Damit lagen die Deutschen an zweiter Stelle hinter den Briten (71) und vor den US-Amerikanern (32) und Franzosen (11).<sup>11</sup>

---

<sup>10</sup> Mori Arinori (1847–1889), Politiker. 1885–89 Kultusminister. Der überzeugte Anhänger westlichen Denkens wurde am Tag der Verfassungsverkündung (11.2.1889) von einem fanatischen Shintoisten ermordet.

<sup>11</sup> Alle Zahlenangaben stammen von dem deutschen Gesandten von Holleben, der zuerst eine Gesamtzahl von 41 nennt, im weiteren Verlauf seines mit Statistiken untermauerten Berichts „Ausländer in Japan“ schließlich für Ende 1887 eine Zahl von 43 Deutschen im Staatsdienst feststellt. – Von Holleben an Reichskanzler von Bismarck, 10.6.1889, in: Bundesarchiv R 901/29746, Bl. 107–118.



Abb. 2: Das Haus von Georg Michaelis in Tōkyō (Michaelis rechts vom Pferd)  
(Familienbesitz Michaelis).

Insgesamt lebten in diesem Jahr 467 Deutsche in Japan, 124 mehr als noch 1884. Damit hatte sich die deutsche Kolonie vor allen anderen in Japan lebenden Ausländern aus 19 Nationen am stärksten vergrößert. Während die Gelehrten im japanischen Staatsdienst angestellt waren, arbeitete die Mehrheit der sogenannten „Meiji-Deutschen“ als Kaufleute oder Angestellte im Privatsektor, vor allem im industriellen Bereich. Innerhalb der deutschen Kolonie bildeten die Wissenschaftler mit einem Anteil von rund zehn Prozent also nur eine Minderheit, die aber in Schlüsselpositionen des japanischen Staatsapparats tätig werden konnte.

Manche Abneigungen und Rivalitäten untereinander bestimmten das tägliche Leben der Meiji-Deutschen. In seinen Lebenserinnerungen hat Michaelis beklagt, daß sowohl unter den Akademikern als auch zwischen ihnen und den Offizieren „Schwierigkeiten des Verkehrs“ bestanden hätten: „Selbst bis nach Ostasien reichten partikularistische Strömungen, konfessionelle Unterscheidungen und Standesunterschiede“ (MICHAELIS 1922: 102). Daß er selbst eine starke Aversion gegen den jüdischen Juristen Mosse hegte, hat er in seinen Memoiren nicht mehr erwähnt. Antisemitische Kommentare sind aber in Michaelis' Japan-Briefen nachweisbar und lassen sich auf seine Erlebnisse und Erfahrungen während der Studien- und Ausbildungszeit um 1880 zurückführen. Eine wichtige Rolle dabei spielten seine korpsstudentische Sozialisati-

on, mehrmalige Besuche von Veranstaltungen des christlich-sozialen Hofpredigers Adolf Stoecker in Berlin, der dabei seine judenfeindlichen Reden hielt, und auch die Lektüre des „Reichsboten“, eine der Christlich-Sozialen Partei nahestehende Zeitung, die Michaelis in Japan regelmäßig las. Wie stark verinnerlicht sein Antisemitismus war, zeigte sich bei der Ankunft der Familie Mosse im Mai 1886. „Unsere deutsche Gesellschaft“, berichtete er nach Hause, „wurde famos vermehrt durch den preußischen Landrichter Mosse nebst Frau u. 2 Kindern, der gleichfalls in japanische Dienste getreten ist. Der erste Jude, der sich hier eingeschmuggelt hat; es ist wirklich ganz toll, aber vielleicht sympathisiert er mit den Japanern, die viel Ähnlichkeit mit Juden in manchen Dingen haben. Er ist blond, das sind die schlimmsten u. Bruder vom Berliner Tageblatt-Mosse, also ächte Sorte. Es wäre mir leid, wenn Jemand seine Artikel, die er doch gewiß los läßt (als preußischer Jurist „M.“ in Tokio) mir in die Schuhe schöbe“. Mosses freundliche Begrüßung empfand Michaelis als unangenehm. Als er einen Bekannten in einem Hotel besuchte, in dem auch Mosse untergebracht war, habe ihn „der Jüd gleich auf Sekt eingeladen u. ‚College hin u. College her‘ war die Parole“, schrieb er. Als Ende 1888 das vierte Kind der Familie Mosse geboren wurde, kommentierte Michaelis den männlichen Nachwuchs mit den Worten: „[...] so vermehrt sich die ‚deutsche‘ Colonie im weitesten Sinne des Wortes flott weiter“ (BECKER 2001: 175f, 524). Durch das Setzen des Wortes „deutsche“ in Anführungszeichen grenzte Michaelis die jüdische Familie bewußt aus und ordnete sie einer anderen Nationalität oder Rasse zu. Solche rassentheoretischen Denkmuster fanden sich in den Programmen von antisemitischen Parteien und Organisationen, die im Kaiserreich entstanden waren.

Der moderne Rassenantisemitismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts richtete sich gegen die zum allergrößten Teil sozial integrierten und kulturell assimilierten deutschen Juden, die sich schon rein äußerlich nicht mehr von ihren nicht-jüdischen Landsleuten unterschieden. Zu ihnen zählte Albert Mosse, der aus einem akkulturiert-liberalen, jüdischen Elternhaus stammte, sich zu seiner jüdischen Identität bekannte und als ungetaufter Jude im preußischen Justizdienst die Stellung eines Amts- und schließlich Landrichters erreicht hatte. Auch sein Bruder, der von Michaelis erwähnte Rudolf Mosse, war rasch aufgestiegen, freilich im Verlagswesen, und hatte 1871 das „Berliner Tageblatt“ gegründet, eine der bald großen deutschen Zeitungen links-liberaler Richtung (KRAUS 1999: 157–240). Dabei beschränkten sich rassentheoretische Überlegungen keinesfalls auf Deutschland, sondern waren in der ganzen europäisch-amerikanischen Welt zu finden, wenn sie auch nicht immer mit Judenfeindlichkeit gepaart sein mußten. Die

von Michaelis angesprochene Ähnlichkeit von Japanern und Juden kann auf die Theorie des Schotten Norman McLeod zurückgeführt werden, der in seinem 1875 veröffentlichten Werk „Epitome of the Ancient History of Japan“ die Behauptung aufstellte, daß die mythischen Urgötter Japans mit den zehn verlorenen Stämmen Israels identisch seien. Zwar erzielte McLeod nur geringe öffentliche Aufmerksamkeit in Japan, doch wurden seine Überlegungen von einigen japanischen Wissenschaftlern, Journalisten und Politikern aufgegriffen, die auf diese Weise sogar von den Japanern als einem ausgewählten Volk Gottes sprechen konnten. Zur Begründung dienten vermeintliche sprachliche Ähnlichkeiten und Ableitungen sowie verschiedene Örtlichkeiten, in denen angeblich prähistorische Spuren jüdischer Einwanderer zu finden waren (GOODMAN und MIYAZAWA 1995: 58–75). Dagegen bezog sich Michaelis' angedeuteter Vergleich zwischen Japanern und Juden eher auf negativ assoziierte äußere Merkmale, Eigenschaften und Verhaltensweisen, die er selbst im täglichen Umgang erlebte. Dazu zählten Erlebnisse mit betrügerischen japanischen Hausangestellten und Kaufleuten, die Geldgier und Materialismus verkörperten, aber möglicherweise auch das Aussehen von Japanern, die mit ihrem kleinen Körperbau und ihren dunklen Haaren den Stereotypen rassistischer Vorstellungen von Juden nahekamen.

Daß Michaelis' Antisemitismus kein Einzelfall in der deutschen Kolonie war, sondern eher eine verbreitete Grundstimmung repräsentierte, geht aus den brieflichen Äußerungen Mosses und seiner Frau Lina hervor (MO SSE 1995: 207, 226, 326). Auf die Japaner scheint der latente Antisemitismus der deutschen Kolonie wenig Eindruck gemacht zu haben. Welche Vorbehalte von Christen gegenüber Juden herrschten, konnte in Japan spätestens mit der Übersetzung des Neuen Testaments ins Japanische, die 1880 von zwei amerikanischen Missionaren abgeschlossen wurde, studiert werden. Traditionelle christliche Stereotypen von den Juden wie kleinliche Pharisäer, kompromißlose Ungläubige und Jesusmörder beeinflussten japanische Vorstellungen kaum; das änderte sich erst mit der Entwicklung eigener Theologien japanischer Christen zu Beginn des 20. Jahrhunderts (GOODMAN und MIYAZAWA 1995: 38f; KREBS 2000: 58). Auch Mosse berichtete von keinen Benachteiligungen seitens der Japaner wegen seiner jüdischen Identität. Im Gegenteil: Durch seine herausgehobene Stellung in der unmittelbaren Umgebung japanischer Entscheidungsträger und seine Mitarbeit an schwierigen und wichtigen Arbeiten der Justizgesetzgebung wurde Mosse zu einem beinahe unentbehrlichen *yatoi* [per Vertrag verpflichteter Spezialist] für die Japaner, womit er bei seinen Landsleuten, die größtenteils in weit weniger relevanten Stellungen eingesetzt waren, zweifellos starken Neid erregte. Vor allem der fast

gleichaltrige Rudorff,<sup>12</sup> ebenfalls Amts- und Landrichter, dessen Aufgabenbereich sich mit Mosses teilweise überschneidet, scheint dafür besonders anfällig gewesen zu sein (MOSSÉ 1995: 291; KRAUS 1999: 218). Bei Michaelis waren es eher seine antisemitischen Vorbehalte, die ihn auf Distanz zu Mosse gehen ließen, kaum beruflicher Neid gegenüber dem fast elf Jahre Älteren.

Blickt man auf Michaelis' weitere persönliche Entwicklung, so zeigt sich, daß er seine antisemitischen Vorbehalte nie gänzlich überwinden konnte. Später fand jedoch unter dem Einfluß seiner Frau, die aus einer liberalen Gubener Unternehmerfamilie stammte und jüdische Freundinnen hatte, eine erhebliche Veränderung seiner religiösen Einstellung statt, die auch sein Verhältnis zum Judentum betraf. Als Michaelis 1917 zum Reichskanzler ernannt wurde, stellte sein früherer Kollege Ernst Delbrück<sup>13</sup> fest, daß dessen in Japan zu spürende Haltung „ins rein Menschliche gewandelt“ worden sei.<sup>14</sup> So verwundert es nicht, daß Michaelis dem 70jährigen Albert Mosse am 1. Oktober 1916 ein Telegramm schickte, in dem es hieß: „In dankbarer Erinnerung der Zeiten, da Sie vierzig wurden, grüße ich Sie zu der ehrwürdigen Siebenzig.“<sup>15</sup> Den Abend von Mosses 40. Geburtstag (1886) hatten sie mit drei anderen Bekannten bei der Familie Knipping verbracht.<sup>16</sup> Inwieweit Michaelis seine Vorbehalte gegenüber Mosse gänzlich abgelegt hatte, läßt sich daraus zwar nicht ablesen, doch drückte sich in den Worten eine veränderte Einstellung des fast 60jährigen Michaelis zu seinem jüdischen Kollegen aus. Ähnliche antisemitische Äußerungen wie aus Japan hat er in seinen späteren privaten und dienstlichen Korrespondenzen nie wieder gemacht. Dennoch hat Michaelis mit seinem Verhalten gegenüber Mosse dreißig Jahre zuvor zweifellos die wachsende Distanz zwischen Christen und Juden gefördert und zur Isolierung jüdischer Bürger beigetragen. Er kann deshalb als typischer Vertreter des deutschen Bildungsbürgertums und der in ihm

---

<sup>12</sup> Otto Rudorff (1845–1922), Jurist. 1881 Amts- und Landrichter in Hannover, 1884–1890 Berater- und Lehrtätigkeit in Japan.

<sup>13</sup> Ernst Delbrück (1858–1933), Jurist. 1886 Gerichtsassessor, 1887–1889 Lehrtätigkeit an der Vereinsschule in Tōkyō.

<sup>14</sup> Schreiben von Ernst Delbrück an Hans Delbrück, 17.7.1917, in: Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Nachlaß Hans Delbrück, Nr. 80.

<sup>15</sup> Telegramm von Michaelis an Geheimrat Mosse in Berlin, 1.10.1916, in: Archives of the Leo Baeck Institute New York, Mosse Family Collection, Part I: Individual Family Members, D) Albert Mosse. – Für eine Kopie des Telegramms danke ich Andō Junko, Deutsches Institut für Japanstudien, Tōkyō.

<sup>16</sup> Terminkalender von Michaelis, 1.10.1886, in: Bundesarchiv N 1283/6 (Nachlaß Georg Michaelis).

dominierenden geistigen Einstellung gegenüber den Juden am Ende des 19. Jahrhunderts gelten.

Neben dem Antisemitismus ergriff nach 1871 der Reichsnationalismus die bürgerlich-bäuerlichen Massen in Deutschland. Seine Auswirkungen zeigten sich auch unter den Deutschen im fernen Japan, wo an Nationalfeiertagen die Gelehrten- und die Kaufmannskolonie einträchtig zusammenkam und sich einem Hurratriotismus hingab. Am rauschendsten wurde der „Geburtstag des Kaisers und Königs“ gefeiert, bis 1888 der von Wilhelm I. am 22. März, seit 1889 der von Wilhelm II. am 27. Januar. Den ersten nationalen Festakt dieser Art in Japan erlebte Michaelis am 22. März 1886 im Club Germania in Yokohama, bei dem patriotische Reden gehalten, Lieder gesungen und ein Grußtelegramm an Wilhelm I. nach Berlin geschickt wurde. „Der große Saal“, hielt Michaelis fest, „war prächtig mit schwarz-weiß-rothen Fahnen, mit dunkeltem Grün u. den herrlichsten Blumen geschmückt und die Büste unseres geliebten Kaisers prangte an der Hauswand. Alle Deutschen in Yokohama hatten geflaggt, die Schiffe im Hafen u. die öffentlichen Gebäude anderer Staaten erwiderten den Gruß. [...] Die japanische Militair-Musik, von dem deutschen Musikmeister Eckert ausgebildet, spielte lauter deutsche Weisen u. mit ihrer Hilfe u. mit der des guten Essens u. des guten Weins war bald Alles in patriotischster, heiterer Stimmung. Der Gesandte hielt einen überaus packenden Toast. [...] Und ‚Hoch‘ haben wir geschrien u. ‚Heil dir im Siegerkranz‘ gesungen, daß es weithin geschallt hat durch die japanische Stadt“. Als „Miniaturbild unseres großen Deutschen Reiches“ empfanden sich die 94 Anwesenden mit großem Stolz (BECKER 2001: 166f).

Als wesentliche Merkmale des integralistischen Nationalismus sind die Loyalitätsgefühle gegenüber der eigenen „Nation“ in absolutem Vorrang vor allen anderen Loyalitäten sowie die Mobilisierungsabsicht der mit der eigenen „Nation“ gleichgesetzten Teile der Gesellschaft oder der als „Nation“ konzipierten Großgruppe gegen innere und äußere Gegner genannt worden (WINKLER 1985: 33). Folgt man dieser Definition, so verstärkte der Nationalismus der Deutschen in Japan das Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb der deutschen Kolonie, die sich als gesonderte Gruppe gegenüber ihrer japanischen Umgebung und den anderen Ausländern empfand. Engländer, Franzosen oder Amerikaner bildeten Konkurrenten, mit denen man um den größten Einfluß auf Japan geradezu kämpfte. Dabei stand Großbritannien im Vordergrund, das als schärfster Widersacher bei dem zunehmenden Verfolgen von wirtschaftlichen Interessen, nach Kolonien und Weltgeltung empfunden wurde. Vorurteile und Klischees waren aber auf allen Seiten zu finden, keinesfalls nur unter den Deutschen allein. Der Nationalismus bildete ein gesamteuropäisches

Phänomen, das unterschiedliche Prägungen aufwies, aber im wesentlichen dieselben Merkmale zeigte.

Trotz gelegentlich starker Worte, Sticheleien und gegenseitigen Aversionen gestaltete sich das alltägliche Zusammenleben zwischen den einzelnen Nationen in Japan in der Regel ausgesprochen harmonisch. Michaelis' zahlreiche Beschreibungen von offiziellen Geselligkeiten und informellen Kontakten zwischen den Ausländern legen davon Zeugnis ab. Angesichts der fremden japanischen Umgebung, in der sich alle gleichermaßen befanden, gab es auch zahlreiche Hilfestellungen und Kooperationen. Das Bewußtsein einer gemeinsamen europäischen Herkunft, die im Gegensatz zur japanischen gesehen wurde, drückte sich in zahlreichen Wendungen wie „europäische Kleidung“, „europäisches Essen“ oder „europäischer Stil“ aus. Doch bei allen alltäglichen Begegnungen oder gemeinsamen Ehrerbietungen blieben sich die in Japan lebenden Ausländer ihrer nationalen Herkunft bewußt, die stets das stärkere Loyalitätsband bildete. Die Besonderheit der eigenen Nation, von den Nationalisten immer wieder betont, wurde über die Eigenarten der anderen Nationen gestellt. In einem fernen und fremden Land wie Japan nahmen mit dem Heimweh auch die nationalen Regungen zu. Darin unterschieden sich die Deutschen nicht von den Angehörigen anderer Länder. Gerade die Gelehrten waren sich ihres nationalen Auftrages bewußt, den Michaelis einmal auf die knappe und treffende Formel brachte: „Hier heißt's: ‚für's Deutschtum leben und reden!‘“ (BECKER 2001: 452).

### 3. DAS JAPANBILD DER DEUTSCHEN

„Es ist ein merkwürdiges Land!“, schrieb Michaelis am 4. Dezember 1885, also wenige Wochen nach seiner Ankunft, an seine Mutter und bezog sich dabei auf die wechselhaften Naturphänomene des Inselreichs. Doch zeigte er auch gegenüber den meisten anderen japanischen Lebensbereichen eine kritisch-nüchterne Einstellung und äußerte nicht selten in ironisch-sarkastischem Ton unverhohlene seine Abneigungen. Daran änderte sich im Laufe der Zeit wenig, wenngleich seine Sympathien für Land und Leute langsam zunahm. Zwei Jahre später war ihm Japan mit seinen Menschen „so lieb“ geworden, daß der Gedanke an den näherrückenden Abschied schwerfiel. Er könne sich denken, daß es einem frommen Menschen mit der Sehnsucht nach dem Himmelreich und der Liebe am Leben so gehen möge wie ihm mit Japan und Deutschland, hielt er fest und fügte hinzu: „Alle Sehnsucht geht nach der Heimath u. wenn denn mal das Scheiden kommen wird, wird's doch einen Kampf kosten“ (BECKER 2001: 121, 407). Im Laufe der Jahre, die Michaelis in Japan lebte, änderte

sich seine Sichtweise also erheblich. Einige Merkmale seines Japan-Bildes, das in mancher Weise typisch für die damaligen Deutschen war, sollen vorgestellt und erläutert werden.

Es gab eine lange Tradition von stereotypen Vorstellungen, die in Europa seit den Zeiten Marco Polos über Japan und den Fernen Osten herrschten. Die deutsche Beschäftigung mit Japan blieb bis zum Ende des 19. Jahrhunderts marginal, was in Europa und Amerika keine Ausnahme darstellte. Vielfältige Vorstellungen über Japan beherrschten Wissenschaft und schöngeistige Literatur, die vom romantischen „Zipangu“ Marco Polos über eine als despotisch empfundene Feudalherrschaft bis hin zur Verklärung japanischer Kultur reichten. Das Fremde und Andersartige wurde in Berichten und Erzählungen immer wieder hervorgehoben, um das Interesse der Leser zu fesseln. Durch ihre ständige Wiederholung kamen neue Klischees und Stereotypen auf, die der Wirklichkeit kaum noch entsprachen. So entstand in der westlichen Japanliteratur ein Bild, das in erster Linie auf den als eigenartig und merkwürdig empfundenen Unterschieden zum Heimatland beruhte und die immer zahlreicher werdenden Ähnlichkeiten und Übereinstimmungen einfach ausblendete. Diese Technik der selektiven Wahrnehmung und Beschreibung sollte noch jahrzehntelang das Image des Westens von Japan bestimmen, wenn es nicht sogar ein immer wiederkehrendes Grundmuster des Umgangs mit fremden Kulturen darstellt (WILKINSON 1990: 97–104).

Die in Japan länger lebenden Ausländer erkannten schnell die verzerrten Bilder, die über Japan im Umlauf waren und häufig nicht ihren eigenen Erfahrungen entsprachen. „Es wird so viel über Japan geschrieben u. gezeichnet, aber meistentheils Unsinn u. Karikaturen“, konstatierte Michaelis und gab die Schuld daran „geistreiche(n) Globe-Trotter(n)“, die nur vierzehn Tage in Japan blieben und dann „ihre Weisheit zu Papier“ brächten, „ohne auch nur eine Ahnung von wirklich japanischem Leben u. Charakter zu haben“. Um die Gewohnheiten, Trachten und Speisefolge der Japaner richtig zu würdigen, müsse man sie monate- und jahrelang studieren, stellte er fest. Welche unklaren Vorstellungen er selbst anfangs von dem fernen Land und seinen Menschen hatte, belegen seine Notizen, die er sich bei der Abfahrt nach Japan machte. Er solle „zur geistigen Hebung eines Landes“ beitragen, umschrieb er seinen kulturmissionarischen Auftrag, „das mit Macht die Segnungen der Kultur sich anzueignen strebt und nach der Meinung urtheilsfähiger Leute dazu geeignet ist, an der Spitze der Civilisirung gegen die Finsterniß des Heidenthums, der Sittenrohheit und der Unkultur in Ostasien anzukämpfen“ (BECKER 2001: 84, 145f). Bei solchen Worten verwundert es nicht, daß Michaelis – wie fast alle westlichen Kaufleute, Missionare, Beamte und Lehrer, die nach der Meiji-Restauration japanischen Boden

betraten – sich den Japanern weit überlegen sah und ein entsprechendes Verhalten an den Tag legte.

Michaelis' erster Eindruck von Japan war positiv. Bei einer zweistündigen Fahrt zeigte er sich überrascht, wie „anmuthig“ die Gegend um Yokohama war: „Auf vorzüglich chausvirten Wegen rollt man durch freundliche Felder, die mit Reis, Kartoffeln, Rüben u. allen Arten unserer Garten-Früchte bebaut sind u. dahinter erheben sich bergige Anhöhen mit Laubholz u. Kryptomerien. Dazu die sauberen japanischen Häuser an den Straßen, in deren innerste Geheimnisse man schauen kann, mit häßlichen, aber überaus freundlichen Menschen.“ Auch die Hauptstadt Tōkyō machte einen guten Eindruck auf ihn. „Ist Yokohama halb europäisch“, hielt er in seinem Tagebuch fest, „so ist Tokio ganz japanisch. [...] Die Straßen sind reinlich u. breit; die Häuser niedrig, aus Holz u. nach der Straße offen. Jedes Haus in der Stadt ist ein Laden u. die ausgehängten Fabrikate geben der ganzen Stadt das bunte Gepräge eines Marktlevens.“ Auch das von der japanischen Regierung bereitgestellte Haus auf dem Ushigome-Hügel gefiel ihm sofort (Abb. 2). Erst in den nächsten Tagen bemerkte er einige Schattenseiten Tōkyōs, vor allem die unzureichenden öffentlichen Verkehrsmittel. Die Pferdebahn fahre in nur wenigen Hauptstraßen, stellte er fest, und ein Europäer könne sie nicht benutzen, da es nicht für fein gelte und die Wagen auch zu unsauber seien. Außer zu Fuß zu gehen blieb als Alternative nur die Rikscha, ein kleines zweirädriges Gefährt für den Personentransport, das von einem einzelnen Mann gezogen wurde (Abb. 3). Doch das Ziehen durch die Kulis war ihm widerwärtig, da er den schwitzenden Mann zwei Schritte vor der Nase hatte und sich sein Gefühl dagegen sträubte, von einem Mitmenschen stundenlang durch die Gegend gezogen zu werden (BECKER 2001: 88–90, 94f; MICHAELIS 1922: 99). Mit seiner Abneigung gegen das Rikscha-Fahren stand Michaelis nicht allein: Viele Meiji-Deutsche lehnten das Gefährt als menschenunwürdig ab und betrachteten es als Zeichen von Japans „Halbzivilisiertheit“ (HARDACH-PINKE 1987: 95).

Vom japanischen Essen, vor allem dem Gebrauch von Eßstäbchen und dem Sitzen auf dem Boden, zeigte sich Michaelis anfangs wenig angetan. Er vermißte Messer, Gabel, Brot, Salz und Gewürze und vermochte den Reisschnaps Sake nur „mit Todesverachtung“ zu trinken. In seinen engen Hosen stand er auf dem Kissen in der „Kauer-Stellung“ Qualen aus. Die Klage über die unbequeme Sitzhaltung beim Essen änderte sich nicht, dafür aber das Urteil über die japanische Küche. Am Ende seines Aufenthalts schmeckte ihm der Sake ganz gut, auch rohen Fisch konnte er zusammen mit Meerrettich und der pikanten Soja-Soße mit Genuß zu sich nehmen (BECKER 2001: 122, 526). Im Alltag versorgte er sich jedoch mit dem Essen, das sein eigener Koch nach europäischen Rezepten zube-



Abb. 3: Georg Michaelis in einer Rikscha (Familienbesitz Michaelis).

reitete oder von der Ehefrau des Lehrers Hering und anderen deutschen Familien gekocht wurde. Dazu gab es häufig importierte Lebensmittel aus Europa und Amerika. Zum Essen wurde in der Regel kalifornischer Wein getrunken, der als gut und preiswert galt. Dagegen waren andere Importwaren sehr teuer, da sie wegen der langen Schiffsreise von den Kaufleuten in Yokohama zu stark überhöhten Preisen weiterverkauft wurden.

Neben der fremden Küche war es die japanische Schrift, die den Ausländern die meisten Probleme bereitete. Wie die meisten von ihnen machte auch Michaelis keinen Versuch, sie zu erlernen. Für den alltäglichen Gebrauch beim Umgang mit japanischen Dienern oder Geschäftsleuten memorierte er einige Worte und Wendungen, die er in lateinischer Schreibweise in seinem Tagebuch festhielt. Ungenauigkeiten oder Fehler waren häufig die Folge dieses Küchen- oder Pidginjapanisch, wie sich an einigen Briefzitataten feststellen läßt. Wohl auf eine entsprechende Frage seiner Mutter hin erläuterte er die Schwierigkeiten beim Erlernen des Japanischen, das eine „reine Rebusprache“ sei. Auf dieses Studium verzichtete er, was er damit begründete, daß erwachsene Ausländer, die sich mit dem Sprachstudium befaßten, in der Regel verrückt würden. So habe auch Krien, der beste deutsche Dolmetscher, der vielleicht 10.000 Kanji-Zeichen beherrsche, „einen Stich weg“ (BECKER 2001: 160f). Trotz dieses

etwas zweifelhaften Arguments traf es sicher zu, daß das Lernen der schweren Sprache für die Ausländer kaum attraktiv war, da sie sowieso selten Kontakt zur einheimischen Bevölkerung hatten. Nur wenige Deutsche lernten fließend Japanisch sprechen, noch weniger konnten darüber hinaus lesen und schreiben. Als Verkehrssprache diente das Englische oder die Muttersprache. Auf der anderen Seite aber blieb den Europäern und Amerikanern damit der Zugang zur japanischen Lebens- und Denkart weitgehend verschlossen. Nur mit Hilfe von Dolmetschern konnten sie sich im Land bewegen, nur durch Übersetzer waren sie in der Lage, japanische Zeitungen und Bücher zu lesen. Auf diese Weise verstärkte sich die ohnehin selektive Wahrnehmung der japanischen Umwelt außerhalb der eigenen Kreise. Alle Beobachtungen, Kommentare und Werturteile, die von Michaelis und vielen seiner Kollegen in Vorträgen und in schriftlicher Form gemacht wurden, müssen unter diesem Vorbehalt gesehen werden.

Die mangelnden Sprachkenntnisse waren ausschlaggebend dafür, daß in den Schriften vieler Meiji-Deutscher kaum japanische Persönlichkeiten, Dialoge mit Japanern oder japanisch-deutsche Begegnungen geschildert wurden (HARDACH-PINKE 1987: 93). Hier stellte Michaelis eine gewisse Ausnahme dar, obwohl auch seine Kontakte eher oberflächlich blieben. Durch seine Lehrtätigkeit an der Vereinsschule und den dortigen ständigen Umgang mit Japanern, die Deutsch beherrschten, gab es vielfältige Gesprächsmöglichkeiten. Allerdings bewegten sich diese meistens im dienstlichen Rahmen und nur selten auf privater Ebene. Tägliche Begegnungen gab es natürlich mit der häuslichen Dienerschaft oder bei Reisen mit Dolmetschern und Pferdeknechten, doch verhinderten hier schon die sozialen Unterschiede nähere Beziehungen. Hinzu kamen persönliche Kontakte zu japanischen Politikern, mit denen er zeitweise auf die Jagd ging, und seine Unterhaltungen bei offiziellen Festivitäten, wo hochrangige japanische Persönlichkeiten auftraten. Als wichtigster japanischer Gesprächspartner erwies sich immer wieder der germanophile Aoki, der den Umgang mit den Deutschen geradezu suchte. Sonst aber pflegte auch Michaelis keine Kontakte zu Japanern, sondern bewegte sich ausschließlich in einem kleinen Kreis deutscher Freunde.

Wegen dieser beschränkten Kontaktmöglichkeiten mit Japanern mußten viele deutsche Beobachter in Japan sich mit dem begnügen, was sie mit eigenen Augen sehen und beschreiben konnten. Die Begegnung mit Japan und seiner Kultur fand vor allem auf der visuellen Ebene statt. So verwundert es nicht, daß bei der Schilderung der landeskundlichen Eigenarten eine Tradition entstand, Japan als Rätselland sprachlos zu betrachten und zu bestaunen (HARDACH-PINKE 1987: 93). Im Rahmen der Deutschen Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens entwickel-

te sich jedoch eine beachtliche wissenschaftliche Japankunde, zu der besonders Deutsche beitrugen, die des Japanischen mächtig waren. Blickt man die Inhaltsverzeichnisse der „Mitteilungen“ durch, so fällt die Vielzahl an historischen, geographischen, naturwissenschaftlichen, kulturellen und anderen Themen auf, mit denen sich die Gelehrtenkolonie in Tōkyō beschäftigte. Durch regelmäßige Vorträge, die abwechselnd in Tōkyō und Yokohama stattfanden, wurden der wissenschaftliche Dialog aufrechterhalten und erhebliche Forschungsleistungen erbracht, die zu einem ausgewogenen Japanbild beitrugen. Hinzu kamen fundierte Studien, wie die des Geographen Johannes Justus Rein,<sup>17</sup> der 1873 bis 1875 im preußischen Regierungsauftrag Japan bereiste, um Industrie und Handel zu studieren. Solche Informationsmöglichkeiten nutzte Michaelis intensiv zum Verständnis des Landes, was sich in seinen Berichten an vielen Stellen widerspiegelt. Zum Teil verglich er die Beobachtungen anderer mit seinen eigenen Erfahrungen und stellte dabei Übereinstimmungen und Unterschiede fest. Am häufigsten fanden solche wissenschaftlichen Erkundungen in der Sommerreisezeit statt. Aber auch in der übrigen Zeit in Tōkyō notierte er landeskundliche Phänomene, besonders Erdbeben, Taifune und Feuersbrünste, und besprach sich mit anderen Deutschen darüber. Allerdings scheinen diese landeskundlichen Interessen auf deutscher Seite weitgehend auf die Gelehrtenkolonie in Tōkyō beschränkt geblieben zu sein. Die in Yokohama ansässigen Kaufleute betrachteten die gelehrten Zusammenkünfte der OAG eher als gesellschaftliche Ereignisse.

In prächtigen japanischen Kultstätten wie Kyōto war es für die westlichen Ausländer kaum möglich, Japan die „Zivilisiertheit“ ganz abzusprechen. Die Frage, ob Japan ein zivilisiertes oder ein rückständiges Land sei, war bis zur Revision der ungleichen Verträge heftig umstritten. Zum Zeichen für Japans „Halbzivilisiertheit“ wurden häufig Verhaltensweisen der Japaner herangezogen, die sich mit westlichen Vorstellungen von Recht, Moral und Ästhetik nur schwer vereinbaren ließen, beispielsweise der schon erwähnte Gebrauch der Riksha, das gemeinsame Baden von Männern und Frauen und der ungezwungene Umgang mit der Nacktheit. Hier fanden sich westliche Denkmuster vom Orient als despotisch, abergläubisch, undiszipliniert, sinnlich und stagnierend gleichsam bestätigt. Im Gegensatz dazu wurde der Okzident als demokratisch, aufgeklärt, diszipliniert, triebkontrolliert und dynamisch dargestellt. In vielen Berichten der Meiji-Deutschen lassen sich solche Stereotype wiederfinden, die teilweise kolonialistisches Denken verraten. Danach galten

---

<sup>17</sup> Johannes Justus Rein (1835–1918), Geograph. 1876 Professor der Geographie in Marburg, 1883 in Bonn. Sein Hauptwerk war: REIN 1881/86.

die Bewohner außereuropäischer Regionen als grundsätzlich anders als Europäer und unfähig, große Kulturleistungen und Heldentaten zu vollbringen. In seiner extremsten Form führte dieses Differenzaxiom zum Rassismus. Im Falle Japans schimmerten koloniale Wahrnehmungsmuster in den Berichten westlicher Ausländer immer wieder durch, wenn sie auch mit der zunehmenden eigenständigen Modernisierung Japans als immer weniger adäquat galten (HARDACH-PINKE 1987: 93f; OSTERHAMMEL 1995: 113).

Eine solche Entwicklung durchlief auch die Meinungsbildung bei Michaelis, der aus seinen anfänglich großen Vorbehalten gegenüber den Japanern keinen Hehl machte. Wenige Tage nach der Ankunft konstatierte er bereits einen völligen Mangel ethischer Gefühle in Japan. Was selbst leichtfertig denkende Menschen in Deutschland als grösste Sittenlosigkeit bezeichnen würden, gelte als völlig selbstverständlich, berechtigt und anständig. Dazu zählte er das Zusammenleben von Mann und Frau, das jederzeit durch Kündigung beendet werden könnte, aber auch die Existenz einer zweiten Geliebten im selben Hause. Anständige Japaner heirateten sogar Prostituierte, und keinem falle es ein, der Frau ihr Vorleben zum Vorwurf zu machen. „Und macht man den einen oder andern darauf aufmerksam, wie unmoralisch u. sündlich all dies sei“, notierte Michaelis entrüstet, „so ist er höchst erstaunt, daß es in Deutschland nicht eben so sei.“ Erkennbar ist, daß hier eigene tradierte Denkmuster und Werthaltungen als Vorbild genommen wurden und zur Verurteilung von andersartigen Verhaltensweisen führten. Andererseits konnte das Setzen solcher Maßstäbe auch positiv ausgehen, wie der im selben Brief gezogene Vergleich zwischen den Rikschakulis in Tōkyō und den Droschkenkutschern in Berlin zeigt. Nie prügeln sie sich, er habe noch kein Wort des Zankes zwischen den Kulis gehört, vermerkte er, und: „Wo unsere Droschkenkutscher sich mit Peitschenstielen schlagen würden, lachen sie sich ganz harmlos an, machen sich eine Verbeugung u. trennen sich unter freundlichem Gemurmel.“ Da die Japaner „so friedfertig“ seien, kämen „gemeingefährliche Verbrechen“ in Japan sehr selten vor. Trotzdem blieb Michaelis skeptisch gegenüber den Japanern, die er lange Zeit als „inferiore Menschen“ betrachtete. So schilderte er die Leute auf der Straße als „kurios“ und glaubte, in ein „Clown-Theater“ versetzt zu sein: „[...] ihre linkischen Bewegungen, ihr stelzenhafter Gang auf den hohen Holzschuhen, die riesenhaften Regenschirme aus Bambus u. Stroh, die engen Gewänder der Damen, die übertriebenen Komplimente bei der Begrüßung, selbst in den niedrigsten Ständen, bei denen die Hauptfeinheit darin besteht, einen bei uns wenig geachteten Theil des Körpers möglichst hoch in die Luft zu strecken [...]“. Beim ersten Weihnachtsfest, wozu die Dienerschaft eingeladen war, beklagte er, daß sie „stumpfsinnig

um den brennenden Baum“ standen und „das liebe Weihnachtslicht“ ihnen nichts bedeutete. Dieses Unverständnis führte er auf „die völlige Unkenntniß der japanischen Worte für abstracte Dinge“ zurück. Wie die japanischen Abgeordneten sich in einem zukünftigen Parlament verhalten würden, war für ihn kaum vorstellbar. Die Japaner besäßen eine große Freude am Sprechen und hörten sich gern reden, schrieb er nach Hause, aber sie hörten auch gern andere reden und wenn ihnen eine Äußerung des Redners passe, dann quietschen sie vor Vergnügen und hauten sich auf die Knie. „Das Parlament wird mal gut aussehen!“, schloß er mit ironischem Unterton (BECKER 2001: 100f, 116f, 128, 307, 503).

Wankelmut und Unstetigkeit bildeten weitere Vorurteile. Solche Eigenschaften meinte Michaelis zu erkennen, als er die Reaktionen von Menschen beobachtete, deren Häuser durch ein Feuer vernichtet wurden. Ihre Ruhe sei merkwürdig, der Hausherr schüttele die Achseln und kaufe sich ein fertiges, besseres oder schlechteres Haus, das auf die noch rauchende Brandstätte gesetzt werde. Michaelis meinte, hierin mangelnde „Solidität in der Denkkungsart u. im Handel der Japaner“ zu entdecken, doch berücksichtigte er zu wenig die besonderen Naturphänomene in Japan, die andere menschliche Verhaltensweisen bedingten als in Europa üblich. Sein Fazit nach einigen Monaten in Japan fiel gleichsam ambivalent und resignativ aus, als er bekannte, noch immer vergeblich hinter den eigentlichen Charakter der Japaner kommen zu wollen. „Auf der einen Seite“, so hielt er fest, „findet man Intelligenz, Vaterlandsliebe, Todes-Verachtung, rührende Ehrfurcht vor den Eltern, die sich bis nach dem Tode erhält [...], Ausdauer u. Abgehärtetheit gegen Schmerz; auf der anderen Seite Hinterlist, Heuchelei, falscher Ehrgeiz, Schlawfrheit u. Unsittlichkeit. Und alles dies nicht bei verschiedenen Menschen, sondern jeder Einzelne hat von Allem sein Theil“ (BECKER 2001: 154f, 164). In solchen Worten taucht das allgemeine Bild vom verschlagenen und verlogenen Asiaten wieder auf, ein Bestandteil des Klischeebildes vom „Orient“. Zugleich aber hielten sich nun die negativen mit den positiven Eigenschaften die Waage, was auf eine gewisse gedankliche Fortentwicklung schließen läßt.

Ein häufig wiederkehrender Kritikpunkt war die mangelnde Individualität und Kreativität der Japaner. Viele Beobachter zweifelten, ob die Modernisierung über eine bloß oberflächliche Nachahmung westlicher Vorbilder hinausgehen würde. Bei einem Konzert Anfang 1886 beobachtete Michaelis japanische Frauen, die sich nach europäischer Mode zu kleiden begannen, was er heftig kritisierte. Diese Nachahmesucht sei furchtbar törricht, meinte er, denn wenn die Leute wüßten, „wie affenartig häßlich sie fast alle in europäischen Kleidern aussähen“, würden sie es lassen. Ende 1887 konstatierte er, daß die Japaner sich immer mehr an

europäische Sitten gewöhnten und die „Karrikaturen“ im Anzug und Benehmen immer mehr verschwänden, so daß die Selbstsicherheit wachse. Ein Jahr später war er erstaunt, wie japanische Offiziere sich in kurzer Zeit europäisches Benehmen und Haltung angewöhnt hatten: „Die Leute sehen durchweg stramm, gut angezogen, manierlich aus, aßen ganz verständig, bekamen keine rothen Köpfe [...]“. Seine Vorstellung, es mit „inferioren Menschen“ zu tun zu haben, kam bei dieser Gelegenheit ins Wanken (BECKER 2001: 140, 404f, 503).

Zielten solche Einschätzungen auf eine als gelungen empfundene äußerliche Adaption europäischer Vorbilder, so blieb doch die Skepsis gegenüber einer Entwicklung bestehen, die nicht dem Geist christlich-abendländischen Denkens entsprang, sondern quasi importiert wurde. Trotz fortschreitender Modernisierung hielten viele Kritiker alles nur für Fassade und dünne Tünche, hinter der sich weiterhin Orientalismus, Feudalismus und Rückständigkeit verbargen (MATHIAS-PAUER 1984: 116–121). Wie er Japans weitere Entwicklung einschätzte, machte Michaelis an mehreren Briefstellen deutlich. Einige Monate nach seiner Ankunft behauptete er, immer mehr dahinterzukommen, daß Japan wohl kaum berufen sein werde, eine große Rolle in der Zukunft Asiens zu spielen. Das riesige China und Rußland hielt er für die kommenden Großmächte. Mit dieser Unterschätzung Japans stand er damals nicht allein, sondern in einer deutschen Tradition, die vor allem bei Diplomaten und Kaufleuten zu finden war. Michaelis hatte seine außenpolitischen Einsichten vermutlich aus Gesprächen in der deutschen Kolonie gewonnen und gab die dort vorherrschende Meinung wieder. Bilanzierend hielt er fest: „Japan wird, gesichert durch seine Lage im Meer, ein selbständiges, eigenartiges Dasein führen; seine merkwürdige Kultur, seine Kunst, die Schönheit seines Landes wird Viele interessieren u. entzücken, eine Kraft wird von diesem Lande aber nicht ausgehen“. Auch sein Blick auf die Innenpolitik resultierte in einer negativen Prognose. „Ich komme immer mehr dahinter“, notierte er, „daß die Japaner – abgesehen von einer gewissen Kultur, die aber nur einem verschwindend kleinen Prozentsatz zu Gute kommen wird – Nichts Hervorragendes leisten werden“ (BECKER 2001: 164f, 175).

Bis zur Verkündung der Verfassung blieb dieser Grundtenor in Michaelis' Berichten vorherrschend, wenn auch sein Interesse an der weiteren Entwicklung des Landes zunahm. Äußerte er im Herbst 1887 noch geringschätzig, daß es ihm im Grunde „ja Wurscht“ sein könne, was 1890 aus Japan werde, so nahm er nach dem Bekanntwerden der Konstitution „so regen Antheil an der Zukunft Japan's“, daß er wegen der konservativen Verfassungsinhalte geradezu in freudige Stimmung versetzt wurde. Nun schien es ihm sicher zu sein, daß „diese Verfassungs-Regelung zum

Segen“ werde. Noch ganz unter dem Eindruck des Mordes an Kultusminister Mori stehend,<sup>18</sup> konstatierte er in demselben Brief einen merkwürdigen Gegensatz, „auf der einen Seite moderne Civilisation, Volksrechte, Religionsfreiheit u. Constitutionalismus, – auf der anderen religiöser Fanatismus, barbarischer Mord u. heidnischer Aberglaube. – Japan, das Land der Kontraste, in jeder Beziehung; das kommt Einem immer mehr zum Bewußtsein“ (BECKER 2001: 391, 534).

Die Widersprüchlichkeit des Landes stellte für Michaelis am Ende seines Aufenthalts ein typisches Grundmuster dar, um seine Beobachtungen und Erfahrungen zu erklären. Damit hatte er einen beträchtlichen Wandel von seiner anfänglichen Skepsis und Kritik zu einer ausgewogeneren, ja beinahe positiven Haltung vollzogen. Zwar blieb Michaelis insgesamt gesehen von der Überlegenheit deutscher Kultur überzeugt, doch näherte er sich im Laufe der Jahre der japanischen Lebensweise an und differenzierte auf diese Weise sein anfangs von Stereotypen geprägtes Japan-Bild in wichtigen Grundzügen. Hierbei spielen natürlich die strukturellen Wandlungsprozesse in Japan selbst eine wichtige Rolle, die beinahe alle japanischen Lebensbereiche erfaßten und das Land im Laufe der 80er Jahre des 19. Jahrhunderts rasant seinen westlichen Vorbildern ähnlicher machten. Obwohl konservative Kritiker der Modernisierung, zu denen auch Michaelis zählte, vor einer allzu raschen Angleichung warnten, konnte Japan auf diese Weise in kurzer Zeit einen ebenbürtigen Status mit Europa und den USA erreichen. Michaelis' Reaktion auf die Verkündung der Verfassung macht diesen wichtigen politisch-psychologischen Aspekt deutlich.

#### 4. KULTURVERMITTLER ZWISCHEN JAPAN UND DEUTSCHLAND

Abschließend bleibt die Frage nach dem Wirken von Michaelis im Kontext der deutsch-japanischen Beziehungen in der Meiji-Zeit zu beantworten. Eine einfache Antwort fällt schon deswegen schwer, weil nach 1945 der Einfluß des deutschen Rechtsdenkens und besonders die vom preußischen Vorbild geprägte Verfassung für die verhängnisvolle Politik Japans in den 30er und 40er Jahren des 20. Jahrhunderts mitverantwortlich gemacht wurde. So fällt es leicht, eine gerade Linie zwischen den konservativen, nationalistischen und monarchistischen Denkhaltungen der preußisch-deutschen Elite hin zu ähnlichen Vorstellungen der japanischen Oberschicht dieser Jahre zu ziehen. Doch werden dabei weder der zeitliche Kontext noch die Tatsache genügend berücksichtigt, daß viele

---

<sup>18</sup> Siehe Anm. 10.

dieser Einstellungen auch gesamteuropäische Phänomene waren. Fest steht, daß Michaelis durch seine Lehrtätigkeit beträchtlichen Einfluß auf die Ausbildung einer deutschorientierten Generation von Beamten und Politikern genommen hat, die bis in die 30er Jahre des 20. Jahrhunderts teilweise hohe Führungspositionen in Japan besetzte. Daß die von ihm vermittelten Gedanken und Werte in Japan Früchte trugen, steht außer Frage, doch wäre es voreilig und pauschal zu folgern, daß das konservative deutsche Rechtsdenken unmittelbar zu Japans verhängnisvollem Weg in Nationalismus und Krieg führte. Erst im Zusammenwirken mit anderen Faktoren konnte es seine Wirkung entfalten.

Für die internationale Position Japans und den Aufstieg des Landes war die rasche Angleichung an westliche Normen in der Justiz eine grundlegende Voraussetzung. Dazu hat Michaelis ein Stück beigetragen, was von japanischer Seite mehrfach hinreichend gewürdigt, in Deutschland aber weitgehend ignoriert wurde. Er selbst hat von seinen fernöstlichen Erfahrungen lebenslang zehren können, nicht nur im preußischen Verwaltungsdienst, sondern auch bei seinen Nebentätigkeiten in der Deutschen Kolonialgesellschaft, im Deutschen Flottenverein, im Christlichen Verein Junger Männer und in der Deutschen Christlichen Studenten-Vereinigung, bei denen er bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges zahlreiche Vorträge über Japan und Ostasien hielt. Die beiden Japan-Kapitel in seinen Lebenserinnerungen (MICHAELIS 1922: 54–139; MICHAELIS 1923: 136–156) zeigen ein weit ausgewogeneres Japan-Bild als die Briefe und Tagebuchnotizen aus der Jugendzeit. So erweist sich Michaelis als ein wichtiger Kulturvermittler zwischen Japan und Deutschland, der zu Unrecht vergessen ist.

Für heutzutage immer noch vorkommende Tendenzen, die damaligen deutsch-japanischen Beziehungen zu einer „Völkerfreundschaft“ zu erklären, bieten die Berichte von Michaelis keine Anhaltspunkte. Die nüchtern-kritischen Beschreibungen von Land und Leuten, getragen von einem kulturmissionarischen Überlegenheitsgefühl, sind weit von den romantisierenden Erzählungen anderer Europäer entfernt und entsprechen sicherlich weitaus mehr den damaligen Verhältnissen. Michaelis entwirft ein realistisches Bild deutsch-japanischer Kontakte, das vorwiegend von Nützlichkeitsdenken und Pragmatismus auf beiden Seiten geprägt ist. Auf diese Weise tragen seine Briefe und Tagebuchnotizen dazu bei, die Rückschau auf den Umgang zwischen Deutschen und Japanern zu versachlichen und damit ein besseres Verständnis der gemeinsamen Geschichte zu befördern.

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

UNVERÖFFENTLICHTE DOKUMENTE

- Bundesarchiv N 1283/6 u. 7 (Nachlaß Georg Michaelis).  
Bundesarchiv R 901/29746, Bl. 107–118.  
Staatsbibliothek zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Nachlaß Hans Delbrück. Nr. 80.

PUBLIKATIONEN

- BECKER, Bert (2001): *Georg Michaelis. Ein preußischer Jurist im Japan der Meiji-Zeit. Briefe, Tagebuchnotizen, Dokumente 1885–1889*. Mit einem Vorwort von Ferdinand Schlingensiepen, Enkel von Georg Michaelis. München: iudicium verlag.
- Deutsche Biographische Enzyklopädie (DBE)* (1999): Michaelis, Georg. Bd. 7, München: K.G. Saur, S. 121f.
- FREITAG, Adolf (1939): *Die Japaner im Urteil der Meiji-Deutschen*. Tōkyō: Mitteilungen der Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens, Bd. XXXI, Teil C.
- GOODMAN, David G. und Masanori MIYAZAWA (1995): *Jews in the Japanese Mind. The History and Uses of a Cultural Stereotype*. New York u. a.: The Free Press.
- HARDACH-PINKE, Irene (1987): Die Meiji-Deutschen: Historische und soziale Bedingungen der Anfänge deutsch-japanischer Kulturkontakte in Japan. In: *Saeculum* 38, 1, S. 76–98.
- KRAUS, Elisabeth (1999): *Die Familie Mosse. Deutsch-jüdisches Bürgertum im 19. und 20. Jahrhundert*. München: Beck.
- KREBS, Gerhard (2000): Antisemitismus und Judenpolitik der Japaner. In: ARMBRÜSTER, Georg, Michael KOHLSTRUCK und Sonja MÜHLBERGER (Hg.): *Exil in Shanghai 1938–1947. Jüdisches Leben in der Emigration*. Teetz: Hentrich & Hentrich, S. 58–76.
- MATHIAS-PAUER, Regine (1984): Deutsche Meinungen zu Japan – Von der Reichsgründung bis zum Dritten Reich. In: KREINER, Josef (Hg.): *Deutschland–Japan. Historische Kontakte*. Bonn: Bouvier Verlag Herbert Grundmann, S. 116–121.
- MICHAELIS, Georg (1888): Beitrag zur Kenntniss der Geschichte des Japanischen Strafrechts. In: *Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens (MOAG)*, Bd. IV, H. 38, S. 351–377 (mit einem Anhang von Tafeln).
- MICHAELIS, Georg (1922): *Für Staat und Volk. Eine Lebensgeschichte*. Berlin: Furche.

- MICHAELIS, Georg (1923): *Weltreisegedanken*. Berlin: Furche.
- MICHAELIS, Georg (1979): Heieki ni fukusuru no ron [Die Theorie des Militärdienstes]. In: *Dokkyō hyakunen* [100 Jahre Dokkyō-Universität], hg. v. Dokkyō hyakunen shi henshū shitsu [Redaktion für die Geschichte der hundert Jahre der Dokkyō-Universität], Sōka, Saitama: Sanyo insatsu yūgen kaisha, Bd. 5, S. 628–636 (insgesamt 5 Bde.).
- MORSEY, Rudolf (1994): Michaelis, Georg. In: *Neue Deutsche Biographie* (NDB), Bd. 17, Berlin: Duncker & Humblot, S. 432–434.
- MOSSE, Albert und Lina (1995): *Fast wie mein eigen Vaterland. Briefe aus Japan 1886–1889*. Hg. v. Ishii Shirō, Ernst Lokowandt und Sakai Yūichi. München: iudicium verlag.
- NAKAI, Akio (1988): Georoku Mihaerisu to Nihon 1885–1922 [Georg Michaelis und Japan 1885–1922]. In: *Studien des Instituts für die Kultur der deutschsprachigen Länder*, Sophia-Universität, Nr. 6, 1988, S. 17–36.
- NAKAI, Akio (1995): *Doitsujin to Suisujin no sensō to heitwa. Mihaerisu to Nipporuto* [Deutsche und Schweizer in Krieg und Frieden. Michaelis und Nippold]. Tōkyō: Nansōsha.
- OSTERHAMMEL, Jürgen (1995): *Kolonialismus. Geschichte – Formen – Folgen*. München: Beck.
- REIN, Johannes Justus (1881/1886): *Japan nach Reisen und Studien im Auftrage der Königlich Preussischen Regierung dargestellt*. 2 Bde., Leipzig: Engelmann.
- SCHENCK, Paul-Christian (1997): *Der deutsche Anteil an der Gestaltung des modernen japanischen Rechts- und Verfassungswesens. Deutsche Rechtsberater im Japan der Meiji-Zeit*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- WESTNEY, Eleanor (1988): The Military. In: JANSEN, Marius B. and Gilbert ROZMAN (Hg.): *Japan in Transition. From Tokugawa to Meiji*. Princeton, New Jersey: Princeton University Press, S. 185–192.
- WILKINSON, Endymion (1990): *Japan versus the West. Image and Reality*. London u. a.: Penguin.
- WINKLER, Heinrich August (1985): Der Nationalismus und seine Funktionen. In: Ders. (Hg.): *Nationalismus*. 2., erw. Aufl., Königstein/Ts.: Athenäum, S. 5–46.

# JAPAN UND DIE PREUSSISCH-DEUTSCHE GESCHICHTSWISSENSCHAFT<sup>1</sup>

*Margaret MEHL*

## WARUM JAPAN UND PREUSSEN-DEUTSCHLAND?

Im Jahr 1871, dem Jahr der deutschen Reichsgründung unter der Führung Preußens, sicherte die Meiji-Regierung ihre Kontrolle über ganz Japan durch die Abschaffung der Lehnsfürstentümer und die Errichtung der Präfekturen (*haihan chiken*). Damit war in beiden Ländern der Nationalstaat zum Rahmen politischen Verhaltens geworden. Dieser Rahmen mußte mit Inhalt gefüllt werden, und dabei fiel der Geschichtsschreibung die Rolle der Standortbestimmung und Legitimation zu. Auf die Verbindung zwischen Historiographie und Nation ist schon vielfach hingewiesen worden (z.B. ANDERSON 1991; BREISACH 1994). In Deutschland und Japan ging die Ausbildung der Geschichtswissenschaft als selbständige akademische Disziplin Hand in Hand mit der Ausbildung des Nationalstaates, wobei das deutsche Beispiel auf Japan wirkte.

Die deutsche Geschichtswissenschaft erreichte eine Synthese von Textkritik, der Arbeit an Quellen und dem Konzept der Nation als ein „einmaliges ganzes, in welchem geistige Kräfte die Dinge miteinander verbinden und jedes Element die anderen beeinflusst“ (BREISACH 1994: 229), und wurde zum Vorbild für andere europäische und außereuropäische Länder, einschließlich Japan. In Japan wurde sie durch Ludwig Rieß (1861–1928) eingeführt, der Professor für Geschichte an der Kaiserlichen Universität – der heutigen Universität Tōkyō – wurde, und durch japanische Hochschullehrer, die in Deutschland studiert hatten. Die Geschichtswissenschaft war dabei nur einer von vielen Bereichen, in denen Deutschland ab den 1880er Jahren zum Modell wurde, einschließlich der Einführung einer parlamentarischen Verfassung (z. B. in ŌTSUKI 1977: 10f; MARTIN 1995: 17–76). Durch die vergleichsweise späte Nationalstaatsgründung war Deutschland ungefähr zur gleichen Zeit wie Japan vor die Herausforderung gestellt, den neuen Staat mit Sinn zu erfüllen und seine Position unter den Großmächten zu bestimmen. Gerade das machte das deutsche Beispiel für Japan besonders relevant.

---

<sup>1</sup> Dieser Beitrag gründet sich im wesentlichen auf die in MEHL 1992 und MEHL 1998 vorgestellten Ergebnisse.

## 1. GESCHICHTSSCHREIBUNG UND DIE NATION IN DEUTSCHLAND

Drei Charakteristika waren es, welche die europäische und besonders die deutsche Geschichtswissenschaft im neunzehnten Jahrhundert für Japan attraktiv machten: Der Historismus, die Ausbildung einer selbständigen akademischen Disziplin mit einem fest umrissenen Forschungsgegenstand, einem Methodenkanon und Institutionen sowie ihre Funktion im modernen Nationalstaat.

Der Historismus entstand in der Folge des beschleunigten Wandels im Zeitalter der Revolutionen (siehe dazu JAEGER und RÜSEN 1992; WITTKAU 1994). Seine wichtigsten Grundgedanken waren die der Individualität und der Entwicklung. Die Vergangenheit wurde als eine Abfolge von einzelnen, voneinander verschiedenen Epochen gesehen, die Teil einer kontinuierlichen Entwicklung waren. Der Historismus setzte sich nicht nur in der Geschichtswissenschaft, sondern in allen Kulturwissenschaften durch.

Die Gründung der Geschichtswissenschaft als selbständiger Disziplin in Deutschland wird mit dem Namen Leopold Rankes (1795–1886) verbunden. Dieser hatte in den 1830er Jahren historische Übungen an der Universität Berlin eingeführt, wo er bis 1871 lehrte. In seinen quellenkritischen Übungen erarbeitete Ranke mit seinen Studenten, die unter seiner Anleitung selbständig forschten und diskutierten, historische Kenntnisse. Aus diesen Seminaren gingen viele namhafte Historiker hervor. Andere folgten seinem Beispiel, und einzelne historische Seminare entstanden. Die in den Seminaren gelehrt historische Methode verband einzelne Techniken und Fragestellungen aus anderen Wissenschaften, besonders die philologische Textkritik, zu einer eigenen Methode, mit dem Ziel, vergangene Zustände und Ereignisse zu rekonstruieren. Zu der Methode gehörten kritische Forschung, Tatsachenerkenntnis und Ableitung von Allgemeinem aus dem Besonderen. Die Quellenkritik bedeutet darüber hinaus Voraussetzung zur Rekonstruktion von Zusammenhängen durch die historische Einbildungskraft, die Aussagen ermöglicht, die nicht unmittelbar in den Quellen überliefert sind (Divination) (HARDTWIG 1990b: 83, 86f, 89f).

Der älteste und einer der bedeutendsten Schüler Rankes war Heinrich von Sybel (1817–1895), der das Prinzip des historischen Seminars in Marburg und besonders in München einführte (zu Sybel s. SEIER 1971: 24–38). Mit Hilfe des historisch interessierten Königs Maximilian II. gründete Sybel dort 1857 ein historisches Seminar. Auf Sybel geht auch die erste Berufszeitschrift der Historiker zurück, die seit 1859 erscheinende *Historische Zeitschrift*.

Die Sammlung und Publikation von Quellen wurde ebenfalls von Ranke und Sybel vorangetrieben. Ranke regte König Maximilian II. zur

Gründung der Historischen Kommission bei der Bayrischen Akademie der Wissenschaften im Jahr 1858 an und war bis zu seinem Tod deren Vorsitzender.<sup>2</sup> Sybel wurde der erste Sekretär der Kommission und 1886 Ranks Nachfolger als Vorsitzender. Ziel der Kommission waren die Sammlung und Herausgabe von Quellen zur deutschen Geschichte in gesichertem Wortlaut, richtiger Chronologie und möglichst unter Klärung der kausalen Zusammenhänge. Neu an der Kommission war, daß die Mitglieder aus ganz Deutschland stammten und im Nebenamt an den Aufgaben der Kommission arbeiteten. Die Kommission sollte anschließend an die *Monumenta Germaniae Historica* (MGH) die deutschen Reichstagsakten publizieren, außerdem die Städtechroniken des 14. bis 16. Jahrhunderts. Eine weitere Aufgabe der Kommission war die von Ranke angeregte Herausgabe der Deutschen Jahrbücher zur Geschichte. Er dachte dabei nicht an ein abgeschlossenes, definitives Werk, sondern eher an eine Grundlage für weitere Studien (SCHNABEL 1958: 38).

Neben der Publikation von Quellen wollte die Kommission auch historische Arbeiten inspirieren, die „durch anregende Form und sittlichen Gehalt das patriotische Gefühl und das nationale Bewußtsein beleben, dem Volke die reiche Fülle seiner Vergangenheit in anschaulichen Bildern vergegenwärtigen und damit dem Geiste der Nation eine wahrhaft stärkende und fruchtbringende Nahrung zuführen“ (SCHNABEL 1958: 50).

Mehr noch als Ranke hat sein Schüler Sybel zur Organisation der Geschichtswissenschaft beigetragen. Die Durchsetzung des Seminars an den Universitäten ist mit dem Namen Sybel verbunden, außerdem viele Unternehmen, welche die Publikation von Quellen zum Ziel hatten: *Publikationen aus den Preußischen Staatsarchiven*, *Acta Borussica*, *Politische Korrespondenz Friedrichs des Großen*, *Deutsche Reichstagsakten* (SEIER 1971: 32f). Sybel war es auch, der, nachdem er 1875 preußischer Archivdirektor geworden war, 1883 zusammen mit Georg Waitz (1813–1886), Wilhelm Wattenbach (1818–1897) und Julius von Weizsäcker der Preußischen Akademie der Wissenschaften die Gründung eines historischen Instituts in Rom vorschlug.<sup>3</sup> Anlaß war die Öffnung des Vatikanischen Geheimarchivs durch Papst Leo XIII. in den Jahren 1880/81. 1881 war schon ein österreichisches Historisches Institut gegründet worden. Eine akademische Kommission, der auch Sybel angehörte, arbeitete die Aufgaben aus. Ziel des Instituts, das 1888 gegründet wurde, waren die wissenschaftliche Erforschung der deutschen Geschichte und die Veröffentlichung von Quellen.

---

<sup>2</sup> Zur Historischen Kommission: SCHNABEL 1958.

<sup>3</sup> Zum Deutschen Historischen Institut in Rom: ELZE und ESCH 1990.

Die Entwicklung der Geschichtswissenschaft war beeinflusst durch das außerwissenschaftliche Bedürfnis, die eigene nationale Identität zu klären (HARDTWIG 1990b: 224). Für Sybel, der selbst politisch aktiv war (1848 Mitglied des Frankfurter Vorparlaments, 1862–64, 1874–80 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, 1875–95 in Berlin preußischer Archivdirektor und offiziöser Geschichtsschreiber der Reichsgründung), sollte die geschichtliche Tradition ausschlaggebendes Kriterium für politische Entscheidungen sein (HARDTWIG 1990b: 232f). Aber die Verbindung der Geschichtsschreibung mit den Bedürfnissen des praktischen Lebens war nicht nur für Sybel charakteristisch, sondern war allgemein ein Merkmal der Geschichtsschreibung des Historismus. Auch anderen Geschichtsschreibern der Zeit war es selbstverständlich, das politische Handeln der Zeitgenossen zu beeinflussen (HARDTWIG 1990b: 104, 230). Viele deutsche Historiker waren selbst politisch aktiv. Droysen war Mitglied der provisorischen Regierung am Bundestag in Frankfurt. Er sowie Ranke, Th. Mommsen, Sybel, Treitschke und andere Historiker waren zumindest zeitweise auch publizistisch tätig (HARDTWIG 1990b: 233f). Die Bedeutung der Geschichtsschreibung für die Politik war schon für Ranke selbstverständlich (MARWICK 1989: 44; HARDTWIG 1990b: 112), aber in stärkerem Maße noch für Droysen, dem ersten Vertreter der borussianischen oder nationalpolitisch-kleindeutschen Geschichtsschreibung.<sup>4</sup> Seine zwischen 1855 und 1889 erschienene *Geschichte der preußischen Politik* ist „als reflektierende Vergegenwärtigung der Vergangenheit zum Zweck der Orientierung für Gegenwart und Zukunft“ konzipiert (HARDTWIG 1990b: 107); Aufgabe der Geschichtswissenschaft soll die Erarbeitung von Handlungsmaximen für die auswärtige Politik sein (HARDTWIG 1990b: 112). Heinrich von Treitschke (1834–1896) verfolgte in seinem Werk *Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert* (1871) ausdrücklich die Absicht, „dem politischen Bewußtsein der Deutschen eine preußisch-protestantische Identität zu geben“ (HARDTWIG 1990b: 154).

## 2. NATION UND AMTLICHE GESCHICHTSSCHREIBUNG IN JAPAN

Wie schon erwähnt, beeinflusste die deutsche Geschichtswissenschaft die japanische nachhaltig. Aber selbstverständlich traf sie dabei in Japan nicht auf ein Vakuum, hatte Japan doch selbst eine lange Tradition der

---

<sup>4</sup> Zum borussianischen Geschichtsbild vgl. HARDTWIG: Von Preußens Aufgabe in Deutschland zu Deutschlands Aufgabe in der Welt. Liberalismus und borussianisches Geschichtsbild zwischen Revolution und Imperialismus (1990b: 103–160).

Geschichtsschreibung, geprägt seit dem Altertum von dem Einfluß der Historiographie Chinas. Dessen Tradition der Dynastiegeschichtsschreibung stand auch Pate bei einer der frühesten Maßnahmen der Meiji-Regierung. Schon 1869 errichtete sie ein Amt, das eine offizielle Geschichte Japans herausgeben sollte. Ein kaiserlicher Erlaß im Frühjahr 1869 verkündete dazu folgendes:

Die Geschichtsschreibung ist ein ewig unsterbliches Gesetz und ein herrliches Unternehmen unserer Vorfahren. Aber nach dem *Sandai jitsuroku* [dem letzten Band der Sechs Reichsgeschichten *Rikkokushi* des Altertums] wurde es abgebrochen und nicht mehr fortgesetzt. Ist dies nicht ein großer Mangel! Jetzt ist das seit der Kamakura-Zeit [1192–1333] herrschende Übel der willkürlichen Herrschaft des Kriegeradels überwunden, und die Regierungsgeschäfte sind neu belebt. Daher wünschen wir, daß ein Amt für Geschichtsschreibung eröffnet wird, daß der gute Brauch der Vorfahren fortgeführt wird und daß Bildung und Erziehung im Land verbreitet werden, und wir berufen einen Präsidenten. Laßt uns unbedingt das gute Verhältnis zwischen Herrscher und Untertanen wiederherstellen, Fremdes und Gehöriges klar herausstellen und so die Tugend im Land einpflanzen!

Dieses erste Amt wurde bald wieder geschlossen. Aber 1872, nach der Zentralisierung der Verwaltung, errichtete die Regierung im Großkanzleramt (*dajōkan*), dem höchsten Exekutivorgan der Regierung, eine Abteilung für Geschichte.

Die Entwicklung der amtlichen Geschichtsschreibung in den nächsten Jahren ist eng mit der politischen Geschichte verbunden. Zwei Krisen konnte die Meiji-Regierung durch entschlossenes Vorgehen und Verhandlungsbereitschaft überwinden: Zwischen 1873 und 1875 und wieder 1881 wurden ihre Einigkeit und Macht durch Mitglieder bedroht, welche sich mit der Opposition außerhalb der Regierung verbanden und demokratische Rechte forderten. Diese Krisen stellten die Regierung vor das Problem ihrer Rechtmäßigkeit, denn sie war durch einen gewaltsamen Staatsstreich an die Macht gekommen. Gerechtfertigt wurde er damit, daß die Shogune seit dem 12. Jahrhundert die Autorität des Kaisers untergraben hatten und daß dieser nun wieder als tatsächlicher Herrscher Japans eingesetzt sei. Die Meiji-Restauration wurde also als Rückkehr zur alten, rechten Ordnung dargestellt, eine auch in Europa bekannte Begründung für Aufstände.

Die amtliche Geschichtsschreibung diente dazu, diese Begründung zu untermauern. Im Anschluß an die beiden politischen Krisen wurden die Bemühungen verstärkt, eine amtliche Geschichte Japans zu verfassen. Im Jahre 1875 wurde die Abteilung für Geschichte durch ein Amt für Ge-

schichtsschreibung abgelöst, und man begann damit, systematisch Quellen zur japanischen Geschichte zu sammeln und chronologisch zu ordnen. 1881 wurde das Amt reorganisiert, und seine Hauptaufgabe wurde jetzt, eine chronologische Geschichte Japans mit dem Titel *Dainihon hennenshi* [Chronologische Geschichte Groß-Japans] zu verfassen. Diese Geschichte sollte die amtliche Geschichtsschreibung des Altertums fortsetzen. Sie schloß aber nicht an die *Rikkokushi* [Sechs Reichsgeschichten] an, sondern an das *Dainihonshi* [Geschichte Groß-Japans], das Geschichtswerk, das zur Zeit der Tokugawa-Shogune im Lehnsfürstentum Mito verfaßt wurde und dessen Berichtszeitraum mit dem 14. Jahrhundert endete. Obwohl ein Produkt der Tokugawa-Zeit, diente das *Dainihonshi* als geistiger Wegbereiter der Meiji-Restauration, indem es den Kaiser als den alleinigen rechtmäßigen Herrscher Japans darstellte.

In den 1880er Jahren, als die Arbeit am *Dainihon hennenshi* aufgenommen wurde, veränderten sich die Erwartungen an ein offizielles Geschichtswerk. Die geistigen Traditionen des eigenen Landes gewannen wieder an Bedeutung, während die Verwestlichung der 1870er Jahre unvermindert weiterging. Es wurde mit der Aufzeichnung einer parlamentarischen Verfassung nach westlichem Vorbild begonnen. Sie sollte den gesellschaftlichen Eigenheiten Japans angemessen sein, und dazu mußte die japanische Geschichte berücksichtigt werden. Die Arbeit an der chronologischen Geschichte Japans erhielt also eine neue Bedeutung als Vorbereitung auf die japanische Verfassung (dazu MEHL 1991; MEHL 1992: 48–55).

Die Arbeit im Amt für Geschichtsschreibung kam aber nur langsam voran. Ein Grund waren die unzureichenden Mittel. Ein anderer Grund war, daß die Mitarbeiter des Amtes ihre Arbeit immer mehr auf die Sammlung von Quellen verlagerten, weil sie erkannt hatten, daß die überlieferten Geschichtswerke unzuverlässig waren. Ihr Ziel war eine endgültige, unanfechtbare Geschichte Japans, und diese konnten sie nicht in kurzer Zeit schreiben.

Nicht zuletzt deshalb stellte sich in den Jahren unmittelbar vor der Proklamation der Verfassung die Frage, was mit dem Amt für Geschichtsschreibung geschehen sollte. Ein Memorandum des damaligen Präsidenten der Kaiserlichen Universität, Watanabe Kōki (1848–1901), dem vermutlich Diskussionen vorausgegangen waren, schlug vor, das Amt an die Universität zu verlegen, wo es dem neu entstehenden Fach Geschichte dienen sollte.

### 3. GESCHICHTSWISSENSCHAFT AN DER KAISERLICHEN UNIVERSITÄT UND LUDWIG RIEß

Im Jahr 1888 wurde das Amt für Geschichtsschreibung an die Kaiserliche Universität verlegt, und drei seiner führenden Mitglieder, Shigeno Yasutsugu (1827–1910), Kume Kunitake (1839–1931) und Hoshino Hisashi (1839–1917) wurden Professoren. Damit wurde die amtliche Geschichtsschreibung in die Organisation der Geschichtswissenschaft als akademische Disziplin integriert. Vorausgegangen waren im Jahre 1887 die Gründung eines Seminars für Geschichte (*shigakuka*) und die Berufung von Ludwig Rieß zum ersten Professor für Geschichte. Das Jahr 1889, in dem die Meiji-Verfassung proklamiert wurde, sah auch die Gründung eines Seminars für japanische Geschichte (*kokushika*). Alle Studenten, auch die, welche später Spezialisten für japanische Geschichte wurden, studierten aber zunächst bei Ludwig Rieß, wo sie anhand der Geschichte westlicher Länder die von Ranke und seinen Schülern entwickelten historischen Methoden erlernten.

Rieß selbst war übrigens kein Ranke-Schüler, auch wenn seine Verehrung für Ranke bezeugt ist (MEHL 1992: 163). Sein Doktorvater war Hans Delbrück, dessen Japankontakte zu Rieß' Berufung beigetragen hatten (MARTIN 1994: 215f). Außerdem mögen Rieß' Englischkenntnisse – er hatte mit einer Arbeit zur Verfassungsgeschichte Englands promoviert und in England Forschungen betrieben – eine entscheidende Rolle bei der Berufung gespielt haben, denn er sollte auf Englisch unterrichten.

Rieß lehrte von 1887 bis 1902 an der Kaiserlichen Universität und leistete einen wichtigen Beitrag zum Aufbau der Geschichtswissenschaft auf Universitätsebene. Seiner Initiative war die Gründung der ersten historischen Vereinigung *Shigakukai* und die Herausgabe der Zeitschrift *Shigakukai zasshi* (seit 1892 *Shigaku zasshi*) zu verdanken. Viele seiner Schüler, wie zum Beispiel Shiratori Kurakichi (1865–1942), Kuroita Katsumi (1874–1946) und Tsuji Zennosuke (1877–1955) erbrachten bahnbrechende Leistungen auf ihrem jeweiligen Forschungsgebiet.

Die Bedeutung von Rieß für die japanische Geschichtswissenschaft, die hier nur angedeutet werden kann, war sicher beträchtlich. Sie sollte aber auch nicht überschätzt werden. Rieß war stark von seinen japanischen Arbeitgebern abhängig, und seine Initiativen konnten den von ihnen gesteckten Rahmen nicht sprengen. Er hatte einen vergleichsweise niedrigen Status; obwohl einer von zwei Professoren am Historischen Seminar, wurde er nicht als Lehrstuhlinhaber geführt, weil er Ausländer war.<sup>5</sup> Vor allem

---

<sup>5</sup> Vgl. die Kritik von Erwin BÄLZ an der Behandlung der ausländischen Lehrer (1930: 120f); Bälz mißfiel auch das Benehmen gegenüber Rieß bei dessen Abschiedsfeier am 3. Juli 1902 (1930: 128f).

aber muß man, will man Rieß' Einfluß ermessen, zwischen der Erforschung der Geschichte westlicher Länder und der japanischen Geschichte unterscheiden, da beide verschiedene Wurzeln haben (OKUBO 1988: 7, 57f). Die japanische Geschichte wurde noch jahrelang von Wissenschaftlern, die ihre Ausbildung in der Edo-Zeit erhalten hatten, und von ihren Schülern gelehrt. Nachfolger Shigenos und seiner Kollegen der ersten Generation am Historiographischen Institut und am Seminar für Japanische Geschichte waren Mikami Sanji (1865–1939; ab 1893 Assistenzprofessor, 1899–1926 Professor) und Hagino Yoshiyuki (1860–1924; ab 1899 Lektor, 1901–23 Professor), beide Absolventen des Seminars für Klassische Studien. Außerdem ist Tanaka Yoshinari (1860–1919; 1892–93, 1895 Assistenzprofessor, 1905–19 Professor) aus dem Amt für Geschichtsschreibung zu nennen. Ihre Nachfolger wurden die bereits erwähnten Rieß-Schüler Kuroita Katsumi und Tsuji Zennosuke. Natürlich haben auch Shigeno und besonders Kume von Rieß Anregungen erhalten, aber sie waren älter als er, hatten ihre eigenen Aufgaben zu bewältigen und werden sich kaum in seine Übungen gesetzt haben. Mikami Sanji, der bereits bei Rieß Vorlesungen gehört hatte, war mit Rieß befreundet. Er half Rieß bei seinen Forschungen zur japanischen Geschichte<sup>6</sup> und beriet sich mit ihm, u. a. wegen der Sammlung ausländischer Quellen zur Geschichte Japans (MIKAMI 1930–32, 401: 79), eine Idee, die von Rieß stammte und vielleicht einer seiner wichtigsten Beiträge zur Arbeit des Historiographischen Instituts war. Möglicherweise hatte die Gründung des Deutschen Historischen Instituts in Rom 1888 Rieß diese Idee gegeben.

Im Historiographischen Institut wurde aber im wesentlichen so weitergearbeitet wie in den beiden Jahrzehnten vor Rieß' Ankunft. Die Arbeit am *Dainihon hennenshi* wurde zwar aufgegeben, als das Institut 1893 vorübergehend geschlossen wurde, und nach der Wiedereröffnung 1895 wurde die Sammlung, Erforschung und Publikation der Quellen die Hauptaufgabe des Instituts, aber diese Entscheidung hatte wenig mit Rieß zu tun, und die Arbeit an den Quellen hatte faktisch schon vorher im Mittelpunkt gestanden. Die Publikation begann 1901 mit den Reihen *Dainihon shiryō* [Geschichtsquellen Groß-Japans] und *Dainihon komonjo* [Urkunden Groß-Japans]. Von japanischen Wissenschaftlern werden in diesem Zusammenhang gerne die *Monumenta Germaniae Historica* (MGH) genannt und damit wird suggeriert, daß die japanischen Publikationen deren Beispiel folgten. Es ist aber schwer zu sehen, weshalb dies der Fall

---

<sup>6</sup> RIESS (1898–9) verweist beispielsweise in seinem Aufsatz über die Vertreibung der Portugiesen auf die Forschungen Mikamis, bezeichnet als „mein College Mikami“ (S. 31), und dem er für seine „freundliche Belehrung“ (S. 27) dankt (MOAG 8, Teil 1: 1–52).

sein soll. Die MGH sind nach Quellengattungen geordnet, und die Quellen sind in voller Länge aufgenommen. *Dainihon shiryō* besteht dagegen aus Quellenausügen, die in streng chronologischer Reihenfolge angeordnet sind. Das Vorbild ist die Edo-zeitliche Sammlung *Shiryō* des Hanawa Hokiichi (1746–1826). *Dainihon komonjo* enthält Quellen, die nach Herkunft geordnet sind. Quellenkompilationen wurden schon in der Edo-Zeit unternommen.

Die Geschichtswissenschaft, wie sie sich, ausgehend von der Kaiserlichen Universität, an japanischen Hochschulen etablierte, wird gewöhnlich mit dem Begriff *akademizumu* bezeichnet (MEHL 1992: 170–80; MEHL 1998: 103–12, 161–3, 165). Sie war gekennzeichnet durch Positivismus, Beschäftigung mit Quellen und Fakten sowie Nähe zum Staat. Sie war beeinflusst von den textkritischen Methoden der im China des 18. und 19. Jahrhunderts entstandenen *kōshōgaku* [Textkritische Schule], einer Richtung des Konfuzianismus, die sich durch die kritische Untersuchung der kofuzianischen Klassiker auszeichnete. In Japan wurden ihre Methoden seit der späten Edo-Zeit auf die Untersuchung japanischer Texte angewendet, und sie bildeten auch die Grundlage der Arbeit im Amt für Geschichtsschreibung. Insbesondere für Shigeno bildete *kōshōgaku* die Basis aller Wissenschaft (*Gakumon wa tsui ni kōshō ni kisu*, SHIGENO 1989, Bd. 1: 35–47).<sup>7</sup>

Sicherlich erleichterte die Tradition der *kōshōgaku* die Aufnahme der deutschen Geschichtswissenschaft, insbesondere da die deutsche Geschichtswissenschaft seit Ranke ihren Schwerpunkt von der narrativen Darstellung historischen Wissens zu den Techniken der Quellenkritik und Forschung verlagert hatte. Wie in anderen Ländern wurde in Japan vor allem Ranke als „quasi-Positivist“ rezipiert, während seine Interpretation der Geschichte und sein Erzählstil weitgehend ignoriert wurden (MEHL 1998: 160f; BREISACH 1994: 237; NOVICK 1988).

Wegen seines strengen Methodenkanons und seiner Konzentration auf Primärquellen wurde *akademizumu* für objektiv gehalten. Die Gelehrten des historischen Instituts wollten Geschichte ohne die politische oder moralische Wertung, welche die konfuzianische Geschichtsschreibung bestimmte, schreiben. Wenn sie die Tatsachen „wie sie sind“ (*ari no mama*) schrieben, so glaubten sie, würde ihr Sinn von selbst offenbar werden. Sie scheinen sich nicht bewußt gemacht zu haben, daß die Wahl und Darstellung der Fakten keineswegs vorgegeben ist. Die Geschichtskompilationen des Instituts waren chronologische Aneinanderreihungen von Tatsachen, aber sie interpretierten die japanische Geschichte auf ganz be-

---

<sup>7</sup> Zu Shigenos Bedeutung für die Chinesischen Wissenschaften in der Meiji-Zeit siehe TAO 1997.

stimmte Weise: Im Zentrum stand die ungebrochene Linie der japanischen Kaiser.

Dennoch sollte man den Anspruch Shigenos und seiner Kollegen respektieren. Zum einen hielten sie daran fest, obwohl sie dies manchmal mit ihrer Stellung bezahlten. Kume mußte 1892 die Kaiserliche Universität als Folge der Veröffentlichung seines Aufsatzes „Shintō ist ein veralteter Brauch der Himmelsverehrung“ (*Shintō wa sainen no kozoku*) verlassen (MEHL 1993b). Shigeno wurde 1893 vorübergehend entlassen, und 1911 resultierte die Textbuchkontroverse um die Bewertung der Zeit der zwei Kaiserhöfe im vierzehnten Jahrhundert ebenfalls in der Entlassung des Hauptbeteiligten, wenn auch nur vorübergehend. Zum anderen war dieser Glaube an die Möglichkeit objektiver historischer Erkenntnis keine japanische Besonderheit. Erst seit der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts befassen Historiker sich systematisch mit dem historischen Erzählen und der narrativen Struktur historischen Wissens (NOVICK 1988; JAEGER und RÜSEN 1992; TANAKA 1993).

#### 4. PREUSSEN-DEUTSCHLAND ALS MODELL FÜR JAPAN?

Der Einfluß der preußisch-deutschen auf die japanische Geschichtswissenschaft konnte hier nur angedeutet werden. Abschließend soll eine Bewertung versucht werden, was er leistete oder nicht leistete. Zunächst ist aber zu betonen, daß sich die hier gemachten Aussagen nur auf eine Richtung der Geschichtswissenschaft beziehen. Zwar war dies sowohl in Deutschland als auch in Japan bis ins zwanzigste Jahrhundert hinein die Hauptrichtung dieser Disziplin, wie sie sich an den Universitäten etablierte. Die Entwicklung war aber längst nicht so homogen, wie es hier scheinen mag. In beiden Ländern gab es Gegenströmungen und alternative Ansätze. In Japan hatte z. B. die Geschichtsschreibung durch Publizisten wie z. B. Tokutomi Sohō große Bedeutung.

In Japan wird der Einfluß der deutschen Geschichtswissenschaft in der Tradition Rankes häufig betont und dient der Legitimation. Aber wie schon gesagt, wurde nur eine Seite Rankes rezipiert, die Seite, die sich am besten mit der *kōshōgaku* vertrug, das heißt, die Betonung der textkritischen Methode und der Ermittlung von Tatsachen. Nicht umsonst ist die typische Form des deutschen Historismus die epische Erzählung, die des *akademizumu* aber der positivistische Aufsatz. Shigeno und seine Kollegen schrieben auch keine Werke, welche die Bücherregale des Bildungsbürgertums füllten wie die Aufsatzsammlungen deutscher Historiker (HARDTWIG 1990b: 234).

Die einseitige Rezeption der deutschen Geschichtswissenschaft war nur ein Grund, weshalb das preußisch-deutsche Vorbild den japanischen Vertretern der akademischen Geschichtswissenschaft nicht half, ihr wichtigste Anliegen zu erreichen: die Schaffung eines Geschichtsbildes, das sinnstiftend für die Nation wirkte. Die amtliche Geschichtsschreibung scheiterte und wurde 1893 aufgegeben. Warum geschah dies wohl?

*Erstens* war die amtliche Geschichtsschreibung zu sehr in der dynastischen Tradition Chinas verhaftet, weshalb sie in Japan auch nie dieselbe Bedeutung erlangt hatte wie im Reich der Mitte. *Zweitens* waren Beamte wie Shigeno dennoch den gelehrten Beamten Chinas ähnlich und standen der Masse des Volkes fern. Im Gegensatz dazu verstanden sich die deutschen Historiker im 19. Jahrhundert als Sprecher des Volkes. *Drittens* machten die Vertreter der amtlichen Geschichtsschreibung nie den Versuch, westliche Erzähltechniken anzuwenden, obwohl sie sich bemühten, diese zu erforschen. *Viertens* war die gescheiterte Suche nach einer angemessenen Form ein Ausdruck ihrer Unfähigkeit, eine Interpretation der japanischen Geschichte zu finden, welche dem schnellen Wandel und der neuen Situation und internationalen Stellung ihres Landes gerecht wurde. Dies gelang erst der folgenden Generation mit dem Konzept der *tōyōshi*, einer Version der Geschichte Ostasiens, die Japan eine asiatische Vergangenheit und eine Vorrangstellung in Asien gab (TANAKA 1993).

Das größte Problem war aber vielleicht das, welches schon Nietzsche als das grundlegende Problem des Historismus identifiziert hatte (WITTKAU 1994: 45–55; NIETZSCHE 1874 in HARDTWIG, 1990a: 153–81). Wenn die Geschichtswissenschaft vollkommen objektiv wurde, wenn alle Epochen gleichwertig waren und alle Tatsachen gleich wichtig, wenn gegenwärtige Anliegen bei der Untersuchung der Vergangenheit keine Rolle mehr spielten, welchen Nutzen hatte dann die Geschichtswissenschaft noch? Wie kann Geschichtsschreibung objektiv sein und gleichzeitig den Anliegen der Gegenwart, in unserem Fall der Nation, dienen? In Japan verliet Mori Ōgai diesem Dilemma in seiner Erzählung *Als ob* (*Kano yōni*, 1912) Ausdruck. Hidemaro, die Hauptfigur, will ein Geschichtswerk schreiben, das streng zwischen Mythen und Tatsachen unterscheidet. Aber gleichzeitig will er die Mythen bestehen lassen, welche der Nation ihren Sinn geben.

Die Lösung des Problems fand man in Japan durch die Trennung von Geschichtswissenschaft, wie sie an Universitäten betrieben wurde, und dem Gebrauch der Geschichte für die Ideologie und die Bildung. Schon 1894 unterschied Tsuboi Kumezō (1858–1936) in seinem Aufsatz *Shigaku ni tsuite* [Über die Geschichtswissenschaft] (*Shigaku zasshi* 5/1, 1894) analog zu den Naturwissenschaften zwischen *ōyō shigaku* [angewandte Geschichtswissenschaft] und *junshō shigaku* [reine Geschichtswissenschaft]

(SAITŌ 1984: 19f). Ähnlich unterschied Kume in seinem Beitrag 1895 *Reki-shigaku no katsugan* [Der Scharfblick der Geschichtswissenschaft] (*Shigaku zasshi* 6: 535–51, 613–34) zwischen Anwendern (*ōyōsha*) und Spezialisten (*senshūsha*). Zwei Anekdoten über den Historiker Mikami Sanji illustrieren, wie diese Trennung in der Praxis aussehen konnte. Der Historiker Inoue Kiyoshi erzählt, bei einer Feier zur Begrüßung der neuen Studenten habe Mikami ihnen gesagt, sie dürften später in den Schulen nicht das lehren, was sie in den Vorlesungen an der Universität gelernt hätten. Zum Beispiel sei die Reichsgründung durch Kaiser Jimmu nicht vor 2593 Jahren, sondern rund 600 Jahre später erfolgt, was schon in der Edo-Zeit bekannt gewesen sei (nach SAITŌ 1984: 21). Ōkubo Toshiaki (in NAKAMURA 1959: 25f) berichtet, Mikami habe in seinen Vorlesungen den Unterschied zwischen der Ausbildung in den Schulen und der Lehre an der Universität betont. Bevor er begann, über die Zeit des Nord- und Südhofes – also die Ära zweier rivalisierender Kaiserhöfe im 14. Jahrhundert – zu sprechen, habe er die Schüler gebeten, das Fenster zu schließen. Diese symbolische Geste habe die Differenzen zwischen der öffentlich anerkannten Meinung und der wissenschaftlichen Lehrmeinung, welche das gemeine Volk nicht verstehen könne, zeigen sollen.

Möglicherweise war es diese Trennung, welche es japanischen Historikern im zwanzigsten Jahrhundert ermöglichte, bei Gedenkfeiern mitzuwirken, die auf fiktiven historischen Ereignissen beruhten, wie die 1940 zelebrierte 2600jährige Wiederkehr der Reichsgründung durch Kaiser Jimmu (BROWNLIE 1997: 131–85).

Jedenfalls haben sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts sowohl deutsche als auch japanische Historiker auf die Sammlung von Quellen und die Ermittlung von Tatsachen zurückgezogen. In beiden Ländern wird dieser Rückzug als Begründung angeführt, warum die Geschichtswissenschaftler der Vereinnahmung der Geschichte durch die Ideologie in den 1930er Jahren nichts entgegenzusetzen hatten (JAEGER und RÜSEN 1992: 95–112). In Japan entwarf anders als in Deutschland immerhin der Historiker Hiraizumi Kiyoshi (1895–1984) ein kohärentes Geschichtsbild (*kōkoku shikan*) (NAGAHARA 1983; SAITŌ 1984: 88–110), das allerdings nach 1945 vollkommen diskreditiert wurde. Vielleicht bewirkte aber gerade die Existenz eines solchen Bildes, daß man sich in Japan nach 1945 früher als in Deutschland kritisch mit der herkömmlichen Geschichtswissenschaft auseinandersetzte (CONRAD 1999). Im Übrigen weist die Geschichte der Historiographie in Japan und in Deutschland auch nach 1945 bei allen Unterschieden Parallelen auf (CONRAD 1999), besonders in der Themenwahl. Der Grund dafür dürfte neben den ähnlichen gesellschaftlichen Gegebenheiten auch in dem noch immer nachwirkenden Einfluß der deutschen Geschichtswissenschaft liegen. Zwar wird das Inhaltsver-

zeichnung der von Rieß mitbegründeten Zeitschrift *Shigaku zasshi* seit 1950 nicht mehr auf Deutsch, sondern auf English wiedergegeben, aber die Gemeinsamkeiten in ihrer historiographischen Vergangenheit spiegeln sich in den Gemeinsamkeiten in der Auseinandersetzung mit vergangenen Zuständen wider.<sup>8</sup>

#### LITERATURVERZEICHNIS

- AKITA, George (1982): Trends in Modern Japanese Political History. The ‚Positivist Studies‘. In: *Monumenta Nipponica*, S. 497–521.
- ANDERSON, Benedict (1991): *Imagined Communities*. London, New York: Verso.
- BÄLZ, Toku (Hg.) (1930): *Erwin Bälz. Das Leben eines deutschen Arztes im erwachenden Japan. Tagebücher. Briefe. Berichte*. Stuttgart: J. Engelhorn's Nachf. Adolf Spemann.
- BREISACH, Ernst (1994): *Historiography. Ancient, Medieval & Modern*. Chicago, London: The University of Chicago Press.
- BROWNEE, John S. (1997): *Japanese Historians and the National Myths, 1600–1945: the Age of the Gods and Emperor Jimmu*. Vancouver: UBC Press.
- BRUCH, Rüdiger vom, und Rainer A. MÜLLER (1991): *Historikerlexikon. Von der Antike bis zum 20. Jahrhundert*. München: C. H. Beck.
- CAENEGEM, R. C. van, und F. L. GANSHOF (1962): *Kurze Quellenkunde des Westeuropäischen Mittelalters*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- CONRAD, Sebastian (1999): *Auf der Suche nach der verlorenen Nation. Geschichtsschreibung in Westdeutschland und Japan 1945–1960*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- ELZE, Reinhard, und Arnold ESCH (Hg.) (1990): *Das Deutsche Historische Institut in Rom 1888–1988*. Tübingen: Max Niemeyer.
- HARDTWIG, Wolfgang (1990a) (Hg.): *Über das Studium der Geschichte*. München: dtv.
- HARDTWIG, Wolfgang (1990b): *Geschichtskultur und Wissenschaft*. München: dtv.
- HÉRAIL, Francine (1984): Regards sur l'historiographie de l'Époque Meiji. In: *Histoire de la Historiographie*, No. 5, S. 92–114.
- JAEGER, Friedrich, und Jörn RÜSEN (1992): *Geschichte des Historismus*. München: C. H. Beck.

---

<sup>8</sup> So macht CONRAD (1999) darauf aufmerksam, daß die kontinuierliche Beschäftigung mit der Nation ein Erbe der Geschichtswissenschaft des 19. Jahrhunderts ist, welche in enger Verbindung mit der Nation entstand.

- KETELAAR, James (1990): *Of Heretics and Martyrs in Meiji Japan: Buddhism and its Persecution*. Princeton: Princeton University Press.
- MARTIN, Bernd (1994): Deutsche Geschichtswissenschaft als Instrument nationaler Selbstfindung in Japan. In: HÜBINGER, Gangolf, Jürgen OSTERHAMMEL und Erich PELZER (Hg.): *Universalgeschichte und Nationalgeschichten*. Rombach Verlag, S. 209–229.
- MARTIN, Bernd (1995): Fatal Affinities: the German Role in the Modernisation of Japan in the Early Meiji Period (1868–1895) and Its Aftermath. In: MARTIN, Bernd: *Japan and Germany in the Modern World*. Providence/Oxford: Berghahn Books, S. 17–76.
- MARWICK, Arthur (1989): *The Nature of History*. London: Macmillan.
- MATSUMOTO, Seichō (1975): *Shōsetsu Tōkyō teikoku daigaku* [Roman über die Kaiserliche Universität Tōkyō]. Tōkyō: Shinchōsha.
- MEHL, Margaret (1991): Geschichtsschreibung auf dem Weg zur Meiji-Verfassung: zur Entstehung der Geschichtswerke *Dainihon hennenshi* und *Taisei kiyō*. In: BACHMAYER, Eva, Wolfgang HERBERT und Sepp LINHART (Hg.): *Japan von Aids bis Zen; Referate des achten Japanologentages*, Wien 1991, S. 279–85.
- MEHL, Margaret (1992): *Eine Vergangenheit für die japanische Nation. Die Entstehung des historischen Forschungsinstituts Tōkyō daigaku Shiryō hansenjo (1869–1895)*. Frankfurt: Verlag Peter Lang.
- MEHL, Margaret (1993a): Meiji kokka to Nihon kindai shigaku no seiritsu: Gen Tōkyō daigaku shiryō hansenjo o megutte [Der Meiji-Staat und die Entstehung der modernen japanischen Geschichtswissenschaft am Beispiel des heutigen historischen Forschungsinstituts *Tōkyō daigaku Shiryō hansenjo*]. In: ITO, Takashi (Hg.): *Nihon kindaiishi no saikōchiku*, Tōkyō: Yamakawa shuppan.
- MEHL, Margaret (1993b): Scholarship and Ideology in Conflict: The Kume Affair, 1902. In: *Monumenta Nipponica* 48.3, S. 337–57.
- MEHL, Margaret (1993c): Suematsu Kenchō in Britain, 1878–1886. In: *Japan Forum* 5, 2: 147–193.
- MEHL, Margaret (1998): *History and the State in Nineteenth-Century Japan*. London: Macmillan.
- MIKAMI, Sanji (1930–32): Mikami Sanji sensei dankyūkai sokukiroku [Mitschriften der Gesprächsrunden über die Erinnerungen von Professor Mikami Sanji] (Hg. Ishikawa Shōtarō). In: *Nihon rekishi*, Nr. 390–6, 398–402, 404, 406–11. Neuerdings auch zugänglich als *Meiji jidai no rekishi gaku kai: Mikami Sanji kaikyūdan*. Yoshikawa kōbunkan 1991.
- MOMMSEN, Wolfgang (1990): *Nation und Geschichte: Über die Deutschen und die Deutsche Frage*. München/Zürich: Piper.
- NAGAHARA, Keiji (1983): *Kōkoku shikan* [Kaiserstaats-Geschichtsauffassung]. Tōkyō: Iwanami shoten.

- NAKAMURA, Takanari (Erzähler) (1959): *Shirīzu kindai shigaku o tsukutta hitobito: Mikami Sanji* [Serie: Die Begründer der modernen japanischen Geschichtswissenschaft: Mikami Sanji]. In: *Kikan rekishi kyōiku kenkyū* (Hg. Rekishi kyōiku kenkyūjo) 13, S. 16–28.
- NOVICK, Peter (1988): *That Noble Dream*. Cambridge: Cambridge University Press.
- ŌKUBO, Toshiaki (1988): *Nihon kindai shigaku no seiritsu* [Die Entstehung der modernen japanischen Geschichtswissenschaft]. Tōkyō: Yoshikawa kōbunkan.
- ŌTSUKI, Minao (1977): *Meiji ishin to doitsu shisō* (Die Meiji-Restauration und deutsches Denken). Tōkyō: Nagasaki shuppan.
- RIESS, Ludwig: Die Ursache der Vertreibung der Portugiesen aus Japan (1614–1639). In: *Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für die Natur- und Völkerkunde Ostasiens* 7, 1898–99, S. 1–52.
- SAITŌ, Takashi (1984): *Shōwa shigakushi nōto: rekishigaku no hassō* [Anmerkungen zur Geschichte der Geschichtswissenschaft der Shōwa-Zeit. Konzeptionen der Geschichtswissenschaft]. Tōkyō: Shōgakukan.
- SAKAMOTO, Tarō (1966): *Nihon no shūshi to shigaku* [Geschichtsschreibung und Geschichtswissenschaft in Japan]. Tōkyō: Shibundō; repr. 1983.
- SCHNABEL, Franz (1958): Die Idee und ihre Erscheinung. In: *Die historische Kommission bei der Bayrischen Akademie der Wissenschaften 1858–1958*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 7–69.
- SEIER, Hellmut (1971): Heinrich von Sybel. In: WEHLER, Hans-Ulrich (Hg.): *Deutsche Historiker*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, Bd. 2, S. 24–38.
- SHIGENO, Yasutsugu (1989): *Shigeno hakushi shigaku ronbunshū* [Sammlung der historischen Abhandlungen von Doktor Shigeno] (hg. v. Ōkubo Toshiaki). 4 Bde., Tōkyō: Meichō fukyūkai.
- TANAKA, Stefan (1993): *Japan's Orient: Rendering Past into History*. Berkeley: University of California Press.
- TAO, De-Min: Shigeno Yasutsugu as an Advocate of „Practical Sinology“ in Meiji Japan. In: *New Directions in the Study of Meiji Japan*, ed. Helen Hardacre with Adam L. Kern. Leiden/New York/Köln: Brill, 1997, S. 373–383.
- WITTKAU, Annette (1994): *Historismus*. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.



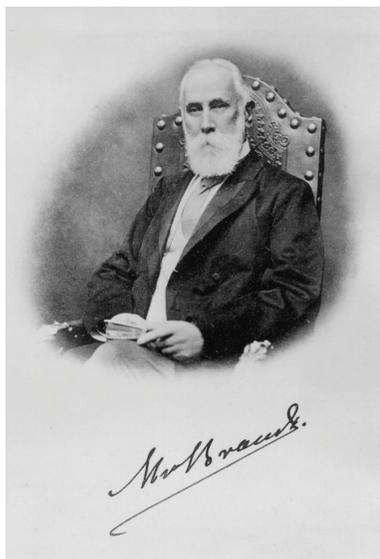
# KUNSTBEZIEHUNGEN ZWISCHEN PREUSSEN UND JAPAN

Hartmut WALRAVENS

Die frühen Beziehungen zwischen Brandenburg-Preußen und Ostasien sind mit Namen wie Andreas Cleyer (1634–1698?) (KRAFT 1985), Georg Eberhard Rumph (1627–1702) (vgl. DE WIT 1959; KAHNS 1936) und Christian Mentzel (1622–1801) (vgl. ARTELT 1940; WINAU 1970) verbunden. Alle drei Gelehrte verband das naturwissenschaftliche Interesse, und Mentzel hat vieles, was ihm seine Korrespondenten aus Übersee schickten, in den Abhandlungen der Akademie der Naturforscher veröffentlicht. Während Rumph sich auf der Molukkeninsel Amboina befand und durch das monumentale *Herbarium Amboinense* (Amstelaedami 1741–1750) den Blick auf die Naturschätze der Gewürzinseln lenkte, hatte Cleyer, als Arzt und Apotheker in Batavia, zweimal Gelegenheit, als Leiter der holländischen Faktorei nach Japan zu gehen. Eine insgesamt 1360 Motive japanischer Pflanzen und Vögel umfassende, in farbiger Tusche von einem japanischen Künstler, wohl in Nagasaki, um 1683 ausgeführte Sammlung sandte Cleyer an den Großen Kurfürsten, und Mentzel versah sie mit einer 1695 gedruckten Einleitung mit Widmung an Kurfürst Friedrich III.: „Floreat & vivat Fridericus tertius, astra donec erunt in coelo, & Flora japonica floret“. Das Prachtwerk, das sich bis heute in der Staatsbibliothek zu Berlin erhalten hat (KRAFT 1982: 333–335, Nr. 812), identifiziert die einzelnen Darstellungen durch die japanischen Namen in Kurrentschrift und beigefügten holländischen Transkriptionen. Eine weitere umfangreiche japanische Flora ist als Kriegsverlust zu betrachten.

War der Große Kurfürst besonders an Ostasien interessiert gewesen, weil er hoffte, er könne die leeren preußischen Kassen durch eine ostindische Handelskompanie füllen, so waren seine Nachfolger mehr auf das europäische Umfeld ausgerichtet. Überdies gab die Abschließung Japans wenig Gelegenheit, Näheres zu erfahren oder gar Handel zu treiben. Das Handelsmonopol lag bekanntlich bei den Holländern, und auch deren Möglichkeiten waren durch die Beschänkung auf die Faktorei Deshima, vor Nagasaki, sehr begrenzt. So begegnen wir Prussica in der späteren Zeit nur gelegentlich, so Medaillons mit Bildnissen Friedrichs II. von Preußen (Lackmuseum Münster; hergestellt in Nagasaki, Fa. Sasaya, vor 1793). Es handelt sich um Auftragsarbeiten, die 1792 von Johan Frederik Baron van Reede tot de Parkeler, 1788/89 Opperhoofd auf Deshima („Oberhaupt“, Leiter der holländischen Faktorei auf Deshima), an seinen Vater gesandt wurden.

Eine intensivere Beziehung zwischen beiden Ländern wurde durch die Preußische Expedition nach Ostasien, unter Leitung des Grafen Friedrich zu Eulenburg (1815–1881), angebahnt. Aufgabe dieser Reise war es, möglichst viel über Länder und Leute zu erfahren, um optimale Handelsverbindungen vorzubereiten. Unter den Teilnehmern der Expedition befand sich auch der kunstinteressierte Max von Brandt,<sup>1</sup> der später nicht



Max von Brandt (1835–1920), Diplomat und Sammler ostasiatischer Kunst.

nur deutscher Gesandter in Japan<sup>2</sup> und in China werden sollte, sondern auch viele ostasiatische Kunstgegenstände an deutsche Museen, insbesondere auch die Berliner, vermittelte. Der offizielle Künstler der Reisegeellschaft war Wilhelm Heine (1827–1885), der bereits die Japan-Expedition des Kommodore Perry begleitet hatte und durch sein Talent wie durch seine Beobachtungsgabe Dokumente von bleibendem Wert geschaffen hat. Der Künstler, der es im amerikanischen Bürgerkrieg bis zum Brigadegeneral gebracht hatte, veröffentlichte seine Zeichnungen in mehreren Büchern, darunter auch im Reisebericht der Expedition (HEINE 1864).

Aus der Meiji-Zeit kennen wir zahlreiche Farbholzschnitte, die den Westen darstellen, und darunter ist zumindest einer, der Berlin gewidmet

---

<sup>1</sup> Brandts Rolle ist bisher nicht ausreichend gewürdigt worden. Als ersten Ansatz einer Untersuchung seiner Rolle als Kunstvermittler vgl. BUTZ 2000.

<sup>2</sup> Zunächst (ab 1862) wirkte er als preußischer Konsul in Yokohama.



In Yeddo. Zeichnung von Wilhelm Heine (1827–1885), der die Preußische Expedition nach Ostasien begleitete.

ist, nämlich Harutomis auf 1873 datierte Darstellung des Berliner Schlosses, aus der Reihe *36 Ansichten der Welt*. Die flanierende Gesellschaft „mit teilweise griesgrämigen Gesichtern“ vor der Südostansicht des Schlosses, alles in roten und grünen Anilinfarben, dürfte auf die Betrachter Eindruck gemacht haben. Freilich ging es mehr um die exotische Stadtszene als um die künstlerisch-architektonische Darstellung, und in der kurzen Beischrift werden dann auch die sauberen Straßen und die vielen Schulen und Kirchen der Stadt hervorgehoben.<sup>3</sup>

Japans Kunst und Kultur faszinierten inzwischen Europa; von Frankreich verbreitete sich die Japanmode und beeinflusste auch in Deutschland insbesondere Malerei und Buchkunst. Ein japanisches Sujet ist uns von Adolph Menzel (1815–1905) bekannt: „In der japanischen Bude“ aus dem Jahre 1885; das Bild verdankt möglicherweise seine Anregung dem Besuch einer Schaubude in München im Jahr 1884:

In seiner detailgenauen Manier malte er die bunte Szene im Stil einer Momentaufnahme. In einer mit japanischem Kunstgewerbe ausgestatteten Schaubude versammeln sich verschiedene Figuren. Die euro-

<sup>3</sup> DAMBMANN 1988, Abb. 7, S. 44f: Yokohama-e, Ōban [Yokohama-Holzschnitt, Großformat], dat. Oktober 1873.



Das Berliner Schloß. Farbholzschnitt von Harutomi, 1873.

päischen Besucher rahmen die kleine exotische Insel ein, die Schwelle zwischen den Bereichen wird durch die abgelegten Sandalen markiert. Im Vordergrund scheint eine Dame gerade mit zwei Japanern handelseinig geworden zu sein, daneben nascht ein Kind aus einer Tüte. Ins Innere der Bude führt die Rückenfigur eines Mannes, der ein Bündel Bambusstücke trägt. Er geht in die Richtung, in der sich die Komposition wieder schließt. Dort steht, wie in einem den Bildbetrachter reflektierenden Spiegel, ein Herr, der den an einem Tisch knienden und zeichnenden jungen Japaner betrachtet (*Japan und Europa* 1993: 459f = Nr. 14/60).

Im Gegensatz zu diesem japanischen Sujet können wir bei Walter Leistikows (1865–1908) *Fliegenden Kranichen*<sup>4</sup> aus dem Jahre 1898, die europäische Umsetzung eines in Japan beliebten Themas beobachten. Ein unmittelbarer japanischer Einfluß ist hier wahrscheinlich.

Wegen seiner Bedeutung für die Buchillustration und die Wiederbelebung des Holzschnittes nach japanischen Vorbildern sei hier Emil Orlik (1870–1932) (ORLIK 1996) genannt, der Maler und Graphiker aus Prag, der seit 1905 an der Berliner Kunstgewerbeschule lehrte, vielleicht

<sup>4</sup> Farblithographie, abgeb. im *Pan.* Auch in: *Japan und Europa* 1993: 460f = Nr. 14/61.

am besten bekannt durch seine Porträtzeichnungen, deren herausragendste in seinen Büchern *95 Köpfe* und *Neue 95 Köpfe* (ORLIK 1920 und 1926) gesammelt sind. Zu seinen Schülern gehörten u. a. George Grosz und Hannah Höch, aber auch der Japanologe und Zeichner Fritz Rumpf (Du verstehst unsere Herzen gut 1989). Ein wesentlicher Teil seines um-



Der Japanologe Fritz Rumpf (1888–1949). Zeichnung von Kurata Hakuyō (1881–1938).

fangreichen Oeuvres, das durch den Nationalsozialismus verfehmt und dann teilweise in Vergessenheit geraten ist, war Japan gewidmet. Vor allem japanische Holzschnitte waren zum Ende des 19. Jahrhunderts *en vogue*, wie der Jugendstil und die neue Buchkunst zeigen. Auch Orlik interessierte sich dafür, und so reiste er 1900 nach Japan, um insbesondere die Kunst des Holzschnitts zu studieren. Wenn wir auch nicht wissen, bei welchen Meistern Orlik in Japan studierte, so wissen wir doch aus einem Farbholzschnitttriptychon, das dem Herstellungsprozeß gewidmet ist, daß er ernsthaft bei der Arbeit war und die Techniken praktisch ausübte. Malerei studierte Orlik in Japan bei Kanō Tomonobu (1843–1912), einem der letzten Meister der Kanō-Schule. Orliks Arbeiten regten schon in Japan Künstler an: Einige seiner Arbeiten wurden 1901 in der Zeitschrift *Myōjō* veröffentlicht, und zehn Lithographien mit Straßenszenen und Ansichten aus Tōkyō wurden bei der Druckerei Koshiba gedruckt. So wurde der Maler-Graphiker Oda Kazuma (1882–1959) auf die Farblithographie aufmerksam, und andere Künstler begannen, sich für den Holzschnitt als Kunst und nicht nur als graphische



Theater und Teehaus. Lithographie. Aus Emil Orliks (1870–1932) Mappe *Aus Japan*, 1904.

Technik zu interessieren. Dauerhaftes Verdienst hat sich Orlik überdies als Anreger einer japanischen Exlibris-Kunst erworben. 1904 erschien seine Mappe *Aus Japan* mit fünfzehn Blättern, davon sechs bei Koshiba gedruckten Farblithographien und neun Farbradierungen, aber keinem einzigen Holzschnitt. 1921 erschien eine zweite Mappe, *Reise nach Japan*, als Ergebnis der 1911/12 nach China und Japan unternommenen Reise. Japan erschien Orlik allerdings zu dem Zeitpunkt schon extrem verwestlicht, und er hielt sich deshalb nicht lange im Lande auf. Im Gegensatz zu der exklusiven und seltenen Mappe *Aus Japan* erzielte Orlik Breitenwirkung mit seinem Buchschmuck zu den deutschen Ausgaben der Bücher von Lafcadio Hearn, die in großer Auflage und in verschiedenen Ausgaben, so auch in Ganzpergament, erschienen (HEARN 1905 und 1906).

Ein wichtiger Advokat der japanischen Kunst war der Freiburger Ethnologe und Kunsthistoriker Ernst Grosse (vgl. KÜMMEL 1927/28), der dank der Liberalität seiner mütterlichen Gönnerin Marie Meyer in die Lage versetzt wurde, eine japanische Kunstsammlung nach strengen ästhetischen Grundsätzen aufzubauen. Grosse hat für die japanisch-preußischen Kunstbeziehungen in mehrfacher Hinsicht Bedeutung:

- Er baute für den damaligen weitblickenden Direktor der Berliner Museen, Wilhelm Bode (vgl. KÜMMEL 1929), eine japanische Kunstsammlung auf. Die Gelegenheit ergab sich dadurch, daß Bode dem in Paris tätigen Kunsthändler Hayashi Tadamasu aus einer momentanen Geldverlegenheit geholfen hatte, worauf dieser, als Zeichen seiner Dankbarkeit, Bode Vorkaufsrecht auf Objekte aus seinem Nachlaß einräumte. Nun starb Hayashi plötzlich bald darauf, im Jahre 1906, und Bode sandte Grosse nach Tōkyō, um die entsprechenden Stücke auszuwählen. Dadurch, daß Bode weitere Erwerbungsmitel zur Verfügung stellte und Hayashis Witwe nur die ursprünglichen Ankaufspreise berechnete, kam eine qualitätvolle Sammlung zusammen.
- Grosse Begleiter auf seiner Japanreise und zugleich Kustos der Berliner ostasiatischen Sammlungen war Otto Kümmel (WALRAVENS 1987), wohl Grosse's bedeutendster Schüler.
- Marie Meyer stiftete ihre Japansammlung den Berliner Museen, die dadurch auf diesem Gebiet ein sehr hohes Qualitätsniveau erreichten.

Otto Kümmel mußte allerdings erst von seinem Mentor für die Reisepläne gewonnen werden:

Mensch, drei Jahre in Tōkyō mit 7000 Mark, so etwas wollen Sie ablehnen. Wenn die Japaner mir in Ihrem Alter dieses Anerbieten gemacht hätten, so wäre ich nicht um einen Entschluß verlegen gewesen. Aber freilich Jeder hat seine eigene Haut auf den Markt zu tragen, und so bitte ich Sie denn nur, daß Sie sich, bevor Sie die entscheidende Antwort abschicken, noch ein paar Tage lang überlegen, was Sie bei der Sache verlieren würden. Soviel ich sehe, drei Jahre Anciennität. Dagegen steht es Ihnen frei, als *arbiter summus elegantiarum japonicarum* nach Europa zurückzukehren und der Schrecken für alle Japansammelnden Brinckmänner und Ulexe zu werden, den man mit Weihrauch, Opfer und Gebet versöhnen muß. Ich glaube wirklich, Sie kommen auf dem Umwege über Japan eher in ein deutsches Directorium, als wenn Sie auf der geraden Hauptstraße weiter traben. Und unterdessen hat ja auch der Geheime Regierungsrath von Seydlitz Zeit, das ostasiatische Reichsmuseum zu gründen (unveröffentlichter Brief von Grosse 13.5.1904, Museum für Ostasiatische Kunst).

Bode berichtete inzwischen „an den Minister der geistlichen pp. Angelegenheiten“:

Als Hayashi vor mehr als einem Jahre von einem Krebsleiden befallen wurde, das bald seinen Tod herbeiführte, hat er den ihm be-

freundeten Sinologen [Ethnologen] Prof. Ernst Grosse in Freiburg gebeten, bei einem Besuche Japans diese Auswahl zu machen, und um seine Dankbarkeit zu bezeugen, bestimmte er in seinem Testament, daß dabei nicht der derzeitige Wert, sondern seine Ankaufspreise angesetzt werden sollen. Durch Dr. Kümmel und den gleichfalls seit einem halben Jahre in Japan anwesenden Professor Grosse ist diese Auswahl jetzt getroffen worden und nach übereinstimmender Mitteilung dieser Herren hat das Museum dadurch eine Sammlung erworben, die nach jetzigem Kaufwert mehr als 250.000 M repräsentiert. Sie enthält Werke aus der Zeit der klassischen chinesischen und japanischen Kunst, vor dem 16. Jahrhundert, mehrere Hundert an der Zahl, wie sie unser Kunstgewerbe-Museum und das Museum für Völkerkunde bisher auch nicht eines besaßen. Es ist dafür jenes von mir dem verstorbenen T. Hayashi gemachte und jetzt zum Ankauf überwiesene Darlehen sowie der größte Teil der außerordentlichen Bewilligung des letzten Etats zum Ankauf alter ostasiatischer Kunst in Höhe von 50.000 M verwendet worden. Dadurch ist der Grund gelegt zu einer eigentlichen ostasiatischen Kunstsammlung, für welche die Berliner Museen bisher noch keinerlei Material boten. Allein um in dieser Sammlung auch nur in bescheidenster Weise eine Übersicht geben zu können, muß dieselbe noch vervielfacht und nach allen Richtungen ergänzt werden. Dazu bietet sich hier in Europa keine Gelegenheit mehr, da die Japaner eifersüchtig ihre Schätze zu bewahren suchen, und was locker wird, gleich in Japan von Amerikanern mit hohen Summen aufgekauft wird. Um hier mit den Japanern zu konkurrieren, bedarf es hervorragender Kenner, die die Privatsammlungen an Ort und Stelle studieren und die seltene Gelegenheit zum Kauf ermitteln und sofort ausnützen. Diese bietet sich unserem Museum in ganz einziger Weise dadurch, daß nicht nur unser Vertreter der ostasiatischen Sammlung, Herr Dr. Kümmel, sondern mit ihm der beste Kenner und größte Sammler dieser Kunst in Europa, Herr Prof. Grosse, noch auf längere Zeit in Japan anwesend sind, ausschließlich zu dem Zwecke, den reichen in den Tempeln oder zahlreichen Privatsammlungen verstreuten Schatz an Kunstwerken gründlich kennen zu lernen. Die Große Schwierigkeit, daß die Japaner ihre Kunstschatze bis auf geringe Schaustücke nicht ausstellen, sondern auf's sorgfältigste verpackt aufbewahren oder sie nur ausnahmsweise wirklichen Kennern altasiatischer Kunst, zu denen sie die Europäer nicht rechnen, zeigen, haben die beiden deutschen Herren als die ersten Europäer dadurch völlig überwunden, daß namentlich Prof. Grosse den japanischen Sammlern gegenüber seine selbst

in Japan ganz ungewöhnliche Kenntnisse und das außerordentliche Interesse an der Kunst der Japaner und Chinesen von vornherein in glänzendster Weise bewiesen hat. Seitdem sind ihnen fast alle Sammlungen Japans, in die auch die Überreste der altchinesischen Kunst fast vollständig aufgegangen sind, zugänglich. Für die kommenden Monate nach der Regenzeit (welche die Japaner am Meere zubringen) haben beide Herren schon jetzt fast jeden Tag Einladungen zu den Besitzern großer Sammlungen, meist großen, gerade von den Hochgestellten Japans im Kriege gebrachten Opfer und infolge der jetzigen Geldknappheit in Japan einzeln von diesen Besitzern zum Verkauf ihrer Sammlungen oder einzelner hervorragender Stücke daraus gezwungen sind [!], so erhält unser Vertreter, Dr. Kümmel, bei dieser Besichtigung die seltene Gelegenheit zur Erwerbung guter und bester alter Stücke, bei deren Wahl ihm Prof. Grosse behilflich ist. Zur Ausnutzung solcher Chancen habe ich Herrn Dr. Kümmel aus eigenen Mitteln und aus Beiträgen von Museumsfreunden für die kommenden Monate die Summe von 55.000 M zur Verfügung stellen können. Diese Summe wird aber nur für einige Monate reichen; für nächstes Jahr müssen wieder Staatsmittel zur Verfügung sein, wie solche jetzt auch die französische Regierung ihrem Vertreter für Erwerbungen in Japan zur Verfügung gestellt hat. Ich bitte daher Eure Exzellenz gehorsamst, die Einstellung von 100.000 M in den nächstjährigen Staatshaushalt als außerordentliche Bewilligung zur Erwerbung asiatischer Kunstobjecte hochgeneigtest erwirken zu wollen (25.8.1907) (WALRAVEN 1984: 47–48).

Nach der Rückkehr aus Japan veranstaltete Grosse eine Schau der erworbenen Werke:

Die Ausstellung, die ich auf Wunsch Bode's, größer gemacht habe, als ich ursprünglich beabsichtigte – sie zeigt ungefähr zwei Drittel der hier angekommenen Sachen – habe ich am Sonntage dem Cultus Minister und anderen Herren aus dem Ministerium, und gestern den Museumsdirectoren, Assistenten u.s.w. demonstirt. Über den Erfolg kann ich selbst natürlich am wenigsten urtheilen. Aber Bode hat sich befriedigt ausgesprochen. Auf Morgen sind die Mitglieder des Kaiser Fr. Mus. Vereines eingeladen. Für mich sind die Aufstellung und die Demonstrationen bei der grausamen Hitze eine so große Anstrengung gewesen, daß ich mich recht erschöpft fühle und sehr froh sein werde, wenn ich am Ende dieser Woche Berlin verlassen kann. Bode wünscht, daß die Sachen mehrere Monate lang ausgestellt bleiben, ich meine aber, daß sie der gefährlichen Luftheizung

wegen mindestens im Frühherbste wenigstens zum Theile (Masken, Lacke, Kakemono) wieder sicher verpackt werden müssen. Ich selbst werde nicht mehr im Stande sein, diese Arbeit zu thun; ob man sie einem Anderen anvertrauen darf, weiß ich nicht; es wäre also wohl das Beste, wenn Sie noch rechtzeitig zurückkehren könnten. Bei der gestrigen Vorstellung waren auch Kötschau, der sich sehr an den Sachen freut, und Ihr Freund [Max] Kutschmann, ein mir überaus sympathischer Mensch, mit dem ich noch den ganzen Abend zusammengeblieben bin. Er hat ein wunderbar feines Gefühl für die besten Dinge. Im Übrigen erfrische und ermuthige ich mich immer wieder an Bode. Dies ist wirklich einmal ein vornehmer Mann im großen Style, der, wie es der alte Goethe verlangte, ‚auf die Sachen sieht.‘ Was er hier für meine Sache gethan hat, war sicherlich nur seiner imponirenden Energie und Opferfreude möglich. Dieses Mal steht der rechte Mann auf der rechten Stelle. Die unglaubliche Arbeit, die er auf den Schultern hat, trägt er mit einer solchen Elasticität, daß die Anderen ebensowenig an sein Alter denken wie er selbst (unveröff. Brief von Grosse an Kümmel, 23.6.1908, Museum für Ostasiatische Kunst).<sup>5</sup>

Über eine Japansammlung von Bedeutung verfügte auch das 1867 gegründete Berliner Kunstgewerbemuseum. Ihre Anfänge gehen auf Max von Brandt und Johann Justus Rein<sup>6</sup> zurück. Im Gegensatz zur Ostasiatischen Kunstabteilung legte das Museum viel Wert auf Farbholschnitte, die damals noch von den Kunstmuseen wenig geschätzt wurden. 1904 kaufte der Leiter der Bibliothek des Kunstgewerbemuseums, Peter Jessen (1858–1926) (GLASER 1926), der als erster Assistent von Justus Brinckmann am Museum für Kunst und Gewerbe in Hamburg auf japanische Kunst aufmerksam wurde, bei der Versteigerung der Sammlung Charles Gillot in Paris mehr als 100 Blätter. Der Bestand wuchs durch Schenkungen der Berliner Sammler Arthur von Gwinner, Gustav Jacoby, Leopold Steinthal, James Hardy, James Simon, Hugo Schaper und Gustav Rading. 1905 präsentierte Jessen die Sammlung in einer Sonderausstellung (*Sonderausstellung* 1905). Sammler wie Max Liebermann und Emil Orlik, aber auch das Kgl. Kupferstichkabinett stellten Leihgaben zur Verfügung.

JESSEN hat auf einer Japanreise auch selbst die Sammlungen ausgebaut. In seinem Reisebuch bemerkt er:

---

<sup>5</sup> Zur Geschichte der Ostasiatischen Kunstabteilung, später Museum für Ostasiatische Kunst, vgl. die Einleitung zu LEDDEROSE 1998.

<sup>6</sup> Johann Justus Rein (1835–1918), Geograph, Verfasser eines Standardwerks über Japan: REIN 1881/86.



Peter Jessen (1858–1926), Direktor der Staatlichen Kunstbibliothek Berlin, Sammler ostasiatischen Kunstgewerbes.

Entscheidend aber ist es, daß man möglichst oft und vielseitig auch persönlich Fühlung mit dem Volksleben und vor allem mit gebildeten Japanern gewinne. Das eine hat mir mein lieber junger Freund und aufopfernder Begleiter, Maler Fritz Rumpf aus Potsdam, erschlossen, ein ungewöhnlicher Kenner der Sprache und der Volksart, als Schüler Emil Orliks mit allen Zeichen- und Druckkünsten und mit dem einschlägigen Kunsthandel vertraut, seither nach harten Kämpfen um Tsingtau aus japanischer Gefangenschaft heimgekehrt. Wir haben manchen heißen Vormittag bei den Kunst- und Buchhändlern in Tokio und Kioto gehockt, bald im schattigen Hinterzimmer gegen das Gärtchen oder bepflanzte Höfchen hin, das auch in dem bescheidensten Hause nicht fehlt, bald im offenen Laden an der sonnigen, staubigen Straße unter den Augen der neugierigen Menge, mit der Freund Rumpf in den verschiedensten Mundarten und Tonarten Scherz zu treiben wusste (JESSEN 1921: 22f).

In Deutschland nicht sehr bekannt ist die Tatsache, daß Anfang des 20. Jahrhunderts einige japanische Maler in Berlin lebten: Nakahara Minoru, Murayama Tomoyoshi und Nakada Sadanosuke. Nakahara (1893–1990), mit einer deutschen Frau, Irma Adelhardt, verheiratet, begann erst nach seiner Rückkehr nach Japan 1923 zu malen und stellte seine ersten Bilder im selben Jahr auf der zehnten Nika-Sezession aus. Das Publikum reagierte positiv, und Nakahara schloß sich der Gruppe Akushon/ Action an

(Nakagawa Kigen, Kanbara Tai, Yabe Tomoe). Hier hatte er die Aufgabe, die deutsche Malerei zu vertreten; so entstand 1924 *Die Geburt der Venus* (Nationalmuseum Tōkyō) im Stil von George Grosz.

Murayama Tomoyoshi (1901–1977) ging 1922 nach Berlin, um dort Theologie zu studieren. Da er nicht Latein beherrschte, gab er diese Absicht auf und konzentrierte sich auf die Malerei, wobei er sich in der Folge dem Konstruktivismus zuwandte. Aus seiner Berliner Zeit haben sich drei Werke erhalten: *Schönen Mädchen gewidmet*, *Sadistischer Raum* und *Porträt eines jüdischen Mädchens* (OZAKI 1993: 206–212; *Japan und Europa* 1993: 565–569). Ein japanischer Kunstkritiker urteilt:

Es sind keine abstrakten Bilder im eigentlichen Sinn, sondern in Malerei umgesetzte Ideen und Gefühle. [...] Die Werke entstanden in Berlin, nachdem Murayama vom Mehringdamm in eine Arbeitergegend gezogen war. Sie kennzeichnen seine Abkehr vom Futurismus, dem er noch am Beginn seiner Berliner Zeit nahestand. Es sind dies die ersten Assemblagen, in welchen er Kurt Schwitters' Merz-Bilder und Lissitzkys und Van Doesburgs Konstruktivismus miteinander verschmolz zu einem, wie er selbst nannte, „bewußten Konstruktivismus“ (*ishikiteki kōseishugi*) (ebd.: 210, 212).

Peter Jessens späterer Nachfolger als Direktor der Kunstbibliothek, Curt Glaser (1879–1943) (WALRAVENS 1989 und 1990a) hat sich nach einem „langwährenden Aufenthalt in Japan und unter dem lebendigen Eindruck eines einzigartigen künstlerischen Erlebnisses“ (GLASER 1930) intensiv mit Japan befaßt, wie zahlreiche Publikationen ausweisen.<sup>7</sup> Von den Nazis entlassen, ging Glaser in die Emigration nach Italien, wo er ein umfassen-

---

<sup>7</sup> Hier seien neben der in drei Auflagen erschienenen *Ostasiatischen Kunst* sowie der *Ostasiatischen Plastik* nur genannt: Die Raumdarstellung in der japanischen Malerei. *Monatshefte für Kunstwissenschaft*, 1908, S. 402–420; Die Sammlung Moslé. Ausstellung japan. Kunstwerke im k. Kunstgewerbemuseum zu Berlin. *Cicero*, 1, 1909, S. 192–195; Die japanische Kunst auf der Japanisch-Britischen Ausstellung in London. *Cicerone*, 2, 1910, S. 461–464; Von den Formen des japanischen Schauspiels. *Schaubühne*, 8, 1912, S. 17; Japanische Kunsthändler. *Die Zukunft*, 20, 1912, S. 289–291; Kunstversteigerungen in Japan. *Kunst und Künstler*, 17, 1919, S. 6; *Frühe japanische Holzschnitte*. 25 Blätter in Faksimile-Lichtdruck aus der Sammlung Toni Straus-Negbaur, Berlin. Mit Einleitung von C. Glaser und einem beschreibenden Verzeichnis von F. Rumpf. Berlin: Propyläen-Verlag 1925; *Sammlung Tony Straus-Negbaur*. Japanische Farbenholzschnitte des 17. bis 19. Jahrhunderts, eingeleitet von Curt Glaser, beschrieben von Fritz Rumpf. Berlin 1928; Ausstellung japanischer Bilder in der Kunsthandlung Tikotin. *Pantheon*, 5, 1930, S. 31; *Japanisches Theater*. 1930 (s. Literaturverzeichnis); *Japanisches Theater*. Führer durch die Ausstellung vom 15. Februar bis 23. März 1930 im Lichthof des alten Kunstgewerbemuseums Berlin (Berlin 1930).



Arbeitszimmer von Curt Glaser (1879–1943), Nachfolger Jessens als Direktor der Staatlichen Kunstbibliothek Berlin, im Kunstgewerbemuseum. Das aufgestellte Bild zeigt wahrscheinlich Glasers Porträt von Max Beckmann.

des Werk zur Kunst des Quattrocento in Italien verfaßte, dann nach New York, wo er bald darauf starb.

Glaser arbeitete gern mit Fritz Rumpf (1888–1949) zusammen, der damals einer der besten Kenner des japanischen Holzschnitts in Europa war. Rumpf hatte fünf Jahre in japanischer Kriegsgefangenschaft verbracht und erhielt schließlich eine Stelle am 1925 gegründeten Japaninstitut (FRIESE 1989). Seine Dissertation hatte er über die Illustrationen zum *Isemonogatari* geschrieben und damit im Westen Neuland betreten. Hatten bis dahin zumeist Sammler mit bescheidenen Japanischkenntnissen das Wissen über die japanische Kunst zu vermehren gesucht, so konnte Rumpf mit seiner guten Sprachbeherrschung sowie der Nutzung einheimischer Nachlagewerke und Quellen, so etwa der Theateralmanache und -programme, neue Standards setzen. Sein Buch *Meister des japanischen Farbenholzschnitts* (RUMPF 1924) ist aus einer Kritik der Werke des Berliner Pfarrers und Sammlers Julius Kurth (1870–1942) hervorgegangen, der bislang als einer der vorzüglichsten Kenner der Materie gegolten hatte. Rumpf machte sich nicht nur durch seine Zusammenarbeit mit der Kunstbibliothek nützlich; er beriet und unterstützte auch den schlesischen Galeristen Felix Tikotin (1893–1986) (TIKOTIN 1924: 122–124; TIKOTIN 1989), der sich mit

seiner 1927 gegründeten Kunsthandlung auf dem Kurfürstendamm ausschließlich der japanischen Kunst widmete. Die Eröffnung am 27. April 1927 (um Mitternacht!) hatte japanische Gespenster zum Thema – Katalog: Fritz Rumpf.<sup>8</sup> Rumpf und Tikotin arbeiteten eng zusammen und die Kontakte rissen auch später nicht ab, obwohl Tikotin 1933 emigrierte und Krieg und Nazizeit im Untergrund in Holland verbrachte.

Die Beschäftigung mit japanischer Kunst wäre in Berlin und Preußen damals undenkbar gewesen ohne Otto Kummel (1874–1952). 1912 rief er mit William Cohn (1880–1961) die *Ostasiatische Zeitschrift* ins Leben, die bis zu ihrem Ende 1943 die maßgebende Fachzeitschrift war. Kummels kritische Methode, seine zahlreichen Publikationen und Ausstellungen, sein Unterricht an der Universität und seine einflußreiche Stellung (ab 1933 Generaldirektor der Berliner Staatlichen Museen) machten ihn zu einer Schlüsselfigur. Durch ihn wurde die ostasiatische Kunstgeschichte gewissermaßen zu einer kritischen Wissenschaftsdisziplin erhoben. Die Ergänzung der Berliner ostasiatischen Sammlung, deren wertvollster Kern im japanischen Bereich auf Marie Meyer und Ernst Grosse zurückging, nach strengen ästhetischen und Wertmaßstäben war seine Lebensaufgabe, und den Verlust dieser Sammlungen zum Ende des Krieges betrachtete er als die Zerstörung seines Lebenswerks. Mit William Cohn und einer Anzahl von Sammlern hat er die Gesellschaft für Ostasiatische Kunst ins Leben gerufen, die vieles für die Ausbau der Berliner Sammlungen getan hat, aber ab 1933 durch die Naziherrschaft und die dadurch erzwungene Emigration vieler Sammler und Wissenschaftler sehr an Bedeutung einbüßte.

1925 machte eine Erwerbung Kummels Schlagzeilen in der Presse. In der Wochenbeilage des *Illustrowany Kurjer Codzienny* vom 23.2.1925 wurde das Porträt des Kaisers Saga (KÜMMELE 1925) abgedruckt mit der Legende: „Bild des japanischen Kaisers Saga. Vor 10 Jahren ist dieses berühmte Werk der japanischen Kunst aus dem Kaiserlichen Museum in Tōkyō, wo es aufbewahrt wurde, in geheimnisvoller Weise verschwunden – und hat sich ebenso geheimnisvoll im Berliner Völkerkunde-Museum wiedergefunden.“ Das deutsche Konsulat in Krakau ersuchte im Auftrage des Auswärtigen Amtes um eine Berichtigung, nachdem man bei Kummel erfahren hatte:

Das Bildnis des Kaisers Saga ist schon in den aml. Berichten XXX, 1908/09, Spalte 248ff. veröffentlicht, wo auch über die Geschichte des Bildes referiert wird, soweit sie festzustellen war. Unmittelbar stammt es von einem Kunsthändler in Kyōto. Es war niemals im Museum in Tōkyō oder irgendeinem anderen Museum soweit mir

---

<sup>8</sup> *Japanische Gespenster*; Neuveröffentlichung in KONDO 1980.

bekannt. Nach seiner Erwerbung durch mich hatte es Baron Kuki, Präsident der Kommission für die Registrierung der Tempelschätze, gesehen und sehr bedauert, daß es ins Ausland ginge. Weiter nichts. Wäre es gestohlen gewesen, würde er schwerlich geschwiegen haben. Auch die *Japan Times* vom 7. November 1924, die einen Aufsatz über das Bild bringt, äußert nicht ein Wort gegen die Rechtmäßigkeit der Erwerbung (WALRAVENS 1987: 146f).

Diese Richtigstellung verhinderte nicht, daß auch im Kopenhagener *Ekstrabladet* (2.2.1925) über das „gestohlene“ Kaiserbild berichtet wurde. Kümmel hatte am 30.9.1907 an Bode geschrieben:

In den letzten 14 Tagen sind mir erfreulicherweise wieder einige vorzügliche Käufe gelungen. An erster Stelle steht ein wirklicher Fund, das erste, seit langem ersehnte Bild der Tosa-Schule, oben drein ein sehr ungewöhnliches – das Portrait des Kaisers Saga, ein wunderbares Bild von vorzüglicher Erhaltung und ungewöhnlicher Pracht der Farbe, das mir aus dem Besitze eines Priesters in Tōkyō angetragen wurde. Zugeschrieben wird es einem hohen Herrn des 9. Jhdts. Ich bin aber nicht optimistisch genug, das zu glauben. Über die Zeit sind wir, Prof. Grosse und ich, noch nicht im klaren, da es uns an Vergleichsobjekten vollkommen fehlt. Nach den Farben aber, die sich durch ungewöhnliche Leuchtkraft auszeichnen und das alte, ganz eigentümliche Korallenrot aufweisen, kann es schwerlich jünger als das 12. Jhd. sein. [...] Der Preis ist verhältnismäßig sehr mäßig – 2500 Yen. Ich bin stolz darauf, das Bild dem Museum in Tōkyō und dem Baron Kuki, die sich eifrig darum bewerben, entführt zu haben (WALRAVENS 1987: 146f).

Der Kunsthistoriker Yashiro Yukio bemerkt dazu:

The goodwill that he felt for Japan is very deep and sincere. As an expression of this friendly feeling when he heard that the Japanese authorities wished to recover the portrait of the Emperor Go-Uda that had been purchased by his museum he made it possible to have this portrait presented to the Emperor of Japan.

Vielleicht war die große Altjapanausstellung des Jahres 1939 (*Ausstellung altjapanischer Kunst* 1939) der Höhepunkt von Kümmels Karriere. Es war weniger die in allen Medien überwältigend verbreitete Anwesenheit des „Führers“ bei der Eröffnung der Schau, nein, es war vielmehr die durch die politische Kooperation mögliche sorgfältige Auswahl der Exponate aus Japan, worunter sich nicht weniger als 29 *kokuho* [Nationalschätze] befanden. Damit war es möglich, nicht nur umfassend die japanische

Kunst zu dokumentieren, sondern anhand von Spitzenwerken auch ästhetische Qualitätsmaßstäbe zu vermitteln.

Der Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ 1945 brachte nicht nur den Verlust von 90% der Ostasiatischen Kunstsammlung, sondern auch das Ende des Japaninstituts, das sich, nicht zuletzt dank Fritz Rumpf, im Rahmen seines Arbeitsprogramms auch der japanischen Kunst gewidmet hatte. Eine Neugründung erfolgte nicht. Einige Ideen wurden indes bei der Gründung des Japanisch-Deutschen Zentrums Berlin aufgegriffen, das als eine „Begegnungsstätte“ (nicht als Kultur- oder Forschungsinstitut) konzipiert ist.

Nach dem Krieg wurden die Reste der ostasiatischen Sammlungen der Berliner Museen konsolidiert; die Teilung Berlins verhinderte indes auf beiden Seiten die Entwicklung einer Führungsrolle im Bereich der Kunst wie auch auf anderen Gebieten. Da der Staat Preußen offiziell 1946 aufgelöst worden war, wurden die im Westen Berlins gelegenen früheren Staatlichen Museen und Bibliotheken in die Stiftung Preußischer Kulturbesitz eingebracht und haben sich unter diesem Dach dank Förderung durch den Bund und alle Bundesländer positiv entwickelt. Die deutsche Vereinigung nach dem Fall der Mauer brachte eine Konsolidierung der Museen und eine Integration ihrer Bestände, wozu dann auch noch die Rückführung eines früher von der Sowjetunion zurückgegebenen Sammlungskomplexes des Völkerkundemuseums gehörte, der in Dresden magaziniert war.

Von Seiten des Museums für Ostasiatische Kunst sind die japanischen Aktivitäten eng verbunden mit den Namen Roger Goepper (später Direktor des Museums für Ostasiatische Kunst in Köln), Beatrix von Ragué (jetzt im Ruhestand), Steffi Schmidt<sup>9</sup> und Kuwabara Setsuko. Als größte und überregional bedeutendste Kunstaussstellung sei *Japan und Europa 1543–1929* (*Japan und Europa* 1993) erwähnt.

#### QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

ARTELT, Walter (1940): *Christian Mentzel, Leibarzt des Großen Kurfürsten, Botaniker und Sinologe* (Diss. Med., Univ. Berlin 1939). Leipzig: J. A. Barth.

*Ausstellung altjapanischer Kunst, Berlin 1939. Staatliche Museen, Berlin* (1939). Berlin: Verlag für Kunstwissenschaft.

BUTZ, Herbert (2000): Max von Brandt (1835–1920). Ein Diplomat als Sammler chinesischer Kunst. In: *Mitteilungen. Deutsche Gesellschaft für Ostasiatische Kunst*, 29, S. 3–15.

---

<sup>9</sup> Vgl. WALRAVENS 1990b. Schmidts Hauptwerk s. Literaturverzeichnis.

- DAMBMANN, Gerhard (1988): *Wie Japan den Westen entdeckte. Eine Geschichte in Farbholzschnitten*. Stuttgart, Zürich: Belsler.
- Du verstehst unsere Herzen gut. Fritz Rumpf (1888–1949) im Spannungsfeld der deutsch-japanischen Kulturbeziehungen* (1989). Weinheim: VCH Acta Humaniora.
- FRIESE, Eberhard (1989): Das Japaninstitut. In: *Du verstehst unsere Herzen gut*, S. 73–88.
- GLASER, Curt (1926): Peter Jessen †. In: *Berliner Museen*, 47, S. 541–556.
- GLASER, Curt (1930): *Japanisches Theater*. Mit Beiträgen von F. Rumpf, F. Perzynski, Sano Kazuhiko. Berlin: Würfel Verlag (Nihon Bunka [1]).
- HEARN, Lafcadio (1905): *Kokoro*. Frankfurt a.M.: Rütten & Loenig.
- HEARN, Lafcadio (1906): *Lotos*. Frankfurt a.M.: Rütten & Loenig.
- HEINE, Wilhelm (1864): *Eine Weltreise um die nördliche Hemisphäre in Verbindung mit der Ostasiatischen Expedition in den Jahren 1860 und 1861*. Leipzig: Brockhaus.
- Japan und Europa 1543–1929; eine Ausstellung der 43. Berliner Festwochen* (1993). Hg. von Doris Croissant und Lothar Ledderose. Berlin: Argon.
- JESSEN, Peter (1921): *Japan, Korea, China*. Reisestudien eines Kunstfreundes. Leipzig: E. A. Seemann.
- KAHNS, Hans (1936): Georg Eberhard Rumpf. Ein deutscher Pionier der Naturwissenschaften in holländischen Diensten. In: *Ostasiatische Rundschau*, 17, S. 79f.
- KONDO, Eiko (1980): *Japanische Gespenster. Holzschnitte, Alben und Handzeichnungen des 18. und 19. Jahrhunderts aus der Sammlung Tikotin*. Köln: Museum für Ostasiatische Kunst.
- KRAFT, Eva (1982): *Japanische Handschriften und traditionelle Drucke aus der Zeit vor 1868 im Besitz der Stiftung Preußischer Kulturbesitz Berlin*. Beschrieben von Eva Kraft. (Verzeichnis der orientalischen Handschriften in Deutschland. 12,1.). Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- KRAFT, Eva (Bearb.) (1985): *Andreas Cleyer: Tagebuch des Kontors zu Nagasaki auf der Insel Deshima, 20. Okt. 1682–5. Nov. 1683* (Bonner Zeitschrift für Japanologie, Bd. 6.). Bonn.
- KÜMMEL, Otto (1925): Das Bildnis des Kaisers Saga in den Berliner Museen. In: *Ostasiatische Zeitschrift*, NF 2, S. 70f.
- KÜMMEL, Otto (1927/28): Ernst Grosse. In: *Ostasiatische Zeitschrift*, NF 5, S. 93–107.
- KÜMMEL, Otto (1929): Wilhelm von Bode. In: *Ostasiatische Zeitschrift*, NF 15, S. 43–45.
- LEDDEROSE, Lothar (1998): *Orchideen und Felsen. Chinesische Bilder im Museum für Ostasiatische Kunst Berlin*. Berlin: Staatliche Museen.

- ORLIK, Emil (1920): *95 Köpfe*. Berlin: Verlag Neue Kunsthandlung. (Neu herausgegeben von Eberhard Friese und Kuwabara Setsuko. Berlin: Gebrüder Mann 1998.)
- ORLIK, Emil (1926): *Neue 95 Köpfe*. Berlin: Cassirer. (Neu herausgegeben von Eberhard Friese und Kuwabara Setsuko. Berlin: Gebrüder Mann 1998.)
- ORLIK, Emil (1996): *Aus Japan*. Facsimile edition. (Hg. v. Eberhard Friese und Kuwabara Setsuko.) Tōkyō: Yushodo.
- OZAKI, Masato (1993): Von der Venus der Erde zur Venus der Großstadt. In: *Japan und Europa 1543–1929*, S. 204–214.
- REIN, Johann Justus (1881/86): *Japan nach Reisen und Studien im Auftrag der Kgl. Preussischen Regierung dargestellt*. 2 Bde., Leipzig: Engelmann.
- RUMPF, Fritz (1924): *Meister des japanischen Farbenholzschnitts. Neues über ihr Leben und ihre Werke*. Berlin, Leipzig: Walter de Gruyter.
- SCHMIDT, Steffi (1971): *Katalog der chinesischen und japanischen Holzschnitte im Museum für Ostasiatische Kunst Berlin*. Berlin: Hessling.
- Sonder-Ausstellung Japanische Farbendrucke*. Ausstellungskatalog Königliche Museen Berlin, Kunstgewerbemuseum, 19. März bis 16. April 1905 (1905). Berlin.
- TIKOTIN, Felix (1924): *Einige Aktivitäten der Kunsthandlung Tikotin, Berlin, 1929–1931*. Berlin: Verlag Walter de Gruyter.
- TIKOTIN, Felix (1989): Erinnerungen eines Sammlers. In: *Du verstehst unsere Herzen gut*, S. 118–122.
- WALRAVENS, Hartmut (1984): Bibliographien zur Ostasiatischen Kunstgeschichte in Deutschland. 3: Otto Kummel. Berlin: Bell.
- WALRAVENS, Hartmut (1987): Otto Kummel. Streiflichter auf Leben und Wirken eines Berliner Museumsdirektors. In: *Jahrbuch der Stiftung Preussischer Kulturbesitz*, 24, S. 137–149.
- WALRAVENS, Hartmut (1989): Curt Glaser (1879–1943). Zum Leben und Werk eines Berliner Museumsdirektors. In: *Jahrbuch Preussischer Kulturbesitz*, 26, S. 99–121.
- WALRAVENS, Hartmut (1990a): Deutsche Ostasienwissenschaftler und Exil (1933–1945). In: *Bibliographie und Berichte. Festschrift für Werner Schochow*. München: Saur, S. 231–266.
- WALRAVENS, Hartmut (1990b): In memoriam Steffi Schmidt (1922–1990). In: *Nachrichten der Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens/Hamburg (OAG)*, 147/148, S. 5–8.
- WINAU, Rolf (1970): *Christian Mentzel und die Academia naturae curiosorum*. (Diss. Med. Univ. Mainz). Mainz: Mikrokopie.
- DE WIT, Hendrik Cornelis Dirk (Hg.) (1959): *Rumphius memorial volume*. Baarn: Hollandia.

# DIE DEUTSCHE MISSIONSTÄTIGKEIT IN MEIJI-JAPAN

Rolf-Harald WIPPICH

Im Evangelium liegt Treue und Ehrlichkeit, liegt  
Pflichtbewußtsein, liegen Menschheitsziele – alles  
Dinge, die Japan braucht  
(Emil Schröder, Halbjahresbericht 1910; ZA 180.1  
DOAM Nr. 250).

Im Gefolge der ungleichen Verträge, die die Shogunatsregierung nach der erzwungenen Landesöffnung ab 1858 mit den westlichen Mächten abschließen mußte, kamen bereits 1859 die ersten Missionare nach Japan. Damit setzte nach dem sogenannten „christlichen Jahrhundert“ der Frühmoderne die zweite Welle der Berührung Japans mit dem Christentum ein. Während jedoch im 16. und 17. Jahrhundert ausschließlich der römische Katholizismus Träger der Japanmission war, so prägten im 19. Jahrhundert wesentlich diverse Sendboten protestantischer Denominationen – hauptsächlich aus dem angelsächsischen Raum – die Propagierung der christlichen Religion. Da die USA wie Großbritannien als christliche Nationen maßgeblich den japanischen Modernisierungsprozeß förderten, wurde die japanische Perzeption des Christentums als ein protestantisches Christentum mehr oder weniger festgeschrieben. Für den Katholizismus, der, obwohl numerisch am stärksten, keine Vorreiterrolle bei der Japanmission im 19. Jahrhundert übernahm, blieb die französische Société des Missions Etrangères de Paris für lange Zeit die einzige Repräsentantin. Aufgrund der ungleichen Verträge war den christlichen Missionaren die Missionierung außerhalb der Foreign Settlements untersagt. Das in der Tokugawa-Zeit verhängte Verbot des Christentums als „verwerflicher Lehre“ (*jashū*) hatte uneingeschränkt Geltung und wurde erst ab 1873 mit der Entfernung der antichristlichen Verbotstafeln insoweit gelockert, als die Ausübung dieser Religion staatlicherseits toleriert wurde. Gleichwohl blieb das Christentum offiziell Anathema und fand erst in der Meiji-Verfassung von 1889 Anerkennung. Immerhin war es für die Missionare nach 1873 möglich, mit Sondergenehmigung ins Landesinnere zu reisen und – obwohl nicht im Einklang mit der Vertragslage – die christliche Religion zu verbreiten.

Die deutsche Missionstätigkeit in Japan begann erst im Jahre 1885, als der Allgemeine Evangelisch-Protestantische Missionsverein (AEPM) seine Arbeit aufnahm. Zu diesem Zeitpunkt hatten Denominationen anderer Länder bereits zahlreiche Impulse zur christlichen Gemeindebildung ge-

geben. Der 1884 auf Initiative des Schweizer Pfarrers Ernst Buss in Weimar gegründete AEPM verstand sich als überkonfessionelles, überparteiliches und außerhalb der Amtskirche wirkendes deutsch-schweizerisches Gemeinschaftsunternehmen, das sich der im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts aufkommenden liberalen Theologie verpflichtet fühlte und in Missionsfragen eine dezidiert unionistische, gegen orthodox-pietistische Strömungen gerichtete Position vertrat. Die starke personelle, institutionelle und finanzielle Verankerung des Missionsvereins im Deutschen Reich (Baden, Elsaß, Thüringen) brachte es mit sich, daß die „deutsche Komponente“ innerhalb des AEPM nach dem Rücktritt von Buss und der Verlagerung des Verwaltungssitzes von Zürich nach Berlin im Jahre 1892 zur dominierenden geriet. Der AEPM wählte sein Aktionsfeld bewußt nicht unter den „ungebildeten Naturvölker(n)“, sondern in den Hochkulturen, deren führende Schichten vorrangig als Adressaten der liberalen Mission in Frage kamen, da nur sie laut Ernst Buss mit den „geistigen Zeitmächten“ in Berührung standen (EGER 1981: 63). Insbesondere in den asiatischen Hochkulturen Indien, China und Japan glaubte man „Keime göttlicher Wahrheit“ im religiösen Traditionsbestand zu entdecken, deren „Entfaltung und Vollendung in der christlichen Religion“ man sich zum Ziel setzte (EGER 1981: 62). Der AEPM bemühte sich um ein intensives Studium indigener Religions- und Morallehren und vertrat eine wissenschaftlich fundierte Kulturvermittlung, in der die direkte Evangelisierung zugunsten der literarischen und wissenschaftlichen Arbeit zurücktrat. Eine Oktroierung okzidentaler Dogmen und Liturgien war nicht bezweckt. Vielmehr sollte die AEPM-Mission dazu anhalten, ein eigenständiges, aus den kulturellen Traditionen erwachsenes kirchliches Leben zu verwirklichen. Anders als die in Japan wirkenden angelsächsischen Missionsgesellschaften favorisierte der AEPM bei seiner Mission die Einzelbekehrung durch Überzeugungsarbeit und freien Willensentscheid und lehnte Massenbekehrungen strikt ab. Ordinierte Geistliche und wissenschaftlich qualifizierte Theologen in einer Person, waren die Missionare des AEPM dazu aufgerufen, in Japan ein neuartiges Evangelium zu verkünden.

In der der liberalen Theologie verpflichteten Missionsmethode des AEPM kam deutlich der Anspruch zum Ausdruck, christliche Religion und Kultur als sinn- und identitätsstiftende Einheit zu begreifen (ARNDT 1885: 1194). Als normatives Referenzideal galt die westliche Zivilisation, der mittels subtilerer Formen der Christianisierung zum Durchbruch verholfen werden sollte. Die Unterscheidung zwischen Christianisierung und Europäisierung war dabei von marginaler Art. Europäisierung bedeutete als die materielle Folie der Evangelisierung zwar keine *conditio sine qua non* für das Missionswerk, doch zielte Christianisierung letztendlich ab auf die Assimilierung indigener Wert- und Denkmuster an die

vorbildhafte Kultur des Westens. Der Vereinsgründer und erste Präsident des AEPM, Ernst Buss, sah in der Religion den „verborgenen Pulsschlag des Lebens der Menschheit. Im religiösen Leben“, so Buss, „wurzelt die sittliche Kraft und damit die Kulturfähigkeit wie die geistige und materielle Wohlfahrt der Völker“ (Buss 1886: 1).

Der AEPM, entstanden in der kolonialen Aufbruchstimmung der 1880er Jahre, engagierte sich in ausgeprägter Weise im Spannungsfeld von Kolonisierung und Missionierung. Für den Missionar Otto Schmiedel (in Japan von 1887–1892) war Mission die „Kolonisation der Religion“ (SCHMIEDEL 1920: 206). Die enge Verbindung von Mission und Politik wurde für die Wirksamkeit des Missionsvereins als unabdingbar erachtet. Nicht nur fand man in Großherzog Carl Alexander von Sachsen-Weimar einen engagierten Missionsprotektor innerhalb der protestantischen deutschen Fürsten, der enge Kontakt zu den diplomatischen Vertretern des Deutschen Reiches in Tōkyō bildete zudem ein unverzichtbares Scharnier zwischen dem japanischen Missionsfeld und dem politischen Entscheidungszentrum in Berlin. Den AEPM-Missionaren war bewusst, daß sie als Sachwalter deutscher humanistischer Bildung im Blickfeld sowohl der japanischen Öffentlichkeit als auch der westlichen Mächte standen. Als einzige in Japan arbeitende deutsche Missionsgesellschaft besaß der AEPM gleichsam ein Interpretationsmonopol für protestantische deutsche Theologie wie auch über weite Strecken eine Definitionsmacht für deutsche Geisteskultur insgesamt. Missionierung galt damit auch als vaterländische Pflicht, den kulturellen Einfluß Deutschlands in Japan zu stärken. Japans Präferenz für deutsche Kulturgüter ab Mitte der achtziger Jahre war daher für die überwiegend deutschen Missionare ebenso Verpflichtung und Ansporn zum missionarischen Engagement wie auch Gelegenheit zur selbstbewußten Verteidigung des Deutschtums in Übersee (MUNZINGER 1898: 318). Der Missionar Schmiedel bekräftigte: „Der Deutsche bleibt auch als Missionar in Japan durchaus Deutscher“ (SCHMIEDEL 1920: 214). Und da dem Deutschen der Militarismus gleichsam im Blut steckte, schien es nur natürlich, wenn die Missionare in Japan dazu beitrugen, „die Schüler und Studenten in der Schule, auf Wanderungen und in freien Vereinen [...] auf ihren zukünftigen militärischen Beruf vor(zu)bereiten“ (SCHMIEDEL 1920: 214).

Japan war als erstes Missionsgebiet des AEPM ausersehen. Als erklärtes Ziel der Japanmission galt die „Versöhnung der japanischen Kulturinteressen mit dem Evangelium“ (CHRISTLIEB 1899: 23). Das „unverfälschte“ Christentum sollte im Modernisierungsprozeß als „Sauerteig“ das geistige Leben Japans zum Gären bringen und dem Meiji-Staat ein solides christliches Fundament geben, ohne das nach weitverbreiteter Ansicht die massive Übernahme westlicher Vorlagen und Denkmuster Flickwerk bleiben mußte

(SCHMIEDEL 1897: 24). Gerade in dem „höherentwickelten“ Japan sah man die Notwendigkeit, die Resultate der modernen theologischen Forschung, wie etwa die historische Bibelkritik, gezielt in die Missionsarbeit einzubinden und sich nicht mit orthodoxer Bibelinterpretation zu begnügen.

Der AEPM erkannte japanische Religionstraditionen zwar prinzipiell an, er betrieb jedoch deren Assimilierung zu einem umfassenden Verständnis des christlichen Glaubens. Der Missionsverein zielte nicht auf eine Beseitigung der bestehenden indigenen Religionen ab, sondern auf deren „Überwindung“, wozu die bestehenden „Grundwahrheiten“ den Anknüpfungspunkt lieferten. Die Missionare waren der Ansicht,

daß das echte Gold des Christentums mit allerlei griechischem, römischen und germanischem Metall versetzt worden ist und daß wir erst diese Mischung wieder auflösen müssen, wie dies in der Arbeit unserer modernen Theologie geschieht, um nur das echte Gold allein in Japan einzuführen, das freilich, um bearbeitungsfähig zu werden, auch dort wieder der Legierung mit dem edelsten Metall, das Japans Boden enthält, bedarf (CHRISTLIEB 1899: 23).

Untrennbar gekoppelt an den anvisierten Zugriff auf die spirituelle Sphäre des im Umbruch begriffenen Japan war das Bestreben, den Japaner moralisch wie pädagogisch für die „neue Zeit“ zu formen, da allseits eine baldige Christianisierung des Landes erwartet wurde. Äußerungen von AEPM-Repräsentanten aus der Frühzeit der Japanmission durchzieht ein optimistischer Glaube an den unaufhaltsamen Fortschritt einer christlich bestimmten (Welt-)Kultur, an ein von überlebten Formen und Dogmen gereinigtes Christentum, dem sich nach offizieller Lesart die Hochkulturen aufgrund ihrer „Wahrheitskeime“ schwerlich zu entziehen vermochten. Zu diesem Zweck genossen in der praktischen Missionsarbeit wie im Missionsdiskurs des AEPM „völkerpädagogische“ Leitsätze, wie die Verbesserung der Sittlichkeit, der Kampf gegen den Aberglauben sowie die Anhebung des Bildungsniveaus Priorität. Erst ein moralisch wie religiös von Grund auf reformiertes Japan könnte Anspruch erheben, in die christliche Völkerfamilie eingegliedert zu werden. blieb auch der AEPM in der christlich-protestantischen Landschaft Meiji-Japans numerisch stets unbedeutend, so ist sein Einfluß auf Religionsverständnis und Theologie doch vielfach bezeugt (YAMAMOTO 1929: 208–216; THELLE 1987: 177–181; SUZUKI 1979: 28; THOMAS 1959: 193–195).

Anfang September 1885 traf der gebürtige Schweizer Wilfried Spinner als erster Missionar des AEPM in Japan ein. Im Einklang mit den Missionsprinzipien zielte Spinner darauf ab, die gebildete, städtische, vornehmlich aus dem Samuraistand stammende Führungsschicht anzusprechen, deren Konvertierung eine soziale und moralische Vorbild- und Multiplikator-

funktion zugeschrieben wurde. Sein Interesse richtete sich dabei hauptsächlich auf den Kreis der ehemaligen Deutschland-Studenten sowie auf Japaner, die ihm in Deutschland als Ansprechpartner für die Mission empfohlen worden waren. Spinner nahm seine missionarische Tätigkeit unmittelbar nach seiner Ankunft auf, indem er im Tokyoter Ausländerviertel Tsukiji Bibelstunden für junge Japaner anbot. Zuhörer fand er durch die Vermittlung Otto Herings, der von 1885 bis 1890 an der Deutschen Vereinsschule (*Doitsu Gaku Kyōkai Gakkō*)<sup>1</sup> lehrte, wie auch durch seine eigene Lehrtätigkeit an diesem Institut (bis Februar 1887). Die ersten Kontakte zu den Studenten der Deutschen Vereinsschule waren für den Erfolg der Mission während der Aufbauphase besonders entscheidend. Ohne die tatkräftige Unterstützung dieser pro-deutschen und gegenüber dem Christentum prinzipiell aufgeschlossenen jungen Japaner wären Spinner und mit ihm das Missionsprojekt bereits in den ersten Wochen an unüberwindbaren sprachlichen und kulturellen Hürden gescheitert.

Als wichtigste Schaltstelle für die Vermittlung aussichtsreicher Kandidaten und Förderer für die Mission erwies sich der japanische Gesandte in Berlin, Aoki Shūzō, selbst Christ, mit einer deutschen Adligen verheiratet, Mitglied des Vereins für deutsche Wissenschaft (*Doitsu Gaku Kyōkai*) sowie (später) der Evangelischen Kirchengemeinde in Tōkyō. Aoki brachte nicht nur japanische Studenten in Berlin mit dem Christentum in Berührung und empfahl diese an Spinner weiter, er benannte auch geeignete Helfer für die Missionsarbeit in Japan. Durch sein Engagement zugunsten des deutschen Kultureinflusses war Aoki der zentrale Ansprechpartner (nicht nur) für die Mission. Mit Otto Hering wie mit dem späteren Reichskanzler Georg Michaelis vermittelte Aoki zwei hochqualifizierte protestantische Lehrkräfte an die Deutsche Vereinsschule, die sich als unermüdliche ehrenamtliche Helfer des AEPM erweisen sollten, ohne diesen finanziell zu belasten (HAMER 1998: III, 63–69; NKRD 1988: 18).

Im Missionsdiskurs des AEPM wurde heftige Kritik am gegenwärtigen moralischen Tiefstand der Japaner geübt. Sittenlosigkeit, Aberglaube und Götzenanbetung, Ahnenverehrung und Mangel an Individualität hatten nach Ansicht der Missionare ein soziales und intellektuelles Chaos geschaffen, das die Sublimierung des Lebens verhinderte und die Verbreitung der christlichen Botschaft erschwerte.

---

<sup>1</sup> Die *Doitsu Gaku Kyōkai Gakkō* war das Lehrinstitut der 1881 von einflussreichen pro-deutschen Japanern unter Schirmherrschaft des Prinzen Kitashirakawa gegründeten *Doitsu Gaku Kyōkai* [Verein für deutsche Wissenschaft]. Die deutsche Vereinsschule wurde 1883 eröffnet. Siehe dazu auch den Beitrag von Bert Becker in diesem Band.

Sie (die Japaner, Wi.) wissen ja nichts von einem Gott, der Geist ist, sondern nur von einem Heer von Geistern des Waldes, des Feldes und der verstorbenen Ahnen (SCHMIEDEL 1897: 10).

Japan bedurfte demnach zur moralischen Regenerierung dringend der geistigen Führung durch die veredelnden Kräfte des Christentums, denn

der heidnischen Moral fehlt die Innerlichkeit als Grund und die Gottähnlichkeit d.i. Vergeistigung als Ziel. Darum ist ihr das Höchste, das Leben im Geist, der Wandel im Himmel, untersagt (MUNZINGER 1898: 352).

Für die Missionare des AEPM galt der Konfuzianismus gleichsam als spirituelle und moralische Rückgrat Japans. Aus diesem Grund betonte man besonders die Nähe zwischen der konfuzianischen Ethik der Pflicht und Loyalität und der christlichen Liebe und Zuneigung gegenüber Gott, um eine Brücke zum sozio-kulturellen Hintergrund japanischer Christen zu schlagen, die vielfach der Samuraischicht entstammten. Die Bedeutung des Buddhismus wurde dagegen geringer veranschlagt, obwohl man ähnliche Vorstellungen im Bereich etwa von Heiligkeit und Menschlichkeit für die christliche Mission als nützlich erkannte (vgl. THELLE 1987: 43–45, 61f). Wilfried Spinner wahrte gegenüber dem Buddhismus eine distanzierte, ja abweisende Haltung im Gegensatz zur propagierten Liberalität des AEPM. Eine Studienreise nach Kyōto, dem „Rom Japans“, und Kontakte mit buddhistischen Mönchen im Sommer 1888 bestärkten Spinner eher in seinen Vorurteilen, daß ein Dialog mit dem japanischen Buddhismus auf absehbare Zeit schwer vorstellbar war.

So degeneriert wie der Buddhismus hier zurzeit ist, darf christlicherseits an Berührung mit demselben gar nicht gedacht werden (HAMER 1998: III, 279f).

Was den Shintoismus betraf, so galt er eher als ein animistisches Konstrukt und nicht als ernsthafter Konkurrent im Ringen um das Heil der Seelen. Die Zeit von Konfuzianismus, Buddhismus, Shintoismus, so schien es, war abgelaufen; sie hatten sich als ungeeignet erwiesen, als Basis einer Sittlichkeit zu dienen, „die im Leben Wurzeln fassen kann“ (HAAS 1907: 40). Eine zentrale Aufgabe der AEPM-Mission bestand darin, den Japanern klarzumachen, daß das Christentum Krönung und (heils-geschichtlich notwendige) Erfüllung von Buddhismus, Konfuzianismus und selbst Bushidō sei (HAAS 1907: 90f).

Schwerpunkt der Missionstätigkeit blieb zunächst Tōkyō; ab 1900 trat dann mit Kyōto eine eigenständige Missionsstation in der Kansai-Gegend hinzu. Im Jahre 1888 wurde die Pastorierung von Kōbe und Naga-

saki mit übernommen (HAMER 1998: III, 155–157). Filialgemeinden bestanden außerhalb von Tōkyō zeitweilig in Höden (Präfektur Chiba) bis 1893 und Ōsaka (ab 1893). Dabei handelte es sich um keine Gemeindegründungen, sondern lediglich um die Übernahme des Pastorats für kleine japanische Gemeinden, die zum Teil eine Geschichte des Wechsels zu verschiedenen Denominationen kannten. Die kleine Landgemeinde Höden etwa, ca. 20 km östlich von Tōkyō gelegen, war sieben Jahre lang ohne jegliche geistliche Betreuung geblieben und kam nur durch die Vermittlung des Geschäftsmannes Yasukawa Tōru im Jahre 1890 zeitweilig unter die pastorale Obhut des AEPM (HAMER 1998: III, 232–234).

Der Beginn der Missionstätigkeit profitierte von einem allgemein günstigen Klima für die Rezeption westlicher wie christlicher Ideen im Meiji-Japan der 1880er Jahre. Das Interesse an westlichen Denkmodellen war wesentlich durch die „Bewegung für Freiheit und Volksrechte“ (*jiyū min-ken undō*) ab 1873/74 entfacht worden, die unmittelbare Auswirkungen auf die Wiedererweckungsbewegung (*ribaibaru*) im japanischen Christentum zu Beginn der achtziger Jahre hatte (BEST 1966: 85f). Hier hatte insbesondere die protestantische Missionskonferenz in Ōsaka im Jahre 1883 Hoffnungen auf ein vielversprechendes Missionsfeld geweckt, die in die Gründung des AEPM einfließen. Die steigende Wertschätzung Deutschlands als Modell für die Modernisierung besonders ab Mitte der achtziger Jahre war ein weiteres stimulierendes Begleitmoment, das der Missionsarbeit zugute kam. Ein kräftiger Schub für die Rezeption westlicher (christlicher) Ideen zeichnete sich zudem durch die zunehmende Bereitschaft von Teilen der Meiji-Oligarchie sowie der Intellektuellen ab, das Christentum nach Aufhebung der antichristlichen Verbotstafeln (1873) zumindest pragmatisch-taktisch für die Modernisierung zu nutzen. Damit verlor die einstmals verbotene und verachtete Lehre ihr soziales Stigma und wurde für breitere Schichten akzeptabel, obwohl sie noch lange ihren subversiven Ruf behielt (CARY 1982: 164–211).

Von Seiten des Missionsvereins waren Spinners erste Aktivitäten in Japan vorgegeben worden: Zunächst Organisation der deutschen Protestanten in einer Kirchengemeinde, sodann Gründung einer japanischen Christengemeinde. Die erste Aufgabe gelang Spinner mit der Zusammenfassung der deutschen (und schweizerischen) Protestanten in Tōkyō und Yokohama zu je selbständigen Kirchengemeinden (1885 bzw. 1886). Aufgrund unüberwindbarer sozialer Differenzen scheiterte die Konstituierung einer gemeinsamen deutsch-evangelischen Gemeinde, die Spinner eigentlich vorgeschwebt hatte. Auf Insistieren des Missionsprotektors schloß sich die Kirchengemeinde in Tōkyō der sächsisch-weimarerischen Landeskirche an. Da eine eigene Kirche noch Jahre auf sich warten lassen sollte – sie konnte erst nach Spinners Weggang im Jahre 1897 eingeweiht

werden –, fanden die Gottesdienste in Tōkyō in der Union Hall statt, in Yokohama in der Masonic Hall. Die deutsch-evangelischen Gemeinden in Tōkyō und Yokohama waren dazu ausersehen, den Japanern das Christentum mustergültig vorzuleben. Diese Konzeption erwies sich freilich als völliges Fiasko, da die Mehrheit der Japan-Deutschen in religiöser Hinsicht völlig indifferent war (Brief v. 10.4.1895; ZA 180.1 DOAM Nr. 245; HAMER 1998: III, 66–67).

Das zweite Missionsziel konnte Spinner mit der Gründung einer japanischen Kirchengemeinde im Tokyoter Stadtteil Hongō (*Fukyū Fukuin Kyōkai*) im Juni 1887 verwirklichen. Mehr einem sozialpädagogischen Anliegen des Vereins entsprach dagegen die Errichtung einer Schule (*Doitsu Gakuin*) für die Kinder der deutschen evangelischen Kirchengemeinde. Dabei handelte es sich um eine Knabenschule für Kinder ab sechs Jahren, die mit Ankunft des ersten und einzigen Lehrers, Johann Bolljahn, den Unterricht im Jahre 1889 aufnahm. Die *Doitsu Gakuin* war der konfessionellen Pluralität verpflichtet und verzichtete auf Religions- und Moralunterricht. Sie mußte aus organisatorischen und finanziellen Gründen bereits 1892 den Lehrbetrieb einstellen (HAMER 1998: III, 148–151).

Zu Spinners „Lieblingsprojekt“ (HAMER 1998: I, 108) zählte die Theologische Akademie (*Shinkyō Shingakkō*) zur Ausbildung einheimischer Pfarrer, die im April 1887 eingerichtet wurde. Diese protestantische Lehranstalt entsprach in ihrem Curriculum deutschem Universitätsstandard und nahm noch im Gründungsjahr ihren Lehrbetrieb auf. Die ersten Studenten der Theologischen Anstalt, Minami Ryō und Mukō Gunji sowie der im Sommersemester 1888 folgende Maruyama Michikazu waren Absolventen der Deutschen Vereinsschule und wurden von Spinner getauft (SUZUKI 1979: 29; HAMER 1998: III, 197). Die herausragende Bedeutung der Deutschen Vereinsschule als der „erste Anknüpfungspunkt“ für den Missionsverein in Japan (HERING 1892: 216) wurde einmal mehr dadurch unterstrichen, daß sie ein attraktives Rekrutierungsreservoir für die *Shinkyō Shingakkō* bildete. Die Missionsschule erwies sich für den AEPM indes schon bald als Fallstrick, da die Aufnahme eines Schülers dessen spätere Anstellung im Dienste des AEPM vertraglich garantierte, die finanziellen Mittel des Missionsvereins jedoch äußerst bescheiden waren und die Missionare in arge Nöte versetzten (Christlieb an Arndt, 6.7.1893; ZA 180.1 DOAM Nr. 185). Seit Sommer 1890 verfügte die Anstalt über ein eigenes Unterrichtsgebäude in Kamitomizaka.

Die literarische Mission fand ihren Ausdruck in dem 1889 gegründeten Monatsmagazin *Shinri* [Die Wahrheit]. Mit *Shinri*, das als Propagandaorgan konzipiert war, um der Kritik an der liberalen Theologie zu begegnen, wurde die historische Bibelkritik in Japan eingeführt, die den Glauben an das Übernatürliche sowie die orthodoxe Bibelinterpretation

strikt verwarf. Das Magazin verfocht analog zum gesamtgesellschaftlichen Modernisierungsprozeß eine z. T. militante Modernisierung der bestehenden Moral und Religion, die den japanischen Lesern das (westliche) Christentum als moralisches wie religiöses Ideal der Evolution präsentierte. In der Anfangsphase wurde die unorthodoxe Präsentation geschätzt, doch fiel das Magazin später thematisch ab und verlor an Interesse unter den Japanern (YANAGITA 1957: 51–57; SUZUKI 1979: 29–32).

Bei der von Spinner gegründeten japanischen Gemeinde in Hongō handelte es sich um eine unabhängige Gemeinde aus überwiegend allein stehenden, jungen Leuten, die sich eng an den AEPM anlehnten und in ihrem Kern aus Schülern und Studenten bestanden. Sie umfaßte im Januar 1888 ca. 33 von Spinner persönlich getaufte Mitglieder (Frühjahr 1889: 73), die als Personalgemeinde auf Spinner fixiert waren und in ihrem Gemeindeleben deutsche Kultur und Sprache pflegten. Das Neuartige im Gemeindeleben bestand darin, daß die religiöse Unterweisung zugunsten diverser sozialer, pädagogischer und karitativer Aktivitäten zurücktrat (HAMER 1998: III, 217–233). Die Studenten der Gemeinde waren unentbehrliche Helfer bei der pastoralen Arbeit, beim Schulunterricht, beim Redigieren und Publizieren von *Shinri* sowie beim Übersetzen und beim Sammeln von Informationen aller Art. Minami Ryō, der erste Absolvent der *Shinkyō Shingakkō* und der erste ordinierte japanische Pastor der Hongō-Gemeinde im Jahre 1891, wurde zum wichtigsten japanischen Mitarbeiter Spinners, in dessen Nähe er seit 1885 als Übersetzer wirkte, sowohl bei der Gemeindegemeinschaft, bei der er eine zunehmend dominierende Position bekleidete, als auch bei der literarisch-wissenschaftlichen Tätigkeit (HAMER 1998: III, 218f; SCHMIEDEL 1897: 36f).

Im Jahre 1887 traf in der Person Otto Schmiedels der zweite AEPM-Missionar in Japan ein. Schmiedel widmete sich hauptsächlich dem Studium der Theologie und betreute die Zeitschrift *Shinri*, während Spinner sich auf die Pastorierung der deutsch-evangelischen Gemeinden in Tōkyō und Yokohama sowie die der japanischen Gemeinde konzentrierte. 1890 traf mit Karl Munzinger sogar ein dritter Missionar in Japan ein, der sich die Arbeit weitgehend mit Schmiedel teilte. Mit nur zwei Ausnahmen (Brinckmann und Würfel) blieben die bis zum Ersten Weltkrieg entsandten Missionare in der Regel für mindestens fünf Jahre in Japan (Max Christlieb für 7 Jahre, 1892–1899; Hans Haas für 11 Jahre, 1898–1909; Emil Schröder für 12 Jahre, 1908–1920, und der wohl rührigste AEPM-Missionar, Emil Schiller, sogar für insgesamt 36 Jahre, davon 1895–1900 in Tōkyō und 1900–1931 in Kyōto).

Der Versuch, in Anknüpfung an die angelsächsische Missionstradition eine eigene Frauenmission zu unterhalten, scheiterte dagegen. Nachdem mit Auguste Diercks (1889–1894) und Agnes Heydenreich (1898–

1900) zeitweilig zwei engagierte Missionarinnen in den Diensten des AEPM standen, die vor allem japanische Frauen und Kinder betreuten, die Sonntagsschule organisierten und diverse Frauen- und Haushaltszirkel leiteten, wurde das an und für sich vielversprechende Konzept mangels finanzieller Mittel und geeigneter Kandidatinnen nicht wieder aufgenommen. Diesem Bereich der Missionsarbeit widmeten sich dann hauptsächlich die Ehefrauen der Missionare, hierin unterstützt von japanischen Helferinnen. So ging die Gründung einer Armenschule im Jahre 1895 wesentlich auf die Initiative von Käthe Christlieb zurück (SCHMIEDEL 1897: 30–32).

Die praktische Tätigkeit der ersten Missionare war aufgrund deren Unkenntnis der Landessprache stark eingeschränkt. Tauf-, Religions- und Bibelunterricht wie alle Vorträge und Veröffentlichungen mußten die Missionare durch japanische Helfer aus dem Deutschen übersetzen lassen, ohne die adäquate Übermittlung christlicher Inhalte prüfen zu können. Welche Termini die japanischen Mitarbeiter in bezug auf die Referenzgruppe wählten bzw. inwieweit die Übersetzer theologisch wie linguistisch qualifiziert waren, mußte daher weitgehend verborgen bleiben. Von seiten der Missionare war man sich dieses Defizits durchaus bewußt und forderte im Einklang mit dem Missionsstatut eine längere Verweildauer der Sendboten, die das intensive Erlernen der Landessprache wie das Studium der japanischen Kultur erleichterte (Christlieb an AEPM, 15.12.1893; ZA 180.1 DOAM Nr. 183; Emil Schiller an AEPM, 24.5.1901; ebd. Nr. 224). Die entscheidende Frage allerdings, inwieweit ein alternatives Bedeutungssystem überhaupt in eine fremde soziokulturelle Umwelt transplantiert werden kann, stellte sich für die Missionare aufgrund der Universalität des Christentums generell nicht.

Der deutschen Japanpolitik kam der protestantische Missionsaktivismus aus politisch-nationalem Interesse sehr entgegen, bildete doch der religiöse Bereich im deutschen Kulturrengagement der Meiji-Zeit bislang eine Leerstelle. Die Gesandtschaft in Tōkyō prophezeite der deutschen evangelischen Geistlichkeit bereits „eine glänzende Aufgabe“ bei den kirchlich-religiösen Fragen „in dem sich vollziehenden Culturentwicklung Japans“ (Holleben an Bismarck, 24.11.1886; BA R 901/69403). Sofern sich die Missionare zu politischer Zurückhaltung verpflichteten, wie Reichskanzler Bismarck klarstellte, war die Missionsarbeit als Unterfütter der erhofften moralischen wie geistigen Erneuerung Japans durchaus erwünscht und konnte auf wohlwollende Unterstützung aus Berlin zählen (Bismarck an Dönhoff, 21.2.1885; BA R 901/39191). Daß der deutsche Gesandte in Tōkyō zugleich als Vorsitzender der Deutschen Evangelischen Kirchengemeinde fungierte, bestätigte im Grunde nur die vom AEPM angestrebte harmonische Verbindung von Mission und Politik. Es

konnte daher kaum verwundern, wenn Festlichkeiten und Kaisergeburtstage ab 1890 „in kirchlich-nationalem Sinn“ abgehalten wurden (Jahresbericht für 1902; ZA 180.1 DOAM Nr. 93).

Ende der achtziger Jahre begann sich der seit etwa 1882 anhaltende christliche Aufwärtstrend, der den einzelnen Denominationen einen kräftigen Zuwachs an Mitgliedern beschert hatte, abzuschwächen. Das abermalige Scheitern Japans in der Frage der Vertragsrevision (1889) löste eine landesweite Nationalisierungswelle aus, welche die christlichen Kirchen vor große Probleme stellte. Von der Nationalisierungswelle wurden die einzelnen Denominationen unterschiedlich erfaßt. Die herbsten Verluste in den Mitgliederzahlen hatten die größten christlichen Religionsgemeinschaften zu verzeichnen (Kongregationalisten und Presbyterianer), dagegen hielt sich der Mitgliederschwund bei den kleineren Kirchen und Missionsgesellschaften, darunter dem AEPM, in Grenzen (YAMAMORI 1974: 65–72). Zudem mußten sich alle Missionsgesellschaften in Japan ab den neunziger Jahren verstärkt mit der Verbreitung neuer wissenschaftlicher Theorien auseinandersetzen, wie Skeptizismus, Atheismus und Evolutionstheorie, die die pastoral-missionarische Aufklärungs- und Bildungsarbeit erschwerten (BALLHATCHET 1996: 111–113). Wenn auch die Meiji-Verfassung von 1889 die Religionsfreiheit in Art. 28 garantierte, so suchte die Regierung, beginnend mit dem Kaiserlichen Erziehungsreskript von 1890 (*kyōiku chokugo*), christliche Missionsarbeit durch Restriktionen zu gängeln. Rückbesinnung auf eigene Traditionen kamen Shintoismus wie Buddhismus zugute, die sich als „etablierte Religionen“ (*kisei shūkyō*) in scharfer Frontstellung gegen die Christen als loyal und kaisertreu abgrenzten (THELLE 1987: 95–111; YAMAMORI 1974: 64–85).

Die Verfassungsproklamation nahmen Spinner und Schmiedel zum Anlaß, dem Meiji-Tenno am 18.2.1889 in einer persönlichen Dankadresse für die Gewährung der Religionsfreiheit zu gratulieren:

Als Vertreter des Christentums und Verkündiger seines Friedens in Japan stimmen wir mit ein in den Jubel der Christen dieses Reiches und der christlichen Bekenner aller Nationen, preisend Eurer Kaiserlichen Majestät Weisheit und Gerechtigkeit (SCHMIEDEL 1920: 198f).

Die Adresse wurde Außenminister Ōkuma Shigenobu anlässlich einer Audienz überreicht. Der Tenno dankte den beiden Missionaren am 8.3.1889 in einer von Ōkuma übermittelten Note. Darin hieß es u. a.:

Daß Sie als Christen durch Überreichung der Dankadresse diesen Geist religiösen Friedens und der Eintracht gezeigt haben, hat mir zur großen Freude gereicht (SCHMIEDEL 1920: 200).

Solch demonstrative Willfährigkeit gegenüber der Obrigkeit stieß nicht überall auf Zustimmung und führte u.a. zu Kritik in der japanischen Hongō-Gemeinde. Inwieweit die deutschen Missionare in den neunziger Jahren angesichts einer von Inoue Tetsujirō entfachten Christentumspolemik (THELLE 1987: 126–149) bereit waren, sich regimiekonform zu verhalten, drückte ihre Haltung gegenüber dem Erziehungsreskript von 1890 aus, das die kindliche Pietät und Pflicht der Untertanen gegenüber Tenno und Staat einforderte. Obwohl das Erziehungsreskript dem 1. Gebot des Dekalogs („Du sollst nicht andere Götter haben neben mir“), dem Kernsatz des christlichen Glaubens, zuwiderlief, vermochten es die AEPM-Missionare, das Reskript ohne Bruch in ihr ideologisch-theologisches Konzept einzubinden. Die Missionare verstanden es, zwischen einem religiösen Akt und loyaler Untertanenpflicht zu differenzieren, indem sie die von dem Erlaß geforderte Kaiserverehrung als patriotisches Gebot interpretierten, das keinen religiösen Gehalt impliziere (SCHMIEDEL 1920: 217; SCHMIEDEL 1897: 13f). Während des Chinesisch-Japanischen Krieges 1894/95, vor allem aber während des Russisch-Japanischen Krieges 1904/05, die das demonstrative Hervortreten des Christentums als eine regimetreue Religion in der Öffentlichkeit bewirkt hatten, ließ der AEPM eine noch affirmativere Haltung gegenüber dem Meiji-Staat durch die Bejahung von Nationalismus und Militarismus erkennen. Kaiser- und Ahnenverehrung wurden als unumgängliche Untertanenloyalität, als patriotische Pflicht der Christen, akzeptiert (YANAGITA 1957: 50f).

Die prägende Aufbauphase des AEPM in Japan ging mit Spinners Rückkehr nach Deutschland im Frühjahr 1891 zu Ende. Der Weggang des Pioniers und Kärners stellte zweifellos eine Zäsur dar, deren Folgen für die Entwicklung der deutschen Ostasienmission beträchtlich waren. Nach Ansicht des Missionars Christlieb hatte Spinners Abreise nicht allein der Mission das Rückgrat gebrochen, da dessen Nachfolger nicht das gleiche Ansehen besaßen wie er, sie hatte auch das „Grundgebrehen“ der AEPM-Arbeit geradezu symptomatisch beleuchtet: die zu kurze Verweildauer auf dem japanischen Missionsfeld (Christlieb an AEPM, 15.12.1893; ZA 180.1 DOAM Nr. 185). Nach 1891 brachen Rivalitäten unter den Missionaren offen hervor, die bis dahin durch die charismatische Persönlichkeit des Missionsältesten in Grenzen gehalten werden konnten. Es waren nicht nur die Klagen über Arbeitsüberlastung und die Zersplitterung der Kräfte, die schon mit dem Erscheinen Schmiedels 1887 eingesetzt hatten, sondern es waren in zunehmender Weise Intrigen, persönliche Animositäten und Eifersüchteleien sowie Autoritätskämpfe bei der Verteidigung von Kompetenzen zwischen Missionaren verschiedenen Alters und verschiedener sozialer Herkunft, die die Atmosphäre vergifteten. Wenn sich der Missionar Martin Ostwald 1906 bitter über den

älteren Hans Haas beklagte, der ihn mehr als *Famulus*, als „willenloses Werkzeug“ betrachtete (Privatbrief Ostwalds, Juni 1906; ZA 180.1 DOAM Nr. 248), so war das ein untrügliches Indiz dafür, daß die „Chemie“ unter den Missionaren nicht stimmte. Einige Missionare wurden von Selbstzweifeln geplagt, ob sie den Anforderungen, welche die Doppelrolle als beamteter, im Dienst der sächsisch-weimarischen Landeskirche stehender Gemeindeglieder und als angestellter Missionar des Missionsvereins mit sich brachte, gewachsen waren. Dazu kamen Gewissenskonflikte und konfessionelle Bedenken bei den neuen Missionaren gegenüber der liberalen Ausrichtung des AEPM, die in religiöse Beliebtheit umzuschlagen drohte. Nicht jedermann mochte über die Elastizität eines „Gummimännchen(s)“ verfügen, die nach Karl MUNZINGER für die Herausforderungen Japans unerlässlich war (1898: 23). Zu den personellen Problemen gesellten sich organisatorische und methodische Rivalitäten, welche die Effizienz der Missionsarbeit zunehmend beeinträchtigten. Während Spinner als dynamischer Generalist die Weichen für die Gesamtheit der Missionsarbeit gestellt hatte, schwankte der Missionsschwerpunkt unter seinen Nachfolgern zwischen den Polen wissenschaftlich-literarische Arbeit und praktische Mission, ohne je eine befriedigende Lösung zu finden. 1896 zog Emil Schiller, gerade ein Jahr in Japan, eine nüchterne Bilanz des elfjährigen AEPM-Wirkens in Japan:

Das Faktum ist unleugbar, daß der Segen Gottes nicht auf unserer Arbeit geruht hat, und wir thäten wohl, an unsere Brust zu schlagen und das einzusehen. Hier hilft nicht Kraut noch Pflaster, sondern allein der göttliche Segen (Schiller an AEPM, 26.2.1896; ZA 180.1 DOAM Nr. 224).

Um die Jahrhundertwende waren Zeichen der Erholung für die christlichen Kirchen erkennbar, und der japanische Protestantismus durchlebte nach den achtziger Jahren eine zweite Phase der Wiedererweckung, welche die Missionen zu intensiven Evangelisationskampagnen nutzten (YAMAMORI 1974: 86–108). Damit schien auch für den AEPM ein Jahrzehnt der Stagnation vorbei zu sein. Der 16. Jahresbericht für 1899–1900 zeigte sich denn auch ausgesprochen optimistisch:

Der Sieg des Christentums ist eine Frage der Zeit, die vielleicht noch ferne liegt, die wir wahrscheinlich nicht mehr erleben, einer Zeit, die aber bestimmt kommen wird (ZA 180.8–135 DOAM).

Der missionarische Optimismus war allerdings nur partiell gerechtfertigt, denn seit den 1890er Jahren zeichnete sich in den japanischen Christengemeinden ein wachsendes Interesse ab, sich aus der Bevormundung der Missionare zu befreien und die christliche Botschaft in Begriffen einer

japanischen Kirche zu interpretieren. Diese Tendenz zur Indigenisierung, die sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch verstärkte, knüpfte bewußt an nationale Traditionen an und betonte ein christlich geprägtes Japanertum gegen die okzidentale Modellhaftigkeit des Evangeliums, wie sie die Missionare verkündeten (LANDE 1989: 83f, 89). In einer Zeit der Reaktion und Fremdenfeindlichkeit, in der die Auseinandersetzung zwischen Buddhismus und Christentum eskalierte, erschütterten Parolen von der völligen Trennung von Kirche und Mission die einzelnen Missionsgesellschaften schwer. Die Zeit der Missionare in Japan schien vorbei zu sein, wie Munzinger und Christlieb bereits 1894 erkannten:

Die Japaner begnügen sich schon nicht mehr mit der organisatorischen Leitung ihrer Kirchen, sie glauben, daß auch die Ausbildung der Theologen und die Gestaltung des ganzen Geistes der Kirchen lediglich von Japanern in die Hände genommen werden sollte (Christlieb / Munzinger an Geschäftsausschuß, 1.2.1894; ZA 180.1 DOAM Nr. 91).

Die auf ein eigenständiges japanisches Christentum drängende Kirchenentwicklung kam nach Überzeugung der deutschen Missionare viel zu früh. Wenngleich man erkannt hatte, daß die Zukunft der japanischen Kirche in den Händen der japanischen Prediger liege, war man andererseits doch davon überzeugt,

daß noch auf mehrere Menschenalter hinaus die ausländischen Missionare eine Unentbehrlichkeit für Japan sind, wenn Japans religiöse Entwicklung in gesunden Bahnen fortschreiten soll (Jahresbericht für 15.10.1899–15.2.1900; ZA 180.1 DOAM Nr. 93).

Aufgabe des Missionars war es, wie Karl Munzinger betonte, im Hintergrund die Fäden in der Hand zu behalten und die Gemeinde so zu leiten, daß sie in dem Glauben bleibe, sie leite sich selbst (1898: 376). „Die Missionsgemeinde ist eine Familie, in welcher der Geistliche der Vater und die Gemeindemitglieder die Kinder sind“ (MUNZINGER 1891: 68).

Wenn man auch gewillt war, gewisse Konzessionen an die nationale Eigenart hinzunehmen, so sollte doch der sensitive Bereich der kirchlichen Organisationsformen und Glaubenspraktiken von jeglichem indigenen Zug frei sein. Koordinierungs- und Leitungsaufgaben in der Hongō-Gemeinde, die sich formal selbst verwaltete, sowie die theologische Ausbildung sollten auf lange Sicht das Einfluß- und Kontrollinstrument der Missionare bleiben, während die japanischen Funktionsträger (Pastoren, Evangelisten, Katechisten, Bibelfrauen), die zunehmend das gesamte Evangelisierungswerk wie die Gemeindetätigkeit prägten, von den theologischen Führungs- und Entscheidungsfunktionen weitgehend ausge-

geschlossen blieben (MUNZINGER 1898: 376). Die Missionare sahen sich nach ihrem eigenen Verständnis aufgerufen, darüber zu wachen, daß das Christentum nicht zu sehr japanisiert wurde. Hier waren es vor allem drei Gefahren, vor denen die AEPM-Missionare warnten: Erstens müsse die synkretistische Vermischung der christlichen Lehre mit der Ahnenverehrung und dem shintoistischen Kaiserkult unter allen Umständen verhindert werden; zweitens müsse der Vereinnahmung des christlichen Glaubens durch den Buddhismus, und zwar insbesondere der Gefahr, daß das Christentum in eine pantheistische Religion umschlage, ein Riegel vorgeschoben werden, und drittens müsse darauf geachtet werden, daß das Christentum durch die Berührung mit konfuzianischen Elementen nichts an seinem supranaturalen Wesen einbüße (HAAS 1907: 119).

Der missionarische Paternalismus war angesichts des Selbstbewußtseins japanischer Christengemeinden, die für völlige Selbständigkeit und Gleichberechtigung plädierten und die Befreiung vom westlichen Kulturballast forderten, illusorisch. Die Praxis der Christianisierung war keine Einbahnstraße; die japanischen Christen waren aktiv an der Ausgestaltung religiöser Inhalte und Formen beteiligt – durchaus auch im Widerspruch zu den Missionaren. In der Interaktion von Missionaren, japanischen Gemeinden und nicht-christlicher Umwelt kristallisierte sich ein eigenständiges, synkretistisches Christentum in Japan heraus, das sich selbstbewußt gegenüber westlicher Vereinnahmung behauptete.

Die Tendenz zur Indigenisierung berührte aus Sicht der AEPM-Missionare einen weiteren Schwachpunkt der Japanarbeit, und zwar die mangelnd qualifizierten und motivierten japanischen Mitarbeiter, die häufig Anlaß zu Kritik gaben. Mit den japanischen Katechisten und Pastoren aber stand und fiel die Mission. „Uns fehlen vor allem geeignete japanische Gehilfen, die imstande sind, ihre Landsleute zu packen und zu beeinflussen“, klagte der Kyōto-Missionar und Missions superintendent Schiller (Brief v. 24.5.1901; ZA 180.1 DOAM Nr. 224). Die wenigen, vom Missionsverein ausgebildeten und ordinierten Geistlichen schienen nach dem Urteil Emil Schröders kaum Abhilfe schaffen zu können:

Ein Mangel der Arbeit aller japanischen Pastoren ist, daß sie kein Verständnis für die Erziehung zum Reiche Gottes haben. Sie legen keinen Wert auf Unterricht. Mangelhaft ist die Unterweisung der Großen, überhaupt nicht vorhanden die der Kinder. Sonntagsschularbeit ist da. Aber man frage sich wie (Schröder an Centralvorstand, 9.9.1913; ZA 180.1 DOAM Nr. 250).

Christlieb und Munzinger bedauerten Mitte der neunziger Jahre, daß keine „gewaltige, apostolische japanische Persönlichkeit“ in Sicht war, die im Geiste Spinners fortwirken und dem Missionswerk neuen Auf-

trieb verschaffen konnte. Die beiden verbliebenen Kandidaten der *Shinkyō Shingakkō*, Minami und Maruyama, die als Prediger in Hongō arbeiteten, entsprachen in keiner Weise dem Bild, das sich die Missionare von einer mitreißenden Führungspersönlichkeit machten. Minami galt als zu weich und zu gutmütig, Maruyama dagegen als zu leidenschaftlich und zu sehr zur Selbstüberhebung neigend (Christlieb/Munzinger an Geschäftsausschuß, 1.2.1894; ZA 180.1 DOAM Nr. 91). Für den Missionar Max Christlieb stand unmißverständlich fest, „daß sie überhaupt nichts taugen und daß jeder Fortschritt unseres Werkes unmöglich ist, solange sie den maßgebenden Einfluß auf die Ausführung unserer Arbeiten und Pläne haben“ (Brief v. 24.11.1895; ZA 180.1 DOAM Nr. 91).

So unentbehrlich die japanischen Mitarbeiter für die Mission allein aufgrund ihrer Sprachkompetenz waren, so fern blieben sie den meisten Missionaren doch menschlich. „Es ist ein einsames, stilles Leben, das wir hier führen“, berichtete Emil Schiller um die Jahrhundertwende aus der neu gegründeten Missionsstation Kyōto, und fügte hinzu: „Man kann sich das schwer in Europa vorstellen, wie wir immer jahrein jahraus neben den Japanern hergehen, ohne je ihnen näherzukommen“ (Schiller an AEPM, 24.5.1901; ZA 180.1 DOAM Nr. 224).

Das „Näherkommen“ scheiterte letztlich aber auf seiten der Missionare an tiefgreifenden kulturellen wie ethnopsychologischen Barrieren, die ein wirkliches Verstehen blockierten. Für Karl MUNZINGER war es „für den Weißen eine Unmöglichkeit“, des japanischen Geisteslebens „völlig Herr zu werden, sintemalen er nicht aus seiner weißen Haut herausfahren kann“ (1898: 21). Gleichwohl waren die Missionare vor Ort vom Erfolg ihrer Arbeit überzeugt und schrieben diesen „unserem geistigen Einfluß“ zu; „nicht bloß unseren wissenschaftlichen Artikeln“, wie einem Bericht über „Die allgemeine Lage der Mission und unsere eigenen Aussichten“ zu entnehmen ist, „sondern auch dem breiten und weitherzigen Geiste, der in der japanischen Kirche durch Spinner zum ersten Mal eingepflanzt wurde und dessen Vertreter wir allezeit gewesen sind“ (Christlieb/Munzinger an Geschäftsausschuß, 1.2.1894; ZA 180.1 DOAM Nr. 91).

Der Missionsverein ging mit einer schweren Hypothek ins neue Jahrhundert. Es hatte sich gezeigt, daß Anspruch und Wirklichkeit der AEPM-Arbeit weit auseinanderklafften und die anvisierte Wirksamkeit der Missionierung hemmten. Die chronische Zersplitterung der bescheidenen Kräfte und die damit verbundene Arbeitsüberlastung blieben auch weiterhin heftige Kritikpunkte unter den Missionaren vor Ort. Als 1903 die deutsche Schule in Yokohama gegründet wurde, kam als zusätzliche Aufgabe für den AEPM sogar noch die Leitung dieser Lehranstalt hinzu. In Berlin sah man in der deutschen Schule zwar ein bedeutendes kulturpolitisches Werk und honorierte Hans Haas' Tätigkeit als erster Schullei-

ter im Jahre 1906 mit der Verleihung des Roten Adlerordens 4. Klasse für die erfolgreiche Wirksamkeit im deutschen Interesse (Brief Haas', 6.6.1906; ZA 180.1 DOAM Nr. 248), doch forcierte die missionsfremde Tätigkeit nur die Kritik aus den eigenen Reihen, die der Mission eine Vernachlässigung der Hongō-Gemeinde vorwarf. Diese hatte sich um die Jahrhundertwende immer mehr dem AEPM entfremdet, bis sie nach Aussagen von Kozaki Hiromichi praktisch nicht mehr existierte und die Kirche der Gemeinde wegen mangelnden Besuchs geschlossen wurde. Die Reste der ehemaligen Hongō-Gemeinde gingen dann gegen Ende des Jahrzehnts in neu gegründeten liberalen Kirchen auf (KOZAKI 1933: 234; NKRD 1988: 1198f). Bei den Missionaren Ostwald und Würfel war die Frustration über den Missionsalltag offenkundig. Beiden wurde im Jahre 1908 von der Missionsleitung gekündigt, nachdem sie erklärt hatten, daß sie sich von praktischer Missionsarbeit in Japan nichts versprechen und sich deshalb auf die akademische und literarische Arbeit konzentrieren wollten (ZMR 23, 1908: 96). Die Akzentuierung der praktischen Mission war jedoch mit Rücksicht auf die heimatlichen Förderkreise eine Existenzfrage, denn nur hier waren am ehesten Erfolge vorzuweisen, die sich in Spendengeldern „auszahlten“.

Das wissenschaftlich-literarische Standbein der Mission hatte sich alles andere als krisenfest erwiesen. *Shinri* mußte bereits im Dezember 1900 aus Mangel an Interesse eingestellt werden, und die *Shinkyō Shingakkō*, die als Aushängeschild liberaler Missionsarbeit gedacht war, krankte an personellen und finanziellen Schwierigkeiten und beendete 1908 ihren Lehrbetrieb in der bisherigen Form (HAMER 1984: 86; KOZAKI 1933: 233f).

Die einzig realistische Alternative, die sich dem AEPM angesichts der zunehmenden Indigenisierung des Christentums und der Herausbildung einer selbstbewußten Gruppe von engagierten Kirchenführern bot, war die Kooperation mit programmatisch nahestehenden Denominationen. Diese zeichnete sich zu Beginn des neuen Jahrhunderts im Zusammengehen mit der 1886 gegründeten, kongregationalistischen *Nihon Kumiai Kyōkai* [Vereinigungskirche] ab, die sich theologisch an die wissenschaftlich-liberale Richtung des AEPM anlehnte. Der Kooperationsvertrag zwischen der *Kumiai*-Kirche, der zweitgrößten protestantischen Denomination in Japan, und dem AEPM vom September 1907 fusionierte die theologische Ausbildung beider Organisationen und ermöglichte dem AEPM, eine umstrukturierte Theologische Akademie aufrechtzuerhalten, die nun den Kongregationalisten und damit auch den wissenschaftlichen Referenten der Dōshisha-Universität in Kyōto offenstand (ZMR 23, 1908: 2). Neben führenden Protagonisten der liberalen Theologie in Japan, wie Ebina Danjō und Kozaki Hiromichi, lehrte auch der in Japan arbeitende Philosoph Raphael von Koeber an diesem Institut. Der

deutschen Botschaft in Tōkyō galt die Zusammenarbeit mit einer der bedeutendsten evangelischen Kirchen Japans nicht allein als eine „nationale Tat, [...] wie sie in dieser Tragweite für den deutschen geistigen Einfluß in Japan bisher von Deutschen noch nicht geleistet worden ist“, sondern sie spekulierte auch in politischer Hinsicht bereits mit der Führerschaft und geistigen Beeinflussung der japanischen Vereinigungskirche, die als japanische Nationalkirche apostrophiert wurde, durch den deutschen Missionsverein (Erckert an Bülow, 7.1.1907; PAAA R 18663).

Gegenüber dem vor allem den deutschnationalen Standpunkt betonenden Tenor des deutschen Geschäftsträgers von Erckert gelangte der Dolmetscher-Eleve Karl Vogt nur wenige Monate später zu einer wesentlich zurückhaltenderen, doch wohl realistischeren Einschätzung des AEPM. In einer längeren Aufzeichnung über die „Lage des Christentums in Japan“ kam er angesichts von nur 234 Mitgliedern der *Fukyū Fukuin Kyōkai* (von insgesamt über 60 000 Protestanten in Japan) zu dem Schluß, daß der AEPM in Japan keinerlei Bedeutung besitze. Vogt legte den Finger auf die Wunde der AEPM-Arbeit und richtete seine Kritik primär gegen die Preisgabe der liberalen Prinzipien und die Wiederaufnahme des traditionellen Missionsbetriebes, „damit dann stets jämmerlich der amerikanisch-englischen Mission nachhinkend“. Anstatt jedoch Abhilfe zu schaffen, glaube man, „durch die bloße Ausstreuung des geistigen Samenkorns, d.h. des Unterrichts an ein paar lauwarme, durch nichts an die Mission gebundene Studenten seiner Pflicht genüge getan zu haben [...]“. Vogt verkannte keineswegs, daß „bedeutende Kräfte“ im Dienst der Ostasien-Mission gestanden hatten, machte es dem Missionsverein jedoch zum Vorwurf, „daß es der deutschen Mission in Japan bislang an einer klaren Verfolgung erreichbarer Ziele gefehlt (hat)“ (Mumm an Bülow, 27.5.1907, Anl.; PAAA R 18663).

Vogts Vorwurf rückte den Grundwiderspruch zwischen theoretischer und praktischer Missionsarbeit erneut ins Blickfeld. Aber wie sollte der AEPM „erreichbare Ziele klar verfolgen“, wenn sich das „Objekt“ der Missionierung – Japan – widerstandsfähiger gegen die christliche Religion zeigte als erwartet und dazu auch noch selbst in Form eines eigenständigen, national-japanischen Christentums den Missionaren Konkurrenz machte? Japan, das war den AEPM-Missionaren spätestens seit der Jahrhundertwende bewußt, repräsentierte ein extrem schwieriges Missionsfeld, in dem alte Vorbehalte gegen das Christentum virulent blieben (CARY 1982: 89–96). Das Haupthindernis bei der Missionierung Japans war aber, wie man von seiten des Missionsvereins bekannte, „daß eine Kultur da ist“, und Japan nicht eine „primitive“, „kulturlose“ Zivilisation darstellte (Jahresbericht v. 1.4.1911; ZA 180.1 DOAM Nr. 250), in die westliche Glaubenskonzepte vermeintlich problemlos implantiert wer-

den konnten. Was man benötigte, um eine nicht-christliche Hochkultur wie Japan dennoch zu christianisieren, verriet Wilfried Spinner nach seiner Rückkehr aus Ostasien in einer Rede in Bremen:

[...] wünscht man gar so hohe Ziele wie die Gewinnung einer Nation für Christum zu erreichen, so bedarf man dazu einer Armee der besten Streiter Gottes und einer Zeit von Generationen (SPINNER 1892: 70).

Beides war dem Allgemeinen Evangelisch-Protestantischen Missionsverein in Japan nicht vergönnt!

## QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

### *Archivalien und Abkürzungen:*

- BA Bundesarchiv, Berlin, R 901/39191 u. R 901/69403.  
NKRD *Nihon Kirisutokyō Rekishi Daijiten* (1988): hrsg. v. Nihon Kirisutokyō.  
Rekishi Daijiten Henshū Iinkai. Tōkyō: Kyōbunkan.  
PAAA Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn/Berlin; Aktenband R 18663.  
PKZ *Protestantische Kirchenzeitung für das evangelische Deutschland*.  
ZA Evangelisches Zentralarchiv, Speyer, Aktenbände 180.1 DOAM Nr. 91, 93, 183, 185, 224, 245, 248, 250; 180.8–135 DOAM.  
ZMR *Zeitschrift für Missionskunde und Religionswissenschaft*.

### *Veröffentlichungen*

- ARNDT, Theodor (1885): Die Mission als Vermittlerin der Kultur. In: PKZ 32, Nr. 52, 30.12.1885, Sp. 1193–1205.  
BALLHATCHET, Helen (1996): The Religion of the West Versus the Science of the West: The Evolution Controversy in Late Nineteenth Century Japan. In: BREEN, John and Mark WILLIAMS (Hg.): *Japan and Christianity. Impacts and Responses*. London: Macmillan, S. 107–121.  
BEST, Ernest E. (1966): *Christian Faith and Cultural Crisis. The Japanese Case*. Leiden: E. J. Brill.  
BUSS, Ernst (1886): Programm. In: ZMR 1, S. 1–6.  
CARY, Otis (1982): *A History of Christianity in Japan*. Rutland und Tōkyō: Tuttle.  
CHRISTLIEB, Max (1899): *Die Aufgabe der evangelischen Mission in Japan*. Berlin: A. Haack.  
EGER, Wolfgang (1981): Zur Geschichte der Deutschen Ostasien-Mission. In: *Blätter für Pfälzische Kirchengeschichte und religiöse Volkskunde* 48, S. 61–70.

- HAAS, Hans (1907): *Japans Zukunftsreligion*. Berlin: K. Curtius.
- HAMER, Heyo E. (1984): Die Missionsarbeit in Japan 1885–1946. In: HAHN, Ferdinand (Hg.): *Spuren ... Festschrift zum hundertjährigen Bestehen der Ostasien-Mission*. Stuttgart: Ev. Missionswerk in Südwestdeutschland, S. 79–105.
- HAMER, Heyo E. (1998): *Mission und Politik*, 3 Teile auf Mikrofiches. Egelsbach b. Frankfurt/M.: Verlag der Deutschen Hochschulschriften.
- HERING, Otto (1892): Das moderne japanische Unterrichtswesen. In: ZMR 7, S. 215–219.
- IGLEHART, Charles W. (1959): *A Century of Protestant Christianity in Japan*, Rutland und Tōkyō: Tuttle.
- KOZAKI, Hiromichi (1933): *Reminiscences of Seventy Years. The Autobiography of a Japanese Pastor*. Tōkyō: Kyōbunkan.
- LANDE, Aasulv (1989): *Meiji Protestantism in History and Historiography*. Frankfurt: Verlag Peter Lang.
- MUNZINGER, Karl (1891): Die Missionsgemeinde und ihr inneres Leben. In: ZMR 6, S. 65–72.
- MUNZINGER, Karl (1898): *Die Japaner. Wanderungen durch das geistige, soziale und religiöse Leben des japanischen Volkes*. Berlin: A. Haack.
- ŌNO, Shizuo (1989): *Nihon Purotesutanto Dendōshi* [Geschichte der protestantischen Mission in Japan]. Takehara: Shōkeijusanjo Shuppanbu.
- SCHEINER, Irwin (1970): *Christian Converts and Social Protest in Meiji Japan*. Berkeley: University of California Press.
- SCHMIEDEL, Otto (1897): *Kultur- und Missionsbilder aus Japan*. Berlin: A. Haack
- SCHMIEDEL, Otto (1920): *Die Deutschen in Japan*. Leipzig: K.F. Koehler.
- SPINNER, Wilfried (1892): Der Missionar unter Kulturvölkern. In: ZMR 7, S. 1–7 u. 65–70.
- SUZUKI, Norihisa (1979): *Meiji Shūkyō Shichō no Kenkyū* [Studien zu den religiösen Trends der Meiji-Zeit]. Tōkyō: Tōkyō Daigaku Shuppankai.
- THELLE, Notto R. (1987): *Buddhism and Christianity in Japan. From Conflict to Dialogue, 1854–1899*. Honolulu: University of Hawai'i Press.
- THOMAS, Winburn T. (1959): *Protestant Beginnings in Japan. The First Three Decades 1859–1889*. Rutland und Tōkyō: Tuttle.
- YAMAMORI, Tetsunao (1974): *Church Growth in Japan. A Study in the Development of Eight Denominations 1859–1939*. South Pasadena: William Carey Library.
- YAMAMOTO, Hideteru (1929): *Nihon Kirisutokyōkaishi* [Geschichte der christlichen Kirche in Japan]. Tōkyō: Nihon Kirisuto Kyōkai Jimusho.
- YANAGITA, Tomonobu (1957): *A Short History of Christianity in Japan*. Sendai: Seisho Tosho Kankōkai.

# PREUSSISCH-JAPANISCHE BEZIEHUNGEN AUF WIRTSCHAFTLICH-INDUSTRIELLEM GEBIET

*Michael RAUCK*

## 1. DIE DEUTSCHEN STAATEN UND DIE HANDELSVERTRÄGE

Zum Zeitpunkt der japanischen Hafenöffnung (1859) hatten die einzelnen deutschsprachigen Länder gegenüber Japan sehr unterschiedliche Interessen, von denen die auf die Schifffahrt konzentrierten der Hansestädte am stärksten wogen. Hamburg und Bremen verfügten im Gegensatz zu Preußen über eine beachtliche in ostasiatischen Gewässern tätige Handelsflotte. Sachsen als Land, das in der industriellen Entwicklung weit fortgeschritten war, suchte Absatzmärkte v.a. für seine Textilindustrie. Preußen als Führungsmacht des Deutschen Zollvereins verfolgte in erster Linie politische Interessen: Wie wir heute wissen, diente die preußische Expedition unter Friedrich Albrecht Graf zu Eulenburg (1815–1881) u. a. der Demonstration des preußischen Anspruchs, deutsche Führungsmacht zu sein, zu einem Zeitpunkt, als Österreich noch den Deutschen Bund führte. Die Hansestädte Hamburg und Bremen, die erst 1888 dem deutschen Zollgebiet beitraten, sollten sich auch dem preußischen Primat unterordnen.

Insgesamt ist zu sagen, daß es angesichts der durch den Deutschen Zollverein und die Reichsgründung ermöglichten wirtschaftlichen Integration zwischen den deutschen Ländern und der relativ hohen regionalen Mobilität der Eliten, zumindest innerhalb des deutschen Sprachraumes, schwergefallen ist, die Rolle Preußens und die anderer deutscher Länder gegeneinander eindeutig abzugrenzen. Auch Konsulatsberichte sprechen in der Regel von deutschen und nicht von preußischen oder sächsischen Maschinen. Es sollen aber dennoch zumindest Schlaglichter auf Preußen geworfen werden, das dabei in den jeweils aktuellen Grenzen verstanden wird.

Preußisch-japanische Wirtschaftsbeziehungen waren vor der japanischen Hafenöffnung 1859 höchstens indirekter Natur. Der in dem Beitrag von Bernd Martin erwähnte preußisch-japanische Vertrag von 1861 trat zum 1. Januar 1863 in Kraft und stellte die bilateralen Handelsbeziehungen der Signatarstaaten erstmals auf eine rechtliche Grundlage. Schiffe preußischer Flagge durften nun Japan anlaufen, preußische Kaufleute durften sich in den Vertragshäfen (zunächst Nagasaki, Yokohama und

Hakodate) niederlassen, Japan gewährte Preußen Zollbindung und einseitige Meistbegünstigung sowie Exterritorialität in den zugänglich gemachten Städten. Trotzdem unterstellten sich keineswegs alle deutschen Kaufleute dem preußischen Konsul. Im Jahre 1867 wurde die norddeutsche Flagge anstelle der preußischen zugelassen, 1869 wurde der Vertrag durch eine Zusatzvereinbarung nunmehr auch offiziell auf den gesamten Norddeutschen Bund ausgedehnt.

Tatsächlich hatten sich die ersten deutschen Kaufleute bereits kurz vor der Hafenöffnung in Japan angesiedelt. Ihre Herkunft und damit ihre Staatsangehörigkeit läßt sich nicht immer zweifelsfrei belegen, fest steht aber, daß Louis Kniffler Düsseldorf war; Carl Thorel stammte aus Stargard/Pommern, August Tigge (Fa. Overweg & Co.) und August M. Maertens aus Rheinpreußen. Sie unterstellten sich bis zur Aufnahme der Amtsgeschäfte des ersten preußischen Konsuls, Max v. Brandt (1835–1920), zum 1.1.1863 zunächst anderen Vertragsstaaten wie den Niederlanden (Kniffler) oder England (Thorel). Es wird in dieser Zeit auch über Vertreter der Krefelder Seidenindustrie berichtet (GSTAPRK 3).

Von der Notwendigkeit besessen, diese Exterritorialität mit allen Mitteln zu beseitigen, versuchte Japan, Deutschland zu einem Alleingang zu bewegen. 1888 wurde ein Vertrag unterzeichnet, der das *settlement*-Prinzip (die Beschränkung des Wohn- und Aufenthaltsrechtes von Ausländern auf wenige Siedlungsgebiete und deren Umkreis) aufheben und Deutschen das Wohnen im ganzen Lande sowie – mit gewissen Ausnahmen – den Eigentumserwerb im Landesinneren gestatten sollte. Als Gegenleistung für die Aufhebung der Konsulargerichtsbarkeit sollte Japan ein neues bürgerliches Gesetzbuch und einen mit japanischen und naturalisierten europäischen und amerikanischen Richtern paritätisch besetzten Kassationsgerichtshof einführen. Ein Attentat auf Außenminister Ōkuma Shigenobu (1838–1922), bei dem dieser ein Bein verlor und zurücktreten mußte, veranlaßte die japanische Regierung, diese Verträge nicht zu ratifizieren.

Ein neuerlich revidierter deutsch-japanischer Handelsvertrag wurde schließlich erst 1896 unterzeichnet, zwei Jahre nach seinem englisch-japanischen Gegenstück, und trat 1899 in Kraft. Japan gestand als Gegenleistung für die Aufgabe der Exterritorialität Deutschland und den anderen Mächten weitgehende Tarifbindungen und eine liberalere Handhabung ausländischer Investitionen zu. Erst bei der nächsten Vertragsrevision 1911 erlangte es einen gewissen Grad an Tarifautonomie zurück, was schließlich die gewünschte Schutzzollpolitik ermöglichte (RAUCK 1988: 45–59).

## 2. HANDEL UND SCHIFFAHRT

In der Schifffahrt zwischen Deutschland und Japan spielten naturgemäß die preußischen, aber auch die japanischen Schiffe kaum eine Rolle. Fast alle direkt verkehrenden Handelsschiffe gehörten Hamburger oder Bremer Reedereien – so auch in der ostasiatischen Küstenschifffahrt (RAUCK 1988: 196–231) –, in den 1880er Jahren teilweise auch englischen.

Bei den deutschen Handelsunternehmen in Japan fällt die Unterscheidung in hanseatische, preußische und sonstige Firmen schwer. Es läßt sich jedoch vermuten, daß die meisten in stärkerer Verbindung zu Hamburg als zu Preußen standen, zumal diese Hansestadt meist Sitz ihrer deutschen Agentur bzw. Niederlassung war. Umgekehrt siedelten sich die wenigen bedeutenden japanischen Handelshäuser, die den Schritt nach Deutschland wagten, in Hamburg an. Lediglich Takata & Co. wählten Duisburg, den Sitz der DEMAG; einige Seidenexportfirmen sowie der zwielichtige und kurzlebige Deutsch-japanische Verkehrsausschuß hatten kurz vor dem Ersten Weltkrieg Vertreter in Berlin (RAUCK 1988: 374–404).

Weder die deutschen noch die japanischen Handelsstatistiken erlauben es, den Anteil Preußens am deutschen Außenhandel herauszurechnen. Das Deutsche Reich besaß vor dem Ersten Weltkrieg einen Anteil von über 10% am Weltaußenhandel, Japan aber nur von ca. 1,5%. Für den deutsch-japanischen Handel gilt, daß Deutschland – im Gegensatz zu Frankreich oder den USA – kaum einen Markt für japanische Produkte besaß, Japan aber für den Aufbau seiner Industrien auf deutsche Erzeugnisse angewiesen war, z. B. auf Maschinen, Eisenbahnen, Kraftwerksbauten und elektrotechnische Erzeugnisse. Dazu kamen Teerfarbstoffe, künstlicher Indigo, sonstige Chemikalien, Zucker, unedle Metalle und Metallwaren, Seide-, Woll- und Baumwollwaren. In den japanischen Importstatistiken erscheint Deutschland durchgehend mit einem Anteil zwischen 5 und 10% als für Japan fünfwtichtigstes Warenherkunftsland, nach England, den USA, China und Britisch-Indien.

Die japanischen Exporte nach Deutschland lagen dagegen ab den 1880er Jahren in Größenordnungen von ca. 2% der Gesamtausfuhren. Allerdings sind Lieferungen japanischer Rohseide in den Statistiken nur ungenügend erfaßt, da diese meist mittelbar, über den Seidenmarkt in Lyon oder über die Schweiz, nach Deutschland gelangten. Es handelte sich bei den Exportwaren um Naturprodukte und Rohstoffe wie Kampfer, ätherische Öle, Häute, Rohseide und andere Textilrohstoffe, Kupfer und sonstige Metalle, aber auch Textilien und Strohgeflechte. In manchen Jahren ließ die japanische Regierung auch Reis nach Deutschland exportieren, um aus anderen Ländern weniger hochwertigen zu importieren (RAUCK 1988: 301–335).

### 3. PREUSSISCHE UNTERSUCHUNGEN ÜBER DIE JAPANISCHE WIRTSCHAFT

Die Eulenburg-Expedition hatte in wirtschaftlicher Hinsicht kaum mehr als ansatzweise die Handelsverhältnisse in den japanischen Vertragshäfen untersuchen können. Den in Japan wohnhaften Ausländern wurde bis 1899 offiziell nur das Wohnen und der Aufenthalt in Tōkyō und einer Reihe von Vertragshäfen wie Nagasaki, Yokohama, Hakodate, Niigata, Ōsaka und Kōbe gestattet. Auch wenn Ausnahmegenehmigungen für Reisen ins Landesinnere zunehmend erteilt wurden, gab es auch für sie Einschränkungen bei der Beobachtung der japanischen Verhältnisse. Andererseits hielt sich in Europa die Vermutung, daß Japan traditionelle Technologien besitze, die für europäische Industrie oder Handwerk bedeutsam sein könnten. Ein Anstoß zu ihrer gründlichen Erforschung ging 1872 von der Berliner Emailwarenfabrik Ravené & Süßmann aus. Aufgrund einer Anfrage dieses Unternehmens bei der preußischen Regierung erteilte diese dem deutschen Ministerresidenten in Japan, Max v. Brandt, den Auftrag zu Nachforschungen über die Fabrikation des Cloisonné (Zellemail) in Nagoya. Dieser unternahm daher im Frühjahr dieses Jahres zusammen mit seinen Kollegen aus den Niederlanden und aus Spanien, Jhr. F. P. van der Hoeven und Don Tibúrcio Rodríguez y Muños, eine Forschungsreise. Nach eigener Angabe erhielt er durch den Kauf einiger größerer Stücke genaueren Einblick in die Fabrikationsmethode und alle Rezepte für Glasflüsse und ließ sie von Gottfried Wagener (1831–1892) übersetzen (v. BRANDT 1901: 374f), der als deutscher Naturwissenschaftler zu den Gründervätern des Vorläufers der Technischen Universität Tōkyō gezählt wird.

v. Brandt war sich jedoch im klaren, daß er und andere diplomatisch-konsularische Beamte aufgrund ihrer Vorkenntnisse und sonstigen Verpflichtungen nicht zu gründlicheren Forschungen in der Lage waren. Seine logische Konsequenz war, daß er noch am 19. September dieses Jahres beim preußischen Handelsministerium die „Entsendung eines technisch hochgebildeten Sachverständigen“ nach Japan beantragte (GSTAPRK 1; vgl. RAUCK 1993: 63–66). Dieser sollte die Anfertigung japanischer Produkte, wie Email, Lackarbeiten, Papier, Lederpapier, Porzellane, gefärbte Gewebe und Metall-, v.a. Bronzearbeiten, erforschen, mit dem Ziel einer direkten Nutzbarmachung für die deutsche Industrie. Das Ministerium suchte daraufhin durch ein Rundschreiben an die Handelskammern eine geeignete Persönlichkeit mit fließenden englischen Sprachkenntnissen und entschied sich schließlich für den von der Handelskammer Frankfurt am Main vorgeschlagenen dortigen Technologielehrer Dr. Johann Justus Rein (1835–1918). Dieser verließ Deutschland im Oktober 1873 und blieb bis 1875 in Japan.

Rein unternahm in dieser Zeit insgesamt acht Forschungsreisen von durchschnittlich zweimonatiger Dauer. Zu den bereits genannten Schwerpunkten kamen Kreppweberei, Seidenzucht, Seidenindustrie, Zeugfärberei (u. a. mit Saflor), Antimon- und Kaolinlager, Kohle- und Kupfergewinnung sowie die japanische Teekultur. Aufgrund seiner in Japan durchgeführten Forschungen wurden in Deutschland Versuche über Bronzearbeiten, japanisches Papier und Lack angestellt. Für die Cloissonné-Fabrik Ravené & Süßmann sollte Rein nach den Vorstellungen von Brandts japanische Bronzearbeiter nach Berlin engagieren, er überließ diese Aufgabe aber den Lokalregierungen von Owari und Kyōto. Die Tätigkeit der Arbeiter in Berlin verlief zur Zufriedenheit ihrer Chefs. Trotzdem scheint der Aufschwung dieses Produktionszweiges ausgeblieben zu sein. Versuche mit dem Anbau japanischer Maulbeerbäume zur Papiergewinnung wurden ebenfalls angestellt, von Rein aber bereits 1878 wieder aufgegeben. Japanisches Papier wurde jedoch in Deutschland imitiert.

Durch Reins Vermittlung wurden Samen des japanischen Lackbaumes *Rhus vernicifera* von Tōkyō nach Deutschland geschickt. Mit den Anpflanzungsversuchen wurde der Direktor des botanischen Gartens in Frankfurt am Main, Prof. Dr. Alexander Braun (1805–1877), beauftragt. Bis 1891 war die Zahl der Lackbäume in Frankfurt auf 34 gestiegen. Um die Gleichwertigkeit des in Deutschland produzierten Lacks zu überprüfen, wurden Proben davon durch deutsche Chemiker auf Unterschiede zu japanischen Produkten analysiert oder zur probeweisen Verarbeitung durch einheimische Lackarbeiter nach Japan gesandt. 1891 wurde auch die Anstellung eines japanischen Lackarbeiters in Aussicht genommen. Es sollen in der Folge sogar gefälschte, als japanisch ausgegebene, tatsächlich aber aus Deutschland stammende Lackwaren aufgetaucht sein.

Die Forschungen von Rein führten zu einem realistischeren Bild, v. a. in der Frage, welche Teile japanischer Kultur und Industrie zur Übertragung auf andere Länder wie Deutschland geeignet waren, und in der Bewertung einer Erschließung Japans für den deutschen Handel. Zusammenfassend stellte sich heraus, daß Japan in seinen „Hilfsquellen und Kulturbedingungen“ bislang erheblich überschätzt worden war. Die Versuche aufgrund der Rein-Expedition wurden mit der Zeit ohne größere Ergebnisse aufgegeben. Rein selbst war nach seiner Rückkehr aus Japan zum Professor für Geographie an der Universität Bonn berufen worden und unterrichtete später auch als Lehrbeauftragter an der Handelshochschule Köln. Sein Forschungsbericht erschien 1881 und 1886 in zwei Bänden (REIN 1881/1886), und zwar auf Deutsch, sowie 1883/84 und 1889 in Großbritannien und den USA auf Englisch. Die deutsche Version des ersten Bandes wurde 1905 sogar neu aufgelegt. Bis in die 1920er Jahre

gehörte Reins Forschung zur Standard-Literatur über traditionelle japanische Technologien.

Als Japans Sieg über China 1895 das Land wieder verstärkt ins Bewußtsein der Weltöffentlichkeit brachte und gleichzeitig auch der Rückgang des Exports von Seidenwaren nach Ostasien spürbar wurde, schien die Zeit für eine erneute Erkundung der japanischen Verhältnisse angebracht (RAUCK 1988: 243–246). Am 20.12.1895 regte schließlich die Handelskammer des Seidenindustriegebietes Krefeld die Entsendung einer Sachverständigen-Kommission nach Ostasien an (GSTAPRK 2: 14, Schreiben Handelsministerium an Reichskanzler 7.2.1896), und auch die sächsische Textilindustrie zeigte großes Interesse an dem Vorhaben (*Münchener Allgemeine Zeitung* 23.12.1896, Nr. 354). Schließlich teilten sich das Reich, Preußen, Sachsen sowie Unternehmensverbände die Kosten.

Zu den Aufgaben (Instruktionen vgl. GSTAPRK 2: 52f, 200f) der Kommission, die unter Führung von Konsul Dr. Wilhelm Knappe (1855–1910) und von Dr. jur. Hermann Schumacher (1868–1952) stand, dem späteren ersten Studiendirektors der Handelshochschule Köln, gehörten die Erforschung

- der künftigen industriellen Tätigkeit Japans und Chinas in Ostasien, insbesondere des japanischen Vordringens in China,
- der ostasiatischen Märkte, insbesondere im Hinblick auf die Konkurrenz anderer Länder, zum Beispiel durch Musterankäufe,
- der Verkehrsverhältnisse (Auswirkungen der Transsibirischen Eisenbahn, Konkurrenz in der Schifffahrt, auch der chinesischen Küstenschifffahrt) sowie
- von Investitionsmöglichkeiten.

Nach GOLLWITZER (1962: 29) sollte eine Nebenfunktion in der Klärung der Frage bestehen, was es mit den Behauptungen über eine wirtschaftliche „Gelbe Gefahr“ auf sich habe. Die Ergebnisse dieser Kommission, welche die Schwerpunktländer Japan und China je fünf Monate bereiste und mitgebrachte Muster im Seidenindustrie-Zentrum Krefeld ausstellte (*Ost-Asien* 1898, I: 68f.; vgl. SCHANZ 1908: 206), wurden allerdings beispielsweise von Hermann Kessler (1860–1927) (AA 8763, BUNDESARCHIV BERLIN 09.01), dem Siemens-Vertreter in Japan, als Mißerfolg eingestuft. Trotzdem sah dieser in der Entsendung derartiger Kommissionen mit Unterstützung ortsansässiger Personen, zum Beispiel technischer Attachés, einen wichtigen Beitrag zur Vertiefung der Handelsbeziehungen. Ein solcher technischer Attaché wurde erstmals 1905 ernannt (RAUCK 1988: 246–248).

#### 4. WISSENSCHAFTSBEZIEHUNGEN

Preußen leistete durch die Ausbildung von japanischen Studenten an Universitäten, Technischen und anderen Hochschulen sowie von Praktikanten in Betrieben (RAUCK 1994: 16) einen wichtigen Beitrag zur Modernisierung und damit auch zur Wirtschaftsentwicklung Japans.

Berlin war das Zentrum der japanischen Wohnbevölkerung im Deutschen Reich, wie die Volkszählungen (siehe folgende Tabelle) und die Studie von RAUCK (1994) belegen, und tatsächlich waren die meisten dieser Japaner Studenten. Obwohl nur etwa zehn von ihnen an der Berliner Universität bis 1914 ihren Abschluß mit der Promotion machten, waren für ihre in Deutschland studierenden Landsleute ein oder mehrere Semester an der Berliner Universität beinahe ein Muß. Die relativ hohe Zahl der Japaner in Brandenburg bezieht sich v.a. auf Charlottenburg, den Sitz der Technischen Hochschule. Viele ihrer japanischen Studenten und Gasthörer waren gleichzeitig an der Friedrich-Wilhelms-Universität eingeschrieben. Ein Wechsel an andere Universitäten in Preußen und sogar in andere Gebiete Deutschlands war relativ einfach möglich und durchaus üblich. Diese Flexibilität machte gerade auch für Japaner ein Studium in deutschen Ländern attraktiv.

Tabelle: Geographische Verteilung der Japaner in Preußen und anderen deutschen Landesteilen								
Datum	1.12. 1880		1.12. 1900		1.12. 1905		1.12. 1910	
			darunter Frauen		darunter Frauen		darunter Frauen	
Gebiete								
Ostpreußen							3	
Westpreußen							1 1	
Berlin	29	79	5	33	9	66	8	
Brandenburg	1	37		39	7	121	13	
Pommern	1	2		1		5		
Posen							1	
Schlesien			14	3	2	7		
Provinz Sachsen			10	1	5	1	11	
Schleswig-Holstein	1	2		8	5	7	1	
Hannover	1	12		5		20		
Westfalen					3	2		
Hessen-Nassau	1	6		7	3	8		
Rheinland	2	1		11	1	20	6	

Preußen insgesamt	36	163	9	114	28	270	29
Bayern	1	27	1	15		65	
Sachsen	1	18		16	1	25	3
Hamburg	1	6	2	10	3	31	11
sonstige deutsche Länder	8	36	2	16	1	64	5
Deutsches Reich insgesamt	47	250	14	171	33	455	48

Quellen:

Volkszählungen zu den genannten Stichtagen, in:

*Monatshefte zur Statistik des Deutschen Reichs* 1884, VIII

*Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs* 1894 II,1, 1905 E I, 1907 III, 51

*Statistik des Deutschen Reichs* Bd. 150/1 und 240.

Die *Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs* 1894 II,1 geben für den 1.12.1890 keine geographische Verteilung an.

Für die Etablierung westlicher Wissenschaften und Technologien und damit indirekt für den Aufbau einer modernen japanischen Wirtschaft darf die Rolle der deutschen Lehrer und Ingenieure, die in Japan wirkten, nicht unterschätzt werden. Die genaue Staatsangehörigkeit ist in vielen Fällen nicht feststellbar, da sie in Japan meist pauschal als Deutsche geführt wurden. Der Autor möchte hier insbesondere einige oft vergessene Lehrer von Berliner Schulen erwähnen, die in den 1870er Jahren an die Vorläufer-Schulen der Kaiserlichen Universität Tōkyō geschickt wurden: Frank Ludwig Toselowski, Rudolf Lange (1850–1933; Schulamtskandidat am Gymnasium zum Grauen Kloster in Berlin, später Professor der japanischen Sprache am Seminar für orientalische Sprachen [SOS] in Berlin) und Hermann Cochius (1837–1905; Oberlehrer an der Viktoriaschule Berlin) (zu diesen und den weiteren deutschen Experten in Japan vgl. RAUCK in Vorb.: passim). Der aus Stolberg bei Aachen stammende gescheiterte Gründer der staatlichen „First School of Foreign Learning“ in Tōkyō, Viktor Holtz (1846–1919), ursprünglich Lehrer am Lehrerbildungsseminar Boppard, war ein Muß-Preuße (zu Holtz vgl. RAUCK 1996: passim).

## 5. PREUSSISCHE BETEILIGUNG AN JAPANISCHEN INDUSTRIEPROJEKTEN

Für Deutschland-Preußen spielten bis zum Ersten Weltkrieg förmliche Lizenzverträge, Joint Ventures und sonstige Direktinvestitionen noch eine untergeordnete Rolle, wichtiger waren Maschinenlieferungen und die Bereitstellung und Ausbildung von Personal. Die durch den Handels-

vertrag von 1911 in Kraft getretenen höheren Importzölle gaben jedoch Anlaß zu manchen Überlegungen zur Produktion vor Ort.

### 5.1 STAHL- UND ELEKTROINDUSTRIE

Ab 1874 stand die japanische Regierung wiederholt in Verhandlungen mit Krupp wegen der Errichtung eines Stahlwerks, wobei sie neben der Übernahme der Technologie auch an der Bereitstellung von Kapital interessiert war. Krupp sah, insbesondere vor dem Hintergrund des Satsuma-Aufstandes 1877, die politische Situation Japans als noch nicht gefestigt an und sorgte sich um die Sicherheit der einzusetzenden Mittel. Zum anderen befürchtete Krupp, sich durch die Lieferung von Technologie einen Konkurrenten zu schaffen, denn schon der erste japanische Praktikant bei Krupp, Fukasu Hikogorō (gest. 1878, 1874–1877 in Essen), war durch übermäßig großes Interesse negativ aufgefallen (WA IXa 136: 96f und 101f). Japan mußte sich für den Stahlwerksbau schließlich nach einem anderen Partner umsehen, da Krupp trotz weiterer Verhandlungen auch künftig die kalte Schulter zeigte. 1897 schließlich gelang es Japan, dem durch die chinesische Zahlung von Kriegsschadigungen erhebliche finanzielle Mittel zugeflossen waren, die Gutehoffnungshütte für den Aufbau der Stahlwerke in Yahata auf Kyūshū zu gewinnen, eines der größten Industrieprojekte der Meiji-Zeit. Außer Maschinenlieferungen stellte die Gutehoffnungshütte in der ersten Phase deutsche Ingenieure sowie Facharbeiter zur Verfügung und bildete japanische Fachkräfte aus (RAUCK 1992b: 49f).

Die deutsche Elektroindustrie war in Japan v.a. durch Siemens (zur Tätigkeit von Siemens in Japan vgl. TAKENAKA 1992 und 1996) und die AEG vertreten. Mit der Entsendung von Ingenieuren seit 1885 begann Siemens eine aktive Rolle im Liefer- und Montagegeschäft und sicherte sich das Bergbau-Unternehmen Furukawa als wichtigen Kunden. Wasserkraftwerke, elektrische Bahnen, Elektromaschinen und Massenartikel wie Glühlampen gehörten in Japan zum Geschäftsfeld. Obwohl *latecomer* gegenüber der amerikanischen Konkurrenz wie General Electric oder Western Electric, konnte Siemens in den Jahrzehnten seiner Tätigkeit die eigene Marktposition deutlich verbessern.

Versuche um die Jahrhundertwende, auch im Unternehmergeschäft aktiv zu werden, scheiterten v.a. an der restriktiven Haltung der Deutschen Bank, hierfür Kapital bereitzustellen. Ab 1907 liefen Verhandlungen mit Furukawa und Sumitomo wegen eines gemeinschaftlichen Kabelwerks, doch kam es hier zu keiner Einigung. Die einzige Produktionsanlage, die Siemens vor dem Ersten Weltkrieg in Japan aufbaute, war schließlich eine Fabrik für Glühbirnen und elektrische Schalter in Kōbe.

Zur Rolle der AEG in Japan ist die Quellenlage bescheidener. Bekannt ist aber, daß die Firma sich z.B. 1910/12 mit Felten & Guillaume an einem Kabelwerk und 1911 an einer Tōa Denki Kaisha (East Asian Electric Co.) beteiligen wollte. Diese Projekte kamen aber schließlich nicht zustande (RAUCK 1992b: 50, 53).

## 5.2 SONSTIGE INDUSTRIEZWEIGE

Auch andere Industriezweige in Japan wurden durch Technologien aus Deutschland aufgebaut oder in ihrem Aufbau unterstützt. Neben Preußen spielte v.a. das stark industrialisierte Sachsen eine bedeutende Rolle. Da der Ort des Maschinenherstellers, Herkunft der deutschen Fachkräfte und Ausbildungsort der Japaner oft nicht kongruent waren, fällt es schwer, den preußischen Einfluß gegen den anderer Länder abzugrenzen.

Einzelne Projekte sollen zur Veranschaulichung kurz gestreift werden: Im Bereich der Textilindustrie kam die Technologie für die Baumwollindustrie zwar aus England, doch in der Wollindustrie war es Inoue Seizō (1845–1886) (KISHIRO 1938: passim), der in Sagan (Schlesien) bei Karl Ulbricht von 1873–75 eine einschlägige praktische Ausbildung erhielt. 1877 wurde er vom japanischen Innenministerium mit dem Aufbau einer Fabrik für Wolltuch für die japanische Armee beauftragt, eines Betriebes, dem eine Pilotfunktion zukam. Viele Streichgarn- und Kammgarnspinnereien bezogen in der Folge ihre Maschinen aus Sachsen, v.a. von der Sächsischen Textilfabrik, vorm. Richard Hartmann AG, Chemnitz (RAUCK 1992a: 115).

Im Bereich der Bierbrauerei war der erste Chefbrauer der Sapporo-Brauerei, Nakagawa Seibei (1848–1916), von 1873–75 bei der Tivolibrauerei in Berlin ausgebildet worden (KIKUCHI 1976), erst nach 1887 sind andere japanische Brauer an nicht-preußischen Hochschulen zu finden (RAUCK 1992a: 123–128). In der Militärtechnologie ist die Unterstützung der Herstellung rauchlosen Pulvers in Meguro, heute ein Teil von Tōkyō, durch die Unternehmen Spandau und Heidemann zu nennen (SENDŌ 1967: passim; RAUCK 1992a: 118f), in der Baubranche die Zementherstellung, die seit Ende der 1880er Jahre in Zusammenhang mit der Tätigkeit des Berliner Architektenbüro Ende & Böckmann in Tōkyō (s. den Beitrag von HORIUCHI in diesem Band) an Bedeutung gewann und zunehmend deutsche Maschinen einsetzte sowie teils mit Hilfe deutscher Fachkräfte modernisiert wurde (RAUCK 1992a: 119–121; KUMAKURA 1995: 19–39).

### 5.3 LIZENZVERTRÄGE

Preußisch-japanische Lizenzverträge lassen sich vor dem Ersten Weltkrieg nur zwei oder drei nachweisen, die alle erst kurz vor dem Ausbruch des Krieges abgeschlossen wurden und sich daher kaum auswirken konnten:

Ein Verfahren zur Herstellung von Kalkstickstoff (Cyanamid) aus Karbid für Düngemittel war von Adolf Frank (1834–1916) und Heinrich Caro (1834–1910) in Deutschland erfunden und mit Siemens' Hilfe industriereif gemacht worden. Im Jahre 1906 stellte erstmals die Società Generale per la Céamide in Piano d'Orta aus Karbid den Kalistickstoff Calcium-Cyanamid her, ein Ausgangsprodukt für Ammoniak. Siemens war Hauptaktionär der Firma und hatte deren Fabrik ausgestattet. Bereits zwei Jahre später reisten Fujiyama Tsuneichi (1871–1936), seit 1900 Inhaber der Karbidfabrik Nihon Carbide Co., und Noguchi Jun (1873–1944) nach Berlin, um über einen Erwerb der Frank-Caro-Patentrechte zu verhandeln. Sie konnten nach Erwerb der Patentrechte 1909 mit Hilfe des Kapitals der Mitsubishi Zaibatsu die Nippon Chissō Hiryō Kaisha (Nitchitsu/Japan Nitrogenious Manure Co. Ltd.) gründen, die mit Siemens-Maschinen den Kalistickstoff Calcium-Cyanamid als Kunstdünger herstellte und schließlich wegen hoher Nachfrage zur Herstellung von Ammoniak-Sulphat übergang. 1912 erfolgte die Zahlung der Lizenzgebühr von 60 000 Yen durch Nippon Chissō an die Siemens-Schuckert-Werke (SAA 15 Lc 50).

Im Jahre 1911 strebten Ōkura & Co. die Beteiligung der AEG, deren Japan-Agent sie bereits seit 1898 waren, an einer Lampenfabrik in Ōsaka an. Da sich die AEG bezüglich Lampen mit gezogenen Metallfäden (v.a. Carbon-Lampen) durch eine Vereinbarung mit General Electric gebunden hatte, kamen nur sonstige Lampen (v.a. Wolfram-Lampen) in Frage. Wegen einer Patentstreitigkeit zwischen AEG und General Electric sollten Turbinen weiterhin von den Firmen Zoelly sowie Escher, Wyss & Co. in Zürich und nicht von der AEG bezogen werden, von der aber auch künftig Generatoren geliefert würden. Ferner wollte Ōkura eine Kleinzeugfabrik für Fassungen, Schalter und ähnliches gestanztes Kleinzeug erwerben. Ziel war die Umgehung der Prohibitiv-Zölle, die 1911 in Kraft traten und für elektrische Lampen nun z.B. 40% betragen; weiter war die Vermeidung von Lieferverzögerungen beabsichtigt. Zur Realisierung dieser Idee bot sich für Ōkura die Möglichkeit, eine Firma, an der man ohnehin schon beteiligt war, die Ōsaka Dentō Kaisha (Ōsaka Electric Light Co.), im Rahmen einer Tōa Electric Co. zu übernehmen.

Der Wunsch nach einer Kapitalbeteiligung der AEG, über den Juniorchef Ōkura Hatsumi (1874–1954) anlässlich eines längeren Deutschland-

aufenthalts 1911 mit der AEG verhandelte, traf dort überwiegend auf Ablehnung, Rathenau war nur zur Bereitstellung von Technologie (*drawings*) bereit. Sicherlich war auch bei ihm die Angst vor einer Investition in einem fernen Land, mit unbekannter Sprache und unbekanntem Gebräuchen, der entscheidende Punkt, wobei zudem der AEG kaum die führende Rolle hätte zufallen können. Unwohl war ihm auch wegen des anhängigen Patentstreits mit der General Electric (Shibaura Works); bei Kleinmotoren rechnete er durch den Aufbau einer neuen Fabrik sowieso mit einer um 30% billigeren Produktion, und die Frage der Bestimmung der zu produzierenden Güter war ihm auch zu unklar beantwortet. Die AEG behielt sich die Möglichkeit einer finanziellen Beteiligung offen, konkret wurde technische Unterstützung für die Lampen- und Kleinzeugfabrikation durch die Überlassung von Zeichnungen und Informationen bzw. Ausbildung von Personal vereinbart. Die technische Unterstützung war an das Fortbestehen des Vertragsverhältnisses zwischen Ökura und AEG gekoppelt, die Umsatzabgabe an die AEG auf mindestens 10 Jahre angesetzt (ÖKURA 23-1-21 und 23-1-22). 1913 wurde von der Ōsaka Denkyū Kaisha, einer Tochtergesellschaft der Ōsaka Dentō Kaisha, eine Fabrik für Metallfadlampen mit Maschinen aus Deutschland errichtet, vermutlich aufgrund eines Lizenzvertrags (NHI 1912: 19; *Deutsches Handelsarchiv* 1912 II: 244).

Erfolgreicher war ein Projekt zur Fabrikation von Stahlröhren: 1911 erwarben Imaizumi Kaichirō (1867–1941) und Shiraiishi Motojirō (1868–1945) für ihre neugegründeten Stahlröhrenwerke Nippon Kōkan eine Produktionsverfahrenslizenz von Mannesmann. Die Maschinen erwarben sie von der DEMAG. Bereits 1912 konnten sie die Produktion aufnehmen. In Zusammenhang mit dieser Lizenz wurde aus Deutschland Paul Schmitz von der DEMAG angeworben (IIDA 1979: 204–206).

Zur Ergänzung sei erwähnt, daß das bayrische Unternehmen MAN für den Bau von Schiffs-Dieselmotoren 1911 einen Vertrag mit Kawasaki Dockyard abschloß (RAUCK 1992a: 103).

#### 5.4 BANKEN UND DIREKTINVESTITIONEN

Zu den ersten ausländischen Niederlassungen der Deutschen Bank gehörten 1872 Shanghai und Yokohama. Diese machten wegen des Verfalls des Silberpreises hohe Verluste und mußten 1875 aufgegeben werden (SEIDENZAHL 1970: 34–38; POHL 1977: 447–485). Erst ab 1905 war mit der zur Disconto-Gesellschaft gehörenden, in Hamburg beheimateten Deutsch-Asiatischen Bank wieder eine deutsche Bank vor Ort in Japan tätig (MÜLLER-JABUSCH 1940: 366), doch blieben englische Kolonialbanken wie die Hongkong and Shanghai Banking Corporation wegen ihrer kulanteren

Konditionen auch für die deutschen Kaufleute die bedeutenderen Geschäftspartner (RAUCK 1988: 363f).

Die Deutsche Bank verhielt sich gegenüber möglichen kapitalmäßigen Engagements in Japan sehr reserviert, wie z.B. viele Akten aus dem Siemens-Archiv belegen. Allerdings bewegten die vielen Vorstöße von Siemens die Deutsche Bank im Jahre 1905, gegen Ende des Russisch-Japanischen Krieges, einen Ingenieur, Paul Steiner (geb. 1871), nach Japan zu entsenden, um Investitionsprojekte zu untersuchen. Ungünstiges Timing führte dazu, daß alle Investitionsüberlegungen schließlich im Sande verliefen (HIDB S0493 und S0494).

Deutsche Investitionen in Japan waren eher schwach ausgeprägt, wenn man an solche im deutschen Interessengebiet Shantung in China oder an die englischen, französischen und amerikanischen Investitionen in Japan denkt. Bei den Investoren handelte es sich zumeist auch nur um in Japan ansässige deutsche Handelsunternehmen, oftmals Hamburger und nicht preußischer Provenienz, die entweder ihre Absatzmärkte oder ihre Bezugsquellen sichern wollten, indem sie sich an japanischen Unternehmen beteiligten (RAUCK 1992b: 48f).

Gründe für das mangelnde Interesse der deutschen Großindustrie an Direktinvestitionen lagen in den vergleichsweise lukrativen Investitionsmöglichkeiten in Deutschland und anderen Ländern. Japan war der deutschen Industrie und Bankenwelt ein zu wenig vertrautes Pflaster.

## 6. AUSBLICK: DER WIRTSCHAFTSKRIEG

Im Ersten Weltkrieg war Japan eine von Deutschlands Feindmächten, der sich deshalb nicht nur die Möglichkeit von Territorialgewinnen bot, und zwar durch die Eroberung von Tsingtau und die Besetzung einer Reihe von deutschen Südsee-Kolonien, sondern in wirtschaftlicher Hinsicht auch die Chance, die eigene Situation zu Lasten des Konkurrenten Deutschland zu verbessern, nämlich durch Importsubstitution und durch die Eroberung von Anteilen am Weltaußenhandel. Mit dem Eintritt des Kriegszustandes kamen die ohnehin nicht bedeutenden Exporte Japans nach Deutschland schlagartig zum Erliegen. Auch der Handel in der Gegenrichtung wurde stark eingeschränkt, da Japan nun deutsche Waren nur noch über zunächst neutral gebliebene Drittländer wie die USA oder China einfuhrte (ULRICH 1917: 5). In Deutschland vermerkte man positiv, daß der Handel mit Japan nicht ganz unterbunden worden sei, und daß die Deutschen in Japan, von einigen Ausweisungen abgesehen, keine Schwierigkeiten hätten (SCHWENCKE 1927: 5). So konnten deutsche Firmen in Japan zunächst noch weiterarbeiten. Am 11. September 1914 verab-

schiedete das japanische Parlament aber ein Gesetz, das die Zollermäßigungen des Handelsvertrags mit Deutschland außer Kraft setzte. Dadurch wurde das japanische Zolltarifgesetz verbindlich (*Deutsches Handelsarchiv* 1915, I: 271). Nur für Chemikalien, auf die Japan besonders angewiesen war, galt noch bis zum 31. März 1915 ein günstigerer Tarif (ULRICH 1917: 82f).

1915 trat Japan einer am 5. September dieses Jahres geschlossenen Dreier-Vereinbarung zwischen England, Rußland und Frankreich bei, in der Deutschland der Wirtschaftskrieg erklärt wurde (*Japan Weekly Mail* 6.11.1915: 221). Im Lande zirkulierten ab Mai 1916 Schwarze Listen englischer Herkunft (PAUER 1984: 166f), deren Verbreitung die japanische Regierung stillschweigend gestattete und welche die Namen deutscher und österreichischer, von Deutschen kontrollierter und deutschfreundlicher Unternehmen enthielten. 1916 wurden die Filialen der Deutsch-Asiatischen Bank in Yokohama und Kōbe geschlossen, und am 23. April 1917 ergriff die japanische Regierung mit einer Verordnung über den „Handel mit dem Feind“ auch offiziell die Initiative und untersagte den Handel in Japan, an dem feindliche Länder, deren Staatsangehörige (einschließlich „feindlicher juristischer Personen“) und von diesen kontrollierte Unternehmen, in Feindesland wohnende oder sich aufhaltende Personen bzw. hauptsächlich mit Feindesland Geschäfte betreibende Personen beteiligt waren.

Ebenfalls im Jahre 1917 wurde der gewerbliche Rechtsschutz für Angehörige von Feindstaaten durch höchstrichterliche Entscheidung ausgesetzt (NHI 1917, 98: 7). Im Falle des Deutschen Reichs handelte es sich (Stand von 1915) um 929 Patente (darunter mehrere Thyssen'sche Patente zur Stahlgewinnung und das Haber-Bosch-Verfahren zur Ammoniak-Synthese), 2986 Warenzeichen, 36 Gebrauchsmuster und sechs Geschmacksmuster (BHGK 1915: 172); 97 deutsche Firmen oder Personen waren betroffen (STADTARCHIV FRANKFURT AM MAIN IHK 1313). Nach dem „Gesetz über den gewerblichen Rechtsschutz“ vom 20.7.1917 konnten Angehörige von Feindstaaten weder Anträge auf gewerblichen Rechtsschutz einreichen noch entsprechende Berufungs- oder Klageanträge anstrengen. Die Benutzung der auf diese Weise für nichtig erklärten Patente, Gebrauchsmuster, Warenzeichen und Geschmacksmuster blieb allerdings genehmigungspflichtig („Kriegslizenzen“). Nach dem Krieg wurde der Erwerb deutscher Patente durch japanische Unternehmen auf dem Versteigerungswege ermöglicht. So wurde beispielsweise das Haber-Bosch-Patent zur Ammoniak-Synthese erst 1921 von einem japanischen Konsortium übernommen (PAUER 1984: 170).

Deutscherseits wurden bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs die im Lande lebenden Japaner, deren Adressen bereits vor Kriegsausbruch von

der Kriminalpolizei erfaßt worden waren, kurzzeitig interniert und schließlich mit wenigen Ausnahmen über Lindau in die Schweiz abgeschoben (RAUCK 1994: 21–24).

## QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

### *Unveröffentlichte Quellen*

- BUNDESARCHIV BERLIN 09.01 AA 8763.  
GSTAPRK 1: Geheimes Staatsarchiv preußischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem Rep 120 C  
XIII/18/7/adhibit 1, Vol. 1.  
GSTAPRK 2: Geheimes Staatsarchiv preußischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem Rep 120 C XIII/18/9.  
GSTAPRK 3: Geheimes Staatsarchiv preußischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem Rep 14, N° 255: Preußischer Konsularbericht für Japan 1863.  
HIDB: Historisches Institut der Deutschen Bank, Archiv S0493 und S0494.  
ÖKURA: Tokyo University of Economics, Ökura-Archiv 23–1–21 und 23–1–22.  
SAA: Siemens-Archiv-Akte 15 Lc 50.  
STADTARCHIV FRANKFURT AM MAIN, IHK, Signatur 1313: Rundschreiben des Deutschen Industrie- und Handelstags an seine Mitglieder vom 17.6.1920 auf Grund eines Schreibens des Reichsministers der Justiz vom 8.6.1920.  
WA: Krupp Werksarchiv IXa 136: 96f, 101f.

### *Veröffentlichungen*

- BHGK: BUREAU DER HANDELS- UND GEWERBEKAMMER FÜR DAS ERZHERZOGTHUM ÖSTERREICH UNTER DER ENNS (Hg.) (1915): *Der Wirtschaftskrieg. Sammlung der in den kriegführenden Staaten verfügten Maßnahmen des wirtschaftlichen Kampfrechts*. Wien: Niederösterreichische Handels- und Gewerbe-kammer.  
BRANDT, Max v. (1901): *Dreiunddreißig Jahre in Ostasien*. Band 2. Leipzig: Wigand.  
*Deutsches Handelsarchiv* 1912, Halbbd. II, S. 244.  
*Deutsches Handelsarchiv* 1915, Halbbd. I, S. 271.  
GOLLWITZER, Heinz (1962): *Die gelbe Gefahr. Geschichte eines Schlagworts. Studien zum imperialistischen Denken*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.  
IDA, Kenichi (1979): *Nippon tekkō gijutsu-shi* [Geschichte der japanischen Hüttentechnik]. Tōkyō: Tōyō keizai shinpōsha.

*Japan Weekly Mail* 6.11.1915, No. 19, S. 221.

KIKUCHI, Takeo (1976): *Meiji shonen no Doitsu ryūgakusei – Nakagawa Seibei shūgyō goto no shūhen* [Ein Deutschland-Student der frühen Meiji-Zeit – Der Umkreis der Lehrzeit von Nakagawa Seibei]. In: „*Sapporo*“, *Sapporo Bīru 100-nen kinen-go* [„Sapporo“, Jubiläumsausgabe 100 Jahre Sapporo-Brauerei]. Sapporo: Sapporo Biru.

KISHIRO, Shūichi (1938): *Inoue Seizō den* [Biographie des Inoue Seizō]. Tōkyō: Inoue Seizō kinen jigyō iinkai.

KUMAKURA, Kazumi (1995): Hoffman's Ring Kiln: Its Introduction and Development in Japan. In: PAUER, Erich (Hg.): *Papers on the History of Industry and Technology in Japan, Vol. II: From the Meiji-Period to Postwar Japan* (Marburger Japan-Reihe 14/II). Marburg: Förderverein Marburger Japan-Reihe, S. 19–39.

*Monatshefte zur Statistik des Deutschen Reichs* 1884, VIII: Volkszählung 1880.

MÜLLER-JABUSCH, Maximilian (1940): *Fünfundzwanzig Jahre Deutsch-Asiatische Bank 1890–1939*. Berlin: Holten.

*Münchener Allgemeine Zeitung* 23.12.1896, Nr. 354.

NHI: *Nachrichten für Handel und Industrie* 1912, 17, S. 9.

NHI: *Nachrichten für Handel und Industrie* 1917, 98, S. 7.

*Ost-Asien* 1898, Bd. I, S. 68f.

PAUER, Erich (1984): Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Japan und Deutschland 1900–1945. In: KREINER, Josef (Hg.): *Deutschland und Japan. Historische Kontakte* (Studium Universale. Schriftenreihe der Universität Bonn, Bd. 3). Bonn: Bouvier, S. 161–210.

POHL, Manfred (1977): Das Ostasiengeschäft der Deutschen Bank (1870–1875). In: *Beiträge zu Wirtschafts- und Währungsfragen und zur Bankengeschichte*. Heft 15. Limburg: Limburger Vereinsdruckerei GmbH, S. 447–485.

RAUCK, Michael (1988): *Die Beziehungen zwischen Japan und Deutschland 1859–1914 unter besonderer Berücksichtigung der Wirtschaftsbeziehungen*. Inauguraldissertation Universität Erlangen-Nürnberg.

RAUCK, Michael (1992a): Technologietransfer Deutschland – Japan (1870–1914), dargestellt anhand konkreter Industrieprojekte. In: PAUER, Erich (Hg.): *Technologietransfer Deutschland – Japan von 1850 bis zur Gegenwart* (Monographien aus dem Deutschen Institut für Japanstudien der Philipp-Franz-von-Siebold-Stiftung, Bd. 2). München: iudicium verlag, S. 100–137.

RAUCK, Michael (1992b): Daiichiji taisen-zen ni okeru Doitsu kigyō no tainichi tōshi katsudō [Investmentaktivitäten deutscher Firmen gegenüber Japan vor dem Ersten Weltkrieg]. In: *Keizai to keizaigaku. Journal of the Faculty of Economics* 71: S. 45–57.

- RAUCK, Michael (1993): *J. J. Rain (1835–1918nen) to Nihon no dentō sangyō ni kansuru chōsa* [Johannes Justus Rein (1835–1918) und seine Forschungen über die traditionelle japanische Industrie]. In: *Keizai to keizaigaku. Journal of the Faculty of Economics* 73, S. 63–75.
- RAUCK, Michael (1996): Victor Holtz and the „German School“ in Tōkyō. In: *Okayama Economic Review* 28 (2), S. 99–126.
- RAUCK, Michael (in Vorb.): *Deutsche in Japan*. Teil I (Bibliographische Arbeiten aus dem Deutschen Institut für Japanstudien). München: iudicium verlag.
- REIN, Johannes Justus (1881/1886): *Japan nach Reisen und Studien*. 2 Bände. Leipzig: Engelmann (2. Auflage von Band 1: Leipzig: Engelmann 1905).
- SCHANZ, Moritz (1908): *Ein Zug nach Osten. Reisebilder aus Indien, Birma, Ceylon, Straits Settlements, Java, Siam, China, Korea, Ostsibirien, Japan, Alaska und Canada*. Hamburg: Mauke Söhne.
- SCHWENCKE, Emil (1927): *25 Jahre Verein Hamburger Exporteure*. Hamburg: Verein Hamburger Exporteure.
- SEIDENZAHL, Fritz (1970): *100 Jahre Deutsche Bank, 1870–1970. Im Auftrag des Vorstandes der Deutschen Bank AG*. Frankfurt am Main: Deutsche Bank Aktiengesellschaft.
- SENDŌ Michizō (1967): *Nihon kaigun kayakushi* [Geschichte des Pulvers der japanischen Marine]. Tōkyō: Nihon kaigun kayakushi kankōkai.
- STAHNCKE, Holmer (1987): *Die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Japan 1854–1868* (Studien zur modernen Geschichte, Bd. 33). Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Statistik des Deutschen Reichs*, Band 150/1: *Volkszählung 1900*.
- Statistik des Deutschen Reichs*, Band 240: *Volkszählung 1910*.
- TAKENAKA, Tōru (1992): Technologiepolitik und Direktinvestition von Siemens in Japan vor dem Ersten Weltkrieg. In: PAUER, Erich (Hg.): *Technologietransfer Deutschland – Japan von 1850 bis zur Gegenwart* (Monographien aus dem Deutschen Institut für Japanstudien der Philipp-Franz-von-Siebold-Stiftung, Bd. 2). München: iudicium verlag, S. 138–154.
- TAKENAKA, Tōru (1996): *Siemens in Japan. Von der Landesöffnung bis zum Ersten Weltkrieg* (Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Beiheft 91). Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- ULRICH, Leo (1917): *Der Wirtschaftskrieg. Die Maßnahmen und Bestrebungen des feindlichen Auslandes zur Bekämpfung des deutschen Handels und zur Förderung des eigenen Wirtschaftslebens* (Königliches Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft, Abteilung Japan). Jena: Fischer.
- Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs* 1894, III. Quartal: *Volkszählung 1890*.

*Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs 1905, Ergänzungsheft I:  
Volkszählung 1900.*

*Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs 1907, III. Quartal: Volks-  
zählung 1905.*

# JAPAN UND DAS PREUSSISCHE ERZIEHUNGSWESEN

Jörg MÖLLER

## 1. PREUSSENS BILDUNGSWESEN – DAS BESTE DER WELT!

Preußen entwickelte sich im frühen 18. Jahrhundert unter der Führung von Friedrich Wilhelm I. zu einem „Erziehungsstaat“. Nach seinem Willen sollte „die Jugend aus der Gesamtheit des Volkes ohne Unterschied des Standes und des zukünftigen Berufes in den Elementarunterricht“ (Preußischer Erziehungserlaß, zitiert nach PLICKAT 1971: 996) aufgenommen werden. Bis dahin kamen nur Teile der Bevölkerung, zum Beispiel bedingt durch ihre Profession (Kleriker, Beamte und Kaufleute, aber auch Soldaten) in den „Genuß“ einer schulischen Ausbildung.

So führte der – sonst als sparsam geltende – Potentat 1717 die Schulpflicht ein (1736 gesetzlich verankert, 1794 als Staatsaufgabe in der Verfassung verankert) und ließ auch etwa 1.600 Schulen gründen, damit die Bevölkerung dieser Verpflichtung Folge leisten konnte. Darüber hinaus bemühte er sich, den Fortbestand der Schulen durch Schulerhaltungsgesetze abzusichern. Von den Schulgründungen „profitierte“ insbesondere die Bevölkerung auf dem Lande. Ein Grund für die Förderung der Landjugend zu einem höheren Bildungsniveau war sicherlich die Hoffnung auf höhere wirtschaftliche Erträge auf den königlichen Gütern.

Das bildungspolitische Werk seines Vaters führte auch Friedrich der Große in seiner Regentschaft weiter fort. 1763 erneuerte er die Schulpflicht im „Generallandschulreglement“ mit dem Ziel, „geschickte und bessere Untertanen“ (vgl. LEXIS 1904) zu erziehen. Für Friedrich den Großen stand aber weniger der wirtschaftliche Nutzen im Vordergrund als das Ideal humanistischer Aufklärung.

Um sein Ideal tatsächlich durchsetzen zu können, mußte er allerdings Zwangsmaßnahmen und Strafandrohungen für Teile der uneinsichtigen Landbevölkerung einführen, da viele Bauern ihre Kinder für die Feldarbeit brauchten und adelige Grundherren in der Bildung ein Vorrecht ihres eigenen Standes sahen. Erst im 19. Jahrhundert konnte die Schulpflicht flächendeckend in Preußen durchgesetzt werden. Damit konnte die Alphabetisierungsrate im Lande erheblich gesteigert werden. Außer den klassischen Kulturtechniken wurde in bezug auf die Disziplin von Lehrern wie Schülern eine an militärischen Vorbildern orientierte Perfektion erwartet (vgl. BÖLLING 1983: 68). Ziel schulischer Bildung war fortan nicht mehr in erster Linie ein gottesfürchtiger Mensch, sondern der loyale

Staatsbürger. Dem trug auch die aus Preußen übernommene Schulaufsicht Rechnung, welche 1872 für das Gebiet des Deutschen Reiches verbindlich wurde und die kirchliche Schulaufsicht in den nicht-preußischen Territorien ablöste.

Neben den Volksschulen gab es Real- und Hauptschulen, sowie zahlreiche weitere Schulen, die zum einen Teil ständischen Ansprüchen, zum anderen Teil den Bedürfnissen einzelner Berufsgruppen entsprachen. Die „Einheitsschulbewegung“ setzte sich erfolgreich dafür ein, die Breitengliederung des Schulwesens zu überwinden. Von ihr wurde *eine* organisch aufgebaute, in sich differenzierte Schule an Stelle der nebeneinander stehenden Bildungseinrichtungen gefordert. Vom Kindergarten bis zur Universität sollte eine Differenzierung der Schüler nach Leistung und Begabung stattfinden. Querverbindungen sollten auf vielen Stufen den Übergang von den einzelnen Zweigen der Schulen ermöglichen. Begründet wurde die Forderung mit sittlichen, sozialen und nationalen Motiven, so zum Beispiel mit dem Recht eines jeden Kindes auf eine seiner Begabung angemessene Bildung, der Überwindung der Klassenunterschiede zwischen den einzelnen Volksschichten und der Stärkung der nationalen Potenz durch die Entfaltung aller Begabungen.

Mit der Einheitsschulbewegung kam auch die Forderung nach einem homogenen Lehrerstand auf. Das soziale Gefälle innerhalb der Lehrerschaft war immens. Während Volksschullehrer den größten Teil ihrer Autorität aus der Personalunion von Lehrer und Kantor bezogen, beanspruchten Gymnasiallehrer akademische Würde und Ehrerbietung. In der Tat hatten Volksschullehrer keine akademische Ausbildung, sondern besuchten nach der Volksschule lediglich ein Proseminar. Ab 1826 wurden in Preußen Abschlußprüfungen für die Proseminare der Volksschullehrerbildung eingeführt. Alle Absolventen, die nicht mit der Bestnote abgeschlossen hatten oder zwischenzeitlich eine feste Stelle innehatten, mußten nach drei Jahren eine erneute Prüfung zum Nachweis ihrer Lehrbefähigung ablegen. Nach Abschluß des Proseminars mußte jeder Lehrer gemäß einer Verordnung aus dem Jahre 1825 die ihm zugewiesene Stelle antreten. Zuwiderhandlung wurde mit der Rückforderung von Unterstützungszahlungen und Unterrichtsgeld bestraft.

Mit der Durchsetzung der Schulpflicht machte sich der Staat verantwortlich für die Schulen. Er hatte damit sicherzustellen, daß Schulen in erreichbarer Nähe zu den Wohnorten der Schüler errichtet und erhalten wurden und daß in ihnen geeignete Lehrer ein vergleichbares Wissen vermittelten. Dies setzte selbst in einem einheitlichen Schulwesen einen hohen Aufwand an Kosten und Administration voraus. Bis dahin existierende private oder kollektive Bildungsinstitutionen mußten sich den neuen Regelungen unterwerfen, ansonsten riskierten sie

ihren Fortbestand durch die eingeschränkte Anerkennung ihrer Ausbildung.

*Systematisierung des Unterrichts durch Herbart und die Herbartianer*

Wichtigster Vordenker des Schulwesens in Preußen war der Philosoph, Psychologe und Pädagoge Johann Friedrich Herbart (1776–1841). Als Nachfolger Immanuel Kants auf dem Lehrstuhl für Philosophie der Universität Königsberg (1809–1833) und Professor in Göttingen (1833–1841) entwickelte Herbart seine philosophischen und psychologischen Grundanschauungen in Auseinandersetzung mit der Philosophie Fichtes, bei dem Herbart in Jena studiert hatte.

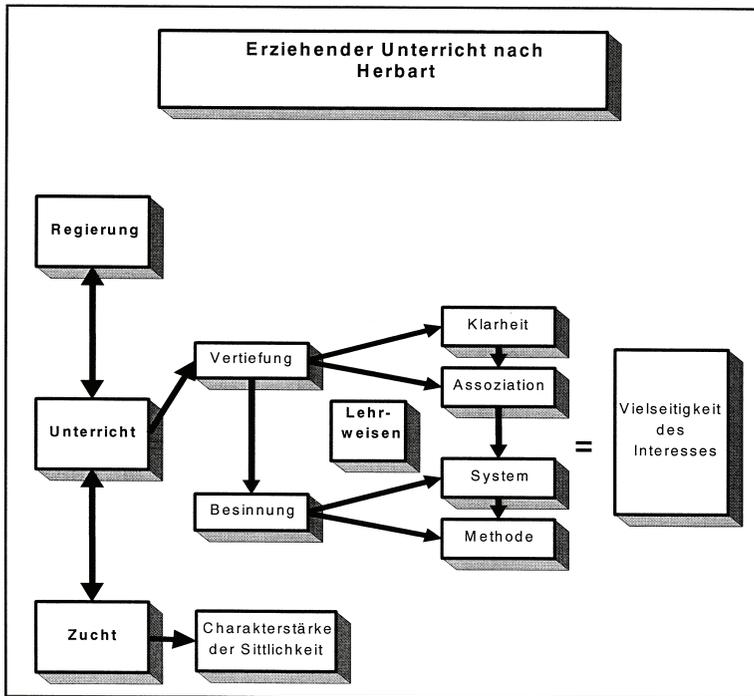
Das Ziel jeglicher Erziehung und Ausbildung sah Herbart in der Formung moralischer Gesinnung und Charakterstärke. Dies sollte sich im freien Willen des Menschen äußern, dessen Willensakte dem moralischen Gesetz jederzeit entsprechen sollten. Für Herbart machte demnach nicht das Wissen den Wert des Menschen aus, sondern das Wollen. Das pädagogische Wirken muß beim Kind daher die rechten Vorstellungen erzeugen und bestärken. Als geeignetes Mittel empfiehlt Herbart hierzu eine umfassende humanistische und naturwissenschaftliche Schulung, die eine äußere und innere Ordnung für einen „gedeihlichen“ Unterricht voraussetze. Diese nämlich ermögliche wiederum die Disziplinierung des Lernenden.

Jegliche Form des Unterrichts war nach Herbarths Auffassung „erziehend“ und jegliche Erziehung „unterrichtend“. Dies faßte er im „Erziehenden Unterricht“ zusammen, dessen Ziele wie folgt waren:

- mündige, sittlich handelnde Menschen
- einsichtiges Handeln
- Vielseitigkeit des Interesses
- Persönlichkeitsentfaltung = Charakterbildung

„Rezepte“ für die Unterrichtspraxis hat Herbart nicht vorgegeben. Er definierte lediglich die Grundgedanken, die dem Lehrer den Bezugsrahmen seines erzieherischen Handelns aufzeigen sollten. Grundlage hierfür waren insbesondere die von Herbart entwickelte Methodik der Formalstufen. Dabei ging er von einem intellektuellen Lernbegriff aus. Er nahm an, daß der menschliche Charakter von den Vorstellungen des Geistes abhängig ist, die den Menschen beherrschen.

Die Aneignung der Vorstellungen soll in den Formalstufen unter den Gesichtspunkten der Assoziationspsychologie erfolgen. Unter Assoziationspsychologie verstand er Gesetze, nach denen der Mensch Vorstellungen, Gedanken und Begriffe miteinander verbindet, welche Wirkungen für Einstellungen und Verhalten haben. Dabei werden die Vorstellungen nach dem Grade ihrer Verwandtschaft zu Ketten zusammengeschlossen.



„Erziehender Unterricht“ nach Herbart

*Herbarts Formalstufen*

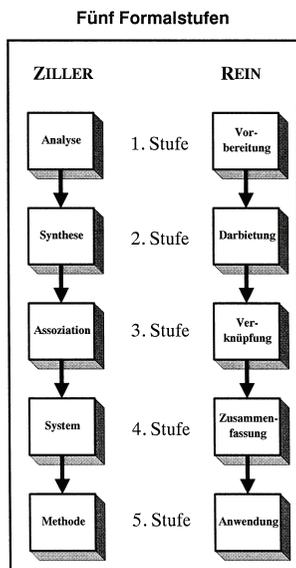
Art der Zuwendung zum Gegenstand	Stufe	Ziel	Teilnahme	Unterricht soll:	Unterrichtsform
ruhende Vertiefung	1. Stufe der <b>Klarheit</b>	neue Vorstellungen einzeln erfassen und verstehen	merken	zeigen	Kurze Erläuterung
fortschreitende Vertiefung	2. Stufe der <b>Assoziation</b>	Vorstellungen miteinander verbinden	erwarten	verknüpfen	Freies Gespräch
ruhende Besinnung	3. Stufe des <b>Systems</b>	Verbindung und Verschmelzung mit vorhandenem Vorstellungskreis	fordern	lehren	Zusammenhängender Lehrervortrag
fortschreitende Besinnung	4. Stufe der <b>Methode</b>	Anwendung des Lerngewinns	handeln	philosophieren	Selbständige Schülerarbeit

Ziel der Formalstufentheorie war die Bildung eines ausgewogenen Gedankenkreises („Vielseitigkeit des Interesses“), der die Grundlage für das oberste Ziel bildet, die „Charakterstärke der Sittlichkeit“. Dazu ist ein ständiger Wechsel zwischen den unterschiedlichen Einstellungen des Bewußtseins nötig, nämlich „Vertiefung“ ins Einzelne und „Besinnung“ auf seine Bedeutung im größeren Zusammenhang. Die Grundlagen von Charakterschulung und Sittlichkeit sollten in der Schule gelegt werden. Bildung selbst ist im Sinne von Herbart ein lebenslanger Prozeß.

Mitte des 19. Jahrhunderts drängte die Herbartische Pädagogik in die Bildungseinrichtungen. Ihr Vorteil war, daß diese Pädagogik in streng wissenschaftlicher Form, in engster Verbindung mit der Psychologie auftrat. Insbesondere die Universitäten Leipzig und Jena wurden unter dem Herbartenschüler Karl Volkmar Stoy (1815–1885) und seinem Nachfolger Wilhelm Rein zu einem Herzstück der Herbartischen Pädagogik und ihrer Vermittlung. In Jena wurde eine Übungsschule eingerichtet, in welcher der akademische Nachwuchs sich selbst in Forschung und Lehre bewähren mußte. In Ferienkursen wurde den Lehrern aus aller Welt, und eben auch aus Japan, der Herbartianismus als wissenschaftliche Pädagogik praktisch und theoretisch propagiert.

Die führenden Herbartianer waren Universitätslehrer gewesen, erst der Herbartianismus hat die Pädagogik zu einer akademischen Wissenschaft gemacht – eine für die in der Schulpraxis stehenden Lehrer gewichtige Errungenschaft (vgl. BLÄTTER 1973: 254). Denn damit wurde die Autonomie der Pädagogik und ihre akademische Bedeutung hervorgehoben. Zudem wurde das System der „Vertiefung“ und „Besinnung“ – welches auch heute noch in den Schulen als Phasen des Erlernens und der Vertiefung/Festigung Geltung hat – durch die Formalstufen perfektioniert.

Herbarts eigene Unterrichtserfahrungen stammten aus der Blütezeit des Humanismus (1776–1841) und bezogen sich auf den Hauslehrer, der lediglich ein einzelnes Kind oder ein Geschwisterpaar unterwies. Mitte des 19. Jahrhunderts trugen die Industrialisierung (1850–1910) und die mittlerweile flächendeckend vorhandenen Schulen zu einer deutlichen Veränderung des Unterrichtsgeschehens bei. So mußte der Unterricht mit 30 bis 40 Kindern in 45–60minütigen Einheiten vollzogen werden. Die Herbartianer verwendeten die Formalstufen für die Erstellung von Musterlektionen und Schulfibeln, die einen fast genormten Unterricht ermöglichten. Einerseits verhalfen sie damit Elementen der Herbartischen Pädagogik zum dauerhaften Fortbestand, andererseits führten sie Herbarts Grundgedanken durch die Starrheit und Formalisierung des Unterrichts ad absurdum.



Die fünf Formalstufen nach Ziller und Rein

Herbarts Schülern, den sogenannten Herbartianern (insbesondere Rein, Ziller und Stoy) wurde häufig vorgeworfen, daß sie – durchaus in guter Absicht – durch ihre „Programmierung des Unterrichts“ und das „Lektionenlernen“ Herbarts Grundideen pervertierten. Dies ist in der Tat richtig, doch sollte nicht vergessen werden, daß es erst mit der „Verfälschung“ der ursprünglichen „Herbartschen Pädagogik“ durch die Herbartianer gelungen ist, den Lehrern Methoden und Material an die Hand zu geben, mit denen sie den geforderten Unterricht tatsächlich praktisch bewältigen konnten. Darüber hinaus stellten sie eben durch die „Starrheit“ ihres Unterrichtssystems (einschließlich der Lehrerbildung) auch einen im ganzen Lande geltenden Qualitätsstandard sicher. Erst dies ermöglichte es, Leistungen von Schülern und Lehrern zu vergleichen, und bot letztendlich auch begabten Schülern die Chance, die engen Standesgrenzen zu verlassen, die einer weiteren Ausbildung bis dahin im Wege gestanden hatten. Das preußische Schulwesen war zwar einerseits formell und rigide, andererseits aber auch innovativ und vor allem produktiv. Zu seiner Zeit galt es als das beste Schulwesen der Welt. Ohne die wissenschaftlichen Vorarbeiten Herbarts und die anschließende Formalisierung der einzelnen Stufen durch die Herbartianer wäre das preußische Schulwesen nie so erfolgreich geworden.

## 2. UNIVERSITÄTEN

Preußen war in seiner Zeit nicht nur auf dem Gebiet der Volksbildung führend, sondern auch im Bereich der höheren Schulen. Im 19. Jahrhundert entstanden zahlreiche Fach- und Hochschulen, die überwiegend der Ausbildung in praktischen Berufen dienten (Technische, Landwirtschaftliche, Medizinische und Wirtschaftliche Hochschulen) und sich darüber hinaus durch ein hohes wissenschaftliches Niveau auszeichneten.

Eine der wichtigsten Innovationen des höheren Bildungswesens erfolgte 1810 mit der Gründung der Universität Berlin. Sie entstand aus dem Geiste des Idealismus auf Grund der Vorarbeiten Fichtes, Schleiermachers und besonders Wilhelm F. v. Humboldts. Dieser wurde 1809 Direktor für Unterricht und Erziehung im preußischen Innenministerium. Er begann im darauffolgenden Jahr mit seinem Gründungskonzept der „*Universitas litterarum*“ eine umfassende Universitätsreform, die er mit der Gründung der Universität Berlin durch die Fusionierung der Akademie der Wissenschaften mit mehreren Fachschulen in die Praxis umsetzte. Die rasche Realisierung der Vorschläge Humboldts wurde durch die Stiftung des Preußenkönigs Friedrich Wilhelm III. möglich, welcher der Universität mit dem Palais des Prinzen Heinrich von Preußen ihr erstes Gebäude zur Verfügung stellte. Seit 1828 trug die Universität daher den Namen des Königs.

Humboldt fand bei seinem Amtsantritt Universitäten vor, die im wesentlichen von den theologischen Fakultäten beeinflusst waren und einen feudalistischen Aufbau besaßen. Sein Ziel war es, allen Fakultäten die gleiche Existenzberechtigung zu sichern, wobei der Zusammenhalt unter ihnen vor allem durch die Philosophische Fakultät geleistet werden sollte.

Neben der Gleichheit der Fakultäten waren die wesentlichen Grundsätze der Humboldtschen Universität:

- die Einheit von Lehre und Forschung
- die Einheit von Lernenden und Lehrenden
- die Berufung von Professoren durch den Staat (durch „umsichtige Staatsmänner“)

Die Berufungen durch den Staat sollten keineswegs Vorrechte des Staates sicherstellen, sondern vielmehr die „Freiheit des Forschers“ vom Zunftdenken der Fakultäten gewährleisten. Die Humboldtsche Universität wurde zu einem Prototyp, und man verlieh ihr den Titel „Mutter aller modernen Universitäten“. Mit ihr schuf man ein neues Ideal akademischer Bildung, das sich nach und nach fast alle deutschen Universitäten zu eigen machten und auch die ausländischen Universitäten stark beein-

flußte. Der moderne Geist akademischer Freiheit bedeutete ein freies schöpferisches Lehren und Lernen, das als eine den ganzen Menschen formende und verpflichtende Haltung verstanden wurde. Die Humboldtsche Universität trug wesentlich zum Aufschwung der Naturwissenschaften und der Verzweigung der Geisteswissenschaften bei.

Geistesgrößen wie der erste gewählte Rektor der „Universitas litterarum“, der Philosoph Johann Gottlieb Fichte, und Professoren wie Georg Friedrich Wilhelm Hegel (Philosophie), Karl Friedrich von Savigny (Jura), August Boeckh (Klassische Philologie) Christoph Wilhelm Hufeland (Medizin), Johannes Müller (Medizin), Rudolf Virchow (Medizin) und Albrecht Daniel Thaer (Landwirtschaft) wurden mit ihren Fachgebieten weit über die Berliner Universität hinaus bekannt.

### 3. JAPANISCHES SCHULWESEN ZU BEGINN DER MEIJI-ZEIT

Aus heutiger Sicht ist es erstaunlich, wie schnell die herrschende Regierung in der Anfangsphase der Meiji-Zeit die große Bedeutung der Erziehung für den Ausbau Japans zur wirtschaftlichen und militärischen Großmacht erkannte. Neben der Abschaffung des Feudalismus, der Schaffung einer Verfassung und der Modernisierung der staatlichen Armee stand der Aufbau eines umfassenden Erziehungssystems auf dem Programm. Die Erziehung sollte zur Bildung der japanischen Nation ebenso beitragen wie auch der Vermittlung grundlegender Kenntnisse dienen, die benötigt wurden, um aus den im Schwertkampf geschulten Kriegern der Tokugawa-Zeit eine schlagkräftige moderne Armee zu machen und Fachkräfte hervorzubringen, die für die geplante Industrialisierung Japans unabdingbar waren.

Die ursprüngliche Maxime für das Handeln der zur Restauration treibenden Kräfte unter dem Motto: „Verehrt den Kaiser, vertreibt die Barbaren“ (*sonnō jōi*) trat schon bald in den Hintergrund zugunsten der von dem Tenno selbst 1868 verkündeten Parole „Wissen für den Aufbau Japans in der ganzen Welt zu suchen“. Dieser Gedanke war nicht neu, denn bereits in der Tokugawa-Zeit wurden von einzelnen Lehen (*han*) Delegationen zum Studium ins Ausland geschickt oder Ausländer als Instruktoren in ihren Dienst gestellt. Die größte Rolle beim geplanten Technologietransfer spielten aber das hohe Niveau des institutionalisierten Bildungswesens, welches auf die Erfahrungen der „holländischen Studien“ (*rangaku*) beziehungsweise der „westlichen Studien“ (*yōgaku*) der Tokugawa-Zeit zurückgreifen konnte und die im Lande zahlreich vertretenen kleinen „Schreibschulen“ (jap.: *terakoya*, wörtl.: „Tempelschulen“). Diese waren zumeist in Tempelgebäuden angesiedelt, gehörten

aber nicht zwangsläufig zum Betätigungsbereich der Mönche. Oft unterrichteten dort ältere Samurai die Schüler in Lesen und Schreiben.

#### 4. DIE ÜBERNAHME DES PREUSSISCHEN BILDUNGSWESENS

Eine Regierung – gleich ob in Asien oder Europa –, die konservativen Fortschritt plante, sah sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gezwungen, das Bildungswesen im Sinne der erhöhten Anforderungen durch die Industrie voranzutreiben. Für die deutsche Schulpolitik in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kam es daher neben der Beherrschung elementarer Kulturtechniken verstärkt auf das Arbeits- und Sozialverhalten in den industriellen Betrieben an. Im wesentlichen wurde Wert darauf gelegt, den Kindern folgende Qualifikationen zu vermitteln:

1. Die betriebliche Hierarchie forderte Unterordnung im Dienste des Produktionsablaufs, worauf die Schule mit höheren Lernstufen antworten sollte.
2. Der Aufstieg im Betrieb durch Bewährung erforderte eine Aufstiegsorientierung, was in der Schule durch verstärkte Sanktionen wie „Sitzenbleibenlassen“ eingeübt werden sollte.
3. Der strenge Stundenplan spiegelte Arbeitskontrolle und Pünktlichkeit am Arbeitsplatz wider.
4. Eine Akkordentlohnung setzte im Sozialverhalten ein Konkurrenzdenken voraus, das dem Erreichen einer bestimmten Schulzensur angepaßt war (vgl. HERRLITZ 1981: 95).

In Japan verkündete das am 18. Juli 1871 gegründete Erziehungsministerium am 4. September 1872 einen „Plan zur Hebung der Volksbildung“, der auch die Einführung der Schulpflicht beinhaltete. Er sah vor, daß keine Bevölkerungsgruppe mehr vom Zugang zu den Schulen ausgeschlossen und alle bestehenden Bildungseinrichtungen dem Ministerium unterstellt wurden. Das neu zu schaffende Schulwesen sollte zunächst nach französischem Vorbild in acht Bezirke mit je einer Universität unterteilt werden, welche sich wiederum in bis zu 32 Mittelschulbezirke mit weiteren 210 Volksschulbezirken aufgliederten. Dies entsprach einer Planung von acht Universitäten, 256 Mittelschulen und 53.760 Volksschulen. Andere Schultypen waren ursprünglich nicht vorgesehen.

Es war aber naiv zu glauben, daß jede Schule in der Lage wäre, geeignete Absolventen für die nächsthöhere Bildungseinrichtung zu erziehen. Die Einteilung in Departements wurde bald wieder, zugunsten der Präfekturen, fallengelassen, die im Plan vorgesehene Zahl der Schu-

len blieb jedoch als Zielvorgabe weiterhin bestehen. Für jeden der drei Schultypen wurde ein Bezirksbeauftragter ernannt, der für die Gründung neuer Schulen und die Beaufsichtigung der bereits bestehenden Schulen zuständig war. Diese Schulbeauftragten hatten die schwierige Aufgabe, zwischen den Vorstellungen der Regierung, den Beamten im Erziehungsministerium und den Schulleitern vor Ort zu vermitteln, denn nicht alle Verordnungen und Pläne ließen sich tatsächlich realisieren. So war zum Beispiel die Verordnung, daß die im Freien gelegenen Übungsplätze für die Leibesertüchtigung an den Grundschulen im Süden oder Osten an das Schulhaus angrenzen sollten, in vielen Schulen wegen der dort bereits bestehenden Bebauung gar nicht durchführbar.

Zusammen mit der Kabinettsproklamation von 1872 wurde die allgemeine Schulpflicht eingeführt, nach der jedes Kind zumindest die ersten drei Jahre die Grundschule besuchen sollte. Die Kosten für den Schulbesuch, d. h. Schulgeld und Lehrmittel, mußten die Bürger selbst tragen. Da nicht alle gleichermaßen den Sinn des Erwerbs von Wissen einsahen, wurden Zwangsmaßnahmen eingeführt, wie z. B. die Erhebung von Strafgeldern für säumige Schüler. Daneben gab es aber auch motivierende Anreize. So zeichnete z. B. das Ministerium Schulen mit einer hohen Anwesenheitsrate durch die Verleihung von Fahnen aus.

Da es in der Anfangszeit kaum japanische Lehrmaterialien gab, wurde zum Teil mit wörtlichen Übersetzungen amerikanischer Texte gearbeitet, damit aber auch Furcht vor einer „Verwestlichung“ erzeugt. Zudem war die Bezahlung von Schulgeld – bis zu ihrer Abschaffung im Jahre 1900 – für einen großen Teil der Bevölkerung ein Problem, so daß es in manchen Regionen zu Verweigerungen und „Schulaufständen“ kam. Die Eröffnung neuer Schulen wurde dadurch sehr erschwert, und die Gebühren für „Unterrichtsversäumnisse“ mußten zurückgenommen werden. Die Durchsetzung der verordneten Schulpflicht wurde dadurch stark behindert.

Durch die Umfunktionierung der etwa 40.000 „Tempelschulen“ (*terakoya*) der Tokugawa-Zeit verfügte Japan schon sehr früh über ein fast flächendeckendes Grundschulnetz. Für die Festlegung des Curriculums, der Fächerinhalte und der Organisationsstruktur des Grundschulunterrichts wurde von Staatssekretär Tanaka der amerikanische Pädagogikprofessor David Murray im Jahre 1873 nach Japan eingeladen. Murray setzte sich nicht nur für den Ausbau der Grundschulerziehung ein, sondern sprach sich auch für die Förderung der Ausbildung von Frauen aus, so daß die Grundschulpflicht für Mädchen und Jungen gleichermaßen eingeführt wurde. Aufgrund seiner Anregungen wurde eine eigene Höhere Mädchenschule gegründet, aus der die heutige Ochanomizu-Universität hervorging.

Murray war der Ansicht, daß die pädagogischen Ideen von Spencer und Pestalozzi für den Grundschulunterricht am besten geeignet seien. Darüber hinaus vertrat er die Auffassung, daß für die Volks- und Nationalbildung sowie die Schulaufsicht das preußische Schulwesen vorbildhaft sei, und setzte sich mit Erfolg für die Übernahme von Elementen aus diesem Modell ein. Murrays liberale und utilitaristische Vorstellungen aber wurden ab 1880 unter dem Einfluß von Itō Hirobumi und Mori Arinori wieder zurückgedrängt, als das Schulwesen stärker nach den Interessen des Staates ausgerichtet werden sollte. Neben der Seelenverwandtschaft mit Preußen sprachen vor allem der „konservative Geist, die hohe Effizienz, die zentralistische Strukturierung und die großen Erfolge, die sich in dem wissenschaftlichen Niveau der Nation ausdrückten“ (KREBS 1990: 120–121) für das preußische Bildungswesen.

Für die fachliche Ausgestaltung des entstehenden Mittelschulwesens wurde der aus Treskow (Brandenburg) stammende Herbartianer Emil Hausknecht angeworben. Das preußisch-deutsche Schulwesen schien nicht nur geeignet, die nötige Grundbildung für eine Industrialisierung Japans sicherzustellen, sondern gleichzeitig auch der Festigung des japanischen Nationalstaates, einschließlich der Verehrung des Kaiserhauses, zu dienen.

In Fragen von Schulaufsicht und Schulverwaltung beriet von 1884 bis 1886 der Jurist und Berliner Regierungsrat Hermann Techow die japanische Administration. Auf die Vorschläge von Emil Hausknecht, der von 1887 bis 1890 in Japan wirkte, ging der Lehrplan für die Mittelschulen, die Didaktik und Methodik der Lehrerseminare – und davon ausgehend das gesamte didaktisch-methodische Unterrichtsgeschehen in Grund- und Mittelschulen – und die Ausgestaltung der Fächer Pädagogik und Germanistik an der Kaiserlichen Universität Tōkyō zurück.

## 5. JAPANISCHE VARIANTE DER UMSETZUNG

Im Curriculum wurde in der japanischen Rezeption auf Religionsunterricht zugunsten der Unterweisung im Fach Moralkunde (*shūshin*) verzichtet. Diesem Fach wurde im Laufe der Zeit immer größere Bedeutung zugesprochen. Utilitaristischer neusprachlicher Unterricht in Hoch- und Fachschulen wurde anstatt des für Humboldts humanistische Bildung so bedeutsamen Griechisch- und Lateinunterrichts erteilt. Während in Deutschland noch der Streit um die Gleichwertigkeit der Neu- und Altsprachlichen Gymnasien tobte, welcher erst Ende des 19. Jahrhunderts mit der Aufwertung der Realgymnasien endete, hatte man in Japan gar nicht erst versucht, sich mit der Humboldt so bedeutsam erschienenen

altsprachlichen Variante zu beschäftigen. Die Beschäftigung mit den „toten Sprachen“ entbehrte für die japanische Seite nicht nur jeglichen Pragmatismus, sondern wäre in der Tat wegen der ohnehin schon großen intellektuellen Belastung durch das Studium der deutschen, englischen und französischen Sprache kaum zu bewältigen gewesen.

Daß das preußisch-deutsche Schulwesen mit zur Staatsräson beitrug, war für Japan in den letzten zwei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts mindestens ebenso wichtig wie die Vermittlung von Kulturtechniken und naturwissenschaftlichen Grundlagen. Inhaltlich wird dies zum Beispiel deutlich in einer Anekdote über den Preußenkönig Friedrich den Großen in einem Unterrichtswerk für den muttersprachlichen Unterricht. KREBS (1990: 125) schreibt hierzu:

Der große Preußenkönig wird wegen seines Lerneifers gelobt und deswegen, weil er jeden Morgen zwischen vier und fünf Uhr aufgestanden und dann bis zum Abend ohne Unterbrechung seinen Amtsgeschäften nachgegangen sei. Dazu habe er seinem Höfling befohlen, ihn um vier Uhr zu wecken, doch habe der König in der Anfangszeit gar nicht auf dessen Versuche reagiert, sondern habe einfach weitergeschlafen. Der Höfling sei aber dazu übergegangen, dem König die Bettdecke fortzuziehen und, wenn auch das nichts genützt habe, Friedrich ein mit kaltem Wasser getränktes Handtuch aufs Gesicht zu legen. Dieses Mittel habe sehr oft angewendet werden müssen, und der König sei dann erschreckt aufgestanden und habe sich allmählich daran gewöhnt, sein Tagewerk sehr früh zu beginnen. Auf diese Weise habe er die Staatsgeschäfte in vorbildlicher Weise erlernt. Dadurch sei Preußens Macht immer größer geworden, und es habe seine Grenzen stark erweitern können [...]. Die Moral der Geschichte soll offenbar lauten, daß Härte gegen sich selbst sich auszahlt und daß auch der „kleine Mann“ durch penible Pflichterfüllung zum Wohle der Nation beitragen kann und soll.

Auf den großen Weltausstellungen und im Vergleich der internationalen Handelsaktivitäten zeigte sich deutlich, daß deutsche Industrieprodukte noch nicht zur Weltspitze gehörten. Die alleinige Übernahme technischer Errungenschaften – mit dem Ziel der Produktion von erstklassigen Industrieprodukten – konnte daher nicht ausschlaggebend für die Rezeption des preußischen Vorbildes sein. Bildungspolitische Entscheidungen wurden in Japan wie in Deutschland staatspolitisch gesetzt. Als 1890 Kaiser Wilhelm II. mehr Leibesübungen, mehr deutsche Geschichte und die Beseitigung des lateinischen Aufsatzes forderte, denn er wollte die Jugend nicht zu Griechen oder Römern, sondern zu Deutschen erzogen sehen, hatte man in Japan bereits die erste Hochschule für Leibeserzie-

hungen gegründet, den Universitätssport eingeführt und begonnen, die meisten ausländischen Berater wieder nach Hause zu schicken. In beiden Ländern begannen Phasen der nationalen Selbstbesinnung, nicht ohne Hoffnung, damit auch den Stand der nationalen Kultur und Bildung zu heben. Großes Verdienst erwarb sich das preußische Schulwesen damit, daß es ihm gelungen ist, eine standesorientierte Bildung durch eine standardisierte Bewertung der schulischen Leistungen zu ersetzen. Dadurch wurde die Chancengleichheit aller – trotz Einschränkungen und bestehender Hindernisse – erst ermöglicht.

#### LITERATURVERZEICHNIS

- BENNER, Dietrich (1986): *Die Pädagogik Herbarts. Eine problemgeschichtliche Einführung in die Systematik neuzeitlicher Pädagogik*. Weinheim/München: Juventa.
- BLÄTTER, Fritz (1973): *Geschichte der Pädagogik*. 14. Aufl., Heidelberg: Quelle & Meyer.
- BÖHM, Winfried (1994): *Wörterbuch der Pädagogik*. 14. Aufl., Stuttgart: Kröner.
- BÖLLING, Reiner (1983): *Sozialgeschichte der deutschen Lehrer. Ein Überblick von 1800 bis zur Gegenwart*. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.
- CASELMANN, Christian (1962): *Der unsystematische Herbart*. Heidelberg: Quelle & Meyer.
- GEISSLER, Erich (1988): Erziehender Unterricht. Walter Asmus zum 85. Geburtstag in freundschaftlicher Zuneigung. In: *Pädagogische Rundschau* 42, S. 157–163.
- HERRLITZ, Hans-Georg et al. (1981): *Deutsche Schulgeschichte von 1800 bis zur Gegenwart*. Weinheim/München: Juventa.
- KLINGBERG, Lothar (1994): Herbart als Lehrer. In: *Pädagogik und Schulalltag* 49, S. 159–175.
- KREBS, Gerhard (1990): Das Deutschlandbild in den Schulbüchern der Meiji-Zeit. In: *Oriens Extremus* 33,1, S. 117–128.
- LEXIS, Wilhelm (Hg.) (1904): *Das Volksschulwesen und das Lehrerbildungswesen im Deutschen Reich*. Berlin: Asher.
- MATSUKAWA, Shigeo (1957): Gakkō toshimari Nakahara Toyotarō no nikki [Tagebuch des Schulbezirksbeauftragten Nakahara Toyotarō]. In: *Tōkyō joshi daigaku kiyō* 4, S. 61–141.
- MEYER, Hilbert (1987): *Unterrichtsmethoden. Band 1 (Theorieband)*. Frankfurt/M.: Cornelsen Scriptor.
- MÖLLER, Jörg (1994): Emil Hausknecht. Ein deutscher Pädagoge im Japan der Meiji-Zeit. In: *Asiatische Studien* 48,1, S. 247–256.

- MÖLLER, Jörg (1995): *Damit ,in keinem Haus ein Unwissender zu finden sei'. Zum Wirken von Emil Hausknecht und der Herbart-Rezeption in Japan.* München: iudicium verlag.
- MUESSENER, Gerhard (Hg.) (1991): *Didaktische Texte zu Unterricht und Erziehung in Wissenschaft und Schule. Johann Friedrich Herbart.* Wuppertal: Deimling.
- OKINO, Shunji (1961): Meijiki ni okeru Nihon seifu no monmō taisaku [Maßnahmen der japanischen Regierung gegen das Analphabetentum der Meiji-Zeit]. In: *Tokushima gakugei kiyō* 8, S. 1–14.
- PASSIN, Herbert (1982): *Society and Education.* Tōkyō/New York/San Francisco: Kodansha International.
- PLICKAT, Hans-Heinrich (1971): Schulaufbau/Schulorganisation. In: GROOTHOF, Hans-Hermann und Martin STALLMANN (Hg.): *Neues Pädagogisches Lexikon*, 5. Aufl., Stuttgart/Berlin: Kreuz-Verlag, Sp. 994–999.
- REBLE, Albert (1995): *Geschichte der Pädagogik.* Stuttgart: Klett-Cotta.
- RODEN, Donald T. (1980): *Schooldays in Imperial Japan. A Study in the Culture of a Student Elite.* Berkeley/Los Angeles/London: University of California Press.
- SHIGEHISA, Tokutarō (1968): *Oyatoi gaikokujin. Kyōiku. Shūkyō* [Ausländer in japanischen Diensten. Erziehungswesen und Religion]. Tōkyō: Kajima Heiwa Kenkyūjo.
- SCHWENK, Bernhard (1963): *Das Herbartverständnis der Herbartianer.* Weinheim: Beltz.
- TANIGAMA, Ryōshō (1980): Undōjō no teikeika no yōin. Shōgakkō okugai undōjō sechi kijun no hōseika no katei. (Meiji 5–32 nen) ni kansuru ichi kōsatsu [Hintergründe zur Gestaltung der Freiübungsplätze an Grundschulen in den Jahren Meiji 5–32]. In: *Taīkugaku kenkyū* 24,4, S. 265–279.
- WILLMANN, Otto (1903): *Didaktik als Bildungslehre.* Braunschweig: Friedrich Bieweg und Sohn.

# DIE BEZIEHUNGEN DER BERLINER BAUFIRMA ENDE & BÖCKMANN ZU JAPAN

*HORIUCHI Masaaki*

Tōkyō und Berlin in den 1890er Jahren: Auf dem ehemaligen Übungsplatz von Hibiya (heute: Kasumigaseki) wurden das Gerichtsgebäude und das Justizministerium von Ende & Böckmann im europäischen Stil erbaut. Im Berliner Zoologischen Garten wurden der neue Eingang und das Verwaltungsgebäude von Zaar & Vahl im japanischen Stil gebaut. Vermutlich hatten Ende & Böckmann auf diese Gebäude einen Einfluß ausgeübt.

In diesem Beitrag sollen die Tätigkeit von Ende & Böckmann als Architekten in Tōkyō und die von ihnen in Japan empfangenen Impulse untersucht werden. Am Schluß steht dann die Betrachtung, welche Bedeutung den Bauwerken von Ende & Böckmann als Denkmälern zukommt.

## 1. WER WAREN HERMANN ENDE & WILHELM BÖCKMANN?

Hermann Ende (1829–1907, Abb. 1; zu Ende s. ENDE o.J., WALLÉ 1902, OTZEN 1908a, 1908b) stammte aus Landsberg an der Warthe im heutigen Polen. Als er acht Jahre alt war, zog die Familie nach Berlin. Wilhelm Böckmann (1832–1902, Abb. 2; zu Böckmann s. KYLLMANN 1903, *Geheimer Baurath* 1902) wurde in Elberfeld (heute Wuppertal) geboren. Dort besuchte er die Gewerbeschule und ging dann nach Berlin. Ende und Böckmann studierten Architektur an der Berliner Bauakademie und lernten sich dort kennen. Eine zweijährige gemeinsame Reise führte sie nach England, Frankreich, Österreich, Italien, Griechenland und in die Türkei. Sie bestanden 1859 die Baumeisterprüfung und eröffneten im folgenden Jahre ihre erste Baufirma, „Ende & Böckmann“, in Berlin, die sie bis 1896 gemeinsam betrieben (HORIUCHI 1989). In dieser Zeit entwarfen sie über 150 Gebäude. Nach wie vor erinnern in Berlin die Namen „Endestraße“ und „Böckmann-Brücke“ an die erfolgreiche Tätigkeit dieser Firma.

Neben seiner Aktivität im Baubetrieb war Hermann Ende Professor an der Technischen Hochschule Berlin und der Akademie der Künste, deren Präsident er später wurde. Wilhelm Böckmann war außerdem als Vorsitzender des Berliner Architekten-Vereins und Mitbegründer der Zeitschrift „Deutsche Bauzeitung“ tätig.

Nach den Schriften von Adolf HARTUNG (1908: 242), der bei der Firma Ende & Böckmann gearbeitet hatte, übernahm Ende mehr die ästhetische Seite des Planungsbetriebes, während Böckmann eher der Praktiker war, der das Unternehmen wirtschaftlich führte.

## 2. ENDE & BÖCKMANNS BERUFUNG NACH JAPAN

Nach der „Öffnung“ ihres Landes stand die japanische Regierung vor einer Vielzahl von Problemen. Diese rührten zum großen Teil aus den Verträgen her, die Japan mit europäischen Ländern und den Vereinigten Staaten abgeschlossen hatte und durch die es selbst benachteiligt wurde. Die Abkommen beinhalteten unter anderem auch die sogenannte „Exterritorialität“. Die japanische Regierung versprach sich von der Einführung einer Verfassung und eines Reichstags die Anerkennung der Nation als gleichwertiger Partner des Westens. Für diese neuen Institutionen brauchte die Regierung Gebäude für Parlament, Gerichte, Justizministerium usw. Dabei wurde der europäische Stil gewählt, um den westlichen Ländern gegenüber Japan als modernen Staat erscheinen zu lassen.

Die Planungen dafür wurden von Außenminister Inoue Kaoru persönlich geleitet (FUJIMORI 1982), der im Februar 1886 eine besondere Bauabteilung der Regierung gründete. Dann richtete er sein Interesse auf die Auswahl der Architekten und suchte jemanden, der monumental wirkende Gebäude entwarf. Er hatte großes Interesse an Deutschland, das damals schnell an Macht gewonnen hatte und von wo Japan Kenntnisse auf Gebieten wie Rechtswissenschaft, Medizin, Chemie usw. bezogen hatte.

Bei der Berufung von Ende und Böckmann hatte wahrscheinlich der Japaner Matsugasaki Tsumunaga (1858–1921) eine große Rolle gespielt (OKADA 1999). Er hatte an der Iwakura-Mission teilgenommen, war aber nicht sofort nach Japan zurückgekehrt, sondern hatte in den 1880er Jahren an der Technischen Hochschule Berlin Architektur studiert. Dort war Hermann Ende einer seiner Professoren. Ab 1885 wieder in Japan, erhielt Matsugasaki eine Stelle als Baudirektor in der von Inoue gegründeten Bauabteilung (Abb. 3).

## 3. DER BEBAUUNGSPLAN FÜR DIE STADT TŌKYŌ VON BÖCKMANN

Nachdem die Baufirma Ende & Böckmann einen Vertrag mit der japanischen Regierung über den Bebauungsplan von Tōkyō geschlossen hatte, kam Wilhelm Böckmann im April 1886 mit einem Assistenten nach Japan.

Um den Bebauungsplan für Tōkyō zeichnen zu können, besichtigte er tagtäglich intensiv die Innenstadt. Von Hochhäusern und von Bergen überschaute er Stadt und Landschaft. Er fertigte dafür auch viele Fotografien von Tōkyō an.

Während seines zweimonatigen Aufenthaltes bereiste Böckmann das Land von Kōbe bis Nikkō<sup>1</sup>, nicht nur, um japanische Architektur zu besichtigen, sondern auch, um Steine und Lehm zu untersuchen. Als er in Tōkyō eine Ziegelei besichtigte, bemerkte er, daß die Qualität der Ziegel nicht gut war. Er empfahl, eine neue Fabrik mit dem von Friedrich Hoffmann (1818–1900) patentierten Ziegelbrennofen zu gründen<sup>2</sup> (Abb. 4).

Böckmann zeichnete einen Bebauungsplan für die Stadt Tōkyō, Grundrisse und perspektivische Ansichten für das Parlamentsgebäude und das Justizministerium. Diese Pläne wurden dem Tenno und hohen Beamten vorgelegt und fanden stürmischen Beifall.

Der Entwurf für die Stadt Tōkyō war für eine Fläche von 3,3 km x 2,3 km gedacht und spiegelte die Bebauungspläne von Wien und Paris wider. In Wien standen die monumentalen Gebäude in einer Reihe an der Ringstraße. In Paris sammelten sich verschiedene Straßen an der Hauptstraße und bildeten einen Stern. Dieses Straßensystem verband die große ringförmige Straße. In den 1860er Jahren hatte Böckmann Paris besucht und über die damalige Planung und deren Umsetzung in einem Vortrag im Architektenverein zu Berlin berichtet.<sup>3</sup> In der Mitte des Bebauungsplans, den Böckmann für Tōkyō entwarf, befand sich die Hauptstraße, in die andere Straßen einmündeten. Die Verwaltungsgebäude und die kulturellen Bauten standen in einer Reihe an großen Straßen (Abb. 5). Das war der erste europäisch beeinflusste Bebauungsplan in Japan.

#### 4. ZWANZIG JAPANER AUF STUDIENREISE IN BERLIN

Bevor Böckmann in seine Heimat zurückkehrte, empfahl er, japanische Architekten und Handwerker in Deutschland studieren zu lassen, um die in Angriff genommenen Projekte zu realisieren. Einschließlich der drei

---

<sup>1</sup> Kurz nach der Rückkehr publizierte Böckmann sein Tagebuch (BÖCKMANN 1886). Während seines Aufenthaltes bereiste er u. a. Kōbe, Ōsaka, Kyōto, Nagoya, Yokohama, Tōkyō, Odawara und Nikkō (HORIUCHI und FUJIMORI 1986: 94–124).

<sup>2</sup> Im Jahre 1858 schuf F. Hoffmann den ersten brauchbaren Ringziegelofen mit ununterbrochenem Betriebe für die Ziegelbrennerei.

<sup>3</sup> *Zeitschrift für Bauwesen*, 1868, S. 125.

Architekten Kawai Kōzō, Tsumaki Yorinaka und Watanabe Yuzuru trafen 20 japanische Fachleute im Januar 1887 in Berlin ein.

Die Baufirma Ende & Böckmann befand sich an der gegenwärtigen Kreuzung von Wilhelmstraße und Dorotheenstraße. Kawai Kōzō und 17 Handwerker wurden im dritten Obergeschoß der Wohnung von Böckmann in der Voßstraße 33 beherbergt (Abb. 6). Sie lernten zuerst fast 6 Wochen lang die deutsche Sprache. Danach hatte jeder Japaner eine praktische Ausbildung als Maurer, Ziegelbrenner, Zimmermann, Dachdecker usw. bei verschiedenen Firmen, die mit der Baufirma Ende & Böckmann in Kontakt standen (*Meiji shoki*: 7–9). Die drei japanischen Architekten Kawai, Tsumaki und Watanabe beschäftigten sich mit den Bauplanungen für die japanische Regierung unter der Leitung der Mitarbeiter der Baufirma Ende & Böckmann. Sie kehrten 1888 nach Japan zurück, und die Handwerker 1889.

## 5. IN TŌKYŌ EINGEFÜHRTE EUROPÄISCHE BAUSTILE

Der Bebauungsplan und einzelne Entwürfe für die Regierungsgebäude wurden in Berlin fertiggestellt. Im Mai 1887 kam Hermann Ende zusammen mit James Hobrecht und anderen Personen nach Japan. Ebenfalls mitgereist war der damals noch weitgehend unbekannte Hermann Muthesius.

Ende brachte folgende Entwürfe mit: ein Panorama für den Bebauungsplan inklusive der Regierungsgebäude und der umgebenden Landschaft (Abb. 7), das Parlamentsgebäude (Neobarock, Abb. 8), das Gerichtsgebäude (Neobarock/Neorenaissance, Abb. 9), das Justizministerium (Neobarock/Neorenaissance, Abb. 10), das Polizeipräsidium (Neudeutsche Renaissance, Abb. 11), das Marineministerium (japanisiert), die Residenz des Premierministers (italienische Neorenaissance, Abb. 12) und den Kaiserpalast (Neobarock, Abb. 13). Mit Hermann Ende gelangten erstrangige Baupläne nach Japan. Sie waren Produkte des Historismus, der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts seine Blütezeit gefunden hatte.

James Hobrecht (1825–1902), Leiter der Abteilung für Bebauungsplanung in Berlin, wurde von der japanischen Regierung gebeten, Vorschläge für Wasserleitungen, die Kanalisation und die Bebauung von Tōkyō zu machen. Er sprach sich gegen den Entwurf von Böckmann aus, da der Plan die damalige Infrastruktur der Stadt stark verändert und die Finanzen Japans sehr belastet hätte (HOBRECHT 1887: 574f). Hobrecht schlug statt dessen vor, den Bebauungsplan zu reduzieren. Ende stimmte zu und erarbeitete nun Pläne, wonach die Regierungsgebäude im Gebiet des

heutigen Stadtteils Kasumigaseki zusammengefaßt werden sollten (Abb. 14).

## 6. JAPANISCHE ELEMENTE IN EUROPÄISCHEM STIL

Die Bewunderer der Modernisierung nach westlichem Vorbild wie Inoue Kaoru sahen es als sehr wichtig an, europäische Baustile zu kopieren. Böckmann und Ende aber waren nicht frei von Bedenken, diese in Japan direkt einzuführen, da in bezug auf Klima und Kultur doch große Unterschiede zu Deutschland bestanden.

Diese Haltung der Architekten schuf einen Raum, in den „Japan“ eintreten konnte. Zum Beispiel zeigte der Entwurf für das Gerichtsgebäude eine barockisierende Struktur mit rundbogigen Öffnungen wie in der europäischen Renaissance, aber nach sorgfältiger Überlegung kam man zu dem Schluß, daß die Fenster wegen des schwülen Klimas in Japan offenstehen mußten. Das Gebäude sollte verschiedene Gerichte beherbergen, vom Ersten bis zum Obersten Gerichtshof. Wenn man um den Warteraum in der Mitte des Baus herum ein Dreieck zeichnet, befindet sich jeder Gerichtshof an einer Seite des Dreiecks (Abb. 15). Es gab im 19. Jahrhundert kein Beispiel für eine derartige Anordnung, aber wenn man bedenkt, daß damals das Gerichtswesen in Japan noch nicht vollendet war, kann man annehmen, daß die Firma Ende & Böckmann den Charakter der künftigen Rechtsprechung durch eine schematische Darstellung zu veranschaulichen suchte.

## 7. VERSUCHE MIT JAPANISIERENDEN ENTWÜRFEN

Inzwischen hatte keinerlei Revision der mit dem Ausland geschlossenen ungleichen Verträge stattgefunden. Außenminister Inoue geriet daher während des Aufenthaltes von Hermann Ende in Tōkyō in die Kritik der öffentlichen Meinung und legte sein Amt im September 1887 nieder.

Nationalisten und Ausländer, die in Japan lebten (vor allem Ernest Fenollosa), sprachen sich dagegen aus, daß die Regierungsgebäude im europäischen Stil gebaut würden (BÖCKMANN 1893: 85). Daraufhin zeichnete Ende in Berlin stark japanisierte Entwürfe, und zwar für das Parlament, das Gerichtsgebäude und das Justizministerium. Für diese waren nun große Dächer mit japanischen Stilformen auf europäischer Baustruktur vorgesehen.

Als Beispiel richten wir das Augenmerk auf den Entwurf für das Parlamentsgebäude (Abb. 16). Die großen Dächer im *irimoya*-Stil (ähnlich

Fußwalmdach) überwölben die beiden Flügel der Sitzungssäle. An den Eingang des Mittelteils heften sich die Dachdekorationen von *karahafu* (ein geschlängeltes Giebeldach) und darüber von *chidorihafu* (ein kleines Giebeldach), beides Dekorationen, um Monumentalität auszudrücken. *Chidorihafu*-Giebel waren auch für den Turm vorgesehen, aber als Ergebnis sah das Architekturbild des Mittelteils insgesamt nicht wie ein japanischer Turm oder Bergfried aus. Einen ähnlichen Ausdruck von Zwiebeldach und Turm kann man in dem von Ende & Böckmann entworfenen Landeshaus der Provinz Westpreußen in Danzig sehen (Abb. 17). Wenn man sie japanisiert, werden sie dem entsprechenden Teil des japanischen Parlamentsgebäudes ähnlich. Diese japanisierten Entwürfe wurden in der „Deutschen Bauzeitung“ im Jahre 1891 veröffentlicht.

Hermann Ende hatte angenommen, daß der Ausdruck des Daches die japanische Architektur bestimmt. Er hatte keinen Entwurf zustande gebracht, der nur auf Motiven der japanischen Architektur beruhte. Sein Turm des Parlamentsgebäudes weist einen merkwürdigen Stil auf und ist das Ergebnis dieses Versuchs zum Kompromiß. Er war weder europäisch noch japanisch. Diese stark japanisierenden Entwürfe wurden nicht angenommen, sondern wurden noch einmal in europäischem Sinne überarbeitet. Außerdem wurde der Bebauungsplan zusammengestrichen, und nur zwei Bauvorhaben wurden verwirklicht, das Justizministerium und das Gerichtsgebäude.

## 8. TRANSPLANTATION JAPANISCHER STILFORMEN

Im Jahre 1898 wurde ein Wettbewerb für den neuen Eingang zum Zoologischen Garten in Berlin ausgeschrieben (*Wettbewerb* 1899: 34–53; *Wettbewerb* 1898: 160–162; KLÖS 1990: 136–140). Der erste Preis wurde für den in japanischer Bauweise gehaltenen Entwurf von Zaar & Vahl vergeben (Abb. 18).

Das Eingangstor, das Verwaltungsgebäude und die Pfortnerhäuser hatten geschwungene Dächer, Säulen, *karahafu* (geschlängeltes Giebeldach), phantasievoll gerahmte Fenster und holzgeschnitzte Balken. Fast alle hölzernen Teile der Bauten leuchteten in auffälligem Rot und kontrastierten mit den grünglierten Ziegeln der Dächer (*Architektonische Rundschau* 1902: 55). Für die Ornamente wurde Goldfarbe verwendet. Das Eingangstor wurde 1899 gebaut, im Zweiten Weltkrieg zerstört und 1985 wieder aufgebaut (Abb. 19). Die Fenster sind ähnlich den Bogenfenstern buddhistischer Tempel (*katōmado*) seit der Kamakura-Zeit.

In der Baugeschichte des Zoologischen Gartens hatten Ende & Böckmann eine große Rolle gespielt (ENDE und BÖCKMANN 1877: 137–140, 149f,

161f, 175–8). In den 1870er Jahren hatten die Architekten viele Neubauten errichtet, wie etwa das Elefantenhaus und das Antilopenhaus. Bei den bildlichen Darstellungen solcher Tierarten hatten Ende & Böckmann jeweils die Heimat der Tiere eingebracht: zum Beispiel für das Antilopenhaus islamischen und für das Elefantenhaus indischen Stil (Abb. 20).

Bevor man den neuen Eingang errichtete, wurde in der Nähe ein Stelzvogelhaus (1897) von den Architekten Kayser und von Großheim in japanischen Stilformen gebaut (*Das neue Stelzvogelhaus*, in: *Deutsche Bauzeitung* (1902), No. 27, S. 169, 171; No. 29, S. 181f) (Abb. 21). Darin befanden sich damals die Kraniche (*tanchō*). Man kann annehmen, daß ihre Existenz sich mit der Anwendung japanischer Stilformen verband.

Während seines Aufenthaltes in Japan hatte Böckmann kunstgewerbliche Gegenstände, Fotos und eine Buddhastatue gekauft und nach Deutschland mitgebracht. Das Standbild hatte er dem Zoologischen Garten geschenkt, wo es nun im Stelzvogelhaus aufgestellt wurde (*Das neue Stelzvogelhaus*, in: *Deutsche Bauzeitung* (1902), No. 29, S. 182). Schon vor der Errichtung des Eingangs war das Viertel ein mit japanischer Atmosphäre versehener Ort. Seit 1893 war Böckmann Vorstandsmitglied und ab 1897 Vorsitzender des Zoologischen Gartens. Außerdem gehörte er als technischer Berater dem Preisgericht an (*Wettbewerb 1898*: 162). Der Träger des ersten Preises, Zaar, hatte persönlich bei der Firma Ende & Böckmann gearbeitet, und aus der starken Beziehung zwischen Zoologischem Garten und Böckmann heraus erklärt sich wohl, warum der japanische Stil dort angewandt wurde und der entsprechende Entwurf ausgezeichnet worden war.

## 9. DAS EHEMALIGE JUSTIZMINISTERIUM UND DAS WOHNHAUS BÖCKMANNS ALS DENKMÄLER

Heute existieren nur noch wenige Gebäude, die von Ende & Böckmann erstellt sind. Dazu gehören in Berlin das ehemalige Wohnhaus Böckmanns, das Antilopenhaus im Zoologischen Garten (Abb. 22) und das ehemalige Wohnhaus von der Heydt (Abb. 23, Sitz des Präsidenten und der Hauptverwaltung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz) sowie das ehemalige Justizministerium in Tōkyō und das ehemalige Landhaus und das Pfortnerhaus Böckmanns in Potsdam.

Das Gebäude des Justizministeriums wurde im Jahre 1895 vollendet. Bei dem schweren Erdbeben im Kantō-Gebiet 1923 erlitt es fast keinen Schaden, da in den Mauern Eisenstäbe verankert waren. Während des Zweiten Weltkrieges wurde es aber derart beschädigt, daß nur die Mauern und ein kleiner Teil des Fußbodens erhalten blieben. Danach wurde

es umgebaut und ab 1950 wieder als Justizministerium genutzt. Wegen der langen und ständigen Nutzung aber war das Gebäude stark in Mitleidenschaft gezogen (Abb. 24).

Im Bezirk Kasumigaseki, in dem das Justizministerium steht, wurden nach und nach die Gebäude des Amtsgerichts, des Landesgerichts, des Rechtsanwaltsvereins, der Staatsanwaltschaft usw. gebaut. Es gab deshalb keinen Platz für Erweiterungsbauten. Der neue Bebauungsplan wurde ab 1987 verwirklicht. Das Justizministerium wurde als unersetzliches Gebäude und als einziges übriggebliebenes Denkmal aus dem Gesamtbebauungsplan von Ende & Böckmann erhalten.

Zuerst wurde ein großes Hochhaus mit 20 Geschossen gebaut, in dem man verschiedene Abteilungen der Justizverwaltung unterbrachte. Damit konnte man einen großen Hof schaffen, und die Hauptachse des Hochhauses entspricht der Achse des Justizministeriums. Auf diese Weise entstand eine monumentale Architekturlandschaft.

Das nach dem Kriege errichtete Dach wurde abgetragen und der Bau weitgehend entkernt, jedoch unter Beibehaltung der ursprünglichen Außenmauern und Zwischenwände. Die herausgenommenen Decken ersetzte man aus sicherheitstechnischen Gründen durch Betondecken und baute das Dachgeschoß in der ursprünglichen Form wieder auf.

Über das Muster der Deckung haben wir, die an der Wiederherstellung Beteiligten, damals lange diskutiert. Die halbrunde und die rechteckige Form der Schieferplatten haben wir aus Gebäuden von Ende & Böckmann übernommen, z.B. aus dem Landeshaus der Provinz Westpreußen in Danzig (Abb. 17) und dem Erbprinzipalpalast in Dessau. Anhand eines alten Fotos konnten wir auch den Innenraum, der als Speisezimmer des Justizministers diente, wiederherstellen. Er verfügt über Ausstellungsräume für die Öffentlichkeit. Im Jahre 1995 wurde das ehemalige Justizministerium wiederaufgebaut und wird jetzt als „Bibliothek der Justiz“ und als Forschungsinstitut genutzt (Abb. 25–28).<sup>4</sup>

Das ehemalige Wohnhaus Böckmanns in der Voßstraße wurde im Jahre 1886 auch zu dem Zweck gebaut, als Architekturatelier zu dienen (Abb. 6, 29). Ab 1935 war das Gebäude Sitz der Direktion der Reichsbahn.<sup>5</sup> Dazu wurde das Innere 1935/36 umgebaut. In DDR-Zeiten wurde es als Dienstgebäude der damaligen Deutschen Reichsbahn genutzt. Seit 1995 steht es leer, und über seine künftige Verwendung ist noch keine endgültige Entscheidung getroffen.

---

<sup>4</sup> Siehe als Bericht über den Wiederaufbau des Justizministeriums *Hōmushō akarengatō*.

<sup>5</sup> Persönliche Kommunikation mit Frau Annett Kinzl (Bundesvermögensamt Berlin II) über die Baugeschichte des Wohnhauses von Böckmann.

Das Gebäude ist nicht nur das ehemalige Wohnhaus Böckmanns mit-samt dem Baubüro Ende & Böckmann, sondern auch ein historischer Platz, wo der japanische Architekt Kawai Kōzō und 17 japanische Handwerker übernachtet hatten, die später an den Regierungsgebäuden in Tōkyō gearbeitet hatten. Es wäre zu begrüßen, wenn das Objekt als Denkmal, das die Geschichte der Beziehungen zwischen Tōkyō und Berlin verkörpert, geschützt und entsprechend genutzt würde.

#### LITERATURVERZEICHNIS

- Architektonische Rundschau* (1902), S. 55.
- BÖCKMANN, Wilhelm (1886): *Reise nach Japan* (im Selbstverlag).
- Ders. (1893): Nachtrag zur „Reise nach Japan“. In: *Reise nach Indien*. Berlin: Als Manuskript gedruckt.
- Deutsche Bauzeitung* (1902): Nr. 22, 24, 26, 27, 28, 29.
- ENDE, Hermann (o.J.): *Personalnachrichten für das Archiv der Königlischen Akademie der Künste zu Berlin*.
- ENDE, Hermann und Wilhelm BÖCKMANN (1877): *Die Baulichkeiten des Zoologischen Gartens in Berlin*. Berlin: Ernst & Korn.
- FUJIMORI, Terunobu (1982): *Meiji no Tōkyō keikaku* [Die Bebauungspläne für Tōkyō in der Meiji-Zeit]. Tōkyō: Iwanami shoten.
- Geheimer Baurath Wilhelm Böckmann (1902). In: *Centralblatt der Bauverwaltung*, S. 525f.
- HARTUNG, Adolf (1908): Hermann Ende. In: *Berliner Architekturwelt*, S. 242.
- HOBRECHT, James (1887): Reise-Mittheilungen über Japan. In: *Deutsche Bauzeitung*, S. 574f.
- Hōmushō akarengatō* [Das Justizministerium aus roten Ziegelsteinen] (1996). Tōkyō: Shinken-chikusha.
- HORIUCHI, Masaaki (1989): *Meiji no oyatoi ken-chikuka Ende to Bekkuman* [Die in der Meiji-Zeit in Japan angestellten Architekten Ende und Böckmann]. Tōkyō: Inoue shoin.
- HORIUCHI, Masaaki und FUJIMORI Terunobu (1986): Bekkuman „Nihon ryōkōki“ ni tsuite [Böckmanns „Japanische Reise“]. In: *Ken-chikushigaku*, Nr. 7, S. 94–124.
- KLÖS, Heinz-Georg und Ursula (1990): *Der Berliner Zoo im Spiegel seiner Bauten 1841–1989*. Berlin: Heenemann Verlagsgesellschaft.
- KYLLMANN, Walter (1903): Wilhelm Böckmann. In: *Zeitschrift für Bauwesen*, S. 361–370.
- Meiji shoki Doitsu ryūgaku tōji no omoide, Ichikawa-Sasaki Ryōō no dan (1937) [Erinnerungen an Studienaufenthalte in der frühen Meiji-Zeit.

- Berichte von Ichikawa und Sasaki]. In: *Semento Kōgyō*, August 1937, S. 7–9.
- OKADA, Yoshiharu (1999): *Kenchikuka Matsugasaki Tsumunaga to Meiji shoki ni okeru Doitsu no kenchiku gijutsu no dōnyū ni kansuru kenkyū* [Studien über den Architekten Matsugasaki Tsumunaga und die Einführung deutscher architektonischer Techniken in der frühen Meiji-Zeit]. Diss. Kokugakuin Universität (im Selbstverlag).
- OTZEN, Johannes (1908a): Gedächtnisfeier für Hermann Ende. In: *Deutsche Bauzeitung*, S. 131–136.
- Ders. (1908b): Gedächtnisrede. In: *Wochenschrift des Architekten-Vereins zu Berlin*, Nummer 16, S. 86–100.
- WALLÉ, P. (1902): Hermann Ende. In: *Der Baumeister*, S. 25–29.
- Wettbewerb für einen neuen Eingang zum Zoologischen Garten in Berlin (1898). In: *Centralblatt der Bauverwaltung*, S. 160–162.
- Wettbewerb: Zoologischer Garten in Berlin (1899). In: *Berliner Architekturwelt*, S. 34–53.

#### ABBILDUNGSNACHWEIS

- Architektonische Rundschau*, 1893, Abb. 8
- Berliner Architekturwelt*, 1899, Abb. 18
- Berliner Architekturwelt*, 1908, Abb. 1
- Böckmann, Wilhelm, *Reise nach Japan*, 1886, Abb. 3
- Deutsche Bauzeitung*, 1891, Abb. 16
- Deutsche Bauzeitung*, 1902, Abb. 21
- Horiuchi, Masaaki Abb. 4, 19, 22–29
- Ishida, Yorifusa (Hrsg.), *Mikan no Tōkyō keikaku* [Unausgeführte Bebauungspläne für Tōkyō], Chikuma Shobō, 1992, Abb. 5, 14
- Landesarchiv Berlin, Abb. 20
- Technische Universität Berlin, Universitätsbibliothek, Plansammlung, Abb. 7, 9–13, 15
- Zeitschrift für Bauwesen*, 1887, Abb. 6, 17
- Zeitschrift für Bauwesen*, 1903, Abb. 2

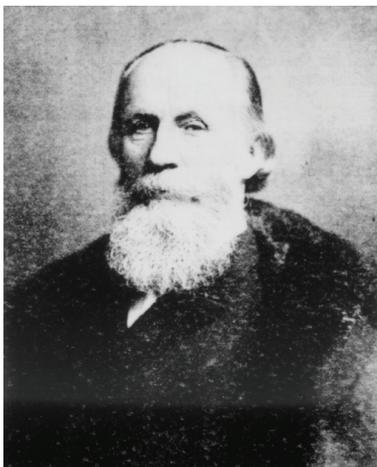


Abb. 1: Hermann Ende (1829–1907)

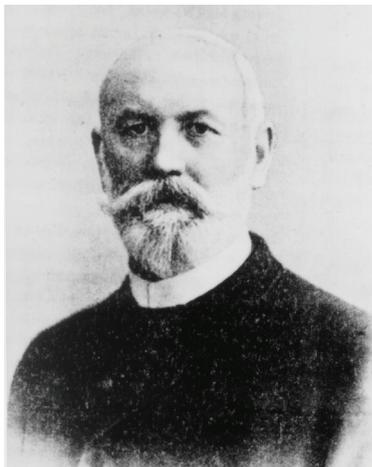


Abb. 2: Wilhelm Böckmann (1832–1902)



Abb. 3: Böckmann in Hakone. Der Japaner links von Böckmann ist Matsugasaki Tsumunaga. Er diente Böckmann als Assistent und Dolmetscher.



Abb. 4: Der noch existierende Ziegelbrennofen in der Stadt Fukaya in Saitama (Ringförmiger Brennofen)

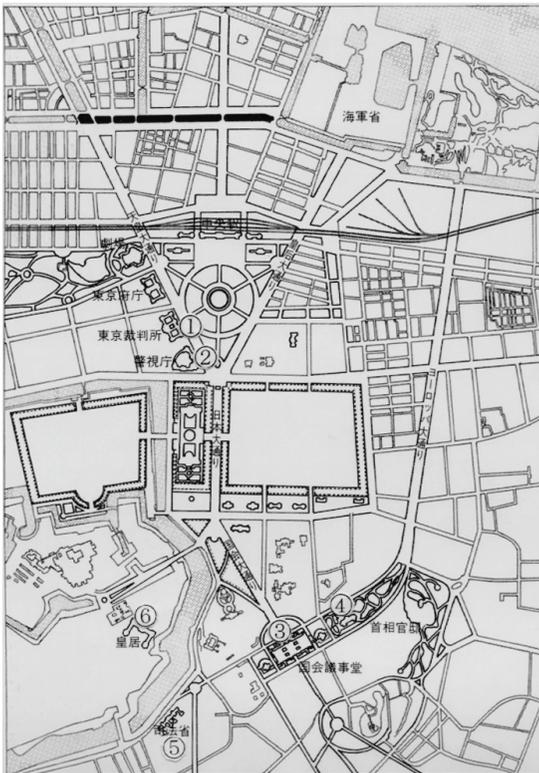


Abb. 5: Der Bebauungsplan für Tōkyō von Böckmann: (1) Gerichtsgebäude, (2) Polizeipräsidium, (3) Parlamentsgebäude, (4) Residenz des Premierministers, (5) Justizministerium, (6) Kaiserpalast

Abb. 6: Das ehemalige Wohnhaus von Böckmann an der Voßstraße

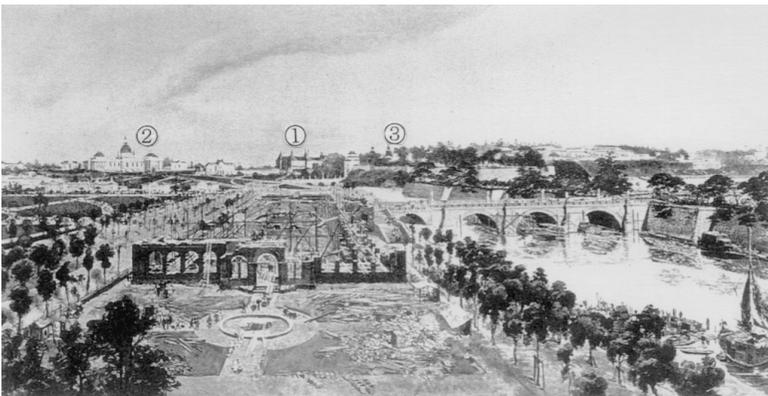


Abb. 7: Das Panorama zeigt eine perspektivische Ansicht des Bebauungsplans. Man sieht in der Mitte das Justizministerium (1), links das Parlamentsgebäude (2), rechts einen Teil des kaiserlichen Palastes (3). (Das Gebäude im Vordergrund ist ein Ausstellungsgebäude, das mit Bauwerken von Ende & Böckmann nichts zu tun hat.)



Abb. 8: Das Parlamentsgebäude



Abb. 9: Das Gerichtsgebäude



Abb. 10: Das Justizministerium



Abb. 11: Das Polizeipräsidium



Abb. 12: Die Residenz des Premierministers



Abb. 13: Der Kaiserpalast

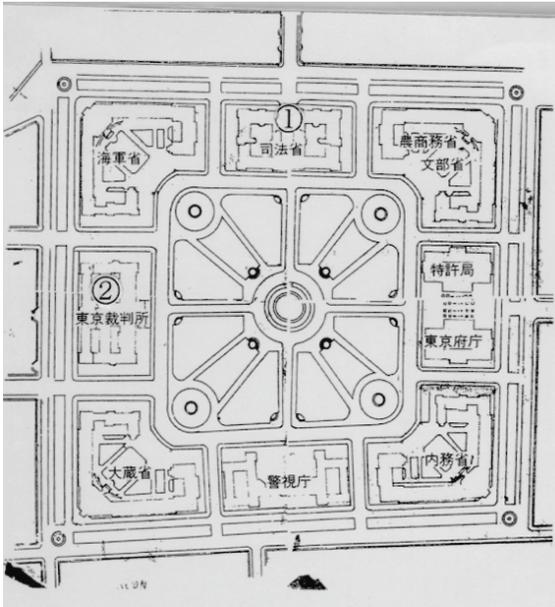


Abb. 14: Der Bebauungsplan von Ende. In der Mitte ist ein großer Hof. Oben in der Mitte ist das Justizministerium (1). Mitte links ist das Gerichtsgebäude (2). Schließlich wurde das Justizministerium auf der linken Seite gebaut.

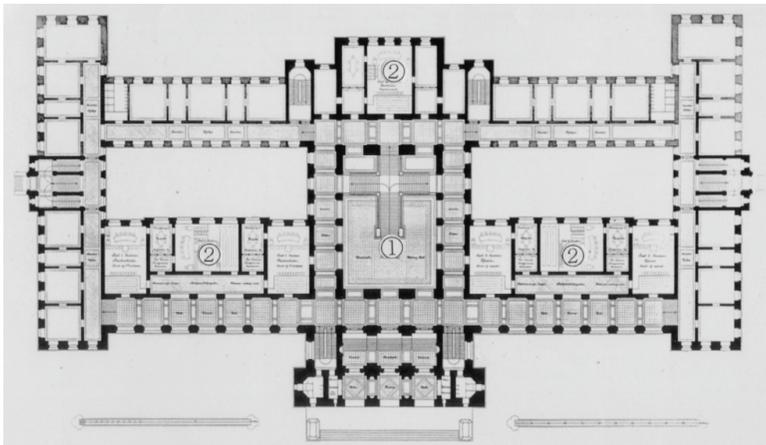


Abb. 15: Der Grundriß des Gerichtsgebäudes: (1) Warteraum, (2) Gerichtshof



Abb. 16: Der japanisierte Entwurf für das Parlamentsgebäude



Abb. 17: Das Landeshaus der Provinz Westpreußen in Danzig



Abb. 18: Der Wettbewerbentwurf von Zaar & Vahl für den neuen Eingang zum Zoologischen Garten in Berlin



Abb. 19: Das Eingangstor des Zoologischen Gartens in Berlin



Abb. 20: Das Elefantenhaus im Zoologischen Garten



Abb. 21: Das Stelzvogelhaus von Kayser und von Großheim



Abb. 22: Das Antilopenhaus im Zoologischen Garten in Berlin



Abb. 23: Das ehemalige Wohnhaus von der Heydt in Berlin (Sitz des Präsidenten und der Hauptverwaltung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz). Das Gebäude wurde von Ende und G. Linke errichtet.



Abb. 24: Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das Justizministerium umgebaut und ab 1950 wieder als Justizministerium benutzt.



Abb. 25: Im Jahre 1995 wurde das Justizministerium wiederaufgebaut. Hier die Vorderseite.



Abb. 26: Die Rückseite des Justizministeriums



Abb. 27: Die Hofpflasterung zeigt den Bebauungsplan von Böckmann (Abb. 5)



Abb. 28: Der wiederhergestellte Innenraum (ehem. Speisezimmer des Justizministers). Er verfügt über Ausstellungsräume für die Öffentlichkeit zur Geschichte des Rechts.



Abb. 29: Das ehemalige Wohnhaus Bockmanns an der Voßstraße

## AUTORENVERZEICHNIS

### **Ando Junko**

Dr. phil., geb. 1954. Studierte Geschichte und Philosophie an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. 1987–2001 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Ostasien-Institut/Lehrstuhl Modernes Japan, ebenda.

Seit Mai 2001 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Institut für Japanstudien in Tōkyō.

### **Bert Becker**

Dr. phil., geb. 1960. Studierte Geschichte, Deutsch und Niederländisch. Universitätsabschlüsse: Erstes Staatsexamen für die Sekundarstufe I und II, Promotion. Bis 2000 mehrjährige Tätigkeit als Leiter des Bildungswerks Potsdam der Konrad-Adenauer-Stiftung; Lehrbeauftragter am Ostasiatischen Seminar der Freien Universität Berlin und am Historischen Institut der Universität Potsdam.

Seit Januar 2002 Assistenzprofessor für Europäische Geschichte an der University of Hong Kong.

### **Astrid Brochlos**

Dr. phil., geb. 1958. 1976–1981 Diplom-Sprachmittler-Studium Englisch/Japanisch an der Humboldt-Universität zu Berlin. 1986 Promotion auf dem Gebiet „Geschichte Japans“ ebenda. 1986–2000 wissenschaftliche Mitarbeiterin in Japanologie ebenda.

Dazwischen 1987–1989 Deutschlektorin in Nord-Korea und Laos, 1993–1995 Direktorin der Japanologie an der Humboldt-Universität, WS 1999/2000 Vertretung der vakanten Professur für japanische Geschichte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Seit April 2000 Leiterin der Japan-Bibliothek am Zentrum für Sprache und Kultur Japans an der Humboldt-Universität.

### **Horiuchi Masaaki**

Dr., geb. 1954. 1974–1978 Studium der Architektur an der Technischen Hochschule Shibaura (Shibaura Kōgyō Daigaku). 1978–1986 Studium der europäischen Baugeschichte als Doktorand an der Städtischen Universität Tōkyō (Tōkyō Toritsu Daigaku). 1981–1983 Studium der deutschen Baugeschichte des 19. Jahrhunderts als Stipendiat des DAAD an der Technischen Universität Berlin. 1986 Promotion mit dem Dissertationsthema „Rundbogenstil-Architektur in Deutschland“.

Seit 1988 a.o. Professor für Baugeschichte und Denkmalschutz an der Shōwa-Frauenuniversität (Shōwa Joshi Daigaku) in Tōkyō. 1991–95 Tätigkeit als Berater beim Wiederaufbau des Justizministeriums in Tōkyō.

### **Gerhard Krebs**

Dr. phil., geb. 1943. Studierte Germanistik, Geschichte und Japanisch an Universitäten in Hamburg, Freiburg/Br., Bonn und Tōkyō. 1981–90 und von 2000 an Lehrtätigkeit an Universitäten in Tōkyō, Freiburg/Br. und Berlin, 1990–1999 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an Forschungsinstituten in Tōkyō and Potsdam. 1987 erhielt er den Japan-Preis der OAG in Tōkyō für seine Dissertation „Japans Deutschlandpolitik 1935–1941“ (Freiburg 1982, gedruckt in 2 Bänden, Hamburg 1984). 2000 Habilitation an der Universität Hamburg in Japanologie.

Seit 2000 Gastprofessor für Japanologie an der Freien Universität Berlin.

### **Lee Eun-Jeung**

Dr. phil., geb. 1963. Studierte an der Ewha Universität in Seoul und der Universität Göttingen. 1993 Promotion in Göttingen. 1995–96 Stipendiatin der Alexander von Humboldt Stiftung. 2001 Habilitation an der Universität Halle mit dem Thema „„Anti-Europa“: Die Geschichte der Rezeption des Konfuzianismus und der konfuzianischen Gesellschaft seit der frühen Aufklärung“ (erscheint 2002 im Druck).

Z.Zt. Privatdozentin an der Universität Halle und Visiting Research Fellow an der School for International Politics, Economics and Business der Aoyama-Gakuin Universität in Tōkyō. Gegenwärtig Arbeit an den Themen: „Bildung der asiatischen Identität“, „Geschichte und Kultur Koreas“ und „Ideengeschichte Ostasiens“.

### **Bernd Martin**

Dr. phil., geb. 1940. Studierte in Marburg, Durham/England und West-Berlin Osteuropäische Geschichte, Anglistik und Politik. 1967 Promotion mit dem Thema „Deutschland und Japan im Zweiten Weltkrieg“. 1973 Habilitation mit dem Thema „Friedensinitiativen und Machtpolitik im Zweiten Weltkrieg“.

Seit 1976 Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Freiburg. 1999 Verdienstorden der Republik Polen.

Hauptforschungs- und Lehrgebiete: Geschichte der Zwischenkriegszeit und des Zweiten Weltkrieges, Geschichte des modernen Ostasien, Japan und China. Regelmäßige Lehrveranstaltungen zu Ostasien. Zahlreiche

Veröffentlichungen, vor allem zur japanischen und chinesischen Geschichte.

**Margaret Mehl**

Dr. phil., geb. 1961. Studierte Japanologie und Geschichte in Bonn und Tōkyō. 1991 Promotion, 1991–93 Forschungsstipendium in Cambridge, 1994–95 Dozentin in Edinburgh, 1995–2000 Dozentin am Scottish Centre for Japanese Studies in Stirling.

Seit Januar 2001 Assistant Professor in Kopenhagen.

**Jörg Möller**

Dr. Sportwiss. Dr. päd., geb. 1963. Studierte Sportwissenschaften, Philosophie, Pädagogik, Geschichte, Japanologie und Völkerkunde an der Deutschen Sporthochschule Köln, Nihon Taiiku Daigaku in Tōkyō und der Universität zu Köln.

Gegenwärtig Leiter des Christlich-Pädagogischen Instituts der CJD Arnold-Dannenmann-Akademie, Eppingen.

**Nakai Akio**

Dr. phil., geb. 1927. Studierte 1949–1955 Geschichte an der Sophia-Universität in Tōkyō. 1953–1962 Lehrer einer „Highschool“, 1962 Stipendium der Schweizerischen Eidgenossenschaft und Promotion an der Universität Bern. Nach der Rückkehr Lehrauftrag an der Sophia-Universität. 1973–1997 ordentlicher Professor für moderne Geschichte an der Sophia-Universität.

Wichtige Veröffentlichungen:

Das Verhältnis zwischen der Schweiz und Japan. Vom Beginn der diplomatischen Beziehungen 1859 bis 1868, Bern/Stuttgart 1967; mehrere Übersetzungen ins Japanische, z. B.: Die preußische Expedition nach Ost-Asien, nach amtlichen Quellen, 2 Bde., Tōkyō 1969 (Original: Berlin 1864/66).

**Michael Rauck**

Dr. rer. pol., geb. 1957. Studierte Wirtschaftspädagogik mit Wahlfach Wirtschaftsgeschichte.

Studienabschlüsse: Diplom-Handelslehrer 1980, 1989 Promotion.

Letzte Position: Associate Professor, Okayama University.

### **Wilhelm Röhl**

Dr. jur., Dr. phil., geb. 1922. Studium der Rechtswissenschaft und der Japanologie. Erstes und zweites juristisches Staatsexamen 1943 und 1947. Dr. jur. 1949, Dr. phil. (Japanologie) 1954. 1947–1952 Rechtsanwalt in Hamburg, 1952–1972 Richter in Hamburg, 1972–1987 Senatsdirektor in der Justizbehörde Hamburg.

Aufenthalte in Japan: 1956, 1957–1960 (Lektor an der Universität Tōkyō und am Ausbildungsinstitut für Rechtsreferendare, Leiter des Deutschen Kulturinstituts in Tōkyō, Studium der japanischen Rechtsgeschichte), 1991 (Vorträge).

Seit 1968 Vorsitzender des Vorstands des Instituts für Asienkunde; Mitbegründer und erster Präsident der Deutsch-Japanischen Juristenvereinigung, jetzt Ehrenpräsident.

### **Hartmut Walravens**

Dr. phil. habil., geb. 1944, studierte Sinologie in Köln und Bonn.

Tätig als Bibliothekar an der Staatsbibliothek zu Berlin.

### **Ulrich Wattenberg**

Dr. rer. nat., geb. 1937. Studierte Naturwissenschaften und Kunstgeschichte in Kiel und Marburg. Dipl.-Mineraloge/Forschungsassistent am Kristallographischen Institut der Univ. Marburg, mit dem DAAD-Sprachstipendium für Japanisch 1974–76 in Tōkyō. Ab 1977 Aufbau und Leitung der Außenstelle des zur Max-Planck-Gesellschaft gehörenden Instituts für Dokumentation im Deutschen Kulturzentrum in Tōkyō. 1993 Rückkehr nach Deutschland und Mitarbeiter im Institut für Softwaretechnologie und Rechnerarchitektur in Berlin-Adlershof. Seit Mai 2001 im Ruhestand. Publikationen u. a. zur Stadtgeschichte Edo/Tōkyō und zur Iwakura-Mission.

### **Rolf-Harald Wippich**

Dr. phil., geb. 1950. Studierte Geschichte, Philosophie, Politologie und Völkerkunde in Köln, 1985 Promotion in Köln, 1986–1989 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Seminar der Universität zu Köln; ab 1989 in Japan tätig.

Seit 1991 Professor für Europäische Geschichte an der Sophia-Universität in Tōkyō, Faculty of Comparative Culture; Forschungsschwerpunkte: Deutsch-Japanische Beziehungen im 19. und 20. Jh.

**Reinhard Zöllner**

Dr. phil., geb. 1961. Latein- und Geschichtsstudium in Kiel, Japanologie in Hamburg und Tōkyō. 1992 Promotion in Kiel, 1997 Habilitation in Trier. 1997–1999 Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte am Seminar für Japanologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Seither Inhaber des Lehrstuhls für Ostasiatische Geschichte an der Universität Erfurt.

## ENGLISH SUMMARIES

*NAKAI Akiō*

### THE JAPANESE IMAGE OF PRUSSIA IN HISTORICAL PERSPECTIVE

In 1861, Japan and Prussia concluded a Treaty of Friendship and Commerce and commenced their diplomatic relations. When Germany was unified in 1871 with the Prussian King as Emperor of the new German state, the Meiji-Restoration had taken place in Japan. Following the model of Prussian reform, the Meiji Government carried forward the rapid modernization of Japan under the slogan “*Fukoku kyōhei*” (enrich the nation and strengthen the military). Since Japan’s leadership admired Prussia it followed its example in many fields. Thus the monarchy, bureaucracy and military came to bear a close resemblance to the Prussian system. However, owing to German participation in the Triple Intervention after the Sino-Japanese War in 1895 and the rise of “Yellow Peril” hysteria in Germany, relations cooled down and during World War I, Japan declared war on Germany. Soon after the war, Japan developed cordial relations with the Weimar Republic. When the Nazis seized power, Japan considered that the Prussian tradition would be better valued by this regime. At the same time, militarism was on the rise in Japan. A military alliance was formed with Germany and both countries were driven to ruin in 1945.

*LEE Eun-Jung*

### “A CONFUCIAN IDEAL STATE”

#### THE RECEPTION OF CONFUCIANISM IN GERMANY’S EARLY ENLIGHTENMENT

During the early Enlightenment the reception of Confucianism in Germany was very positive. Philosophers like Leibniz, Wolff and Justi saw in the Chinese state, which was based on the principles of Confucian philosophy, the realization of an ideal state. At the same time for them this Chinese state was the empirical proof that human beings are able to think and act rationally without resorting to the idea of divine revelation. In this way China and Confucianism became a preferred model of political enlightenment in Germany. This reformative character of the reception of Confucianism in Germany until around 1760 has usually been ignored in modern academic discussion about the Enlightenment. Yet the impact of Confucian political philosophy on political thought and practice in Ger-

many was in fact far more important than is generally acknowledged today.

*Reinhard ZÖLLNER*

PRUSSIAN PERCEPTIONS OF JAPAN UNTIL THE MID 19TH CENTURY

Prussian interest in Japan before 1850 can be divided into three stages. Before 1750, the Prussian court was mainly interested in products of art such as Japanese lacquerware and porcelain. A number of Prussian employees of the Dutch East India Company brought their personal collections of things Japanese back to Prussia, and some travelogues appeared in print, but China received much more attention than Japan. In the second stage, starting with the foundation of Prussia's Royal Asiatic Company in 1751, trade took place with China only, but nevertheless two thirds of all Prussian books dealing with Japan appeared until in this period lasting until 1800, although king Frederick II denounced knowledge about Asia as useless. From 1776 onwards criticism of alleged Japanese despotism became prevalent, but philosopher Immanuel Kant, on the other hand, praised Japan for her seclusion policy and freedom from European domination. The last stage, from 1800 to 1850, was characterized by minimum public interest in Japan, with the important exception of missionary work. As a by-product of the China Mission which the Prussian missionary Karl (Charles) Friedrich August Gützlaff made popular among Americans, British, Dutch, and Germans, Gützlaff also promoted the idea of opening Japan for Christian mission and foreign trade. Moreover, he prepared the oldest extant Bible translation into Japanese. His attempt to open Japan and do missionary work there failed, however.

*Bernd MARTIN*

THE PRUSSIAN EXPEDITION TO THE FAR EAST AND THE TREATY OF FRIENDSHIP, COMMERCE AND SHIPPING WITH JAPAN  
(JANUARY 24, 1861)

The mission, headed by the former Prussian Consul General in Warsaw, Friedrich zu Eulenburg, was to conclude formal diplomatic and commercial treaties with China, Japan and Siam on behalf of all members of the German Customs Union. In December 1859 four ships, half of the entire Prussian Navy, left Danzig but the inexperienced Prussian colonial new-

comer arrived in Japan only with British and French support. When the expedition anchored in the bay of Edo in early September 1860 the shogunate was far from ready to conclude any further treaties with Western powers and the Prussian diplomats and the naval officers spent their time in enforced idleness. Exploring the countryside on horseback and writing long reports about these adventures became the main task of the young attachés and naval cadets. The participants in the mission soon detected numerous similarities between Prussia and Japan. All of a sudden, the Japanese side changed their strategy and in December 1860 proposed serious negotiations about a formal treaty. Eulenburg was taken by surprise and could not refuse the Japanese wish to conclude an agreement between Prussia and Japan only. The shogun's representatives claimed total ignorance about the German Customs Union and were horrified by the idea of concluding one single treaty with more than 30 German states. When the treaty was eventually signed, on January 24, 1861, Prussia had failed in its German unification mission, but had succeeded in establishing normal diplomatic and commercial relations between Prussia and Japan, a country that was, like Germany, on its way to national unification.

*Ulrich WATTENBERG*  
THE IWAKURA MISSION IN PRUSSIA

When then Japanese governmental mission, led by Prince Iwakura, reached Germany in spring 1873, Prussia had already become a part of the newly established German Empire, but as the Emperor as well as the leading politicians were Prussians, the visit of the Iwakura mission was mainly a Japanese-Prussian event. The mission, which stayed in Berlin for three weeks, was well received by Emperor and statesmen. After returning to Japan, the members of the missions wrote their official reports, putting together facts and figures. A more vivid view of the western world can be found in a semi-official five-volume book for the general public, compiled by the secretary to the mission, Kume Kunitake. Kume, although little impressed by Western society, gave due attention to Prussia's military, administrative and industrial strength. The mission listened carefully to Bismarck's dinner-speech, in which he advised Japan to trust only her own military power to protect its rights rather than to hope for help from a "league of nations" under discussion at that time. Prussia, which was on the way to catch up with France and Great Britain in many fields, seemed a good choice as a model for Japan in its effort to compete with the Western World.

Gerhard KREBS  
JAPAN AND THE PRUSSIAN ARMY

Already during the last years of the shogunate Japan had made use of foreign experts in the military field, since it had fallen behind in modern warfare and armory because of the long period of seclusion. For the modernization of the army, Japan chose France as a model and employed French officers as advisors. These bonds were even intensified after the Meiji restoration in 1868, and even continued after the defeat of France against the German states under Prussia's leadership in 1871. Leaders of the Japanese army like Yamagata Aritomo and Katsura Tarō, however, became convinced that the Germans had an army superior to all other countries of the world. So they gradually changed the system to base it on the German model. The number of French officers in the service of the Japanese army was reduced and the last one had to leave in 1888. In 1878 the general staff was reorganized according to the German model and granted independence from the government. From that time onwards it was only responsible to the emperor. In 1882, following the model of the German war academy, the army high school (*rikugun daigakkō*) was founded in Japan. From 1885–88 the Prussian Major Klemens Wilhelm Jakob Meckel, a prominent student of Helmuth von Moltke, chief of the general staff and considered a military genius, was employed as teacher and adviser of the Japanese army. He reformed the army in every field, including strategy, organization, equipment, armament industry, coast fortifications and transport system. Japan's military victories against China and Russia between 1894 and 1905 were largely attributed to the education the army had received from Germany.

Astrid BROCHLOS  
THE DEPARTMENT OF EAST ASIAN LANGUAGES AT BERLIN UNIVERSITY AND  
THE TEACHING OF JAPANESE

In the second half of the 19th century the political and commercial relationship between the German Empire and the overseas countries developed surprisingly fast, resulting in an increasing need for people with profound foreign language abilities. The German government tried to meet this demand by the establishment of a special language institute. It was opened in October 1887 as the so-called "Seminar für Orientalische Sprachen an der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität" (today's Humboldt University) or simply "SOS" ("Seminar für Orientalische Sprachen", i.e. Seminar for Oriental Languages). This paper gives some

information on the ideas behind the foundation of the SOS and its history until 1945. Special attention is paid to the development of the Japanese course, which was founded in the very beginning (1887) and can thus be called the oldest one in Germany.

*ANDO Junko*

JAPAN AND THE PRUSSIAN CONSTITUTION

In 1881, in response to the demands of the civil rights movement for a liberal constitution and the establishment of a parliament, the Japanese government committed itself to drawing up a parliamentary constitution. Japan's first modern constitution (which was promulgated in 1889) was to be modelled on the Prussian constitution. Following the government's decision, Itō Hirobumi was sent to Europe to receive instruction on constitutional law and constitutional government from German scholars. The interpretations of constitutionalism presented by the four German legal advisors (Rudolf von Gneist, Lorenz von Stein, Herman Roesler, Albert Mosse) revealed considerable differences. Thus the Japanese had to decide on one of the interpretations, and their decision was influenced by the traditional Confucian concept of rule by virtue (*tokuchi*), as well as by concepts of imperial rule rooted in National Learning (*kokugaku*).

*Wilhelm RÖHL*

THE INFLUENCE OF GERMAN LAW IN JAPAN

When the last shogun, the head of the military class and actual ruler, had resigned in 1867 and the tenno regained supremacy (Meiji-Restoration), the main object of the new regime with regard to foreign affairs was the revision of the so-called 'unequal treaties' which had been pressed upon Japan by the USA and other western countries in around 1860. In order to reach their goal the Japanese had to modernize their legal system and make it fairly compatible with that of the parties to the treaties. At first French law served as a model, but from the 1880s on German law became most influential. Important legal codes were drafted by German legal experts and formed on the pattern of the latest German laws. Traditional Japanese views were taken into consideration provided they did not endanger the objective. Japanese scholars and practitioners held the German legal theory in the highest esteem for two decades. Seen as a whole the reception of German law in Japan was a particular event and not

comparable to the reception of Roman law in Germany in the 15th century.

*Bert BECKER*

THE PRUSSIAN LAWYER GEORG MICHAELIS IN JAPAN (1885–1889)

Georg Michaelis is still known as the first civilian Imperial Chancellor who only stayed in office for fourteen weeks in 1917, during World War I. In contrast to this failure stands his brilliant career as a Prussian bureaucrat from the 1890s. Decisive for his promotion was a four-years-stay in Tōkyō from 1885 to 1889 as a teacher of German law and political economy. Michaelis' influence on German-Japanese relations is a rather unknown chapter. On the basis of the recently published letters and diaries from his hand this paper tries to summarize Michaelis' part in Japan's modernization process. Furthermore, it discusses his nationalism and antisemitism as a social phenomenon of this time. Michaelis' image of Japan and the Japanese gives a good and perhaps typical example of the way in which many western foreigners were thinking about country and people. His reports from Japan, which are mostly dispassionate and critical do not illuminate the reality but help to create a pragmatic glance backward at the relationship between Germans and Japanese as a part of their common history.

*Margaret MEHL*

JAPAN AND PRUSSIAN / GERMAN HISTORIOGRAPHY

National unification occurred at around the same time in Japan and (under Prussian leadership) Germany. In both countries historical writing and the evolution of history as an academic discipline were inspired by the formation of the national state. Moreover, in the 1880s, Germany became a model for Japan in many fields, including that of historical scholarship. At the same time Japan had her own traditions of historiography, including histories compiled by rulers to legitimize their rule and a school of textual criticism (*kōshōgaku*). Neither indigenous traditions nor the German example, however, enabled Japan to create a history that could give meaning to the newly-founded nation.

*Hartmut WALRAVENS*

PRUSSIAN-JAPANESE RELATIONS IN THE FIELD OF ART

While the first contacts between Prussia and Japan in the field of art date back to the late 17th century when the Grand Elector (Großer Kurfürst) acquired a beautiful *Flora japonica* done by Japanese artists, relations picked up momentum only in the second half of the 19th century, with the Prussian Expedition to East Asia. Max von Brandt, later Prussian minister to Japan, and Wilhelm Heine, who also accompanied Admiral Perry, were members of that team of experts. Among the noteworthy later scholars and collectors were Otto Kummel who gave East Asian art history in Europe its critical basis, Fritz Rumpf, expert in ukiyo-e, Peter Jessen and Curt Glaser, art historians and librarians, and Felix Tikotin, art dealer. The Japan Institute in Berlin and the Association for East Asian Art also played an important role in bilateral contacts in the field of art.

*Rolf-Harald WIPPICH*

GERMAN MISSIONARY ACTIVITIES IN MEIJI-JAPAN

The General Evangelical Protestant Missionary Society began its work in Japan with the arrival of Wilfried Spinner in 1885. Introducing liberal theology, the Society aimed at a reconciliation of Christianity with the “seeds of truth” in Japanese culture. Spinner paved the way for the Society’s activity by founding a Theological School, a monthly magazine to propagate liberal ideas and a Japanese Church. After Spinner’s departure in 1891 it became evident that the Society was burdened with too many commitments and ill-prepared to cope with the rise of nationalism and the call for self-determination among the Japanese Christians. While the Japanese Church alienated itself from the Society and the magazine had to be closed down, the Theological School could be saved through the cooperation with the Kumiai-Church in 1908.

*Michael RAUCK*

PRUSSO-JAPANESE RELATIONS IN THE ECONOMIC-INDUSTRIAL FIELD

The first Prusso-Japanese Treaty, concluded in 1861, emphasized Prussia’s leadership role among the German states, even the Hansa Towns, which had more importance than Prussia in regard to commerce and shipping. Prussia was to play a prominent role for Japan’s modernization, by providing education for an important part of the Japanese elite at

Prussian colleges and universities like the Friedrich Wilhelm University of Berlin, as well as in companies, and by despatching highly qualified teachers, scientists and engineers to Japan. Also large industrial corporations like Siemens, AEG, Krupp, and Gutehoffnungshütte took a – sometimes rather cautious – part in technology transfer to Japan. Technology transfer into the other direction was the goal of an investigation for the Prussian Ministry of Commerce by J. J. Rein, whose findings were highly appreciated all over Europe for decades, but could not be successfully implemented.

*Jörg MÖLLER*

JAPAN AND THE PRUSSIAN EDUCATION SYSTEM

One of the most important tasks of the Meiji leaders consisted in the creation of a comprehensive modern educational system. Suggestions for this were taken over from the USA, France and also from Prussia. The educational system of Prussia was known as the best in the world and seemed to suit the national political needs of the young Japanese state best. The formalizing and systematization of instruction and the strict regulation of teacher training in Prussia were adopted by Japan. There, as in Prussia, they became mayor steps in the foundation of an effective educational system, which maximized opportunities for all in the quest for knowledge and learning.

*HORIUCHI Masaaki*

THE CONSTRUCTION ENTERPRISE ENDE & BOECKMANN'S RELATION WITH  
JAPAN

In 1886 and 1887, Ende & Boeckmann company, as a result of investigations made in Japan, presented a city plan and designed government buildings in central Tōkyō. Their designs reflected architectural styles of historicism in the second half of the 19th century in Europe. In 1887, Japanese architects and craftsmen went over to Berlin and for six weeks they stayed at the house of W. Boeckmann in order to plan Japanese government office buildings. This still existing house is important as a building commemorating the relationship between Tōkyō and Berlin. In 1898, the company Zaar & Vahl won the competition for the new buildings of the Berlin Zoo. These buildings completed in 1899 were in Japanese style. In the 1870s, Ende & Boeckmann were commissioned to design the buildings of the Berlin Zoo and their designs reflected architectural

styles of particular places from where particular animals came to Berlin. In 1897, a Japanesque aviary was built by another firm. Boeckmann, who had purchased a Buddhist statue during his stay in Japan, presented it to the aviary in the Berlin Zoo. He was in the jury for the 1898 competition and its winner, Zaar had worked for Ende & Boeckmann. Thus Ende & Boeckmann played an important part in cultural interaction in the architecture of the Berlin Zoo.

## MONOGRAPHIEN AUS DEM DEUTSCHEN INSTITUT FÜR JAPANSTUDIEN

- Bd. 1: Harumi Befu, Josef Kreiner (Eds.): *Othernesses of Japan. Historical and Cultural Influences on Japanese Studies in Ten Countries.*  
1992, 2<sup>1995</sup> ISBN 3-89129-481-6 342 S., kt.
- Bd. 2: Erich Pauer (Hg.): *Technologietransfer Deutschland – Japan von 1850 bis zur Gegenwart.*  
1992 ISBN 3-89129-482-4 330 S., geb.
- Bd. 3: Shigeyoshi Tokunaga, Norbert Altmann, Helmut Demes (Eds.): *New Impacts on Industrial Relations – Internationalization and Changing Production Strategies.*  
1992 ISBN 3-89129-483-2 492 S., geb.
- Bd. 4: Roy Andrew Miller: *Die japanische Sprache. Geschichte und Struktur.* Aus dem überarbeiteten englischen Original übersetzt von Jürgen Stalph et al.  
1993 ISBN 3-89129-484-0 XXVI, 497 S., 24 Tafeln, geb.
- Bd. 5: Heinrich Menkhaus (Hg.): *Das Japanische im japanischen Recht.*  
1994 ISBN 3-89129-485-9 XVI, 575 S., geb.
- Bd. 6: Josef Kreiner (Ed.): *European Studies on Ainu Language and Culture.*  
1993 ISBN 3-89129-486-7 324 S., geb.
- Bd. 7: Hans Dieter Ölschleger, Helmut Demes, Heinrich Menkhaus, Ulrich Möhwald, Annelie Ortmanns, Bettina Post-Kobayashi: *Individualität und Egalität im gegenwärtigen Japan. Untersuchungen zu Wertemustern in bezug auf Familie und Arbeitswelt.*  
1994 ISBN 3-89129-487-5 472 S., geb.
- Bd. 8: Gerhard Krebs, Bernd Martin (Hg.): *Formierung und Fall der Achse Berlin-Tōkyō.*  
1994 ISBN 3-89129-488-3 256 S., geb.
- Bd. 9: Helmut Demes, Walter Georg (Hg.): *Gelernte Karriere. Bildung und Berufsverlauf in Japan.*  
1994 ISBN 3-89129-489-1 521 S., geb.
- Bd. 10: Josef Kreiner (Ed.): *Japan in Global Context. Papers presented on the Occasion of the Fifth Anniversary of the German Institute for Japanese Studies, Tōkyō.*  
1994 ISBN 3-89129-490-5 123 S., geb.
- Bd. 11: Josef Kreiner (Ed.): *The Impact of Traditional Thought on Present-Day Japan.*  
1996 ISBN 3-89129-491-3 236 S., geb.

- Bd. 12: Josef Kreiner, Hans Dieter Ölschleger (Eds.): *Japanese Culture and Society, Models of Interpretation*.  
1996 ISBN 3-89129-492-1 361 S., geb.
- Bd. 13: Josef Kreiner (Ed.): *Sources of Ryūkyūan History and Culture in European Collections*.  
1996 ISBN 3-89129-493-X 396 S., geb.
- Bd. 14: Aoki Tamotsu: *Der Japandiskurs im historischen Wandel. Zur Kultur und Identität einer Nation*. Aus dem japanischen Original übersetzt von Stephan Biedermann, Robert Horres, Marc Lühr, Annette Schad-Seifert.  
1996 ISBN 3-89129-494-8 140 S., geb.
- Bd. 15: Edzard Janssen, Ulrich Möhwald, Hans Dieter Ölschleger (Hg.): *Gesellschaften im Umbruch? Aspekte des Wertewandels in Deutschland, Japan und Osteuropa*.  
1996 ISBN 3-89129-495-6 272 S., geb.
- Bd. 16: Robert Horres: *Raumfahrtmanagement in Japan. Spitzentechnologie zwischen Markt und Politik*.  
1996 ISBN 3-89129-496-2 267 S., geb.
- Bd. 17/1: Shūzō Kure: *Philipp Franz von Siebold. Leben und Werk*. Deutsche, wesentlich vermehrte und ergänzte Ausgabe, bearbeitet von Friedrich M. Trautz. Herausgegeben von Hartmut Walravens.  
1996 ISBN 3-89129-497-2 LXVI, 800 S., geb.
- Bd. 17/2: Shūzō Kure: *Philipp Franz von Siebold. Leben und Werk*. Deutsche, wesentlich vermehrte und ergänzte Ausgabe, bearbeitet von Friedrich M. Trautz. Herausgegeben von Hartmut Walravens.  
1996 ISBN 3-89129-497-2 XXX, 899 S., geb.
- Bd. 18: Günther Distelrath: *Die japanische Produktionsweise. Zur wissenschaftlichen Genese einer stereotypen Sicht der japanischen Wirtschaft*.  
1996 ISBN 3-89129-498-0 253 S., geb.
- Bd. 19: Gerhard Krebs, Christian Oberländer (Eds.): *1945 in Europe and Asia – Reconsidering the End of World War II and the Change of the World Order*.  
1997 ISBN 3-89129-499-9 410 S., geb.
- Bd. 20: Hilaria Gössmann (Hg.): *Das Bild der Familie in den japanischen Medien*.  
1998 ISBN 3-89129-500-6 338 S., geb.
- Bd. 21: Franz Waldenberger: *Organisation und Evolution arbeitsteiliger Systeme – Erkenntnisse aus der japanischen Wirtschaftsentwicklung*.  
1999 ISBN 3-89129-501-4 226 S., geb.
- Bd. 22: Harald Fuess (Ed.): *The Japanese Empire in East Asia and Its Postwar Legacy*.  
1998 ISBN 3-89129-502-2 253 S., geb.

- Bd. 23: Matthias Koch: *Rüstungskonversion in Japan nach dem Zweiten Weltkrieg. Von der Kriegswirtschaft zu einer Weltwirtschaftsmacht.*  
1998 ISBN 3-89129-503-0 449 S., geb.
- Bd. 24: Verena Blechinger, Jochen Legewie (Eds.): *Facing Asia – Japan's Role in the Political and Economical Dynamism of Regional Cooperation.*  
2000 ISBN 3-89129-506-5 328 S., geb.
- Bd. 25: Irmela Hijjya-Kirschnereit (Hg.): *Forschen und Fördern im Zeichen des Ginkgo. Zehn Jahre Deutsches Institut für Japanstudien.*  
1999 ISBN 3-89129-505-7 270 S., geb.
- Bd. 27: Junko Ando: *Die Entstehung der Meiji-Verfassung. Zur Rolle des deutschen Konstitutionalismus im modernen japanischen Staatswesen.*  
2000 ISBN 3-89129-508-1 273 S., geb.
- Bd. 28: Irmela Hijjya-Kirschnereit (Hg.): *Eine gewisse Farbe der Fremdheit. Aspekte des Übersetzens Japanisch-Deutsch-Japanisch.*  
2001 ISBN 3-89129-509-X 316 S., geb.
- Bd. 30: Silke Vogt: *Neue Wege der Stadtplanung in Japan. Partizipationsansätze auf der Mikroebene, dargestellt anhand ausgewählter machizukuri-Projekte in Tōkyō.*  
2001 ISBN 3-89129-841-2 312 S., geb.
- Bd. 31: Birgit Poniatowski: *Infrastrukturpolitik in Japan. Politische Entscheidungsfindung zwischen regionalen, sektoralen und gesamtstaatlichen Interessen.*  
2001 ISBN 3-89129-842-0 417 S., geb.